



Kongress 2014 · Karlsruhe

A large graphic of several overlapping umbrellas in various colors (red, yellow, green, blue) is pinned to a white surface with silver pushpins. The umbrellas are arranged in a way that they appear to be part of a collection or display.

**»Prävention
braucht Praxis,
Politik und
Wissenschaft«**

Katalog

**19. Deutscher Präventionstag
12. & 13. Mai 2014
in Karlsruhe · Kongresszentrum**



**in die Zukunft
oder Endstation**

ALKOHOL?

Kenn dein Limit.

Fakt: Mehr als 4.000 junge Erwachsene sind jedes Jahr unter Alkoholeinfluss in Autounfälle verwickelt – zum Teil mit tödlichem Ausgang.

**Alkohol macht mehr kaputt, als du denkst.
www.kenn-dein-limit.info**



PKV
Verband der Privaten
Krankenversicherung

BZgA

Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), mit Unterstützung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) und gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland.

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15 €

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon: 05 11 - 2 35 49 49

Fax: 05 11 - 2 35 49 50

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Internet: www.praeventionstag.de

Redaktion, Satz und Layout

Karla Schmitz & Kathrin Geiß

Druck

Steppat Druck, Laatzen

Hannover, April 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
- Grußworte	8, 324
- Partner	13
- Organisation	41
Gutachten	
- Dr. Wiebke Steffen	47
Vorträge	
- Kongresseröffnung am 12. Mai 2014	152
- Einzelvorträge	155
- 8 th Annual International Forum (AIF)	255
- Forum der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI)	279
- Medienforum der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	293
- Symposium Innere Sicherheit	309
- Karlsruher Forum für Cybersicherheit	325
- US Juvenile Justice	351
- Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	361
- Workshop zum Übergangsmanagement zwischen Jugendstrafvollzug und Nachbetreuung	363
- Verfassungsschutz und Prävention - ein Gegensatz?	375
- NEST - Material für Frühe Hilfen	377
- Restorative Circles (RC)	381
- Wege zu nachhaltiger (Gewalt)prävention	383
- Abschlussplenum am 13. Mai 2014	387
Projektspots	391

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Presentation on Demand (PoD)	479
Ausstellung	
- Infostände	493
- Sonderausstellungen	663
- Posterpräsentationen	673
- Campus und Aktionen	693
Werkstatt	
- Begleitveranstaltungen	721
- Bühne	731
- Filmforum	743
- DPT- Universität	755
Referenten	761
Veranstaltungsorte	774

Grußwort



Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister
der Stadt Karlsruhe

Zum 19. Deutschen Präventionstag heiße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich in Karlsruhe willkommen. Ich freue mich sehr, dass dieser wichtige Kongress erstmals nach 2004 wieder in Baden-Württemberg stattfindet. Denn Prävention ist für viele Lebensbereiche von großer Bedeutung: Sei es die Vermeidung von Sucht, die Vorbeugung von Straftaten oder die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Aber Straftaten geschehen im 21. Jahrhundert auch im Internet, bei der Nutzung mobiler Dienste oder bei der Anwendung von Software.

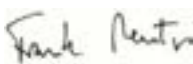
Deshalb veranstalten wir im Rahmen des Präventionstages das „Karlsruher Forum für Cybersicherheit“. Referenten und Referentinnen namhafter Institutionen geben einen fundierten Einblick in Themen wie Life-Hacking, Cybermobbing oder Datenschutz. Als Vortragende gewinnen konnten wir unter anderem den Präsidenten des Bundeskriminalamtes und die ehemalige Leiterin der Abteilung Cyberspace im Nationalen Sicherheitsrat der USA. Melissa Hathaways Untersuchungen trugen dazu bei, dass Präsident Obama Computer- und Netzwerksicherheit zu einem der Schwerpunkte der Regierungsarbeit erklärte.

Karlsruhe ist ein idealer Standort für solche Themen, denn die TechnologieRegion Karlsruhe gilt als Europas drittgrößter IT-Cluster mit über 3.600 wichtigen IT-Unternehmen und Technologieanwendern internationaler Reputation. Außerdem ist die Fächerstadt Heimat des CyberForums und der Karlsruher IT-Sicherheitsinitiative KA-IT-Si, die mittelständische Betriebe für das Thema IT-Sicherheit sensibilisieren möchte. Das CyberForum mit seinen über eintausend Mitgliedern ist nicht nur das größte regional aktive Hightech-UnternehmerNetzwerk in Deutschland, sondern wurde kürzlich auch als führendes IT-Netzwerk in Europa ausgezeichnet.

Prävention ist im Sinne der Daseinsvorsorge natürlich auch ein wichtiges Thema für die Stadtverwaltung: Viele Dienststellen arbeiten in Form von Beratungsangeboten und Projekten unter anderem daran, Gewalt, Rassismus oder Drogenmissbrauch zu verhindern. Über dieses Engagement informieren wir im Rahmen des Präventionstags an einem Gemeinschaftsstand, mit Vorträgen und Aktionen. Außerdem stellt das Präventionsnetzwerk Karlsruhe seine Arbeit vor. Ich freue mich, dass diese Angebote für Bürgerinnen und Bürger geöffnet sind, genauso wie die Ausstellung des Kongresses am zweiten Veranstaltungstag.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Präventionstages wünsche ich angenehme und anregende Kongresstage in Karlsruhe.

Ihr



Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister
der Stadt Karlsruhe

Grußwort



Winfried Kretschmann

Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg
und Schirmherr des 19. Deutschen
Präventionstages

„Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ – unter diesem Motto findet der 19. Deutsche Präventionstag in Karlsruhe statt, zu dem ich die Referentinnen und Referenten sowie alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Schirmherr herzlich in Baden-Württemberg begrüße.

Das Motto der Veranstaltung macht deutlich, dass Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, bei deren praktischer Umsetzung nicht nur Politik und Wissenschaft, sondern vor allem auch möglichst viele Verantwortungsträger aus der gesamten Bandbreite der Gesellschaft gefordert sind. Sowohl im Bereich der Kriminal- als auch bei der Sucht-, Verkehrs- und Gesundheitsprävention gilt es, gemeinsam und über Ressort- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg zu handeln statt in Lagerdenken zu verharren.

Beispielhaft hierfür steht das Förderprogramm „Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“, das einen ganzheitlichen Ansatz aus Sucht- und Gewaltprävention sowie Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene verfolgt. Es zielt darauf ab, den exzessiven Alkoholkonsum Jugendlicher zu bekämpfen sowie alkoholbedingte Gewaltdelikte und Verkehrsunfälle junger Menschen zu verhindern. Indem verschiedene Netzwerkpartner miteinbezogen und mehrere Bereiche der Präventionsarbeit abgedeckt werden, leistet dieses von der Baden-Württemberg Stiftung geförderte Programm einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen alkoholbedingte Jugendgewalt.

Für die Organisation und Durchführung des 19. Deutschen Präventionstages danke ich allen Beteiligten, vor allem der DPT – Deutscher Präventionstag gGmbH. Der größten europäischen Tagung im Bereich Kriminalprävention wünsche ich einen gelungenen Verlauf sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern anregende Begegnungen und Gespräche.



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg

Grußwort



Martin Schulz

Präsident des Europäischen
Parlaments

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Gesellschaft steht heute vor mindestens ebenso epochalen Umwälzungen wie vor 150 Jahren. Damals war es die Industrialisierung, heute ist es die Digitalisierung, die unsere Gesellschaftsordnung revolutioniert.

Damals wurden die Bedürfnisse der Menschen an die Maschine angepasst. Mit der Folge von entwürdigenden Arbeitsbedingungen. Heute haben wir es damit zu tun, dass Maschinen über die Bedürfnisse von Menschen entscheiden. Maschinen sammeln Daten und geben auf dieser Grundlage Bewertungen ab: ob die Bank einen Kredit bewilligt, ob ein Versicherungsunternehmen einen Vertrag abschließt, ob ein Arbeitgeber zu einem Bewerbungsgespräch einlädt, ob Milliarden in ein Finanzprodukt oder ein anderes investiert werden.

Bei allen Chancen, die sich mit der Digitalisierung verbinden für das Zusammenwachsen unseres Planeten, für den Wissensfortschritt, für den Austausch unter Menschen: Sie birgt auch erhebliche Risiken, die nicht unterbelichtet bleiben dürfen. Klar ist deshalb: Diese digitale Umwälzung bedarf politischer Gestaltung, die die Potentiale der neuen Technologie entwickelt, aber auch Grenzen und Standards setzt.

Hierin sehe ich auch eine entscheidende Zukunftsaufgabe der Europäischen Union. Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, auch im Bereich der digitalen Welt Anschluss zu halten und europäische Standards zu setzen. Das ist eine Standortfrage, von der Arbeitsplätze und die Erhaltung und der Ausbau von technologischem Knowhow abhängen. Bei der Frage der digitalen Agenda geht es aber um viel mehr: Denn davon, welche Standards sich in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts durchsetzen, wer an welcher Stelle mit welcher Durchsetzungsmacht Algorithmen programmiert, hängt letztlich auch ab, ob wir unser europäisches Gesellschaftsmodell bewahren können, ob unser Modell von Demokratie, Freiheit, Solidarität und Chancengleichheit Bestand haben wird.

Es geht für Europa darum gemeinsame Standards bei den digitalen Technologien, aber auch beim Datenschutz und digitalen Bürgerrechten zu entwickeln und diese dann auch mit gemeinsamer Stimme im globalen Maßstab einzubringen. Auf diese Weise muss Europa versuchen, seinen Beitrag dazu zu leisten, dass Freiheit, Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre auch in der digitalen Welt in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Und dafür sind selbstverständlich auch Prävention sowie die technologische Anschlussfähigkeit im Kampf gegen Cyber-Kriminalität von entscheidender Bedeutung.

Ich freue mich, dass Sie eben diesem wichtigen Thema auf Ihrem Kongress breiten Raum einräumen. Es ist ein Thema auf der Höhe der Zeit, mit einer Relevanz, die auf eine der großen Zukunftsaufgaben überhaupt verweist: die Gestaltung der Digitalisierung, die einer der prägenden Umbrüche unserer Zeit ist. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg für Ihre Beratungen.



Mit freundlichen Grüßen
Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

DPT & Partner

Partner

	Seite
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt an Schulen	15
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)	16
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	17
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	18
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	19
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH*	20
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)	21
Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)	22
Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)	23
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	24
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	25
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)	26
European Network of Policewomen Deutschland e.V.	27
European Forum for Urban Security (EFUS)	28
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	29
Innenministerium Baden-Württemberg - Partner in Sachen Prävention	30
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	31
Kein Raum für Missbrauch	32

DPT & Partner

Partner

	Seite
Korean Institute of Criminology (KIC)	33
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)	34
Österreichischer Präventionskongress	35
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	36
proVal*	37
Stadt Karlsruhe	38
Stiftung Kriminalprävention	39
Violence Prevention Alliance (VPA)	40
WEISSER RING e. V.	41

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde unmittelbar nach der Amoktat im März 2009 von den Angehörigen der Opfer gegründet und im November desselben Jahres in die **Stiftung gegen Gewalt an Schulen** überführt.

Anliegen der Stiftung ist es, Ursachen und Entwicklung von Gewalt zu verstehen, gewalthaltigem Verhalten präventiv zu begegnen um dazu beizutragen ‚exzessive Gewaltereignisse‘ zu verhindern.

Der Stiftung ist heute ein Förderverein angeschlossen, der offen für Mitglieder ist.

Die wesentlichen Tätigkeitsbereiche der Stiftung sind

- Präventionsarbeit an Schulen

Prävention ist der primäre Tätigkeitsbereich der Stiftung. Er umfasst neben eigenen Projekten aus dem Bereich der Theater- und Zirkuspädagogik, der Erstellung von Materialien, der Durchführung von Fachtagungen und Vortragsveranstaltungen auch die Teilnahme im Beirat von Forschungsprojekten. Zur Gewährleistung nachhaltiger Präventionsarbeit kooperiert die Stiftung mit erfahrenen Partnern in diesem Bereich.

- Medienberichterstattung

Zur Problematik medialer Berichterstattung bei Großschadensereignissen kooperiert die Stiftung mit journalistischen Organisationen im Bereich Aus- und Weiterbildung.

- Politische Tätigkeit

Zu den Themen Sicherung privaten Waffenbesitzes und Jugendschutz im Umgang mit modernen Medien befindet sich die Stiftung kontinuierlich im Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern.

Daneben arbeitet die Stiftung regional mit der Jugendgerichtshilfe in Fällen von Bedrohung im schulischen Kontext zusammen.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – Schutz der Rechte aller Bürgerinnen und Bürger

Wir möchten die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger schützen. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz setzt sich für einen Rechtsrahmen ein, der viele Freiheiten lässt und dadurch einen verlässlichen Schutz in allen Lebensbereichen gewährleistet. Diesem Grundsatz widmen wir unsere Arbeit.

Das Thema Kriminalprävention im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – Forschung, Vernetzung und Opferschutz

Auf dem Gebiet der Kriminalprävention arbeitet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eng mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (siehe Seite 24) zusammen.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz leistet seine Arbeit auf Basis evidenzbasierter wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dadurch wissen wir, dass die beste Abwehr von Gewalt und Straftaten in einer gründlichen Prävention und Aufklärung liegt.

Im vernetzten Wissenstransfer mit Justiz, Polizei, Jugendhilfe, Schule, Religionsgemeinschaften, Verbänden und Wirtschaft stellt das Ministerium gemeinsam mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention Informationen und Erfahrungen zur Verfügung und tauscht mit wichtigen staatlichen und privaten Akteuren gemeinsame Strategien zur Kriminalitätsverhütung aus, entwickelt sie fort und setzt sie um.

Ein Beispiel dieser Vernetzung ist das vom BMJV geförderte Projekt „Kein Täter werden“ der Berliner Charité zur Prävention pädophil motivierter Straftaten. In den vergangenen Jahren konnte es auf deutschlandweit acht Standorte ausgeweitet werden; mehr als 3.300 Betroffene haben seit 2005 in den Anlaufstellen therapeutische Hilfe gesucht.

Nicht zuletzt erfolgt Prävention auch durch die gesetzliche Strafandrohung: In Auswertung der in Wissenschaft und Praxis gewonnenen Erkenntnisse hat das BMJV dieses Frühjahr ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem Kinderpornographie im Internet effektiver bekämpft werden kann.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das Bundesfamilienministerium gestaltet Familienförderung, setzt sich innerhalb der Bundesregierung für die Berücksichtigung der Familieninteressen ein und schafft bessere Bedingungen für partnerschaftliche Elternverantwortung von Vätern und Müttern.

Darüber hinaus steht das Bundesfamilienministerium für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, indem es vor allem

- realistische Altersbilder und ein neues Leitbild des aktiven Alters verankert
- die Rolle und die Potenziale älterer Menschen als Arbeitskräfte und Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt
- federführend Bundesgesetze zur Durchsetzung der Gleichstellung erarbeitet
- eine gleichstellungsorientierte Arbeit für und mit Jungen und Männern fördert, um einengende Geschlechterrollen zu überwinden
- in die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen investiert
- für einen aktiven und wirksamen Kinderschutz und Frühe Hilfen steht und hierbei auf Prävention und Intervention setzt
- den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige unterstützt
- das freiwillige Engagement durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD) und die Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) stärkt
- die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr. Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um. Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.gib-aids-keine-chance.de
www.sexualaufklaerung.de
www.drugcom.de
www.null-alkohol-voll-power.de
www.kenn-dein-limit.info
www.rauch-frei.info
www.gutdrauf.net
www.kinderstarkmachen.de
www.kindergesundheit-info.de
www.fruehehilfen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Ostmerheimer Straße 220, 51109 Köln
Tel: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)
Fax: 0221 – 89 92 300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Internet: www.bzga.de

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ein.

Der DBH-Fachverband ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung Erfolg versprechender Weiterentwicklungen, daraus haben sich die folgenden Projekte und Einrichtungen entwickelt:

- Aus- und Weiterbildung durch das DBH-Bildungswerk,
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA),
- Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug durch das Projekt LOTSE,
- Übergangsmagements zwischen Strafvollzug und Nachsorge,
- Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Präsident: Prof. Dr. Heinz Cornel

Bundesgeschäftsführer: Peter Reckling

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Programm: Inklusive Gewaltprävention für ein sicheres öffentliches Umfeld (VCP)

Eine ausgewiesene Regionalexpertise, hohe Fachkompetenz und praxiserprobtes Managementwissen bilden das Rückgrat der Leistungen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Als Bundesunternehmen unterstützen wir die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen; weltweit aktiv sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit.

Die GIZ bietet nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an.

Sie gestaltet Veränderung und befähigt Menschen, Entwicklungsprozesse eigenverantwortlich weiterzuführen. Die GIZ unterstützt Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in strategischen und konzeptionellen Fragen sowie bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele.

Im Klima von Gewalt können Regierungen nur noch beschränkt politische und bürgerliche Freiheiten gewährleisten, Rechte werden eingeschränkt, das Investitionsklima und die Sicherheitslage sind gefährdet, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt sind gehemmt. Die GIZ nimmt sich dieser Herausforderung an und widmet sich verstärkt der Prävention von Gewalt. In Südafrika führt die GIZ im Auftrag der Bundesregierung ein Projekt zur „Inklusiven Gewaltprävention für ein sichereres öffentliches Umfeld (VCP)“ durch, das einem allumfassenden, systemischen Ansatz folgt. Zentrales Anliegen des Projektes ist es, Gewaltprävention als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern und nicht nur der Polizei und dem Justizwesen zu überlassen. Regierungshandeln, vor allem auch auf lokaler Ebene, soll dabei darauf abzielen, alle relevanten Akteure zusammenzubringen, um nachhaltige Lösungen zu entwerfen. Das Projekt stärkt die Zusammenarbeit von Praktikern, die sich für Gewaltprävention engagieren, und fördert umfassend das vernetzte Denken und Handeln öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen auf allen Ebenen der Regierungsführung, unter anderem durch Dialogveranstaltungen, Studienreisen, Bereitstellen guter Praktiken und den Aufbau multisektoraler Austauschplattformen.

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)

Aufbau

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Sie ist der größte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland.

Die dsj bündelt die Interessen von über 10,0 Millionen jungen Menschen im Alter bis zu 26 Jahren, die in über 91.000 Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Aufgaben

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen.

Sie trägt zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen bei und unterstützt den europäischen Einigungsprozess und tritt für Toleranz nach innen und außen ein.

In enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften strebt die dsj zudem an, die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiter zu entwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme zu leisten.

Funktion als Dachorganisation

Die dsj unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit im und durch den Sport. Sie übernimmt dabei Koordinations-, Innovations- und Grundsatzaufgaben für die Kinder- und Jugendarbeit der Mitgliedsorganisationen.

Sie berücksichtigt in ihrer Arbeit insbesondere ihre Aufgaben als Jugendorganisation im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und ist die Interessenvertretung ihrer Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene. Darüber hinaus setzt sie sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibender junger Menschen ein.

Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)

Der Deutsche Familiengerichtstag ist ein gemeinnütziger Verein, dem Richter, Rechtsanwälte, Psychologen, Sozialpädagogen und Mitglieder anderer Professionen angehören, die sich beruflich mit Familien und dem Familienrecht befassen. Sie alle haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Familienrecht weiter zu entwickeln, dessen Anwendung in der Praxis zu vereinheitlichen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und dieses für die Betroffenen eminent wichtige Rechtsgebiet verständlich zu machen, um so auch seine Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern.

Allein der interdisziplinäre Ansatz erklärt noch nicht die Kooperation mit dem Deutschen Präventionstag. Die Gewaltprävention ist jedoch auch ein Anliegen des Deutschen Familiengerichtstags, da gerade innerhalb von Beziehungen Gewalt – sei es gegen den Partner, sei es gegen die Kinder – rechtzeitig und effektiv entgegengetreten werden muss: durch ein schnelles Handeln des Familiengerichts im Zusammenwirken mit sozialpädagogischen Fachkräften, aber auch mit der Polizei. Aufgrund der Änderung des Verfahrensrechts im Jahr 2009 ist das Familiengericht heute zudem für alle Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz zuständig, also auch dann, wenn zwischen Täter und Opfer keine soziale Nähebeziehung besteht. In Kooperation mit dem Jugendamt gehört es außerdem zu den Aufgaben des Familiengerichts, Gefahren von Kindern abzuwenden, bevor sie straffällig werden oder sozial völlig verwahrlost sind, indem die Gefahren mit den betroffenen Familien erörtert, ihnen Hilfen angeboten, äußerstenfalls die Kinder aber auch von ihnen getrennt werden.

Familienrecht ist also ein weites Feld und geht über Scheidung, Unterhalt, Sorgerecht und Umgang weit hinaus. Es gibt deshalb eine Fülle von Berührungspunkten mit dem Deutschen Präventionstag, der für den Deutschen Familiengerichtstag seit vielen Jahren ein sehr geschätzter Kooperationspartner ist.

Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik. Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung.

Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz auseinandersetzen.

Der 29. Deutsche Jugendgerichtstag fand vom 14. bis 17. September 2013 in Nürnberg statt und stand unter dem Titel „Jugend ohne Rettungsschirm. Herausforderungen annehmen!“. 700 Expertinnen und Experten unter anderem aus den Bereichen Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Jugendstrafvollzug und Wissenschaft nahmen teil. Der 30. Deutsche Jugendgerichtstag wird anlässlich des hundertjährigen Verbandsjubiläums der DVJJ im Herbst 2017 in Berlin stattfinden.

Weitere Informationen: www.jugendgerichtstag.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Wissensbasierte Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und –ebenen wird durch die Informationsangebote der Website www.kriminalpraevention.de und der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ gefördert. Durch die finanzielle Unterstützung von Projektevaluationen verbessern sich die Qualitätsstandards der Präventionsarbeit in Deutschland. Auf einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in praktisches Handeln wird besonderer Wert gelegt.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o Bundesministerium des Innern,
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Tel.: 0228-99681-3725
E-Mail: dfk@bmi.bund.de, www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung.

Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI. Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und der institutionellen Angebote verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen (aktuell z. B. Kindertagesbetreuung) sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sowie dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Kontakt:
www.dji.de

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet den Akteuren der Sicherheitsarbeit in den deutschen Städten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Das Forum will daran mitwirken, die öffentliche Sicherheit in den Städten und Gemeinden zu verbessern, insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Kriminalprävention, der Verbrechensbekämpfung und der Verkehrssicherheit. Damit soll auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.

Die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das der Kriminalprävention einen hohen Stellenwert einräumt ist ebenso ein Anliegen wie die Förderung der Vernetzung von Behörden, Körperschaften und Organisationen, zu deren Aufgaben und Zielen die Verbesserung der urbanen Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger gehören. Weiter will das Forum als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch in Sicherheitsfragen dienen. DEFUS wurde während des 15. Deutschen Präventionstages am 10. Mai 2010 in Berlin als nationaler Zusammenschluss deutscher Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) gegründet. Weitere nationale Foren von EFUS bestehen bislang in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Spanien und Portugal. Inzwischen profitieren zehn deutsche Mitgliedsstädte bzw. -organisationen von dem Netzwerk der ältesten europaweiten Nichtregierungsorganisation im Bereich der urbanen Sicherheit. In den Vorstand wurden die Städte Stuttgart und München gewählt. Die DEFUS-Geschäftsstelle befindet sich in Hannover.

Die Mitgliedskommunen und -organisationen haben durch die Vernetzung mit dem Europäischen Forum die Möglichkeit, an verschiedenen EU-Projekten im Themenfeld der kommunalen Kriminalprävention teilzunehmen. Zudem tauschen sich die deutschen Mitglieder auf ihren Treffen über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen aus. Nähere Informationen zur Struktur und zu aktuellen Projekten erhalten Sie an unserem Infostand sowie im Internet unter: www.defus.org.

European Network of Policewomen Deutschland e.V.

ENP Deutschland e.V. ist ein Netzwerk von und für Frauen in der Polizei. Es wurde 1993 von Polizeibeamtinnen als gemeinnütziger Verein gegründet und ist seitdem Mitglied im Dachverband, in dem mehr als 30 europäische Polizeiorganisationen zusammen geschlossen sind. Ziel ist die Verwirklichung des Leitspruches „Quality through Equality“ (Qualität durch Chancengleichheit). ENP Deutschland e.V. arbeiten unabhängig von jeder Regierung, jeder politischen Partei, jedes Berufsverbandes sowie jeder anderen Gruppe. Die bundesweite Netzwerkarbeit wird über die Mitgliedsbeiträge sowie Spenden finanziert.

Das European Network of Policewomen Deutschland e.V. steht für Fairness, Chancengleichheit, Vielfaltigkeit und gegenseitige Wertschätzung. Ziel ist es, Frauen in der Polizei in ihren persönlichen und beruflichen Kompetenzen zu fördern und zu stärken. Die individuellen Erfahrungen und Kenntnisse der Mitglieder erstrecken sich auf alle Lebenssituationen, Hierarchieebenen und Fachbereiche.

Wir freuen uns, Partner des Deutschen Präventionstags zu sein.

Kontakt:

info@enp-deutschland.de

www.enp-deutschland.de

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (Efus) ist ein Zusammenschluss von 250 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die einzige europäische Nichtregierungsorganisation, die sich dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention widmet und für seine Expertise bei der Europäischen Union, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt.

Heute hat es Mitglieder in 17 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Experten Erfahrungen und Fachwissen austauschen und gemeinsam im Rahmen konkreter europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit und der Kriminalprävention. Efus informiert zu aktuellen Entwicklungen, bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk von Städten und Experten ein, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken und Maßnahmen, bietet Seminare und Fortbildungsmöglichkeiten an, organisiert europäische Projekte und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln.

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DE-FUS) bietet seit 2010 deutschen Efus Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene.

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (Efus) ist in das 8. Annual International Forum des 19. Deutschen Präventionstags (DPT) eingebettet. In diesem Rahmen organisiert Efus am Dienstag, den 13. Mai 2014 Vorträge und Gesprächsrunden für alle DPT Teilnehmer zum Thema „Europa und Prävention: die Bedürfnisse von lokalen Entscheidungsträgern und Beteiligten“.

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Ziel ist die Schaffung von fairen Chancen des Heranwachsenden für junge Menschen durch Staat und Gesellschaft zu fördern und zu unterstützen, unter Berücksichtigung der Idee der Glen Mills Schools und aktueller sozialwissenschaftlicher, insbesondere kriminologischer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis der Jugendpflege über die Bedeutung der Bedingungen des Aufwachsens für eine gelungene Integration in die Gesellschaft.

Seit Gründung im Jahre 2000 fördert die GMAD e. V. die Jugendarbeit auf überregionaler und regionaler Ebene sowie soziale u. kommunalpolitische Projekte auf der Basis neuester Erkenntnisse zur Wirkung von präventiven Interventionsprogrammen. Dabei wird die Vernetzung mit anderen Organisationen, insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Ausbildung sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Präventionsgremien angestrebt.

Zu den Aufgaben gehören Interventions-, Fortbildungs-, und Schulungsprogramme, Vorträge u. Seminare auf überregionaler und regionaler Ebene, sowie die Entwicklung und Durchführung von individuellen Einzelinterventionsprogrammen, insbesondere an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Justiz.

Die Förderung der nationalen und internationalen Kooperation und Kommunikation im Sinne der Zielsetzungen, insbesondere im regen Austausch mit Wissenschaftlern, Praktikern, Organisationen und Verbänden aus den USA, haben zu langjährigen und zahlreichen internationalen Kontakten und gut vernetzter internationaler Zusammenarbeit geführt.

Innenministerium Baden-Württemberg - Partner in Sachen Prävention

Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft. Das Leitthema des diesjährigen Präventionstags beschreibt prägnant ein Anliegen, das Baden-Württemberg schon seit Jahren verfolgt: Die institutions- und professionsübergreifende Vernetzung für eine wirksame Prävention.

Baden-Württemberg mit ca. 10,6 Mio. Einwohnern zählt zu den sichersten Bundesländern. Dieser Erfolg kommt nicht von ungefähr. Der Prävention als Grundelement einer sicheren Gesellschaft kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Das Innenministerium, insbesondere das Landespolizeipräsidium versteht sich hierbei als ein strategischer Motor der landesweiten Präventionsaktivitäten. Zu dessen Aufgaben gehört die Entwicklung von Konzepten und Strategien für die innere Sicherheit sowie das Vereinbaren von Zielen mit den Polizeidienststellen und -einrichtungen.

Am 1. Juni 2002 wurde das ressortübergreifende Projektbüro Kommunale Kriminalprävention mit Sitz der Geschäftsstelle im Innenministerium Baden-Württemberg eingerichtet. Vertreter des Ministeriums für Kultus Jugend und Sport, von Innen-, Justiz-, Sozial- und Wirtschaftsministerium, sowie des Gemeinde-, Städte- und Landkreistags stehen seither für das institutionalisierte Bemühen einer gesamtgesellschaftlich verankerten Prävention.

Vor diesem Hintergrund sind uns die Unterstützung und der Erfolg des Deutschen Präventionstages 2014 in Karlsruhe ein besonderes Anliegen.

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was founded in 1994 and is the sole international organization dedicated exclusively to crime prevention and community safety.

ICPC's mission is to promote safer societies through the promotion and implementation of strategic and evidence-led programmes and initiatives which aim to reduce and prevent offending and victimization and to support international norms and standards (UN Guidelines on the prevention of crime 1995 and 2002).

ICPC aims to achieve this mission in four main ways by:

- Consolidating global knowledge and monitoring international trends on delinquency, crime and prevention;
- Producing knowledge through the development of tools and comparative analysis of specific issues, and the publication of a bi-annual International Report on crime prevention trends and perspectives;
- Promoting the exchange of information through the organization of international colloquiums, conferences, seminars, facilitated workshops and expert meetings;
- Providing technical assistance in the field, and monitoring of and consultation for various projects.

ICPC's members include a range of national, provincial and local governments from across the world, as well as a wide variety of organizations working with issues of crime prevention and community safety.

The German Congress on Crime Prevention is member of ICPC.

Contact:

www.crime-prevention-intl.org

Kein Raum für Missbrauch

Die Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ wurde vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs entwickelt und am 10. Januar 2013 gestartet. Sie hat die flächendeckende Einführung bzw. Weiterentwicklung von Schutzkonzepten in Einrichtungen zum Ziel. Die Kampagne möchte es Eltern erleichtern, in der Einrichtung oder Institution, der sie ihre Kinder anvertrauen, Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt nachzufragen. Fachkräfte sollen ermutigt werden, bei ihrer Einrichtungsleitung die Einführung von Schutzkonzepten anzuregen.

Auf der Kampagnenwebsite (www.kein-raum-fuer-missbrauch.de) stehen neben aktuellen Best-Practice Beispielen auch zahlreiche Materialien zum Download zur Verfügung. Darüber hinaus informiert das neue „Handbuch Schutzkonzepte sexueller Missbrauch“ (Download unter www.beauftragter-missbrauch.de) Fachkräfte über konkrete Möglichkeiten, wie sie den Schutz von Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt in ihren Einrichtungen verbessern können. Praxisbeispiele aus dem Sport, den Kirchen oder der Wohlfahrtspflege, geben konkrete Ideen, wie die Einführung von Schutzkonzepten vor Ort gelingen kann.

Seit Juni 2013 steht auch ein onlinebasiertes Hilfeportal Betroffenen, Angehörigen und weiteren Interessierten zur Verfügung (www.hilfeportal-missbrauch.de). Das „Hilfeportal Sexueller Missbrauch“ ermöglicht die bundesweite Suche nach Beratungs- und Hilfsangeboten vor Ort und bietet umfangreiche Informationen zum Themenfeld sexueller Kindesmissbrauch.

Weitere Informationen unter:

www.beauftragter-missbrauch.de

www.kein-raum-fuer-missbrauch.de

www.hilfeportal-missbrauch.de

Telefonische Anlaufstelle: 0800-2255530

Korean Institute of Criminology (KIC)

KIC (Korean Institute of Criminology) ist die staatliche Forschungseinrichtung für Kriminologie und Kriminalpolitik in Korea. Die Hauptaufgabe des in 1989 gegründeten Instituts liegt darin, kriminologische bzw. kriminalpolitische Forschungsprojekte zu betreiben, die die Themenbereiche „Kriminalprävention, Kriminaljustiz sowie Kriminalrecht“ umfassen. An den 3 Forschungsabteilungen und 3 Forschungszentren im KIC arbeiten mehr als 50 qualifizierte ForscherInnen, die über vielfältiges Fachwissen verfügen, z.B. Strafrechtswissenschaft, Kriminologie, Soziologie, Psychologie sowie weitere Sozialwissenschaften. Sie werden durch etwa 20 MitarbeiterInnen der 2 administrativen Abteilungen unterstützt. KIC hat bislang über 1.000 Forschungsberichte veröffentlicht und publiziert seit 1990 vierteljährlich die Fachzeitschrift „The Korean Criminological Review“.

KIC hat in 1998 gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie den 12. Weltkongress der Kriminologie in Seoul veranstaltet. Seit 2004 ist das KIC Mitgliedsinstitut der UNPNI (UN Crime Prevention and Criminal Justice Programme Network Institutes). Am 20.-22.8.2012 hat KIC zusammen mit der Asian Criminological Society den 4. Asienkongress der Kriminologie in Seoul veranstaltet, und zwar mit dem Hauptthema „Development & Security: Rethinking Crime and Criminal Policies in Asia“. Im Übrigen arbeitet KIC im Rahmen des wissenschaftlichen Austauschabkommens mit dem MPI für Strafrecht (Freiburg), dem Bundeskriminalamt und der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG) sowie dem DPT eng zusammen.

Kontakt:

Korean Institute of Criminology (KIC)
114 Taebong-no, Seocho-gu, Seoul
137-715, Republic of Korea
Tel.: +82 2-3460-5180
Fax: +82 2-571-7488
Email: secretariat@kic.re.kr
Website: <http://www.kic.re.kr/english/>

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)

Das KFN ist im Jahr 1979 von dem damaligen Justizminister Niedersachsens, Prof. Dr. Schwind, als unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut gegründet worden. Zweck des Instituts ist laut seiner Satzung, „als selbstständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben und zu fördern.“ Am KFN wird laufend an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten gearbeitet. Dieser fachübergreifende Forschungsansatz hat sich seit Mitte der 80er Jahre ebenso bewährt, wie der Grundsatz, die Forschungsideen selber zu entwickeln und sich um Aufträge von außen vor allem dann zu bemühen, wenn sie sich thematisch in die Gesamtkonzeption einfügen. Gegenwärtig arbeiten am KFN über 15 Wissenschaftler/innen an ihren Promotionen bzw. Habilitationen. Im Verlauf der letzten 20 Jahre sind über 20 Mitarbeiter/innen auf Hochschulprofessuren berufen worden. Etwa die Hälfte des laufenden Forschungsetats in Höhe von gut zwei Millionen Euro wirbt das Institut über Drittmittelanträge ein.

Ein zentrales Forschungsthema des KFN ist seit 1998 die Kinder- und Jugendkriminalität. Hierzu werden seitdem in vielen Städten und Landkreisen repräsentative Schülerbefragungen durchgeführt, im Jahr 2007 zudem eine deutschlandweite Befragung unter 45.000 Jugendlichen. Ging es zunächst primär darum, die Kinder und Jugendlichen als Opfer und Täter zu erfassen, sind später weitere Schwerpunkte hinzugekommen: Schulschwänzen, Medienkonsum und Schulleistungen, Alkohol- und Drogenkonsum, Computerspielabhängigkeit, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Zu verschiedenen Städten und Landkreisen liegen die Daten von wiederholt durchgeführten Schülerbefragungen vor; dies ermöglicht Längsschnitzaussagen dazu, wie sich die Opfer Risiken und das Täterverhalten von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Jahre entwickelt haben. Weitere aktuelle Forschungsprojekte mit Präventionsbezug werden am KFN derzeit u.a. zu den Themen Wohnungseinbruch oder Computer- und Internetabhängigkeit durchgeführt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kfn.de

Österreichischer Präventionskongress

Der Österreichische Präventionskongress ist eine interdisziplinäre, interaktive, praxisnahe zweitägige Veranstaltung, die generell Interaktion, Kommunikation, sozialen Dynamiken, Partizipationsmanagement, Innovationsbildung, aber auch Nutzungspotentiale und -konflikte in der Gesellschaft thematisiert.

Verschiedene Spannungsfelder betreffen Kinder, Jugendliche, Eltern, Familien, PädagogInnen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die Gesundheit, die Sicherheit usw. und benötigen angepasste und/oder neue Kompetenzen für die Gestaltung von Lebenswelten.

Wie in den drei Kongressen davor werden die damit verbundenen negativen und positiven Auswirkungen auf Eltern und Familie, Kinder und Jugend, Migration, Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Kommunen, Kunst, Wissenschaft und Forschung, Stadtplanung und Medien sowie die damit einhergehenden sozialen, gesundheitlichen und persönlichen Dynamiken in Vorträgen, Workshops und Praxisforen diskutiert und gemeinsame theoretische und praktische Handlungsanleitungen, Lösungsansätze und zukünftige Strategien erarbeitet.

Die relevanten Lebenswelten und -räume werden miteinander in Beziehung gesetzt, um eine möglichst ganzheitliche Förderung der Betroffenen bei der Bewältigung heutiger und zukünftiger Herausforderungen zu unterstützen.

www.praeventionskongress.at

www.praeventionspreis.at

www.aktivpraeventiv.at

www.aktiv4u.at

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb verfolgt das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen und andere Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u. a. um Gewalt-, Drogen- oder Diebstahlsprävention. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen - von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Aktuelle Handlungsfelder sind die Prävention des sexuellen Missbrauchs von Kindern, die Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien und die bundesweite Kampagne mit der Wirtschaft zum Einbruchschutz: „K-Einbruch“.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Telefon: 0711-5401-2062

Fax: 0711-2268000

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

proVal

proVal entwickelt in enger Kooperation mit Experten aus Wissenschaft und Praxis professionelle Lösungen für die Optimierung und Evaluation von Programmen und Projekten, die Verbesserung von Arbeits- und Kooperationsbeziehungen und die Erschließung neuer Wissensgebiete.

- Unsere vielfältigen Analyse- und Beratungsansätze schaffen eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung Ihrer Programme, Projekte und Einzelmaßnahmen.
- Unsere Zielworkshops helfen Ihnen bei der Festlegung realistischer Ziele und Maßnahmen.
- Unsere wirkungszentrierte Evaluation bietet die Gewähr für effektive Programme und Projekte.
- Unsere innovativen Netzwerkanalysen unterstützen Sie bei der Optimierung von Kooperationsstrukturen und Informationsflüssen.
- Anwendungsorientiertes Wissen und neue Handlungsansätze erarbeiten wir in enger Kooperation mit Universitäten, Fachhochschulen und Projektträgern.

Die Geschäftsführer von proVal sind bereits in verschiedenen Präventionszusammenhängen tätig gewesen. Unsere Auftraggeber sind u.a.:

- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Deutsche Bahn AG
- Medizinische Hochschule Hannover
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie Gesundheit und Integration
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- Innenministerium Baden-Württemberg
- Staatsministerium des Innern Sachsen
- Sächsische Staatskanzlei
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landesstelle Jugendschutz
- Deutscher Kinderschutzbund e.V.
- Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen
- Stadt Dortmund
- Stadt Braunschweig
- Stadt Pirna
- Universität Bielefeld

Für weitere Informationen stehen Ihnen Dr. Olaf Lobermeier und PD Dr. Rainer Strobl jederzeit gern zur Verfügung.

www.proval-services.net

Stadt Karlsruhe

Prävention in Karlsruhe:

Angebote in der Schwarzwaldhalle und auf dem Festplatz

Prävention ist auch für die Stadtverwaltung Karlsruhe im Sinne der Daseinsvorsorge ein wichtiges Thema: Viele Dienststellen arbeiten in Form von Beratungsangeboten und Projekten unter anderem daran Gewalt, Rassismus oder Drogenmissbrauch zu verhindern. Über dieses Engagement informiert die Stadt Karlsruhe zusammen mit Partnern im Rahmen des Präventionstags an einem Gemeinschaftsstand in der Schwarzwaldhalle.

Hier stellt sich das Stadt- und Landkreis umspannende Präventionsnetzwerk Karlsruhe vor und auch das Landratsamt Karlsruhe ist vertreten. Außerdem informiert die Sozial- und Jugendbehörde über ihre Bereiche Beratung, Jugendamt sowie Sozialer Dienst und das Ordnungsamt stellt den kommunalen Ordnungsdienst vor. Das Kulturamt informiert über die Karlsruher Wochen gegen Rassismus sowie das Kulturfestival der Kinder und Jugendlichen KIX und JUX. Außerdem stellt das Badische Staatstheater sein Projekt Kulturlotsen vor und das städtische Gleichstellungsbüro sein Projekt „Häusliche Gewalt überwinden“.

Auf dem Campus veranstaltet der städtische Umwelt- und Arbeitsschutz am 12. und 13. Mai Gesundheitstage unter dem Motto „Fit bleiben - keine Frage des Alters“. Bürgerinnen und Bürger können hier ihre Kraft und körperliche Beweglichkeit testen, ihr Risiko an Diabetes zu erkranken überprüfen oder sich über Erste Hilfe bei einem Schlaganfall informieren. Außerdem stehen Übungsleiter der Sportvereine bereit, um mit Besucherinnen und Besuchern eine Runde im Zoologischen Stadtgarten zu drehen und dabei gleich auszuprobieren, ob Nordic Walking ein geeigneter Sport wäre. Ernährungstipps und ein Sinnesparcours ergänzen die sportlichen Angebote. Fast 20 Partner präsentieren sich bei den Karlsruher Gesundheitstagen: Städtisches Klinikum, ADFC, AOK, Deutsches Rotes Kreuz oder das Ernährungszentrum im Landkreis. Das Schul- und Sportamt veranstaltet etwa am Montagnachmittag, 12. Mai, ein Streetballturnier und präsentiert an beiden Tagen sein Sportmobil. Und das Städtische Seniorenbüro informiert über Pflegestützpunkte.

Stiftung Kriminalprävention

Die **Stiftung Kriminalprävention** wurde 1995 mit dem Ziel errichtet, sowohl durch anwendungsorientierte Forschung als auch mit deren Umsetzung einen deutlichen Beitrag zur Entwicklung der Verbrechensverhütung in Deutschland zu leisten. Dabei sollten die gesamtgesellschaftlichen Potenziale geweckt und vernetzt werden.

Aktivitäten und Projekte

Seit ihrer Gründung hat die Stiftung eine Vielzahl von Forschungsprojekten zur Kriminal- und Verkehrsunfallprävention durchgeführt, beauftragt und finanziert, auf Wirksamkeit untersucht und nachhaltig implementiert.

Daneben hat die Stiftung Kriminalprävention hat 2003 ein Förderprogramm für alle mit Kriminal- und/ oder Verkehrsunfallprävention beschäftigten Gremien in Städten, Kreisen und Gemeinden, auf Landes- oder Bundesebene entwickelt:

Mit der jährlichen Vergabe des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention und einer Dotation von 50.000 € werden für Deutschland beispielgebende Projekte mit kriminalpräventiver Reichweite, die systematisiert und Vergleichbarkeit erzeugend aufgebaut und auf Wirksamkeit untersucht sind, herausgestellt.

Seit 2007 wird zusätzlich der mit 10.000 € dotierte Städtepreis ausgelobt. Mit dieser Anerkennung werden Städte, Gemeinden und Kreise geehrt, welche die Zusammenführung von kriminalpräventivem Wissen in ihren politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigen, also ein Zusammenwachsen von kriminalpräventiver Fachkompetenz und kommunalpolitischem Alltag möglichst weitreichend und nachhaltig fördern.

Weitere Informationen auf

www.facebook.com/DeutscherFoerderpreisKriminalpraevention

Violence Prevention Alliance (VPA)

The Violence Prevention Alliance (VPA), which is led by the World Health Organization, is a network of governmental organizations, international organization and agencies, non-governmental and community-based organizations, universities and research institutes, and private foundations working to prevent violence. VPA participants are committed to an evidence-based public health approach that targets the risk factors leading to violence and promotes multi-sectoral cooperation. The VPA aims to implement the recommendations of the 2002 WHO World report on violence and health and concentrates primarily on interpersonal violence – including child maltreatment, youth violence, armed violence, intimate partner and sexual violence, and elder maltreatment.

The VPA was officially launched in January 2004 at the first Milestones in a Global Campaign for Violence Prevention meeting. Since then the VPA has grown from a dozen participants to over 50 today and includes participants such as the US Centers for Disease Control, the UNDP, UNICEF, UNODC, the World Bank, the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, and the Open Society Foundation.

VPA provides an opportunity for different types of organizations (governmental, non-governmental, research, and private) from all sectors (health, justice, education) and levels (community, national, regional and international) to unite around a shared vision and approach to violence prevention that works both to address the root causes of violence and to improve services for victims.

WEISSER RING e. V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS, der seit mehr als 35 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der WEISSE RING auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Rund 3.000 Ehrenamtliche aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand, persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Der WEISSE RING zählt etwa 55.000 Mitglieder.

Ein sichtbares Zeichen für mehr Zivilcourage und mehr Hilfsbereitschaft gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt setzt der WEISSE RING mit der bundesweiten Infokampagne „Zeig Zivilcourage!“. Mit der Warnschild-Aktion „Stopp dem Diebstahl“ ruft der WEISSE RING die Bevölkerung zu mehr Aufmerksamkeit auf. Das Projekt „Sportler setzen Zeichen“ will Jugendlichen Sport als alternative Freizeitgestaltung nahe bringen. Vor Ort engagiert sich der WEISSE RING in zahlreichen zielgruppenspezifischen Präventionsmaßnahmen, um das Risiko zu minimieren, dass Menschen Opfer von Kriminalität werden.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	42
Kongressorganisation	43
Programmbeirat des 19. Deutschen Präventionstages	44
Trägergesellschaft	45
www.praeventionstag.de	46

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der Deutsche Präventionstag wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnissen aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Kongressorganisation

Veranstalter

DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Kongressleiter

Erich Marks

Leiterin des ständigen Büros

Karla Schmitz

Wissenschaftliche Beratung und Gutachtenerstellung

Dr. Wiebke Steffen

Koordinator für internationale Kontakte

Dr. Marc Coester

Webdesign, Internetkonzeption und -beratung

nanodesign, Rolf Grimmer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Susanne Kirchhoff

Repräsentant des Deutschen Präventionstages für Österreich

Prof. Dr. Christian Graf

Programmbeirat des 19. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse.

Mitglieder des Programmbeirates des 19. Deutschen Präventionstages sind:

- **Heike Bartsch**, Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- **Stefan Daniel**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn
- **Renate Engels**, Leiterin des DBH-Bildungswerks, Köln
- **Belinda Hoffmann**, Innenministerium Baden-Württemberg
- **Wolfram Jäger**, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe
- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**, Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe, Tübingen
- **Erich Marks**, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover
- **Andreas Mayer**, Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stuttgart
- **Jürgen Mutz**, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln
- **Anna Rau**, Koordinatorin im Fachbereich Prävention des WEISSER RING e. V., Mainz
- **Karla Schmitz**, Leiterin der DPT-Geschäftsstelle, Hannover
- **Norbert Seitz**, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Berlin
- **Dr. Wiebke Steffen**, Wissenschaftliche Beraterin und Gutachterin des Deutschen Präventionstages, Heiligenberg

Trägergesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen sowie eine umfangreiche Dokumentation der vergangenen Veranstaltungen.

Weitere Informationen finden sich auf den Internetseiten

www.dpt-uni.de

www.gcocp.org

www.dpt-map.de

Die tägliche Präventions-News des DPT

Speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention und angrenzender Präventionsbereiche veröffentlicht der Deutsche Präventionstag seit Juli 2011 täglich eine aktuelle News auf dieser Internetseite. Die tägliche Präventions-News informiert über Präventionsveranstaltungen sowie über Dokumente aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik. Die tägliche Präventions-News kann auf vielfältige Weise von Ihnen wahrgenommen und gelesen werden:

- auf der Webseite des Deutschen Präventionstages
- als tägliche E-Mail
- als wöchentliche E-Mail
- als monatliche E-Mail
- als RSS-Feed
- als App
- über Twitter
- über Facebook



Gutachten

für den 19. Deutschen Präventionstag
12. & 13. Mai 2014 in Karlsruhe

**Prävention braucht Praxis, Politik und
Wissenschaft**

**Kriminalprävention braucht Präventions-
praxis, Präventionspolitik und Präventions-
wissenschaft**

Wiebke Steffen
Heiligenberg (Baden) / München

Inhalt	Seite
Vorbemerkung	50
O Zusammenfassung und Folgerungen	51
1 Kriminalprävention	57
1.1 Definition, Ziele, positive wie riskante Aspekte	59
1.2 Entwicklung der Kriminalprävention: Entstehung eines neuen Handlungs- und Politikfeldes	66
1.3 Zusammenfassung und Folgerungen	69
2 Präventionspraxis	70
2.1 Entwicklung und Sachstand	70
2.1.1 Dominanz der kommunalen bzw. lokalen Ebene	70
2.1.2 Akteure der Kriminalprävention: Polizei, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Strafrecht und Strafjustiz	71
2.1.2.1 Polizei	71
2.1.2.2 Kinder- und Jugendhilfe	75
2.1.2.3 Schule	79
2.1.2.4 Strafrecht und Strafjustiz	83
2.2 Kommunale Kriminalprävention	88
2.3 Zusammenfassung und Folgerungen	95
3 Präventionspolitik	96
3.1 Kriminalprävention als Ziel von Kriminalpolitik	96
3.1.1 Kriminalpolitik: Wissenschaftlich fundiert oder „im Blindflug“?	97
3.1.2 Kriminalpolitik: Auf dem Weg zum Präventionsstaat?	100
3.1.3 Kriminalpolitik in der Mediengesellschaft	103
3.1.4 Zusammenfassung und Folgerungen	105
3.2 Ebenen der Präventionspolitik	106
3.2.1 Präventionspolitik auf lokaler bzw. kommunaler Ebene	107
3.2.2 Präventionspolitik auf Landesebene	111

3.2.3	Präventionspolitik auf Bundesebene	114
3.2.4	Präventionspolitik auf internationaler und globaler Ebene	117
3.3	Zusammenfassung und Folgerungen	121
4	Präventionswissenschaft	123
4.1	Zur Lage der Kriminologie in Deutschland	124
4.2	Anwendungsorientierte kriminologische Forschung: Chancen und Risiken	126
4.3	Präventionswissenschaft und Präventionspraxis	129
4.3.1	Dokumentation und Datenbanken	129
4.3.2	Qualitätssicherung, Implementation und Evaluation	130
4.3.3	Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung	132
4.4	Zusammenfassung und Folgerungen	134
5	Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft	136
5.1	Der Deutsche Präventionstag (DPT)	136
5.2	DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i)	138
5.3	Zusammenfassung und Folgerungen	139
	Literatur	140

Vorbemerkung

Im letzten Vierteljahrhundert ist die Kriminalprävention in Deutschland in vielfältiger Weise ausgebaut und etabliert worden: Inzwischen ist ein neues Handlungs- und Politikfeld entstanden.

Im Zuge dieser Entwicklung kamen zu den bekannten, originären Präventions-Akteuren Polizei und Justiz weitere Akteure wie Schule, Kinder- und Jugendhilfe oder zivilgesellschaftliche Organisationen hinzu. Auf allen Ebenen – lokal, regional, national, international – wurden Kooperationsgremien eingerichtet, um dem Verständnis von Kriminalprävention als einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die eine Akteure und Institutionen übergreifende Kooperation erfordert, gerecht zu werden.

Motor dieser Entwicklung sind die zahlreichen Programme und Projekte der jeweiligen Fachpraxen, also der organisierten Praxis von staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen und Einrichtungen. Kriminalprävention braucht jedoch nicht nur die Praxis, wenn sie sich etablieren und weiter entwickeln will.

Zwingend braucht Kriminalprävention auch die Präventionspolitik, hier vor allem einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens dahingehend, dass Kriminalität primär mit präventiven Strategien und Konzepten begegnet werden soll. Ein Konsens, der die erforderlichen (rechtlichen) Rahmenbedingungen schafft und die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellt.

Zwingend braucht Kriminalprävention auch die Präventionswissenschaft, als Lieferanten der theoretischen wie der empirisch gesicherten Grundlagen, als Beraterin bei der Planung, Umsetzung und Verbreitung präventiver Programme sowie bei der Überprüfung von Projekten auf ihre Praxistauglichkeit und Wirksamkeit hin.

In der Kriminalprävention sind Praxis, Politik und Wissenschaft die zentralen Arbeitsfelder. Deshalb hat der 19. Deutsche Präventionstag ihre Aufgaben in der und für die Kriminalprävention mit der Forderung „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ zu seinem Schwerpunktthema gemacht. Das Gutachten zum Schwerpunktthema „Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft“ fragt für die drei Arbeitsfelder

- ob und wie sie ihre Aufgaben in der und für die Kriminalprävention umgesetzt haben, wie sich also Kriminalprävention in der Praxis entwickelt hat, welche Unterstützung sie von der Politik erfährt und welche Leistungen die Wissenschaft erbracht hat,
- welche Herausforderungen in Anbetracht der jeweils eigenen und keineswegs immer (leicht) miteinander zu vereinbarenden Handlungsziele und Handlungslogiken für die drei Arbeitsfelder zu bewältigen waren und sind, ob es

Hinweise darauf gibt, dass sie bei der Umsetzung ihrer Aufgaben für die Kriminalprävention miteinander kooperieren und ggf. auch voneinander profitiert haben,

- welche Folgerungen zu ziehen und welche Forderungen zu stellen sind, um Kriminalprävention durch die und mit den drei Arbeitsfeldern weiter zu entwickeln, zu etablieren sowie stärker systematisch auszurichten.

0

Zusammenfassung und Folgerungen

Im letzten Vierteljahrhundert ist die Kriminalprävention in Deutschland in vielfältiger Weise ausgebaut und etabliert worden.¹ Inzwischen ist mit dieser Aufgabe auf den Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes ein neues Handlungs- und Politikfeld entstanden. Kriminalprävention als das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte und Disziplinen mit dem Ziel, Straftaten vorzubeugen, braucht dabei Praxis, Politik und Wissenschaft. Das sind ihre zentralen Arbeitsfelder, die jeweils eigene Leistungen für die Kriminalprävention erbringen müssen und dabei möglichst aufeinander bezogen sein und kooperieren sollten.

Definition und Ziele von Kriminalprävention

Kriminalprävention ist eine alternative, nicht punitive Antwort auf die Herausforderung, Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen oder als individuelles Ereignis zu verhindern, zu mindern oder in ihren Folgen gering zu halten.

Im Vergleich zur Repression ist Prävention inhaltlich vorrangig und zeitlich vorgängig: Strafübel und Opferleid werden vermieden, ihre Effektivität ist größer, es entstehen weniger materielle und immaterielle Kosten.

Kriminalprävention kann aber auch riskante Aspekte haben, etwa durch die Tendenz zur Entgrenzung der Kriminalitäts- und Präventionsbegriffe sowie zur Vorverlagerung des präventiven Tuns.

Deshalb sollte Kriminalprävention eng verstanden werden:

Es sollten nur die Strategien, Maßnahmen und Projekte als kriminalpräventiv verstanden werden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zum Ziel haben und von denen erwartet werden darf, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbarem Zusammenhang darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern bzw. zu vermindern – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege oder an Hand von plausiblen Annahmen.

1 Ein entscheidendes Datum mit Signalfunktion für die Entwicklung und Umsetzung von Kriminalprävention auch außerhalb von Polizei und Justiz in den Ländern und Kommunen war das Jahr 1990: Mit der Gründung des ersten kriminalpräventiven Landesrates, des „Rates für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein“ in Anlehnung an skandinavische Vorbilder.

Allgemein förderliche Maßnahmen der sozialen oder universellen Prävention sind unverzichtbar und die Aufgabe vieler Politikbereiche, müssen aber als das verstanden und eingefordert werden, was sie sind, nämlich als Sozialpolitik und nicht als Kriminalpolitik bzw. Kriminalprävention.

So verstandene Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vernetzt, interdisziplinär, als Ressorts und Institutionen übergreifende Kooperation auf mehreren Ebenen erfüllt und umgesetzt werden muss: Auf lokaler/kommunaler Ebene, auf Landesebene, auf Bundesebene, auf internationaler/globaler Ebene. Sie braucht Spezialwissen und sollte evidenzbasiert erfolgen.

Zentrale Arbeitsfelder im Handlungs- und Politikfeld „Kriminalprävention“ sind demnach die Präventionspraxis, die Präventionspolitik und die Präventionswissenschaft. Arbeitsfelder, die jeweils eigene Leistungen für die Kriminalprävention erbringen müssen und dabei möglichst aufeinander bezogen sein und kooperieren sollten.

Präventionspraxis

Die organisierte kriminalpräventive Fachpraxis von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen war und ist ohne Zweifel mit ihren zahlreichen Programmen und Projekten der Motor der Entwicklung im Bereich der Kriminalprävention. Dabei lag und liegt der Schwerpunkt der kriminalpräventiven Programme und Projekte auf kommunaler bzw. lokaler Ebene. Es macht Sinn, Kriminalität wie Kriminalitätsfurcht dort zu beeinflussen und zu verhindern, wo sie entsteht und begünstigt wird

Zu den wichtigsten Akteuren der Präventionspraxis gehören die Polizei, die Kinder- und Jugendhilfe, die Schule und – mit Einschränkungen - das Strafrecht bzw. die Justiz. Die Polizei als der zeitlich erste und nach wie vor wohl wichtigste Träger der Kriminalprävention versteht sich inzwischen als ein Akteur in lokalen Problemlösungsprozessen. Die Kinder- und Jugendhilfe hat lange gezögert, sich mit Delinquenz zu befassen, doch inzwischen ist die pädagogische Kriminalitätsprävention etabliert. Die Schulen kommen im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrag mit einer Vielzahl von Präventions- und Interventionsprogrammen ihren Aufgaben im Bereich der Kriminalprävention nach. Kriminalprävention ist auch Gegenstand des Strafrechts und der Justiz, doch sind die präventiven Wirkungen begrenzt auf das, was im Rahmen der Repression möglich ist – und diese Wirkungen sind nachgewiesenermaßen äußerst gering.

Ausgesprochen positiv hat sich das Konzept der kommunalen Kriminalprävention auf die Entwicklung der Kriminalprävention ausgewirkt. Seit Anfang der 1990er-Jahre sind in vielen deutschen Städten und Gemeinden Netzwerke der Kommunikation und Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und –politik, Polizei, Justiz, Schulen, Vereinen,

Kirchen, Wirtschaft, sozialen Einrichtungen, Kinder- und Jugendorganisationen und sonstigen Akteuren entstanden.

Fazit und Folgerungen

Kommunale Kriminalprävention gibt mit die nachdrücklichsten Hinweise darauf sowie Beweise dafür, wie sehr Kriminalprävention Praxis, Politik und Wissenschaft braucht:

Sie braucht die Praxis für die „Arbeit vor Ort“. Allerdings sollten die Praktiker für diese Aufgabe ausgewählt sein und eine Aus- und Weiterbildung erhalten, die den heutigen Anforderungen an Professionalität und Kompetenz gerecht wird. Hier ist die Wissenschaft gefordert, entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln und anzubieten.

Sie braucht die Politik und zwar sowohl die Kommunalpolitik wie die auf Landesebene. Denn ohne deren Unterstützung und Förderung geht nichts, zumindest nicht wirkungsvoll und nicht auf Dauer.

Sie braucht die Wissenschaft für die theoretische und empirische Fundierung der präventiven Arbeit, für die Beratung und Begleitung bei der Implementation und Evaluation von Projekten, für die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten, für die Entwicklung und Pflege von Datenbanken und Informationssystemen.

Trotz ihrer langjährigen Existenz und stetigen Weiterentwicklung bietet die Praxis der kommunalen Kriminalprävention noch viel Optimierungspotenzial. Da dieses Konzept aber nach wie vor „eine Idee von bestechender Vernünftigkeit“ ist, sollte nichts unversucht bleiben, um diese Idee nachhaltig zu verwirklichen.

Präventionspolitik

Kriminalprävention gilt zwar als wichtiges Ziel der Kriminalpolitik, bislang hat aber die von Wissenschaft und Praxis geforderte verstärkte Hinwendung der Politik zu Kriminalprävention und deren nachhaltigem Ausbau nicht im erforderlichen Ausmaß stattgefunden. Das gilt zumindest für die **Kriminalpolitik auf Bundesebene**, also für die Politik, die für das Strafrecht, die Repression, zuständig ist – und damit eigentlich auch für die Prävention, die der Repression ja zeitlich vorgängig und inhaltlich vorrangig ist. Die Kriminalpolitik bleibt auf Bundesebene jedoch nicht nur bei ihren strafrechtlichen Reaktionsmustern, sie verschärft sie sogar noch. Der Trend zu einem kontrollorientierten Präventionsstrafrecht (be)fördert den Präventionsstaat, zu dem sich Deutschland schon seit einigen Jahren verändert.

Diese Kriminalpolitik ist taub für das theorie- und empiriefundierte Wissen, das von der Kriminologie und anderen wissenschaftlichen Disziplinen längst erarbeitet und der Politik zur Verfügung gestellt worden ist, denn dieses Wissen steht quer zu den Trends der heute praktizierten Kriminalpolitik. Die empirische Kriminologie und andere wissenschaftliche

Disziplinen haben noch nie so viel Wissen wie heute produziert – und waren kriminalpolitisch noch nie so einflusslos wie heute. Auch die beiden von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen und von ihr vorgelegten *Periodischen Sicherheitsberichte* hatten und haben auf die Kriminalpolitik in Deutschland praktisch keinen Einfluss – diese lässt sich offensichtlich auch nicht von dem besten Sachverstand von ihren politischen Überzeugungen abbringen. Auf Bundesebene kann von einer evidenzbasierten Kriminalpolitik keine Rede sein.

Dazu passt, dass bislang auf Bundesebene auch kein Wille dazu festzustellen ist, die Kriminalprävention dadurch zu fördern, dass ein organisatorisch, personell wie finanziell zumindest ausreichend ausgestattetes „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ eingerichtet wird. Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) kann auch nicht ansatzweise ihre Ziele und Kernaufgaben erfüllen und ist nur Dank des Engagements der im Vordergrund wie im Hintergrund Beteiligten überhaupt am Leben geblieben.

Zwar sind die **lokalen/kommunalen Ebenen** wie die **Landesebenen** hinsichtlich Strafrecht und Strafrechtspraxis an den kriminalpolitischen Kurs des Bundes gebunden², dennoch sieht es hier hinsichtlich der Förderung der Kriminalprävention durch die Politik besser aus. Das zeigt für die Kommunale Kriminalprävention die – oft eingelöste – Forderung „Prävention ist Bürgermeisterpflicht“. Für die Ebene der Länder zeigt das die Initiierung und Durchführung präventiv ausgerichteter Programme sowie vor allem die Einrichtung von Landespräventionsräten und vergleichbarer Gremien, die nicht nur die Aufgabe der kriminalpräventiven Politikberatung haben, sondern auch die kommunale Kriminalprävention stärken und unterstützen sollen.

Fazit und Folgerungen

Gerade vor dem Hintergrund einer insgesamt günstigen Kriminalitätsentwicklung sollten die Kommunen wie die Länder nicht mit ihren kriminalpräventiven Anstrengungen nachlassen, sondern sie zumindest beibehalten, wenn nicht sogar verstärken. In diesem Sinne ist auf allen Ebenen (immer wieder) ein breiter gesellschaftlicher Konsens dahingehend herzustellen, dass Kriminalität primär mit präventiven Strategien und Konzepten begegnet werden sollte.

Auf der **lokalen Ebene** hat das Konzept der kommunalen Kriminalprävention durchaus Perspektiven und sollte (flächendeckend) umgesetzt und weiterentwickelt werden, etwa in Richtung einer *kommunalen Sicherheitspolitik*, ausgewiesen bspw. in einem „*Amt für Kriminalprävention*“.

Wegen der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen ist eine finanzielle Unterstützung dringend geboten, auch damit die anderen Akteure auf kommunaler Ebene ihre her-

2 Nur der Strafvollzug ist inzwischen Ländersache.

vorragenden und unentbehrlichen Aufgaben in der Kriminalprävention nicht nur weiterhin wahrnehmen, sondern möglichst noch ausbauen können.

Landespräventionsräte sollten in allen **Ländern** eingerichtet und organisatorisch, personell wie finanziell angemessen ausgestattet werden. Die Anbindung der Räte an die Regierungen und nicht an ein Ministerium sollte ebenso geprüft werden wie die Schaffung eines „*Amtes für Kriminalprävention*“ auf Landesebene. Die Weiterentwicklung der Kriminalprävention zu einer systematischen Präventionsstrategie bzw. Präventionspolitik ist anzustreben.

Auf **Bundesebene** dringend erforderlich ist die Schaffung eines organisatorisch, personell wie finanziell zumindest ausreichend ausgestatteten „*Nationales Zentrum für Kriminalprävention*“, ggf. durch den Ausbau der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) zu einem solchen Zentrum und der Integration der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ). Dieses Zentrum sollte ebenfalls nicht an ein Ministerium angehängt werden, sondern an das Bundeskanzleramt.

Auch wenn eine kriminalpolitische Wirkung der beiden bisherigen Periodischen Sicherheitsberichte (PSB) kaum festzustellen war, ist dennoch die Erstellung – wirklich – *Periodischer Sicherheitsberichte* auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung oder eines Beschlusses des Deutschen Bundestages dringend erforderlich. Diese Berichte sollten regelmäßig, etwa in jeder Legislaturperiode, von einem interdisziplinär zusammengesetzten wissenschaftlichen Gremium erstellt werden.

Auf allen Ebenen ist zu prüfen, ob 5% der aktuellen Ausgaben für die Reaktion auf Kriminalität – durch Polizei, Justiz und Strafvollzug – nicht in effektive Kriminalprävention investiert werden sollten.

Präventionswissenschaft

Kriminalprävention sollte evidenzbasiert erfolgen, also auf der Grundlage theoretischer wie empirischer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Präventionspraxis und Präventionspolitik brauchen also Wissenschaft und Forschung.

Dass die Präventionspolitik das anders sieht, zumindest auf der Bundesebene, wurde schon ausgeführt. Auf kommunaler und Landesebene scheint die Politik offener für eine Evidenzbasierung zu sein. Auch für die Präventionspraxis ist das inzwischen der Fall.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Wissenschaft etliche „Dienstleistungen“ für die Praxis erbracht und die **Präventionspraxis** zunehmend systematisch unterstützt hat.

Der Präventionspraxis werden nicht nur die nötigen theoretischen wie empirischen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung gestellt, sondern es wird auch die Planung, Durchführung und Wirkung von Präventionsmaßnahmen

und –programmen (Implementation und Evaluation) wissenschaftlich begleitet und überprüft. Insbesondere die Evaluation von Projekten ist inzwischen sehr viel häufiger und selbstverständlicher geworden und die Implementationsforschung gewinnt an Bedeutung.

Bei der Evaluation und zwar in der Form der nachwirkenden Gesetzesfolgenabschätzung, der Bewertung der Nützlichkeit eines Gesetzes, der Überprüfung dessen, was mit dem Gesetz ursprünglich beabsichtigt war, sollte es sich auch um ein Kernanliegen der **Präventionspolitik** handeln. Nicht nur hinsichtlich der Gesetzgebungstätigkeit, sondern vor allem auch für die praktische Präventionspolitik bis hin zur Ebene der Städte und Gemeinden.

Zum Problem kann dabei die **Zeit** werden, die Forschung im allgemeinen braucht. Praxis wie Politik wollen – müssen – möglichst rasch handeln, um erkannte Probleme zu beheben. Die Wissenschaft braucht jedoch Zeit, um begründet etwas über Wirkungen oder auch Nicht-Wirkungen sagen zu können. Es dürfte auch in der Präventionspraxis wie in der Präventionspolitik schwierig sein, empirische Untersuchungen durchzuführen, Daten zu erheben, bevor eine Präventionsmaßnahme gestartet bzw. ein Gesetz erlassen wird.

Probleme könnten sich auf der derzeitigen Lage der **Kriminologie** als der relevanten Bezugswissenschaft ergeben: Deutschland verfügt zwar über eine theoretisch wie empirisch hoch entwickelte kriminologische Wissenschaft, diese ist aber durch eine „strukturelle Auszehrung“ offensichtlich ernsthaft bedroht. Kriminologische Forschungen finden zu einem großen Teil außerhalb der Kriminologie der Juristischen Fakultäten statt und streuen erheblich über verschiedene wissenschaftliche Disziplinen. Das heißt allerdings auch, dass kriminologische Fragestellungen ein breites wissenschaftliches Interesse finden.

Fazit und Folgerungen

An der Erarbeitung des Wissens darüber, was wirkt oder eben auch nicht wirkt, was kriminalpräventiv sinnvoll ist, was nicht, waren und sind viele wissenschaftliche Disziplinen beteiligt, insbesondere jedoch die Kriminologie, die aber in ihrer Existenz an den deutschen Universitäten gefährdet ist. Ähnliches gilt für benachbarte Fachrichtungen.

Da dies Auswirkungen auf die Kriminalprävention haben kann, sollte an den Universitäten die Lehre insbesondere in den soziologischen und juristischen Fakultäten intensiviert werden und die diversen kriminologischen Aktivitäten durch den Aufbau fachübergreifender kriminologischer Zentren gebündelt, koordiniert und damit vorangetrieben werden.

Zu begrüßen ist die 2012 eingerichtete Stiftungsprofessur „Kriminalprävention und Risikomanagement“. Auch um der Kriminalprävention im Forschungsspektrum der Kriminologie und anderer Disziplinen das nötige Gewicht zu verleihen, ist

dringend zu fordern, diesen Lehrstuhl über das Jahr 2017 hinaus zu finanzieren und auf Dauer zu erhalten.

Vor allem aber sollte die enge Anbindung der Kriminologie an das Strafrecht aufgegeben und die Kriminologie als unabhängige Sozialwissenschaft etabliert werden. Eine gut aufgestellte Kriminologie ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für die Umsetzung der Forderung nach einer interdisziplinär arbeitenden Präventionswissenschaft.

Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist wohl mit das beste Beispiel dafür, wie weit die Forderung, Kriminalprävention brauche Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft, schon Wirklichkeit geworden ist. Das zeigt sich nicht nur an seiner Entwicklung von wirklich kleinen Anfängen – 1995 in Lübeck mit 168 registrierten Kongressteilnehmern und einem sehr überschaubaren Programm dieser „Arbeitstagung“ hin zum letzten 18. DPT 2013 in Bielefeld mit fast 2.000 Kongressteilnehmenden aus 17 ausgewiesenen Arbeitsbereichen, einem umfangreichen Programm (allein 169 Referenten für Vorträge und Projektsports), Infoständen, Sonderausstellungen usw. Die Evaluationsergebnisse (der DPT wird seit dem 13. DPT evaluiert) befinden: „Insgesamt zeigen die Evaluationsergebnisse, dass der 18. Deutsche Präventionstag als eine gelungene Veranstaltung bezeichnet werden kann. So fanden fast 92% der befragten Besucher den 18. Deutschen Präventionstag als sehr gut oder gut.“ Der Deutsche Präventionstag hat sich ohne Frage zu einem wichtigen Forum für den Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik im Arbeitsfeld der Kriminalprävention entwickelt.

2013 startete mit dem DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i) ein weiterer Arbeitsbereich des DPT, um diese Entwicklung zu stärken und systematisch fort zu entwickeln. Eine wichtige Aufgabe dieses Institutes könnte es sein, auf der Basis der Befunde zu den Leistungen und Defiziten der Arbeitsfelder Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft bei der Bewältigung ihrer Aufgaben für die Kriminalprävention sowie den Forderungen und Herausforderungen an diese Arbeitsfelder, eine systematische Strategie der Kriminalprävention zu entwickeln.

1

Kriminalprävention

Im letzten Vierteljahrhundert ist die Kriminalprävention in Deutschland in vielfältiger Weise ausgebaut und etabliert worden: Inzwischen ist auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes ein neues Handlungs- und Politikfeld entstanden. Als das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte und Disziplinen mit dem Ziel, Straftaten

vorzubeugen, braucht die Kriminalprävention Praxis, Politik und Wissenschaft: Das sind ihre zentralen Arbeitsfelder, die jeweils eigene Leistungen für die Kriminalprävention erbringen müssen und dabei möglichst aufeinander bezogen sein und kooperieren sollten.

Die **Präventionspraxis** war und ist mit ihren zahlreichen Akteuren, den staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen und Einrichtungen mit ihren vielfältigen Programmen und Projekten der Motor in der Entwicklung der Kriminalprävention. Ohne die Unterstützung durch die **Präventionspolitik** kann diesem „Motor“ jedoch die Kraft ausgehen. Kriminalprävention braucht als „Treibstoff“ vor allem einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens dahingehend, dass Kriminalität primär mit präventiven Strategien und Konzepten begegnet werden soll. Ein solcher Konsens ist die Voraussetzung dafür, dass für die Präventionspraxis die erforderlichen (rechtlichen) Rahmenbedingungen geschaffen und die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das wiederum wird die Präventionspolitik zumindest auf Dauer nur dann leisten, wenn die Präventionspraxis evidenzbasiert erfolgt und Wirkungen („Erfolge“) erzielt. Zwingend braucht die Kriminalprävention also die **Präventionswissenschaft**, als Lieferanten der theoretischen wie der empirisch gesicherten Grundlagen, als Beraterin bei der Planung, Umsetzung und Verbreitung präventiver Programme sowie bei der Überprüfung von Projekten auf ihre Praxistauglichkeit und Wirksamkeit hin.

Optimal für die Kriminalprävention wäre es, wenn diese Leistungen von ihren drei Arbeitsfeldern nicht nur erbracht werden, sondern wenn die Arbeitsfelder dabei auch kooperieren würden. Diese **Kooperation** steckt allerdings „noch in den Kinderschuhen“ (Marks 2014) – und das nicht zuletzt deshalb, weil Kriminalprävention weder auf der kommunalen Ebene, noch auf Länder- oder Bundesebene systematisch im Sinne einer Präventionsstrategie oder gar einer Präventionspolitik geplant und umgesetzt worden ist, sondern sich mehr oder weniger „naturwüchsig“ entwickelt hat. Außerdem haben die drei Arbeitsfelder je eigene Handlungsziele und Handlungslogiken, die eine Kooperation grundsätzlich nicht einfach machen. Auch innerhalb der jeweiligen Arbeitsfelder ist die Kooperation, die Akteure, Ressorts und Disziplinen übergreifende Vernetzung, nicht leicht herzustellen.

Im Folgenden wird für die drei Arbeitsfelder der Kriminalprävention auf der Basis des zur Verfügung stehenden Wissens diskutiert

- ob und wie sie ihre Aufgaben in der und für die Kriminalprävention umgesetzt haben, wie sich also Kriminalprävention in der Praxis entwickelt hat, welche Unterstützung sie von der Politik erfährt und welche Leistungen die Wissenschaft erbracht hat,
- welche Herausforderungen in Anbetracht der jeweils eigenen und keineswegs immer (leicht) miteinander zu verein-

barenden Handlungsziele und Handlungslogiken zu bewältigen waren und sind, welche Hinweise es darauf gibt, ob und wie sie bei der Umsetzung ihrer Aufgaben für die Kriminalprävention miteinander kooperiert und voneinander profitiert haben,

- welche Folgerungen zu ziehen und welche Forderungen zu stellen sind, um Kriminalprävention durch die und mit den drei Arbeitsfeldern weiter zu entwickeln und zu etablieren.

Zuvor wird jedoch festgelegt, welches Verständnis von Kriminalprävention dieser Diskussion zugrunde gelegt wird.

1.1

Definition, Ziele, positive wie riskante Aspekte³

Kriminalprävention umfasst die Gesamtheit aller staatlichen und privaten Bemühungen, Programme und Maßnahmen, die Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen oder als individuelles Ereignis verhüten, mindern oder in ihren Folgen gering halten sollen.⁴

Grundsätzlich geht es bei Kriminalprävention um den Aufbau bzw. die Stärkung von Schutzfaktoren und die Abschaffung bzw. Minderung von Risikofaktoren.

Kriminalprävention ist eine alternative, nicht punitive Antwort auf die Herausforderung, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht zu verhindern oder zumindest zu verringern. Kriminalprävention ist deshalb auch kein Teil des Kriminaljustizsystems, sondern sozusagen eine weitere „Säule“ im Aufgabenfeld der Kriminalitätskontrolle, neben den „Säulen“ Polizei, Justiz und Strafvollzug. Kriminalpräventives Handeln setzt keine schon begangenen Straftaten voraus, sondern versucht, Straftaten zu verhindern bevor sie sich ereignet haben (Welsh/Farrington 2012, 128; Waller 2011, 2013).

Mit Blick auf Täter, Situationen und Opfer ist die Unterscheidung zwischen **primärer, sekundärer und tertiärer Kriminalprävention** nach wie vor gängig (PSB 2006, 667 f.; Schwind 2013, §1 Rn 42, jeweils m.w.N.).

Diese Unterscheidung sollte jedoch aufgegeben werden, da sie immer wieder zu Missverständnissen führt, die dem Gedanken der Kriminalprävention nicht förderlich sind (Steffen 2013 b, 492 ff.):

- Zum einen unterstellt dieses Strukturmodell eine Hierarchie, eine Wertigkeit der Präventionsbereiche: Primär ist besser als sekundär und bei tertiär ist sowieso schon (fast) alles zu spät. Tatsächlich haben jedoch alle drei Bereiche eine jeweils eigene Bedeutung und Zielrichtung.

³ Die folgenden Ausführungen orientieren sich an dem in den bisherigen Gutachten für den Deutschen Präventionstag verwendeten Verständnis von Kriminalprävention.

⁴ So die Definition in den „*Leitlinien Polizeiliche Kriminalprävention*“ von 1998 (s. Steffen 2013 b, Fn 12).

- Zum andern (ver)führt diese Unterteilung zu dem Fehlschluss, „primäre Prävention“ habe etwas mit dem Alter der Adressaten zu tun, sei die Kriminalprävention, die sich an Kinder und vielleicht noch an Jugendliche richte.⁵ Das ist jedoch keineswegs der Fall.

Aussagekräftiger und eindeutiger ist dagegen die Unterscheidung in universelle oder soziale Prävention, in selektive oder situative Kriminalprävention sowie in indizierte Kriminalprävention.⁶

Universelle oder soziale („primäre“) Prävention

zielt mit allgemein förderlichen, nicht anlassbezogenen Programmen und Maßnahmen auf die Allgemeinheit und/oder Gesamtgruppen, ohne dass in diesen Gruppen besondere Risikofaktoren vorliegen müssen.

Ohne dass es schon „konkrete Verdachtsmomente“ gäbe, sollen etwa durch eine konsistente Sozial-, Arbeits-, Jugend-, Familien-, Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik optimale Bedingungen geschaffen werden, damit es gar nicht erst zu abweichenden Verhaltensweisen und Kriminalität kommt. Universelle Prävention ist die Aufgabe vieler Akteure und Institutionen, von der Familie über die Schule bis hin zu Jugendhilfe, Gemeinde und Politik, aber eher selten die von Polizei und Justiz.

Wegen ihrer sehr unspezifischen „universellen“ Ausrichtung ist es durchaus umstritten, ob die soziale Prävention überhaupt als *Kriminalprävention* bezeichnet und verstanden werden darf – auch wenn ohne jeden Zweifel Sozialisation und Erziehung, individuelle und soziale Lebensbedingungen u.ä. erheblichen Einfluss auf Kriminalitätsentwicklungen haben. Aber es lassen sich eben keine *unmittelbaren* Zusammenhänge zwischen solchen „globalen Rahmenbedingungen“ und Kriminalität herstellen.⁷ Auch um den *Risiken einer Entgrenzung der Kriminalitäts- und Präventionsbegriffe sowie der Vorverlagerung des präventiven Tuns* entgegenzuwirken, ist Kriminalität nicht der geeignete Bezugsrahmen für Strategien der universellen Prävention.⁸

5 Auf dieses (Miss)Verständnis geht *Feltes* ein, wenn er den Rückzug der Polizei Nordrhein-Westfalens aus der Primärprävention beschreibt, der deshalb erfolgt sei, weil Kinder grundsätzlich nicht Zielgruppe polizeilicher Maßnahmen zur Prävention von Jugendkriminalität seien (2012, 36).

6 Siehe dazu Steffen 2011, 102 f.; 2013 b, 492 ff.; Arbeitsstelle 2007; Eisner/Ribeaud/Bittel 2006.

7 Diese „universelle Ausrichtung“ der primären Prävention ist übrigens auch der entscheidende Grund dafür, warum primäre Präventionsmaßnahmen einer gezielten Wirkungsforschung kaum zugänglich sind, obwohl sie ohne Frage Wirkungen haben (*Bannenberg/Rössner* 2002, 5).

8 Auf den Punkt hat das *Michael Walter* in einem 2004 beim 26. Deutschen Jugendgerichtstag in Leipzig von ihm gehaltenen Referat gebracht: „Der Gedanke der Kriminalprävention mag mit fast

Maßnahmen der universellen Prävention, wie etwa die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit durch den Abbau der Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut mit dem Ziel einer gleichberechtigten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sind unverzichtbar, müssen aber als das verstanden und eingefordert werden, was sie sind, nämlich als *Sozialpolitik* und nicht als Kriminalpolitik bzw. Kriminalprävention,⁹ auch wenn sie sich ohne Frage durchaus kriminalpräventiv auswirken können. Aber das ist nicht ihr Ziel, schon gar nicht ihr primäres und deshalb sollten sie auch nicht für Zwecke der Kriminalprävention instrumentalisiert werden – zumal das der Bedeutung dieser Maßnahmen nicht gerecht wird.

Gerade weil eine sozialstaatliche Absicherung der verschiedenen sozialen Risiken dabei helfen kann, (der Zunahme von) Kriminalität und Kriminalitätsfurcht entgegen zu wirken, gerade weil kriminalpräventive Arbeit nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie in eine sozial gerechte Gesellschaftspolitik – Lebenslagenpolitik¹⁰ - eingebettet ist, muss zwischen sozialpräventiven und kriminalpräventiven Strategien, Programmen und Maßnahmen klar unterschieden werden. Jedenfalls so klar wie möglich: Auch weil es immer wieder zu Überschneidungen und Vermischungen kommt, sollte zumindest begriffliche Klarheit herrschen.¹¹

Selektive oder situative („sekundäre“) Kriminalprävention will wie die universelle Prävention bereits die Entstehung von Kriminalität verhindern, setzt aber spezifischer an, indem sie Gefährdungslagen in den Blick nimmt, potenziell delinquente

allem in Verbindung gebracht zu werden und ist insofern uferlos. Würde man unsere sämtlichen Lebensbedingungen, Einrichtungen und Beziehungen aus einer kriminalpräventiven Sicht betrachten, bedeutete das eine ungeheure menschliche Verarmung. Erziehung schon im Kindergarten, hat fraglos präventive Komponenten. So gesehen ist fast alles kriminalpräventiv.“

Zumal mit dem Etikett „Kriminalprävention“ immer auch eine Zuschreibung verbunden ist, die den Zielgruppen zumindest mittelbar ein potenziell kriminelles Verhalten unterstellt. Damit ist unvermeidlich das Risiko einer Stigmatisierung verknüpft (Holthusen/Hoops 2012, 27; Steffen 2006 a, 1151)

- 9 Auf problematische gesellschaftspolitische Entwicklungen – Stichworte: Präventionsstaat, Sicherheitsgesellschaft -, die mit einer Entgrenzung des Präventionsbegriffes, mit der Vermischung von Kriminalpolitik und Sozialpolitik verbunden sein können, wurde vertieft im Gutachten zum 17. Deutschen Präventionstag eingegangen (Steffen 2013 a); siehe dazu auch unten Kap. 3.1.2.
- 10 Auch deshalb ist für „die Politik in den letzten Jahrzehnten eine Orientierung an empirisch basierten und/oder von Expertenteams abgegebenen Beschreibungen, Analysen und Einschätzungen zu den Lebenslagen ihrer Zielgruppen immer wichtiger geworden“ (Pluto u.a. 2014, 7).
- 11 Anders *Kahl* (2012, 26) wenn er fordert, das Handlungsfeld der Kriminalprävention nicht weiter zu begrenzen, sondern tatsächlich und daher auch begrifflich zu erweitern bzw. zu entgrenzen.

Personen und kriminogene Situationen beeinflussen will. Selektive Prävention zielt auf besondere Teilgruppen, Individuen oder Situationen, die durch eine erhöhte Belastung mit Risikofaktoren gekennzeichnet sind und somit unter einem gesteigerten Täter- wie Opferrisiko stehen („gefährdete Personen als Täter und Opfer“) bzw., bei Situationen, dadurch gefährdet sind, dass sich hier Kriminalität ereignen kann („Tatgelegenheiten“).

Selektive Kriminalprävention ist direkt oder indirekt auf die Verhinderung und Verminderung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht bzw. auf die Verbesserung von Sicherheitslage und Sicherheitsgefühl gerichtet.

Sie zielt darauf ab, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen, Tatgelegenheiten zu verringern und das Entdeckungsrisiko zu erhöhen (Steffen 2013 b, 494).

Es geht hier etwa um

- Hilfe und Stützung von Personen in besonderen Problemlagen (durch Familien- und Erziehungshilfe u.ä.), um die
- Erhöhung des Tataufwandes und des Entdeckungsrisikos sowie um die Minderung des Tatertrages durch entsprechende Veränderungen der Tatgelegenheitsstrukturen¹² sowie um
- die Reduzierung tatfördernder Situationen, etwa auch durch eine entsprechende Information und Schulung potenzieller Opfer.

Indizierte („tertiäre“) Prävention

setzt nach der Begehung von Straftaten an. Durch geeignete Maßnahmen, ggf. besondere Therapien, soll weiterer Rückfälligkeit möglichst effektiv vorgebeugt werden; dazu dient auch Entlassenenhilfe und Wiedereingliederung der Straffälligen (PSB 2006, 668).

Zur indizierten Prävention gehören auch Programme und Maßnahmen für Situationen, in denen sich gehäuft Straftaten ereignet haben („Kriminalitätsbrennpunkte“).

Mit (staatlichen) Kontroll- und Eingriffsmaßnahmen soll Straftaten entgegengewirkt und sollen Kriminalitätsauffällige re-sozialisiert werden mit dem Ziel der Verhinderung bzw. Verminderung weiterer Straffälligkeit und Straftaten, der Senkung der Kriminalitätsrate und der Verminderung des Opfer-risikos der Bevölkerung (Steffen 2013 b, 495).

Auch die Hilfe für Opfer von Straftaten mit dem Ziel, eine erneute Opferwerdung und vor allem eine sekundäre Viktimisierung durch entsprechende Reaktionen der Instanzen

12 Heinz 1998, 31 f.: „Sekundärprävention durch Veränderung von (Tat-)Gelegenheitsstrukturen ... ist unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit die Methode der Wahl.“

sowie des sozialen Umfelds zu verhindern, zählt zur indizierten Kriminalprävention.

Positive Aspekte der Kriminalprävention

Für Kriminalprävention sprechen vor allem folgende Überlegungen:¹³

- Vermeidung von Strafübel und Opferleid:
Kriminalprävention ist humaner als Kriminalrepression. Das gilt nicht nur für die Täterseite im Hinblick auf die Bestrafung, sondern insbesondere auch für die Opferseite. Es ist sinnvoller Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen, als sie später mit großem Aufwand verfolgen zu müssen. Neben den materiellen und körperlichen Schäden führen Straftaten oftmals zu schwerwiegenden psychischen Folgen für die Opfer. Auch eine noch so erfolgreiche Strafverfolgung kann dies nicht wieder gut – und schon gar nicht ungeschehen machen.
- Größere Effektivität:
Durch kriminalpräventives Handeln können Konfliktpotenziale reduziert, Tatgelegenheiten verringert, Ängste abgebaut, Kommunikation verbessert, Desintegrationslagen entschärft werden. Die Strafverfolgung kommt immer zu spät: individuelle und gesellschaftliche Problemlagen, deren Ausdruck die Straftaten sind, haben sich bereits realisiert. Zudem entwickelt das strafjustizielle Handlungsrepertoire nur sehr begrenzt kriminalitätsreduzierende Wirkungen.
- Weniger Kosten:
Dort, wo kriminalpräventives Handeln wirksam ist, zahlt es sich in der Regel auch in Hinblick auf die eingesetzten personellen und finanziellen Ressourcen aus. Investitionen in effektive Prävention bedeuten weniger Opfer, weniger Schäden, weniger Kosten für die Steuerzahler und die Reduzierung der Arbeitsbelastung für Polizei, Justiz und Strafvollzug.

Riskante Aspekte der Kriminalprävention

Kriminalprävention hat aber auch riskante Aspekte. Denn Kriminalprävention wirkt¹⁴ – und hat deshalb auch Risiken und Nebenwirkungen, ist nicht nur deshalb schon und nur

13 DVJJ 2007, 5; s. dazu auch Waller 2011, 2013 und Heinz 1998, 18 ff., 2005, 9 f.

14 Mit den Worten des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK): „Prävention wirkt – vorausgesetzt, dass bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Dazu zählen z.B. ihr gesamtgesellschaftlicher Ansatz, ihre Fachlichkeit und ihre Nachhaltigkeit. Sowohl langfristige praktische Erfahrungen als auch wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass ... die Präventionsarbeit einen entscheidenden Einfluss auf die tatsächliche und die subjektiv empfundene Kriminalitätsentwicklung hat ... Mecklenburg-Vorpommern ist in den vergangenen 17 Jahren spürbar sicherer geworden und die Prä-

gut, weil sie Übles verhindern will (siehe zum Folgenden Steffen 2012 a, 108 f.):

- Prävention baut auf der Annahme auf, zukünftige Gefährdungen erkennen und ihnen durch Handeln in der Gegenwart zuvorkommen zu können. Zukunft ist aber kontingent, die Wissensbasis mithin ungesichert - und Prävention in dieser Hinsicht *Handeln auf Verdacht*. Mit der Gefahr, der Gegenwart Fesseln anzulegen aus der Befürchtung heraus, dass sich die Dinge maximal negativ entwickeln (Ohder 2010, 16 f).
- Kriminalprävention neigt zu *Entgrenzung der Kriminalitäts- und Präventionsbegriffe sowie zur Vorverlagerung* des präventiven Tuns: Im Fall eines Scheiterns kam Prävention eben zu spät, man hätte frühzeitiger und ggf. intensiver handeln müssen (Holthusen e.a. 2011, 23).
- Es besteht die Gefahr, den Präventionsbegriff als *Legitimationsfolie* zu instrumentalisieren, wenn (nahezu) jede Maßnahme mit dem Etikett „Prävention“ versehen wird (11. Kinder- und Jugendbericht 2002, 243).
- Nicht nur repressive Maßnahmen, auch präventive Maßnahmen sind stets *Intervention*, können stigmatisierend wirken und bedürfen deshalb bestimmter Voraussetzungen sowie einer Prüfung hinsichtlich negativer Nebenwirkungen und Folgen (Ohder 2010, 17).
- Wenn ganz normale Projekte, etwa solche der Jugendarbeit, mit dem Ziel „Kriminalprävention“ durchgeführt werden – auch deshalb, um sie finanziert zu bekommen –, dann können nicht nur zivile Sachverhalte in kriminalitätsbezogene Sachverhalte umgedeutet und eine ganze Generation, nämlich die der Heranwachsenden, als (potenziell) „kriminell“ oder „gewalttätig“ stigmatisiert werden,¹⁵ sondern dann kann es auch zu einer *Kriminalisierung der Sozialpolitik* kommen, zur kriminalpolitischen Bearbeitung sozialpolitischer Probleme (Steffen 2012 a, 100 ff.).
- Kriminalprävention kann eine „*Sicherheitshysterie*“ fördern: Mit Kriminalprävention wird Kriminalität von einer weiteren Seite in den Blick genommen, nicht mehr nur von der Repression aus, und das kann zu einer übersteigerten Problembetrachtung, zu einer „*Sicherheitshysterie*“ führen (Ostendorf 2005; s. dazu auch Sessar 2011).
- Kriminalprävention basiert auf der *Logik des Verdachts* – dies widerspricht der Unschuldsvermutung und ist aus pädagogischer Perspektive defizit- und nicht ressourcen-

ventionsarbeit hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.“ (impulse. Geschäftsbericht des LfK 2010/2011, 5).

- 15 Gutes Beispiel dafür sind die inzwischen zahlreichen Projekte und Programme zur Förderung von Lebens- und Verhaltenskompetenz, mit denen unter der Überschrift „Gewaltprävention“ ganze Schulklassen „zwangsbeglückt“ werden - und dadurch völlig unabhängig von ihrem tatsächlichen Verhalten unter den Verdacht gestellt werden, sie seien kriminalitäts- und gewaltgeneigt.

orientiert. Außerdem besteht mit dieser Verdachtslogik wieder das erhebliche Risiko, Personen zu stigmatisieren (Holthusen e.a. 2011, 24).

- Kriminalprävention hat dort ihren Platz, wo etwas verhindert werden soll, das ohne entsprechende Maßnahmen mit einiger Wahrscheinlichkeit eintreten würde und mit einem erheblichen Schaden verbunden wäre. Gegenüber Kriminalprävention ist Skepsis am Platz, wo es um *Prozesse und Entwicklungen geht, die es zu gestalten gilt, wo nicht unterlassene Verhinderung, sondern unzureichende Förderung zu einem nachteiligen Ergebnis* führen könnte (Ohder 2010). Durch die Verwendung des Präventionsbegriffs wird den betroffenen Personen per se eine mögliche negative Entwicklung unterstellt. Besser wären die Bezeichnungen „Förderung“ oder „Hilfe“, insbesondere dann, wenn diese Konzepte – entsprechend der Tendenz zur Vorverlagerung – sehr früh eingesetzt werden (Holthusen e.a. 2011, 23).

Prävention stellt also ein höchst voraussetzungsvolles und ambivalentes Unternehmen dar (Holthusen e.a. 2011, 25). Deshalb sollte auf jeden Fall dem Trend zur Entgrenzung und Vorverlagerung des präventiven Tuns „vorgebeugt“ und **Kriminalprävention eng verstanden** werden:

Es sollten nur die Strategien, Maßnahmen und Projekte als kriminalpräventiv verstanden werden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zum Ziel haben und von denen erwartet werden darf, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbarem Zusammenhang darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern bzw. zu vermindern – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege oder an Hand von plausiblen Annahmen.¹⁶

Diese Forderung nach einer „Engschneidung“ des Präventionsbegriffes wird von der universell ausgerichteten (Kriminal)Prävention eher selten, von der selektiven wie von der indizierten Kriminalprävention dagegen in aller Regel erfüllt.

Außerdem sollten möglichst keine standardisierten Programme ohne Prüfung auf ihre Notwendigkeit und Eignung übernommen werden. Vielmehr sollten die kriminalpräventiven Programme, Projekte und Maßnahmen die lokalen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Kontexte von Kriminalität in Betracht ziehen, auf einer gründlichen Problem- und Ursachenanalyse vor Ort beruhen, sorgfältig implementiert und natürlich auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden. In enger Zusammenarbeit der Arbeitsfelder Praxis und Wissenschaft, unterstützt von der Politik.

16 Diese Definition entspricht der in *Arbeitsstelle* 2007, 17 f und in den bisherigen Gutachten für den Deutschen Präventionstag verwendeten Definition.

1.2

Entwicklung der Kriminalprävention: Entstehung eines neuen Handlungs- und Politikfeldes

„Kriminalprävention als die Gesamtheit von Vorkehrungen und Maßnahmen, mit denen die Entstehung von Kriminalität vermindert und im Falle von doch eingetretenen Straftaten der Rückfall verhindert werden soll, hat als Idee und Bekennnis eine lange Tradition, als praktische Realität jedoch nur eine kurze Geschichte ... Bis in die jüngere Zeit wurde zwar durchweg die Bedeutung von Kriminalprävention für die Kriminalpolitik und die Praxis betont, aber die konkrete Umsetzung eher vernachlässigt“ (PSB 2001, 470 und 455).

„Blickt man .. auf die Herausbildung der gegenwärtigen ‚Landschaft‘ der Vorbeugung von Delinquenz und Straffälligkeit, auch der Vermeidung bzw. wenigstens wirksamen Verminderung von Gefährdungen aller Art, die zu abweichendem Verhalten beitragen können, so kann man zielführende Gespräche und Planungen für den ‚Start‘ einer aktuellen, nach und nach auf ganz Deutschland ausgreifenden (Kriminal-)Präventionsbewegung auf die Zeitspanne zwischen 1970 und 1980 fixieren.“ (Kerner 2012, 38).¹⁷

Eine deutliche „Präventions-Aufbruchsstimmung“ ist jedoch erst in den 1990er Jahren zu verzeichnen:¹⁸ In Deutschland werden die ersten Landespräventionsräte gegründet – Schleswig-Holstein (1990), Hessen (1992), Niedersachsen (1995); bereits 1988 hatte sich in der Stadt Neumünster ein ständiger Arbeitskreis für ressortübergreifende Präventionsbemühungen konstituiert, der seit 1992 unter der Bezeichnung „Rat für Kriminalitätsprävention“ firmiert – der Beginn

17 Kerner führt hier vor allem die verschiedenen Aktivitäten der **Polizei** an wie die polizeilichen Programme zur Drogenprävention, den Sonderband der BKA-Forschungsreihe von 1986 „Systematische Kriminalprävention – mit praktischen Beispielen“ oder die BKA-Jahrestagung 1987 zum Generalthema „Kriminalitätsbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Bereits 1975 führte das BKA seine Jahrestagung zum Thema „Polizei und Prävention“ durch.

Seit 1970 beteiligen sich alle Bundesländer am „Kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramm (KPVP)“; 1972 wurde auf Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (IMK) eine Projektleitung für das KPVP eingerichtet, auch um dieses finanziell auf eine sichere Basis zu stellen. Der PSB 2001, 458 f. führt in diesem Zusammenhang aus: „Die neuere deutsche Diskussion über Kriminalprävention wurde mit einer Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes im November 1975 gestartet. Auch wenn sich im Anschluss daran institutionell und organisatorisch in der Praxis zunächst noch nicht viel bewegte, war doch ein Zeichen gesetzt worden, um langfristig aus dem in der Regel bis dahin eher unverbindlich vorgetragenen Spruch, Kriminalprävention sei ‚vornehmste Aufgabe der Polizei‘, eine faktisch veränderte Wirklichkeit polizeilichen Handelns werden zu lassen“.

18 Siehe dazu Marks 2013, 129.

der Kommunalen Kriminalprävention als (neuer) gesamtgesellschaftlicher Aufgabe; 1995 richtet das Bundesministerium der Justiz das bundesweit erste Fachreferat „Prävention“ in einem Ministerium ein und das Bundeskriminalamt startet mit dem „Infopool Prävention“ eine Sammlung empfehlenswerter Projekte aus dem Bereich der Kriminalprävention; 1997 richtet das Deutsche Jugendinstitut die weiterhin bestehende Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention ein und die Polizei strukturiert ihre präventionsbezogene Gremienarbeit neu: aus dem Kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramm (KPVP) wird das heutige Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK); 1995 wird der erste Deutsche Präventionstag veranstaltet, 1999 eine rechtlich eigenständige Trägergesellschaft des Deutschen Präventionstages gegründet; 2001 kommt es zur Gründung der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK).

Inzwischen hat sich Kriminalprävention als das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte aus Praxis, Politik und Wissenschaft mit dem Ziel, Straftaten vorzubeugen,¹⁹ als neues Handlungs- und Politikfeld etabliert (Kahl 2013, 39) „Kriminalprävention entwickelt Strategien, um die Kriminalitätsbelastung möglichst niedrig zu halten. Ihre Bedeutung und ihr Wert für die Kriminalpolitik und die Praxis sind mittlerweile unbestritten“ (PSB 2006, 665).

Unstrittig ist heutzutage, dass „Kriminalprävention schon weit vor Strafgesetzgebung, Strafrecht, (polizeilicher) Strafverfolgung, Strafjustiz, Strafzumessung und Strafverwirklichung (Vollstreckung und Vollzug mit Alternativen) ansetzt bzw. weit darüber hinausgeht“ (PSB 2001, 456). „Kriminalpolitisch gilt deshalb unbestritten ‚der Leitgedanke des Vorranges der Prävention vor der Repression‘“ (Heinz 1998, 18).

Weitgehend unstrittig, wenn auch noch keinesfalls überall und in jeder Hinsicht realisiert, ist dieses **Verständnis von Kriminalprävention**:

- Kriminalprävention gilt als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**, an der keinesfalls nur Polizei und Justiz beteiligt sind, sondern, siehe oben, viele gesellschaftliche Kräfte aus Praxis, Politik und Wissenschaft.²⁰

Denn mit polizei- und strafrechtlichen Mitteln allein lassen sich die Ursachen von Kriminalität nicht beheben. Das ergibt sich schon aus der Vielfalt dieser Ursachen, aber auch aus den Erfahrungen, die mit den begrenzten Wirkungen von strafrechtlichen Maßnahmen auf Verhalten und ggf.

¹⁹ So der LPR Niedersachsen.

²⁰ „Präventive Verhaltensbeeinflussung ist keine Besonderheit des Strafrechts, sondern ein gemeinsames Charakteristikum aller auf Sozialisation abzielenden sozialen Normensysteme und Institutionen“ (Kunz 2011 § 24 Rn 3).
S. dazu auch die Broschüre der DVJJ 2007 „Gemeinsam mit verteilten Rollen“.

Verhaltensänderungen gemacht worden sind²¹ sowie nicht zuletzt aus den theoretischen Überlegungen und praktischen Erkenntnissen zu den Ursachen von Kriminalitätsfurcht: Ein Großteil der Faktoren, die als Gründe für die Entstehung von Kriminalität und von Kriminalitätsfurcht erkannt und nachgewiesen worden sind, lassen sich durch die Mittel des Strafrechts gar nicht oder allenfalls in sehr (zu) geringem Maße beeinflussen. Hier – und nicht nur hier – ist die Prävention der Repression eindeutig überlegen, ist zeitlich vorgängig und inhaltlich vorrangig (Heinz 1998, 19 f.; Steffen 2013 b, 487).²²

- Kriminalprävention ist eine Aufgabe, die auf **mehreren Ebenen** erfüllt und umgesetzt werden muss: Auf lokaler/kommunaler Ebene, auf Landesebene, auf Bundesebene, auf internationaler/globaler Ebene.

Dem Prinzip der Subsidiarität entsprechend²³ sollten für Kriminalprävention primär die Bürgerinnen und Bürger, danach die öffentlichen Kollektive wie Gemeinden, Städte und Landkreise und erst dann Länder und Bund zuständig sein (Marks 2014).

- Aus dem Verständnis von Kriminalprävention als einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ergibt sich, dass sie **vernetzt, als Institutionen und Akteure übergreifende Kooperation** erfolgen sollte. Das gilt nicht nur für die Netzwerke der Kommunikation und Kooperation auf kommunaler Ebene, sondern beispielsweise auch für die Landespräventionsräte.²⁴
- Kriminalprävention braucht **Spezialwissen**: Die Anforderungen an diejenigen, die kriminalpräventive Programme und Maßnahmen in der Praxis umsetzen (sollen) sind gestiegen. Das auch vor dem Hintergrund, dass Kriminalprävention inzwischen ein „Markt“ ist, an dem auch wirtschaftliche Interessen herrschen. Das gilt nicht nur für die Hersteller und Verkäufer präventiver Sicherheitstechnik, sondern auch für Anbieter verhaltensorientierter Präventionsprogramme und –konzepte: Etliche dieser Programme kosten Geld, etwa für die Ausbildung der Anwender („Trainer“) oder/und für die Materialien. Die Präventionsakteure

21 Zumal Strafverfolgung immer zu spät kommt, s.o.

22 Siehe dazu auch *Heinz* 1998, 17 ff.

23 Dem Prinzip der Subsidiarität zufolge sollen Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen so weit wie möglich selbstbestimmt und eigenverantwortlich von kleinen Einheiten unternommen werden. Nur wenn dies nicht möglich ist, sollen sukzessive größere Gruppen, öffentliche Kollektive oder höhere Ebenen einer Organisationsform die Aufgaben und Handlungen subsidiär unterstützen und übernehmen (Marks 2014)

24 So gehören beispielsweise dem Landespräventionsrat (LPR) Niedersachsen als Mitglieder an: Kommunale Präventionsgremien; landesweit tätige nichtstaatliche Organisationen; Ministerien, Landesbeauftragte und nachgeordnete Behörden; wissenschaftliche Institutionen.

vor Ort müssen in der Lage sein, den „Wert“ dieser Programme für die Ziele und Adressaten ihrer Präventionsvorhaben zu beurteilen.²⁵

Inzwischen wird nicht nur verstärkt „akteursintern“ aus- und weitergebildet, sondern es werden auch überregionale Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten – und genutzt! –, so etwa seit 2008 das „Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen oder seit dem Wintersemester 2011 der Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie & Kriminalprävention“ an der Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel (s. dazu Kap. 4.3).

- Kriminalprävention sollte **evidenzbasiert** erfolgen: Also zum einen auf der Grundlage theoretischer wie empirischer wissenschaftlicher Erkenntnisse, zum andern hinsichtlich der Beurteilung ihrer Planung, Durchführung und Wirkung (Implementation und Evaluation).²⁶ Hier ist nicht nur die „Hol-Bereitschaft“ der Praxis gefordert, sondern auch die „Bring-Leistung“ der Wissenschaft.

1.3

Zusammenfassung und Folgerungen

Kriminalprävention ist in Deutschland im letzten Vierteljahrhundert in vielfältiger Weise ausgebaut und etabliert worden: Inzwischen ist ein neues Handlungs- und Politikfeld entstanden, das Praxis, Politik und Wissenschaft braucht und vor (neue) Herausforderungen stellt

Denn diese Entwicklung ist in weiten Teilen und Bereichen eher ungeplant und zufällig erfolgt. Ein entscheidender Grund dafür ist, dass die Kooperation zwischen den drei Arbeitsfeldern der Kriminalprävention – Praxis, Politik und Wissenschaft – ebenfalls eher ungeplant und zufällig (wenn

25 Unterstützt nicht nur durch eine entsprechende Qualifikation, sondern auch durch Datenbanken wie die „Grüne Liste Prävention“.

26 Bereits 2006 hält der 2. PSB die Notwendigkeit, bei der Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland einen wichtigen Grundlagenaspekt stärker zu fokussieren, nämlich den der Evaluation von kriminalpräventiven Initiativen und Programmen mit Blick auf ihre tatsächlichen Auswirkungen, für inzwischen weitgehend akzeptiert (2006, 670, 676).

Neuere Forschungen zeigen, dass Präventionsprogramme ein besonderes Augenmerk auch auf die systematische Implementation legen sollten (Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention 2013 b, 32).

Zur „Beccaria-Qualitätsinitiative“ des Landespräventionsrates Niedersachsen gehören nicht nur das Beccaria-Qualifizierungsprogramm, sondern auch die Beccaria-Standards, Maßgaben und Anforderungen an die Qualität der Planung, der Durchführung und der Bewertung kriminalpräventiver Programme und Projekte (www.beccaria.de; Marks 2014).

denn überhaupt) erfolgt und auf keinen Fall systematisch entwickelt worden ist.

Die Kriminalprävention braucht jedoch eine strukturierte und intensive Zusammenarbeit ihrer drei Arbeitsfelder. Welche Herausforderungen sich hier stellen und welche Forderungen zu stellen sind, wird im Folgenden an den Befunden zum jeweiligen IST-Zustand in Praxis, Politik und Wissenschaft diskutiert.

2 Präventionspraxis

2.1 Entwicklung und Sachstand

Die organisierte kriminalpräventive Fachpraxis von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen war und ist ohne Frage mit ihren zahlreichen Programmen und Projekten der Motor der Entwicklung im Bereich der Kriminalprävention – auch hin zu mehr Kooperation, Vernetzung und Professionalität.

Kriminalprävention wurde von der Praxis initiiert und vorgebracht, bevor sich Politik und Wissenschaft auch daran beteiligten.

2.1.1 Dominanz der kommunalen bzw. lokalen Ebene

Dabei lag und liegt der Schwerpunkt der kriminalpräventiven Programme und Projekte auf kommunaler bzw. lokaler Ebene. Deren Dominanz entspricht nicht nur dem Prinzip der Subsidiarität (s.o. Fn 23), sondern ergibt sich auch aus der Einsicht, dass es sich bei Kriminalität in allen ihren Ausprägungen im Schwerpunkt um ein lokales Phänomen handelt: Viele der für das Tatgeschehen relevanten soziokulturellen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Faktoren weisen einen deutlichen Lokalbezug auf. Rund 70% der polizeilich registrierten Delikte werden in der Wohnortgemeinde von Täter und/oder Opfer begangen, also dort, wo die Täter ihre Sozialisation erfahren haben und die Opfer (unbeabsichtigt) die Tatgelegenheiten (mit)gestalten. Auch die Sozialkontrolle weist deutliche örtliche Bezüge auf – ungeachtet der schon vor Jahren erfolgten Verstaatlichung der kommunalen Polizeien und einer ohnehin überregional (bundesweit) vereinheitlichten Justiz (Steffen 2006 a, 1145; PSB 2006, 670). Die Kinder- und Jugendhilfe liegt ohnehin in kommunaler Verantwortung; ähnliches gilt für viele Schulträger.²⁷

27 PSB 2001, 470: „Das Gewicht örtlicher Initiativen ist der Sache angemessen, insofern sich große Teile der Kriminalität, welche die Bürger in ihrem Alltagsleben treffen und betreffen, im nahen Umkreis des Wohn- und Aufenthaltsortes von Tätern und Opfern abspielen.“

Außerdem geht es nicht nur um Kriminalität, sondern auch um **Kriminalitätsfurcht**, nicht nur um Sicherheit, sondern auch um das Sicherheitsgefühl – und das wird vor allem von örtlichen Bedingungen, insbesondere solchen des nahen Umfeldes beeinflusst: „Die empirische Forschung zu Situationen und Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit, die Kriminalitätsfurcht auslösen, hat auch in Deutschland inzwischen wiederholt den Befund bestätigt, dass die Bürger ihre Besorgnisse an Zeichen der Unordnung, Verfall und Verwahrlosung (teils raumbezogen, teils auf Baulichkeiten konzentriert, teils von Personengruppen herrührend) festmachen. Dieser Befund ist für die auch künftige Ausgestaltung einer praxisbezogenen Kriminalprävention, welche die Belange und Bedürfnisse der Bürger ernst nimmt, von hoher Bedeutung“ (PSB 2001, 461).²⁸

Es macht also Sinn, *Kriminalität wie Kriminalitätsfurcht dort zu beeinflussen und zu verhindern, wo sie entsteht und begünstigt wird* und dies in *gemeinsamer Verantwortung der Bürger des jeweiligen Gemeinwesens und ihrer kommunalen und staatlichen Einrichtungen, ressortübergreifend* und in *institutionalisierter Form* (Steffen 2013 b, 488).

2.1.2

Akteure der Kriminalprävention: Polizei, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Strafrecht und Strafjustiz

Im Aufgabenfeld der Kriminalprävention engagieren sich viele Akteure und Institutionen, was etwa an der Zusammensetzung der kriminalpräventiven Gremien deutlich wird. Zu den wichtigsten, die, wie bspw. die Kinder- und Jugendhilfe, selbst wieder mehrere staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen repräsentieren, dürften jedoch die im Folgenden dargestellten Präventionsträger gehören.

2.1.2.1

Polizei

Zu den zeitlich ersten – und nach wie vor wohl wichtigsten – Akteuren der Kriminalprävention gehört die **Polizei**.²⁹ Da „die Abwehr von Gefahren, die das Leben und die Gesundheit, Hab und Gut der Menschen bedrohen, .. nach allge-

28 Siehe zur Kriminalitätsfurcht, ihren Auslösern und ihrem Ausmaß auch die Ausführungen im Gutachten für den 17. DPT 2012, Steffen 2012 a, 97 ff.).

29 „Der hohe Stellenwert der Kriminalprävention im Spektrum polizeilicher Aufgaben ergibt sich nicht nur aus der herausragenden Bedeutung des Schutzes vor Kriminalität für die Bevölkerung, sondern auch aus der Erkenntnis, dass es sinnvoller ist, Straftaten erst gar nicht entstehen zu lassen, als sie später mit großem Aufwand verfolgen zu müssen. Neben den materiellen und körperlichen Schäden führen Straftaten oftmals zu schwerwiegenden psychischen Folgen für die Opfer. Auch eine noch so erfolgreiche Strafverfolgung kann dies nicht wiedergutmachen“ (Leitlinien Polizeiliche Kriminalprävention 1998).

meiner staatsrechtlicher Auffassung eine Kernaufgabe des Staates dar(stellt), ... liegt es bis zu einem gewissen Grad in der Natur der Sache, dass die Polizei am schnellsten und deutlich nach außen sichtbarsten an den jüngeren Entwicklungen (der Kriminalprävention) in unterschiedlichster Weise Anteil nahm. Die Polizei sah sich auch einem entsprechenden Erwartungsdruck von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt, im Sinne des quasi alleinigen Garanten für die Innere Sicherheit und somit für Maßnahmen zur Kriminalitätsvermeidung“ (PSB 2001, 459).³⁰

Dieser „Erwartungsdruck“ wurde durch praktische wie theoretische Erkenntnisse zu Beeinträchtigungen des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und die polizeipraktischen wie kriminalpolitischen Reaktionen darauf noch verstärkt. In Deutschland werden „alternative Denkansätze hinsichtlich der formellen und informellen Sozialkontrolle aus den USA“ (PSB 2001, 460) etwa seit Anfang der 1990er Jahre diskutiert, verbunden mit den Forderungen nach einer „**bürger-nahen und gemeinwesenorientierten Polizei**“,³¹ die „eng mit anderen Institutionen, Vereinigungen und einzelnen Bürgern (oder Gruppen) zusammenarbeitet, um gemeinsam eine wirksame Prävention zustande zu bringen und nachhaltig aufrecht zu erhalten“ (PSB 2001, 460).

Im November 1997 erarbeitete die *Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (KPK)*³² die Vorlage „Kommunale Sicherheits- und Ordnungspartner-schaft – die Adaption von Community Policing für Deutsch-

30 Aus dieser Stellung der Polizei ergibt sich allerdings auch eine ganz spezifische Problematik: Ihre Zuständigkeit für Prävention und Repression hat die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Kriminalprävention durchaus erschwert, etwa die mit der Sozialarbeit. Siehe dazu bspw. DVJJ 2007, 16 ff.

31 So die – gebräuchlichste - deutsche Bezeichnung für das Konzept des „community policing“. Dieses Konzept ist keineswegs nur ein „Import“ ausländischer Ideen und Vorgehensweisen, sondern auch die „Wiederbelebung“ eines traditionellen, aber vielfach in Misskredit geratenen Grundsatzes deutscher Polizeiarbeit: Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Zu seinen Kernelementen gehören die konsequente Einbeziehung der Bürgerinteressen in die kurz-, mittel- und langfristige polizeiliche Planung und in das aktuelle polizeiliche Handeln; die Erwartungen der Bürger und insbesondere ihr Sicherheitsgefühl werden in den Mittelpunkt der polizeilichen Arbeit gestellt (Steffen 2006 b, 120 ff.).

Ausführlich zur „Bürger-nahen und gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit in Deutschland“ Steffen 1995; Steffen 2002 und Steffen 2006 b.

32 Dieser Kommission gehören je ein Vertreter der jeweiligen Zentralstellen für Kriminalprävention in den 16 Landeskriminalämtern an, des Bundeskriminalamtes, der Deutschen Hochschule der Polizei und der Bundespolizei. Sie ist zuständig für alle polizeilich relevanten Themen und Aufgaben im Bereich der Kriminalprävention, die eine Abstimmung zwischen den Polizeien der Länder und im Bund erforderlich machen.

land“. Solche „Kommunalen Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften“ könnten aus Sicht der Kommission die vielfachen Einzelentwicklungen hin zu einer bürgernahen Polizeiarbeit in ein zielgerichtetes Gesamtkonzept einbinden (Steffen 2006 b, 119 f.).

Im Februar 1998 beschloss die *Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren (IMK)* das Konzept „Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden“. Unter anderem sollte sich die Sicherheitsarbeit verstärkt an den konkreten Bedürfnissen der Bürger orientieren und die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten und Sicherheitspartnerschaften gefördert werden.

Im Oktober 1998 stimmte der AK II (Arbeitskreis Innere Sicherheit der IMK) den „*Leitlinien Polizeiliche Kriminalprävention*“ zu, die seither unverändert gelten und auch Eingang in die für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung grundlegende Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 gefunden haben. Hier heißt es u.a. „Eine nachhaltig wirkende Strategie der Kriminalprävention muss der Ursachenvielfalt Rechnung tragen. Dies erfordert ein übergreifendes, integratives Gesamtkonzept. Kriminalprävention ist somit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die nicht nur die Polizei, sondern insbesondere die Politik, andere staatliche und nichtstaatliche Stellen, die Wirtschaft, die Medien sowie die Bevölkerung selbst Verantwortung tragen und ihre spezifischen Beiträge hierzu leisten müssen ... Auf kommunaler Ebene kann Kriminalprävention besonders wirksam mit zielgerichteter Projektarbeit betrieben werden, da Kriminalität überwiegend örtlich entsteht und erlebt wird. Dabei sollten alle örtlich relevanten Präventionsträger ... einbezogen werden. Anzustreben ist die Vernetzung der jeweiligen Projekte und Maßnahmen sowie eine verstärkte Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung. Hierzu kann die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten bzw. Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften beitragen.“

Diese Entwicklung zeigt vor allem eins: Die Polizei versteht sich nicht mehr als „quasi alleinigen Garanten für die Innere Sicherheit und somit für Maßnahmen zur Kriminalitätsvorbeugung“, denn mit polizeilichen (und strafrechtlichen) Mitteln allein lassen sich Kriminalität und Kriminalitätsfurcht nicht wirkungsvoll eindämmen oder gar verhindern. Das Verständnis von Kriminalprävention als gesamtgesellschaftlicher, vor allem lokal wahrzunehmender Aufgabe verändert auch das polizeiliche Selbstverständnis: Die Polizei als ein Akteur in lokalen Problemlösungsprozessen gibt ihr professionelles Sicherheitsmonopol auf (Steffen 2006 b, 122).

Dazu *Ziercke* 1997: In dem Prozess der Entwicklung kommunaler Kriminalprävention werde die Polizei auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Sie müsse aber die Grenzen der polizeilichen Prävention neu bestimmen. „Sie muß Abschied nehmen von einem die Polizei überfordernden Selbstverständnis. Nicht die Polizei steht im Mittelpunkt der Kriminalprävention, sondern die Institutionen und engagierten

Bürger auf kommunaler Ebene. Polizeiliche Kriminalprävention muß sich bewußt mit anderen Fachrichtungen auf kommunaler Ebene vernetzen, abstimmen, Partner suchen ...“ (1998, 283).

Während das auf kommunaler Ebene einigermaßen gelungen zu sein scheint,³³ gibt es auf Landesebene und vor allem auf Bundesebene offensichtlich noch deutlichen Handlungsbedarf. So stellt die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (s.o. Fn 32) 2011 in einer Stellungnahme zu den „Voraussetzungen erfolgreicher polizeilicher Kriminalprävention“ fest: „Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes wird .. mit gesamtgesellschaftlichen Handlungsfeldern und Präventionsthemen befasst ... Die Polizei alleine kann aber weder rechtlich noch tatsächlich eine derart umfassende Präventionsarbeit leisten ... Bei ressortübergreifenden oder gar außerhalb der polizeilichen Zuständigkeit liegenden Präventionsthemen sind vorrangig Kooperationen mit den originär zuständigen Präventionsakteuren anzustreben. Diese sollen ihre Rolle im gesamtgesellschaftlichen Präventionsgeschehen eigenverantwortlich und ggf. lediglich unter Beteiligung (der Polizei) übernehmen.“³⁴

Deutlich wird die Entwicklung der polizeilichen Kriminalprävention zu mehr Kooperation, aber auch zur Einbeziehung interdisziplinär erarbeiteten kriminalpräventiven Wissens, an derjenigen der **Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**, der „Drehscheibe“ bundesweiter Präventionsarbeit.³⁵ Dieses Programm verfolgt seit mehr als 40 Jahren das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren

33 So stellen etwa die *Landespräventionsräte Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig Holstein* in ihrer gemeinsamen „Werbebroschüre“ für die Einrichtung kommunaler Präventionsräte zum Thema, wie ein kommunaler Präventionsrat aufgebaut sein muss, damit er funktioniert, fest: „Ohne Polizei geht's nicht – Polizei kann viel Fachkompetenz und personelle Unterstützung (Präventionsberater) in die Präventionsarbeit vor Ort einbringen. Sie kann die tatsächliche Kriminalitätsbelastung vor Ort am besten einschätzen und wirksame Präventionsvorschläge unterbreiten. Polizeibeamte gehören in jeden Präventionsrat. Polizei kann aber nur **ein** Motor der kommunalen Kriminalprävention sein.“

34 Deshalb hat sich die *Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes* auch immer für die Einrichtung eines Nationalen Gremiums für Kriminalprävention ausgesprochen und folglich auch die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) immer unterstützt (s. Kap. 3.2.3).

35 Siehe dazu *Programm Polizeiliche Kriminalprävention* (Hrsg.) (2013): Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Jahresbericht 2012. Stuttgart.

Am ProPK wird auch der hohe Vernetzungsgrad deutlich, den die Polizei in Bund und Ländern hat. Das Innenressort hat mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes als einziges Ressort einen ausgewiesenen „Präventionsstrang“.

Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen (www.polizei-beratung.de).

Es war nicht nur ein langer Weg, bis die polizeiliche Kriminalitätsvorbeugung 1997 so systematisch wie im Programm Polizeiliche Kriminalprävention verankert werden konnte,³⁶ sondern auch, bis sich die Polizei nicht mehr als „Einzelkämpfer“ in Sachen Vorbeugung sah und verstand, sondern die Kooperation als Erfolgsfaktor in der polizeilichen Kriminalprävention begriff und nutzte: Da viele kriminalpräventive Angebote nur noch interdisziplinär verstanden und angegangen werden können, sind Fachleute und Kooperationspartner anderer Disziplinen und Bereiche zu einem unverzichtbaren und selbstverständlichen Teil der Präventionsarbeit des Programms geworden.³⁷ Zu den erfolgreich erprobten Kooperationsformen gehören: Themenbezogene Kooperationen, fachlicher Austausch, Kooperation im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, fachliche Bewertung und Expertise von polizeilichen Präventionsvorhaben, Kooperationen auf örtlicher Ebene (Jerke 2013).

2.1.2.2

Kinder- und Jugendhilfe³⁸

Ein weiterer zentraler Akteur im Handlungsfeld Kriminalprävention ist die Kinder- und Jugendhilfe, deren Beiträge in den

36 Die ersten Beratungsstellen zum Schutz gegen Einbruch und Diebstahl gab es bereits 1921 in Berlin und darüberhinaus auch eine ganze Reihe von kommunalen und regionalen Vorbeugungsaktivitäten. Richtig methodisch wurde der Gedanke der aufklärenden Vorbeugung aber erst 1964 vom Bayerischen Landeskriminalamt weitergeführt. Diese Idee griffen auch andere Bundesländer auf und es wurde das Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm (KPVP) eingerichtet, der Vorgänger des heutigen ProPK. Ab 1970 waren alle Bundesländer vertreten. Der Slogan „Die Kriminalpolizei rät“ wurde für Jahrzehnte zum Programm. Mit den Jahren wuchsen die Aufgaben; durch ein Finanzierungsabkommen zwischen den Ländern und dem Bund wurde das KPVP – und heute das ProPK - finanziell auf eine sichere Basis gestellt. 1997 wurde das KPVP grundlegend verändert und als ProPK in seiner jetzigen Organisationsstruktur verankert. Seither werden auch von der Zentralen Geschäftsstelle aus alle bundesweiten Aktivitäten der Polizeilichen Kriminalprävention innerhalb der Polizei und im Zusammenwirken mit außerpolizeilichen Präventionsträgern koordiniert (Quelle s. Fn 35).

37 Die im „Jahresbericht 2012“ (s. o. FN 36) auf fünf Seiten aufgeführten Kooperationspartner sind nicht nur von ihrer Anzahl her beeindruckend, sondern auch von der Fachlichkeit der von ihnen vertretenen Einrichtungen her.

38 Die Kinder- und Jugendhilfe liegt in kommunaler Verantwortung und ist zuständig für alle Kinder und Jugendlichen, insbesondere aber auch für diejenigen, die in ihrer Entwicklung beeinträchtigt

letzten Jahren und Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen haben: Zum einen, weil die Verhinderung von Kriminalität im Kindes- und Jugendalter ein zentraler Bereich der Kriminalprävention ist und die öffentliche Debatte um die Kinder- und Jugenddelinquenz vor allem in den 1990er Jahren „zeitweise heftig geführt worden“ ist (PSB 2001, 466),³⁹ zum andern, weil sich Institutionen übergreifend die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass bei der Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität die Strategien vorwiegend pädagogisch ausgerichtet sein sollten. „Kinder und Jugendliche, bei denen das Risiko besteht, dass sie mit rechtswidrigen Taten auffällig werden oder die bereits auffällig geworden sind, sollen mit erzieherischen Mitteln von möglichen künftigen Straftaten abgehalten werden“ (Holthusen/Hoops 2012, 23).

Diese erzieherische Orientierung gilt zwar für alle Akteure der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention bis hin zum Jugendstrafrecht (§ 2 Abs. 1 JGG), besonders aber für die Kinder- und Jugendhilfe, die den Auftrag hat, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern, sie vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und zu positiven Lebensbedingungen beizutragen (§ 1 SGB VIII).

Prävention gilt als eines der Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe, da Kinder- und Jugendhilfe nicht erst auf Beeinträchtigungen und Schädigungen *reagieren*, sondern sich *frühzeitig* um die Abwendung von Gefährdungen und Gefahren bemühen sollte (Holthusen/Schäfer 2007, 134 f.; Holthusen/Hoops 2012, 25).⁴⁰

tigt sind oder unter wenig förderlichen Bedingungen aufwachsen. Die Ausgestaltung und Auswahl der Angebote werden unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe vor Ort ausgehandelt. Dies führt zu einer großen, mitunter sehr großen Vielfalt von Angeboten und Leistungen, auch für den Bereich der Kriminalprävention (Holthusen/Hoops 2012, 25).

39 Der *Elfte Kinder- und Jugendbericht* (2002) widmet sich in Kapitel B. X dem Thema „Öffentliche Aufmerksamkeiten: Delinquenz – Gewalt – Rechtsextremismus“ und stellt einleitend fest: „Die öffentliche, vor allem die mediale und politische Diskussion um Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren war in hohem Maße geprägt durch die Konzentration auf die Themen Delinquenz, Gewalt und Rechtsextremismus und auf die Frage, wie darauf zu reagieren sei ... die Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die problematischen Verhaltensweisen und Einstellungen von Kindern und Jugendlichen (hat) nicht selten dazu geführt, dass zum einen die Lebens- und Problemlagen der auffällig gewordenen Kinder und Jugendlichen aus dem Blick geraten ... Zum andern besteht die Gefahr, dass undifferenziert ein Bild der gewalttätigen bzw. der rechten Jugend zugrunde gelegt wird, das der Lebensrealität der Mehrzahl der jungen Menschen nicht entspricht“ (2002, 231 ff.).

40 Siehe grundsätzlich zu den Strategien der Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendhilfe den Beitrag von *Holthusen/Schäfer* 2007.

Dem Auftrag und der daraus resultierenden Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend, wird Delinquenz in Abhängigkeit von den Lebens- und Problemlagen der Kinder und Jugendlichen und den darin eingebetteten alterstypischen Herausforderungen verstanden (Elfter Kinder- und Jugendbericht 2002, 231). Delinquenz ist ein Risiko für das Wohl der Kinder und Jugendlichen und damit eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe, für das „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“.

Der *Elfte Kinder- und Jugendbericht* verweist 2002 allerdings noch auf „einen blinden Fleck in der Fachdiskussion der Kinder- und Jugendhilfe“: Innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe sei „die Diskussion um den Umgang mit Delinquenz nicht gerade ausgeprägt“. Delinquenz von Kindern und Jugendlichen sei aber nicht allein ein Problem der Polizei, der Justiz und der Innenpolitik; sie sei auch ein „pädagogisches Problem, das nicht damit gelöst wird, indem man die Täterin bzw. den Täter zum Opfer der Verhältnisse macht. Erinnert werden muss daran, dass Delinquenz von Kindern und Jugendlichen *pädagogische* Antworten provoziert, die eher etwas mit Erziehung, sozialer Kontrolle, Intervention bzw. Eingriff, Grenzsetzung und Normverdeutlichung zu tun haben ... Nicht sich der Kriminalprävention zu verweigern, ist die Antwort der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auf allen Ebenen ... in der Auseinandersetzung mit allen Beteiligten im Interesse der Kinder und Jugendlichen nach fachlich tragfähigen Beschreibungen der Probleme und verhältnismäßigen Antworten zu suchen“ (2002, 238 f.)

Der Bericht warnt aber gleichzeitig vor den „durchaus problematischen weitreichenden Erwartungen an die Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich ihrer kriminalpräventiven Funktion und Aufgabe“. So verführe „auch die sorglose Rede von der primären Kriminalprävention als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe allzu leicht dazu, Kinder und Jugendliche als mögliche Täter zu sehen ... Ein solcher Generalverdacht ist jedoch empirisch nicht haltbar und widerspricht allen Prinzipien pädagogischer Praxis, die eben nicht von einer – auch noch ungesicherten und in die Zukunft verlängerten – Defizitdiagnose ausgeht, sondern an den Ressourcen, Interessen und lebensweltlichen Voraussetzungen ansetzt ... um einer vermeintlich effektiven Prävention willen (darf) in der Kinder- und Jugendhilfe nicht aufgegeben werden, was bis zum Beweis des Gegenteils auch für das Strafrecht von zentraler Bedeutung ist: die Unschuldsvermutung. Wer jedoch seine Adressatinnen und Adressaten dem generellen Verdacht ausliefert, sie könnten einmal Straftaten begehen und sein Handeln daran orientiert, suspendiert tendenziell die Unschuldsvermutung.“ Bei der Wahrnehmung einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen dürften „junge Menschen nicht unter einen generalisierten Defizitverdacht kommen, vielmehr müsste deren Förderung und Unterstützung in Form von strukturbezogenen Maßnahmen im Mittelpunkt stehen.“

Im Bereich der primären Kriminalprävention könne die Kinder- und Jugendhilfe im günstigen Fall *Beiträge* leisten. Vor Herausforderungen stehe die Kinder- und Jugendhilfe eher im Bereich der sekundären und tertiären Prävention, aber auch hier dürfe sie sich nicht allein auf die „öffentlichen Problemdefinitionen verlassen, sondern ist gefordert, auf der Basis der eigenen fachlich begründeten Kriterien Gefährdungspotentiale zu erkennen und entsprechend tätig zu werden.“

Diese Antworten hat die Kinder- und Jugendhilfe inzwischen gegeben.⁴¹ „Pädagogische Kriminalitätsprävention hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten etabliert – vor allem in projektformigen Organisationsformen, aber auch in Regelpraxen.“⁴² Dabei seien vielfältige Ansätze und Konzepte entstanden. „**Herausforderungen** bestehen darin, die Angebotsstruktur dauerhaft sicherzustellen und auch in der Fläche auszubauen, sodass je nach örtlichem Bedarf die notwendigen Ansätze als Regelangebote zur Verfügung stehen ... Zentrale Herausforderungen finden sich vor allem im Ausbau von zielgruppenspezifischen Ansätzen ... Erheblicher Bedarf kann auch im Hinblick auf (potenzielle) Opfer festgestellt werden.“

Strukturelle Herausforderungen zeigten sich auch im Hinblick auf **Kooperation**. Insbesondere bei den Regeldiensten sei der fortgesetzte Ausbau der Kooperation ein zentrales Anliegen. „Nicht nur fallbezogen, sondern auch strukturell ist das Zusammenwirken von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Polizei, Justiz und gegebenenfalls weiteren Akteuren ... gefordert – unter Berücksichtigung und Anerkennung der jeweiligen unterschiedlichen Handlungslogiken und gesellschaftlichen Aufträge.“

Unter einer fachpolitischen Perspektive sei die in mancher Hinsicht wenig reflektierte, geradezu inflationäre Verwendung des **Präventionsbegriffs** bedenklich. Eine weitere fachpolitische Herausforderung zeige sich in der **Wirkungspausibilisierung** von pädagogischen Präventionsstrategien. Insbesondere die wenig formalisierten pädagogischen Praxissettings der Jugendhilfe stelle die Evaluationspraxis vor bisher nicht gelöste Probleme.

In der Kriminalitätsprävention sei die Kinder- und Jugendhilfe gefordert, im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen immer wieder die pädagogische Perspektive in den Fachdiskurs einzubringen, die gegenüber sicherheitspolitischen Überlegungen nicht an Gewicht verlieren dürfe. Die Kinder- und Jugendhilfe müsse in der alltäglichen Kooperation und Kommunikation mit den anderen Institutionen „ihren professionellen, pädagogischen Standards folgen, die weit

41 Siehe dazu *Holthusen/Hoops 2012*, 26 f.

42 Zu den Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe zählen etwa die Allgemeinen Sozialen Dienste, die Jugendhilfe im Strafverfahren/Jugendgerichtshilfe, der Jugendstrafvollzug, die Bewährungshilfe (*Holthusen/Hoops 2012*, 24).

über Gefahrenabwehr und Vermeidung bzw. Reduzierung von Delinquenz hinausgehen. Genau dies macht die Kinder- und Jugendhilfe gegenüber den anderen Institutionen der Kriminalitätsprävention zu einem besonderen Akteur mit herausgehobener Bedeutung.“

Einen nicht unerheblichen Anteil an der Etablierung der Kinder- und Jugendhilfe als Akteur der Kriminalprävention, hat die *Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention* beim Deutschen Jugendinstitut (DJI). Seit 1997 begleitet die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Arbeitsstelle die Entwicklungen im Bereich der Kriminalprävention und informiert Praxis, Politik, Medien und Forschung über Konzepte und Handlungsstrategien der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Mit eigenen Evaluationsstudien und empirischen Forschungsvorhaben etabliert sich die Arbeitsstelle als ein neuer Projekttypus des DJI, in dem kontinuierliche Beratung von Politik und Fachpraxis mit Wissenschaft verbunden wird (Holthusen/Glaser 2013).⁴³

2.1.2.3

Schule

Die Forderung an die Institution Schule, auch etwas gegen Gewalt und Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen zu tun, ist nicht neu.⁴⁴ So ist insbesondere für die erste Hälfte der 1990er Jahre geradezu ein „Boom“ an Forschung und Prävention zum Thema „Gewalt an der Schule“ festzustellen, der jedoch schon in der zweiten Hälfte wieder deutlich abflaute. Inzwischen hat sich die Diskussion insgesamt versachlicht, flammt allerdings immer wieder vor allem dann auf, wenn es zu spektakulären Gewalttaten (etwa „Amokläufen“) an Schulen kommt (Steffen 2012 b, 83 f.; Hanke 2007, 104).

Zu dieser Versachlichung hat auch beigetragen, dass sich die Zuständigkeit und Bedeutung der Schule für die Kriminalprävention nicht primär daraus ergibt, dass es an Schulen häufig zu Kriminalität und hier insbesondere zu Gewalt-

43 Als Ende der 1990er Jahre auch „jugendlicher Rechtsextremismus“ in den Blick der Politik gerät, sollte zunächst auch dieses Thema von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention bearbeitet werden. Da aber die Phänomene „Delinquenz im Kindes- und Jugendalter“ und „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ abgesehen von kleineren Überschneidungsbereichen große Unterschiede hinsichtlich der Entstehung, der Verbreitung und der gesellschaftlichen Bearbeitung aufweisen (siehe dazu auch den Elften Kinder- und Jugendbericht), wird im Jahr 2000 eine ebenfalls vom BMFSFJ geförderte zweite Arbeitsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen“ in der DJI-Außenstelle Halle (Saale) eingerichtet (Holthusen/Glaser 2013, 71 f.).

44 Siehe dazu auch *Schubarth* 2010, 9 ff., 57 ff. zu Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen von „Gewalt und Mobbing an Schulen“ sowie den Möglichkeiten zur Prävention und Intervention.

kriminalität kommt. Im Gegenteil: Entgegen der öffentlichen, durch entsprechende Medienberichte verursachten Wahrnehmung einer „gestiegenen Gewalt an Schulen“, weisen alle empirischen Befunde darauf hin, dass es in den letzten Jahren nicht zu einer allgemeinen Zunahme der (körperlichen) Gewalt und/oder einer zunehmenden Brutalisierung gekommen ist. Vielmehr sind die Vorfallszahlen sogar rückläufig – und das trotz einer gestiegenen Sensibilisierung gegenüber schulischer Gewalt und einer gestiegenen Anzeigebereitschaft (Steffen 2012 a, 85): „Kriminelle Verhaltensweisen kommen in diesem Lebensraum vergleichsweise selten vor“ (Melzer 2013).⁴⁵

Kriminalprävention an Schulen richtet sich folglich auf die (Gewalt-)Kriminalität an und von jungen Menschen generell, also keineswegs nur auf die Delikte, die sich tatsächlich am „Tatort Schule“ ereignen: Schülerinnen und Schüler sollen über die Schule, über die Lehrkräfte und Erziehungsverantwortlichen mit Maßnahmen und Konzepten der Kriminalprävention erreicht werden.⁴⁶

Zuständigkeit und Bedeutung der Schule ergeben sich zum einen ganz grundsätzlich aus dem **Erziehungs- und Bildungsauftrag** der Schule sowie daraus, dass sich der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien der Kriminalprävention als **pädagogische Strategien** kennzeichnen lässt. Diese Ausrichtung wird nicht nur der Tatsache gerecht, dass es die Kriminalprävention bei Kindern und Jugendlichen mit Aufwachsenden zu tun hat, sondern auch der weithin geteilten Überzeugung, dass Devianz im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann. Damit sind vor allem pädagogisch vor- und ausgebildete Personen gefragt und in der Pflicht, ihre Aufgaben (auch) in der Kriminalprävention zu übernehmen (Steffen 2008, 259; Arbeitsstelle 2007, 281). Und die finden sich nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe, sondern eben auch in der Schule.

45 So weisen etwa die Daten der HBSC Erhebungen „Health Behaviour in School-aged Children“ 2002, 2006 und 2010 – eine der wenigen Längsschnittstudien – in Deutschland auf deutlich positive Trends bei Mobbing und Gewalt an Schulen hin. Von 2002 zu 2010 nimmt der Anteil der Täter und der Täter-Opfer substantiell ab und der Anteil der Unbeteiligten zu. Bei Kindern mit niedrigerem familiären Wohlstand geschieht dies zeitlich verzögert (Melzer u.a. 2012, 76). Bereits *Fuchs u.a.* hatten in Zeitreihenanalysen von 1994 über 1999 zu 2004 festgestellt, dass sich das Gewaltaufkommen an Schulen allgemein vermindert. *Schubarth* zufolge (2010, 59) wird für „Täter“ wie für „Opfer“ ein Anteil von ca. 5% ermittelt; die überwiegende Mehrheit der Schüler trete weder als „Täter“ noch als „Opfer“ in Erscheinung.

46 Siehe dazu auch den Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) auf ihrer 298. Plenartagung am 23./24. Mai 2002 in Eisenach „Schulen fördern – Erziehung stärken – Gewaltprävention ausbauen“ (www.kmk.org; Pressemitteilung 2002).

Zum andern ergibt sich die Bedeutung der Schule für die Kriminalprävention daraus, dass Schule der Ort ist, an dem sich die Hauptzielgruppe der Kriminalprävention, Kinder und Jugendliche, verlässlich aufhalten und wo sie deshalb auch für präventive Maßnahmen und Programme prinzipiell erreichbar sind (Steffen 2012 b, 86).

Deswegen waren - und sind - auch andere Akteure der Kriminalprävention an Schulen präventiv tätig.⁴⁷

Die Schule sollte auch – so *Schubarth* (2010, 14) – „keine Hemmungen haben, die Kooperationsangebote anderer Institutionen, die ebenfalls für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Verantwortung tragen, anzunehmen und zwar rechtzeitig und nicht erst dann, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist“. Gute Ansätze der Kooperation gibt es z.B. mit der Jugendhilfe, der Polizei oder im kommunalen Kontext.“⁴⁸

Inzwischen wurde jedenfalls eine Vielzahl schulischer Programme der Prävention und Intervention entwickelt und eingesetzt: Gewaltspezifische wie gewaltunspezifische Programme, Programme für alle Schüler ebenso wie Programme für Schüler verschiedener Altersstufen, Programme

47 Zu nennen ist hier insbesondere die **Polizei**, die sich über die Verkehrserziehung hinaus zunächst vor allem mit Programmen zur Drogenprävention in Schulen engagierte. Allerdings war sie hier häufig der einzige Akteur, auf den die Verantwortung delegiert wurde nach dem Motto: Der Polizist war hier und hat einen Vortrag gehalten, dann brauchen wir nichts mehr zu tun. Das hat sich inzwischen gründlich geändert: Die Polizei nimmt am kriminalpräventiven Unterricht oder an entsprechenden Aktionen nur auf Wunsch der Schule und in enger Zusammenarbeit mit den Lehrkräften teil. Außerdem kann die Förderung eines positiven Sozialverhaltens ohnehin nicht durch einmalige (Polizei)Aktionen erreicht werden, sondern nur durch kontinuierliches und vor allem anlassbezogenes Handeln. Das kann die Polizei nicht leisten und dafür hat sie auch keine Zuständigkeit (Steffen/Hepp 2007, 185).

Ein weiterer Akteur ist die **Schulsozialarbeit**, die jungen Menschen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen anbietet, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern (SGB VIII § 13 Abs. 1). Obwohl Schulsozialarbeit seit mehr als 30 Jahren praktiziert wird, gibt es nur wenige empirische Untersuchungen über die Wirkung dieser Maßnahme; auch die Frage nach dem Einfluss von Schulsozialarbeit auf Gewalt in Schulen wurde bisher nur am Rande behandelt (Hermann/Jantzer 2012, 207).

48 Schließlich sei das „Kerngeschäft“ von Schule nach wie vor das Unterrichten, nicht die Sozialarbeit oder die Therapie, obwohl an vielen Schulen eine große sozialerzieherische Arbeit geleistet werde, nicht neben dem Unterricht, sondern vor allem im Unterricht selbst. Die sozialen Lernprozesse bei Schülern seien dabei genau so hoch zu schätzen wie die Lernergebnisse in den Fächern. Beides lasse sich ohnehin nicht trennen, denn Wissensvermittlung und Erziehung bildeten eine dialektische Einheit.

für auffällige Schüler, Programme für Lehrer wie für Eltern:⁴⁹ „Im Angebot befindet sich eine verwirrende Vielzahl von Präventions- und Interventionsprogrammen. Wissenschaftler, Journalisten, Verlage, Vereine und Stiftungen treten als Anbieter auf, nicht selten sind damit wirtschaftliche Interessen verknüpft. Die jeweilige Interessenlage und die bei der Nutzung auftretenden Verpflichtungen oder Kosten, z.B. durch Erwerb der Materialien oder Schulungen für die Akteure, sollten bei der Auswahl mit bedacht werden. Letztlich entscheidend muss aber sein, ob das zur Verfügung stehende Programm für die spezifische Situation an der jeweiligen Schule geeignet ist“ (Melzer u.a. 2011, 201).

Da die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler „in der Regel (noch) nicht mit kriminellen Handlungen auffällig geworden sind“ (s.o.), sind die „Aufgaben der Vorbeugung ... weitaus überwiegend auf universeller Ebene angesiedelt“ (Melzer 2013). Damit gelten die Warnungen, die der Elfte Kinder- und Jugendbericht für die Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich der Auswirkungen der „sorglosen Rede von der primären Kriminalprävention als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe“ ausgesprochen hat (s.o.) auch für die Schule. Auch hier sollten nur Maßnahmen und Programme der selektiven und indizierten Prävention als Kriminalprävention bezeichnet und entsprechend eingesetzt werden. „Allgemein förderliche Maßnahmen“ wie etwa die Förderung von sozialer oder kommunikativer Kompetenz, der Moralentwicklung, des Umgangs mit Medien u.ä. sind ohne Frage wichtig und sinnvoll, sollten aber nicht als kriminalpräventive Maßnahmen bezeichnet werden (s.o.).

Möglicherweise wichtiger als Programme und Maßnahmen, die sich an die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern richten, sind solche Maßnahmen, die auf die Institution Schule selbst bezogen sind. Denn ein **spezifischer Ansatz für die Kriminalprävention an Schulen** ergibt sich aus der Feststellung, derzufolge sozial problematische Verhaltensweisen zum Teil durch die innere Ausgestaltung der Schule und ihre pädagogische Orientierung mitbedingt seien. Es lasse sich festhalten, dass solche Verhaltensweisen nicht einfach von außen in die Schule ‚hinein schwappen‘, son-

49 Siehe dazu die Übersichten und Beschreibungen bei Melzer u.a. 2011, 201 ff.; Schubarth 2010.

In der Fortbildung der Lehrkräfte sei die gegenwärtig „zentrale Strategie der Akteure“ zu sehen, auf den verschiedenen Handlungsebenen Gewaltprävention an Schulen zu stärken. Die Vielzahl der Fortbildungsangebote verweise aber auch auf eine mangelnde grundsätzliche Qualifikation von Lehrern für den Schulalltag. Fortbildung versuche nachzuholen, was in der Ausbildung nicht ausreichend Berücksichtigung finde. „Neben *methodischen* Befähigungen zur Durchführung von Gewaltpräventionsprojekten benötigen Lehrkräfte *grundsätzliche* Qualifikationen, die es ihnen erlauben, neben ihrem Bildungsauftrag dem nicht weniger wichtigen Erziehungsauftrag nachzukommen“ (Hanke 2007, 125).

dem zum Teil durch die innere Ausgestaltung der Schule und ihre pädagogische Orientierung mitbedingt seien. „Aus diesem Befund lässt sich ableiten, dass durch die Entwicklung und Verbesserung verschiedener Aspekte der Schulkultur ein sinnvoller Beitrag zur Gewaltprävention geleistet werden kann ... (es muss) eine Doppelstrategie erfolgen ..., die einerseits auf eine Optimierung der Schul- und Unterrichtskultur, eine Verbesserung des Klassenklimas und in Verbindung damit der Schülerbefindlichkeiten gerichtet sein muss“ (Melzer 2013).

Diese „Doppelstrategie“ zu verfolgen und zu verwirklichen, scheint nach wie vor eine (noch nicht bewältigte) Herausforderung für die Schule als Akteur der Kriminalprävention zu sein.⁵⁰

2.1.2.4

Strafrecht und Strafjustiz

Kriminalprävention ist immer auch Gegenstand des Strafrechts. Dennoch sei es, so der PSB 2006, in Deutschland noch nicht selbstverständlich, dass strafrechtliche Prävention in Zusammenhang mit der Kriminalprävention behandelt werde. „Strafrecht wird vielfach mit Repression gleichgesetzt und damit von Prävention unterschieden. Diese Entgegensetzung von Prävention und Repression ist jedoch überholt, und zwar spätestens seit sich das Strafrecht auch dem Ziel der Prävention verschrieben hat. Im Jugendstrafrecht steht Prävention von Anbeginn im Vordergrund;⁵¹ spätestens seit der Strafrechtsreform von 1969 ist auch das allgemeine Strafrecht nicht mehr nur dem Schuldausgleich, der Vergeltung von Unrecht, verpflichtet, sondern dient auch dem präventiven Rechtsgüterschutz“ (PSB 2006, 684).⁵²

50 Schon 1990 stellte das Endgutachten der *Gewaltkommission* fest: „Eine wirksame Prävention muß bei der Ausgestaltung der Institution Schule selbst und ihrer Einbettung in das gesellschaftliche Umfeld ansetzen, da die Schule bei der Verursachung schulischer Gewalt eine wichtige Rolle spielt.“ Der Weg zu einer gewaltfreien Schulkultur müsse über drei Zwischenziele führen: Die Verantwortlichkeit von Schülern und Lehrern für ihre Schule müsse gestärkt werden; Frustrationen, die die Schule im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Selektionsfunktion ihren Schülern zufüge, müssten durch gezielte Unterstützung bei Leistungsdefiziten verringert werden; die Schule müsse sich auf ihren Erziehungsauftrag zurückbesinnen, der Erziehungsaspekt und die Vermittlung gesellschaftlicher Normen müssten gegenüber der Wissensvermittlung wieder stärker in den Vordergrund treten, Lehrer müssten in ihrer Ausbildung wieder besser auf ihre Erzieherrolle vorbereitet werden (Schwind/Baumann (Hrsg.) 1990, 150 f.).

Siehe zur Bedeutung der Schulentwicklung für die Gewaltprävention auch *Uhle* 2012.

51 Siehe dazu auch die Beiträge zum Jugendkriminalrecht und zum Jugendstrafvollzug in *Arbeitsstelle* 2007.

52 Siehe zur Rechtfertigung des Strafrechts aus und nach Maßgabe seiner sozialen Nützlichkeit und der Prävention als Bezeich-

Allerdings sind die präventiven Wirkungen des Strafrechts begrenzt. Das ergibt sich schon aus dem für dieses Gutachten grundlegenden Verständnis von Kriminalprävention als einer alternativen, nicht punitiven Antwort auf die Herausforderung, Kriminalität zu verhindern (s.o.). Unter dem Aspekt dieses Verständnisses von Kriminalprävention hätten Strafrecht und Strafjustiz auch nicht zu den Akteuren der Kriminalprävention gezählt werden können. Dass dies trotzdem geschieht, hat nicht zuletzt seinen Grund darin zu zeigen, wie begrenzt insbesondere die dem Strafrecht zugeschriebenen abschreckenden und resozialisierenden Wirkungen sind – und wie wenig sinnvoll deshalb eine Kriminalpolitik ist, die vor allem auf Punitivität setzt, um Kriminalität zu verhindern oder zumindest zu verringern (s. Kap. 3.1).

Die begrenzten Wirkungen ergeben sich aber auch aus dem grundsätzlich repressiven Charakter des Strafrechts. Während Kriminalprävention im eigentlichen Sinne darauf abzielt, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen bzw. Schutzfaktoren aufzubauen und damit gefährdeten Personen, aber auch solchen, die bereits Täter und Opfer geworden sind, signalisiert, dass sich die Gesellschaft um sie kümmert, dass sie nicht aufgegeben, nicht ausgeschlossen werden, sondern dass sie dazu gehören, integriert und inkludiert sind bzw. dass alles getan wird, um dies zu erreichen, ist Strafrecht notwendig repressiv, wirken seine Maßnahmen grundsätzlich ausschließend (Steffen 2011, 105).

Positive Präventivwirkungen können deshalb „nur im Rahmen des mit Repression möglichen erzielt werden. Positive Wirkungen sind insofern bloße Nebenwirkungen der *per se* negativen, primär auf Abschreckung abzielenden Sanktionsdrohung und –praxis. Die repressive Grundausrichtung des Strafrechts gestattet die Förderung sozial konstruktiver Anliegen nur in dem Maße, wie damit der im Medium der Strafe immer schon mitgelieferte Repressionszweck nicht unterlaufen wird“ (Kunz 2011, § 24 Rn 5).

Die dem Strafrecht zugeordneten Präventivwirkungen lassen sich danach unterscheiden, ob sie sich an die Allgemeinheit oder an die strafrechtlich erfasste Person richten und ob die positive oder negative Zwecke verfolgen (Kunz 2011, § 24 Rn 3):

- Im Bereich der *universellen* (primären) Kriminalprävention hat das Strafrecht das Ziel der positiven Generalprävention bzw. Normverdeutlichung: Durch Strafverfolgung und Sanktionierung sollen strafrechtliche Normen in der Bevölkerung bestätigt (verdeutlicht) und die Rechtstreue der Bevölkerung bekräftigt werden (PSB 2006, 685).
- Im Bereich der *selektiven* (sekundären) Kriminalprävention wird das Ziel der negativen Generalprävention verfolgt: Po-

nung für das Streben nach sozial nützlichen Wirkungen des Strafrechts Kunz 2011, § 24 Rn 1.

tenzielle Täter sollen durch den Eindruck von Strafandrohung, Strafverfolgung, Bestrafung, Strafvollstreckung und Strafvollzug – kurz: die Furcht vor einer Strafe - von der Begehung einer Straftat abgehalten werden.

Allerdings „lassen sich negative und positive Generalprävention nicht ganz sauber trennen, weil das Vertrauen in die Durchsetzungskraft der Rechtsordnung zum Teil von der Abschreckungswirkung des Strafrechts abhängt“ (Kunz 2011, § 25 Rn 1).

- Adressaten der *indizierten* (tertiären) Kriminalprävention sind die bereits straffällig Gewordenen. Durch positive Spezialprävention („Besserung“) bzw. durch negative Spezialprävention (Abschreckung des Einzelnen, Sicherung des Täters) versucht das Strafrecht, eine Rückfallwahrscheinlichkeit des Täters zu minimieren bzw. ganz auszuschließen.

Ob und in welchem Ausmaß das Strafrecht die postulierten general- bzw. spezialpräventiven *Wirkungen* hat, ist durchaus umstritten und nur zum Teil durch empirische Untersuchungen belegt.⁵³ Zwar sind die vom Strafrecht beanspruchten Präventionswirkungen grundsätzlich erfahrungswissenschaftlich überprüfbar, da es sich um Postulate von Wirkungen handelt, die eintreten oder ausbleiben können (Kunz 2011, § 24 Rn 2).⁵⁴

Hinsichtlich der generalpräventiven Wirkungsannahmen begegne die empirische Überprüfbarkeit jedoch zumindest zwei Vorbehalten: „Zum einen sind messbare Effekte stets durch einen **Wirkungsverbund** verschiedener moralbildender Normensysteme und Sozialisationsinstanzen ausgelöst, sodass die generalpräventiven Wirkungen speziell des Strafrechts nicht für sich genommen geprüft werden können. Das Strafrecht bildet einen Teilbereich der sozialen Kontrolle, dessen generalpräventive Wirkung nur *in toto* erhoben werden kann“ (Kunz 2011, § 25 Rn 4).⁵⁵

Zum andern beziehen sich alle vorliegenden empirischen Untersuchungen zu dieser Thematik auf Gesellschaften, in denen ein Strafrecht und strafrechtliche Sanktionen vorhanden sind. „Eine systemvergleichende Prüfung der generalpräventiven Überlegenheit einer Gesellschaft mit Strafrecht

53 Siehe dazu grundlegend *Schöch* 1985 sowie die ersten Ergebnisse der Metaanalyse empirischer Abschreckungsstudien durch *Dölling* u.a. 2006.

54 *Anders Sessar* (2011), für den das Dogma strafrechtlicher Generalprävention nicht empirisch, sondern normativ gemeint sei und damit faktischer Erkenntnis trotzte.

55 „Dies heißt, dass für die Annahme etwa einer ‚sittenbildenden Kraft‘ des Strafrechts jedenfalls zurzeit empirische Anhaltspunkte fehlen“ (PSB 2006, 686).

gegenüber einer solchen ohne Strafrecht ist also nicht möglich“ (Kunz 2011, § 25 Rn 5).⁵⁶

Hinsichtlich der erwarteten Wirkung „Spezialprävention“ - zumeist definiert als Legalbewährung⁵⁷ - besteht unter methodischen Gesichtspunkten, wie in der gesamten Evaluationsforschung, auch für die spezialpräventive Wirkungsforschung das Problem darin, den empirischen Nachweis zu führen, dass der gemessene Erfolg, der Nichtrückfall, eine Wirkung der Sanktion ist.

Trotz dieser methodischen Schwierigkeiten sind für die Strafrechtspraxis⁵⁸ wie für die Kriminalpolitik Erfolgswertungen dringend erforderlich (s. dazu Kap. 3). Dazu gehören nicht nur general- und spezialpräventive Wirkungsforschungen, sondern bspw. auch Bevölkerungsbefragungen zum Sanktionsverlangen. Allerdings steht schon der heutige „gesicherte Stand der Forschung“ durchaus im Widerspruch zu den Erwartungen und Vorgehensweisen von Strafrechtspolitik und Strafjustiz.

So sei die Abschreckungswirkung (negative Generalprävention) von Androhung, Verhängung oder Vollzug von Strafen eher gering; die Vorstellung der Abschreckung fände praktisch keine empirische Stütze. Es gebe auch keine Anhaltspunkte dafür, dass eine Verschärfung des Strafrechts das Normbewusstsein positiv beeinflussen würde.⁵⁹ Gleichwohl sei es für die Aufrechterhaltung des Vertrauens der Bürger in

56 Der PSB (2006, 686) weist in diesem Zusammenhang auf die „Fülle von Einzelbeispielen“ hin, „die zeigen, dass bei einem kurzfristigen bzw. zeitweiligen Zusammenbrechen strafrechtlicher Sanktionierung die Kriminalität enorm angestiegen ist.“

57 Dabei ist die Legalbewährung, also das Ausbleiben neuerlicher strafrechtlicher Registrierungen innerhalb eines bestimmten Beobachtungszeitraumes, kein unproblematisches Kriterium, da es sich zumeist nur auf Helfelddaten bezieht und nach den Gründen für einen Erfolg oder Misserfolg nicht fragt (PSB 2006, 686; Kunz 2011, § 26 Rn 2 ff.).

58 Denn, wie Kunz treffend ausführt: „Strafrechtspraktiker setzen die grundsätzliche präventive Nützlichkeit des Strafrechts voraus ... Es entspricht jedoch einer *Déformation professionnelle*, von der Notwendigkeit der Heilung einer Krankheit auf die Eignung der derzeit verfügbaren Medikamente zu schließen. Aus der Pflicht der Strafrechtspraxis zur Anwendung der gesetzlich verfügbaren Sanktionen folgt nicht schon die präventive Eignung der Sanktionen. Auch dem Ethos der Medizin ist es nicht abträglich, die angewandten Medikamente kritisch auf ihre Heilwirkung zu prüfen, schädliche Nebenwirkungen zu erforschen und neue Heilmittel zu entwickeln“ (2011, § 25 Rn 18).

59 Jede Strafe, welche den Normbruch überhaupt deutlich mache und nicht verharmlose, sei geeignet, die generalpräventive Aufgabe des Strafrechts zu erfüllen (Schöch 1985, 1104) und Schöch 1995, 82: „Es gibt .. so etwas wie die generalpräventive Kraft unseres Strafrechts ... Aber sie ist ein kostbares Gut, mit dem wir sparsam umgehen müssen. Wir müssen uns davor hüten, diese kostbare Ressource durch Vielstraferei leichtfertig zu verschleudern.“

den Staat und damit für die Bewahrung des staatlichen Gewaltmonopols wichtig, dass der Staat auf die Verletzung von Rechtsgütern, d.h. auf Kriminalität, angemessen reagiere (PSB 2006, 665 f.).

Am meisten trage eine deutliche Missbilligung der Tat durch die Gesellschaft dazu bei, dass sich Menschen rechtstreu verhielten. Die Bevölkerung erwarte ein Zeichen der Diskreditierung des begangenen Rechtsbruchs und damit eine Bestätigung des Geltungsanspruchs der in der Strafnorm zum Ausdruck gebrachten Wertvorstellungen. Dabei werde jedoch in der Regel nicht die förmliche Bestrafung erwartet, sondern eine symbolische Missbilligung der Tat, begleitet von restitutiven Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens (Kunz 2011, § 25 Rn 6 und 12).

Hinsichtlich möglicher spezialpräventiver Wirkungen von Strafen lasse sich zunächst festhalten, dass umfassende neuere Sekundäranalysen der Wirkungsforschung zu den Strafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung des allgemeinen Strafrechts fehlten ... Grundsätzlich besitze deshalb eine bereits 1981 getroffene Feststellung unverändert Gültigkeit: „Es gibt nach dem heutigen Stand der internationalen Forschung keine empirische Grundlage für die Erwartung, durch eine Verschärfung angedrohter oder vollzogener Strafen die Kriminalitätsraten beeinflussen zu können (PSB 2006, 688 f.).⁶⁰

Diesen Befunden widersprechen jedoch die Aktivitäten des Gesetzgebers in Richtung Punitivität durch Verschärfung der Sanktionsdrohungen (Anhebung der Höchst- und Mindeststrafen, Ausbau der sichernden Maßregeln), durch Ausweitung der Strafzone (Neukriminalisierungen) und durch den Abbau der Rechtsstellung des Beschuldigten im Strafverfahren (Kunz 2013 b, 113).⁶¹ Deshalb besteht in der Umsetzung der Forderung nach einer von wissenschaftlich geprüften Informationen geleiteten Strafrechtspolitik und Strafrechtspraxis eine der größten Herausforderungen für die „Präventionsakteure“ Strafrecht und Strafjustiz.

60 So auch *Kunz* (2011, § 26 Rn 23 f.): „Bei vorsichtiger Interpretation sprechen die verfügbaren Befunde insgesamt dafür, dass eine Verminderung der Rückfallwahrscheinlichkeit durch härtere Sanktionen, insbesondere durch unbedingte Freiheitsstrafen, nicht erwartbar ist. Dies stützt die Annahme einer weitgehenden Austauschbarkeit der Sanktionen ohne spezialpräventiven Wirkungsverlust.“

61 *Kunz* zufolge wurde das deutsche Strafgesetzbuch (ohne Nebengesetze) seit 1990 rund hundert Mal geändert. Darin sei ein Trend zu einem kontrollorientierten Präventionsstrafrecht zu erkennen, welches sich auf jedwede Gesellschaftsgefahr beziehe, vorbeugend interveniere und sich dabei quasi geheimdienstlicher Beweismittel bediene (2013 b, 121; s. dazu Kap. 3.1.1).

2.2

Kommunale Kriminalprävention

Einen großen Anteil an der „Präventions-Aufbruchsstimmung“ in den 1990er Jahren hatte die Kommunale Kriminalprävention: Seit Anfang der 1990er Jahre „sind in fast allen deutschen Städten unter dem Stichwort ‚Kommunale Kriminalprävention‘ neue Netzwerke der Kommunikation und Kooperation zwischen Polizei, Kommunalverwaltung und –politik, Justiz, Wirtschaft, sozialen Diensten, freien Trägern u.a. Akteuren zur Verhinderung von Alltagskriminalität und Gewährleistung öffentlicher Ordnung in Innenstadtbereichen entstanden, die ihren Teil der Verantwortung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und die Beseitigung der Ursachen von Kriminalität wahrnehmen wollen. Derzeit existieren bundesweit ca. 1650 Präventionsgremien ... also Zusammenschlüsse auf kommunaler Ebene, die alle Verantwortlichen an einen Tisch zu holen suchen und die Aktivitäten bündeln“ (PSB 2001, 462).⁶² Aufgrund der „Dynamik der Entwicklung“ geht der 2. PSB davon aus, dass „derzeit wahrscheinlich etwa 2.000 Präventionsprojekte existieren“ (2006, 672).⁶³

Die Entwicklung der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland liest – las? – sich wie eine Erfolgsgeschichte (Steffen 2004, 2005) – und in der Tat ist die Kommunale Kriminalprävention, wie *Heinz* auf dem 9. Deutschen Präventionstag in Stuttgart⁶⁴ ausführte, „aus kriminologischer und wissenschaftlicher Sicht ... eine Idee von bestechender Vernünftigkeit. Die Einsicht in die begrenzte Wirksamkeit repressiver Strategien und in den Vorrang der Prävention vor Repression scheint sich in der Arbeit vor Ort durchgesetzt zu haben.“⁶⁵

62 Zu den Gründen für die Einrichtung kommunaler Gremien führt der 1. PSB aus: „Die Möglichkeiten und Zuständigkeiten zur Beeinflussung der konkreten Entstehungsfaktoren (von Kriminalität) sind also überwiegend auf der lokalen Ebene zu sehen. Aus diesem Grund kann Kriminalprävention nur erfolgreich sein, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird und neben polizeilichen Aktivitäten insbesondere lokale Initiativen umfasst“ (PSB 2001, 460; s. dazu auch oben 2.1.1).

Kunz hält allerdings die Angstkultur und die Diskreditierung des Expertentums für die Triebkräfte der kommunalen Kriminalprävention als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe. Es gehe „nicht unmittelbar um die Prävention von Kriminalität und die Bewältigung dadurch ausgelöster Ängste, sondern um die Erreichung dieser Anliegen auf dem (Um-)Weg einer am Ziel der Kriminalprävention ausgerichteten Umgestaltung der Lebensbedingungen in Kommunen und Regionen“ (2011, § 31 Rn 10).

63 *Schreiber* kommt auf eine Zahl von 960 (2007). Siehe dazu auch *Steffen* 2009, 55.

64 Dieser DPT hatte das Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“; siehe dazu *Bannenber*g u.a. 2005.

65 Als Hintergrund der neuen Konzepte bei der Produktion von Sicherheit und Ordnung in der Stadt werden von *Frevel* (2012, 215)

Allerdings, so *Heinz* weiter: „Freilich sind Defizite unübersehbar. So sind die verfügbaren Informationen darüber lückenhaft, wer wo was mit welchen Zielen und Trägern durchführt ... Die erforderliche Grundsatzdiskussion über Ziele, Mittel und – vor allem – Grenzen (nicht nur von Kommunalen) Kriminalprävention sowie über das Verhältnis von Kriminalprävention zu Sozialpolitik steckt noch in den Kinderschuhen. Dokumentationen der Erfahrungen – positiver wie negativer – sind die Ausnahme, Programm- oder Ergebnisevaluation noch weithin Forderung“ (2005, 9).

Zwar sei die Notwendigkeit erkannt, „die Aktivitäten der verschiedenen öffentlichen Instanzen, die direkt oder indirekt kriminalpräventiv im weitesten Sinne tätig sind, zu koordinieren, Synergieeffekte zu nutzen und paralleles Arbeiten zu verhindern“. Es bestehe jedoch „eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wie sie größer kaum sein könnte.“

Kritisiert werde zum einen, dass Kommunale Kriminalprävention zu stark polizeiorientiert, überwiegend behörden- und institutionenzentriert sei und Kooperation und Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger zu wenig gefördert würden.

Zum andern bestehe, insbesondere zu Zeiten knapper Kassen, die Gefahr einer „Kriminalisierung der Sozialpolitik“: Das Zauberwort „Prävention“ scheine Türen und – vor allem – Haushaltstöpfe zu öffnen, das Verhältnis von allgemeiner Sozialpolitik und spezieller Kriminalpolitik werde fraglich und unsicher, folglich aber auch die Bestimmung dessen, was denn ein kriminalpräventives Projekt gegenüber einer allgemeinen sozialpolitischen Maßnahme, z.B. der Jugendförderung, auszeichne.

Und schließlich: Woher wissen wir, dass wir nicht nur Richtiges tun wollen, sondern es auch tun, wenn es doch eine systematische und methodischen Standards genügende Wirkungsfor- schung nur ausnahmsweise gibt? (Heinz 2005, 22 ff.).

Welche Feststellungen können nun zehn Jahre später getroffen werden - auch vor dem Anspruch der Gremien Kommunaler Kriminalprävention, einen „Drei-Säulen-Ansatz“ zu verwirklichen: Lokale Orientierung, ressortübergreifende Vernetzung, Bürgerpartizipation (Steffen 2005, 157)?⁶⁶

genannt: Veränderte Kriminalitätslagen und Ordnungsprobleme, gewandelte Ansprüche und Bewertungen des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung, modifizierte Selbstverständnisse der an der Sicherheitsproduktion beteiligten Institutionen sowie neue Konzepte von Staatlichkeit und Verwaltung, wie sie an den Begriffen der ‚Bürgerkommune‘, der ‚bürgernahen Polizeiarbeit‘ und des ‚aktivierenden Staates‘ zum Ausdruck kommen. Siehe dazu auch *Steffen* 2005 sowie die Beiträge zum Titelthema „Urbane Sicherheit – Soziale Stadt“ in *forum kriminalprävention* 4/2013.

66 *Kober/Kahl* (2012, 12) nennen diese grundlegenden Strukturprinzipien: Ressortübergreifender Kooperationsansatz, Bürgerbeteiligung/Öffentlichkeit, „Bürgermeisterpflicht“.

- Die „Aufbruchstimmung“ der 1990er Jahre scheint verfliegen. Zumindest ist es in den letzten Jahren kaum mehr zu Neugründungen gekommen und etliche der „alten“ Gremien existieren nicht mehr.

Allerdings: Es gibt keinen neueren Überblick⁶⁷ über Anzahl, Zusammensetzung, Ziele oder Projekte der kommunalen Gremien. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es an einem einheitlichen Präventionsbegriff ebenso fehlt wie an eindeutigen, verbindlichen Erfassungskriterien – Gremium ist nicht gleich Gremium – oder gar einer fortgeschriebenen Dokumentation.

- Ausgehen kann man aber davon, dass wohl nur in einigen Gremien der Vielfalt kriminogener Entstehungsbedingungen und der Entwicklung entsprechender präventiver Maßnahmen auch durch die Zusammenführung einer möglichst großen Zahl relevanter Träger der formellen und informellen Kontrolle Rechnung getragen wird – und dann die Koordination und Vernetzung gelingt (Kober/Kahl 2012, 13 f.)
- Es ist auch nur sehr wenigen Gremien gelungen, den Anspruch auf *Bürgerbeteiligung* zu verwirklichen und „normale“ Bürger ohne „offizielles Amt“ und Funktion – also sozusagen „funktionslose“ Bürger – zu integrieren. Die Beteiligung der Bürger gilt aber als das „eigentlich Neue“, das konstituierende Merkmal der Gremien, auch weil es den Grundsätzen der Bürgerkommune und der Bürgergesellschaft entspricht: Was Bürger unmittelbar betrifft – hier die Kriminalität – sollte von ihnen auch unmittelbar beeinflusst werden – hier durch Kriminalprävention. Tatsächlich konnte aber nur ausnahmsweise der Anspruch verwirklicht werden, die Bürger bei der Kriminalitätskontrolle von Betroffenen zu Beteiligten zu machen, ihre Partizipation am und ihre Verantwortung für den Sicherheitszustand ihres Gemeinwesens zu ermöglichen und durchzusetzen (Steffen 2009, 54 ff.).

Eine der *wenigen neueren Untersuchungen* zur internen Gestaltung der Gremien⁶⁸ kommt zu diesen Ergebnissen:

- Der Grad der Institutionalisierung von kriminalpräventiven Gremien sei sehr unterschiedlich und die Akteurszusammensetzung gestalte sich sehr heterogen. Die Gründungsakteure bestimmten mit ihren spezifischen Sichtweisen und Problemdeutungen die gemeinsame Arbeit und suchten sich passende Mitstreiter.

67 Zuletzt hat sich *Schreiber* 2007 diese Mühe gemacht.

68 Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung von 2010 bis 2012 geförderten Projektes „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – KoSiPol“ wurden empirische Fallstudien zu kriminalpräventiven Kooperationen in 16 deutschen Kommunen in vier Handlungsfeldern durchgeführt: Häusliche Gewalt, Jugendliche als Täter und Opfer, Drogen und Sucht sowie polizierende Präsenz; siehe dazu *Frevel (Hrsg.) 2012; Frevel/Miesner 2012; van den Brink 2012; John/Schulze 2012.*

- Die Gremien lebten vom Engagement ihrer Mitglieder; in den meisten Kooperationen sei dies sehr hoch. Aber: Je stärker die Gremien von den engagierten Individuen geprägt würden, desto gravierender wirke sich ein Ausstieg dieser Personen aus. Ein solcher Ausstieg gefährde die gremieninterne Zusammenarbeit und könne mitunter die gesamte Kooperation beenden.
- Die Mehrheit der Gremienmitglieder lasse sich der Sachbearbeiterebene zuordnen. Damit treffe man in den Gremien zwar auf hohe fachliche Kompetenz, aber auf wenig Entscheidungskompetenzen.
- Festzustellen seien verschiedentlich Wissens- und Qualifikationsdefizite insbesondere in der Grundausbildung zur Prävention.
- Deutliche Defizite gebe es in der Öffentlichkeitsarbeit, obwohl diese ein dezidiertes Ziel der Gremien darstelle. Das Erreichen der Bürgerschaft und eine breite Aufklärung über das Thema seien deshalb nur schwer möglich.
- Die Gremien führten in der Regel keine wissenschaftlich fundierten Evaluationen durch, sondern agierten aufgrund unsystematisch aufbereiteter Rückmeldungen sowie subjektiver Eindrücke.
- Außen vor bleibe die Bürgerperspektive; die Problemwahrnehmung und –bearbeitung von Kriminalität erfolge fast ausschließlich aus der Akteursperspektive heraus.

Fazit der Untersuchung:

In Verbindung mit dem Konzept der freiwilligen Kooperation, der Gleichrangigkeit der Partner und dem Ziel des Konsenses entstehe so eine Zusammenarbeit, die vielfach auf der Phänomen-Ebene verbleibe, aber Grundfragen zum Problem, zur Kooperation und zum Ziel unbeantwortet lasse. Erschwerend komme hinzu, dass die eigentlich vorhandene und recht gut entwickelte Systematik der Kriminalprävention selten rezipiert und vorbildhafte Ansätze nicht systematisch genutzt würden. „Die Praxis kooperativer Sicherheitspolitik bietet, trotz ihrer langjährigen Existenz und stetigen Weiterentwicklung, also durchaus noch viel Optimierungspotenzial“ (Frevel/Miesner 2012, 219). Aber: Dieses Konzept der kooperativen lokalen Sicherheitspolitik habe Perspektiven. Mit den Worten der an KoSiPol beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (Frevel 2012, 39): Sie sind der festen Überzeugung, „dass

- diese Form sinnvoll ist,
- sie qualitativ weiterentwickelt werden muss,
- bestehende Schwächen in der Organisation und Prozessgestaltung von Gremien überwindbar sind,
- die Akteure gezielt rekrutiert und für die Kooperation qualifiziert werden müssen,
- eine konzeptionelle Weiterentwicklung nötig ist,

- der Informationsaustausch zwischen den Gremien bislang rudimentär ist und – z.B. durch Landespräventionsräte oder die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – gefördert werden sollte“.⁶⁹

Die Kommunale Kriminalprävention in Deutschland steht also vor einigen Herausforderungen, wenn sie tatsächlich – erfolgreich, wirkungsvoll und nachhaltig – realisiert werden soll. Da sie aber nach wie vor eine „Idee von bestechender Vernünftigkeit“ ist, die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Ordnungsbehörden, sozialer Dienste von Kommunen und freien Trägern, Gesundheitsdiensten und vielfältigen anderen Institutionen als eine Form der Komplexitätsbewältigung gilt, auf die nicht mehr verzichtet werden kann (Frevel/Kober 2012, 337), sollte nichts unversucht bleiben, um diese Idee nachhaltig zu verwirklichen, etwa durch die Umsetzung der folgenden fünf (wichtigsten) Strukturprinzipien:⁷⁰

1. Strukturprinzip: Ressortübergreifende Vernetzung

Der ressortübergreifende Ansatz, das Auftreten mehrerer Institutionen und Gruppierungen als Initiatoren und verantwortliche Träger sowie die Vernetzung ihrer Aktivitäten sind entscheidend und kennzeichnend für die Gremien kommunaler Kriminalprävention. Schon wegen der Vielzahl der Einflussfaktoren auf Kriminalität und Kriminalprävention ist kommunale Kriminalprävention eine Querschnittsaufgabe, zu deren Bewältigung ein breites Spektrum professionellen Sachverständigen erforderlich ist.

Mitglieder eines kriminalpräventiven Gremiums sollten deshalb Vertreter der Stadtverwaltung, der kommunalen Ämter sein, der Polizei und Justiz sowie von sozialaktiven zivilen Einrichtungen der Kommune, von Wirtschaft, Medien usw.

Die spezifische Aufgabe dieser Vertreter im Gremium ist es, die vorhandenen Tätigkeitsfelder in ihrer kriminalpräventiven Bedeutung zu erkennen und die vorhandenen Ressourcen durch Vernetzung effizienter und effektiver zu machen. Es sind also keine eigentlich neuen Aufgaben, die auf die Akteure zukommen, sondern „nur“ neue Interpretationen vorhandener Aufgaben – aber das ist tatsächlich häufig sehr viel schwieriger als es klingt und von den Akteuren erwartet worden ist.

69 Zumal sowohl der „Infopool Prävention“ des Bundeskriminalamtes als auch das unter der Federführung des Deutschen Forums für Kriminalprävention entwickelte „Informationssystem der Prävention im Netz – PräviS“ ihre Dienste eingestellt haben.

70 Siehe dazu auch den sehr instruktiven „Leitfaden für die kommunale Praxis“ von *Kober/Kahl* 2012: Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene“ sowie die Befunde und Folgerungen bei *Frevel* (Hrsg.) 2012.

Auch stellt die Vernetzung wegen der sehr unterschiedlichen Handlungslogiken und Eigenständigkeiten der beteiligten Akteure eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Es sollte deshalb immer wieder überprüft werden, ob und wie weit es gelingt, tatsächlich vernetzt und ressortübergreifend zu arbeiten. Bewährt hat sich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Gremiums, die nur die Aufgabe „Ressortübergreifende Vernetzung“ wahrzunehmen und zu überprüfen hat.

2. Strukturprinzip: Bürgerpartizipation – Herstellung von Öffentlichkeit durch Bürgerbeteiligung

Prävention auf kommunaler Ebene braucht bürgerschaftliches Engagement – andernfalls läuft sie Gefahr aufzugeben, was eigentlich ihr Auslöser war: Die Idee, in einer Gemeinde gemeinschaftlich für ein lebenswertes Umfeld zu sorgen (Kober/Kahl 2012, 26).

Als Leitbild ist diese Idee weitgehend unstrittig, in der Praxis der Gremienarbeit aber, wie gezeigt, nur ausnahmsweise umzusetzen: Bisher ist es nur wenigen Gremien gelungen, „normale“ Bürger ohne „offizielles“ Amt und Funktion – also sozusagen „funktionslose Bürger“ zu integrieren.⁷¹

Einmal abgesehen davon, ob die „funktionslosen“ Bürger überhaupt ein Interesse daran haben, in den Gremien mitzuarbeiten, ob sich also überhaupt genug Bürger finden lassen, widerspricht es der Organisation und Arbeitsweise von Gremien – selbst wenn sie, wie bei der Kommunalen Kriminalprävention üblich, nur wenig formalisiert sind – funktionslose Bürger einzubinden.

Gremien können nur dann sinnvoll arbeiten, wenn ihre Mitglieder einer anderen staatlichen oder nicht-staatlichen Einrichtung gegenüber **verantwortlich** sind, also einer solchen Einrichtung angehören, von ihr in das Gremium entsandt werden, um hier die Erkenntnisse und Interessen ihrer Einrichtung zu vertreten. Im Gegenzug sollten diese Vertreter dann die Inhalte und Ergebnisse der Beratungs- und Projektarbeit des Gremiums wieder in ihre Einrichtungen hineinbringen und umsetzen, um so auch als Multiplikatoren der institutionalisieren Kriminalprävention für die „funktionslosen“ Bürger – etwa ihre Vereinsmitglieder - zu fungieren. Das allerdings geschieht noch zu selten, zu zufällig, zu wenig systematisch.

Darüberhinaus ist für die „funktionslosen“, aber gleichwohl zu einem kriminalpräventiven Engagement bereiten Bürgern auf **kleinräumiger (Sozialraum- oder Stadtteil-) Ebene** bei konkreten, anlassbezogenen, sie direkt betreffenden Projekten und Maßnahmen eine Mitarbeit möglich und sinnvoll. Anknüpfend an die Bedürfnislage und die hohe Kompetenz der Bürger für Dinge, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen,

⁷¹ Siehe zu den „Ambivalenzen, die mit der Einbindung von Bürgern verbunden sind“ auch Kober/Kahl 2012, 16 ff.

können sich diese an konkreten, kurzfristigen, aktionsorientierten Maßnahmen beteiligen, die gerade in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ – vulgo: sozialen Brennpunkten – über Kriminalprävention hinausgehen und sozialräumliche Strategien verfolgen dürften (s. dazu auch Frevel e.a. 2009 und Kahl/Kober 2009).

3. Strukturprinzip: Lokal orientierte Problemanalyse

Notwendige, unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgsorientierte Präventionsstrategie – auch und gerade auf kommunaler Ebene – ist eine möglichst umfängliche Bestandsaufnahme der lokalen Rahmenbedingungen.

Optimal ist eine kriminologische Regionalanalyse, bei der nicht nur die „Kriminalitätsmaske“ einer Gemeinde erstellt wird, sondern auch ihre „Sozialmaske“.

Erst auf der Grundlage einer solchen – soliden – Daten- und Erkenntnisgrundlage lässt sich eine „kommunale Präventionsstrategie entwickeln, mit Hilfe derer erkannter Handlungsbedarf durch Vernetzung vorhandener oder Bereitstellung notwendiger Ressourcen effektiv gedeckt werden kann“ (Kober/Kahl 2012, 34).

4. Strukturprinzip: Überprüfung des Erfolges der durchgeführten Maßnahmen

An den Ergebnissen der lokalen Problemanalyse ansetzend, sollte eine an überprüfbaren Kriterien ausgerichtete und schriftlich fixierte Planung der zur Problemlösung vorgesehenen Maßnahmen erfolgen.

Außerdem die prüfende Begleitung des Verlaufs der Umsetzung dieser Pläne auch im Hinblick auf ihre Effizienz, also eine sog. Prozessevaluation („Tun und erreichen wir eigentlich das, was wir vorhaben?“)

Optimal wäre schließlich die Evaluation der Ergebnisse auf ihre Effektivität hin, auf die Wirksamkeit der Maßnahmen und Programme hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der Vermeidung ungünstiger Nebeneffekte (etwa von Verdrängungseffekten) sowie hinsichtlich der Nachhaltigkeit der erreichten Wirkungen.

5. Strukturprinzip: Prävention ist Chefsache

Die Leitung des kriminalpräventiven Gremiums durch den Bürgermeister der Gemeinde sowie die Teilnahme hochrangiger Vertreter der kommunalen Ämter und des Gemeinde-/ Stadtrates unterstreicht den Stellenwert des Gremiums und erleichtert die Umsetzung von Empfehlungen und Entscheidungen.

Zum Prinzip der „Chefsache“ gehört auch, dass das Gremium über einen rechtlich bestimmten und abgesicherten Status verfügt, eindeutig legitimiert ist – etwa durch den Gemeinde-/ Stadtrat, klare Kompetenzen, präzise, zielorientierte Inhalte hat sowie über die notwendige finanzielle und

personelle Ausstattung verfügt, beispielsweise über eine Geschäftsstelle.

„Prävention ist Chefsache“ heißt also vor allem, dass ohne kommunalpolitische Unterstützung und Legitimierung diese Gremien zum Scheitern verurteilt sind. Zwar bestehen, so *Frevel/Kober*, juristisch kaum Zweifel, dass die Gremien berechtigt sind, kooperativ sicherheitspolitisch zu agieren. Polizei und Kommunalverwaltung arbeiteten auf der Grundlage demokratisch begründeter Zuständigkeiten und seien einer politischen Kontrolle unterworfen. Aber eine solche Konstellation sei gleichwohl nicht unumstritten, wenn die Rückbindung an kommunale Gremien, also Stadträte oder Kreistage, fehle: „Wenn .. die Gremien in einem kommunalpolitisch so bedeutsamen Feld der Sicherheit und Ordnung agieren, erscheint der Verzicht auf die Beteiligung der Politik problematisch“ (2012, 344).

Kommunale Kriminalprävention muss Teil der Gemeindeentwicklungspolitik werden und in Richtung einer **Kommunalen Sicherheitspolitik** weiter entwickelt, als kommunale Querschnittsaufgabe ausgestaltet und demokratisch legitimiert werden, mit klaren politischen Zielsetzungen und vernetzten, interdisziplinären und integrativen Vorgehensweisen (Steffen 2005, 166). Zu prüfen wäre der Vorschlag von *Waller*, ein **Amt für Kriminalprävention** auch auf lokaler Ebene einzurichten – und 5% der Ausgaben für „Recht und Ordnung“ zugunsten von Prävention auszugeben, weitere 2% für Ausbildung und Datensysteme, die benötigt werden, um diesen Wandel aufrechtzuerhalten (2011, 235 ff.).

2.3

Zusammenfassung und Folgerungen

Kommunale Kriminalprävention gibt mit die nachdrücklichsten Hinweise darauf und Beweise dafür, wie sehr Kriminalprävention Praxis, Politik und Wissenschaft braucht:

- Sie braucht die Praxis für die „Arbeit vor Ort“. Allerdings sollten die Praktiker für diese Aufgabe ausgewählt sein und eine Aus- und Weiterbildung erhalten, die den heutigen Anforderungen an Professionalität und Kompetenz gerecht wird – hier ist die Wissenschaft gefordert, entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln und anzubieten.
- Sie braucht die Politik und zwar sowohl die Kommunalpolitik wie die auf Landesebene. Denn ohne deren Unterstützung und Förderung geht nichts, zumindest nicht auf Dauer und wirkungsvoll.
- Sie braucht die Wissenschaft für die theoretische und empirische Fundierung der präventiven Arbeit, für die Beratung und Begleitung bei der Implementation und Evaluation von Projekten, für die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten, für die Entwicklung und Pflege von Datenbanken und Informationssystemen.

3 Präventionspolitik

3.1 Kriminalprävention als Ziel von Kriminalpolitik

„Unter Kriminalpolitik ist die Gesamtheit aller staatlichen und außerstaatlichen Maßnahmen zu verstehen, die zum Schutz der Gesellschaft und des einzelnen Bürgers auf Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität gerichtet sind“ (Schwind 2013, § 1 Rn 37).⁷² Dabei beziehen sich die entsprechenden Aktivitäten nicht nur auf die rein repressiven Bereiche wie Rechtspflege und Strafvollzug, sondern – ressortübergreifend - vor allem auf den Einsatz auch außerstrafrechtlicher präventiver Maßnahmen, die dem kriminalitätsrelevanten Gesellschaftsschutz dienen (Schwind 2013, § 1 Rn 33 f.).

Kriminalprävention als Vorbeugung und Verhütung von Straftaten habe „in einem allgemeinen Verständnis ... schon immer als wichtiges Ziel von Rechtspolitik, insbesondere von Kriminalpolitik“ gegolten. Daraus folge aber nicht, „dass Theorie und Praxis sich stets bemüht hätten, Gesetze, Maßnahmen, institutionelle Einrichtungen und organisatorische Vorkehrungen konkret auf Prävention hin auszurichten ... Stattdessen blieb es in der Regel bei sehr allgemeinen Überlegungen und z.T. bekenntnishaft vorgetragenen Überzeugungen“ (PSB 2001, 455 f.).

Für *Heinz* ist deshalb eine „Kurskorrektur der Kriminalpolitik überfällig. Eine verstärkte Hinwendung zu und ein nachhaltiger Ausbau von Kriminalprävention ist geboten. Eine sich lediglich strafrechtlicher Mittel bedienende Kriminalpolitik nach dem Motto ‚more oft the same‘ ist ein ‚Katastrophenrezept‘. Die Frage kann deshalb heute nicht mehr die des Ob der Kurskorrektur sein. Hinsichtlich des Vorranges von Prävention vor und ihrer Überlegenheit gegenüber Repression besteht kein Erkenntnisproblem, es besteht vielmehr ein Umsetzungsproblem“ (1998, 17).

Damit stellt sich die Anschluss-**Frage**, ob es in den letzten Jahren zu dieser Kurskorrektur gekommen ist: Hat sich inzwischen auch in der Kriminalpolitik die Überzeugung durchgesetzt, dass Kriminalität vor allem mit Präventionskonzepten begegnet werden sollte – und zwar mit solchen nicht-punitiver Art? Also die Überzeugung, die in der Praxis, wie oben dargestellt, weitgehend – mit Ausnahme der Akteure Strafrecht und Strafjustiz - unstrittig ist.

Ist es der Kriminalpolitik auf den verschiedenen Ebenen – lokale/kommunale, Landes- und Bundesebene - gelungen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens dahingehend zu

72 Zwar gibt es keine einheitliche Definition davon, was unter Kriminalpolitik zu verstehen ist, doch dominiert inzwischen dieses weite Verständnis von Kriminalprävention (Kriminologie-Lexikon ONLINE, Artikel „Kriminalpolitik“).

schaffen, dass Kriminalität primär mit präventiven Strategien und Konzepten begegnet werden sollte, hat sie die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen sowie die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt?

Und versteht Kriminalpolitik Kriminalprävention dann auch so wie die Praxis oder versteht sie sie vor allem repressiv, geht es um Prävention durch Repression, nicht mehr nur um Gefahrenabwehr, sondern schon um Gefahrenvorsorge, überholt unter dem Aspekt der Risikobekämpfung eine verdachtslose Prävention als staatliches Kontrollmittel die bisherige verdachtsabhängige Prävention (Sessar 2011) – ist die Kriminalpolitik auf dem Weg zur Sicherheitsgesellschaft und zum Präventionsstaat?

Ist die Kriminalpolitik rational, lässt sie sich sozialetisch legitimieren und orientiert sie sich an den Resultaten der wissenschaftlichen Forschung – oder ist sie doch eher emotional oder sogar populistisch, lässt sie sich (zunehmend) von Medien und Meinungsumfragen beeinflussen?⁷³

3.1.1

Kriminalpolitik: Wissenschaftlich fundiert oder „im Blindflug“?⁷⁴

Um mit der letzten Frage zu beginnen: Eine rationale Kriminal- und Strafrechtspolitik ist ohne eine solide empirische Grundlage nicht möglich, so zutreffend *Heinz* (2006, 241). *Schwind* zitiert den „Altmeister kriminologischen Denkens“, Franz von Liszt (1841-1919), der betont habe, dass die „Bekämpfung des Verbrechens die Kenntnis des Verbrechens voraussetzt“, ein Satz der sich primär auf Präventionsmaßnahmen beziehe (2013, § 1 Rn 40) und wieder von Liszt, jeder Kriminalpolitiker bleibe „Dilettant, wenn ihm die feste wissenschaftliche Grundlage fehlt, die er nur in der genauesten und umfassendsten Kenntnis der Tatsachen gewinnen kann.“⁷⁵

Das sieht auch die Bundesregierung – also die Kriminalpolitik – so, zumindest in ihrer Stellungnahme zum 1. PSB: „Erkenntnisse über Ausmaß, Struktur und Entwicklung der Kriminalität einerseits, über Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Strafvollzug andererseits müssen in ausreichendem Umfang vorhanden sein, um kriminal- und strafrechtspolitische Maßnahmen erfolgreich gestalten und in ihren Auswirkungen überprüfen zu können“ (2001, 599).⁷⁶

73 Siehe dazu auch *Schwind* 2013, § 1 Rn 33 ff.

74 „Kriminalpolitik im Blindflug“ hieß eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Mai 2012 in Berlin und verwendete damit ein inzwischen „geflügeltes Wort“ von *Wolfgang Heinz* (siehe dazu auch *Hilgendorf/Rengier* 2012, 7).

75 Zitiert nach *Schwind/Steinhilper* 2014, 593.

76 Mit der Vorlage des 1. PSB habe die Bundesregierung „einen sowohl für die Darstellung und Bewertung der Inneren Sicherheit als auch für die kriminalpolitische Diskussion gleichermaßen

Dieses (theorie- und empiriefundierte) Wissen „zur Kriminalität, zum Verbrechen, zum Täter und Opfer sowie zu den verschiedenen staatlichen und privaten, informellen und formellen Reaktions- und Präventionsformen“ ist von der **Kriminologie** als der dafür relevanten Bezugswissenschaft,⁷⁷ aber auch von anderen wissenschaftlichen Disziplinen, längst erarbeitet und der Kriminal-, Sozial- und Kommunalpolitik zur Verfügung gestellt worden. Dazu das *Freiburger Memorandum „Zur Lage der Kriminologie in Deutschland“*.⁷⁸ „Für Kriminalprävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Strafvollzug samt den hiermit verbundenen Maßnahmen der Begutachtung, Therapie und Wiedereingliederung ist empirisches Wissen unverzichtbar geworden, um mit rationalen Mitteln den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und ihr Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege ständig zu verbessern. Dies beinhaltet den Aufweis von Schranken, jenseits derer eben diese Funktionsfähigkeit fraglich wird. Zur Fortentwicklung moderner Kriminal- und Sozialpolitik können sich die Gesetzgeber des Bundes und der Länder in ihren verschiedenen Ausprägungen der vorhandenen Befunde dieser kriminologischen Wissenschaften bedienen.“

Aber tun sie das auch? Dem *Freiburger Memorandum* zufolge wird dieses Wissen „auch genutzt, wenn es darum geht, eine zureichende wissenschaftliche Begründung und Evaluation ihrer jeweiligen Aufgaben zu gewährleisten“.⁷⁹ Kunz dagegen beklagt die „Taubheit der offiziellen Kriminalpolitik für empirische Befunde“, die Ergebnisse der empirischen kriminologischen Forschung stünden „quer zu den Trends der heute praktizierten Kriminalpolitik. Die aus der Forschung abzuleitenden Empfehlungen für eine ‚rationale‘ Politik werden in der Realität kaum aufgegriffen. Im Gegenteil verdichtet sich der Eindruck, als ob die offizielle Kriminalpolitik sich gegenüber ‚evidenzbasierten‘ Aussagen über hohe Irrtumswahrscheinlichkeiten bei Individualprognosen, der Gefahr einer Überschätzung krimineller Gefährlichkeit, der Zweifelhaftheit der Wirkung von Allgemeinabschreckung, der mangelnden spezial-

neuen und vielversprechenden Weg der amtlichen Berichterstattung über Kriminalität beschritten“ (Heinz 2003).

- 77 Als sozialwissenschaftliche Integrationswissenschaft verbindet die Kriminologie Ansätze u.a. aus der Psychiatrie, Neurobiologie, Psychologie und Sozialpädagogik, aus der Jurisprudenz, Soziologie, Politologie, Ökonomie und Geschichtswissenschaft (Freiburger Memorandum 2012).
- 78 Das „Freiburger Memorandum“ ist das Ergebnis einer Tagung im Juni 2012, an der 60 Wissenschaftler/innen teilnahmen, die in Lehre und/oder Forschung mit Kriminologie und verwandten Disziplinen befasst sind.
- 79 Da das „Freiburger Memorandum“ jedoch auf die „nachlassende Bedeutung der Kriminologie insbesondere an den deutschen Universitäten“ aufmerksam machen will und für eine Verbesserung dieser Situation „wirbt“, wird diese Bereitschaft der Politik, kriminologische Befunde zur Kenntnis zu nehmen und in politisches Handeln umzusetzen, vielleicht etwas zu positiv gesehen.

präventiven Vorzugswürdigkeit härterer Sanktionierung und der generell eher desozialisierenden Wirkung des Freiheitsentzuges⁸⁰ taub stellt und stattdessen den dramatisierenden und Strafhärte einfordernden Kriminalitätsinszenierungen von Massenmedien und vielen Politikern folgt ... Es ist nachgerade absurd, dass die empirische Kriminologie noch nie so viel Wissen wie heute produzierte – und das sie kriminalpolitisch noch nie so einflusslos wie heute war“ (2011, § 30 Rn 23). Auch die kürzlich von *Heinz* gestellte Frage „Was sollte der Gesetzgeber wissen wollen?“⁸¹ lässt eher auf eine

80 So schon die Erkenntnisse des 2. PSB: „Entgegen einer weit verbreiteten Alltagsmeinung erscheinen nach dem gegenwärtigen **Stand der kriminologischen Forschung** die Abschreckungswirkung (negative Generalprävention) von Androhung, Verhängung oder Vollzug von Strafen eher gering. Für den Bereich der leichten bis mittelschweren Kriminalität jedenfalls gilt grundsätzlich, dass Höhe und Schwere der Strafe keine messbare Bedeutung haben. Lediglich das wahrgenommene Entdeckungsrisiko ist – allerdings nur bei einer Reihe leichterer Delikte – etwas relevant. Bislang wurden auch keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass eine Verschärfung des Strafrechts das Normbewusstsein positiv beeinflussen würde ...

Hinsichtlich der spezialpräventiven Wirkung von Strafen gibt es keinen empirischen Beleg dafür, dass – bei vergleichbaren Tat- und Tätergruppen – die Rückfallrate nach einer Verurteilung niedriger ist als nach einer Verfahrenseinstellung (Diversion). Wo, in vergleichbaren Gruppen, Unterschiede beobachtet wurden, waren die Rückfallraten nach Diversion niedriger. Negative Effekte der Diversion im Vergleich zur formellen Sanktionierung sind nicht belegt.

Im Bereich der leichten bis mittelschweren Kriminalität haben unterschiedliche Sanktionen keine differenzierende Wirkung auf die Legalbewährung; die Sanktionen sind vielmehr weitestgehend ohne messbare Konsequenzen auf die Rückfallraten austauschbar.

Wenn es eine Tendenz gibt, dann die, dass nach härteren Sanktionen die Rückfallrate bei vergleichbaren Tat- und Tätergruppen höher ist. Insbesondere gibt es bis heute keine Gruppe von Straftätern, für die – in spezialpräventiver Hinsicht – eine Überlegenheit von Jugendarrest oder (unbedingter) Jugendstrafe im Vergleich zu ambulanten Reaktionen empirisch belegt worden wäre“ (2006, 665 f.).

Siehe dazu auch die kürzlich veröffentlichten Befunde der *Rückfalluntersuchung* „Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen 2007 bis 2010 und 2004 bis 2010“ (www.bmj.de/DE/Ministerium/Strafrecht/Kriminologie/Kriminalpraevention/_doc/Rueckfallstatistik_doc.html?nn=1470118) sowie *Albrecht* (2013 b) zu Rückfallstatistiken im internationalen Vergleich. Außerdem *Spieß* 2012 und *Kury* 2013.

81 Gestellt hat *Heinz* diese Frage in Zusammenhang mit der „unendlichen Geschichte der Reform der deutschen Kriminalstatistiken“. Insbesondere Heinz hat ja immer wieder auf die Reformbedürftigkeit der Kriminalstatistiken hingewiesen, vor allem auf die Notwendigkeit einer Verlaufsstatistik und betont, dass die statistischen Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Kriminalpolitik defizitär seien und aktuelle, umfassende und zuverlässige Daten eine notwendige (wenngleich keine hinreichende) Bedingung für eine rationale Kriminalpolitik seien. Erreicht hat er

„Kriminalpolitik im Blindflug“ schließen als auf eine „rationale Kriminalpolitik“.⁸²

3.1.2

Kriminalpolitik: Auf dem Weg zum Präventionsstaat?

Die von *Heinz* schon 1998 eingeforderte „überfällige Kurskorrektur der Kriminalpolitik“ (s.o.) ist jedenfalls bisher nicht festzustellen. Nach wie vor bedient sich die Kriminalpolitik strafrechtlicher Mittel nach dem Motto „more of the same“. Und das ist wörtlich zu nehmen: Die Kriminalpolitik bleibt nicht nur bei ihren strafrechtlichen Reaktionsmustern, sie verschärft sie sogar noch: „In den Bereichen der außerhäuslichen Gewalt- und Sexualdelinquenz werden ‚Strafbarkeitslücken‘ rasch und vollständig gefüllt und Nachbesserungen nach dem Muster des „Mehr von Demselben“ vollzogen. So wurde das deutsche Strafgesetzbuch (ohne Nebengesetze) seit 1990 rund hundert Mal geändert ... In der Hitze einer massenmedial bewegten Öffentlichkeit ist die Sexualdelinquenz endgültig zum Motor der Kriminalpolitik geworden (Kunz 2013 b, 121).⁸³

Kunz erkennt einen „Trend zu einem kontrollorientierten Präventionsstrafrecht .., welches sich auf jedwede Gesellschaftsgefahr bezieht, vorbeugend interveniert und sich dabei quasi geheimdienstlicher Beweismittel bedient ... Eine für die Angstkultur funktionale Gesetzgebung ist bemüht, gemutmaßte Punitivitätserwartungen der Bevölkerung möglichst vorbeugend abzarbeiten“ (2013 b, 121).

Das ist der Weg in den **Präventionsstaat**, auf dem sich Deutschland schon seit einigen Jahren befindet.⁸⁴ Auf diese Entwicklung bezieht sich auch die Aussage, Kriminalpräven-

damit bei dem dafür zuständigen Bundesgesetzgeber, der Kriminalpolitik, aber wenig bis gar nichts (Heinz 2013).

82 Siehe zur Akzeptanz wissenschaftlicher Befunde durch die Kriminalpolitik auch *Schwind* (2000) „Hat die (Anti-) Gewaltkommission vergeblich gearbeitet?“

83 Was aktuell wieder an der Diskussion um Kinderpornografie deutlich wird.

Dazu das *Kriminologie-Lexikon ONLINE* im Artikel zur Kriminalpolitik: „Mitnichten wird die Notwendigkeit bestritten, gesetzliche Strafbarkeitsvoraussetzungen zu schaffen, effektive Sanktionen anzudrohen und in einem leistungsfähigen Verfahren durchzusetzen. Ebenso wie diese Notwendigkeit besteht, ist aber bekannt, das Strafrecht nur dann abschreckt, wenn Rechtsverstöße aufgedeckt und sanktioniert werden. Doch gerade dieser Aspekt wird von der Politik vernachlässigt ... Anstelle die Qualität der Strafverfolgung zu verbessern und sinnvoll in Prävention zu investieren, schafft der Gesetzgeber hektisch Strafvorschriften und Eingriffsbefugnisse. Er verkennt dabei sowohl die Rolle als auch die Möglichkeiten des Strafrechts.“

84 Siehe dazu schon *Steffen* 2006a; ausführlich diskutiert wird die Problematik der Sicherheitsgesellschaft und des Präventionsstaates im *Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag* (Steffen 2013 a, 105 ff.).

tion sei zum herrschenden Paradigma unserer Zeit und der Kriminalpolitik geworden: Nämlich auf die Prävention durch Repression. Dieser Aspekt erfreut sich in Deutschland traditioneller Wertschätzung, die sich an zahlreichen neuen Straftatbeständen, reduzierten Strafbarkeitsvoraussetzungen, erhöhten Strafrahmen sowie repressiv orientierten Regelungen in den Gefahrenabwehr- und Polizeirechten der Länder zeigt (Steffen 2006, 1150).

Um dem Sicherheitsdenken im Präventionsstaat⁸⁵ gerecht zu werden, scheint es nicht mehr auszureichen, wenn Polizei und die anderen Instanzen der Strafverfolgung nur eine verlässliche Grundsicherung vor kriminellen Gefahren gewährleisten. Inzwischen ist es zur öffentlichen Aufgabe geworden, schon Bedrohungen wahrzunehmen und zu beschwichtigen, bereits die Kriminalitätsfurcht zu besänftigen und das Sicherheitsgefühl zu stärken – und nicht mehr nur Kriminalität zu verhindern bzw. zu verfolgen. Damit besteht die Gefahr der Herausbildung eines Präventionsstaates: Eines Staates, der seine Bürger, um Sicherheitsrisiken zu minimieren, (massiven) Misstrauens- und Überwachungsmaßnahmen aussetzt, die auf keinem konkreten Verdacht beruhen. In einem solchen Präventionsstaat ist jeder Bürger nicht nur potenziell gefährlich – und muss sich entsprechende Überprüfungen gefallen lassen, durch die dann festgestellt wird, dass er doch nicht gefährlich ist -, sondern auch gefährdet – und damit Ziel und Objekt der Gefahrenvorsorge durch prinzipiell unbegrenzte und unbestimmte Präventionsmaßnahmen. Eine solche Entwicklung ist aber weder im Sinne des Rechtsstaates noch im Sinne einer Reduzierung von Kriminalitätsfurcht und Stärkung des Sicherheitsgefühls. Eher im Gegenteil: Wenn überall der Kriminalität vorgebeugt werden muss – selbst einer vermeintlichen Bedrohung -, dann kann das für den Einzelnen eben auch bedeuten, dass er überall mit Kriminalität rechnet und sich nirgends vor niemandem mehr sicher fühlt (Steffen 2013 a, 106 f.).

Dabei kann sich dieser Trend zu einem „kontrollorientierten Präventionsstrafrecht“ nicht, wie von den davon verantwort-

Siehe dazu auch *Ostendorf* (2005), für den nicht nur die Kriminalitätsvorbeugung hoch im Kurs steht. Es werde auch, nach wie vor intensiver, die Reaktion auf Kriminalität mittels Strafrecht ausgebaut. Hinter beiden Ansätzen stehe eine zunehmende Betonung der Sicherheitsinteressen unserer Gesellschaft. Offensichtlich würden Sicherheitsbedürfnisse auch produziert. Sicherheit werde von den Medien nachgefragt, von den Politikern versprochen. „Hieraus entstehen offensichtlich Verstärkereffekte. Man spricht von publizistisch-politischen Verstärkerkreisläufen, von Heizspiralen.“

85 Für *Heinz* (1998, 19) erfordert die Störanfälligkeit moderner Gemeinwesen Prävention. Die Risikogesellschaft der Gegenwart sei gefahrenvorsorgerisch ausgerichtet, um mögliche Risikopotentiale und Gefahrenherde schon im Vorfeld erkennen und verhüten zu können.

lichen Politikern gerne behauptet, auf ein gestiegenes **Strafbedürfnis in der Bevölkerung** berufen.

So kommt etwa *Reuband* bei seiner Bestandsaufnahme bundesweiter Umfragen zur Frage steigender Punitivität in der Bevölkerung insgesamt zu der Aussage: „Zusammengenommen sprechen die empirischen Befunde bislang gegen einen punitiven Trend“. Nach wie vor werde in der Erziehung und Resozialisierung eine wichtige Funktion der Strafe gesehen. Trotz der Vorstellung, es würde nicht hart genug mit Kriminellen umgegangen, gibt es keine Verschiebungen zu einem Plädoyer für härteres Durchgreifen. Im Gegenteil: die Forderung, man brauche strengere Gesetze, hat unter den Bundesbürgern in der Zeit zwischen 1998 und 2006 an Popularität verloren. Bei der Einstellung zur Todesstrafe hat sich das Ausmaß der Befürwortung im Laufe der Jahre erheblich reduziert, inzwischen überwiegen die Gegner (2010, 143 ff).

Dem entsprechen auch die Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen zum Sanktionsverlangen, die von *Kunz* zitiert werden. In Europa gebe es eine deutliche Präferenz für die Gemeinnützige Arbeit gegenüber der Gefängnisstrafe; in Deutschland würden sogar nichtstrafende Reaktionen – jedenfalls bei Eigentumsdelikten – klar einer Bestrafung vorgezogen. Selbst bei Opfern habe die Straferwartung oft bloß ergänzende Bedeutung und beschränke sich auf eher milde, pädagogisch sinnvolle Reaktionen.⁸⁶ In der Regel werde nicht eine förmliche Bestrafung erwartet, sondern eine symbolische Missbilligung der Tat, begleitet von restitutiven Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Die Bevölkerung erwarte ein Zeichen der Diskreditierung des begangenen Rechtsbruchs und damit eine Bestätigung des Geltungsanspruchs der in der Strafnorm zum Ausdruck gebrachten Wertvorstellungen (Kunz 2011, § 25 Rn 11, 12).⁸⁷

Auch für die **Strafrechtspraxis** findet sich keine Tendenz zu mehr Punitivität. *Heinz* kommt bei seiner sorgfältigen und umfassenden Analyse von Daten der Strafrechtspflege (bis 2008) zu diesen Ergebnissen: Die „These von der ‚neuen Lust am Strafen‘ (kann) für die deutsche Sanktionierungspraxis aufgrund der Aggregatdaten der Strafrechtspflegestatistiken empirisch nicht bestätigt werden .. Nach den vorliegenden Daten handelt es sich bei der These von zunehmender Punitivität der deutschen Sanktionierungspraxis um einen zwar dem Zeitgeist entsprechenden, empirisch aber nicht hinreichend belegten Mythos. Richtig ist, dass es eine auf bestimmte, in quantitativer Hinsicht insgesamt sehr kleine Straftäter- und Deliktsgruppe beschränkte Tendenz zu

86 So auch die Befunde zu den „Straf- und Genugtuungswünschen“ bzw. nach „Wiedergutmachung“ von Opfern im *Gutachten für den 18. Deutschen Präventionstag* (Steffen 2013 d).

87 Von daher sei, so *Kunz*, die Praxis der Staatsanwaltschaften, verbreitet Ermittlungsverfahren aus Opportunitätsgründen folgenlos oder diskret durch Auflagen einzustellen, generalpräventiv fragwürdig (2011, § 25 Rn 12).

mehr Punitivität gibt, die freilich sogar wieder rückläufig zu sein scheint. Es handelt sich einerseits um die Gruppe der als besonders ‚gefährlich‘ eingestuften Täter sowie um Täter der Gewaltkriminalität. Für die weit überwiegende Mehrheit der informell oder formell Sanktionierten lassen sich jedoch keine wesentlichen Änderungen feststellen.“ Dass die deutsche Justiz dem punitiven Trend weitestgehend nicht erlegen sei, liege am Rechtssystem selbst: „Wo Richter und Staatsanwälte gewählt werden, wo der Einfluss der Laienrichter groß ist, ist der Einfluss der öffentlichen Meinung größer als in einem System mit professionellen, verbeamteten unabhängigen Entscheidungsträgern ...“ (2011, 27).

3.1.3 Kriminalpolitik in der Mediengesellschaft

Während es in der Bevölkerung und in der Strafjustiz keine Tendenz zu mehr Punitivität gibt, gilt dies nicht für den Umgang von Politikern mit dem Thema Kriminalität, und schon gar nicht für die Präsentation von Kriminalität durch die Massenmedien. Hier kommt „eindeutig eine verstärkte Dramatisierungstendenz und damit vermehrt Punitivität zum Ausdruck“ (Kunz 2011, § 30 Rn 17).

In der **Berichterstattung der Medien** spielt Kriminalität und insbesondere Gewaltkriminalität eine große Rolle - und diese Berichterstattung ist, und das nicht erst seit heute, „keineswegs zur gesellschaftlichen Wirklichkeit strukturtreu“.⁸⁸ Die Folgen solcher oft einseitigen und an spektakulären Einzelfällen orientierten Informationen können erheblich sein, wenn man davon ausgeht – was man nach den empirischen Befunden zu diesem Thema kann –, dass sich die Mediennutzung auf die Kriminalitätswahrnehmung, auf Strafbedürfnisse und die Kriminalpolitik auswirkt.⁸⁹

Dabei ist es nicht zuletzt der so genannte **politisch-publizistische Verstärkerkreislauf**⁹⁰, der (Gewalt-)Kriminalität zum allumfassenden Problem und zur alltäglichen Bedrohung werden lässt.⁹¹

- Den Aufmerksamkeitsregeln der Medien entsprechend wird vielfach selektiv über Aufsehen erregende, brutale und schockierende Einzelfälle gerade auch der „Jugendgewalt“

88 Lamnek 1990, 174. Siehe dazu auch Schubarth 2001 und Heinz 2007.

89 Siehe dazu z.B. Pfeiffer u.a. 2004.

90 Scheerer 1978, 223.

91 Dieser politisch-publizistische Verstärkerkreislauf ist jedoch nicht nur hinsichtlich der Wahrnehmung von und der Reaktion auf Gewaltkriminalität gut belegt, sondern etwa auch bei der Opferchutzgesetzgebung. Zuletzt wurde das Wirksamwerden dieses Kreislaufs an der Diskussion um den „Sexuellen Missbrauch von Kindern in Institutionen und im familiären Bereich“ deutlich. Die „Welle der Empörung“ mündete in dem neuen „Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG)“.

berichtet und regelmäßig eine Zunahme dieser Gewalt und wachsende Brutalisierung festgestellt.

- Das löst (kriminal)politische Aktivitäten aus, die in einer Art Zugzwang zu der durch diese dramatisierende Betrachtung ausgelösten öffentlichen Diskussion zu stehen scheinen: „Wenn die Medien über längere Zeit stark ansteigende Zahlen vermelden, und wenn die öffentliche Debatte zudem von spektakulären schweren Straftaten geprägt ist, dann gerät die Politik unter erheblichen Druck, den gesetzlichen Strafrahmen anzuheben und die prozessualen Regeln zur Durchführung von Strafverfahren zu verschärfen.“⁹²
- Diese politischen Aktivitäten wiederum sorgen dafür, dass dasselbe Thema über die Politik-Berichterstattung erneut zum Inhalt der Medien wird.

Sicherheitsbedürfnisse können so „produziert“ werden: Sicherheit wird von den Medien nachgefragt, von den Politikern versprochen (Ostendorf 2005). Für *Kunz* wird die **Agenda der praktischen Kriminalpolitik** in der Mediengesellschaft durch gesellschaftliche Erwartungen vorgegeben, deren Bildung und Formulierung über die Massenmedien erfolge (2011, § 23 Rn 4).

Denn die „praktische Kriminalpolitik hat, wie jede Sparte der Politik, ihre Tätigkeit öffentlich zu rechtfertigen. Sie handelt nicht einfach, sondern ist darauf angewiesen, ihr Handeln zu **kommunizieren**, es verständlich zu interpretieren und um öffentliche Zustimmung dafür zu werben. Bei dieser Kommunikation mit der Öffentlichkeit sind die **Massenmedien** dazwischengeschaltet ... Die Eigenart des Kriminalitätsthemas, jeden emotional anzusprechen und zugleich seinen individuellen Wahrnehmungshorizont zu übersteigen, legt eine vereinfachende und zuspitzende Präsentation von Problemen und Lösungen nahe. Die praktische Kriminalpolitik muss sich mit dieser medialen Vereinfachung und Zuspitzung ihres Tätigkeitsbereichs arrangieren. Die Probleme, deren sie sich annimmt, sind durch mediale Aufbereitungen gesellschaftlicher Problemwahrnehmungen definiert. Der kriminalpolitische Handlungsbedarf und der Zeitdruck sind durch Vorstellungen geprägt, die sich aus einer medial beeinflussten Meinungsbildung ergeben. Die Akzeptanz kriminalpolitischer Interventionen wird maßgeblich durch die mediale Berichterstattung darüber bestimmt“ (Kunz 2011, § 23, Rn 4).

Diese Bedeutung der Medien für die Politik ist auch für die **Kriminologie** und andere Wissenschaften eine Chance: Wenn es den relevanten Wissenschaften gelingt, ihre Befunde und die daraus resultierenden Forderungen in die Medien zu bringen, könnten sie dadurch auch bei der Politik auf offene, zumindest offenere Ohren stoßen. Gefragt sind hier nicht nur Wissenschaftler mit hohen Kommunikationsfähig-

92 Pfeiffer u.a. 2004, 415.

keiten und der Begabung, ihre „Produkte“ zu verkaufen, sondern auch ein guter, an kriminalpolitischen Fragestellungen interessierter Wissenschaftsjournalismus.⁹³

3.1.4

Zusammenfassung und Folgerungen

Die Kriminalpolitik scheint – zumindest was ihr Handeln mit bundesweiten Konsequenzen angeht – Kriminalprävention nicht nur in erster Linie repressiv zu verstehen, sondern sich auch gegenüber wissenschaftlich-kriminologischen Befunden und daraus resultierenden Forderungen „taub“ zu stellen.⁹⁴ Dazu gehört auch, dass die Kriminalpolitik Gesetze nur selten evaluieren lässt.⁹⁵ So wurde bspw. für die Opferchutzgesetzgebung festgestellt, dass es an jeglicher Evaluierung der Reformmaßnahmen ebenso fehlt wie an Erkenntnissen darüber, was die Opfer brauchen und wünschen.⁹⁶

Dabei ist es keineswegs so, dass Kriminalpolitiker die Notwendigkeit nicht sehen, ihre Konzepte und Gesetzgebung auf eine wissenschaftlich fundierte Basis zu stellen und überprüfen zu lassen. So schreiben etwa in ihrem Vorwort zum

93 Vor 20 Jahren ist aufgrund der Feststellung die „Selbstdarstellung der Kriminologie und die Darstellung ihrer Ansätze und Ergebnisse liegen im argen“ der Versuch gemacht worden, mit den Medien über kriminologische Erkenntnisse ins Gespräch zu kommen – vergeblich. Die dafür gewonnene, scheinbar gewogene Tageszeitung verzögerte die Publikation der 1994 vorliegenden Beiträge und zog sich dann allmählich ganz zurück. 1996 wurden die Beiträge im Heft 4 des Kriminologischen Journals veröffentlicht.

94 Die Kriminalpolitik auf der kommunalen Ebene ist dagegen weit eher bereit, kriminologische Befunde zu akzeptieren und umzusetzen, wie die bisherigen Ausführungen zur Präventionspraxis, insbesondere zur kommunalen Kriminalprävention, gezeigt haben. Auch auf Landesebene findet sich eine vergleichsweise größere Bereitschaft, kriminologische Befunde umzusetzen (s. 3.2.2).

95 Anders *Becker*, die in der Kriminalpolitik ein zunehmendes Interesse an der Evaluation von Gesetzen erkennt. Die Kriminologie könne sich hier als kompetente Ansprechpartnerin präsentieren. Allerdings: „Dabei müssten die Antworten den praktischen Anforderungen der Politik entsprechen, ohne dass Abstriche an wissenschaftlichen Kriterien in Kauf genommen werden sollten. Ein gewisses Problem stellt dabei die Zeit dar, die für seriöse wissenschaftliche Evaluationen zu veranschlagen ist.“ Auf der Ebene der Gesetzgebung sei es häufig schwierig, empirische Untersuchungen durchzuführen, bevor ein Gesetz erlassen werde. „Das Bewusstsein des Umstandes, dass Gesetze keineswegs immer nur oder vielleicht sogar überhaupt nicht die beabsichtigten Wirkungen haben, wird aber immer öfter durch die Ankündigung einer Evaluation des Gesetzes nach seinem Inkrafttreten zum Ausdruck gebracht“ (2012, 207, 210).

96 Siehe dazu die „*Bielefelder Erklärung*“ des 18. Deutschen Präventionstages und die *Präventions-News* vom 22. März 2014.

2. PSB der damalige Bundesinnenminister *Schäuble* und die damalige Bundesjustizministerin *Zypries*:

„Um wirksame Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln zu können, braucht die Politik eine verlässliche, in regelmäßigen Abständen aktualisierte Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht. Daher hat die Bundesregierung erstmals 2001 mit dem Ersten Periodischen Sicherheitsbericht (1. PSB) eine Grundlagenarbeit vorgelegt, die der systematischen, breit gefächerten Aufarbeitung und Analyse des vorhandenen Datenmaterials unter kriminologischen, soziologischen, rechtswissenschaftlichen und statistischen Aspekten diene. Dieser 1. PSB war von vornherein als Auftakt einer regelmäßigen Berichterstattung angelegt und zielte auf Überprüfung in angemessenen zeitlichen Abständen, um die staatlichen Reaktionsmuster gegenüber einer sich verändernden Kriminalitätslage passgenau zu halten. Rund fünf Jahre nach Veröffentlichung des Ausgangsberichts legt die Bundesregierung nun mit dem Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht (2. PSB) eine aktualisierte Analyse vor.“

Bei diesen beiden Berichten ist es allerdings bis heute geblieben – und sie hätten auf die Kriminalpolitik in Deutschland praktisch keinen – jedenfalls sichtbaren – Einfluss gehabt (Hahlen 2012, 122). Um zumindest die Chancen dafür zu verbessern, dass Kriminalpolitik ihre Entscheidungen empirisch-wissenschaftlich fundiert trifft und sie dadurch auch legitimiert, sollte eine **regelmäßige Sicherheits-Berichterstattung** erfolgen. Entweder auf gesetzlicher Grundlage, wie sie etwa für den einmal in der Legislaturperiode vorzulegenden Kinder- und Jugendbericht gilt oder aufgrund von Beschlüssen des Deutschen Bundestages, wie sie etwa für den Familienbericht, den Altenbericht oder den Armuts- und Reichtumsbericht vorliegen.⁹⁷

3.2 Ebenen der Präventionspolitik

Wie die Präventionspraxis ist auch die Präventionspolitik eine Aufgabe, die auf mehreren Ebenen wahrgenommen wird: Auf lokaler/kommunaler Ebene, auf Landesebene, auf Bundesebene, auf internationaler/globaler Ebene.

97 „Für die Politik ist in den letzten Jahrzehnten eine Orientierung an empirisch basierten und/oder von Expertenteams abgegebenen Beschreibungen, Analysen und Einschätzungen zu den Lebenslagen ihrer Zielgruppen immer wichtiger geworden. Solche Berichte dienen sowohl einer sachlich-fachlichen Fundierung politischer Entscheidungen als auch ihrer Legitimation. Diese Entwicklung lässt sich sowohl supranational, national und auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen beobachten. Das gilt für etliche Politikfelder und eben auch für die Jugendpolitik“ (Pluto u.a. 2014, 7).

Und gleichfalls ebenso wie bei der Präventionspraxis ist auch auf der Ebene der politisch Verantwortlichen die lokale Ebene die wichtigste: „präventive Kriminalpolitik (sollte) alle Politikfelder erfassen ..., die einen Beitrag zur Verhinderung von Straftaten leisten können (dabei ist) die Gestaltung und Stärkung der örtlichen Verhältnisse ganz wesentlich... Die Möglichkeiten und Zuständigkeiten zur Beeinflussung der konkreten Entstehungsfaktoren (von Kriminalität) sind ..überwiegend auf der örtlichen Ebene zu sehen“ (PSB 2001, 459 f.)

3.2.1

Präventionspolitik auf lokaler bzw. kommunaler Ebene

Die Bedeutung der Politik für die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene wird schon in der bekannten Forderung deutlich: „Kriminalprävention ist Bürgermeisterpflicht“.

„Die kommunalen Spitzen in Verwaltung und Politik müssen die Prävention zu ihrer Sache machen, sonst hat die Arbeit keine Chance! ... Im Rahmen des Handlungsauftrags der verschiedenen Akteure ... entstehen verschiedene Schnittstellen mit der Stadt oder Gemeinde, bei denen ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln erforderlich und sinnvoll ist. Wenn der Chef/die Chefin der Verwaltung die Arbeit des Präventionsrates nicht unterstützt, ist die notwendige Mitarbeit der Verwaltung naturgemäß sehr viel schwieriger. Dazu kommt, dass sich die ehrenamtlich oder nebenamtlich engagierten Personen sehr viel leichter zur Mitarbeit entschließen, wenn sie die kommunale Spitze hinter sich wissen“ (Müller 2004).

Und in der „Werbeschrift“ der Landespräventionsräte Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins „10 GUTE GRÜNDE WARUM und WIE kommunale Präventionsräte eingerichtet werden sollten“ heißt es: „Bürgermeister an die Spitze – Der Bürgermeister sollte das Steuer der kommunalen Kriminalprävention fest in der Hand halten. Er sollte selbst die Initiative und den Vorsitz im kommunalen Präventionsrat übernehmen und mit seiner ganzen Autorität sicherstellen, dass auch die Verwaltung mitwirkt ... Die Arbeit eines Präventionsrates an der Verwaltung vorbei oder gar gegen die Verwaltung ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.“

„Bürgermeister an der Spitze“ stehen für den Stellenwert der Kriminalprävention in ihrer Gemeinde, geben den Gremien Ansehen und Legitimität, motivieren dadurch weitere kommunale Einrichtungen und Organisationen zur Mitarbeit und erleichtern es, Vorschläge der kriminalpräventiven Gremien ressortübergreifend in den Fachverwaltungen durchzusetzen (so auch Kober/Kahl 2012, 28).

Der Bestandsaufnahme von *Schreiber* im Winter 2005/2006 zu den lokalen Präventionsgremien in Deutschland zufolge wirken in mehr als zwei Drittel aller Gremien (Ober-)Bürger-

meister/innen mit. Damit wird in vielen, vor allem kleineren Kommunen die Forderung nach dem „Bürgermeister an der Spitze“ erfüllt. Allerdings sei das keine Garantie für eine als erfolgreich bewertete Gremienarbeit: Weder falle die Bewertung der Effektivität des Gremiums besser aus, wenn die (Ober-)Bürgermeister im Gremium engagiert seien, noch schein ihre Beteiligung einen positiven Einfluss auf die Aktivität der Gremien zu haben. „Die vielfach postulierte Annahme, dass sich die Präsenz der (Ober-)Bürgermeister/innen generell positiv auf die Präventionsarbeit auswirkt, muss folglich differenziert betrachtet werden“ (Schreiber 2007, 44).

Angesichts der oben (Kap. 2.2) angesprochenen Probleme bzw. – positiv gewendet – der Vielzahl der Gelingens- und Gestaltungsparameter, die es für die Gremien zu bewältigen gilt, ist es allerdings auch nicht wirklich überraschend, wenn sich der eine, wenn auch wichtige Faktor, „Bürgermeister an die Spitze“, als doch nicht so entscheidend herausstellen sollte.⁹⁸

Entscheidend dürfte allerdings sein, welche Unterstützung die kommunalen Gremien durch die jeweilige **Landespolitik** erhalten.⁹⁹ Ein Ausdruck solcher Unterstützung ist die Einrichtung von zentralen Gremien, die in erster Linie der Aufgabe dienen sollen, kriminalpräventive Politikfeldberatung zu betreiben, die kommunale Ebene durch Sachverstand und Expertise in Fragen der Institutionalisierung sowie hinsichtlich ablauforganisatorischer Aspekte und der inhaltlichen Ausrichtung beratend zu unterstützen (Kober/Kahl 2012, 30): Die Einrichtung von **Landespräventionsräten** und vergleichbaren Gremien.¹⁰⁰

98 Aus Sicht des *Landespräventionsrates Niedersachsen* hat sich allerdings für die ca. 200 kommunalen Gremien des Landes die Anbindung an die Verwaltung als besonders effektiv erwiesen.

99 In einigen Ländern wurden auch gesetzliche Regelungen getroffen, um der kommunalen Kriminalprävention den notwendigen gesetzlichen Rahmen zu geben. So wurde etwa in *Hessen* im Jahr 2000 der § 1 Abs. 6 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ergänzt. Dort heißt es jetzt in Satz 3 „Die Gefahrenabwehrbehörden und die Polizeibehörden sollen im Rahmen der Gefahrenabwehr gemeinsame Arbeitsgruppen (Kriminalpräventionsräte) bilden; diese sollen auch Personen und Institutionen aus unterschiedlichen Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können, aufnehmen.“ (www.landespraeventionsrat.hessen.de).

100 Ausführlich dazu im Kap. 3.2.2

Ziercke führt dazu schon 1997 für die Situation in Schleswig-Holstein aus: „Die Initiative (zur kommunalen Kriminalprävention) mußte überwiegend von zentraler Stelle in den Ländern erfolgen. Nur dadurch konnte dort das Ziel der Etablierung eines landesweiten Netzwerks kommunaler kriminalpräventiver Räte relativ zügig vorangebracht werden. Diese Landesräte waren insofern für die Kommunen Schnittstelle und Steuerungselement zugleich ... Neben der Funktion einer Informationssammel- und Steuerungsstelle bietet eine zentrale Landesstelle zugleich ein Forum für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, um sich

Am Beispiel des *Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR)* wird gezeigt, welche Unterstützungsleistungen von der Landesebene für die kommunale Ebene erbracht werden können.¹⁰¹

Der LPR versteht sich als das „niedersächsische Kompetenzzentrum für Kriminalprävention“ und sieht in der **Stärkung der kommunalen Kriminalprävention** seine wichtigste Zielsetzung. Sein Arbeitsbereich „Kommunale Kriminalprävention“ koordiniert alle Aktivitäten, die diesem Ziel dienen. Dazu zählen vor allem:

- Inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Beratungsprozessen kommunaler Präventionsgremien (auch in Abstimmung mit anderen Arbeitsbereichen des LPR)
- Planung und Organisation von LPR-Veranstaltungen
- Umsetzung der Richtlinie zur Förderung kriminalpräventiver Projekte
- Vorbereitung von Fortbildungsveranstaltungen zu einschlägigen Themen der kommunalen Präventionsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Beccaria-Qualitätsinitiative.

Seit 2002 gewährt der LPR im Rahmen seines **Förderprogramms** (neue Richtlinie seit September 2012) Zuwendungen für kriminalpräventive Projekte auf kommunaler Ebene.¹⁰² Förderschwerpunkt ist seit Dezember 2011 die Verbreitung der Methode „**CTC - Communities That Care**“. Diese Methode hat zum Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zielgenauer, wirksamer und im Erfolg überprüfbar zu machen. Die in den USA entwickelte Arbeitsmethode wurde vom LPR im Rahmen des Modellversuchs „SPIN – Sozialräumliche Prävention in Netzwerken“ von 2009 bis 2012 positiv auf Übertragbarkeit ge-

speziell und gezielt über die Kriminalprävention austauschen zu können. Regionalkonferenzen zur Kriminalprävention mit vielen interessierten Bürgermeistern und den beteiligten Institutionen sind ein solches Forum!“ (1998, 282)

Siehe dazu beispielsweise auch die „Gemeinsame Rahmenvereinbarung des Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem Städte-, Landkreis- und Gemeindetag zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Durchführung gemeinsamer periodischer Analysen der örtlichen Sicherheitslage und zur Koordinierung der Kommunalen Kriminalprävention durch die unteren Verwaltungsbehörden“ vom 14.9.2004 (abgedruckt bei Bannenberg u.a. (Hrsg.)(2005), 251-255.

101 Die folgenden Informationen entstammen der Webseite des LPR Niedersachsen: www.lpr.niedersachsen.de. Derzeit sind 188 kommunale Präventionsgremien Mitglieder im LPR.

102 Gemäß Förderrichtlinie sind alle Zuwendungsempfänger verpflichtet, die durch den LPR geförderten Maßnahmen durch eine Hochschule oder eine sonstige geeignete Einrichtung evaluieren zu lassen.

testet und steht seit 2013 für niedersächsische Kommunen zur Verfügung.¹⁰³

Der LPR stellt „mittlerweile erhebliche qualitative Veränderungen in der täglichen Arbeit (fest). Bandbreite, Reichweite und Komplexität der Themen sind seit der Entstehung der ersten niedersächsischen Gremien Anfang der 90er Jahre größer und vielfältiger geworden. Hinzu kommt eine zunehmende Akzeptanz und Wahrnehmung der Arbeit kommunaler Präventionsgremien in der Öffentlichkeit.“

Positiv ist auch die Beurteilung der Unterstützungsleistungen des LPR durch seine „Kunden“, die kommunalen Präventionsgremien. Hier kommt eine Untersuchung mit dem Ziel, Erkenntnisse darüber zu erlangen, auf welche Weise der Landespräventionsrat Niedersachsen kommunale Präventionsgremien optimal unterstützen kann, zu diesem Befund: „Die Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der Beurteilung des Gesamtangebotes sowie der Rolle des Landespräventionsrates lassen den Schluss zu, dass dieser durch sein Wirken und sein Angebot erheblich zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention beiträgt.“ Allerdings gebe es selbst bei dem umfangreichen Angebot des Landespräventionsrates Niedersachsen noch „Luft nach oben“ (Müller 2010).

Politische Unterstützung könnte das Konzept der kommunalen Kriminalprävention auch durch das *Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)* erhalten, das deutsche Forum im Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS; s. Kap. 3.3.3).

DEFUS wurde am 10. Mai 2010 im Rahmen des 15. Deutschen Präventionstages in Berlin gegründet; derzeit gehören ihm acht Städte¹⁰⁴ sowie der Deutsche Präventionstag und der LPR Niedersachsen an. Ziel von DEFUS ist die Mitwirkung an der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit auf den Gebieten der Verbrechensvermeidung und –bekämpfung, der Verkehrssicherheit – und der Intensivierung der kommunalen Kriminalprävention. Die Mitgliedschaft bei DEFUS bietet Informations- und Erfahrungsaustausch in Sicherheitsfragen, Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das der Kriminalprävention einen hohen Stellenwert einräumt sowie die Vernetzung von Behörden, Körperschaften und Organisationen, zu deren Aufgabe die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit gehört (www.defus.org).¹⁰⁵

103 Ausführliche Informationen befinden sich auf www.ctc-info.de; siehe dazu auch *Groeger-Roth* 2012.

104 Augsburg, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leer, Mannheim, München und Stuttgart.

105 Der eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Verein DEFUS hat seinen Sitz und seine Geschäftsstelle in Hannover in Anbindung an die Geschäftsstellen des LPR Niedersachsen und des Deutschen Präventionstages.

Solche interkommunalen Netzwerke sind in Deutschland unterentwickelt. Gerade im Vergleich zu dem hohen Vernetzungsgrad

Vielleicht wird es mit Hilfe von DEFUS den Gremien der kommunalen Kriminalprävention gelingen, nicht nur die kommunalpräventive Arbeit zu verbessern und zu verstetigen, sondern auch ein eigenständiges und langfristiges *Konzept kommunaler Kriminalpolitik* zu entwickeln, deutlich zu machen, was ihre Arbeit von den herkömmlichen Projekten und Maßnahmen der sozialen und situativen Prävention unterscheidet (Steffen 2005, 158).

3.2.2 Präventionspolitik auf Landesebene

Wenn Kriminalprävention, um erfolgreich zu sein, in eine „offensive Lebenslagenpolitik“ eingebettet sein muss (s.o. Kap. 1.1), dann sind die Länder wichtige Handlungsebenen für die Präventionspolitik. Denn „Ländersache“, Aktionsfelder der jeweiligen Landespolitik, sind im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland - zumindest weitgehend – die Bereiche der Inneren Sicherheit (etwa Aufgaben, Organisation und Befugnisse der Polizei), Strafvollzug, Medien (Presse- und Rundfunkrecht), Bildung und kulturelle Förderung, öffentliche Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur und Verwaltung. Eine wichtige Verantwortung der Länder ist diejenige für ihre Kommunen (die Länder verabschieden Kommunalverfassungen und helfen finanzschwächeren Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs).¹⁰⁶

Ein Weg, um die Bedeutung von Kriminalprävention auf der Landesebene deutlich zu machen, ist die Einrichtung von **Landespräventionsräten**. Landespräventionsräte, deren Bedeutung für die kommunale Kriminalprävention schon diskutiert wurde, gibt es inzwischen in fast allen Ländern. Nur Bayern und Hamburg haben bislang keine solche Gremien eingerichtet; in Thüringen gibt es den Landespräventionsrat nicht mehr, dafür möglicherweise bald in Baden-Württemberg (hier gibt es derzeit nur mit dem „Projektbüro Kommunale Kriminalprävention – KKP“ ein ressortübergreifendes Gremium auf interministerieller Ebene). Ganz überwiegend sind die Landespräventionsräte den Innenministerien zugeordnet; nur in Hessen gehörte der Landespräventionsrat von Anfang an, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen seit einigen Jahren zum Justizministerium; in Berlin ist es als „Berliner Kommission gegen Gewalt“ mehreren

des wichtigen Partners Polizei in Bund und Ländern auf dem Gebiet der Kriminalprävention bestehe auf dem Gebiet der kommunalen Sicherheit Nachholbedarf (Marks/Schairer 2010).

Ein weiteres interkommunales Netzwerk besteht seit 2001 mit dem „Städtenetzwerk für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“, dem inzwischen 17 deutsche Städte und die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) angehören (www.kriminalpraevention.de).

106 Siehe dazu die von der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* herausgegebene Information zur politischen Bildung Nr. 318/2013 „Föderalismus in Deutschland“.

Senatsressorts zugeordnet, im Saarland dem 2009 eingerichteten „Landesinstitut für präventives Handeln“ (Steffen 2013, 489). Die Landespräventionsräte sind also überwiegend einem Ressort zugeordnet; die Forderung „Prävention ist Chefsache“ würde allerdings die Anbindung an die Regierungen bedeuten.

Landespräventionsräte sind Beratungsorgane der jeweiligen Landesregierung, verzahnen staatliches Handeln mit zivilgesellschaftlichem Engagement und sind „Mittler“ zwischen Politik, Prävention und Wissenschaft. Dazu wieder das Beispiel des Landespräventionsrates Niedersachsen (www.lpr.niedersachsen.de; Marks 2014).

Der **Landespräventionsrat Niedersachsen** (LPR), der sich als das niedersächsische Kompetenzzentrum für Kriminalprävention versteht, verdeutlicht durch Zusammensetzung und Tätigkeit das Verständnis von Kriminalprävention als dem aktiven Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte mit dem Ziel, Straftaten vorzubeugen.

Er wurde 1995 per Kabinettsbeschluss der Niedersächsischen Landesregierung gegründet, um die Kommunen bei ihrer Präventionsarbeit zu unterstützen, Fachleute in ganz Niedersachsen miteinander zu vernetzen und die Haltung der gesamtgesellschaftlichen Prävention zu fördern.

Der LPR ist ein eigenständiges Beratungsorgan der Landesregierung mit den generellen Zielsetzungen der Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens und der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen.

Die Geschäftsstelle des LPR gehört seit 2000 zum Niedersächsischen Justizministerium. Das hauptamtliche Team entwickelt Konzepte und koordiniert Maßnahmen, die zur Zielerreichung notwendig sind. Dabei stimmt es sich mit dem Vorstand des LPR ab, der die rund 270 Mitglieder des LPR vertritt. Neben den ca. 200 kommunalen Präventionsgremien gehören zu den Mitgliedern landesweit tätige nichtstaatliche Organisationen, Ministerien, Landesbeauftragte und nachgeordnete Behörden sowie wissenschaftliche Institutionen.

Die Arbeit des LPR umfasst eine Fülle von Aufgaben, Projekten, Kooperationen und Veranstaltungen, die sieben Themenschwerpunkten zugeordnet sind: Kommunale Kriminalprävention, Prävention nach Maß. CTC in Niedersachsen, Gewaltprävention und Opferschutz, Prävention von Rechtsextremismus, Beccaria-Qualitätsinitiative, Kooperationen in Niedersachsen, Nationale und internationale Netzwerke.

Der LPR organisiert Veranstaltungen zum praxisrelevanten Informations- und Erfahrungsaustausch für das Arbeitsgebiet Kriminalprävention. Hierzu zählen: Der Niedersächsische Präventionstag (NPT), die Regionalkonferenzen Kriminalprävention, die Veranstaltungsreihen Konfliktmanagement-Kongress und Verantwortung übernehmen im Norden, die jährliche Fachtagung Betrifft häusliche Gewalt.

Die Dienstleistungen – Service – des LPR für seine Mitglieder umfassen den Rundbrief, Datenbanken, Publikationen, Terminkalender, Präventionslinks, Webseiten des LPR.

Dabei seien die aktuellen Projekte und Arbeitsschwerpunkte des LPR im wesentlichen pragmatisch gewachsen und beruhen – noch – nicht auf einer politischen Gesamtstrategie für ein landesweites präventives Handeln, einem ressortübergreifenden Präventionsplan. Die Kooperation zwischen den zentralen Arbeitsfeldern der Prävention – Präventionspolitik, Präventionspraxis, Präventionsforschung – stecke noch in den Kinderschuhen und sei bislang nicht systematisch entwickelt (Marks 2014).

Neben den Landespräventionsräten als den „institutionalisierten Nachweisen“ für die Bedeutung, die Kriminalprävention in der Landespolitik hat, gibt es natürlich noch **weitere Initiativen und Aktionen der Länder** in diesem Bereich. Schließlich ist Kriminalprävention als Handlungskonzept für die Politik sehr attraktiv: Politik kann mit Prävention deutlich machen, dass sie nicht nur im Nachhinein auf Probleme reagiert,¹⁰⁷ sondern zukunftsgerichtet und handlungsorientiert agiert (Holthusen/Hoops 2012, 24, 27). Außerdem wird in diesen zumeist Ressorts übergreifend konzipierten Programmen die Tendenz zu einer Präventionspolitik deutlich.

Beispielhaft dafür seien zwei Initiativen aus *Nordrhein-Westfalen* erwähnt: Im Sommer 2008 setzte der Landtag Nordrhein-Westfalen die Enquetekommission „Prävention“ zur „Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen“ ein – als Reaktion auf einen Gefangenenmord in der Justizvollzugsanstalt in Siegburg. Der bemerkenswerte Bericht¹⁰⁸ mit den Schwerpunktthemen „Erkennung und Beseitigung von strukturellen Risikofaktoren für Jugenddelinquenz (primäre und sekundäre Prävention)“ sowie „optimierte Ausgestaltung von bestehenden und Konzeption von neuen Maßnahmen der Strafe und Erziehung delinquenten Jugendlicher“ wurde zur Grundlage für viele Entwicklungen der Landespolitik (Landtag Nordrhein-Westfalen 2010).

So unter anderen für das Projekt „Kurve kriegen“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalens, das seit 2011 in acht Polizeibehörden als Modellprojekt eingerichtet ist und verhindern will, dass gefährdete Kinder und Jugendliche zu Intensivstraftätern werden. Dazu arbeiten pädagogische Fachkräfte von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe mit der Polizei im Team in Familien. Das Pro-

107 Wie es typischerweise im Bereich der Repression der Fall ist, wenn etwa nach Aufsehen erregenden Straftaten gesetzliche Strafrahmen angehoben und/oder prozessuale Regeln verschärft werden (s. oben 3.1).

108 Bemerkenswert auch hinsichtlich der Einbindung und Berücksichtigung von Praxis und Wissenschaft durch zahlreiche Anhörungen, Expertisen und Expertengespräche.

jekt wird durch das Institut für Psychologie der Christian-Albrecht-Universität in Kiel wissenschaftlich begleitet.¹⁰⁹

3.2.3

Präventionspolitik auf Bundesebene

Im Vergleich zur Entwicklung der Kriminalprävention auf kommunaler und Landesebene hat die Politik auf Bundesebene eher zurückhaltend agiert, vor allem hinsichtlich einer Institutionalisierung der Kriminalprävention in einem Nationalen Gremium. Das entspricht der oben diskutierten „Zurückhaltung“ der Kriminalpolitik dabei, bei ihren Entscheidungen – zumindest auch - theoretisch und empirisch fundierte wissenschaftlich-kriminologische Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Zwar ist Deutschland nicht mehr, wie *Ziercke* noch 1997 beim 3. Deutschen Präventionstag feststellen musste, „ein Entwicklungsland der Kriminalprävention“, aber insbesondere auf der nationalen Ebene auch nicht gerade weit entwickelt, schon gar nicht im Vergleich mit europäischen Nachbarstaaten.

Immerhin wurde im Juni 2001 nach zweijähriger Aufbauarbeit das *Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK)* als privatrechtliche Stiftung eingerichtet mit dem anspruchsvollen Ziel, als nationale Service- und Informationsstelle für die deutsche, europäische und internationale Zusammenarbeit die Kriminalprävention in allen Aspekten zu fördern.¹¹⁰

Ziele und Kernaufgaben des DFK sind:

- Förderung der Kriminalprävention in allen Aspekten, Nutzung der Präventionsmöglichkeiten in größtmöglichem Umfang, Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte durch
- Vernetzung und Kooperation; Verknüpfung staatlicher wie nichtstaatlicher Instanzen und Verantwortungsträger; Kompetenzorientierung
- Bündelung; Förderung von Synergien und Professionen übergreifenden Ansätzen

¹⁰⁹ Siehe dazu den Beitrag von Beckmann/Pohlmann/Unkrig auf dem 17. Deutschen Präventionstag und den von Bornträger/Pohlmann auf dem 18. Deutschen Präventionstag und www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/schutz-sicherheit/projekt-kurve-kriegen/grundkonzept.html.

Auch andere Länder haben Programme gegen Jugendkriminalität bzw. –gewalt mit vorrangig präventiver Ausrichtung beschlossen, so etwa Hamburg „Handeln gegen Jugendgewalt“ (www.handeln-gegen-jugendgewalt.hamburg.de) oder Bremen „Stopp der Jugendgewalt“ (www.kriminalpraevention.bremen.de).

¹¹⁰ Siehe dazu auch das Leitbild der Stiftung (www.kriminalpraevention.de).

Das DFK ist auf Grund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz (IMK) vom 21. November 1997 eine „Tochter“ der Innenressorts mit entsprechend deutlicher personeller Beteiligung der Polizei am Aufbaustab und an der heutigen Geschäftsstelle.

- Wissenstransfer; Erhebung und Verbreitung von wissenschaftlichen und best-practice Erkenntnissen (nationale wie international)
- Öffentlichkeitsarbeit; Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit und Förderung der Mitwirkungsbereitschaft aller gesellschaftlichen Kräfte.

Stiftungsorgane sind das Kuratorium mit insgesamt 61 Mitgliedern¹¹¹ und der Vorstand. Die Geschäftsstelle befindet sich am Stiftungssitz Bonn; das Team der Geschäftsstelle umfasste zum 31. Mai 2013 sieben Personen; fünf davon wurden von Polizeidienststellen der Länder „ausgeliehen“. Auch aus personellen Gründen – von der völlig unzureichenden finanziellen Basis ganz zu schweigen - kann das DFK nicht ansatzweise seine „Ziele und Kernaufgaben“ abdecken; es konzentriert sich bei seiner Arbeit schwerpunktmäßig auf die Gewaltprävention. Außerdem wird vom DFK die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „forum kriminalprävention“ herausgegeben.

In Anbetracht der Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Kriminalprävention auf Bundesebene ist es mehr als bedauerlich, dass das von Anfang an „zarte Pflänzchen“ DFK in finanzieller wie personeller Hinsicht nicht so recht „gedeihen“ will – und nur Dank des Engagements der „im Vordergrund wie Hintergrund Beteiligten“ überhaupt arbeitsfähig gehalten geblieben ist (Kerner 2012, 43).¹¹²

Inzwischen gibt es einen Vorschlag, ein *Nationales Zentrum für Kriminalprävention* einzurichten, an dem das DFK und

111 Fünf Bundesressorts, die Bundesländer, Vertreter der Wirtschaft und von Verbänden, der Gewerkschaften, der großen Religionsgemeinschaften, der kommunalen Spitzenverbände. Die Präsidentschaft im Kuratorium wechselt zwischen den Bundesministerien des Innern und der Justiz; weitere Ressorts sind zwar im Kuratorium vertreten, beteiligen sich aber weder personell noch inhaltlich am DFK. Versäumt worden ist die Anbindung an das Bundeskanzleramt, die den ressortübergreifenden, gesamtgesellschaftlichen Auftrag des DFK zumindest sichtbar(er) gemacht hätte.

112 Ausführlich zu Einrichtung, Problemen und Chancen des DFK Kerner 2012; außerdem die Zwischenbilanz von Kahl 2011. Auch nicht annähernd ist das DFK so ausgestattet und gefördert worden, wie es Ziercke 1997 für das damals schon von Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz beschlossene „bundesweite Präventionsgremium“ gefordert hat: „Ich bin davon überzeugt, daß wir in Deutschland mit diesem Modell eines bundesweiten Präventionsgremiums ernst machen müssen. Die Bewertung der Sicherheitslage ... zeigt dies deutlich. Vor allem aber dürfen wir uns nicht nur auf den Bereich der kommunalen Kriminalprävention beschränken. Wir müssen auch erkennen, daß überregionale und internationale Kriminalität ihre Wurzeln und Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben und es nicht ausreicht, nur auf kommunaler Ebene präventiv anzusetzen, sondern auch die nationalen Präventionsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen“ (1998, 289).

auch die Kriminologische Zentralstelle¹¹³ „angemessen zu beteiligen sind“. Dieser Vorschlag wurde der AG „Kriminalität und Sicherheit“ im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ gemacht. Er sollte aus Sicht der AG „mit hoher Priorität“ verfolgt werden. Das *Nationale Zentrum für Kriminalprävention* sollte als interdisziplinäres Zentrum empirisch fundiertes Wissen für eine evidenzbasierte Prävention und Kontrolle von Kriminalität erarbeiten und für die Politik handlungsorientiert aufbereiten (*Dialog über Deutschlands Zukunft* 2011/2012, 92 f.).

Ob dieser Vorschlag realisiert werden wird, ist allerdings mehr als fraglich – auch vor dem Hintergrund der wenigen Aussagen, die im *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD* „Deutschlands Zukunft gestalten“ zur Kriminalprävention gemacht werden. Schon der Begriff taucht kaum auf (etwa in Zusammenhang mit der „Extremismusprävention“) und auch sonst bleibt es bei wenig konkreten Absichtserklärungen, bei „Gemeinplätzen ohne inhaltliche Anreicherung, bloßen programmatischen Floskeln“, die niemandem nützen und schaden (Kreuzer 2013).¹¹⁴

Etwa: „Die Kinder- und Jugendhilfe soll auf einer fundierten empirischen Grundlage¹¹⁵ in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt werden ... Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der freien Jugendhilfe ... Wir werden ... sozialraumorientierte und präventive Ansätze verfolgen“ (S. 99). Oder: „Wir wollen Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung besser vor Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt schützen“ (S. 100) ... „Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirklichen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Men-

113 Die *Kriminologische Zentralstelle e.V. (KrimZ)* ist die zentrale Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder für den Bereich der Strafrechtspflege. Sie arbeitet seit 1986 in Wiesbaden. Die KrimZ veranstaltet regelmäßig Fachtagungen zu aktuellen Themen der Kriminalpolitik, dokumentiert Forschungsergebnisse und führt eigene praxisbezogene Forschungsprojekte durch (www.krimz.de).

114 Siehe dazu auch die Analyse des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP der 17. Legislaturperiode durch Becker unter dem Aspekt der Erwartungen der Kriminalpolitik an die Kriminologie (2013, 207 ff.).s

115 Immerhin wird bereits in jeder Legislaturperiode von einer Sachverständigenkommission mit dem sehr umfassenden Kinder- und Jugendbericht ein „Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ vorgelegt – empirisch und wissenschaftlich fundierter geht es kaum. 2013 wurde der 14. Kinder- und Jugendbericht als Gesamtbericht erstellt, wie nur in jeder dritten Legislaturperiode üblich; zuletzt wurde ein Gesamtbericht 2002 vorgelegt.

schen im Blick hat“ (S. 101) und schließlich, unter der Überschrift „Effektive Strafverfolgung und wirksame Maßnahmen zur Gefahrenabwehr“: „Durch ein frühzeitiges gemeinsames Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche vor einem Abgleiten in kriminelle Karrieren bewahren. Wird ein junger Mensch straffällig, soll die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen“ (S. 146).

Konkreter – und vielleicht auch folgenreicher – wird es, wenn eine Expertenkommission eingesetzt werden soll, etwa zu dieser Absichtserklärung: „Wir wollen das allgemeine Strafverfahren und das Jugendstrafverfahren unter Wahrung rechtstaatlicher Grundsätze effektiver und praxistauglicher ausgestalten. Dazu wird eine Expertenkommission bis zur Mitte dieser Wahlperiode Vorschläge erarbeiten“ (S. 146).

Wünschenswert wäre gewesen, wenn in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe Aussagen dazu gemacht worden wären, wie ihre Programme und Maßnahmen angesichts der vielerorts sehr kappen Ressourcen finanziert werden sollen. Denn die „Kinder und Jugendhilfe wird im Gegensatz zu Polizei und Justiz von den Kommunen finanziert, die in manchen Regionen Deutschlands in so großer Finanznot ist, dass Haushaltssicherungskonzepte z.B. in Nordrhein-Westfalen zum Alltag gehören“ (Holthusen/Hoops 2012, 24).

Wünschenswert – gerade vor dem Hintergrund des zum Thema „Nationales Präventionsgremium“ oben ausgeführten – wäre auch gewesen, wenn das Deutsche Forum für Kriminalprävention erwähnt worden wäre, das „neben anderen ein geeigneter Partner (wäre), einige Vorhaben zu präzisieren und kooperativ umzusetzen“ (Kahl 2013, 2).

3.2.4

Präventionspolitik auf internationaler und globaler Ebene

Für die Gestaltung der Kriminalprävention auf den verschiedenen Handlungsebenen gewinnen internationale und globale Einrichtungen zunehmend an Bedeutung. Zu nennen sind hier insbesondere die Verträge und Institutionen auf europäischer Ebene, aber auch die Vereinten Nationen oder die Weltgesundheitsorganisation.

Das Europäische Netz für Kriminalprävention (www.eucpn.org)¹¹⁶

Bereits 1987 spricht das Ministerkomitee des Europarates in einem Abschlussbericht des Sachverständigenausschusses zur Organisation der Verbrechensverhütung für die Mitgliedstaaten die Empfehlung für eine Dreistufigkeit der Kriminalprävention auf lokaler bzw. kommunaler, regionaler und nationaler Ebene aus (Ziercke 1998, 286).

¹¹⁶ Siehe zur historischen Entwicklung der Kriminalprävention auf europäischer Ebene PSB 2001, 471 f. und EUCPN 2013.

Im Oktober 1999 beschließt der Europäische Rat auf seiner Sitzung in Tampere/Finnland „Strategien und Maßnahmen zur Intensivierung der Kriminalitätsvorbeugung“ als Teil der größeren Initiative mit dem Ziel, die EU zu einer „Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auszubauen.

Im Mai 2000 begrüßen die Justiz- und Innenminister der EU in Lissabon die Stärkung der Kriminalprävention in einer gemeinsamen Erklärung. Dabei wird betont, dass diese Stärkung auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund nationaler Präventionsprogramme geschehe, da effektive Kriminalprävention notwendig die Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte vor Ort voraussetze (PSB 2001, 472).

In Umsetzung der Beschlüsse von Tampere wird am 28. Mai 2001 das **Europäische Netz für Kriminalprävention** (European Crime Prevention Network – EUCPN) durch einen EU-Ratsbeschluss gegründet¹¹⁷ mit dem Ziel, Maßnahmen der Kriminalprävention in allen Mitgliedstaaten zu fördern. EUCPN bietet ein Forum für den Austausch bewährter Praktiken zur Verhinderung von Kriminalität, insbesondere von Alltagskriminalität. Das Netzwerk besteht aus je einem ernannten „Nationalen Vertreter“ der EU-Mitgliedstaaten, deren jeweiligen Stellvertretern¹¹⁸ und weiteren Experten für Kriminalprävention, einschließlich Praktikern und Wissenschaftlern. Diese bilden die sog. Kontaktstellen des Netzwerks. Deutschland wird durch die Bundesministerien des Innern und der Justiz vertreten sowie durch das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) als Kontaktstelle.

Das EUCPN gibt einen Newsletter heraus sowie halbjährlich den „European Crime Prevention Monitor“, führt Konferenzen durch und lobt jährlich den Europäischen Preis für Kriminalprävention aus (European Crime Prevention Award), der im Rahmen einer „Best Practice Conference“ vergeben wird.

EFUS: European Forum for Urban Security (<http://efus.eu>)¹¹⁹

EFUS, das Europäische Forum für Urbane Sicherheit, ist ein Städtenetzwerk von mehr als 300 europäischen Kommunen und Regionen aus 17 Ländern, das 1987 gegründet wurde. Es dient dem Austausch von Erfahrungen und Fachwissen zu allen Fragen urbaner Sicherheit und Kriminalprävention.

117 Am 30. November 2009 wurde der Gründungsbeschluss aufgehoben und durch einen neuen Ratsbeschluss ersetzt.

Zu den Zielen, Aufgaben und Aktivitäten von EUCPN siehe EUCPN 2013 und *Wijckmans* 2013; aktuell zur Struktur, den Aktivitäten und Ergebnissen auch *Kahl* 2014.

118 Diese „Nationalen Vertreter und Vertreterinnen“ bilden das Direktorium, das von einem Sekretariat unterstützt wird. Der Vorsitz im Direktorium wechselt mit der EU-Präsidentschaft.

119 Siehe zum Folgenden *Marks/Schairer* 2010.

Aufgabe und Ziel des Netzwerkes ist es, präventive Aktivitäten und Politiken zu stärken. Außerdem ist es sein Anliegen, die Rolle von Kommunalverwaltungen in diesem Bereich auf nationaler und europäischer Ebene zu fördern. Dazu wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Präventionsgremien auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene hergestellt. EFUS arbeitet zu allen wichtigen Fragen von kommunaler Kriminalprävention. Zu den fundamentalen Grundlagen des Forums gehört die Achtung der Menschenrechte in der Umsetzung von Sicherheits- und Präventionspolitiken.

EFUS ist ein eingetragener Verein nach französischem Recht und unterhält Büros in Paris, Brüssel und Budapest. Mitglieder des Forums sind kommunale, regionale und nationale Verwaltungen. Voraussetzung für die Aufnahme als Mitglied ist die Existenz eines lokalen Bündnisses für lokale Sicherheit oder die Absicht, ein solches Gremium einzusetzen. Weitere Mitglieder sind nichtstaatliche Organisationen sowie Universitäten, die in der Kriminalprävention aktiv sind.¹²⁰

UNODC: United Nations Office on Drugs and Crime

Das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC – Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung; www.unodc.org) führt weltweit den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel und internationale Verbrechen an und ist außerdem für die Umsetzung des Programms der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung verantwortlich. Das UNODC wurde 1997 gegründet und beschäftigt ungefähr 500 Mitarbeiter weltweit. Der Sitz von UNODC ist in Wien und es gibt 20 Außendienstbüros sowie Verbindungsbüros in New York und Brüssel. Zu den Aufgaben von UNODC gehören auch die Bereiche „Kriminalprävention und Strafjustizreform“ sowie „Drogenprävention und Gesundheit“. Im Rahmen ihrer direkten Zusammenarbeit mit den Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen entwickeln und implementieren die Außendienstmitarbeiter Drogenkontroll- und Verbrechenverhütungsprogramme, die auf die besonderen Bedürfnisse der jeweiligen Länder zugeschnitten sind (www.unvienna.org/unov/de/unodc.html).

Das zentrale Richtlinienorgan der UN im Verbrechenbereich ist die Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (Commission on Crime Prevention and Criminal Justice – CCPCJ). Sie besteht seit 1991 als Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats und definiert auch die politischen Vorgaben für die praktische Arbeit von UNODC im Bereich der Verbrechensbekämpfung. Die Kommission ist ferner zuständig für Vorbereitung und Nachfolgebeschlüsse der Weltkongresse für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege. Der 12. UN World Congress on Crime

¹²⁰ Siehe zu den „Europäischen Visionen zur Zukunft der Prävention“ das EFUS-Manifest von Aubervilliers und Saint-Denis (Fontanille 2013).

Prevention and Criminal Justice fand 2010 in Brasilien statt. Der 13. Weltkongress wird 2015 von Qatar ausgerichtet (www.wie-io.diplo.de).¹²¹

Die **Weltgesundheitsorganisation** (World Health Organization –WHO; www.who.int) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf. Sie wurde 1948 gegründet und zählt knapp 200 Mitglieder. Ihr Ziel ist die Verwirklichung des bestmöglichen Gesundheitsniveaus bei allen Menschen. Definiert wird die Gesundheit in der Verfassung der WHO als „ein Zustand von vollständigem körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefindens, der sich nicht nur durch die Abwesenheit von Krankheit oder Behinderung auszeichnet“.

Da Gewalt das Leben von Millionen Menschen in der ganzen Welt zerstört, Gewalt aber verhindert werden kann, ist auch die **Gewaltprävention** ein Thema der WHO. Von ihrer *Violence Prevention Alliance* (www.preventviolence.info), einem Netzwerk von WHO Mitgliedstaaten, nichtstaatlichen und kommunalen Organisationen, sowie privaten, internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen, wurden beispielsweise ein Aktionsplan für eine „Globale Kampagne Gewaltprävention 2012 – 2020“ erstellt und entsprechende Materialien dafür erarbeitet.¹²²

The International Centre für the Prevention of Crime - ICPC

Das Internationale Zentrum für Kriminalprävention¹²³ wurde 1994 mit Sitz in Montreal/Kanada gegründet.¹²⁴ ICPC ist die einzige internationale, nichtstaatliche Organisation, die ausschließlich auf Kriminalprävention und kommunale Sicherheit ausgerichtet ist. ICPC unterstützt nationale wie lokale Regierungen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben. ICPC gehören internationale Mitglieder an wie Staaten, Regionen und Städte, UN-Organisationen (etwa UNODC und UN-Habitat) und Nichtregierungsorganisationen. ICPC unterstützt den Wissens- und Erfahrungsaustausch im Gesamtbereich der internationalen Kriminalprävention, bündelt, analysiert und verbreitet innovative Praktiken zur Kriminalprävention. ICPC bietet technische Unterstützung sowie Schulungen an,

121 Siehe dazu auch *Stolpe* 2009 sowie die umfassende Analyse „Blue Criminology. The power of United Nations ideas to counter crime globally“ von dem mit der UNO verbundenen „European Institute für Crime Prevention and Control - HEUNI“ in Helsinki (Redo 2012).

122 2010 erschien „violence prevention. the evidence. Auf dem 15. und auf dem 17. Deutschen Präventionstag referierte *Alexander Butchart* von der WHO zu „Ensuring security and fundamental rights in urban settings“ bzw. zu „Preventing Violence: an Overview“.

123 Siehe zum Folgenden *Marks* 2011 und www.crime-prevention-intl.org.

124 Auf Initiative des französischen Bürgermeisters Gilbert Bonnemaison, der auch das Europäische Forum für Innere Sicherheit (EFUS) gründete.

um die Praktiker in ihrer Arbeit zu unterstützen; es organisiert Seminare, Kolloquien sowie Meetings auf nationaler und internationaler Ebene und beteiligt sich an einer Vielzahl von Projekten durch fachliche Expertise oder technische Unterstützung. Alle zwei Jahre gibt das ICPC einen Internationalen Bericht zur Kriminalprävention und kommunalen Sicherheit heraus, zuletzt 2012.¹²⁵

3.3

Zusammenfassung und Folgerungen

Auf kommunaler und auch auf Landesebene ist die Kriminalprävention durchaus ein ausgewiesenes und unterstütztes Ziel der Kriminalpolitik. Allerdings nicht in allen Kommunen und allen Ländern mit gleicher Intensität und Konsequenz. Mancherorts scheint „die Luft auszugehen“ und „Luft nach oben“ ist wohl überall. Gerade vor dem Hintergrund der insgesamt vergleichsweise günstigen Kriminalitätsentwicklung sollten die kriminalpräventiven Anstrengungen nicht geringer werden, sondern zumindest beibehalten, wenn nicht sogar verstärkt werden. Denn nach allem, was wir über die Wirkungen von Prävention und Repression wissen, ist die Prävention der Repression deutlich überlegen – ganz abgesehen davon, dass keine Straftat auch kein Opfer und keinen Schaden bedeutet.

Auf der **kommunalen Ebene** hat das Konzept der *Kommunalen Kriminalprävention* durchaus Perspektiven und sollte (flächendeckend) umgesetzt und weiterentwickelt werden, etwa in Richtung einer *kommunalen Sicherheitspolitik*, ausgewiesen bspw. in einem „Amt für Kriminalprävention“. Das könnte die schon 1997 von *Heinz* eingeforderte „Grundsatzdiskussion über Ziele, Mittel und Grenzen Kommunaler Kriminalprävention“ verwirklichen helfen. Denn „nur wir uns der Grenzen dessen bewusst sind, was Prävention leisten kann, werden wir – innerhalb dieser Grenzen – die Ressourcen sinnvoll und wirksam einsetzen können; nur wenn wir die Erfahrungen – positive wie negative – dokumentieren und der kritischen Bewertung zugänglich machen, werden wir dazulernen und die (bei weitem nicht ausgeschöpften) Möglichkeiten der Prävention besser zur Geltung bringen können“ (1998, 30).

Wegen der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen ist eine *finanzielle Unterstützung* dringend geboten, auch damit die anderen Akteure der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene, etwa die Kinder- und Jugendhilfe und die (meisten) Schulen, ihre hervorragenden und unentbehrlichen Aufgaben in der Kriminalprävention nicht nur weiterhin wahrnehmen, sondern möglichst noch ausbauen können.

125 „The 2012 International Report on Crime Prevention and Community Safety“; die Zusammenfassung dieses Berichtes steht auch auf deutsch zum download zur Verfügung

Es ist unbefriedigend, dass die Gremien- und Projektlandschaft so unübersichtlich und wenig transparent ist. Nach zehn Jahren wäre es wieder an der Zeit, die lokalen Präventionsgremien in Deutschland, ihre Zusammensetzung, ihre Tätigkeit etc. zu erfassen. Zur Zeit verfügen nur einige Landespräventionsräte über diese Informationen. Wünschenswert ist der Aufbau einer *Gremien- und Projektdatenbank*.

Auf der Ebene der **Länder** kommen den Landespräventionsräten wichtige Funktionen zu, insbesondere als Beratungsorgane der Landesregierungen sowie der örtlichen Gremien und Einrichtungen. *Landespräventionsräte* (oder vergleichbare Gremien) sollten in allen Ländern eingerichtet und organisatorisch, personell wie finanziell angemessen ausgestattet und an die Regierungen angebunden werden. Sinnvoll könnte ihre Ergänzung durch „Ämter für Kriminalprävention“ sein.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht für die Kriminalprävention auf **Bundesebene**, auch wenn im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland viele kriminalpräventiv relevante Aufgaben in die Zuständigkeiten der Länder fallen. Aber nur wenn der Bund hier tätig wird, besteht die Chance, dass sich auch in der Bundespolitik der Vorrang der Prävention vor der Repression durchsetzt und das Strafrecht nicht immer mehr zu einem „kontrollorientierten Präventionsstrafrecht“ ausgeweitet, neue Straftatbestände und härtere Sanktionierungen gefordert werden.

Dringend erforderlich ist die Schaffung eines „*Nationalen Zentrums für Kriminalprävention*“ mit Anbindung an das Bundeskanzleramt, ggf. auch durch den Ausbau der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention (DFK) zu einem solchen Zentrum und der Integration der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ).¹²⁶ Ob und wie auch die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes beteiligt werden kann, ist zu prüfen.

Auch wenn die Erfahrungen mit der kriminalpolitischen Wirkung der bisherigen PSB wenig zufriedenstellend waren, ist die Erstellung – wirklich – *Periodischer Sicherheitsberichte* auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung oder eines Beschlusses des Deutschen Bundestages¹²⁷ dringend erforder-

126 Vorbild für Organisation, Zuständigkeit und Ausstattung könnte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sein, eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (www.bzga.de).

127 Als Drucksachen des Deutschen Bundestages bestehen für solche Periodischen Sicherheitsberichte zumindest die Chance, dass sie im Parlament debattiert und von den Medien zur Kenntnis genommen werden (Hahlen 2012, 120).

Wie Politikberatung gelingen kann, zeigt seit mehr als 50 Jahren das *Deutsche Jugendinstitut (DJI)*, eines der größten deutschen sozialwissenschaftlichen Institute für Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis (s. dazu auch *Mielenz 2013*).“

derlich. Diese Berichte sollten regelmäßig, etwa in jeder Legislaturperiode, von einem interdisziplinär zusammengesetzten wissenschaftlichen Gremium erstellt werden.

Zu diskutieren wäre, ob durch ein *Präventionsgesetz* die primäre Aufgabe der Kriminalprävention in ihren rechtsstaatlichen Grenzen festgeschrieben, eindeutige Verantwortlichkeiten hergestellt, die Vielzahl der staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen in die Pflicht genommen und zur Zusammenarbeit im Sinne einer effektiven Kriminalprävention verpflichtet werden sollten.

Für *alle Ebenen* ist zu prüfen, ob der Vorschlag *Waller*, 5% der aktuellen Ausgaben für die Reaktion auf Kriminalität – Polizei, Justiz und Strafvollzug – in effektive Kriminalprävention zu investieren (weitere 3% in Dienste und Rechte für die Opfer von Straftaten) realisiert werden kann – denn Investitionen in bewährte Präventionsmaßnahmen zahlen sich in Form einer geringeren Anzahl von Straftaten und geringerer Kosten für den Steuerzahler aus (Waller 2013).

4 Präventionswissenschaft

Kriminalprävention sollte evidenzbasiert erfolgen, also auf der Grundlage theoretischer wie empirischer wissenschaftlicher Erkenntnisse (s.o. Kap. 1.2). Präventionspraxis und Präventionspolitik brauchen also Wissenschaft und Forschung.

Für die **Präventionspraxis** kann vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen festgestellt werden werden: „Die Bedeutung einer wissenschaftlich-empirischen Erdung von Projekten und Programmen der (Kriminal-)Prävention hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung gewonnen“ (Marks 2013, 140).¹²⁸

Für die **Präventionspolitik** als Teil der Kriminalpolitik wurde dagegen die „Taubheit der offiziellen Kriminalpolitik für empirische Befunde“ beklagt – zumindest was die bundespolitischen Zuständigkeiten angeht, auf kommunaler und Länderebene finden sich eher „offene Ohren“.

Damit stellt sich die Frage, ob **Wissenschaft** und **Forschung** das erforderliche empirische Wissen erarbeitet

¹²⁸ Siehe dazu etwa *Koop*, der für den Strafvollzug „zu wenig konkrete universitäre Forschung“ beklagt –mit der Folge, dass der Strafvollzug eigene kriminologische Dienste aufgebaut habe, um dem Bedarf nach gesicherten Erkenntnissen etwa zur Wirksamkeit oder Unwirksamkeit von Behandlungsmaßnahmen nachzukommen (2013, 202 f.).

Skeptischer sind *Holthusen/Hoops* für die Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier sei das Thema Evaluation seit Jahren vielfach formulierte Forderung, der bislang jedoch nur selten entsprochen werde. Problematisch seien für die Evaluationsforschung vor allem die oft wenig formalisierten pädagogischen Praxissettings der Jugendhilfe (2012, 27).

haben und politik- und praxis“gerecht“ zur Verfügung stellen können. Das bereits zitierte „Freiburger Memorandum“ stellt dazu fest, dass das theorie- und empiriefundierte Wissen zur Kriminalität, zum Verbrechen, zum Täter und Opfer sowie zu den verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen, formellen und informellen Reaktions- und Präventionsformen von der Kriminologie als der dafür relevanten interdisziplinären Bezugswissenschaft längst erarbeitet und der Kriminal-, Sozial- und Kommunalpolitik zur Verfügung gestellt worden sei.

4.1

Zur Lage der Kriminologie in Deutschland

Die Konferenz „Zur Lage der Kriminologie in Deutschland“, die im Juni 2012 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg durchgeführt wurde und aus der auch das „Freiburger Memorandum“ hervorging, kommt zu einem ernüchternden Befund: Deutschland verfüge über eine theoretisch wie empirisch hoch entwickelte kriminologische Wissenschaft, die aber durch „strukturelle Auszehrung“ ernsthaft bedroht sei. Die Kriminologie werde durch eine allmähliche, fast flächendeckende, nirgends auf einer politischen Entscheidung basierenden Rückführung ihrer personellen und materiellen Ressourcen langsam zum Erliegen gebracht. Keineswegs werde ihre wissenschaftliche Reputation bezweifelt, noch würden ihre Forschungsergebnisse geschmäht oder ihre internationalen Erfolge geleugnet. Der Abbau sei schleichend, als würde man eine Wissenschaft auslaufen lassen (wollen).¹²⁹

Albrecht (2013, 73 ff.) kommt zu diesen Feststellungen: Während sich die Kriminologie in Nordamerika als eine unabhängige Sozialwissenschaft etabliert habe,¹³⁰ sei die deutsche Kriminologie fast ausschließlich an die Juristischen Fakultäten angebunden – „das Schicksal der deutschen Kriminologie ist das einer immer noch andauernden Anbindung an das Strafrecht“ (Sessar 2011) –, aber auch hier sei es zu einem Bedeutungsverlust gekommen. So würden etwa von den von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekten mit kriminologisch relevanten Fragestellungen nur etwa 8% durch die an der Universität angesiedelte Kriminologie durchgeführt, alle anderen dagegen von anderen Disziplinen wie den allgemeinen Sozialwissenschaften, den Geschichtswissenschaften, der forensischen Psychiatrie/Psychologie, Politikwissenschaften, Ethnologie, Ökonomie u.a.. Kriminologische Forschungen finden also zu einem großen

129 Aus dem Vorwort von *Klaus Sessar* zu *Albrecht* u.a. 2013.

Bei einem Bestand von 40 Juristischen Fakultäten sei an 11, also einem Viertel, die Kriminologie überhaupt nicht mehr vorhanden. 6 Lehrstühle seien ausschließlich für Kriminologie ausgewiesen, 22 Lehrstühle neben dem Strafrecht und weiteren strafrechtlichen Gebieten auch für Kriminologie.

130 Siehe dazu auch *Schneider* 2010, 475.

Teil außerhalb der Kriminologie der Juristischen Fakultäten statt und „streu erheblich über verschiedene wissenschaftliche Disziplinen, womit auch angezeigt wird, dass kriminologische Fragestellungen ein breites wissenschaftliches Interesse finden.“

Nicht nur an den juristischen Fakultäten werde die Kriminologie „abgebaut“, sondern auch an psychologischen und soziologischen Instituten deutscher Universitäten, wo sie „schon immer eher randständig vertreten“ gewesen wäre: Fast alle kriminologisch aktiven Soziologen seien nach Emeritierung nicht mehr durch eine spezifische kriminologische Forschungsrichtung repräsentierende Nachfolger ersetzt worden und „Bindestrichsoziologien“ wie „Soziale Kontrolle“ oder „Soziologie der Abweichung“ seien „mit wenigen Ausnahmen an soziologischen Instituten nicht mehr sichtbar“ (so auch *Reuband* 2013, 140).¹³¹ In der Ausbildung von Polizei, Strafvollzug und Sozialarbeit an Fachhochschulen bzw. der Deutschen Hochschule der Polizei sei die Kriminologie dagegen regelmäßig repräsentiert.

Fazit: „Mit dem Rückzug in oder der Beschränkung auf das Strafrecht kommt es auch zu einer inhaltlichen, insbesondere aber theoretischen Bedeutungsverringerung, die darin sichtbar wird, dass die universitäre Kriminologie an verschiedenen Forschungsentwicklungen und neuen Fragestellungen kaum mehr teilnimmt. Neue Forschungsfelder, die einst eine zentrale Rolle der Kriminologie begründet hätten, sind nunmehr bereits weitgehend durch andere Disziplinen besetzt ... Besonders deutlich wird das Fehlen der Kriminologie bei Fragestellungen der Sicherheit und der Sicherheitsforschung“ (*Albrecht* 2013, 77 f.).

Vor dem Hintergrund von „Sicherheit als einer der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit“ um die herum sich „neue Themenkomplexe, etwa das Forschungsfeld ‚Sicherheit – Risiko – Prävention‘“ bildeten, fordert auch *Sessar* (2011) eine Weiterentwicklung und Öffnung der Kriminologie: „Vielfach gilt die wissenschaftliche Beobachtung des Strafrechts und der Kriminalpolitik als genuine, d.h. von anderen Sozialwissenschaften nicht übernehmbare Aufgabe der Kriminologie; hinzu käme nunmehr die Beobachtung der Sicherheitspolitik und Präventionspolitik, soweit sie mit Kriminalität und der Angst davor zusammenhängen ... Eine Öffnung der Kriminologie würde auch bedeuten, sich verstärkt mit anderen Wissenschaftszweigen zu verbinden, um komplexere Forschungsthemen anzugehen und sich dadurch an gesellschaftstheoretischen Diskursen zu beteiligen“.

¹³¹ Auch *Boers/Seddig* kommen auf der Basis einer Mitte 2012 unter juristisch sowie sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Fakultäten und Instituten durchgeführten Erhebung zum Ergebnis, dass „nur zum Teil von der institutionellen Verankerung einer modernen Kriminologie an deutschen Universitäten ausgegangen werden“ könne (2013, 124).

Da die Kriminologie eine sozial- und verhaltenswissenschaftliche und dabei vor allem empirische Disziplin sei, fordern auch *Boers/Seddig* eine „deutlich stärkere Institutionalisierung der kriminologischen Forschung und Lehre an sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Universitätseinrichtungen.“ Diese Stärkung der Kriminologie müsse „zu einer gleichrangigen, im Kern professoralen Kooperation führen, in die alle Disziplinen ihre jeweiligen Kompetenzen einbringen ... Es gibt in Deutschland für eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit langjährige herausragende Beispiele¹³² wie auch ein aktuelles Interesse von renommierten Soziologen und Psychologen an originären kriminologischen Forschungsfragen“ (2013, 124 f.).

Als „Startschuss für eine ganz neue Kultur der Kriminalprävention“ wurde die 2012 unter der Trägerschaft der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention und mit Befürwortung des Deutschen Bundestages an der Universität Tübingen eingerichtete *Stiftungsprofessur „Kriminalprävention und Risikomanagement“* bezeichnet, die zum 1. Oktober 2013 von Rita Haverkamp übernommen wurde.¹³³ Von diesem in dieser Form einmaligen Lehrstuhl in Deutschland wird erwartet, nachhaltige Methoden zur besseren Kriminalitätsbekämpfung weiter zu entwickeln und wirksame Strategien zur Verhütung von Gewalt und Kriminalität zu schaffen. Der Lehrstuhl ist allerdings nur bis 2017 finanziert und befindet sich wieder an einer Juristischen Fakultät.¹³⁴

4.2

Anwendungsorientierte kriminologische Forschung: Chancen und Risiken¹³⁵

Kriminologie als eine sozial- und verhaltenswissenschaftliche und dabei vor allem empirische Disziplin betreibt nicht nur wissenschaftlich autonome Grundlagenforschung - es „kann nicht nachdrücklich genug betont werden, dass Wissenschaft zunächst einmal für ihr Blühen und Gedeihen an und in sich eines selbstbestimmten Freiraums bedarf“ (Kerner 2013, 183) – sondern auch anwendungsorientierte Forschung, gerade in dem hier diskutierten Zusammenhang der Politik- und Praxisberatung sowie der Praxisforschung. Das

132 Etwa das Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld; das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg oder das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen. Die Festschrift zum 70. Geburtstag seines langjährigen Direktors Christian Pfeiffer hat übrigens den Titel „Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft“!

133 Den Anstoß für diese Stiftungsprofessur gab der Amoklauf von Winnenden, nach dem sich die Politik bundesweit und in Baden-Württemberg dafür aussprach, mehr Gelder in die Forschung zur strategischen Kriminalprävention in Deutschland zu investieren.

134 www.uni-tuebingen.de; Newsletter Uni Tübingen aktuell Nr. 1/2013 und 4/2013.

135 So der Titel eines Aufsatzes von Kerner 2013.

ist jedoch innerhalb der Wissenschaft wegen der möglichen Gefahr eines Autonomieverlustes für die Kriminologie bzw. die kriminologische Forschung nicht unumstritten.

So sieht *Kunz* die Kriminologie „in ihrem herkömmlichen ‚modernen‘ Zuschnitt im Kräftefeld zwischen wissenschaftlicher Autonomie und Praxisnutzen gefangen: Sie ist Wissenschaft der Kriminalitätsursachenergründung im Dienste der staatlichen Kriminalitätskontrolle. Die Anwendungsfelder, welche sie sich erschließt, und die Erkenntnisinteressen, welchen sie folgt, sind mithin durch die staatliche Kriminalpolitik geprägt“ (2011, § 23 Rn 1).

„Der Eindruck bildet sich, die Kriminologie sei weitgehend eine Art *Think tank* für die staatlich geförderte Entwicklung kriminalpolitischer Ideen und Konzepte.¹³⁶ So fruchtbar dies ist und so sehr dies zur gesellschaftlichen und politischen Bedeutsamkeit des Fachs beiträgt, so groß ist andererseits die Gefahr, dass damit der Eigensinn der Kriminologie als Wissenschaft, der sich gegen zumeist von der Tagespolitik diktierte Verwertungsinteressen auflehnen und in diesem Sinne Autonomie beanspruchen muss, verloren geht“ (Kunz 2011, § 23 Rn 3).¹³⁷

Kerner (2013, 194 ff.) schließt bei seinem „*Plädoyer für eine vielfältige kriminologische Wissenschaft mit Grundlagenorientierung und Anwendungsorientierung*“ diese prinzipiell mögliche Gefahr des Autonomieverlustes selbst für die formell freie Universitätsforschung und für die Grundlagenforschung nicht ganz aus, allerdings steige die Gefahr mit wachsender Praxisorientierung im Bereich der angewandten Kriminologie. Gefahren für die Autonomie einer unabhängigen Forschung wären im Übrigen bevorzugt auf der Ebene der Forschungsförderung zu suchen und ggf. zu thematisieren. In der Kriminologie spiele es „im Vergleich zu anderen Wissenschaften keine fundamental unterschiedliche, wohl aber wegen der spezifischen Aufgaben und Strukturen ggf. schon verstärkende Rolle, dass das Feld von ‚Kriminalität und Kriminalitätskontrolle‘ von besonders der Ordnung und Sicherheit sowie der Aufrechterhaltung der staatlichen Rechtsordnung verpflichteten Instanzen und deren entspre-

136 Vor dem Hintergrund der von *Kunz* beklagten „Taubheit“ der Kriminalpolitik für kriminologische Erkenntnisse (s.o.) ist diese Aussage zumindest zu hinterfragen.

137 *Maier* (zitiert nach Schöch 2013, 211) weist auf die Möglichkeit hin, dass von den kriminalpolitischen ‚Abnehmern‘ auf die methodische Durchführung der Datenerhebung oder die Interpretation der Ergebnisse Einfluss genommen werde. Das ist ein Vorwurf, mit dem die sog. „Staatskriminologen“ häufig konfrontiert wurden (s. dazu auch Mischkowitz 2013 und Schwind/Steinhilper 2014, 593 f.).

Für *Kunz* ist die anwendungsorientierte Kriminologie nach wie vor „instanzendientlich auf affirmative Stützung des Kriminaljustizsystems ausgerichtet. Potenziell instanzenkritische Themen wie Polizeigewalt werden von der etablierten Forschung eher gemieden“ (2013 b, 106).

chend sozialisierten Ausbildung geprägt werden ... In jedem Falle sollte man sich von der Idee verabschieden, im Konzert der Wirkkräfte, Interessen und Zwänge stets in einem substantiellen Sinn und dann gar an erster Position „gehört“ zu werden, oder dass sich das Gehörtwerden alsbald in Aktionen umsetzt, die der eigenen Position entsprechen.“¹³⁸

Zusammenfassend stellt *Schöch* für die Diskussion des „Anwendungsbezuges kriminologischer Forschung“ fest, dass die angewandte Kriminologie neben der Grundlagenforschung, die auch in Deutschland intensiv gepflegt werde, als breites und legitimes Arbeitsfeld der kriminologischen Forschung anerkannt sei (2013, 210).

Die „erhebliche Rolle“ (Schöch 2013, 217) der angewandten Kriminologie und ihrer Bezugswissenschaften werde beispielsweise in den Dokumentationen (Tagungsbänden) der alle zwei Jahre stattfindenden Tagungen der *Kriminologischen Gesellschaft*, der wissenschaftlichen Vereinigung deutscher, österreichischer und schweizerischer Kriminologinnen und Kriminologen, deutlich.¹³⁹ *Schöch* kommt bei der Auswertung von fünf Tagungsbänden (erschieden zwischen 2004 und 2013) zu einem Ergebnis, das „die Bedeutung der angewandten Kriminologie erkennen“ lässt: Von den insgesamt 195 Vorträgen betreffen nach seiner Einschätzung 79 anwendungsorientierte empirisch-kriminologische Untersuchungen, etwa zur Kriminalprävention und –prognose, zur Behandlungs- und Therapieforschung, zur Evaluation oder zu Opferwerdung und Opferschutz (2013, 218 ff.).

138 *Kerner* weist in diesem Zusammenhang auch auf die Kritik - „Gegenwind“ - hin, die beispielsweise von Wissenschaftlern an den Wissenschaftlern – Kriminologen – geübt wurde, die bei der Gewaltkommission oder an den beiden Periodischen Sicherheitsberichten der Bundesregierung mitgewirkt hätten. Eine breite fachöffentliche Diskussion habe sich aber auch hier nicht entwickelt (2013, 197 f.).

139 „Die zentrale Aufgabe der **Kriminologischen Gesellschaft (KrimG)** ist es

- Die erfahrungswissenschaftliche Erforschung der Kriminalität, des Straftäters und des Verbrechensopfers sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen zu fördern (§ 2 der Satzung)
- und die Erkenntnisse der Praxis, insbesondere in den Bereichen Sozialarbeit, Polizei und Justiz, aber auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen
- und so einen Beitrag zur Kriminalprävention zu leisten ...

Die Tagungen dienen dem Bestreben, die für den einzelnen, insbesondere den Praktiker, kaum mehr überschaubaren Ergebnisse der interdisziplinär und international arbeitenden Kriminologie zu jeweils aktuellen Themen zu bündeln und dadurch zu einer breiten Fachdiskussion anzuregen“ (www.krimg.de).

Die letzte, 13. Wissenschaftliche Fachtagung der KrimG, fand im September 2013 zum Thema „Risiken der Sicherheitsgesellschaft. Sicherheit, Risiko und Kriminalpolitik“ statt.

4.3

Präventionswissenschaft und Präventionspraxis

Die „anwendungsorientierte Kriminologie“ steht also mit ihren Bezugsdisziplinen „bereit“, um die Praxis bei der Umsetzung der Forderung nach einer evidenzbasierten Kriminalprävention zu unterstützen. Der Praxis somit einerseits die nötigen theoretischen wie empirischen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen und zum andern die Planung, Durchführung und Wirkung der Präventionsmaßnahmen und –programme (Implementation und Evaluation) wissenschaftlich zu begleiten und zu überprüfen.¹⁴⁰

Und die Bereitschaft der Praxis, bei der Planung von Projekten, ihrer Implementation und ihrer Evaluation auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Unterstützung zurückzugreifen, hat im Vergleich zur den 1990er Anfangsjahren ganz eindeutig zugenommen. Das wiederum hat auch damit zu tun, dass die Wissenschaft entsprechende „Dienstleistungen“, zunehmend systematische Formen der Unterstützung für die Präventionspraxis erbracht hat.

4.3.1

Dokumentation und Datenbanken

Ziemlich am Anfang standen dabei die **Dokumentation** kriminalpräventiver Maßnahmen und Projekte und der Aufbau von **Datenbanken**, etwa der Informationssammlung zu nationalen und internationalen Präventionsakteuren, -aktivitäten, -projekten und -modellen, des Infopools Prävention beim Bundeskriminalamt (PSB 2001, 467) oder von PräVLS, des Informationssystems der Prävention.¹⁴¹ Die Kriminolo-

140 Der *Erste Periodische Sicherheitsbericht* musste noch feststellen: „Ein besonderes Defizit ist der in Deutschland bislang absolut unzureichende Einsatz von Forschungskapazitäten zur Prozessevaluation und sodann zur Wirkungsevaluation der verschiedensten präventiven Ansätze und Initiativen“ (PSB 2001, 470).

Und auch der *Zweite Periodische Sicherheitsbericht* beklagte dieses Defizit: „Die genaue Analyse der Folgen von Präventionsmaßnahmen durch Begleitforschung ist .. unverzichtbar, um zu klären, in welchem Maße die angestrebten Wirkungen erreicht werden bzw. welche unerwünschten anderen Effekte auftreten. Solche Evaluationsforschung wird jedoch in Deutschland bislang kaum durchgeführt“ (PSB 2006, 668).

141 Mit dem Aufbau dieses Infopools wurde 1995 begonnen; er wurde ständig erweitert, umfasste zuletzt auch die Verkehrssicherheitsarbeit, wurde dann aber – nach einer vollständigen Überarbeitung und Erweiterung – im Juni 2013 vom Netz genommen. Er stieß auf zu wenig Akzeptanz und Resonanz.

Auch PräVLS, das unter der Federführung des Deutschen Forums für Kriminalprävention zusammen mit Präventionsgremien und Landeskriminalämtern entwickelt worden war, um in Zusammenhang mit der Gewalt- und Kriminalitätsprävention Auskunft über entsprechende Institutionen, Projekte, Gremien, Arbeitsgruppen etc. zu geben, wurde inzwischen eingestellt.

gische Zentralstelle (KrimZ) befasst sich seit Beginn ihrer Tätigkeit 1986 mit der computergestützten Literaturdokumentation KrimLit, die aber nur einem eingeschränkten Benutzerkreis zur Verfügung steht. Frei im Netz verfügbar ist dagegen KrimDok, eine Fachbibliografie für die Kriminologie der Universität Tübingen; im Rahmen des Fachinformationsdienstes Kriminologie soll KrimDok umfassend ausgebaut und auf eine komfortable Suchmaschinentechologie umgestellt werden.

An bundesweiten Datenbanken sind zu nennen:¹⁴²

- „DPT-Map“, die Suchmaschine des Deutschen Präventionstages. Hier kann gezielt nach Projekten, Maßnahmen, Institutionen und Personen aus dem Arbeitsfeld der Kriminalprävention recherchiert werden.
- „Prävention im Überblick“ (PRÄVÜ), wird auf der Internetseite des Deutschen Forums für Kriminalprävention bereitgestellt und bündelt Informationen zur deutschen Präventionslandschaft.
- Datenbanken des Deutschen Jugendinstitutes (DJI), etwa „EXE-Projekt: Strategien und Konzepte externer Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe“;
- „PrevNet – Netzwerk zu Sucht und Gesundheit“.
- „Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“.

Dazu kommen noch Datenbanken auf der Ebene einiger Länder zu den Gremien kommunaler Kriminalprävention, wie der „Präventionsatlas Nordrhein-Westfalen“ und der „Präventionsatlas Hessen“ oder die landesweite Projekt-Datenbank NIMAP in Niedersachsen.

4.3.2

Qualitätssicherung, Implementation und Evaluation

Für den Bereich der Planung, der Durchführung und der Bewertung kriminalpräventiver Programme und Projekte ist 2003 „für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ... die Präventionsprojekte planen oder durchführen“ eine „Arbeitshil-

142 Quelle: www.lpr.niedersachsen.de.

Englischsprachige Informationen zu den Fragen „What helps“, „What harms“, „Based on what evidence“ bietet beispielsweise die *Campbell Collaboration*, die 1999 als internationales Netzwerk von Sozialwissenschaftlern gegründet wurde mit dem Ziel, durch systematische Untersuchungen und Metaanalysen den Nachweis für die Wirkung sozialer Interventionen zu erbringen und Best Practice Projekte zu finden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Campbell Collaboration liegen in den Bereichen Erziehung, Kriminalität, Justizwesen und Wohlfahrtspflege. Darüber hinaus widmet sie sich verstärkt Methodenfragen (www.campbellcollaboration.org).

Unter den Office of Justice Programs des National Institute of Justice (USA) findet sich *crimesolution.gov*. Dieses Programm bietet Informationen zur „review-rated“ Forschung zur Effektivität von Programmen und Praktiken (www.crimesolutions.gov).

fe für die Evaluation“ erstellt worden (herausgegeben von der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes). 2009 wurde sie als „*Arbeitshilfe für Planung, Durchführung und Bewertung von Projekten*“ gründlich überarbeitet neu aufgelegt und wendet sich jetzt umfassender an „Verantwortliche und Planer im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrssicherheitsarbeit. Angesprochen sind damit nicht nur Fachleute der Polizei, sondern auch anderer Einrichtungen, die in diesem Aufgabenbereich tätig sind.“

Von vornherein an alle „Entwickler, Akteure und andere Verantwortungsträger in der Kriminalprävention“ wenden sich die 2005 vom LPR Niedersachsen im Rahmen seiner „Beccaria-Qualitätsinitiative“ herausgegebenen „*Beccaria-Standards zur Qualitätssicherung kriminalpräventiver Projekte*“.¹⁴³ Die Beccaria-Standards umfassen Maßgaben und Anforderungen an die Qualität der Planung, Durchführung und Bewertung kriminalpräventiver Programme und Projekte. Sie beziehen sich dabei auf folgende sieben Hauptarbeitsschritte eines Projekts:

1. Problembeschreibung
2. Analyse der Entstehungsbedingungen des Problems
3. Festlegung der Präventionsziele, Projektziele und Zielgruppen
4. Festlegung der Maßnahmen für die Zielerreichung
5. Projektkonzeption und Projektdurchführung
6. Überprüfung von Umsetzung und Zielerreichung des Projekts (Evaluation)
7. Schlussfolgerungen und Dokumentation

Welche Fortschritte in Bezug auf die Qualität von Präventionsprojekten und insbesondere hinsichtlich ihrer Evaluation gemacht worden sind,¹⁴⁴ zeigt die „*Grüne Liste Prävention – CTC-Datenbank empfohlener Präventionsprogramme*“, die wiederum vom LPR Niedersachsen im Rahmen des CTC-Modellprojekts entwickelt worden ist (s.o.). Diese deutschlandweit einmalige Online-Datenbank über evaluierte Präventionsprogramme ist allgemein zugänglich. Nach der Güte der Wirkungsüberprüfung und der Konzeptqualität bie-

143 Denn: „Qualitätskriterien zur Planung, Durchführung und Bewertung von kriminalpräventiven Projekten sind bislang kaum vorhanden. Der fachliche Austausch zu diesem Themenkomplex befindet sich national wie europaweit ebenfalls noch in den Anfängen“ (www.beccaria-standards.net).

144 Wenn auch in der „Grünen Liste“ darauf hingewiesen wird, dass im internationalen Vergleich in Deutschland nur wenige hochwertige Evaluationsstudien vorliegen, die zeigen, welche Programme wirklich wirksam sind.

Und auch diese Warnung von *Heinz* nicht unberechtigt ist: „Kriminalpräventive Projekte sollten sich .. nicht in die Falle begeben, ihre Berechtigung von dem empirisch belegbaren Nachweis ihrer Wirkung abhängig zu machen; das Strafrecht macht es auch nicht“ (1998, 54).

tet die Datenbank auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien einen Überblick über empfehlenswerte Präventionsansätze in den Bereichen Familie, Schule, Kinder/Jugendliche und Nachbarschaft (www.gruene-liste.de; Groeger-Roth/Hasenpusch 2011).¹⁴⁵ Da die „Grüne Liste Prävention“ über CTC hinaus eine starke Nachfrage aus der Praxis gefunden hat, ist ihre Erweiterung um zusätzliche Präventionsbereiche und eine Erweiterung des Bewertungssystems um Aspekte der Implementationsqualität von Programmen geplant (Marks 2014).¹⁴⁶

Inzwischen ist es fast schon selbstverständlich, dass kriminalpräventive Projekte mit wissenschaftlicher Unterstützung geplant, durchgeführt und bewertet werden. Denn schon die Prozessevaluation, vor allem aber die Wirkungsevaluation, sind methodisch komplexe Unterfangen, die ohne wissenschaftlichen background nicht gelingen können (Görge 2013).

Neben der Evaluation gewinnt die **Implementationsforschung** in letzter Zeit zunehmend an Bedeutung: Eine angewandte Wissenschaft, die sich die Frage stellt, wie evidenzbasierte Praktiken in guter Qualität in der Fläche umgesetzt werden können. Offensichtlich ist dafür eine pro-aktive Begleitung und Unterstützung erforderlich; Handbücher oder einmalige Trainings von Personal scheinen nicht auszureichen. Allerdings könne die Wirksamkeit eines Programms durch eine gute Umsetzung um das Zwei- bis Dreifache gesteigert werden (s. dazu den dpt-i Blog vom 12.03.2014 „Auf die Umsetzung kommt es an!“).¹⁴⁷

4.3.3

Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht: Kriminalprävention braucht Spezialwissen, die Anforderungen an diejenigen, die kriminalpräventive Programme und Maß-

145 Vor dem Hintergrund von „nicht empfehlenswerten“ Ansätzen wird inzwischen überlegt, ob nicht auch eine „Rote Liste Prävention“ angeboten werden sollte (Bühler/Groeger-Roth 2013).

146 Vom *Sachverständigenrat der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention* wurde ein „Qualitätskriterienkatalog für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme“ in Zusammenhang mit dem Leitfaden „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ erarbeitet (Stand: 16.04.2013 – „work in progress“). Er soll dazu dienen, die Qualität von Präventions- und Interventionsmaßnahmen oder –programmen zu erarbeiten; er kann damit als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl, den Einsatz und die Förderung von Maßnahmen genutzt werden (Stiftung DFK 2013).

147 Auch in den oben zitierten „Impulsen“ und dem „Qualitätskriterienkatalog“ des DFK-Sachverständigenrates wird auf die Bedeutung der Implementation hingewiesen.

nahmen in der Praxis umsetzen (sollen) sind gestiegen.¹⁴⁸ Auch hier ist die Wissenschaft aufgefordert, der Praxis entsprechende Angebote zu machen – und die Praxis ist aufgefordert, diese Angebote zu nutzen.

Neben den „akteursinternen“ Aus- und Weiterbildungen¹⁴⁹ gibt es das „Beccaria-Qualifizierungs-Programm“, das mit dem Zertifikat „Fachkraft für Kriminalprävention“ abschließt, den Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie und Kriminalprävention“ an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften sowie einige Masterstudiengänge in Kriminologie.¹⁵⁰

Seit 2008 bietet der LPR Niedersachsen im jährlichen Turnus das „Beccaria-Qualifizierungs-Programm Kriminalprävention“ an und bildet Personen weiter, die im kriminalpräventiven Bereich tätig sind. Die Weiterbildung besteht aus vier Modulen: Kriminologie, Kriminalprävention, Projektmanagement und Projektbegleitung. Die vermittelten Lehrinhalte sind wissenschaftlich fundiert und zugleich anwendungsorientiert. Die Teilnehmenden sind anschließend qualifiziert, kriminologische Theorien und empirische Untersuchungen kritisch zu bewerten, Präventionsprojekte unter Hinzuziehung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Daten zu entwickeln und umzusetzen sowie Methoden des Projektmanagements anzuwenden.

Das Angebot ist berufsbegleitend konzipiert, dauert ein Jahr und jedes Modul umfasst zwei Wochenenden. Nach Absolvierung aller vier Module wird das Zertifikat „Fachkraft für Kriminalprävention“ verliehen. Derzeit gibt es über 120 Fachkräfte.

148 Nicht nur hinsichtlich der Kriminalprävention sind die Qualifikationsansprüche gestiegen, sondern auch in anderen – allen? – Berufsbereichen. Beispiele dafür sind etwa die heutigen Ansprüche an Erzieher/innen oder die „Akademisierungswelle in der Polizei“ (Schwind 2013, § 1 Rn 30b).

149 Entsprechende Angebote finden sich – wenn auch durchaus noch ausbaufähig – an den Fachhochschulen für soziale Arbeit oder – für die Polizei – an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung sowie an den polizeilichen Fortbildungseinrichtungen. So weist etwa die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in ihrem „Modulhandbuch für den Bachelorstudiengang PVD 2012“ das Modul „Kriminalitätsanalyse und polizeiliche Kriminalprävention“ aus. An der Deutschen Hochschule für Polizei ist das „Lehrgebiet 13: Kriminologie und Interdisziplinäre Kriminalprävention“ eingerichtet, das nicht nur im Rahmen des Jahresfortbildungsprogramms Veranstaltungen im Bereich „Kriminologie/Kriminalprävention“ anbietet, sondern auch im Curriculum des Masterstudienganges „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ für mehrere Module zuständig ist; darunter auch für das Modul „Kriminalität – Phänomen und Intervention“, wozu auch „Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ gehört.

150 Siehe dazu die entsprechenden Beiträge bei Albrecht u.a. (Hrsg.)(2013).

Das Programm wurde 2012 erstmals extern evaluiert und 2013 mit dem „Meilenstein der Kriminalprävention“ ausgezeichnet (www.beccaria-qualitaetsinitiative.de; s. auch Meyer 2008 und 2010; Marks 2014).

Zum Wintersemester 2011 startete an der Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fakultät Soziale Arbeit) in Wolfenbüttel der konsekutive *Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie und Kriminalprävention“*. Das Konzept für den Studiengang ist aus dem „Beccaria-Projekt: Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention“ des LPR Niedersachsen hervorgegangen. Das Angebot ist als Vollzeitstudium angelegt (Regelstudienzeit vier Semester) und für Studierende geeignet, die ihre fachlichen und beruflichen Qualifikationen durch ein Studium der Sozialen Arbeit bzw. vergleichbare Studiengänge erworben und ggf. in der Praxis schon vertieft haben (www.master-kriminalpraevention.de; s. auch Meyer 2012; Marks 2014).¹⁵¹

4.4

Zusammenfassung und Folgerungen

Kriminalprävention sollte evidenzbasiert erfolgen, also auf der Grundlage theoretischer wie empirischer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Präventionspraxis und Präventionspolitik brauchen also Wissenschaft und Forschung.

Dass die Präventionspolitik das anders sieht, zumindest auf der Bundesebene, wurde schon ausgeführt. Auf kommunaler und Landesebene scheint die Politik offener für eine Evidenzbasierung zu sein. Auch für die Präventionspraxis ist das inzwischen der Fall.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Wissenschaft etliche „Dienstleistungen“ für die Praxis erbracht und die Präventionspraxis zunehmend systematisch unterstützt hat: Etwa durch die Dokumentation und den Aufbau von Datenbanken für Gremien und Projekte, inzwischen auch durch die Einrichtung einer Datenbank für empfohlene Präventionsprojekte; durch die Entwicklung von Standards für den Bereich der Planung, der Durchführung und der Bewertung kriminalpräventiver Programme und Projekte; durch die Konzeption und Durchführung von Qualifizierungsprogrammen, Aus- und Weiterbildungen sowie Studiengängen für den Bereich Kriminalprävention.

Für die **Präventionspraxis** werden nicht nur die nötigen theoretischen wie empirischen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung gestellt, sondern es wird auch die Planung,

¹⁵¹ Vision sei noch ein berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengang „Kriminalprävention“ für all diejenigen, die neben ihrem Beruf studieren möchten, bei dem didaktisch sinnvoll Präsenzveranstaltungen und virtuelles Lernen auf der Basis neuer Informations- und Kommunikationsmedien verknüpft werden (Marks 2014).

Durchführung und Wirkung von Präventionsmaßnahmen und –programmen (Implementation und Evaluation) wissenschaftlich begleitet und überprüft. Insbesondere die Evaluation ist inzwischen sehr viel selbstverständlicher geworden – bei geförderten Projekten wird sie in der Regel zur Pflicht gemacht -, und die Implementationsforschung gewinnt an Bedeutung.

Bei der Evaluation und zwar in der Form der nachwirkenden Gesetzesfolgenabschätzung, der Bewertung der Nützlichkeit eines Gesetzes, der Überprüfung dessen, was mit dem Gesetz ursprünglich beabsichtigt war, sollte es sich auch um ein Kernanliegen der **Präventionspolitik** handeln. Nicht nur hinsichtlich der Gesetzgebungstätigkeit, sondern vor allem auch für die praktische Präventionspolitik bis hin zur Ebene der Städte und Gemeinden (Becker 2012, 209 f.).

Zum Problem kann dabei die **Zeit** werden, die Forschung im allgemeinen braucht. Praxis wie Politik wollen – müssen – möglichst rasch handeln, um erkannte Probleme zu beheben. Die Wissenschaft braucht jedoch Zeit, um begründet etwas über Wirkungen oder auch Nicht-Wirkungen sagen zu können.

Es dürfte auch in der Präventionspraxis wie in der Präventionspolitik schwierig sein, empirische Untersuchungen durchzuführen, Daten zu erheben, bevor eine Präventionsmaßnahme gestartet bzw. ein Gesetz erlassen wird. Allerdings hat die Präventionswissenschaft inzwischen einen großen Bestand an Wissen darüber geschaffen, was wirkt oder eben auch nicht wirkt, was kriminalpolitisch sinnvoll ist, was nicht – man muss es nur wissen wollen.

Zum Problem kann auch werden, dass Forschung grundsätzlich ergebnisoffen durchgeführt wird, Politik wie Praxis aber gerne bestätigt haben wollen, dass das, was sie machen, richtig ist.

Grundsätzliche Probleme könnten sich aus der derzeitigen Lage der **Kriminologie** als der relevanten Bezugswissenschaft ergeben: Deutschland verfügt zwar über eine theoretisch wie empirisch hoch entwickelte kriminologische Wissenschaft, diese ist aber durch eine „strukturelle Auszehrung“ offensichtlich ernsthaft bedroht. Nicht nur an den juristischen Fakultäten wird die Kriminologie abgebaut, sondern auch an psychologischen und soziologischen Instituten. Kriminologische Forschungen finden zu einem großen Teil außerhalb der Kriminologie der Juristischen Fakultäten statt und streuen erheblich über verschiedene wissenschaftliche Disziplinen. Das heißt allerdings auch, dass kriminologische Fragestellungen ein breites wissenschaftliches Interesse finden.

Dennoch sollte an den Universitäten die Lehre insbesondere in den soziologischen und juristischen Fakultäten intensiviert werden und die diversen kriminologischen Aktivitäten durch den Aufbau fachübergreifender kriminologischer Zen-

tren gebündelt, koordiniert und damit vorangetrieben werden (s. dazu das „Freiburger Memorandum“).

Allerdings sollte die enge Anbindung der Kriminologie an das Strafrecht aufgegeben und die Kriminologie als unabhängige Sozialwissenschaft etabliert werden. Eine gut aufgestellte Kriminologie ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Voraussetzung für die Umsetzung der Forderung nach einer interdisziplinär arbeitenden Präventionswissenschaft.

Zu begrüßen ist die 2012 unter der Trägerschaft der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – zunächst für fünf Jahre - erfolgte Einrichtung der Stiftungsprofessur „Kriminalprävention und Risikomanagement“ an der Universität Tübingen. Auch um der Kriminalprävention im Forschungsspektrum der Kriminologie und anderer Disziplinen das nötige Gewicht zu verleihen, ist dringend zu fordern, dass dieser Lehrstuhl über das Jahr 2017 hinaus finanziert wird und auf Dauer erhalten bleibt.

Eine Chance für die Kriminologie und andere Wissenschaften ist die Bedeutung der **Medien** für die Politik: Wenn es den relevanten Wissenschaften gelingt, ihre Befunde und die daraus resultierenden Forderungen in die Medien zu bringen, könnten sie dadurch auch bei der Politik auf offene, zumindest offenere Ohren stoßen. Gefragt sind hier nicht nur Wissenschaftler mit hohen Kommunikationsfähigkeiten und der Begabung, ihre „Produkte“ zu verkaufen, sondern auch ein guter, an kriminalpolitischen Fragestellungen interessierter Wissenschaftsjournalismus.

5 Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft

5.1 Der Deutsche Präventionstag (DPT)¹⁵²

Es gibt wohl kein besseres Beispiel dafür, das diesjährige Schwerpunktthema des DPT „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ zu illustrieren und zu zeigen, ob und wieweit diese Forderung schon Wirklichkeit geworden ist, als den DPT selbst.

1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet, war es von Beginn an das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken. Nach und nach hat sich der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnisse aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet.

152 www.praeventionstag.de; und Marks 2013.

Der Kongress wendet sich insbesondere an Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft etc. - also an Praxis, Politik und Wissenschaft!

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress

- Aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen, Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Inzwischen ist der Deutsche Präventionstag der größte europäische Kongress speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche. Er lebt von der guten Zusammenarbeit vieler Menschen und Institutionen. Die jährlichen Kongresse finden an zwei Tagen in wechselnden Städten statt und gliedern sich in die zentralen Bereiche Plenumsveranstaltungen (Eröffnungs- und Abschlussplenum), Vorträge und Projektspeaks, die kongressbegleitende Ausstellung sowie die Präventionswerkstatt. Die Teilnehmenden sind überwiegend hauptamtlich in der Präventionsarbeit tätig und dort mehrheitlich mit der praktischen Durchführung von Maßnahmen und Programmen befasst. Sie arbeiten in Verwaltung, Management oder Leitung sowie in der Forschung. Die zahlenmäßig größte Gruppe kommt aus der Polizei, gefolgt von den Arbeitsbereichen Soziale Arbeit, Kommune, nicht-staatliche Organisationen, Landes- und Bundesbehörden, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft, Schule, Medizin und Sport.

Der Deutsche Präventionstag präsentiert sich im Internet als Informations- und Dokumentationsplattform, seit 2010 auch mit dem Such-Portal „dpt-map“, das gezielt nach Projekten, Maßnahmen, Institutionen und Personen aus dem gesamten Arbeitsfeld der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche sucht.

Die Internetdokumentation umfasst alle Abstracts sowie Text-, Film- und Präsentationsdokumente der bisherigen Deutschen Präventionstage.

Seit Juli 2011 veröffentlicht der Deutsche Präventionstag die tägliche Präventions-News, die über Präventionsveranstaltungen sowie über Dokumente aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik informiert. Wie der Deutsche Präventionstag selbst, ist die

Präventions-News damit ein hervorragender Beleg dafür, wie weit die Forderung „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ schon Wirklichkeit geworden ist.

5.2

Das DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i)¹⁵³

Um die Entwicklung des Deutschen Präventionstages zu einem Forum für den Diskurs zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft zu stärken und systematisch fort zu entwickeln, startete im Jahr 2013 ein weiterer Arbeitsbereich des Deutschen Präventionstages, das DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i).

Präventionsforschung wird als multidisziplinärer Ansatz verstanden, der die Kenntnisse, Methoden und Standards verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Fachrichtungen einbezieht, u.a. der Soziologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Biologie, Medizin, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Ökonomie, Kriminologie und Viktimologie.

Präventionsforschung umfasst für das dpt-i¹⁵⁴ die wissenschaftliche Erkundung der

- gesellschaftlichen Verteilungen und Häufigkeiten von zu verhindernden Ereignissen und Zuständen wie Kriminalität, Gewalt, Sucht, körperliche und seelische Krankheitszustände, Unsicherheitslagen etc.
- Ursachen und Entstehungsbedingungen dieser Ereignisse und Zustände,
- Entwicklung, Begleitung und Überprüfung von wirksamen Interventionen zur Prävention dieser Ereignisse und Zustände sowie
- der Unterstützung einer breitflächigen Umsetzung von überprüften Interventionen unter den Bedingungen der „realen Welt“.

Präventionsforschung ist zur Erreichung ihrer Ziele auf ein multidisziplinäres Kooperationsverständnis sowie auf die Partnerschaft mit der Präventionspraxis und der Präventionspolitik angewiesen. Das dpt-i versteht seine Rolle des-

153 www.praeventionstag.de/nano.cms/dpt-institut und Marks 2013, 140 ff..

154 In Anlehnung an das Verständnis der internationalen „Society for Prevention Research (SPR) wie auch der „European Society for Prevention Research (EUSPR). Im „Mission Statement“ der SPR heißt es: „The Society for Prevention Research is an organization dedicated to advancing scientific investigation on the etiology and prevention of social, physical and mental health, and academic problems and on the translation of that information to promote health and well being“ (www.preventionresearch.org und www.euspr.org).

halb auch als ein aktiver Förderer von Partnerschaften zwischen Forschung, Praxis und Politik.

Das dpt-i sieht seine allgemeinen Aufgaben vor allem in der

- Durchführung eigener Forschungsvorhaben mit der Perspektive der praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse,
- Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Umsetzung von Forschungsvorhaben mit Praxisrelevanz,
- Vertiefung des Dialoges zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft über die Ergebnisse der Präventionsforschung mit dem Ziel einer stärkeren Wissensbasierung im gesamten Arbeitsfeld der Prävention,
- Beratung des Deutschen Präventionstages und seiner Partnerorganisationen über die Ergebnisse und den Stand der Präventionsforschung.

5.3

Zusammenfassung und Folgerungen

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist wohl mit das beste Beispiel dafür, wie weit die Forderung, Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft, schon Wirklichkeit geworden ist. Das zeigt sich nicht nur an seiner Entwicklung von wirklich kleinen Anfängen – 1995 in Lübeck mit 168 registrierten Kongressteilnehmern und einem sehr überschaubaren Programm dieser „Arbeitstagung“ - hin zum letzten, 18. DPT 2013 in Bielefeld mit fast 2.000 Kongressteilnehmenden aus 17 ausgewiesenen Arbeitsbereichen, einem umfangreichen Programm (allein 169 Referenten für Vorträge und Projektsots), Infoständen, Sonderausstellungen usw. Die Evaluationsergebnisse (der DPT wird seit dem 13. DPT evaluiert) befinden: „Insgesamt zeigen die Evaluationsergebnisse, dass der 18. Deutsche Präventionstag als eine gelungene Veranstaltung bezeichnet werden kann. So fanden fast 92% der befragten Besucher den 18. Deutschen Präventionstag als sehr gut oder gut.“ Der Deutsche Präventionstag hat sich ohne Frage zu einem wichtigen Forum für den Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik im Arbeitsfeld der Kriminalprävention entwickelt.

2013 startete mit dem DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i) ein weiterer Arbeitsbereich des DPT, um diese Entwicklung zu stärken und systematisch fort zu entwickeln. Eine wichtige Aufgabe dieses Institutes könnte es sein, auf der Basis der Befunde zu den Leistungen und Defiziten der Arbeitsfelder Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft sowie zu den Forderungen und Herausforderungen, eine systematische Strategie der Kriminalprävention zu entwickeln.

Literatur

Albrecht, Hans-Jörg (2013): *Zur Lage der Kriminologie in Deutschland – Eine Einführung*. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 73-80.

Albrecht, Hans-Jörg (2013 b): *Rückfallstatistiken im internationalen Vergleich*. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 5 – 2013, S. 400-410.

Albrecht, Hans-Jörg u.a. (Hrsg.)(2013): *Zur Lage der Kriminologie in Deutschland. Beiträge der Tagung vom 28. bis 30. Juni 2012 am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i. Br.* MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 – 2013.

Albrecht, Hans-Jörg u.a. (Hrsg.)(2012): *Freiburger Memorandum. Zur Lage der Kriminologie in Deutschland. Auch abgedruckt in der MschrKrim 95. Jahrgang – Heft 6 – 2012, S. 385-391.*

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.)(2007): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern*. München.

Bannenberg, Britta u.a. (Hrsg.)(2005): *Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages. 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart*. Godesberg.

Bannenberg, Britta/Rössner, Dieter (2002): *Wirkungsforschung bei der Kriminalprävention*. *forum kriminalprävention* 1/2002, S. 5-8.

Becker, Monika (2013): *Fragen an die Kriminologie ... aus der Sicht der Kriminalpolitik*. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 207-211.

Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Elfter Kinder- und Jugendbericht – mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/8181 vom 04.02.2002.

Boers, Klaus/Seddig, Daniel (2013): *Kriminologische Forschung und Lehre an deutschen Universitäten im Jahre 2012*. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 115-126.

Boers, Klaus u.a. (Hrsg.)(2013): *Kriminologie – Kriminalpolitik – Strafrecht. Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag*. Mohr Siebeck Tübingen.

Bühler, Anneke/Groeger-Roth; Frederick (2013): *Brauchen wir eine „Rote Liste Prävention“? Was empfiehlt sich nicht in der Prävention?* In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages*. Hannover 2013 (www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/2361).

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.)(2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.)(2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin.

Dialog über Deutschlands Zukunft. Ergebnisbericht des Expertendialogs der Bundeskanzlerin 2011/2012. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.

Dölling, Dieter u.a. (2006): Metaanalyse empirischer Abschreckungsstudien. Untersuchungsansatz und erste empirische Befunde. Darmstadt discussion papers in economics, No. 170 (<http://hdl.handle.net/10419/32076>).

DVJJ – Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (Hrsg.)(2007): Gemeinsam mit verteilten Rollen. Position zur Jugendkriminalprävention. Hannover.

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stéphanie (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Hrsg. von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern-Wabern.

Elfter Kinder- und Jugendbericht s. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen ...

Entorf, Horst (2013): Kriminologie, Ökonomie und Ökonomie der Kriminalität: Gemeinsame Inhalte, unterschiedliche Herangehensweisen. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 164-171.

EUCPN – European Crime Prevention Network (2013): Crime prevention activities at the EU, national and local level. Thematic Paper No. 4. EUCPN Sekretariat. Brussels.

Feltes, Thomas (2012): Die Rolle der Polizei in der Kriminalprävention. ZJJ 1, S. 35-39.

Fontanille, Elsa (2013): Europäische Visionen zur Zukunft der Prävention. forum kriminalprävention 1/2013, S. 64-66.

Freiburger Memorandum(2012) s. Albrecht, Hans-Jörg u.a. (Hrsg.)(2012)

Frevel, Bernhard (Hrsg.)(2012): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt.

Frevel, Bernhard/Kober, Marcus (2012): Perspektiven kooperativer Sicherheitspolitik. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.) (2012), S. 337-358.

Frevel, Bernhard/Miesner, Christian (2012): Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt – KoSiPol. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2012), S. 215-219.

Frevel, Bernhard u.a. (2009): Bürgerengagement in der Kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil I) zu Konzeption und Wirklichkeit. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2009), S. 143-160.

Fuchs, Marek u.a. (2005): *Gewalt an Schulen 1994 – 1999 – 2004*. Wiesbaden.

Görgen, Thomas (2013): *Spannungsfeld Wissenschaft und Praxis: Wohin geht die Reise in der Kriminalprävention? 3. Symposium – Deutscher Förderpreis Kriminalprävention. Bielefeld (unveröffentlichtes Manuskript; ein kurzer Ausschnitt findet sich in forum kriminalprävention 3/2013, S. 41).*

Groeger-Roth, Frederick (2012): „Communities That Care – CTC“ in der Praxis. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Modellversuch SPIN in Niedersachsen. *forum kriminalprävention 3/2012, S. 2-6.*

Groeger-Roth, Frederick/Hasenpusch, Burkhard (2011): Die „Grüne Liste Prävention“ – effektive und erfolgversprechende Präventionsprogramme im Blick. *forum kriminalprävention 4/2011, S. 52-58.*

Hahlen, Johann (2012): *Politikberatung – ein Erfahrungsbericht von beiden Seiten mit Blick auf die beiden Periodischen Sicherheitsberichte*. In: Hilgendorf, Eric/Rengier, Rudolf (Hrsg.)(2012), S. 109-123.

Hanke, Ottmar (2007): *Strategien der Gewaltprävention an Schulen*. In: *Arbeitsstelle (Hrsg.)(2007)*, S. 104-130.

Heinz, Wolfgang (2013): *Was sollte der Gesetzgeber wissen wollen? Oder: Worüber sollten dem Gesetzgeber aus den Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken aktuelle und verlässliche Informationen zur Verfügung stehen?* In: Boers, Klaus u.a. (Hrsg.)(2013), S. 345-357.

Heinz, Wolfgang (2011): *Neue Straflust der Justiz – Realität oder Mythos?* NK 1/2011, S. 14-27.

Heinz, Wolfgang (2007): „Besorgniserregend“, „dramatisch“ ... Einige aktuelle Daten zur Einordnung und Bewertung der kriminalpolitischen Diskussion. ZJJ 1/07, S. 65-72.

Heinz, Wolfgang (2006): *Zum Stand der Dunkelfeldforschung in Deutschland*. In: *Festschrift für Helmut Kury zum 65. Geburtstag*, S. 241-263.

Heinz, Wolfgang (2005): *Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht*. In: Bannenberg, Britta u.a. (Hrsg.) (2005), S. 9-30.

Heinz, Wolfgang (2003): *Der Beitrag des „Ersten Periodischen Sicherheitsberichts“ zur Kriminalprävention*. In: Kerner, H.-J./Marks, E. (Hrsg.): *Internetdokumentation Deutscher Präventionstag*. Hannover.

Heinz, Wolfgang (1998): *Kriminalprävention. Anmerkungen zu einer überfälligen Kurskorrektur der Kriminalpolitik*. In: Kerner, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.)(1998), S. 17-59.

Hermann, Dieter/Jantzer, Vanessa (2012): *Schulsozialarbeit – kriminalpräventive Wirkungen und Verbesserungsmöglichkeiten*. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2012), S. 207-229.

- Hilgendorf, Eric/Rengier, Rudolf (Hrsg.)(2012): Festschrift für Wolfgang Heinz zum 70. Geburtstag. Baden-Baden.
- Holthusen, Bernd/Glaser, Michaela (2013): Arbeitsstellen als neuer Projekttypus des DJI. DJI Impulse – 50 Jahre DJI. 2/2013, 71-72.
- Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina (2012): Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter. Zu Rolle, Beitrag und Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe. ZJJ 1/2012, S. 23-28.
- Holthusen, Bernd u.a. (2011): Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention. DJI Impulse 2.2011, S. 22-25.
- Holthusen, Bernd/Schäfer, Heiner (2007): Strategien der Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendhilfe im Jugendalter. In: Arbeitsstelle (Hrsg.)(2007), 131-168.
- Jasch, Michael (2003): Kommunale Kriminalprävention in der Krise. MschrKrim, 86. Jahrgang, Heft 6/2003, S. 411-420.
- Jerke, Viktoria: Erfolgsfaktor Kooperation in der polizeilichen Kriminalprävention. forum kriminalprävention 4/2013, 40-41.
- John, Tobias/Schulze, Verena (2012): Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol). Bericht zum Forschungsprojekt. forum kriminalprävention 3/2012, S. 4-6.
- Kahl, Wolfgang (2014): Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN). forum kriminalprävention 1/2014, S. 36-37.
- Kahl, Wolfgang (2013): Editorial zum forum kriminalprävention 4/2013, S. 2-3.
- Kahl, Wolfgang (2013 a): 19. Deutscher Präventionstag. 12. & 13. Mai 2014 in Karlsruhe. forum kriminalprävention 4/2013, S. 39.
- Kahl, Wolfgang (2012): „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“ und verhindert den Weg in eine Überwachungsgesellschaft – Zum (Miss-)Verständnis des Präventionsgedankens. forum kriminalprävention 2/2012, S. 26-27.
- Kahl, Wolfgang (2011): 10 Jahre DFK – Zwischenbilanz auf dem Weg „zu einem besseren Morgen“. forum kriminalprävention 3/2011, S. 4-6.
- Kahl, Wolfgang/Kober, Marcus (2009): Bürgerengagement in der Kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2009), S. 161-170.
- Koop, Gerd (2013): Fragen an die Kriminologie ... aus der Sicht des Strafvollzuges. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 202-206.
- Kerner, Hans-Jürgen (2013): Anwendungsorientierte kriminologische Forschung: Chancen und Risiken. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 184-201.

Kerner, Hans-Jürgen (2012): 10 Jahre Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). Gratulationsworte eines Wegbegleiters, unter Rückblick auf die historische Entwicklung von Prävention in Gesetzgebung und Praxis. In: Jahresbericht 2011 der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention. Bonn, S. 28-44.

Kerner, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.)(1998): Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland. Zugleich Dokumentation des 3. Deutschen Präventionstages in Bonn vom 5.-7- Mai 1997. Godesberg.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten. 18. Legislaturperiode.

Kober, Marcus/Kahl, Wolfgang (2012): Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)(Hrsg.), 2. Vollständig überarbeitete Auflage 2012. Bonn.

Koop, Gerd (2013): Fragen an die Kriminologie ... aus der Sicht des Strafvollzugs. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 – 2013, S. 202-206.

Kreuzer, Arthur (2013): Gemeinplätze, Populistisches, aber auch sinnvolle Vorhaben. Das kriminalpolitische Programm des Koalitionsvertrags – kritisch betrachtet. Gastbeitrag für die Gießener Allgemeine vom 4.12.2013.

Kunz, Karl-Ludwig (2013 a): Historische Grundlagen der Kriminologie in Deutschland und ihre Entwicklung zu einer selbständigen wissenschaftlichen Disziplin. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 81-114.

Kunz, Karl-Ludwig (2013 b): Zum Konzept der „Punitivität“ und seiner Entwicklung im internationalen Vergleich. In: Klaus Boers u.a. (Hrsg.)(2013), S. 113-125.

Kunz, Karl-Ludwig (2011): Kriminologie. 6., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Haupt Verlag Bern e.a.

Kury, Helmut (2013): Mehr Strafe -weniger Kriminalität: Wirken (härtere) Strafen?In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2013 (www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/2339).

Lamnek, Siegfried (1990): Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien als Problem. MschrKrim 73. Jahrgang, Heft 3 – 1990, S. 163-176.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2010): Bericht der Enquete-kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)(Hrsg.)(2011): impulse. Prävention wirkt. Geschäftsbericht des LfK 2010/2011. Schwerin.

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)(Hrsg.)(o.J.): *impulse. EUROS für die Prävention. Das Förderprogramm des Landesrates für die Kriminalitätsvorbeugung. Schwerin.*

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)(Hrsg.)(o.J.): *10 GUTE GRÜNDE. Warum und wie kommunale Präventionsräte eingerichtet werden sollten. Schwerin.*

Lösel, Friedrich (2013): *Kriminologie und Psychologie – Entwicklung und Lage mit einem besonderen Bezug zu Deutschland. MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 153-163.*

Marks, Erich (2014): *Zu einigen kriminalpräventiven Entwicklungen zwischen 1978 und 2013. In: Dirk Baier/Thomas Mößle (Hrsg.)(2014): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden, S, 443-466.*

Marks, Erich (2013): *Der Deutsche Präventionstag – eine Zwischenbilanz 1993-2013. In: Boers, Klaus u.a. (Hrsg.) (2013), S. 128-142.*

Marks, Erich (2011): *Das internationale Zentrum für Kriminalprävention ICPC. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover (www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1671).*

Marks, Erich/Schairer, Martin (2010): *Neues Deutsch-Europäisches Forum für urbane Sicherheit (DEFUS). In: Kerner, H.-J./Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2010, www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1030.*

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2013): *Sicher leben in Stadt und Land. Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages 2012. Forum Verlag Godesberg.*

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2012): *Bildung – Prävention – Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 15. Deutschen Präventionstages 2010. Godesberg.*

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2011): *Solidarität leben – Vielfalt sichern. Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages 2009. Godesberg.*

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2009): *Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages 2008. Godesberg.*

Melzer, Wolfgang (2013): *Kriminalprävention an Schulen – zwischen Einzelprojekten und Schulentwicklung (Vortrag 18. DPT, Bielefeld 2013, im Druck).*

Melzer, Wolfgang u.a. (2012): *Mobbing und Gewalt an Schulen. Entwicklungstrends von 2002 bis 2010. Gesundheitswesen 2012; 74 (Suppl 1), S. 76-83.*

Melzer, Wolfgang/Schubarth, Wilfried/Ehninger, Frank (2011): *Gewaltprävention und Schulentwicklung*. 2., überarbeitete Auflage. Bad Heilbrunn.

Melzer, Wolfgang/Schwind, Hans-Dieter (Hrsg.)(2004): *Gewaltprävention in der Schule. Grundlagen – Praxismodelle – Perspektiven*. Dokumentation des 15. Mainzer Opferforums 2003. Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern. Band 38. Baden-Baden.

Meyer, Anja (2012): *Professionalität durch Qualifizierung: Neuer Master-Studiengang „Präventive Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Kriminologie & Kriminalprävention“*. *forum kriminalprävention* 1/2012, S. 2-3.

Meyer, Anja (2019): *Qualität durch Kompetenz. Das Beccaria-Qualifizierungsprogramm*. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2010* (www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1031).

Meyer, Anja (2008): *Qualifizierung in der Kriminalprävention*. *ZJJ* 3/2008, S. 368-370.

Mielenz, Ingrid (2013): *Das DJI zwischen Wissenschaft und Praxis – Möglichkeiten und Grenzen der Politikberatung*. *DJI Impulse – 50 Jahre DJI*. 2/2013, S. 78-79.

Mischkowitz, Robert (2013): *Fragen an die Kriminologie ... aus der Sicht der Polizei*. *MschKrim* 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 212-221.

Müller, Thomas (2010): *Anforderungen an eine optimale Unterstützung kommunaler Präventionsgremien*. In: Kerner, H.-J./Marks, E. (Hrsg.): *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2010*, www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1110

Müller, Thomas (2004): *Kommunale Präventionsgremien in Niedersachsen* (http://www.lpr.niedersachsen.de/Landespraeventionsrat/Module/Publikationen/Dokumente/20050606_2_F87.pdf).

Ohder, Claudius (2010): *Ein Blick zurück nach vorn*. In: *Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages 2009*. Berlin. S. 14-20.

Ostendorf, Heribert (2005): *Kritische Reflexionen zur Kriminalprävention*. Hannover (www.dvjj.de; Tagung: *Prävention um jeden Preis?*).

Ostendorf, Heribert (2002): *Chancen und Risiken von Kriminalprävention*. In: *Berliner Forum Gewaltprävention. Sondernummer 5. Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10. Oktober 2001*. Berlin, S. 16-24.

Pfeiffer, Christian u.a. (2004): *Die Medien, das Böse und Wir*. *MschKrim* 87. Jahrgang. Heft 6/2004, S. 425-435.

Pluto, Liane/van Santen, Eric/Seckinger, Mike (2014): *Lebenslagen Jugendlicher als Ausgangspunkt kommunaler Politikgestaltung. Eine Expertise zur beteiligungsorientierten Erhebung von jugendpolitischen Bedarfen.* DJI Deutsches Jugendinstitut. München.

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg.)(2012): *Jahresbericht 2012.* Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Stuttgart.

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Hrsg.)(2009): *Qualitätssicherung in der Polizeiarbeit. Arbeitshilfe für Planung, Durchführung und Bewertung von Projekten.* Stuttgart.

PSB (2006): *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht s. Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.)(2006)*

PSB (2001): *Erster Periodischer Sicherheitsbericht s. Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.)(2001)*

Redo, Slawomir Marek (2012): *Blue Criminology. The power of United Nations ideas to counter crime globally. A monographic study.* Helsinki.

Remschmidt, Helmut (2013): *Kriminologie und Forensische Kinder- und Jugendpsychiatrie: Die Bedeutung der Entwicklungsperspektive.* MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 172-183.

Reuband, Karl-Heinz (2013): *Kriminologie und Soziologie. Stellung im Wissenschaftssystem und wissenschaftliche Öffentlichkeit.* MschrKrim 96. Jahrgang – Heft 2/3 2013, S. 140-152.

Reuband, Karl-Heinz (2010): *Dimensionen der Punitivität und sozialer Wandel.* NK 4/2010, S. 143-148.

Scheerer, Sebastian (1978): *Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozess strafrechtlicher Normgenese.* KrimJ 10, Heft 3, S. 223-227.

Schneider, Hans-Joachim (2010): *Die Europäische Kriminologie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Kriminalität, Kriminologie und Kriminalpolitik in Europa.* MschrKrim 93. Jahrgang – Heft 6/2010, S. 475-501.

Schöch, Heinz (2013): *Angewandte Kriminologie.* In: Boers u.a. (Hrsg.), S. 207-220.

Schöch, Heinz (1994): *Generalprävention aus kriminologischer Sicht.* In: *Der Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.)(1994): Was können wir in der strafjustiziellen Praxis von den Erkenntnissen in den Sozialwissenschaften umsetzen? Fortbildungsveranstaltung am 29. und 30. September in der Evangelischen Akademie Bad Segeberg,* S. 76-83.

Schöch, Heinz (1985): *Empirische Grundlagen der Generalprävention*. In: Theo Vogler u.a. (Hrsg.)(1985): *Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag*. Berlin, S.1081-1105.

Schreiber, Verena (2007): *Lokale Präventionsgremien in Deutschland*. Forum Humangeographie 2. Frankfurt.

Schubarth, Wilfried (2010): *Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention*. Stuttgart.

Schubarth, Wilfried (2001): *Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien*. *Neue Kriminalpolitik* 3/2001, S. 24-29.

Schwind, Hans-Dieter (2013): *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*. 22., neubearbeitete und ergänzte Auflage. *Kriminalistik Heidelberg e.a.*

Schwind, Hans-Dieter (2000): *Hat die (Anti-)Gewaltkommission vergeblich gearbeitet? Die Kriminalprävention* 2/2000, 45-54.

Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen (Hrsg.)(1990): *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission)*. Band I. *Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen*. Berlin.

Schwind, Hans-Dieter/Steinhilper, Gernot (2014): *Erinnerungen an die Entstehung des KFN*. In: Baier, Dirk/Mößle, Thomas (Hrsg.)(2014): *Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag*. Baden-Baden, S. 593-603.

Sessar, Klaus (2011): *Editorial: Gedanken zu einer künftigen Kriminologie in Deutschland*. *MschKrim* 94. Jahrgang – Heft 5/2011, S. I-V.

Spiess, Gerhard (2012): *Drei Prüfsteine zur Bewertung der jugendstrafrechtlichen Diversionspraxis - eine Untersuchung anhand rückfallstatistischer Befunde*. In: Hilgendorf, Eric/Rengier, Rudolf (Hrsg.)(2012), S. 287-305.

Steffen, Wiebke (2013 a): *Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe. Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag. 16. & 17. April 2012 in München*. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2013), S. 47-119.

Steffen, Wiebke (2013 b): *Prävention ist viel zu wichtig, als dass man sie der Polizei allein überlassen dürfte. Überlegungen zur Bedeutung der Polizeilichen Kriminalprävention im Kontext der Kriminalprävention als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe*. In: Boers, Klaus u.a. (Hrsg.)(2013), S. 485-498.

Steffen, Wiebke (2013 c): *Kommunale Kriminalprävention – Eine Zwischenbilanz. Vortrag beim Seminar 8/2013 der DHPol am 14.02.2013 (unveröffentlicht)*.

Steffen, Wiebke (2012 a): *Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe. Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag 16. & 17. April 2012 in München.* In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2012), S. 47-119.

Steffen, Wiebke (2012 b): *Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Orte von Bildung und Gewaltprävention. Gutachten für den 15. Deutschen Präventionstag 10. & 11. Mai 2010 Berlin.* In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.) (2012), S. 39-104.

Steffen, Wiebke (2012 c): *Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Anmerkungen zu Erfolgen und Defiziten, Risiken und Nebenwirkungen* (<http://www.kriminalpraevention.bremen.de/sixcms/media.php/13/01%20-%20Wiebke%20Steffen.pdf>).

Steffen, Wiebke (2011): *Moderne Gesellschaften und Kriminalität. Der Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität. Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag 8. und 9. Juni 2009 Hannover.* In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.) (2011), S. 45-116.

Steffen, Wiebke (2009): *Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention. Gutachten für den 13. Deutschen Präventionstag 2. und 3. Juni 2008 in Leipzig.* In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.) (2009), S. 25-72.

Steffen, Wiebke (2006) a: *Kriminalprävention in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte?* In: Feltes, Thomas u.a. (Hrsg.) (2006): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag.* C.F.Müller Verlag Heidelberg, S. 1141-1154.

Steffen, Wiebke (2006 b): *Bürgernahe und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit in Deutschland.* In: Berg, Manfred u.a. (Hrsg.)(2006): *Strafrecht in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Geschichte und neuere Entwicklungen.* Heidelberg, 117-128.

Steffen, Wiebke (2005): *Gremien Kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive.* In: Bannenberg, Britta u.a. (Hrsg.)(2005), S. 156-167.

Steffen, Wiebke (2004): *Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Eine Erfolgsstory?* *forum kriminalprävention* 4/2004, S. 18-21.

Steffen, Wiebke (2002): *Community Policing oder Bürgernahe Polizeiarbeit: Eine neue (Heraus-)Forderung?* *forum kriminalprävention* 1/2002, 11-13.

Steffen, Wiebke (1995): *Veränderungen in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung – Gemeinwesenorientierung als moderne Zielperspektive?* In: *50 Jahre polizeiliche Bildungsarbeit in Münster. Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie* Nr. 3/4/1995, 107-122.

Steffen, Wiebke/Hepp, Reinhold (2007): Strategien polizeilicher Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. In: Arbeitsstelle (Hrsg.)(2007), S. 169-195.

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.) (2013): Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen. Qualitätskriterienkatalog des DFK-Sachverständigenrates für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme.

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg.) (2013): Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen. Impulse des DFK-Sachverständigenrates für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme – Ein Leitfaden für die Praxis.

Stolpe, Oliver (2009): An Overview of Crime Prevention at the International Level. In: Coester, Marc/Marks, Erich /Eds.): International Perspectives of Crime Prevention 3. Contributions from the 3rd Annual International Forum 2009. Godesberg, S. 39-46.

Uhle, Ria (2012): Veränderungen, Umbrüche, Krisen – Gewaltprävention an Schulen im Wandel. In: E. Marks/W. Steffen (Hrsg.)(2012), S. 301-313.

van den Brinck, Henning (2012): Blicke hinter die Kulissen kommunaler Präventionsgremien. Tagungsbericht zum Abschluss-symposium des Forschungsprojekts „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol). forum kriminalprävention 4/2012, S. 4-7.

Waller, Irvin (2012): Ausgewogene Investituoinen in bewährte Kriminalitätsprävention. Kriminalistik 7/2012, S. 415-419.

Waller, Irvin (2011): Mehr Recht und Ordnung! Oder doch lieber weniger Kriminalität? Hrsg. im Auftrag des Deutschen Präventionstages von Burkhard Hasenpusch und Erich Marks. Godesberg.

Welsh, Brandon C./Farrington, David P. (2012): Science, politics, and crime prevention: Toward a new crime policy. Journal of Criminal Justice 40 (2012), S. 128-133.

Wijckmans, Belinda (2013): European Crime Prevention Network (EUCPN): Crime prevention activities on EU, national and local level. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2012 (www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/2256).

Ziercke, Jörg (1998): Anforderungen einer zukunftsorientierten, gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Kriminalitätsvorbeugung – Erfordernis eines bundesweiten Präventionsgremiums. In: Kerner, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.)(1998), S. 281-292.

Eröffnungsplenum

12. Mai 2014 von 11:00 bis 12:30 Uhr
Schwarzwaldhalle



Erich Marks
Geschäftsführer des
Deutschen Präventionstages



Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe



Reinhold Gall
Innenminister des Landes
Baden-Württemberg



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Kongresspräsident und Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe



Dr. Wiebke Steffen

Gutachterin des Deutschen Präventionstages



Prof. Dr. Manuel Eisner

University of Cambridge

Künstlerische Beiträge:

Landespolizeiorchester Baden-Württemberg

Cabuwazi - Kinder- und Jugendzirkus

ABENDVERANSTALTUNG

KONGRESSZENTRUM GARTENHALLE

MONTAG, 12. MAI 2014

Die Stadt Karlsruhe und
das Land Baden-Württemberg laden ein!

Sektempfang ab 18 Uhr

Beginn ab 18:30 Uhr

Bühnenprogramm

DanceVision | Talkrunde | Jacques Brel | Crimestop

Moderation: Markus Brock

Eventcatering

Ende 22:30 Uhr

Networking | Tanzen | Genießen | Wohlfühlen | Reden | Entspannen



Baden-Württemberg
INNENMINISTERIUM



Einzelvorträge

Stadthalle Clubraum

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Sexuellem Kindesmissbrauch vorbeugen – Das Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ Prof. Dr. Dr. Klaus Michael Beier	164
Weltweit 50% weniger Gewalt bis 2050 — Ansätze zu einer globalen Strategie Prof. Dr. Manuel Eisner	166
Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft: Die Sicht der Wissenschaft Prof. Dr. Andreas Beelmann	168
„Missbrauch verhindern“ durch Strafanzeige Andreas Mayer	170
Das Präventionsprinzip im Strafrecht - Weitere Möglichkeiten der Verbesserung Klaus Michael Böhm	172
Ausweitung des Strafrechts auf dopende Sportler - ein sinnvoller Präventionsbeitrag? Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	174

Einzelvorträge

Stadthalle Konferenzraum 2.05

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Gewalt gegen Frauen: auch ein europäisches Thema Antje Niewisch-Lennartz	176
30 Jahre Täter-Opfer-Ausgleich: Verheißung des Guten - aber wie soll es weitergehen? Prof. Dr. Dieter Rössner	178
Gewaltprävention – zur Praxis einer Theorie. Inwieweit lenkt das Wissen um die Ursachen von Gewalt die Praxis der Prävention? Gisela Mayer	180
Das Projekt Sozialnetz-Konferenz in der Bewährungshilfe Österreich – die Aktivierung des sozialen Netzes zur Planung der Hilfe Prof. Dr. Christian Grafl, Hansjörg Schlechter	182
„Trau dich!“ Die bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs. Erfahrungen aus der Kooperation mit den Bundesländern und der wissenschaftlichen Begleitforschung Stefanie Amann, Christiane Firnges	184
Sicher Wohnen - warum benötigt es mehr als (gute) polizeiliche Ratschläge Rita Salgmann	186
„Das Romahaus“ - polizeiliche Prävention als Netzwerkarbeit aus Sicht von Praxis und Forschung Christian Horn, Eva Kiefer	188

Einzelvorträge

Stadthalle Konferenzraum 2.08

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Alkoholprävention vor Ort: Unterstützung von kommunalen Strategien – Maßnahmen der BZgA Michaela Goecke, Prof. Dr. Elisabeth Pott	190
„Schnell weg – zwischen Panik und Gewissen!“ - Vorstellung eines Zivilcourage-seminars für Erwachsene Stefanie Ferdinand, Reiner Greulich	192
Evidenzbasierte Kriminalprävention am Beispiel der Region Rhein-Neckar Günther Bubenitschek, Dr. Melanie Wegel	194
Situative Kriminalprävention; Chancen eines Kooperationsansatzes im Bereich Cybercrime Jörg Bässmann	196
Kriminalpräventive Angebote für ältere Menschen Dierk Marckwardt, Dr. Volkhard Schindler	198
Gewaltprävention in der Schweiz: Zusammenarbeit zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft Thomas Vollmer	200
Kriminalitätsmonitor NRW – Ergebnisse aus einer repräsentativen Opferbefragung zum Wohnungseinbruch Dr. Stefan Kersting, Dr. Daniela Pollich	202

Einzelvorträge

Stadthalle Forum 1

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Sicherheit und Sicherheitsbedrohungen im Alter - Phänomene und Präventionsansätze Prof. Dr. Thomas Görgen, Sandra Kottenga, Benjamin Kraus, Sabine Nowak, Daniel Wagner	204
Kriminalprävention in der Praxis - das Soziale-Stadt-Projekt Bonn-Neu-Tannenbusch Michael Isselmann, Sabine Kaldun, Detlev Schürmann	206
Kriterien gelingender Netzwerke am Beispiel Früher Hilfen Dr. Frauke Zahradnik	208
PaC - Prävention als Chance; Erfahrungen aus 10 Jahren Mehrebenenprogramm auf kommunaler Ebene, Chancen für die Zukunft Susanne Gremmler, Mario Jansen	210
Praxisforschung - Evaluation eines theaterpädagogischen Projekts gegen sexuelle Aggression Prof. Dr. Friederike Eyssel, Dr. Susanne Heynen	212
Evaluation über die elektronische Überwachung in Korea Dr. Cheonhyun Lee, Hark-Mo Daniel Park	214
Rechtsextremismus heute - Erscheinungsformen und Aspekte für die Präventionsarbeit Lisa Hempel, Patrick Neumann	216

Einzelvorträge

Stadthalle Forum 2

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Kommunales Risikomanagement: über die Gemeinsamkeiten von Kindswohlfährdungen und Hurrikans Dr. Björn Weiße	218
Ansätze und Möglichkeiten zur Verhütung vorsätzlicher Brandstiftungen in Wohnbereichen Frank Dieter Stolt	220
Polizei und multi-ethnische Jugend. Was die Polizei gut macht und noch besser machen kann Udo Behrendes, Daniela Hunold, Dr. Dietrich Oberwittler, Anina Schwarzenbach	222
Schütze Dein BESTES. - Prophylaxe für Ihr Gehirn: „a good way to avoid your neurosurgeon“ Prof. Dr. Martin U. Schuhmann	224
Prävention von Jugendgewalt: Kriterien guter Praxis in Familie, Schule und Sozialraum Carlo Fabian, Nadine Käser	226
Präventionsprogramme - mehr als die Summe seiner Teile? Heidrun Mayer, Prof. Dr. Herbert Scheithauer	228
Sicherheit für Alle - Partizipation von Migranten-selbstorganisationen an der Prävention Necati Benli, Jürgen Schmatz	230

Einzelvorträge

Konzerthaus Foyer 2 EG

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Seite

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ - Erfahrungen nach einem Jahr.
Tina Budavari, Petra Söchting

232

Einzelvorträge

Konzerthaus Seminarraum 1

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
„Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ als Kooperationsstrategie	234
Prof. Dr. Andreas Beelmann, Frederick Groeger-Roth, Wolfgang Kahl, Christine Liermann, Erich Marks	
Alltagsprobleme durch Medikamenten- und Drogenkonsum und Lösungsansätze	236
Franz Horst Wimmer	
„RESTORATIVE CIRCLES“ - ein Ansatz mit radikaler heilsamer Wirksamkeit	238
Hannah Hartenberg	
Sichere Schweizer Städte 2025	240
Sybille Oetliker, Dr. Tillmann Schulze*	
Urheberrechtsverletzungen und Raubkopien – der Aufklärungsansatz von RESPE©T COPYRIGHTS	242
Dr. Norbert Taubken, Matthias Wolf*	
Diebstahl- und Überfallschutz durch künstliche DNA. Entwicklungen 2009-2014 und Aussichten	244
Donald van der Laan, Tobias Vogel*	

Einzelvorträge

Konzerthaus Kleiner Saal

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Seite

**Prävention braucht Grundlagenforschung. Ideen
zur Konzeption universeller Gewaltprävention**

246

Prof. Dr. Dieter Hermann

Einzelvorträge

Konzerthaus Foyer 1, EG

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Der Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auf das Strafrecht Dr. Helmut Fünfsinn	248
Kriminalprävention durch härtere Sanktionen? - Die Rolle der Kriminologie Prof. Dr. Dr. Helmut Kury	250
Gewalt in Gruppen und Hooliganismus: Erscheinungsformen, Motive und Prävention Prof. Dr. Niels Habermann	252

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.



Prof. Dr. Dr. Klaus Michael Beier

Charité - Universitätsmedizin Berlin

Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier

Jahrgang 1961, Studium der Medizin (ab 1979) und der Philosophie (ab 1980) an der Freien Universität Berlin; Promotion in der Medizin über ein klinisch-neurophysiologisches Thema (1986) und in der Philosophie mit einem Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte und -theorie der Psychologie und Psychopathologie (1988). Ab 1988 wissenschaftlicher Assistent für Sexualmedizin an der Sexualmedizinischen Forschungs- und Beratungsstelle am Klinikum der Universität Kiel. 1994 Habilitation für Sexualmedizin mit einer retrospektiven Lebenslängsschnittanalyse zur Prognose ehemals begutachteter Sexualstraftäter. Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychoanalytiker. Seit 1996 Professor für Sexualwissenschaft/Sexualmedizin am Universitätsklinikum Charité der Humboldt-Universität zu Berlin; leitet das dortige Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin sowie das „Präventionsprojekt Dunkelfeld“ („Kein Täter werden“) mit mittlerweile neun Standorten in Deutschland.

Sexuellem Kindesmissbrauch vorbeugen – Das Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“

**Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Universität
Tübingen**

**mit einem szenischen Beitrag von Werkraum Karlsruhe
e.V., unterstützt durch die Stiftung Hänsel + Gretel**

Seit 2005 bietet das Präventionsprojekt Dunkelfeld (PPD) Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen, therapeutische Hilfe - kostenlos und unter Schweigepflicht. Ziel des Projektes ist es sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie den Konsum von Missbrauchsabildungen (verharmlosend auch als „Kinderpornographie“ bezeichnet) präventiv zu verhindern. Das Motto lautet: „Damit aus Fantasien keine Taten werden“. Aufgenommen in die Therapie werden Interessenten, die hinsichtlich ihrer Neigung über ein Problembewusstsein verfügen und von sich aus und ohne gerichtlichen Druck therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Der Berliner Standort des PPD ist Initiator und Koordinator des deutschlandweiten Präventionsnetzwerks „Kein Täter werden“ mit acht weiteren Standorten. Dabei garantiert das Präventionsnetzwerk gemeinsame Qualitätsstandards. Ziel ist es, ein bundesweites, flächendeckendes therapeutisches Angebot zur Etablierung der Prävention sexueller Traumatisierungen von Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Seit Projektbeginn 2005 arbeitet das Präventionsprojekt eng mit der Karlsruher Kinderschutzstiftung „Hänsel + Gretel“ zusammen, deren Stiftungsratsmitglied Klaus Michael Beier ist.

Der Vortrag soll über das Projekt und dessen Inhalte, den Ausbau des Präventionsnetzwerks sowie die gemeinsame Netzwerkarbeit und wissenschaftliche Perspektiven informieren.



Prof. Dr. Manuel Eisner

University of Cambridge

Prof. Dr. Manuel Eisner

Manuel Eisner ist Professor for developmental and comparative criminology am Kriminologischen Forschungsinstitut der Universität Cambridge. Er ist ausserdem Leiter des Violence Research Centre <http://www.crim.cam.ac.uk/research/vrc/> an der Universität Cambridge. Seine Forschungsgebiete reichen von vergleichenden Makroanalysen von Gewalt im Zeitvergleich und zwischen Ländern bis hin zu entwicklungspsychologischen Untersuchungen über die Determinanten von Aggression im Lebenslauf. Manuel Eisner hat ausserdem einen Forschungsschwerpunkt im Bereich der Forschung zu Gewaltprävention: Im Zürcher Projekt zur Sozialen Entwicklung von Kindern (<http://www.z-proso.ethz.ch>) werden die langfristigen Wirkungen von zwei Massnahmen der Frühprävention analysiert. In einer neuen Studie in London (London Education and Inclusion Project – LEIP) werden die Wirkungen von Massnahmen zur Reduktion von Schulausschluss als Reaktion auf schulisches Problemverhalten analysiert. Zusammen mit Margit Averdijk arbeitet er aktuell am ersten Gewaltpräventionsführer der Schweiz, der im Laufe dieses Jahres erscheinen wird. Jüngere Publikationen umfassen u.a. Honor Killing Attitudes Amongst Adolescents in Amman, Jordan, (mit Lana Ghuneim, in *Aggressive Behavior*), Do legitimate polities have fewer homicides? A cross-national analysis (mit Amy Nivette, in *Homicide Studies*). sowie den Beitrag „Aggression“ im *Handbook of Child Psychology and Developmental Science* (mit Tina Malti, erscheint 2014).

Weltweit 50% weniger Gewalt bis 2050 — Ansätze zu einer globalen Strategie

Moderation: Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Zuversicht gewachsen, dass sich individuelle Gewalt in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen mit den geeigneten Mitteln wirksam reduzieren lässt. Ausserdem gibt es zunehmend Bemühungen, Strategien international zu koordinieren und die globale Wissensbasis, um wirksame Gewaltreduktion zu verbreitern. Allerdings sind erhebliche weitere Anstrengungen notwendig, um auf der Ebene ganzer Bevölkerungen die angestrebten Wirkungen zu erzielen.

Der Vortrag diskutiert die Frage, welche Strategien notwendig sind, um in den kommenden 30 Jahren weltweit das Niveau von Gewalt um die Hälfte zu reduzieren. Er wird zunächst aufzeigen, dass ein solches Ziel realistisch ist und wird dann untersuchen, in welcher Weise das Wissen aus Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie, Soziologie, Präventionswissenschaft und Kriminologie dazu beitragen kann, eine globale Strategie zur Gewaltprävention, welche auf verschiedenen Ebenen ansetzt, zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk wird der Frage gelten, wie Bemühungen um Gewaltreduktion in Ländern mit besonders hohen aktuellen Gewalttraten gestaltet werden können.



Prof. Dr. Andreas Beelmann

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Andreas Beelmann

geb. 1962, Studium der Psychologie, Soziologie und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent an den Universitäten Bielefeld und Erlangen-Nürnberg. 1994 Promotion im DFG-Sonderforschungsbereich Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter; 2001 Habilitation zur Prävention dissozialer Störungen. Seit Oktober 2004 Professor für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation am Psychologischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Aktuelle Forschungsprojekte zur Prävention von Vorurteilen und Diskriminierung bei Grundschulern und zur Prävention von Armut- und Migrationsfolgen. Weitere Arbeitsschwerpunkte: Förderung sozialer Kompetenz und Prävention kindlicher Verhaltensstörungen; Entwicklungspsychopathologie sozialer Verhaltensprobleme; Probleme und Methoden der Evaluation und Wirksamkeitsforschung; systematische Zusammenfassung und Ergebnisbilanzen von Präventionsprogrammen (Meta-Analysen). Bislang wurden über 100 internationale und deutschsprachige Beiträge (Zeitschriftenartikel, Buchbeiträge) und vier Monographien publiziert, z.B. „Dissoziales Verhalten bei Kindern und Jugendlichen“ (Göttingen: Hogrefe-Verlag, 2007, zusammen mit Tobias Raabe), „Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven“ (Wiesbaden: VS-Verlag, 2009, zusammen mit Kai J. Jonas) und „Antisocial behavior & crime“ (Cambridge: Hogrefe international, 2011, zusammen mit Thomas Bliesener und Mark Stemmler).

Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft: Die Sicht der Wissenschaft

Moderation: Stephan Voß, Alice Salomon Hochschule

Im Beitrag wird die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Entwicklung, Evaluation und Praxisimplementation von Präventionsmaßnahmen herausgearbeitet. Zudem wird über grundsätzliche Probleme des Transfers von wissenschaftlichen Erkenntnissen in praktische Kontexte und bei politischen Entscheidungsprozessen aus wissenschaftstheoretischer Perspektive berichtet. Darauf basierend werden sowohl die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse wie auch das Nutzungsverhalten der Praxis und politischer Entscheidungsträger kritisch diskutiert.



Andreas Mayer

**Polizeiliche Kriminalprävention der
Länder und des Bundes (ProPK)**

Andreas Mayer

50 Jahre

Kriminaldirektor

1984: Einstellung bei der Polizei Baden-Württemberg

1988 - 1996: Polizeidirektion Heilbronn,

Streifen- und Verkehrsdienst, Kriminalpolizei, div. Stabstätigkeiten

1993 - 1995: Studium an der Hochschule f. Polizei (HfPol) in Villingen-Schwenningen

1997 - 1999: Akademie der Polizei Wertheim, Landeskriminalamt BW, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen, Landespolizeidirektion Stuttgart

1999 - 2001: Ausbildung für die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes mit Abschluss an der Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup

2001 - 2003: Innenministerium Baden-Württemberg, Lagezentrum

2003 - 2006: Leiter der Kriminalinspektion 1 der Polizeidirektion Heilbronn

2006 - 2009: Leiter des Polizeireviers Heilbronn

seit 2009:

Geschäftsführer der Zentralen Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes und Leiter der Zentralstelle Prävention und Jugendsachen beim Landeskriminalamt BW

„Missbrauch verhindern“ durch Strafanzeige

Moderation: Harald Schmidt, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Bei der Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs setzen die Polizei und der WEISSE RING auf die Verbindung von Opferschutz und Anzeigenerstattung.

Die Medienkampagne der Polizei „Missbrauch verhindern!“ fordert bewusst dazu auf, Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch auch anzuzeigen. Diese Forderung wird durch unterschiedliche Informationen, Hilfestellungen für den Ernstfall und durch konkrete Erläuterung der Vorgehensweise nach einer Anzeige gestützt. Der Vortrag beleuchtet die konzeptionelle Herangehensweise an dieses komplexe Präventionsthema und zeigt auf, dass eine Strafanzeige auch einen Beitrag zum Opferschutz leistet. Zentrales Element der Kampagne sind fünf Kernbotschaften - in den Feldern Wissen, Offenheit, Aufmerksamkeit, Vertrauen und Handeln - die Erwachsene z. B. auf Aussagen oder Verhaltensauffälligkeiten von betroffenen Kindern aufmerksam machen und ihnen Handlungsempfehlungen an die Hand geben sollen. Näher erklärt wird auch die grafische Gestaltung der Initiative, die auf Ergebnissen der Werbewirkungsforschung beruht. Darüber hinaus werden auch erste Erfahrungen der Polizei bei der Umsetzung der Kampagne vorgestellt.



Klaus Michael Böhm

**Behandlungsinitiative Opferschutz
(BIOS-BW) e.V.**

Klaus Michael Böhm

Der 1955 geborene und aus mehreren Veröffentlichungen aus dem Straf-, Strafprozess- und Auslieferungsrecht bekannte Referent ist nach dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Mannheim und einer dreijährigen Station als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht von Prof. Dr. Bernd Schünemann in Mannheim seit 1986 als Richter im Justizdienst des Landes Baden-Württemberg tätig. Nach einer Abordnung von 1992 bis 1994 als stellvertretender Leiter der Abteilung für die Aufarbeitung des SED-Unrechts an die Staatsanwaltschaft Dresden und von 1995 bis 1998 an die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde er 1998 zum Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe berufen und gehört dort als stellvertretender Vorsitzender dem 1. Strafsenat an.

Klaus Michael Böhm ist Mitbegründer der 2005 im Justizministerium Baden-Württemberg ins Leben gerufenen und beim Oberlandesgericht Karlsruhe ansässigen Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V. und steht dieser nach Vereinsgründung im November 2008 als 1. Vorsitzender vor. Der interdisziplinär besetzte Zusammenschluss setzt sich vor allem für eine Verbesserung des Opferschutzes durch die psychotherapeutische Behandlung von Straftätern ein.

Das Präventionsprinzip im Strafrecht - Weitere Möglichkeiten der Verbesserung

Moderation: Christinie Liermann, Stiftung Deutsches
Forum für Kriminalprävention (DFK)

Mit Inkrafttreten des § 246a Abs. 2 StPO am 1.9.2013 zur Begutachtung von Tätern im Strafverfahren infolge des StORMG hat der Gesetzgeber nach Anhörung der Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V. im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages erstmals den präventiven Opferschutz ausdrücklich im deutschen Recht verankert. Diese Implementierung dient dem Opferschutz, denn nach wissenschaftlichen Erkenntnissen kann durch eine deliktorientierte psychotherapeutische Behandlung das Rückfallrisiko erheblich - um mehr als die Hälfte - reduziert werden.

Gegenstand des Vortrags sind die in enger Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden bestehenden Möglichkeiten zur weiteren rechtlichen Verankerung des Präventionsprinzips im deutschen Recht zur Verhinderung zukünftiger Straftaten. Neben der Erörterung rechtspolitischer Möglichkeiten auch in Folge der anstehenden Neuregelung zur Sicherungsverwahrung werden auch tatsächliche Möglichkeiten der Umsetzung erörtert. Hierzu gehört auch die Verbesserung der Behandlungsangebote in Deutschland, auch und gerade für potentielle Staffäter, sog. Tatgeneigte. Beispielhaft ist hierfür neben dem Angebot der Charité in Berlin („Kein Täter werden“) das vor allem in Baden-Württemberg bestehende, aber auch bundesweit bekannte und zunehmend in Anspruch genommene Präventionsprogramm „Keine Gewalt- und Sexualstraftat begehen“.



Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer

**Justus-Liebig-Universität Gießen /
WEISSER RING e. V., FB Vorbeugung**

Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer

1938 geb. in Hamburg. 1. u. 2. Jur. Staatsprüfung ebenda. 1965 Promotion. 1968-1971 Richter am Landgericht (Jugendstrafkammer) und Dozent an der Universität Hamburg. 1971-1975 Forschungsstipendiat der DFG mit empirisch-kriminologischen Studien zu „Drogen und Delinquenz“ (Titel der Habil.-Schrift 1975). Habilitation für Kriminologie und Strafrecht. Lehrstuhlvertretungen in Hamburg und Gießen. 1976 bis zur Emeritierung 2006 Univ.-Prof. für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug und Direktor des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Über 600 Publikationen zu Straf-, Jugendstraf-, Strafverfahrens-, Strafvollzugs- und Arztrecht, Dunkelfeldforschung, Jugend- und Alters-Kriminologie, Suchtforschung, empirische Strafverfahrens-, Sanktions- und Institutionsforschung, Strafvollzug, Kriminalprävention, Kriminalpolitik. Forschungs- und Vortragsreisen in viele Länder. Mitwirkung in Forschungs- und Beratungsgremien von Politik und Verbänden. Derzeit Mitarbeit im Fachbeirat Vorbeugung des Weißen Rings, einem Forschungsbeirat der Deutschen Hochschule der Polizei und im Hess. Landespräventionsrat. Kriminalpolitische Beiträge in mehreren Massenmedien. Bundesverdienstkreuz I. Kl., Beccaria-Medaille in Gold, Festschriften zum 65. und 70. Geburtstag 2003 und 2008. Verheiratet mit Gisela Kreuzer, zwei Kinder. >www.arthurkreuzer.de<

Ausweitung des Strafrechts auf dopen- de Sportler - ein sinnvoller Präventions- beitrag?

Moderation: Renate Engels, DBH-Bildungswerk

Doping-Enthüllungen erhöhen den Druck, Doping von Sportlern als Straftat zu erfassen. Gesetzentwürfe liegen vor. Kriminalisierung wäre nur ein symbolischer, scheinbarer Beitrag. Umdenken tut not. Allseits stößt man auf doppelbödi-ge Argumentation. Spitzensport wird staatlich finanziell gefördert, gezielt im Blick auf nationales Prestige durch eine Position an der Welt-Leistungsspitze, wissend, dass dies realistisch seit Menschengedenken künstliche Nachhilfe fordert. Die Illusion eines „sauberen, vorbildhaften, gesunden Spitzensports“ soll nun sogar strafrechtlich gefestigt werden. Das stößt auf gesellschaftspolitische, straf- und verfassungsrechtliche Bedenken. Leistungssport fügt sich Bedingungen der Wettbewerbsgesellschaft, Professionalisierung, Kommerzialisierung, Medialisierung und Politisierung. In allen Berufs- und Leistungswelten werden künstliche Stoffe eingesetzt. Strafbarkeit würde gegen die Prinzipien strafloser Selbstschädigung, verfassungsrechtlich gebotener Bestimmtheit, der Beschränkung des Strafrechts als ultima ratio und der Autonomie des Sports verstoßen. Erziehung zu sportlicher Chancengleichheit und Dopingkontrolle sind Aufgaben der Sportverbände selbst. Sie haben wirksamere Möglichkeiten, etwa verdachtsloser Kontrollen und sportgerichtlicher Sanktionen bis zu lebenslangen Sperren. Der Staat soll das nur organisatorisch und finanziell unterstützen.



Antje Niewisch-Lennartz

Niedersächsische Justizministerin

Antje Niewisch-Lennartz

- geb. am 31.12.1952 in Lüneburg, verheiratet, zwei Kinder
- Studium der Rechtswissenschaften in Marburg
- 1979 - 1986 stellvertretende Geschäftsführerin des Studentenwerks der Gesamthochschule Kassel
- 1986 - 1988 Richterin auf Probe
- •1988 - 1993 Richterin am Verwaltungsgericht bei dem Verwaltungsgericht Kassel
- 1993 - 1995 Richterin am Verwaltungsgericht bei dem Verwaltungsgericht Osnabrück unter Abordnung an das Niedersächsische Innenministerium (Landesbeauftragter für den Datenschutz)
- 1996 - 2005 Richterin am Verwaltungsgericht bei dem Verwaltungsgericht Hannover
- 2005 - 2013 Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht bei dem Verwaltungsgericht Hannover
- seit 2002 auch Richtermediatorin
- 19.02.2013 Ernennung zur Niedersächsischen Justizministerin

Gewalt gegen Frauen: auch ein europäisches Thema

Moderation: Dr. Wiebke Steffen, Deutscher Präventionstag

Die Bedeutung des Themas „Gewalt gegen Frauen“ wird im europäischen Kontext von unterschiedlichen Seiten markiert. Nationale und internationale Studien zeigen, dass geschlechtsspezifische Gewalt in allen europäischen Ländern ein gravierendes Problem darstellt. Betroffen ist eine erhebliche Anzahl von Mädchen und Frauen, die im Zusammenhang mit Menschenhandel, Zwangsprostitution und vor allem durch häusliche Gewalt verletzt und beeinträchtigt werden. Die Forschungsergebnisse begründen einen erheblichen Handlungsbedarf zum Schutz und zur Unterstützung Betroffener. Hierzu existieren auf europäischer Ebene Richtlinien und Konventionen, die wichtige Impulse zur Bekämpfung von Gewalt geben. Diese Entwicklung ist in einiger Hinsicht weit fortgeschritten. Gesellschaftliches Bewusstsein, rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren maßgeblich verbessert: Gewalt gegen Frauen wird nicht mehr tabuisiert und geleugnet, Regelungen zum Schutz der Opfer wurden ausgebaut und präzisiert. Das System der Hilfen hat sich differenziert und verdichtet und dazu beigetragen, Belastungen und Leiden der Betroffenen zu mildern. Darüber hinaus bleibt es ein wichtiges Ziel, Gewalt von vornherein zu verhindern bzw. messbar zu vermindern. Prävention gegen Gewalt an Frauen muss ausgebaut werden, das erfordert Bildung und Sensibilisierung zu Themen wie Gleichstellung, Rollenstereotypen, Respekt und Gewaltfreiheit. Europäische Richtlinien und Konventionen bilden eine verbindliche Agenda für Gewaltschutz und Prävention. Im föderalen System der Bundesrepublik richtet sich die Verpflichtung, entsprechende Maßnahmen umzusetzen, an alle Ebenen der Gesellschaft. Beispiele aus Niedersachsen illustrieren aktuelle Handlungsansätze in diesem Bereich.



Prof. Dr. Dieter Rössner

Prof. Dr. Dieter Rössner

1945, Studium, Promotion und Habilitation (1985) in den Rechtswissenschaften in Tübingen; 10-jährige Tätigkeit (1975–85) im baden-württembergischen Justizdienst als Richter, Staatsanwalt und Referent im Justizministerium. 1985-88 an der Universität Lüneburg, danach Lehrstühle für Strafrecht und Kriminologie an den Universitäten Göttingen, Halle und von 1997 bis 2012 in Marburg (Direktor des Instituts für Kriminalwissenschaften). Vorsitzender des Landespräventionsrates in Hessen. Forschungs- und gebiete: Strafrechtliche Kontrolle und Sanktionswirkungen, Strafrechtstheorie, Täter-Opfer-Ausgleich und opferbezogene Strafrechtspflege, Forensische Psychiatrie, Gewaltforschung, Vergleichsuntersuchungen zur Persönlichkeit von Straftätern, empirisch orientierte Kriminalprävention und Wirkungsforschung; Sportstrafrecht.

30 Jahre Täter-Opfer-Ausgleich: Verheißung des Guten - aber wie soll es weitergehen?

Moderation: Renate Engels, DBH-Bildungswerk

Das kriminalpolitische Programm des TOA entwickelte sich in Deutschland als zaghafte Außenseiteridee gegen das Strafrecht als bloß staatliches Vergeltungs- und Sicherungsinstrument. TOA sollte daneben ein Mittel der selbstverantwortlichen Konfliktregelung und Normwiederherstellung nach Straftaten entgegensetzen. Die Idee traf in den 1980er-Jahren auf günstige gesellschaftliche Bedingungen: Wirkungskrise des Strafrechts, Aufwertung der Opferposition, mehr Teilhabe der Bürger am Staat (Kommunitarismus) und gelungene Modellprojekte zum Vorzeigen. TOA avancierte zur „hoffnungsvollsten Alternative im Sanktionensystem“, bestimmte die wissenschaftliche Diskussion und gelangte zwischen 1990 und 2000 mit klaren Vorgaben in das JGG, StGB und die StPO.

Das war es dann aber erst einmal! Nach der ersten Erfolgsgeschichte trat Stagnation ein: Stillstand bei den schon geringen Sanktionsanteilen, Zurückhaltung in der Justizpraxis, kein Ausbau flächendeckender Organisation zur Konfliktregelung und vor allem fehlendes Finanzierungskonzept. In diesen Bereichen muss es weitergehen, wenn die hoffnungsvollste Alternative zur Strafe in die Praxis umgesetzt werden soll. Überlegungen dazu werden vorgestellt.



Gisela Mayer

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Gisela Mayer, M. A.

Dozentin und Lehrerin für Ethik, Psychologie, Philosophie

Geb. 1956, Stuttgart

Studium der Kristallographie, der Philosophie und der Psychologie in München

Nach Studienabschluss Unterricht am Oskar-von-Miller-Gymnasium, München

1985-1987 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Philosophischen Lehrstuhl in Bayreuth, Mitautorin des bayerischen Lehrbuchs für Ethik an Schulen

1987 Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausbildung für Rhetorik

seit 1991 Mitarbeiterin des Metzler-Verlages, Bereich Literatur-Lexikon

seit 2004 Lehrtätigkeit im Bereich Erwachsenenbildung

seit 2005 Lehrtätigkeit an Krankenhäusern - Bereich Ethik, Psychologie

seit 2008 Lehrtätigkeit an verschiedenen Schulen des Internationalen Bundes

seit 2009 Vorstand des Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen

2010 Autorin des Buches „Die Kälte darf nicht siegen“

Gewaltprävention – zur Praxis einer Theorie. Inwieweit lenkt das Wissen um die Ursachen von Gewalt die Praxis der Prävention?

Moderation: Renate Engels, DBH-Bildungswerk

Das Spannungsverhältnis eines Begriffspaares, das uns in vielen Lebensbereichen als Verhältnis von „Idee und Wirklichkeit“ oder „Plan und Umsetzung“ begegnet, zeigt die Problematik der Beziehung von Denken und Handeln – zuweilen gemäß dem Gemeinpruch: „Das mag ja in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“. Dieses Verhältnis im Hinblick auf Prävention soll Gegenstand unserer Überlegungen sein.

Gewaltprävention als Oberbegriff für Maßnahmen, Programme und Projekte, die zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungen beitragen sollen, basiert immer auf der Theorie der Entstehung von Gewalt im individuellen, wie gesellschaftlichen Umgang.

Hinter jeder Präventionsmaßnahme steht dabei der Anspruch, dass die produktive Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu einem guten, gelingenden Leben beiträgt. Unsere Vorstellung von professionellem Handeln, guter Erziehung, guter Schule und demokratischem Zusammenleben schließt ein, dass wir uns darüber auf vernünftige, rationale Weise verständigen können und dass diese Verständigung unser Handeln lenkt.

Anhand verschiedener Beispiele werden Fragen, wie

- worin besteht die Grundlage der Praxis von Schulen?
 - inwiefern können die Ergebnisse aktueller Forschung im Schul – und Erziehungsalltag handlungsleitend werden?
- erörtert werden.



Prof. Dr. Christian Grafl

Universität Wien



Hansjörg Schlechter

Neustart Österreich

Christian Grafl

wurde 1959 in Wien geboren. Nach der Matura studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien und promovierte 1983. Seit 1981 ist er mit zwei kurzen Unterbrechungen wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien. Christian Grafl hat sich 1999 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien habilitiert und die Lehrbefugnis für Kriminologie und Kriminalistik erworben. Er ist Leiter der Abteilung Kriminologie des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien und Koordinator des Wahlfachkorbes „Strafjustiz und Kriminalwissenschaften“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kriminalprävention, Sanktionenforschung, Jugendkriminalität und naturwissenschaftliche Kriminalistik.

Hansjörg Schlechter

arbeitet seit 1974 beim Verein für Bewährungshilfe und Soziale Arbeit heute NEUSTART; zuerst als Bewährungshelfer in Wien, später als Fachbereichsleiter für Haftentlassenhilfe und Wohn- und Kriseneinrichtungen. Derzeit ist er Leiter eines Projektes zur Anwendung von Conferencing bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter Bewährungshilfe.

Das Projekt Sozialnetz-Konferenz in der Bewährungshilfe Österreich – die Aktivierung des sozialen Netzes zur Planung der Hilfe

Moderation: Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

Der Verein NEUSTART Österreich hat im Frühjahr 2012 die Universität Wien mit einer begleitenden Evaluierung der bis Ende 2013 dauernden Pilotphase des Projektes „Sozialnetz-Konferenz in der Bewährungshilfe“ beauftragt. Neben einer umfassenden quantitativen Erhebung werden im Rahmen der Evaluationsstudie auch qualitative Verfahren eingesetzt, um die Durchführbarkeit und Nützlichkeit sowie die Auswirkungen dieses für Österreich neuen Verfahrens in der Bewährungshilfe zu beurteilen. Der Vortrag gibt einen Überblick über Entstehung und Praxis der Sozialnetz-Konferenz, stellt die Ergebnisse der Evaluationsstudie vor und diskutiert mögliche Verbesserungs- und Veränderungsstrategien.

Eine Sozialnetz-Konferenz will Lösungen in schwierigen sozialen Lagen und Krisen unter Einbeziehung des Jugendlichen und seines Umfeldes finden, dabei kann es auch um Wiedergutmachung und Aussöhnung mit dem Opfer der Straftat gehen. Die konsequente Einbindung der sozialen Umwelt erfordert vom professionellen Helfersystem einen Perspektivenwechsel und Lösungsabstinenz. Die veränderte Rolle professioneller HelferInnen orientiert sich an den Stärken und Ressourcen der Betroffenen. Bisher wurden 54 Konferenzen durchgeführt. Anwendungsbereiche: vor einer Haftentlassung, als Entscheidungshilfe für den/die HaftrichterIn bei U-Haft, zur Lösung von sozialen Problemen und als Wiedergutmachungskonferenz.



Stefanie Amann

**Bundeszentrale für gesundheitliche
Aufklärung (BZgA)**



Christiane Firnges

**Bundeszentrale für gesundheitliche
Aufklärung (BZgA)**

Stefanie Amann

geb. 1962. 1990 - 1994 Youth-Workerin in der AIDS-Hilfe Oberhausen e.V. Referententätigkeit und Lehraufträge zur Sexualaufklärung und AIDS-Prävention an der Ruhruniversität Bochum und Gesamthochschule Essen. Von 1994 - 2012 Referentin in der Abteilung Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Seit 1992 Leiterin des Referates „Prävention von sexuellem Missbrauch“ in der BZgA und verantwortlich für „Trau dich! Bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs“.

Christiane Firnges

Jahrgang 1965. Studium der Erziehungswissenschaften (Technische Universität - Berlin) und Public Health „Psychosoziale Prävention und Gesundheitsförderung“ (Freie Universität Berlin). Referentin in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und verantwortlich für die Evaluation von „Trau dich! Bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs“.

„Trau dich!“ Die bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs.

Moderation: Dr. Thomas Hacker, Niedersächsisches Justizministerium

Erfahrungen aus der Kooperation mit den Bundesländern und der wissenschaftlichen Begleitforschung

Um Kinder besser vor Übergriffen zu schützen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam mit der BZgA die bundesweite Initiative „Trau dich!“ zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs gestartet. Sie ist Teil des Aktionsplans 2011 der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung. Die Initiative richtet sich an 8-12jährige Mädchen und Jungen und umfasst mehrere Bausteine: das Theaterstück „Trau dich! Ein starkes Stück über Gefühle, Grenzen und Vertrauen“, das Online-Portal www.trau-dich.de für Kinder, Elternabende, Fortbildungsangebote für schulische Fachkräfte und begleitende Printmedien. Vorgestellt werden die Kooperation mit den Bundesländern und dem regionalen Hilfesystem sowie die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung.



Rita Salgmann

Landeskriminalamt Niedersachsen

Rita Salgmann

Landeskriminalamt Niedersachsen

Kriminalbeamtin, Aufstieg in den höheren Polizeidienst 1988, seitdem Angehörige des Landeskriminalamtes Niedersachsen. Seit 2002 Leiterin der Zentralstellen Prävention, Jugendsachen, Gewalt, Eigentum. Vorsitzende der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes.

Schwerpunktmäßig befasst mit der Gewaltprävention (Kinder- und Jugendgewalt, sexuelle und häusliche Gewalt) sowie der Kriminalprävention im Städtebau. Verantwortlich für eigene landesweite Projekte wie u.a. Programmen zur schulbezogenen Gewaltprävention, Kriminalprävention im Städtebau.

Sicher Wohnen - warum benötigt es mehr als (gute) polizeiliche Ratschläge

Moderation: Günther Ebenschweiger, Plattform für Kriminalprävention Wissenstransfer und Vernetzung GmbH

Sicherheit in der eigenen Wohnung sowie im direkten Wohnumfeld ist ein menschliches Grundbedürfnis. Als konsequente Fortentwicklung der polizeilichen sicherungstechnischen Fachberatung zum Schutz vor Einbruch und Raub sieht die Polizei Niedersachsen die städtebauliche Prävention an.

In nahezu allen Feldern der Kriminalprävention ist bislang die gesamtgesellschaftliche Verantwortung anerkannt, nur der Einbruchschutz gilt noch als klassische Domäne der Polizei. Warum aber nicht nur der einzelne Bürger/die Bürgerin, die Polizei und vielleicht noch Sicherheitsunternehmen sondern auch Verantwortungsträger in den Kommunen und Verbände gefordert sind, wird anhand der Erfahrungen, die in nationalen und internationalen Projekten wie „Kriminalprävention im Städtebau“ und dem EU-Projekt „Planning urban Security (Plus)“ gewonnen werden konnten, dargestellt. Der Fokus wird auf die Umsetzung der gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse in die tägliche praktische Arbeit und deren Bedeutung für die Bewältigung der aktuellen Probleme (Stichwort: Anstieg des Wohnungseinbruchs) gelegt.



Eva Kiefer

Johann-Wolfgang-Goethe Universität



Christian Horn

Polizei Berlin

Eva Kiefer

wiss. Mitarbeiterin im Forschungsprojekt CODISP, Institut für Soziologie, J.W.Goethe-Universität Frankfurt/Main und Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin.

Christian Horn

Polizeihauptkommissar, 1963 geb. in Berlin-Kreuzberg, seit 1980 bei der Berliner Polizei, 1980-1990 Einsatzinheit (Technische Einsatzbereitschaft 3 / TDd), 1990-1998 Polizeiabschnitt 55 (Berlin-Neukölln), seit 1998 Polizeidirektion 5 / Arbeitsgebiet Integration Migration (Dir 5 ZA/AGIM), seit 2007 Mitglied des Migrationsbeirates Friedrichshain-Kreuzberg, 2011-2012 Teilnehmer am Expertendialog der Bundeskanzlerin – „Wie wollen wir zusammenleben“ / Arbeitsgruppe Sicherheit. Dir 5 ZA/AGIM gewann 2012 den 3. Platz des Wettbewerbs „Partnerschaft-Sicherheit“ des Bundesministerium des Innern.

„Das Romahaus“ - polizeiliche Prävention als Netzwerkarbeit aus Sicht von Praxis und Forschung

Moderation: Dr. Helmut Fünfsinn, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Im Rahmen des Forschungsprojektes CODISP (Projekt im BMBF-Forschungsprogramm „Zivile Sicherheit“) werden Praxisformen polizeilicher Kriminalprävention untersucht. Am Beispiel der Arbeit einer polizeilichen Fachdienststelle rund um ein vor allem von Familien der Volksgruppe Roma bewohntem Haus, wird die Netzwerkarbeit als eine spezifische Form von Präventionsarbeit vorgestellt. Es wird skizziert, wie sich die Thematik vor Ort über viele Jahre hinweg entwickelte und wie sich die unterschiedlichen Beteiligten aus Polizei, Bewohnerschaft, Politik und von Seiten des Immobilienbesitzers in diese Entwicklung einbringen. Die Voraussetzungen und Herausforderungen für diese Form der polizeilichen Vorgehensweise werden zusammen mit der Leitung der Dienststelle in diesem Vortrag aufgezeigt und aus Perspektive des Forschungsprojektes kontextualisiert.

CODISP (Concepts for the Development of Intelligence, Security and Prevention) ist ein dreijähriges ethnographisches Forschungsvorhaben, das nach der Generierung und Zirkulation von Wissen im Zuge der präventiven polizeilichen Arbeit fragt. Im Fokus steht, wie mit Prävention befasste PolizeibeamtInnen Sozialräume erschließen, relevante Personen kontaktieren, Beziehungen pflegen, Berichte anfertigen, etc. Analysiert wird das Zusammenspiel von polizeilicher Wissensarbeit einerseits und wissensbasierter Polizeiarbeit andererseits.



Michaela Goecke

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)



Prof. Dr. Elisabeth Pott

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Michaela Goecke

M.A., geb. am 02. August 1964 in Gummersbach, Leiterin des Referats für Suchtprävention in der BZgA.

1986 – 1991: Studium der Sinologie, Germanistik, Romanistik, Deutsch als Fremdsprache in Köln, Jinan (VR China), Bonn. 1992-1997: Stipendiatin und Lektorin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Polen. 1997-1998: Reintegrationsstipendium. 1998-1999: Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen; 2000-2009: Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, Bonn, Schwerpunkt: Tabakprävention. 2009: BZgA, Köln, Schwerpunkt: Alkoholprävention. Seit 2011 Referatsleiterin für den Bereich Suchtprävention.

Prof. Dr. med. Elisabeth Pott

geb. am 10. Januar 1949 in Bochum, Direktorin der BZgA; 1967 – 1974: Medizinstudium in Bonn und Kiel, 1976: Approbation, Promotion (Gerichtsmedizin), 1976 / 77 Chirurgische Weiterbildung, 1981: Ärztin für öffentliches Gesundheitswesen, 1978: Referentin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Gesundheitsvorsorge und Früherkennung in der GKV), 1981: Referatsleiterin im Niedersächsischen Sozialministerium (Gesundheitsvorsorge und -fürsorge im ÖGD). Seit März 2007: Honorarprofessur an der Medizinischen Hochschule Hannover im Zentrum Öffentliche Gesundheitspflege, Institut für Epidemiologie, Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung. Seit 1986: Direktorin der BZgA.

Alkoholprävention vor Ort: Unterstützung von kommunalen Strategien – Maßnahmen der BZgA

Moderation: Kristin Adamaszek, Stiftung Pro Kind

Die Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Alkohol ist vor dem Hintergrund der weiten Verbreitung von hohem Alkoholkonsum in Deutschland ein Schwerpunktbereich innerhalb der Suchtprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Seit 2009 unterstützt der Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) diesen Schwerpunktbereich und ermöglicht damit die Durchführung der bislang größten BZgA-Alkoholpräventionskampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ mit der Zielgruppe der Jugendlichen.

Im Rahmen der Kampagne werden in Kooperation mit den Ländern auch die kommunalen Alkoholpräventionsstrategien gefördert, denn immer häufiger verlagert sich Alkoholkonsum in den öffentlichen Raum, was mit Lärm, Gewalt und Vandalismus einhergehen kann. Zahlreiche Kommunen stehen vor der Herausforderung, dem Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit mit abgestimmten gesundheits-, sozial- und ordnungspolitischen Präventionsstrategien zu begegnen. Die BZgA hat hierzu unter anderem ein dreijähriges Modellprojekt in NRW initiiert, das untersuchte, welche Strukturen erforderlich sind für gelingende Vernetzung der Akteure vor Ort. Die Ergebnisse des Modellprojekts werden vorgestellt. Es wird diskutiert, wie ein wirkungsvolles kommunales Gesamtkonzept zur Vorbeugung von Alkoholmissbrauch entwickelt und in den Transfer gegeben werden kann.



Stefanie Ferdinand



Reiner Greulich

Sicheres Heidelberg e.V.

Stefanie Ferdinand

ist Erziehungswissenschaftlerin und Theaterpädagogin. Sie ist freischaffend in vielen unterschiedlichen kultur- und theaterpädagogischen Projekten tätig. Seit 2011 ist sie als Zivilcouragetrainerin für die Präventionsvereine Prävention Rhein-Neckar e.V. und Sicheres Heidelberg e.V. unterwegs. Aktuell leitet sie den Nachbarschaftstreff im neuen Stadtteil Heidelberg-Bahnstadt.

Reiner Greulich

ist seit 1982 Angehöriger der Polizei Baden-Württemberg. Von 1986-1989 absolvierte er das Studium an der FHPol in Villingen-Schwenningen. Im Anschluss war er bis 1999 als Dienstgruppenleiter und als Polizeiführer vom Dienst bei der Polizeidirektion Heidelberg tätig. Seit 1999 ist er Mitarbeiter im Bereich Prävention und Geschäftsführer des Vereins Sicheres Heidelberg e.V.

„Schnell weg – zwischen Panik und Gewissen!“ - Vorstellung eines Zivilcourage-seminars für Erwachsene

Moderation: Bernd Fuchs, Chefredaktion Kriminalistik

Das Seminar „Schnell weg!“ – zwischen Panik und Gewissen möchte Menschen fit machen für den Ernstfall. Es geht um die Fragen: Was kann ich tun, wenn ich eine gef. Situation beobachte? Wie kann ich helfen? Was wird erwartet? Kann ich mich selbst strafbar machen, wenn ich nichts tue? Die Antworten werden informativ und in Spielszenen vermittelt. Das Trainerteam besteht aus einer Theaterpädagogin und einem Polizeibeamten.

Mit einem bewährten Zusammenspiel von Theorie und situativem Training wird flexibel auf Fragen und Unsicherheiten der Teilnehmer eingegangen. Oft sind es alltägliche Begebenheiten, in denen Unsicherheit erlebt wird – beispielsweise auf öffentlichen Wegen und Plätzen, in Bussen und Bahnen etc. Die Teilnehmer des Trainings erlernen an nachgespielten, oft selbst erlebten Situationen, welche Handlungsalternativen ihnen zur Verfügung stehen und wie sie konkret helfen können, ohne sich in Gefahr zu bringen. Das Training baut auf die polizeilichen sechs Regeln der „Aktion Tu Was“ auf. Mit der Darstellung einer Situation wird ein realistischer Einblick in das Training gegeben. Durch die praktischen Übungen wird der Effekt erzielt, die hilfreichen Anregungen und Tipps der Trainingsszene im Notfall wieder abrufen zu können.



Günther Bubenitschek

Prävention Rhein-Neckar e.V.



Dr. Melanie Wegel

Universität Zürich / Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V.

Dr. Melanie Wegel

Institut für Erziehungswissenschaften, Universität Zürich.
Kriminologin, Soziologin und Erziehungswissenschaftlerin.

Günther Bubenitschek

Erster Kriminalhauptkommissar Günther Bubenitschek, Leiter der Prävention der Polizeidirektion Heidelberg.

Evidenzbasierte Kriminalprävention am Beispiel der Region Rhein-Neckar

Moderation: Bernd Fuchs, Chefredaktion Kriminalistik

Die Kommunale Kriminalprävention sieht sich in letzter Zeit verstärkt der Kritik ausgesetzt durch Primärprävention eine Stigmatisierung von Kindern und Jugendlichen auszulösen und Kriminalitätsfurcht zu entfachen. Am Beispiel der gemeinnützigen Präventionsvereine Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V. sowie Sicheres Heidelberg e.V., zeigt sich jedoch, dass durch eine evidenzbasierte Präventionsarbeit die Kriminalitätsfurcht reduziert und die Wahrscheinlichkeit der Opferwerdung verringert werden kann. Beispielhaft wird ein Projekt zur Medienkompetenz, basierend auf den internationalen Befunden in den Bereichen Cybermobbing, illegale Downloads, Umgang mit persönlichen Daten vorgestellt, welches durch die Universität Zürich evaluiert wurde und somit entsprechend den Adressaten Schüler, Eltern sowie Lehrpersonen adaptiert und umgesetzt wird. Die Region Rhein-Neckar steht somit stellvertretend für eine erfolgreiche Kooperation von Wissenschaft und Praxis unter Einbezug sämtlicher Netzwerke, namentlich auch die Kommunalpolitik. Im Vortrag werden einerseits die Arbeitsweise der Präventionsvereine sowie die Vorgehensweise bei der evidenzbasierten Präventionsarbeit einschliesslich der empirischen Ergebnisse vorgestellt.

Jörg Bässmann

Bundeskriminalamt

Jörg Bässmann

Der Autor ist seit 1995 in der kriminalistisch-kriminologischen Forschungs- und Beratungsgruppe (KI 1) des Bundeskriminalamts tätig. Im Anschluss an eine langjährige Verwendung in der Prävention befasst er sich seit 2012 mit dem Themenfeld Cybercrime.

Situative Kriminalprävention; Chancen eines Kooperationsansatzes im Bereich Cybercrime

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Universität Tübingen

Trotz internationaler Befunde zur Wirksamkeit ist die situative Kriminalprävention ein in Deutschland im Vergleich zum englischsprachigen Ausland nur wenig systematisch beforschter Präventionsansatz.

Der Ansatz steht exemplarisch für das Tagungsthema, setzt er doch ein partnerschaftlich organisiertes, kooperatives Handeln voraus. Er zeigt allerdings auch, dass das Tagungsthema noch zu kurz gegriffen sein könnte, da für die Verringerung von Tatgelegenheiten im Sinne eines „security by design“ bzw. „safety by design“ nicht nur Praxis, Politik und Wissenschaft von Bedeutung sind. Abhängig von einem spezifischen Kriminalitätsproblem sind alle Stakeholder, die einen Beitrag zur Verringerung dieses Problems leisten können, zu beteiligen, wozu beispielsweise auch Unternehmen und Verbände gehören.

Über klassische Anwendungsbeispiele bspw. in den Bereichen Haus- und Wohnungseinbruch oder dem Kfz-Diebstahl hinaus bietet die situative Kriminalprävention aus Sicht des Autors auch Chancen hinsichtlich der Verringerung bzw. Vermeidung von Cybercrime. Eine Diskussion findet dazu allerdings bislang kaum statt. Das zu ändern, soll der Vortrag einen kleinen Beitrag leisten.

Dierk Marckwardt

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Dr. Volkhard Schindler

**Polizeiliche Kriminalprävention der Länder
und des Bundes (ProPK)**

Dierk Marckwardt

Geb. 1970, Kriminaloberrat. 1995 Eintritt in die Polizei Baden-Württemberg, seitdem verschiedene Funktionen u.a. beim Landeskriminalamt und Innenministerium. Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Seit 2009 im Landeskriminalamt Leitung des Bereichs „Landesprävention und Jugendsachen“ in der Zentralstelle Prävention (dort stellvertretende Leitung). Mitglied für BW in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention; dabei Leitung von Bund-Länder-Projektgruppen u.a. zu den Themen „Jugendkriminalität“ und „Senioren“ mit dem Ziel, polizeiliche kriminalpräventive Angebote für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) zu entwickeln.

Dr. Volkhard Schindler

Studium der Soziologie und Politologie mit Abschluss Magister an der Universität Tübingen. 1990-1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der „Forschungsstelle Lebenswelten behinderter Menschen“ der Universität Tübingen, 1991-1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Institut für Kriminologie“ der Universität Tübingen mit Schwerpunkt der Analyse von Langzeit- und Verlaufsstudien zum Delinquenzverhalten junger Menschen. Seit 1999 sozialwissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes mit den Arbeitsschwerpunkten Jugendkriminalität, Qualitätssicherung polizeilicher Präventionsprojekte und Evaluation.

Kriminalpräventive Angebote für ältere Menschen

Die Lebenssituationen älterer Menschen stellen sich durch die immer länger werdende Lebensspanne im Alter sehr unterschiedlich dar. Entsprechend bewegen sich ältere Menschen in z. T. höchst unterschiedlichen Gefahrenzonen von Kriminalität. Um hier präventiv wirken zu können, ist eine differenziertere Betrachtung notwendig. Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes folgt diesem Ansatz, in dem sie zwei Zielgruppen von Seniorinnen und Senioren grundlegend unterscheidet: Personen im „Dritten Lebensalter“, die ungeachtet des konkreten Alters in ihren gesundheitlich bedingten Handlungskompetenzen kaum eingeschränkt sind, und Personen des „Vierten Lebensalters“, die in Bezug auf ihre Mobilität oder mental Funktionseinschränkungen aufweisen.

Damit kriminalpräventive Informationsangebote möglichst gut auf die jeweilige Zielgruppen und deren Bedürfnisse bei der Informationsaufnahme ausgerichtet werden können, wurde ein Vortest durchgeführt. Jeweils ca. 50 Personen sind - z. T. in Einzelinterviews, z. T. in Gruppendiskussionen - zu der für die jeweilige Zielgruppe geplanten Broschüre befragt worden. In dem Vortrag würden die wesentlichen konzeptionellen Überlegungen zu den Broschüren sowie die zentralen Befunde aus der Befragung der Testpersonen vorgestellt.



Thomas Vollmer

**Eidgenössisches Departement
des Inneren**

Thomas Vollmer

Jg. 1971 ist Ressortleiter Jugendschutzprogramme im Bereich Kinder- und Jugendfragen des Eidgenössischen Departements des Inneren in Bern. In dieser Funktion verantwortet er zwei nationale Programme im Bereich der Gewaltprävention (www.jugendundgewalt.ch) sowie im Jugendmedienschutz (www.jugendundmedien.ch). Er leitet die Erarbeitung von Berichten und Stellungnahmen zuhanden der Schweizerischen Bundesregierung und steht in Kontakt mit zahlreichen Akteuren der Kriminalprävention aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Praxis. Als ausgebildeter Diplom-Sozialpädagoge (FH) und Sozialwissenschaftler (MA) beschäftigte er sich bereits in unterschiedlichen Funktionen, Projekten und Arbeitsfeldern mit benachteiligten, verhaltensauffälligen und delinquenten Jugendlichen insbesondere in der Schweiz, den USA, Deutschland und England.

Gewaltprävention in der Schweiz: Zusammenarbeit zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft

Moderation: Gisela Mayer, Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

In der Schweiz setzen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden in den Jahren 2011 - 2015 gemeinsam das nationale Präventionsprogramm Jugend und Gewalt um. Es zielt darauf, die Wirksamkeit von Massnahmen zur Gewaltprävention zu verbessern und nachhaltige Strukturen für Zusammenarbeit und Austausch zu schaffen. Der Bund unterstützt die regional und kommunal zuständigen Akteure in Politik und Praxis bei der Entwicklung und Umsetzung von erfolgversprechenden Strategien und Massnahmen der Gewaltprävention in den Bereichen Familie, Schule und Sozialraum.

Kern des Programms ist der Aufbau einer Wissensbasis für Good Practice. Erfahrungen aus Pilotprojekten und aus der Evaluation von Präventionsprogrammen fliessen dort ebenso ein, wie die Ergebnisse internat. Forschung sowie einer Bestandesaufnahme zur Gewaltprävention in der Schweiz. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis werden gebündelt und den Präventionsverantwortlichen vermittelt. Oberstes Ziel ist, die Akteure vor Ort zu befähigen, geeignete Präventionsmassnahmen auszuwählen, dem Kontext anzupassen und optimal umzusetzen. Dabei soll auch der Austausch zwischen den Akteuren – insbesondere der verschiedenen Sprachräume – gefördert werden.

Nachdem die Gewaltprävention im schulischen Umfeld bereits gut entwickelt ist, liegt ein Fokus derzeit auf präventiven Massnahmen im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit dem städtischen Nachtleben.



Dr. Stefan Kersting

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen



Dr. Daniela Pollich

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Dr. phil. Stefan Kersting

Jg. 1963, Kriminalhauptkommissar, Magisterstudium der Soziologie, Politik- und Rechtswissenschaft. Seit 2006: Mitarbeiter der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen.

Dr. Daniela Pollich

Jg. 1980, Diplom-Soziologin, von 1999 bis 2004 Studium der Soziologie in Eichstätt und Trier, 2009 Promotion zum Dr. phil. in Bielefeld. 2005 bis 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Trier und Bielefeld sowie der MLU Halle-Wittenberg, seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen.

Kriminalitätsmonitor NRW – Ergebnisse aus einer repräsentativen Opferbefragung zum Wohnungseinbruch

Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften

Der Kriminalitätsmonitor NRW wurde als erste landesweite periodische Opferbefragung zur Ergänzung der Kriminalitätsdarstellung konzipiert. Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu Opfererfahrungen bei Wohnungseinbruch, Raub, Diebstahl aus Kraftfahrzeugen und Körperverletzungsdelikten wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2011 durchgeführt. Damit können zum einen Aussagen über Risikofaktoren und gefährdete Personengruppen getroffen werden, zum anderen können strukturelle Unterschiede zwischen Taten im Hell- und Dunkelfeld dargestellt werden. Der Vortrag widmet sich schwerpunktmäßig den Ergebnissen zum Wohnungseinbruch. Diese liefern wertvolle Hinweise für die Entwicklung von Präventionskonzeptionen.

Prof. Dr. Thomas Görgen

Deutsche Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Thomas Görgen ist Psychologe und Leiter des Fachgebiets Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Sandra Kotlenga

Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e. V.

Sandra Kotlenga ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. in Göttingen. Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen im Bereich von Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen älterer Menschen, auf den Feldern der Beschäftigungspolitik und sozialen Integration sowie des bürgerschaftliches Engagements.

Benjamin Kraus

Sabine Nowak

Daniel Wagner

Deutsche Hochschule der Polizei

Sabine Nowak M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin, Daniel Wagner M.A. und Dipl.-Soz. Benjamin Kraus sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Deutschen Hochschule der Polizei. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u.a. Fragen der Gefährdung älterer Menschen durch Kriminalität und Gewalt sowie der Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen in Bezug auf diese Zielgruppe. Daneben liegen aktuelle Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen der Kriminalität junger Menschen sowie der Kriminalprävention in unterschiedlichen Deliktsbereichen.

Sicherheit und Sicherheitsbedrohungen im Alter - Phänomene und Präventions- ansätze

Moderation: Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei

Die vom BMFSFJ geförderte Studie „Sicherheitspotenziale im höheren Lebensalter“ untersucht sicherheitsbezogenes Verhalten und Handeln im Alter und nimmt darüber hinaus das besondere Gefährdungspotenzial älterer Menschen im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte in den Blick.

Um alltagsweltliche Sicherheitsstrategien älterer Menschen zu untersuchen, wurden in vier Sozialräumen Interviews und Gruppendiskussionen geführt. Die dabei zutage tretenden Problemwahrnehmungen und Bedürfnisse flossen in die Konzeption einer Trainingsmaßnahme ein. Der Beitrag stellt Ergebnisse der Interviewstudie und der wissenschaftlichen Begleitung des Trainingsprogramms vor.

Erscheinungsformen der finanziellen Ausbeutung älterer Menschen wurden durch Auswertung polizeilicher und justizieller Erkenntnisse sowie durch Interviews mit relevanten Zielgruppen untersucht. Als ein zentrales Präventionskonzept wurde der Ansatz verfolgt, Bankmitarbeiterinnen und mitarbeiter in ihrer Funktion als mögliche „Guardians“ zu stärken. Hierzu wurde ein Schulungsprogramm entwickelt und in Zusammenarbeit mit Sparkassen umgesetzt. Der Beitrag stellt Ergebnisse zum Phänomenbereich der Viktimisierung im Alter sowie Erfahrungen aus der Umsetzung der Schulungsmaßnahme für Banken vor und diskutiert Perspektiven der Prävention.



Michael Isselmann

Bundesstadt Bonn

Michael Isselmann +++ 1977 – 1984 Raumplanungsstudium in Dortmund +++ 1986 – 1992 Kreisplaner im Planungsamt des Märkischen Kreises +++ 1992 – 1999 stellvertretender Leiter des Stadtplanungsamtes Trier +++ seit 1999 Leiter des Stadtplanungsamtes Bonn +++ Stadtplaner +++ seit 1997 Mitglied der Architektenkammer, zunächst Rheinland-Pfalz, seit 1999 Nordrhein-Westfalen +++ seit 2002 Mitglied, seit 2011 Vorsitzender der Fachkommission 'Stadtplanung' im Deutschen Städtetag.



Sabine Kaldun

barrio novo.

Sabine Kaldun absolvierte ein Studium der Geographie an der Ruhr-Universität Bochum und ist im Auftrag von Kommunen, Institutionen und Unternehmen tätig. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Integrierte Gewalt- und Kriminalprävention in Kommunen, Soziales Wohnungsmanagement in der Wohnungswirtschaft, Partizipation in der Stadt, Migration und Stadtentwicklung, Beratung und Coaching (Gender- und Diversitymanagement/ Coaching), EU Projekte.



Detlev Schürmann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Detlev Schürmann, M.A. ist Experte für Kriminalprävention, zuletzt im Polizeipräsidium Bonn. Aktuell ist er für im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW als Kriminologe und Polizeiwissenschaftler für die „Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention“ des Bundes und der Länder tätig (<http://www.kriminalpraevention.de/>).

Kriminalprävention in der Praxis - das Soziale-Stadt-Projekt Bonn-Neu- Tannenbusch

**Moderation: Detlev Schürmann, Stiftung Deutsches
Forum Kriminalprävention (DFK)**

In der Stadt Bonn hat die intensive Beschäftigung mit städtebaulicher Kriminalprävention mittlerweile eine zehnjährige Geschichte. Unter dem Motto 'Sicherheit als Planungsaufgabe' wurde bewusst eine facettenreiche Perspektive in unterschiedlichen Planungsverfahren etabliert.

Am Beispiel des aktuellen Stadtteilentwicklungsprojekts in Neu-Tannenbusch soll der Vortrag aufzeigen, welche Akteure, Querschnittsaufgaben und Herangehensweisen in der kommunalen Praxis für die fachliche Bearbeitung und Umsetzung theoretischer Erkenntnisse in mehrfachbelasteten Sozialräumen erforderlich sind, um nachhaltige Erfolge zu erzielen.

Der Vortrag veranschaulicht die einzelnen Handlungsansätze:

- Polizeiliche Kriminalprävention als Querschnittsaufgabe im Quartier (Sekundär- und Tertiärprävention)
- Kriminalpräventive Maßnahmen im öffentlichen Raum (Sekundärprävention)
- Erhöhung der Wohnsicherheit im privaten Wohnungsbestand (Sekundärprävention)
- Soziale Maßnahmen – u.a. Jugendhilfe, Schule, Gemeinwesenökonomie (Primärprävention)
- Rolle der Partizipation und Teilhabe marginalisierter Bewohnergruppen (Primärprävention)
- Bedeutung 'Integrierter Handlungskonzepte' zur städtebaulichen Entwicklung



Dr. Frauke Zahradnik

**Stadt Karlsruhe - Kinderbüro /
Frühe Hilfen**

Frauke Zahradnik

Jg. 1971, Dipl. Soz.-Päd., Dr rer. soc., ist Leiterin des Kinderbüros (Büro für Kinder, Jugend und Familie) der Stadt Karlsruhe mit den Aufgaben Kinderinteressenvertretung, Kinder- und Jugendschutz, Familienbildung, Bündnis für Familie. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Koordination der Frühen Hilfen in Karlsruhe (hier Frühe Prävention genannt) und die Qualitätsentwicklung des trägerübergreifenden Netzwerks Frühe Prävention.

Kriterien gelingender Netzwerke am Beispiel Früher Hilfen

**Moderation: Dr. Rainer Strobl, proVal - Gesellschaft
für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und
Evaluation**

Die Frühe Prävention der Stadt Karlsruhe (bundesweit Frühe Hilfen) zielt ab auf eine frühe Förderung der sicheren familiären Bindungen sowie die Erziehungsfähigkeit aller Eltern von Babys und Kleinkindern. Die früh ansetzenden Angebote bieten Eltern Entlastung und Unterstützung. Gleichzeitig zeigt die Stadt somit, dass Babys und Kleinkinder erwünscht und Familien willkommen sind.

Die Besonderheit in Karlsruhe besteht in der Kooperation mit dem Gesundheitsamt - bereits bei der Planung der Angebote - und der Umsetzung der verschiedenen Hilfen in einem trägerübergreifenden Netzwerk. Damit sind fast alle großen Wohlfahrtsverbände in Karlsruhe an der Umsetzung des Konzepts beteiligt. Die Stadt Karlsruhe stellt die Koordinatorin/Jugendhilfeplanerin der Frühen Prävention sowie die Beratungsstelle Frühe Hilfen. Neben der Vorstellung der Angebote geht es in dem Vortrag um die wichtigsten Kriterien gelingender Netzwerkarbeit - auch mit dem Gesundheitssystem. Es wird gezeigt, wie gemeinsame Standards für die Arbeit entwickelt wurden und wie Qualitätsentwicklung und -sicherung in einem großen Netzwerk funktionieren kann. Anhand der erhobenen Daten der begleiteten Familien über mehrere Jahre hinweg kann eine Diskussion über die erreichten Zielgruppen stattfinden.

Susanne Gremmler

Landeskriminalamt Niedersachsen

Mario Jansen

**Gemeinde-Unfallversicherungsverband
Hannover/Landesunfallkasse Niedersachsen**

Susanne Gremmler

ist Kriminalhauptkommissarin und seit 1998 im Landeskriminalamt Niedersachsen im Bereich der polizeilichen Kriminalprävention tätig. Seit 01.11.11 leitet sie das Programm „PaC“ im Landeskriminalamt Niedersachsen.

Mario Jansen

seit 01.01.2012 Präventionsberater für den Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover / Landesunfallkasse Niedersachsen. Er berät Schulen und Kommunen in den Bereichen nachhaltiger Prävention, Sicherheit von Schulwegen, Schülersgesundheit und bietet Seminare für Schulen an.

Herr Jansen hat nach einer Ausbildung zum Industriekaufmann ein Studium - Diplom Sozialpädagoge/Diplom Sozialarbeiter (FH) abgeschlossen, im Anschluss arbeitete er 11 Jahre als Schulsozialarbeiter. In dieser Zeit konnte Herr Jansen viele Erfahrungen zum Thema nachhaltige Prävention sammeln und entwickelte mehrere Projekte.

Für „PaC-Prävention als Chance“ arbeitet er bereits seit 2004, zunächst als Schulsozialarbeiter der IGS Kronsberg im Pilot-Standort von PaC Hannover Kronsberg. Seit 01.01.12 arbeitet er beim GUVH, einem der Programmträger von PaC, und ist dort für die pädagogische Weiterentwicklung zuständig.

PaC - Prävention als Chance; Erfahrungen aus 10 Jahren Mehrebenenprogramm auf kommunaler Ebene, Chancen für die Zukunft

Moderation: Frederick Groeger-Roth, Landespräventionsrat Niedersachsen

Im Vortrag geht es um die Erfahrungen, die in 10 Jahren „PaC - Prävention als Chance“ entstanden sind und dessen Übertragung in das heutige Programm „PaC“. Seit 10 Jahren erarbeitet PaC mit den Akteuren der Kommune (Bildungseinrichtungen, Kommunalpolitik, Polizei und vielen mehr) eine nachhaltige Struktur der gemeinsamen Prävention.

Vom Zeitpunkt des Projektstartes bis heute hat sich viel verändert. Eine Entwicklung hin zu „PaC 2.0“ war die zwangsläufige Folge, um das Programm weiter durchführen zu können.

Um die gesammelten Erfahrungen für andere Maßnahmen und Programme nutzbar zu machen, wollen wir sie und die daraus resultierenden Konsequenzen anhand folgender Fragestellungen darstellen:

- Welche Strukturen und Maßnahmen sind nötig um ein solches Programm umzusetzen?
- Wie sollten Entscheidungsprozesse gestaltet sein?
- Wie können Maßnahmen in Kitas und Schulen konkret umgesetzt und nachhaltig implementiert werden?
- Wie kann mit Schwierigkeiten umgegangen werden?



Prof. Dr. Friederike Eyssel

Universität Bielefeld



Dr. Susanne Heynen

Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugend-
behörde

Friederike Eyssel

Jahrgang 1979, Diplom-Psychologin, Dr. phil., ist Juniorprofessorin für „Gender and Emotion in Cognitive Interaction Technology“ am Exzellenzcluster Cognitive Interaction Technology“ (CITEC) der Universität Bielefeld. Friederike Eyssel forscht experimentell orientiert zu Sexual Objectification, Gender Prejudice, Sexueller Gewalt, Sozialer Robotik und psychologischen Aspekten der Mensch-Maschine-Interaktion. Sie ist weiterhin interessiert an der Erforschung von Paradigmen zur Reduktion von Dehumanisierung und Vorurteilen gegenüber sozialen Minderheiten.

Susanne Heynen

Jahrgang 1960, Ergotherapeutin, Diplom-Psychologin, Dr. phil., ist seit 1994 Mitarbeiterin der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe (1994 bis 2000 Psychosozialer Dienst, 2000 bis 2007 Leiterin des Kinderbüros, seit 2007 Jugendamtsleiterin).

In diesem Rahmen, aber auch als Referentin, Fachautorin und Mitglied in verschiedenen Beiräten, engagiert sie sich für Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe und im Kinderschutz sowie gegen häusliche und sexualisierte Gewalt.

Praxisforschung - Evaluation eines theaterpädagogischen Projekts gegen sexuelle Aggression

Moderation: Frank Buchheit, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Aus den Arbeitsfeldern der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe ergaben sich in den letzten Jahren immer wieder Anregungen für Forschungsarbeiten. Die Publikation „Forschung im vertrauten Feld - Beispiele für praxisnahen Erkenntnisgewinn“ ist eine gelungene Zusammenstellung verschiedener Forschungsprojekte.

Friederike Eyssel berichtet über Ergebnisse der hier veröffentlichten Evaluationsstudie, die das theaterpädagogische Präventionsprojekt „Am Ende der Angst“ wissenschaftlich begleitete. Das Theaterprojekt von WERKRAUM Karlsruhe e.V. wurde an Schulen im Raum Karlsruhe durchgeführt, mit dem Ziel, sexueller Gewalt unter Jugendlichen vorzubeugen. An der Internet-Befragung nahmen 502 Mädchen und Jungen verschiedener Schulformen aus dem Raum Karlsruhe teil. Schülerinnen und Schüler aus Klassen, die an der Intervention teilgenommen hatten, sowie aus Kontrollklassen, beantworteten Fragen zu ihrer Einschätzung des Theaterstücks sowie zu dessen Effekte auf Einstellungen (z. B. Vergewaltigungsmythen, Sexismus, etc.) und zu ihrem Wissen über sexuelle Gewalt. Insgesamt bewerteten sie die Intervention sehr positiv. Hinsichtlich der angestrebten Änderung opferfeindlicher Einstellungen und der Vermittlung von Wissen über die Thematik zeigten sich jedoch unterschiedliche Befunde, die darauf hindeuten, dass die Intervention ihre intendierte Wirkung teilweise nicht erzielte.



Dr. Cheonhyun Lee

Korean Institute of Criminology (KIC)



Hark-Mo Daniel Park

Korean Institute of Criminology (KIC)

Dr. Cheonhyun Lee

Criminal Law Research Center, KIC.

Privatdozent für Strafrecht an der Hanyang-Uni (1997-2000), Mitglied der Fachkommission für die Strafzumessung am koreanischen Obersten Gerichtshof (2007-2009).

Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftsstrafrecht, Finanzstrafrecht, Restorative Kriminaljustiz .

Kontakt: ibleech2000@gmail.com, ib2000@kic.re.kr

Hark-Mo Daniel Park

Criminal Law Research Center, KIC.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni München (2002-2003), Fachreferent am wissenschaftlichen Dienst des koreanischen Parlaments (NAL, 2007-2008).

Forschungsschwerpunkt: Kriminologie, Strafrechtliche Sanktionen, Strafvollzug.

Kontakt: hpark2002@hotmail.com, hpark@kic.re.kr

Evaluation über die elektronische Überwachung in Korea

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Elektronische Fußfessel wird in Korea seit 2008 als Kriminalstrafe angewendet. Sie wurde zunächst für die Sexualstraftäter eingeführt, aber inzwischen um die weiteren Gewaltverbrechen wie Tötungs- und Raubdelikte erweitert. Die Überwachungsfrist der elektronischen Überwachung ist dabei wie die Verjährungsfrist nach dem gesetzlichen Strafrahmen gestaffelt geregelt und beträgt sogar bis zu 30 Jahre.

In den letzten 5 Jahren wurde die elektronische Fußfessel insgesamt für 2644 Personen angeordnet und für 1349 Probanden schon vollstreckt. Die KIC-Evaluationsforschung geht auf die Vollstreckungspraxis ein und versucht herauszufinden, ob und inwieweit die elektronische Überwachung als Kriminalstrafe effektiv wie effizient ist. Der Vortrag wird das Ergebnis der Evaluationsforschung zusammenfassend darstellen und daraufhin die Problematik um die elektronische Überwachung in Korea kurz vorstellen.



Lisa Hempel

Landespräventionsrat Niedersachsen



Patrick Neumann

Landespräventionsrat Niedersachsen

Lisa Hempel

geboren 1987 in Berlin ist Soziologin (B.A.) und Kriminologin (M.A.). Seit 2009 ist Sie im Lidice Haus, Jugendbildungsstätte Bremen im Fachbereich Rechtsextremismus tätig. Im Rahmen des Modellprojekts „Rechte Jungs, rechte Mädchen – ratlose Eltern“ berät Frau Hempel seit 2011 Eltern und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher. Darüber hinaus hat Frau Hempel im Jahr 2013 beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Projekt PARC gearbeitet. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Familie und Rechtsextremismus, Neonazistische Erziehung und Fragen von Kindeswohlgefährdung, Gender und Rechtsextremismus, politisch motivierte Gewalt, und kritische Extremismustheorie.

Patrick Neumann (Dipl. Sozw.)

geboren 1977 in Nienburg, ist seit 2008 beim LandesSport-Bund Niedersachsen beschäftigt, berät u.a. Sportvereine, Sportbünde und Landesfachverbände zum Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen im und um den Sport und leitet das Projekt Sport mit Courage- gegen Rechtsextremismus.

Darüber hinaus ist Herr Neumann seit 2011 beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Arbeitsbereich Prävention von Rechtsextremismus tätig. Die Arbeit zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Hierzu werden u.a. ein Bundesprogramm (TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN) und ein Landesprogramm (PARC) umgesetzt.

Rechtsextremismus heute - Erscheinungsformen und Aspekte für die Präventionsarbeit

Moderation: Sven Forkert, Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen

Der Vortrag befasst sich mit aktuellen Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten und klärt über die Erscheinungsformen des modernen Rechtsextremismus, Moden, Musik, Codes als auch über pädagogische Konzepte des Umgangs mit Rechtsextremismus auf. Symbole und Codes haben in der neonazistischen Szene eine enorme Bedeutung für ihre Träger_innen. Sie teilen verdeckt oder offen eine politische Orientierung mit und sind für die meisten Außenstehenden eine Fremdsprache. Verbote werden meist kreativ umgangen, die allerwenigsten der präsentierten Symbole sind strafrechtlich relevant. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass die extreme Rechte sich im vorpolitischen Raum organisiert und junge Menschen rekrutiert. Insbesondere in der Musik, in den verwendeten Codes und Symbolen wird deutlich, wie sehr die Szene Andockmöglichkeiten für jeden Geschmack bietet. Für all diejenigen, die täglich mit Jugendlichen arbeiten, ist es oft schwer, diese zu erkennen und zuzuordnen. An dieser Stelle sind vor allem Präventions- und Aufklärungsprojekte gefragt. Der Vortrag wird die in der neonazistischen Szene verwendeten Codes und Symbole beleuchten und diese insbesondere im Kontext der sogenannten Autonomen Nationalist_innen und deren Lifestyle analysieren.



Dr. Björn Weiße

Stadt Karlsruhe, Ordnungsamt

Dr. Björn Weiße

studierte Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen/Nürnberg. Nach seinem Rechtsreferendariat absolvierte er ein Aufbaustudium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Vor seinem Wechsel nach Karlsruhe arbeitete er zunächst als Rechtsanwalt in München, später als Geschäftsleitender Beamter der Stadt Füssen. 2004 beendete er seine Promotion, die sich mit Modell der Bürgerkommune befasst.

Seit dem Jahr 2007 leitet Herr Dr. Weiße das Ordnungsamt der Stadt Karlsruhe, das nach der Rechtslage in Baden-Württemberg gleichzeitig Polizeibehörde ist.

Kommunales Risikomanagement: über die Gemeinsamkeiten von Kindswohlgefährdungen und Hurrikans

Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe DVS

Auf kaum einer anderen Ebene wirken Risiken so unmittelbar auf Menschen, wie auf der kommunalen Ebene. Und auf keiner anderen Ebene sind Verantwortungsträger so direkt gefordert und gleichzeitig so umfangreich von Risiken bedroht.

Risiken können in überraschenden Ereignissen, wie Katastrophen, Unfällen oder kriminellen Handlungen, liegen, in Fehlverhalten oder unerkannten Entwicklungen. Sie können sich innerhalb der Verwaltung oder weit über die Gemeindegrenzen hinaus auswirken. Ihnen ist aber eines gemein: nur durch ein systematisches Risikomanagement gelingt es, diese frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern.

Die Stadt Karlsruhe berichtet über Sinn und Zweck und über die Erfahrungen mit dem Aufbau eines solchen kommunalen Risikomanagements.



Frank Dieter Stolt

Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.

Frank Dieter Stolt

Sicherheitsfachwirt (FH) Frank D. Stolt, MSc, MA, MIFireE (58 J.) aus Mannheim arbeitet als zertifizierter Sachverständiger für Brand- und Explosionsursachenermittlung und geprüfter Sachverständiger für vorbeugenden Brandschutz. Er hat Brandschutz und Sicherheitsmanagement sowie Kriminologie und Polizeiwissenschaft studiert. Schwerpunkt seiner weltweiten Tätigkeit ist die Untersuchung von Bränden, Brandstiftungen und Explosionen sowie die Erstattung von Gerichtsgutachten. Ein weiterer beruflicher Schwerpunkt ist die Lehrtätigkeit in der polizeilichen Aus- und Fortbildung bei verschiedenen Landes- und der Bundespolizei sowie im Ausland. Hinzu kommt die Lehrtätigkeit an der TU Cottbus und dem „Haus der Technik“ in Essen. Ehrenamtlich ist er im „Weissen Ring e.V.“ und als Regionalbeauftragter für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in der „Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.“. Außerdem ist er seit 41 Jahren aktiver freiwilliger Feuerwehrmann und seit vielen Jahren „Technischer Fachberater Feuerwehr“ der Feuerwehr Mannheim. Neben dem weltweiten Einsatz als Brandexperte hat es mehrer Fachbücher geschrieben sowie über 200 Aufsätze und Artikel in kriminalistischen und feuerwehr- bzw. brandschutztechnischen in- und ausländischen Fachzeitschriften veröffentlicht. Hinzu kommen über 100 Vorträge auf internationalen Tagungen, Konferenzen und Kongressen.

Ansätze und Möglichkeiten zur Verhütung vorsätzlicher Brandstiftungen in Wohnbereichen

Moderation: Thomas Müller, Polizeidirektion Osnabrück

Das Szenario ist immer gleich: Erst sind es Autos auf der Straße, die brennen, dann sind es Kinderwagen, Gelbe Säcke, Altpapier und andere oft aus Bequemlichkeit gelagerte brennbare Materialien, die in den Eingangsbereichen von Treppenhäusern in Wohngebäuden durch Unbekannte in Brand gesetzt werden. Nicht selten geraten diese kleinen Brände in den späten Abend- oder Nachtstunden dann außer Kontrolle. Vor dem Hintergrund sinkender kommunaler Einnahmen und schrumpfender Einwohnerzahlen mit ihren Begleiterscheinungen – Schließung von Geschäften, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen sowie schleichende Verwahrlosung des öffentlichen Raums – gewinnt der Aspekt der Sicherheit für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung.

Der Präventionsgedanke im Städtebau ist in der allgemeinen Kriminalitätsvorbeugung nicht neu. Kriminologen fordern diese Art der Prävention schon seit längerer Zeit. Dies gilt auch für die Prävention bei der Bekämpfung von Branddelikten. Leider sind Überlegungen zur Prävention von Brandstiftungen im Bereich „Kriminalitätsprävention im Städtebau“ in Deutschland immer wieder in Ansätzen stecken geblieben.

Der Vortrag will auf dem Hintergrund der „Vandalismus-Theorie“ und der „Täter-Objekt-Beziehung“ und praktischer internationaler Erfahrungen bürgerschaftliche Ansätze (PPP) der Prävention aufzeigen.



Dr. Dietrich Oberwittler

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht



Daniela Hunold

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht



Anina Schwarzenbach

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht



Udo Behrendes

Polizeipräsidium Köln

Polizei und multi-ethnische Jugend. Was die Polizei gut macht und noch besser machen kann

**Moderation: Dr. Dietrich Oberwittler, Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Strafrecht**

In einigen europäischen Nachbarländern führen soziale Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu einem konfliktreichen Verhältnis zwischen Polizei und Jugendlichen, das sich häufiger in gewaltsamen Protesten gegen die Polizei entlädt. Deutschland ist davon bislang verschont geblieben. Auf der Suche nach den Ursachen haben zwei Forscherteams des Max-Planck-Instituts für Strafrecht Freiburg und der Universität Grenoble in dem ländervergleichenden Projekt POLIS das Verhältnis zwischen Polizei und Jugendlichen in vier deutschen und französischen Großstädten untersucht. Neben einer großen Schulbefragung umfasste das Projekt auch umfangreiche teilnehmende Beobachtungen der alltäglichen Polizeiarbeit und qualitative Interviews mit Polizeibeamten.

Die Ergebnisse zeigen, dass es in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich nur geringe Unterschiede in den Erfahrungen und Wahrnehmungen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund gibt, und dass die präventiv ausgerichtete und stadtteilbezogene Strategie der Polizei zu einer hohen Legitimität der Polizei bei Jugendlichen auch in den sozial benachteiligten Wohnquartieren beiträgt. Allerdings gehören auch problematische Aspekte zu dem Bild des polizeilichen Alltags.

Wir stellen zentrale quantitativen und qualitativen Ergebnisse des POLIS-Projekts vor und ziehen auch Schlussfolgerungen, was die Polizei noch besser machen kann, um Jugendlichen fair und erfolgreich zu begegnen.



Prof. Dr. Martin U. Schuhmann

Universitätsklinikum Tübingen

Prof. Dr. Martin U. Schuhmann

Leiter Pädiatrische Neurochirurgie, Klinik für Neurochirurgie, Universitätsklinikum Tübingen, Hoppe-Seyler-Str. 3, 72076 Tübingen,

fon: +49-7071-29-86448, mail: martin.schuhmann@med.uni-tuebingen.de, URL: www.kinderneurochirurgie-tuebingen.de, HOCHSCHULBILDUNG:

1986 – 1994 Medizinstudium, Georg-August Universität Göttingen und Universität Wien

BERUFLICHE STATIONEN:

1994 – 1996 Krankenhaus Nordstadt Hannover (AiP)

1996 – 2002 Medizinische Hochschule Hannover (Weiterbildung zum Facharzt)

2002 – 2003 Children's Hospital of Michigan, Detroit, USA (Fellow and Research Scholar)

2003 – 2006 Universitätsklinikum Leipzig (Oberarzt)

Seit 2007 Universitätsklinikum Tübingen

BERUFLICHE QUALIFIKATIONEN:

1997 Zusatzbezeichnung Arzt für Rettungsmedizin

2001 Facharzt für Neurochirurgie

2006 Europäisches Zertifikat für Neurochirurgie (EANS) – Braakman Price für das beste Europäische Examen

2006 – 2008 Erfolgreicher Abschluß des 7th Postgraduate Training Course in Pediatric Neurosurgery der European Society of Pediatric Neurosurgery

2010 Zertifikat Periphere Nerven Chirurgie der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie

KLINISCHE SCHWERPUNKTE:

Pädiatrische Neurochirurgie, Periphere Nerven- und Plexuschirurgie, Neurofibromatosen, Schädelbasischirurgie, Neuroendoskopie, Neurochirurgische Intensivmedizin,

weitere Infos unter: www.neurochirurgie-tuebingen.de

Schütze Dein BESTES. - Prophylaxe für Ihr Gehirn: „a good way to avoid your neurosurgeon“

**Moderation: Dr. Thomas Hackner, Niedersächsisches
Justizministerium**

Das Tübinger Kinderuni-Projekt „Sprung in der Schüssel - Warum brauche ich einen Fahrradhelm?“ ist Vorläuferaktion und Keimzelle der im April 2012 in Baden-Württemberg gestarteten landesweiten Radhelmkampagne „Schütze dein BESTES“. Um mehr Kinder und Jugendliche als die Teilnehmer der Kinderuni zu erreichen, idealerweise alle im Land, wendete sich der Leiter der Kinderneurochirurgie, Prof. Dr. Martin U. Schuhmann, 2008 an das Innenministerium Baden-Württemberg mit der Idee, eine Kampagne zu initiieren, die an alle weiterführenden Schulen des Landes geht und so flächendeckend die gleiche Aufklärungsarbeit leisten kann, wie die Kinderuni vor Ort.

Da im Mittelpunkt der Kampagne „Schütze Dein BESTES“ das Gehirn steht, hat die Kinderneurochirurgie Tübingen die Kampagne seither fachlich-medizinisch, in der Umsetzung, z.B. der Video-Spots und als „Gesicht nach außen“, eng begleitet.

Mit dem Projekt wird deutlich, dass es sich lohnt, sein Gehirn, ca. 1,5 Kilo „wabbelige Biomasse“, aber Soft- und Hardware vom Feinsten, als ein riesiges, leicht verletzliches Netzwerk, mit einem Radhelm zu schützen.

Denn schon kleinste Verletzungen können fatale Folgen haben, vergleichbar mit einem Netzwerkschaden oder einer beschädigten Festplatte, und die „Reparaturmöglichkeiten“ sind trotz hoch entwickelter Medizin beschränkt.

Deshalb lohnt es sich, sein BESTES, das Gehirn, mit einem Helm zu schützen.



Carlo Fabian

Fachhochschule Nordwestschweiz



Nadine Käser

Fachhochschule Nordwestschweiz

Carlo Fabian

lic. phil., Sozial- und Gesundheitspsychologe (Fachpsychologe FSP). Wiss. Mitarbeiter und Projektleiter am Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung. Langjährige Forschungs- und Evaluationserfahrung an der Universität Zürich, Institut für Suchtforschung Zürich, Fachhochschule Nordwestschweiz, RADIX. Leitung zahlreicher Evaluations- und Forschungsprojekte sowie von Konzeptarbeiten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention sowie Kinder- und Jugendhilfe, Umsetzung verschiedener Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte. Ausgewählte Beispiele: Evaluation eines Forumtheaters zu Rassismus, Entwicklung eines Konzepts zu Fanarbeit in Basel, Evaluation und Entwicklung von Früherkennungs- und Frühinterventionsprojekten in Schulen und Gemeinden. Lehrtätigkeit zu den Schwerpunkten Psychologie, Kommunikation und Konflikt, Forschung- und Evaluation. <http://www.fhnw.ch/personen/carlo-fabian>

Nadine Käser

M.A. Sozialwissenschaften und Gender Studies. Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung. Erfahrung als Fachexpertin und Projektleiterin im Bereich Sucht- und Gewaltprävention bei einer kantonalen Fachstelle. Forschungserfahrung zu den Themen Prävention und Gesundheitsförderung in Schulen, Prävention von Jugendgewalt, Sozialisationsbedingungen und Faktoren sozialer Integration von Jugendlichen. <http://www.fhnw.ch/personen/nadine-kaeser>

Prävention von Jugendgewalt: Kriterien guter Praxis in Familie, Schule und Sozialraum

Moderation: Renate Engels, DBH-Bildungswerk

Im Rahmen des nationalen Präventionsprogramms Jugend und Gewalt in der Schweiz wurden im Auftrag des Schweizerischen Bundesamtes für Sozialversicherungen Good-Practice Kriterien erarbeitet. Grundlage des Mandats war folgende Frage: Welche Kriterien guter Praxis gilt es für die Gewaltprävention in den Bereichen Familie, Schule und Sozialraum zu berücksichtigen?

Ausgehend von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der internationalen Forschungsliteratur sowie aus Evaluationen von bestehenden Präventionsangeboten konnten verschiedene evidenzbasierte Kriterien guter Praxis abgeleitet werden. Diese Kriterien werden im Leitfaden „Good-Practice für die Prävention von Jugendgewalt in der Familie, in Schulen und im Sozialraum“, welcher im Frühjahr 2014 erscheint, dokumentiert und den Akteuren in Praxis und Politik zur Verfügung gestellt. Ziel des Leitfadens ist es, die Präventionsverantwortlichen bei der Auswahl, Umsetzung oder Entwicklung von geeigneten, dem Kontext entsprechenden Präventionsmassnahmen zu unterstützen.

Im Rahmen des Vortrags werden einführend der erarbeitete Leitfaden präsentiert sowie der Nutzen und die Generalisierbarkeit der Kriterien reflektiert.

Anhand des Leitfadens, als konkretes Beispiel aus der Gewaltprävention, werden anschliessend die Zusammenarbeit zwischen Politik, Praxis und Wissenschaft sowie die damit verbundenen Chancen und Grenzen diskutiert.



Heidrun Mayer

Papilio e.V.



Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin

Heidrun Mayer

ist ausgebildete Erzieherin, hat Dipl.-Sozialpädagogik studiert, hat Berufserfahrung als Erzieherin im Elementar- und Jugendhilfebereich, jahrelange Dozenten- und Referentenerfahrung in der Ausbildung von Erzieherinnen, Aufbau von Papilio von Anfang an. Diverse Weiterbildungen, z.B. NLP-Master, Rhetoriktrainerin, Fortbildung in TZI, Psychotherapeutin (HPG), systemische Beraterin (DGSF), Projektmanagement, systemische Organisationsentwicklung. Ausgewählt als Ashoka Fellow 2010 (Sozialunternehmerin). Ausgezeichnet von der Robert Bosch Stiftung für ihr zukunftsweisendes Engagement 2011.

Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Leiter des Arbeitsbereichs Entwicklungswissenschaft & Angewandte Entwicklungspsychologie an der Freien Universität Berlin. Mitentwickler von verschiedenen Präventions- und Fördermaßnahmen u.a. im Kindergarten (www.papilio.de), außerschulisch (www.fairplayer-sport.de, www.coda-programm.de) und in der Schule (www.fairplayer.de, www.netwass-projekt.de, www.medienhelden-projekt.de). Weitere Infos:www.developmental-science.de.

Präventionsprogramme - mehr als die Summe seiner Teile?

Mehr als die Summe seiner Teile? Was bedeutet das für die Implementation von Präventionsprogrammen und welche Partner müssen mit auf den Weg genommen werden? Präventionsprogramme befinden sich im Spannungsfeld zwischen Praxis, Wissenschaft sowie Politik und müssen gleichzeitig den wirtschaftlichen Gedanken mit beachten, um eine flächendeckende Implementation zu erzielen. Welche Anforderungen, Standards und Kriterien fordern die einzelnen Bereiche und welche Erfolgsfaktoren lassen sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ableiten? Diese und weitere Fragen werden im Vortrag von Heidrun Mayer (Papilio e.V.) und Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Freie Universität Berlin) thematisiert und gemeinsam mit den Teilnehmern diskutiert. Anhand von zwei wirksamkeitsevaluierten Präventionsprogrammen aus dem Elementar- und dem Sekundarbereich werden Beispiele aufgezeigt, wie eine gelingende Kooperation sowie Kommunikation mit verschiedenen Partnern aus der Praxis, Wissenschaft, Politik sowie Wirtschaft gestaltet werden kann. Papilio und fairplayer.manual sind zwei Präventionsprogramme, die seit vielen Jahren auf dem Präventionsmarkt bestehen. Basierend auf einem Multiplikatorenkonzept wird die flächendeckende Implementation der Programme angestrebt. Dies erfordert eine starke regionale und überregionale Vernetzung sowie tragfähige Kooperations- und Finanzierungsstrukturen.



Necati Benli

Hessisches Landeskriminalamt



Jürgen Schmatz

Polizeipräsidium Südosthessen

Necati Benli

- Kriminalhauptkommissar
- M.A. Islam-/Politikwissenschaften
- Seit Dezember 2013 Landesmigrationsbeauftragter der hessischen Polizei
- Hessisches Landeskriminalamt

Jürgen Schmatz

- Erster Kriminalhauptkommissar
- Seit Juli 2011 Leiter des Stabsbereichs Prävention
- beim Polizeipräsidium Südosthessen mit Sitz in Offenbach am Main

Sicherheit für Alle - Partizipation von Migrantenselbstorganisationen an der Prävention

**Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Deutsche Stiftung
für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe DVS**

2010 gründeten Migrantenselbstorganisationen und die hessische Polizei den Arbeitskreis „Sicherheit für Alle“ (AK SifA). Die Wahrnehmung, dass Bürgerinnen und Bürger mit einem Migrationshintergrund aus unterschiedlichsten Gründen eine größere Distanz zur Polizei und anderen staatlichen Akteuren vorweisen, wurde von uns als besondere Herausforderung angenommen und in ein Projekt zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten an der polizeilichen Präventionsarbeit überführt. Ziel ist es, durch Vermittlung des polizeilichen Präventionsangebotes Vertrauen zu schaffen und Kompetenzen zu stärken, um gemeinsam in der Region die Zukunft „sicher“ zu gestalten.

Daher führte der AK SifA unter Leitung des Hessischen Landeskriminalamtes und in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Südosthessen zwischen 06/2013 und 12/2013 ein Multiplikatorenprojekt im Zuständigkeitsbereich des PP Südosthessen durch.

Hierbei werden die durch die Mitglieder des AK SifA (11 ethnisch/religiöse Migrantenvverbände) benannten 22 Multiplikatoren in Themen der polizeilichen Prävention geschult, um sodann als Ansprechpartner für Ihre Migrantengemeinschaften aber auch für die zuständige Präventionsdienststelle des Polizeipräsidiums zur Verfügung zu stehen.

Die interaktive und partizipative Ausrichtung des Projektes unterstreicht das Motto des 19. DPT „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft.“

Tina Budavari

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Petra Söchting

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Tina Budavari

Dipl.-Sozialarbeiterin (FH), M.A. Management in Social Organisations, stellvertretende Leiterin des „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ im BAFzA. Zuvor Leitung und Geschäftsführung einer Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Tätigkeit in Frauenhaus, Frauenberatungsstelle und in der feministischen Mädchenarbeit sowie freiberufliche Tätigkeit als Coach, Supervisorin, Lehrbeauftragte, Organisationsberaterin für soziale Organisationen.

Petra Söchting

Diplom-Psychologin, Leiterin des „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ im BAFzA. Zuvor langjährige Tätigkeit in psychosozialen Arbeitsfeldern (Frauenhaus, Leitung des AWO Lore-Agnes-Hauses, Beratungszentrum für Familienplanung, Schwangerschaftskonflikte und Fragen der Sexualität in Essen).

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ - Erfahrungen nach einem Jahr.

Moderation: Sven Forkert, Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen

Im März 2013 ist das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ gestartet. Von Gewalt betroffene Frauen, das soziale Umfeld und Fachkräfte können bundesweit rund um die Uhr und kostenfrei Rat und Unterstützung bei jeder Form von Gewalt gegen Frauen erhalten. Da die Beratung anonym, vertraulich und jederzeit verfügbar ist, eröffnet sie Betroffenen einen besonders niederschweligen Zugang zum Hilfesystem.

Ein Jahr nach dem Start vermittelt der Vortrag beispielsweise, ob sich die Erwartungen erfüllt haben, welche Gruppen besonders gut erreicht werden oder wie sich die Kooperation mit dem Unterstützungssystem, der Polizei und weiteren Einrichtungen vor Ort gestaltet. Der Austausch mit der Praxis ist zudem wichtig für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Hilfetelefons.



Wolfgang Kahl

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)



Christine Liermann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Staatsanwältin



Prof. Dr. Andreas Beelmann

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Psychologie,
Abteilung Forschungssynthese,
Intervention und Evaluation



Frederick Groeger-Roth

Landespräventionsrat Niedersachsen



Erich Marks

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ als Kooperationsstrategie

Moderation: Wolfgang Kahl, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Angesichts der Herausforderungen zur Fortentwicklung der Präventionsarbeit in Deutschland (unzureichende pädagogische Erneuerung in den Regelsystemen insbesondere Schulen, Verbreitung unwirksamer Angebote, fehlende Verstärkung wirksamer Ansätze, geringe Wirkung bisheriger Steuerungsinstrumente) sind DFK und andere Präventionsakteure weiterhin gefordert, noch offene Fragen zu den Möglichkeiten eines erfolgreichen Wissenstransfers zu bearbeiten und zu beantworten: Wie kann es gelingen, die 2013 im Leitfaden „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ dargestellten Erkenntnisse besser zu verbreiten und einen strukturell spürbaren Fortschritt bei der präventiven Arbeit in allen Handlungsfeldern und insbesondere in den pädagogischen Institutionen zu erreichen?

Ausgehend von den anlässlich des 18. DPT vorgestellten Ergebnissen werden vom DFK mit dem wissenschaftlichen Beirat sowie dem Landespräventionsrat Niedersachsen weitere Formate des Wissenstransfers entwickelt: Ein kooperativ entstehendes Webportal „wegweiser prävention“, das qualitätsgeprüfte Wissensangebote bündelt, mit der „Grünen Liste Prävention“ verknüpft und die Umsetzungsaspekte (Implementation) beim Einsatz von Präventionsprogrammen herausstellt.

Kooperationsansatz und Webportal werden präsentiert und sollen mit dem Fachpublikum diskutiert werden.



Franz Horst Wimmer

Buchautor und Kriminalbeamter

Alltagsprobleme durch Medikamenten- und Drogenkonsum und Lösungsansätze

Moderation: Dr. Kati Zenk, Bildungsvereinigung ARBEIT
UND LEBEN Nds. Ost gGmbH

F.H. Wimmer ist seit über 30 Jahren hauptberuflich als leitender Kriminalbeamter im Drogen- und Medikamentenbereich tätig und hat als freiberuflicher Autor viele Fachartikel zu den Themenbereichen „AD(H)S-METHYLPHENIDAT-KRIMINALITÄT??“, sowie „Medikamente & illegale Drogen am Arbeitsplatz“ verfasst. Nach Hospitationen im ärztlichen Bereich und einer psychokinesiologischen Ausbildung erschien im Jahr 2005 sein erstes Buch. Fernseh- und Rundfunkbeiträge folgten.

Eine EU-Kommissionsentscheidung zu METHYLPHENIDAT, die nach einem „Risiko-bewertungsverfahren“ im 2009 fiel und vieles bei der Behandlung von Verhaltensauffälligkeiten neu regelte, motivierte ihn zu einem zweiten Buch.

In seiner Vortragsarbeit-Arbeit geht es aber nicht darum therapeutische Methoden, Ärzte oder die Pharmaindustrie anzuprangern, sondern vielmehr um objektive Aufklärung über mögliche Fußangeln, die in rechtlich, kriminologischer Hinsicht zu beachten sind, wenn betäubungsmittelhaltige Medikamente verordnet oder eingenommen werden. Zusätzlich geht es ihm auch um Lösungsmöglichkeiten. Seine Kompetenz als Autor und die langjährigen Erfahrungen als Kriminalbeamter haben ihn als Referent viele Aufträge bei Lehrer-, Ärzte- und Juristenfortbildungen, sowie fachliche Anerkennung gebracht. Die unkonventionelle, emotionelle Vortragsart, gepaart mit vielen Fallbeispielen, führte dazu, dass F.H. Wimmer auch gerne von Berufsgenossenschaften, Sicherheitsunternehmen und Behörden gebucht wurde.

Beim Präventionstag wird der Referent speziell auf die erwähnten Fußangeln eingehen, die nach der Einnahme von hochwirksamen (betäubungsmittelhaltigen) Medikamenten ausgelegt sind. Im zweiten Teil des Vortrages wird er Lösungsansätze aufzeigen.



Hannah Hartenberg

Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft

Hannah Hartenberg

Jg 1954

Diplomstudium Soziologie, Pädagogik und Psychologie.

Masterstudium Eurythmie in sozialen Arbeitsfeldern.

Mutter von zwei Söhnen und zwei Töchtern.

Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation.

Dozentin Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft.

Seit 2007 als Begleiterin in der Kunst der Kommunikation in Firmen, Schulen, Organisationen, Gemeinschaften und mit Einzelpersonen.

Seit 2009 Konfliktverwandlung durch Restorative-Circles-Prozesse.

„RESTORATIVE CIRCLES“ - ein Ansatz mit radikaler heilsamer Wirksamkeit

Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften

Seit Mitte der 90er Jahre entwickelt der Brite Dominic Barter vor Ort mit Bewohnern der Favelas von Rio de Janeiro den Prozess der „Restorative Circles“ (RC). Aus persönlicher Betroffenheit und Ohnmacht gegenüber bestehenden Gewaltstrukturen suchten sie gemeinsam nach Wegen, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen, und darüber hinaus Gemeinschaften zu ermöglichen, Konflikte eigenverantwortlich zu heilen. Entstanden ist eine Rechtspraxis, bei der nach Verletzung durch jegliche Gewalt nicht das Maß einer „gerechten“ Strafe gesucht wird, sondern in einem Raum „geteilter Macht“ Heilung entsteht durch gegenseitiges Hören und Gehörfinden. Alle vom Konflikt Betroffenen tragen zu einem Handlungsplan bei, der ein Wachsen der Menschlichkeit innerhalb der Gemeinschaft ermöglicht. Inzwischen sind Barter's Projekte in 5 Gerichtssystemen, 8 Jugendgefängnissen, 5 Gemeinden und 90 Schulen innerhalb Brasiliens implementiert. In 16 Gemeinden und 300 Schulen sind sie im Aufbau. Die Zufriedenheit der Beteiligten liegt bei 96%, im Vergleich zu unter 15% bei herkömmlichen Gerichtsverfahren. Werden RC zusätzlich zu konventionellen Strafen angewendet, ist die Rückfallrate bis zu 60% niedriger als bei herkömmlichen Verfahren.

Erste Aufmerksamkeit ausserhalb Brasiliens fanden die RC beim Weltsozialforum 2005 und im NESTA Report 2010.

Dieser wirksame Ansatz könnte auch in Deutschland zu neuen Wegen führen.



Sybille Oetliker

Schweizerischer Städteverband



Dr. Tillmann Schulze

Ernst Basler + Partner AG

Sybille Oetliker

lic. phil. hist., hat in Bern, Hamburg und Strassburg studiert. Nach längeren Auslandsaufenthalten arbeitete sie zunächst als politische Redaktorin später als Nahostkorrespondentin für verschiedene Schweizer Tages- und Wochenzeitungen. Heute ist sie Leiterin Gesellschafts- und Finanzpolitik beim Schweizerischen Städteverband.

Tillmann Schulze

(*1977) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster sowie am Dartmouth College in New Hampshire, USA . Seit 2006 arbeitet Tillmann Schulze für das Planung- und Beratungsunternehmen Ernst Basler + Partner in Zollikon, Schweiz. Dort leitet er im Geschäftsbereich Sicherheit das Tätigkeitsfeld „Urbane Sicherheit + Bevölkerungsschutz“. Für das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung ist Tillmann Schulze als Gutachter tätig und er ist Mitglied der Sicherheitskommission in seiner Wohngemeinde Maur.

Sichere Schweizer Städte 2025

Moderation: Dr. Kati Zenk, Bildungsvereinigung ARBEIT
UND LEBEN Nds. Ost gGmbH

Vom Einbruch bis zum Stromausfall – Sicherheit in Städten zu gewährleisten, ist anspruchsvoll. Es verlangt einen Mix von Strategien und Massnahmen, welche die spezifische Situation jeder Stadt berücksichtigen. Die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» des Schweizerischen Städteverbands und der Firma Ernst Basler + Partner macht deutlich, mit welchen Herausforderungen Schweizer Städte bis 2025 zu rechnen haben und wie diesen begegnet werden kann. Die dazu notwendigen Strategien wurden mit 33 Pilotstädten aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz erarbeitet. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung, die sowohl objektive Fakten wie auch subjektive Wahrnehmungen von Sicherheit einbezieht. Die Studie wurde im Juni 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vortrag zeigt Ziele, Methodik und Ergebnisse der Studie.



Dr. Norbert Taubken

Initiative RESPE©T COPYRIGHTS

Matthias Wolf

Initiative RESPE©T COPYRIGHTS

Dr. Norbert Taubken

ist Geschäftsleiter von Scholz & Friends Reputation, einer CR-Beratung innerhalb der Kommunikationsagentur Scholz & Friends. Seit dem Jahr 2005 ist er für die pädagogische Leitung der Initiative RESPE©T COPYRIGHTS verantwortlich. Neben der Entwicklung von Unterrichtspaketen für Kinder und Jugendliche führt er in Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen Lehrerfortbildungen durch. Die Erstellung von Informationsmaterial zu Urheberrechtsthemen für die schulische Elternarbeit gehört ebenfalls zu seinem Aufgabenspektrum.

Als Geschäftsleiter von Scholz & Friends Reputation begleitet Taubken Strategiebildungsprozesse zu unternehmerischer Verantwortung und konzipiert Initiativen an der Schnittstelle von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Zu seinem Kundenportfolio zählen unter anderem Audi, B.Z. Ullstein, E-Plus, Goethe-Institut, Hugo Boss, Microsoft und der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Der promovierte Naturwissenschaftler und Lehrer hat von 2000 bis 2003 das gesellschaftliche Engagement von AOL Deutschland und vorab die pädagogische Leitung der medienpädagogischen Initiative Step21 verantwortet.

Urheberrechtsverletzungen und Raubkopien – der Aufklärungsansatz von RESPE©T COPYRIGHTS

Moderation: Dr. Kati Zenk, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. Ost gGmbH

Mit der Kampagne „RESPE©T COPYRIGHTS – Eine Initiative zum Schutz des Originals“ betreibt die Filmbranche seit 2005 Präventionsarbeit im edukativen Umfeld. Zugang zu Jugendlichen bekommt die Initiative dabei indirekt durch Ansprache von Lehrern, Sozialpädagogen und Eltern. RESPE©T COPYRIGHTS (RC) stellt Pädagogen kostenloses Unterrichtsmaterial zur Verfügung, das in Teilen bereits ab Klassenstufe 3 eingesetzt werden kann. Über einen wertheorientierten Ansatz werden Schüler/innen für das Thema Urheberrechtsverletzungen sensibilisiert. Eigene Erfahrungen und Verhaltensweisen stehen im Mittelpunkt. Meinungen sollen nicht diktiert, sondern in Diskussionen von den Beteiligten aktiv gebildet werden. Das Unterrichtsmaterial wurde von der Europäischen Kommission in der „Film Online Charta“ als besonders positiv eingestuft.

Seit dem Kampagnenstart wurden bereits über 300.000 Unterrichtspakete auf www.respectcopyrights.de heruntergeladen. Mit einem eigenen Leitfaden werden auch Eltern adressiert: Er zeigt u.a. Wege auf, wie Kinder für den richtigen Umgang mit Urheberrechten sensibilisiert werden können. RC ist auch im Social Web aktiv. Um Neuigkeiten rund um die Themen Urheberrecht, geistiges Eigentum und Raubkopieren teilen zu können, hat RC einen eigenen Twitter-Kanal eingerichtet. So werden Multiplikatoren und Jugendliche erreicht, die das Social Web als Kommunikationsmittel nutzen.

Donald van der Laan

SDNA Technology GmbH

Tobias Vogel

SDNA Technology GmbH

Donald J.H. van der Laan

geboren am 25.10.1950, wohnhaft in Woerden, Niederlande, gründete 2009 die Firma SDNA Forensische Markierungstechnologie GmbH als Tochtergesellschaft der Rhine Group BV. Die Unternehmensgruppe vertreibt Markierungsprodukte mit künstlicher DNA in der Niederlande, Belgien und Deutschland. Bis zur Firmengründung von Rhine Group BV im Jahre 2003 war Herr van der Laan in verschiedenen Führungspositionen in der Halbleiter-Biotechnologie- und Analytik-Industrie tätig.

Diebstahl- und Überfallschutz durch künstliche DNA. Entwicklungen 2009-2014 und Aussichten

Moderation: Dr. Kati Zenk, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. Ost gGmbH

Die Kennzeichnung von Fahrzeugen, Werkzeugen, Kabeln und sonstigen Wertgegenständen mit künstlicher DNA (kDNA) macht den Transport, Besitz und Verkauf von gestohlenen Waren für Verbrecher viel risikoreicher und bewirkt dadurch eine Abschreckung. Immer mehr Firmen und Privatpersonen setzen auf die Technologie von der Firma SDNA Forensische Markierungstechnologie GmbH, die seit 2004 in Großbritannien, seit 2008 in den Niederlanden und seit 2009 in Deutschland eingesetzt wird. Die Polizeibehörden in Bremen, Bremerhaven, Brandenburg und in Sachsen unterstützen mittlerweile die Präventionsstrategie mit kDNA und begleiten Projekte von Behörden und Industrie. kDNA wird seit 2011 auch vermehrt im Kampf gegen Kabelklau eingesetzt. In 2013 wurden die ersten Projekte bei Solar- und Windenergieanlagen realisiert. Darüber hinaus etabliert sich mehr und mehr das SelectaDNA-Spray zur Prävention von Raubüberfällen. Zum Einsatz kommt es in Tankstellen, Geldspielhallen oder Geldinstituten. Beim Verlassen eines Tatortes wird der Täter mit der unsichtbaren DNA-Substanz besprüht, die ihn zweifelsfrei bei einer Festnahme mit seiner Tat und dem Tatort verbinden kann. Inzwischen gibt es auch Praxis-Beispiele, wo SDNA-Spray bei polizeilichen Ermittlungen und Verurteilungen eine bedeutende Rolle gespielt hat.



Prof. Dr. Dieter Hermann

**Universität Heidelberg / WEISSER
RING e. V., FB Vorbeugung**

Professor Dr. Dieter Hermann

Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Universität Heidelberg. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminalsoziologie (Kriminalitätstheorien, Präventions- und Evaluationsforschung), Kultursociologie (Werte-, Lebensstil- und Sozialkapitalforschung), Methoden empirischer Sozialforschung und Statistik sowie Ethik. Die Publikationen umfassen 7 Bücher und über 150 sonstige Veröffentlichungen. Die Forschungsaktivitäten wurden durch mehrere Drittmittelprojekte ermöglicht. Forschung und Lehre wurden durch Preise ausgezeichnet.

Prävention braucht Grundlagenforschung. Ideen zur Konzeption universeller Gewaltprävention

Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften

Wird Kriminalprävention auf der Grundlage der Beccaria-Standards betrieben, ist die Einbeziehung von Grundlagenforschung selbstverständlich. Ein wichtiger Aspekt dieser Standards ist die Analyse von Entstehungsbedingungen, und dazu müssen Studien zu Ursachen der relevanten Handlungen berücksichtigt werden. Dadurch ist es möglich, Prävention ursachenorientiert und damit möglichst effizient und nachhaltig zu entwickeln. Eine solche Vorgehensweise soll an einem Beispiel demonstriert werden, nämlich die Konzeption von Maßnahmen zur universellen Gewaltprävention. Die Grundlagenforschung dazu befasst sich mit Entstehungsbedingungen von Gewaltbereitschaft bei Kindern und Erwachsenen. Es müssen verschiedene Hypothesen verglichen werden: Liegt die Ursache der Gewaltbereitschaft von Kindern in der Gewaltbereitschaft der Eltern, wird also diese Disposition „vererbt“ oder sind individuelle Merkmale die zentrale Ursache für Gewaltbereitschaft? Zudem ist die Frage nach der Stabilität dieser Disposition von Interesse. Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt mittels einer deutschlandweiten Panelstudie mit Eltern und ihren Kindern. Dabei zeigt sich, dass Gewaltbereitschaft nicht direkt übertragen wird, sondern dass Wertorientierungen eine zentrale Rolle im Transmissionsprozess spielen. Die Ergebnisse dieser Analyse sind dann die Grundlage für die Konzeption von Präventionsmaßnahmen.



Dr. Helmut Fünfsinn

**Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa**

Dr. Helmut Fünfsinn

geb. 1954 in Frankfurt am Main, Studium der Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. 1983 bis 1986 wissenschaftlicher Assistent. 1986 Richter, seit 1989 Referatsleiter im Hessischen Ministerium der Justiz, seit 2002 Leiter der Abteilung Strafrecht und Gnadenwesen, im Nebenamt seit 1992 Geschäftsführer der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat); Veröffentlichungen vor allem im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts, der Rechtspolitik und Kriminalprävention, Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auf das Strafrecht

Moderation: Dagmar Freudenberg, Landespräventionsrat Niedersachsen

Vor über 20 Jahren sind die ersten Landespräventionsräte gegründet worden, der Deutsche Präventionstag wird zum 19. Mal veranstaltet und das Deutsche Forum für Kriminalprävention hat seinen zehnjährigen Geburtstag schon länger hinter sich. Das Gewaltschutzgesetz ist vor deutlich mehr als zehn Jahren verabschiedet worden, das Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Stalking-Bekämpfungsgesetz) wird sechs Jahre alt, der Straftatbestand der Zwangsheirat wurde 2011 in das Strafgesetzbuch aufgenommen und die Strafbarkeit der Verstümmelung weiblicher Genitalien ist soeben als § 226a StGB eingeführt worden. Diese Daten haben auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun, doch die hinter ihnen stehenden Entwicklungen können als plakative Beispiele für das Zusammenwirken der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention und der modernen Strafgesetzgebung verknüpft werden.

Der Beitrag versucht, den Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auf das Strafrecht anhand dieser Beispiele zu durchleuchten und will damit nicht nur die die Entwicklung tragenden Ideen aufgreifen, sondern auch die Organisationsstrukturen benennen, die den Erfolg dieser Ideen begünstigen.



Prof. Dr. Dr. Helmut Kury

Universität Freiburg

Helmut Kury

Studium der Psychologie an der Universität Freiburg/Brsg., Assistent an der Universität Freiburg, Psychologisches Institut, Zusatzausbildung in Psychotherapie und Forensischer Begutachtung, ab 1973 Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Forschungsgruppe Kriminologie. Von 1980 bis 1988 erster Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in Hannover, danach bis zur Pensionierung 2006 Wissenschaftlicher Referent am MPI in Freiburg und Professor an der Universität Freiburg. Projekte zu den Bereichen Behandlung von (jugendlichen) Straftätern, Dunkelfeld, internationaler Kriminalitätsvergleich, Resozialisierung von Straftätern, Kriminalprävention, Verbrechensfurcht, Methodenprobleme kriminologischer Forschung, Sanktionseinstellungen und Punitivität. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Bereichen.

Kriminalprävention durch härtere Sanktionen? - Die Rolle der Kriminologie

Moderation: Dagmar Freudenberg, Landespräventionsrat Niedersachsen

Auf Kriminalität wird von politischer Seite in aller Regel, oft vor dem Hintergrund von in den Medien diskutierten Einzelfällen, mit härteren Sanktionen bzw. entsprechenden Versprechen reagiert. Damit werden Einstellungen in der Bevölkerung, dass Sanktionen das beste Mittel zur Kriminalprävention seien, bekräftigt. Auf die Ursachen straffälligen Verhaltens, etwa bei Jugendlichen, wird etwa in den Medien kaum eingegangen. In diesem Kontext nahm in den letzten Jahren auch in Deutschland die Punitivität zumindest auf der Ebene der Gesetzgebung zu, Änderungen von Strafgesetzen führten meist zu einer Verschärfung der Strafen für abweichendes Verhalten. Dadurch soll durch die Politik signalisiert werden, man tue etwas zur Steigerung der Sicherheit vor Straftaten. In dem Beitrag soll zunächst die Rolle von Kriminalstrafmaßnahmen zur Reduzierung von Straftaten anhand empirischer Ergebnisse diskutiert werden, welche Rolle spielen Alternativen zu Freiheitsstrafen, etwa der TOA? Die (Nicht-)Wirkung von Kriminalstrafmaßnahmen und deren psychologische Gründe werden erörtert, wie müssten Kriminalstrafmaßnahmen ausgestaltet werden, damit sie möglichst eine Wirkung erzielen können, worin liegen die Grenzen etwa von Haftstrafen? Die Rolle der Kriminologie hinsichtlich einer Aufklärung der Bevölkerung, etwa durch mehr Öffentlichkeitsarbeit und einer rationaleren Gestaltung der Kriminalpolitik wird erörtert.



Prof. Dr. Niels Habermann

SRH Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Habermann

hat von 1992 bis 1999 an der Universität Mainz Psychologie studiert. Er hat mehrere Jahre in einer Therapieeinrichtung für junge erwachsene Drogenabhängige gearbeitet. Von 2002 bis 2009 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf tätig, u. a. in einem DFG-Projekt zu sexuell motivierten Tötungsdelikten, der Evaluation von Sozialtherapie und Nachsorge für Sexualstraftäter, einem Modellprojekt zu sexuellen Grenzverletzungen durch minderjährige Sexualstraftäter, in der Forensischen Ambulanz sowie im Forensisch-Psychiatrischen Gutachterdienst. Seine Promotionsschrift widmete sich jugendlichen Sexualmördern. Von 2009 bis 2011 war er im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst des Amtes für Justizvollzug Kanton Zürich als stellvertretender therapeutischer Leiter an der Implementierung einer Forensisch-Psychiatrischen Abteilung in der größten geschlossenen Justizvollzugsanstalt der Schweiz beteiligt. Seit 2012 ist er Professor für Rechtspsychologie an der SRH Hochschule Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Entstehung und Verlauf von Gewalt und Delinquenz, Persönlichkeitsstörungen, Psychopathy, Paraphilien und süchtiges Verhalten bei Straftätern, Begutachtung und Behandlung von Gewalt- und Sexualstraftätern sowie Qualitätssicherung in der Forensischen Arbeit.

Prof.Dr. Niels Habermann
Fakultät für Angewandte Psychologie
Studiendekan Rechtspsychologie
SRH Hochschule Heidelberg
Maria-Probst-Straße 3
69123 Heidelberg
Deutschland
Telefon: +49 (0) 6221 8223-199
E-Mail: nielshabermann@hochschule-heidelberg.de
Internet: <http://www.hochschule-heidelberg.de>

Gewalt in Gruppen und Hooliganismus: Erscheinungsformen, Motive und Prä- vention

Moderation: Renate Engels, DBH-Bildungswerk

In dem Vortrag werden zunächst die Ursprünge der Gewalt, die seit Jahrtausenden von Menschen ausgeht, dargelegt und in ihrer Entwicklung bis hin zu „modernen“ Formen der Gewalt beschrieben. Doch Gewalt ist nicht gleich Gewalt, insbesondere liegen individueller Gewalt und kollektiver Gewalt unterschiedliche Wirkmechanismen zugrunde. Gemeinsam ist jeder Form von Gewalt, dass diese ein Ziel, einen Zweck hat, ein Bedürfnis befriedigt. Eine Motivanalyse führt zum tieferen Verständnis der Ursachen und Mechanismen, die insbesondere dem Hooliganismus - als eine von den Protagonisten besonders „lustvoll“ erlebte Form der Gewalt in Gruppen - zugrunde liegt. Davon ausgehend werden wirksame Interventionsmethoden und Möglichkeiten der Prävention aufgezeigt.

Vorträge

zum 8th Annual International Forum (AIF)

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Since its foundation the German Congress on Crime Prevention (GCOCP) has been open to an international audience with a growing number of non-German speaking participants joining. To give the international guests their own discussion forum, the Annual International Forum (AIF) was established in 2007. For international guests this event offers lectures in English language as well as other activities within the GCOCP. The lectures reflect worldwide views on crime prevention and criminal policy, the current status, discussion, research and projects in crime prevention from different countries and promote the international network and cooperation. In this years AIF three lectures in English language take place on Monday and a jointventure event on Tuesday „Europe and prevention: the needs of local decision-makers and practitioners“ (in English and French language) organised by the European Forum for Urban Security (Efus).

Vorträge in deutscher und englischer Sprache



Dr. Harrie Jonkman

Verwey-Jonker Institute

Dr. Harrie Jonkman

studierte Soziologie und Pädagogik und arbeitete an der Universität, im Unterricht und in der Jugendforschung. Heute arbeitet er als Forscher am Verwey-Jonker Institut (Utrecht, NL). Seine Arbeit richtet sich auf die soziale und kognitive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, sowie auf die sozialen Bedingungen und die Prävention von Problemen im Bereich der Gesundheit, der Entwicklung und im Verhalten von jungen Menschen. 2012 erhielt er ein Stipendium als ‚Distinguished Researcher‘ des National Institute on Drug Abuse (USA). Am Verwey-Jonker Institut arbeitet er an experimenteller Forschung und an Evaluationen im Bereich von sozialen Programmen, Längsschnittstudien und international vergleichenden Studien. Er unterstützt die Präventionsarbeit in verschiedenen Ländern, arbeitet in Vorständen von Bildungsinstituten und ist Berater der ‚International Task Force on Prevention‘ der ‚Society of Prevention Research‘.

Fortschritte und Möglichkeiten. Was wissen wir und was können wir erreichen in der Präventionsarbeit für Jugendliche (IOM Report 2009)?

Moderation: Frederick Groeger-Roth, Landespräventionsrat Niedersachsen

Seelische, emotionale und Verhaltensstörungen bei Jugendlichen verhindern: Fortschritte und Möglichkeiten

Seelische, emotionale und Verhaltensstörungen (SEV), wie Depressionen und Drogenmissbrauch bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, stellen eine enorme Belastung für die Betroffenen, ihre Familien und die Gesellschaft dar. Sie bedrohen die Zukunft, Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen. Anzeichen für mögliche SEV-Störungen sind oft in einem sehr jungen Alter deutlich. Die Forschung hat mehrere Faktoren identifiziert, die zur Entwicklung von SEV-Störungen beitragen könnten und Eingriffe entwickelt, um erfolgreich diese Faktoren zu bearbeiten. Durch die Anwendung von Strategien, Programmen und Praktiken, die sich auf die Verringerung von Risiken und die Förderung von Schutzfaktoren richten, besteht ein großes Potenzial, um die Zahl neuer Fälle von SEV-Störungen zu reduzieren und deutlich das Leben junger Menschen zu verbessern.

Das Institute of Medicine (IOM, USA) präsentierte vor kurzem einen wichtigen und umfassenden Bericht (Seelische, emotionale und Verhaltensstörungen bei Jugendlichen verhindern: Fortschritte und Möglichkeiten). Der Bericht macht deutlich: die Verhinderung der Entwicklung von SEV-Störungen, und der damit verbundenen Probleme bei jungen Menschen, die Verringerung der Risiken und die Förderung einer positiven psychischen Gesundheit sollte eine hohe Priorität für die Gesellschaft sein. Es ist wichtig für Familien, Politiker, Praktiker und Wissenschaftler, sich konzeptionell darüber zu verständigen. Der Bericht wird derzeit übersetzt und an die deutsche Situation angepasst. Das übersetzte Dokument wird beim Vortrag vorgestellt und soll für eine Diskussion aktueller Herausforderungen in der Jugendkriminalitätsprävention in Deutschland genutzt werden.



Prof. Dr. Dean L. Fixsen

University of North Carolina

Dean L. Fixsen

Ph.D. began his career in human services in 1963 as a Psychiatric Aide in a large state hospital for children with profound developmental delays. Dean received his doctorate in Experimental Psychology from the University of Kansas in 1970. Starting in the 1960s, Dean was Co-Director of the research group that produced the Teaching-Family Model, an early version of an evidence-based program and one of the few that has national certification standards for practitioners and for organizations using the Model. Dean is co-author of the highly regarded monograph, *Implementation research: A synthesis of the literature*. He has served on numerous editorial boards and has advised federal, state, and local governments. Dean is a Senior Scientist at the Frank Porter Graham Child Development Institute, University of North Carolina at Chapel Hill; Co-Director of the National Implementation Research Network; Co-Director of the State Implementation and Scaling up of Evidence-based Practices Center; Co-Founder of the Global Implementation Initiative; and a member of the founding Board of Editors of the journal *Implementation Science*. Dean has spent his career developing and implementing evidence-based programs, initiating and managing change processes in provider organizations and service delivery systems, and working with others to improve the lives of children, families, and adults.

Current Developments in Implementation Research

Moderation: Dr. Marc Coester und Dr. Burkhard Hasenpusch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Research has made progress in identifying “what works” in crime prevention. As communities and organizations have attempted to make use of evidence-based interventions, it has become clear that knowing WHAT to do is insufficient. A new science of implementation has emerged that focuses on HOW prevention is supported so that prevention practices can be used as intended to produce desired effects. Using time worn approaches to implementation with new reforms will lead to predictable results (5% to 15% uptake, for a while). Implementation science offers a new view of “the problem” and of “the solution” in crime prevention.

Vortrag in englischer Sprache

Frank Buchheit

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Ruža Karlović

Police Academy, Police College

Frank Buchheit studied educational science and criminology at the University of Tübingen (Diplom Pädagoge). After having gained some professional experience in youth work and streetwork he started working at the State Bureau of Criminal Investigation in Baden-Württemberg in 2002. In the Bureau's crime prevention section he is specializing in juvenile delinquency, deradicalization and evidence-oriented crime prevention. In 2010 he enrolled in a degree programme at the Saarland University which he completed with a "Master of Evaluation" degree. He is the author and coauthor of some articles in journals, books and other publications.

Ruža Karlović; graduated from the Zagreb Police College in 2002. The following year she started to work as a research assistant at the Police College Department of Criminology and Juvenile Delinquency. In 2007 she graduated with a licentiate from the faculty of humanities and social sciences, University of Zagreb, and at the same university she defended her doctoral thesis in 2012. She is currently working as a lecturer at the Police College and is the author and co-author of more than a few scientific papers and conference abstracts in international indexed journals. Her scientific interests focus on police status and duties in society; crime prevention and sociology of crime.

Prevention connects! - The Twinning-light Project 'Strengthening Capacities of the Ministry of Interior for Crime Prevention' (Croatia – Baden-Württemberg)

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

The Twinning Light Project (IPA 20008) was initiated by Croatia as a EU membership candidate with Baden-Württemberg as the partner police organization. Its aim was to strengthen the capacities of the Interior Ministry that holds the stewardship in crime prevention in Croatia. It was designed to develop modern and efficient structures in public administration and to foster state-of-the-art crime prevention.

The project comprised an analysis of the Croatian crime prevention system consisting of several interviews, workshops and a standardized survey with both practitioners and supervisors.

In the 9-month period teams of experts of both police organizations developed a manual of crime prevention and suggestions for an improvement of education and training programs and generated recommendations for improvement and enhancement of performance in the prevention organizational structure and through the implementation of crime prevention. As a side effect the beccaria steps were implemented as a standard procedure for the Croatian police. The dissemination started with five management seminars and a sustainability workshop within the project's lifespan.

The Twinning Light project was a highlight in the ten-year partnership of the Croatian and Baden-Württemberg police in the field of crime prevention and a kick-off for further projects within the stability pact for Southeastern Europe.

Vortrag in englischer Sprache



Dr. Jeongsook Yoon

Korean Institute of Criminology (KIC)

Jeongsook Yoon

received a Ph.d degree in psychology from Brandeis University in the USA, and is currently working as a researcher in Korean Institute of Criminology. She has been doing research in the field of criminal psychology, and her main research interests include sexual offending, violent offending toward strangers, mentally disordered offenders, and psychopaths.

Violent offending with unspecified motives toward strangers

Moderation: Dr. Marc Coester und Dr. Burkhard Hasenpusch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Recently, violent offending with unspecified motives toward strangers, so called 'do-not-ask-crime'; has been rising in Korea and it has received consistent attention from the Media due to public's fear of being likelihood to be randomly victimized by its offender. Clear conceptualization of such crime was not established yet, nor the characteristics of offenders who commit it and the necessary social policies in criminal justice system as prevention strategies. Therefore, the purpose of this research was to conceptually define 'do-not-ask-crime' and examine main characteristics of offenders who commit such crimes. We analyzed the reports of criminal investigation for the do-not-ask-crime cases that occurred in 2012 in Korea. We found that do-not-ask-crime offenders were low in socioeconomic status and 75% of them were recidivists, most of which had a history of being convicted of violent offending toward people including strangers. We also attempted to divide them into subtypes through SSA analysis and found that they were categorized by anger, complaint, and mental disorder types. Implications for criminal justice system were also explained.

Vortrag in englischer Sprache



Dr. Seung-Hyun Lee

Korean Institute of Criminology (KIC)



Dr. Seong-Hoon Park

Korean Institute of Criminology (KIC)

Seung-Hyun LEE

Ph. D. in Law of Hanyang University

Dr. Lee is a researcher at KIC. Her research mainly focuses on the prevention of school violence with particular attention to institutionalizing related laws. Her experiences are the adjunct professor in Gachon University and lecturer of Human Rights Bureau, Ministry of Justice.

Seong-Hoon PARK

Ph. D. in Sociology of Korea University

Dr. PARK is a researcher at KIC. His primary research interests are in understanding the relationship between crime and community, and the school violence including juvenile delinquency using quantitative methods. He worked at a private research company for collecting and analyzing many survey data in 2002-2006.

Unravelling school violence: The case of South Korea

Moderation: Dr. Marc Coester und Dr. Burkhard Hasenpusch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Many people in South Korea considered school violence as a very serious issue. The administration began to show an interest in school violence in 1995 when a middle school student took his own life because of school bullying. The government enacted the Youth Protection Act in 1997, and made the School Violence Protection and Measures Law in 2004. Although the government initially focused on enacting laws, it made an effort to diffuse educational programs and compose a safe school environment in recent years.

This study aims to search for visionary ways to cope with school violence in South Korea. To achieve the purpose of the study, firstly we will review the trends of school violence from 1990s to 2000s. Secondly, governmental policies against school violence during the years will be reviewed. Thirdly, a recent survey data from school teachers, parents, and students for assessing effectiveness of the important policies against school violence will be analyzed. We will introduce the case of South Korea and put heads together to solve the school violence.

Vortrag in englischer Sprache

Dr. Magdolna Jávorszkiné Molnár

Polizeipräsidium Somogy (Ungarn)

Dr. Magdolna Jávorszkiné Molnár

Geburtsdatum: 03.01.1973.

Beruflicher Werdegang:

08/1996 – 1999 Polizeidirektion Kaposvár, Abteilung für Kriminalprävention

01/2000-12/2003 Polizeipräsidium Komitat Somogy,

01//2004 – 01/2014 Stellvertretende Abteilungsleiterin, Abteilung für Kriminalprevention, Polizeipräsidium Somogy

02/2014- Abteilungsleiterin , Abteilung für Kriminalprävention, Polizeipräsidium Somogy

Ausbildung:

09/1987 – 06/1991 Gymnasium Dombóvár

09/1991 – 08/1996 Fachhochschule für Pädagogik/Sozialpädagogik, Esztergom

09/1992-06/1993 Fachhochschule Niedderhein, Fachbereich Sozialwesen, Mönchengladbach

09/1996-06/1997 Hochschule der Polizei, Budapest

09/1997-06/2002 Juristische Fakultät der Universität Pécs, Pécs

Arbeitserfahrung/ Ausland:

02.1997. Hospitation bei der Polizeidirektion Vlissingen/ Niederlande

04.2000. Hospitation bei der Polizeidirektion Augsburg

06. 2006. Hospitation in Wien

04.2013. Hospitation beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart

Sachbereiche: Kinder- und Opferschutz, Drogen, Digitale Welt

Kriminalprävention in Somogy (Ungarn)

Moderation: Alexander Röchling, Landeskriminalamt
Baden-Württemberg

Das Komitat Somogy liegt in Südwestungarn, am Südufer des Plattensees.

Somogy ist ein alterndes Komitat, und zeigt ein sehr unterschiedliches Bild. In den inneren Siedlungen leben arme, alte, weltabgeschiedene Menschen. Am Plattensee finden (in der Sommersaison) viele Partys, Diskoprogramme und Veranstaltungen statt, bei denen die Teilnehmer meistens junge Leute sind.

Determinative Straftaten sind die Folgenden: Diebstahl, Stranddiebstahl, Autodiebstahl, Einbrüche. Beide Situationen bringen große Gefahren mit sich und bedürfen einer ganz anderen Präventionsarbeit.

Unsere Abteilung hat z.B. gemeinsam mit Zivilorganisationen, Kirchen usw. für alle Altersgruppen verschiedene Programme ausgearbeitet. Mit diesen Programmen können wir die Menschen ansprechen und ihnen helfen. Das primäre Ziel meines Vortrags ist, Ihnen die polizeiliche Kriminalprävention in unserem Komitat vorzustellen.



Ralf Eck

Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB

Ralf Eck studierte Geophysik und ist seit 1987 bei der Fraunhofer Gesellschaft in Karlsruhe. Zentrales Thema seiner Arbeiten sind ergonomische Fragestellungen in Entwicklung und Bewertung der Mensch-Maschine-Interaktion. Dies betrifft die Bereiche Avionik, Automotive, Telekommunikation und seit vielen Jahren zivile und militärische Sicherheitstechnik einschließlich GIS-Systemen.



Dr. Sebastian Höhn

Universität Freiburg, Zentrum für Sicherheit und Gesellschaft

Dr. Sebastian Höhn studierte Informatik und Computerlinguistik an der TU München. Seit dem Abschluss der Dissertation im Bereich IT-Security ist er Geschäftsführer des Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Mechanismen der IT-Security, Privacy und Critical Infrastructure Protection.



Erik Krempel

Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB

Erik Krempel studierte Informatik am Karlsruhe Institute of Technology und arbeitet seit 2011 am Fraunhofer IOSB. Seine Forschungsschwerpunkte sind Akzeptanz und Datenschutz in moderner Überwachung.



Sebastian Sperber

European Forum for Urban Security (EFUS)

Sebastian Sperber ist seit September 2008 Projektmanager beim Europäischen Forum für Urbane Sicherheit. Mit Abschlüssen in Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre beschäftigt er sich insbesondere mit lokalen Sicherheitsaudits und Fragen der Technologienutzung.

Erkenntnisse des SURVEILLE Projektes zu Ethik und Effizienz von Überwachungstechnologien

Moderation: Sebastian Sperber, EFUS

Welche Überwachungs- und Sicherheitstechnologien werden zur Bekämpfung der Kriminalität benutzt? Was kann man über Ihre Effektivität und ihre Effizienz sagen? Welche ethischen Fragen stellen sich bei ihrer Nutzung? Wie können Grundrechte und Privatsphäre geschützt werden? Welche Anforderungen stellen sich an Ergonomie und Datenschutz in der Praxis?

Das Europäische FP7 Forschungsprojekt „SURVEILLE“ (SURveillance: Ethical Issues, Legal Limitations-, and Efficiency), möchte Antworten auf diese Fragen geben und analysiert die Fragen der Effizienz und der Ethik von Überwachungstechnologien.

SURVEILLE ist ein interdisziplinäres Forschungsprojekt das Recht, Ethik, Soziologie und Ingenieurwissenschaften zusammenbringt und Endnutzer einbezieht, die diese Technologien in der Praxis nutzen. Es wird von einem Konsortium aus dem Europäischen Hochschulinstitut in Florence, den Universitäten Warwick und Birmingham, dem Raoul Wallenberg Institut für Menschenrechte, der TU Delft, dem Fraunhofer-Institut Karlsruhe, dem Zentrum für Sicherheit und Gesellschaft der Universität Freiburg, der Université libre Brussels sowie der Polizei Merseyside und dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (Efus) durchgeführt.



Maurice Illi

Stadt Luzern

Maurice Illi

geboren 1977 in Baar (ZG), aufgewachsen in Luzern. Sein Soziologiestudium an der Universität Zürich hat er 2004 mit der Lizentiatsarbeit «Hooliganismus in der Schweiz» abgeschlossen. Bei der UEFA EURO 2004 in Portugal und der FIFA WM 2006 in Deutschland war er Fanbetreuer der Schweizer Nationalmannschaft. Anlässlich des Sicherheitsbericht 2007 der Stadt Luzern wurde die Stelle für Sicherheitsmanagement zur Umsetzung der im Bericht erarbeiteten Maßnahmen geschaffen. Illi ist seither als Sicherheitsmanager der Stadt Luzern tätig und u.a. verantwortlich für die Lösung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum hervorgerufen z.B. durch Ruhestörungen im Zusammenhang mit dem Nachtleben, durch übermässigen Alkoholkonsum von Randständigen oder Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Stadtpark, oder durch Strassenprostitution in bewohntem Gebiet.

Sicherheitsbericht der Stadt Luzern 2013 - ein bewährtes Arbeitsinstrument für die Praxis

**Moderation: Stefanie Hälig, Ostfalia Hochschule Braun-
schweig/Wolfenbüttel**

Der risikobasierte Ansatz der Luzerner Sicherheitsberichte 2007 und 2010 hat Luzern eine Pionierrolle unter den Städten eingebracht und national und international für Aufmerksamkeit und Lob gesorgt. Luzern arbeitet seither mit einem systematischen integralen Sicherheitsmanagement. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen kommen in der Praxis zur Anwendung und machen die Berichte so nicht zu „Papiertigern“. Auch der aktuelle Sicherheitsbericht 2013 ist wiederum innovativ und vorbildlich. Die breite Auslegung des Sicherheitsbegriffs und die so detaillierte Analyse der Sicherheitslage einer Stadt sind weiterhin einmalig. Die analysierten Gefährdungen und Handlungsfelder im Sicherheitsbericht erstrecken sich von alltäglichen Störungen im öffentlichen Raum über kriminelle Handlungen und Alltagsgefahren im Straßenverkehr bis hin zu sehr selten eintretenden Naturgefahren oder technischen Gefahren.

Die Luzerner Sicherheitsberichte und die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen haben eine positive Auswirkung auf die Sicherheit der Stadt Luzern. Die meisten der getroffenen Maßnahmen zeigen Wirkung und haben dazu beigetragen das Sicherheitsniveau hoch zu halten – dies obwohl die Stadt weiter wächst und immer mehr Menschen in Luzern leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Gemäß aktuellen Umfragen fühlt sich die Luzerner Bevölkerung weiterhin in hohem Maß sicher.



Monica Perez-Olea

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Sabine Wenz

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Monica Perez-Olea

arbeitet seit 1998 bei der GIZ, vor allem im Bereich Frieden und Sicherheit. Als Senior Fachplanerin berät sie Vorhaben im Bereich Sicherheitssektorreform konzeptionell und methodisch. Sie besitzt mehrjährige Auslandserfahrung und hat unter anderem ein GIZ Projekt im Senegal im Bereich Friedenssicherung, Kleinwaffenkontrolle und Ernährungssicherung unterstützt.

Frau Perez-Olea konnte neben der GIZ in der EU-Kommission in Brüssel, im Bereich Demokratisierung und Menschenrechte, Erfahrungen sammeln. Sie ist Betriebswirtin (FH Münster).

Sabine Wenz

ist seit 2008 Leiterin des GIZ Vorhabens „Stärkung der Funktionsfähigkeit von Polizeistrukturen in Afrika“. In dieser Funktion koordiniert sie bis zu zwölf Ländermaßnahmen in Sub-Sahara Afrika.

Frau Wenz hat langjährige Erfahrung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Neben der GIZ arbeitete sie bereits für das United Nations Development Programme (UNDP), das Department for International Development (DFID) und den Deutschen Entwicklungsdienst (DED). Im Nahen Osten unterstützte sie Projekte im Bereich Justizentwicklung, Dezentralisierung, Gender und Wasserressourcenmanagement.

Sabine Wenz hat einen Master of Public Administration (Open University London) sowie einen Magister in Islamwissenschaften (Freie Universität Berlin).

Polizeiaufbau zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention in fragilen Staaten Afrikas

Moderation: Anna Rau, Weisser Ring e. V.

Die Situation der Bevölkerung in vielen Ländern Afrikas ist oftmals infolge jahrelanger bewaffneter Konflikte und der Schwäche der staatlichen Institutionen von Gewalt und Rechtsunsicherheit geprägt. Die (Wieder-) Herstellung von Sicherheit und die Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die staatlichen Sicherheitsinstitutionen stellt dabei eine der zentralen Herausforderungen dar. Um Kriminalität und gewalttätigen Konflikten präventiv zu begegnen unterstützt das GIZ Polizeiprogramm Afrika seit 2008 im Auftrag des Auswärtigen Amtes den Aufbau und die Reform nationaler Polizeistrukturen in fragilen und Postkonfliktländern Subsahara Afrikas und der Sahel- Region. Kernleistungen des Vorhabens sind dabei die Gestaltung und Beratung von strategischen und Veränderungsprozessen, die Aus- und Fortbildung von Polizisten sowie die Durchführung von Infrastruktur- und Ausstattungsmaßnahmen. Ein besonderer Schwerpunkt des Programms liegt vor allem auf Maßnahmen zur Förderung rechtsstaatlichen Handelns, menschenrechtskonformer Polizeiarbeit und einer bürgernahen Polizei. Im Rahmen der Veranstaltung soll dieser Ansatz anschaulich an Projekten in Burundi und im Osten der Demokratischen Republik Kongo dargestellt werden.



Doris Becker

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Johanna Beate Wysluch

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Doris Becker

Geboren in Hamburg. Studium der Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Kopenhagen mit Schwerpunkt Finanzen. Nach dem Abschluss zunächst im internationalen Bankengeschäft mit Schwerpunkt Genossenschaftsbanken tätig. Zusatzqualifizierung im Bereich Qualitätsmanagement (EFQM). Danach Wechsel in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Seit über 20 Jahren für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in den Bereichen Finanzsystementwicklung, Privatwirtschaftsförderung und Gute Regierungsführung in Lateinamerika und Asien sowie in Deutschland tätig. Seit 8/2013 Programmleiterin der GIZ und Fachkoordinatorin für den Schwerpunkt Good Governance der deutschen EZ in Indonesien.

Johanna Beate Wysluch

ist Juristin und arbeitet seit 2006 an dem Thema Antikorrup­tion und Integrität in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2012 leitet sie ein Vorhaben zu Antikorrup­tion in Indonesien.

Korruptionspraevention in Indonesien - wer lernt von wem?

Moderation: Anna Rau, Weisser Ring e. V.

Die indonesische Antikorruptionsbehörde Komisi Pemberantasan Korupsi KPK wurde 2002 gegründet und zählt weltweit zu den erfolgreichsten Antikorruptionsbehörden. Es handelt sich um eine kleine Institution, die mit vergleichsweise limitierten Kapazitäten hochrangige Amtsträger und Beamte der Strafverfolgung unterzieht (z.B. bisher 65 Parlamentarier und 8 Minister). Diese sogenannte Schocktherapie wird als Warnsignal gesehen und soll Korruption in Politik und Verwaltung auch mittel- und langfristig verhindern. Daneben verfügt die KPK über ein Mandat zur Prävention von Korruption. Hierzu zählen neben Sensibilisierung, Lehr- und Lernveranstaltungen auch eine Vorbild- und Kontrollfunktion für Reformen und die Einhaltung korruptionsrelevanter Vorgaben. Die Institution steht aufgrund der erfolgreichen Arbeit unter starkem politischen Druck. Sie verfügt über ca. 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist momentan noch zentralisiert. Dem steht ein Inselstaat mit ca. 17.000 Inseln und einer Bevölkerungszahl von ca. 240 Millionen gegenüber. Die Ansätze zur Prävention werden daher zielgerichtet entwickelt und eingesetzt. Die KPK hat in den letzten Jahren erstaunliche Produkte zur Korruptionsprävention entwickelt, die auch international großen Anklang finden.

Vortrags- und Diskussionsrunden zum Thema „Europa und Prävention: die Bedürfnisse der lokalen Akteure und Entscheidungsträgern“

Ausgerichtet vom Europäischen Forum für urbane Sicherheit (Efus) und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS), mit Mitwirkung des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

2014 ist das Jahr der Europawahl, der Erneuerung der europäischen Kommission, des Beginns eines neuen Zyklus von EU-Förderprogrammen und der Diskussion um ein neues politisches Rahmenprogramm der EU im Bereich Inneres und Justiz. Dieser Teil des 8. Internationalen Forums des 19. Deutschen Präventionstages bietet die Gelegenheit, sowohl die europäische Dimension lokaler Präventionsarbeit als auch die europäischen Politiken im Bereich der Kriminalprävention kennenzulernen und zu diskutieren.

Auf Grundlage des Manifests von Aubervilliers und Saint-Denis möchte das Europäische Forum das Stockholmer Programm Revue passieren lassen und die Zukunft der EU Politik auf diesem Gebiet diskutieren. Ziel ist es, die Positionen und Bedürfnisse der Akteure der Präventionsarbeit herauszuarbeiten und ihnen bei den europäischen Institutionen Gehör zu verschaffen.

Alle Teilnehmende des Präventionstages sind herzlich zu den Vorträgen und Diskussionsrunden eingeladen.

Simultanübersetzung in Deutsch, Englisch und Französisch.

- 09:00-10:00 **Die EU Landschaft 2014-2020. Erneuerung der Institutionen, Erneuerung der Politiken?**
Einführung mit Überblick über die zentralen Themen und Politiken der EU im Bereich Kriminalprävention.
- 10:00-11:30 **Die europäischen Dimensionen der lokalen Präventionsarbeit**
Podiumsdiskussion zur europäischen städteübergreifenden und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalprävention mit Blick auf Kriminalitätsanalyse, organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Drogenmissbrauch oder polizeiliche Zusammenarbeit.
- 11:30-12:30 Mittagspause
- 12:30-14:15 **Nach Stockholm: Was erwarten wir von den neuen EU Politiken und Programmen im Bereich Inneres und Justiz?**
Podiumsdiskussion zu den Erwartungen und Forderungen an Europa.
- 14:15-14:45 **Offener Brief an die neugewählten europäischen Institutionen**
Zusammenfassung der Positionen und Bedürfnisse der lokalen Akteure der Präventionsarbeit.

Sonderveranstaltung

Forum der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Wissen generieren für Politik und Praxis: Forschungen für Prävention am Deutschen Jugendinstitut

Mit dem Motto des diesjährigen Präventionstages „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ ist das Deutsche Jugendinstitut (DJI) als großes bundesweites außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien unmittelbar angesprochen. Denn Forschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis ist die originäre Leitperspektive des DJIs. Dieser ganz institutstypische Fokus bestimmt deshalb auch die, nun zum zweiten Mal angebotene, Veranstaltungsreihe der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Befunde, Diskurse und Fragestellungen aus verschiedenen Arbeitseinheiten des DJIs, die den Gegenstand Prävention berühren. Dabei werden verschiedene Altersgruppen und ziel- bzw. deliktgruppenspezifische Angebote und Ansätze, wie z.B. Frühe Hilfen, Übergänge im Jugendalter, Kindesmisshandlung und -vernachlässigung, Rechtsextremismus und Jugendkriminalität, in den Blick genommen.

Vorgesehen sind fünf Vorträge, ein Diskussionsforum sowie ein Get-together am Stand des Deutschen Jugendinstituts. Neben der Möglichkeit des informellen Austauschs werden dort aktuelle Publikationen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention vorgestellt. Alle Kooperationspartner und Interessierte sind herzlich willkommen!

Übersicht:

Moderation: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention

Montag:

14:00-15:00: Fachvortrag: Sann, Alexandra: **Forschung für die Praxis – das „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“**

15.30-16:30: Fachvortrag: Helming, Elisabeth: **Prävention sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen – Der Spektrum-Ansatz**

17:00-18:00: Standevent: **Wissenschaft trifft Politik und Praxis: Get-together am Stand des Deutschen Jugendinstituts (DJI)**

Dienstag:

09:00-10:00: Fachvortrag: Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina/Seidl, Carina: **Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention im Blick: Die DJI-Arbeitsstelle im Spannungsfeld zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft**

10:30-11:30: Podiumsdiskussion: **Was kann und soll Wissenschaft für Praxis und Politik leisten?**

12:30-13:30: Fachvortrag: Bischoff, Ursula / König, Frank / Zimmermann, Eva: **Gelingsbedingungen pädagogischer Rechtsextremismusprävention**

14:00-15:00: Fachvortrag: Gaupp, Nora / Reißig, Birgit: **Schulische Berufsorientierung als Angebote zur Prävention von Ausbildungslosigkeit**



Alexandra Sann

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Alexandra Sann:

Diplom-Psychologin mit Schwerpunkt Familienpsychologie. Ihre Forschungsinteressen liegen in folgenden Bereichen: Förderung frühkindlicher Sozialisations- und Bildungsprozesse in Familien, Entwicklung von zielgruppenspezifischen Unterstützungs- und Hilfeangebote für Familien, Präventions- sowie Evaluationsforschung. Sie ist seit 2001 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. und verantwortlich für die wissenschaftliche Begleitung und Weiterentwicklung eines niedrigschwelligen, präventiven Förderprogramms (Opstapje – Schritt für Schritt) für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien. Seit 2006 hat sie das Themenfeld Frühe Hilfen am DJI aufgebaut, beginnend mit der „Kurzevaluation zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Ländern“. Seit 2007 ist sie wissenschaftliche Referentin des DJI im Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH), zuständig für die Koordination der Modellprojekte in den Ländern und die bundesweite Bestandsaufnahme Früher Hilfen. Seit November 2012 hat sie die Leitung der Fachgruppe Frühe Hilfen am DJI übernommen und koordiniert die wissenschaftliche Begleitforschung zur Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Forschung für die Praxis – das „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“

Moderation: Bernd Holthusen, DJI München

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH), eine Kooperation von DJI und Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), begleitet und unterstützt die Entwicklung des relativ jungen Praxisfeldes der Frühen Hilfen. Frühe Hilfen werden dabei zum einen verstanden als frühzeitige und passgenaue Unterstützungs- und Hilfeangebote für Familien ab der Schwangerschaft bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, die positive Entwicklungsbedingungen in den Familien fördern und damit präventiv einer möglichen Überforderung der Eltern bei der Versorgung des Kindes vorbeugen sollen. Zum anderen werden sie aber auch als eine Ressort- und Professionen-übergreifende Verweis- und Vermittlungspraxis verstanden, die auf der im Bundeskinderschutzgesetz normierten multiprofessionellen Vernetzung basiert und diese im Bereich der frühen Kindheit systematisch ausbauen will. Das NZFH unterstützt auf der Basis empirisch gesicherten Wissens die Fachpraxis mit diversen Arbeitshilfen, entwickelt Qualifizierungskonzepte und bietet vielfältige Formate für den professionsübergreifenden Austausch. Es dokumentiert und evaluiert die Strukturentwicklung in Ländern und Kommunen wie auch die Wirkungen spezifischer Angebote, z. B. der Familienhebammen. Es bündelt Erkenntnisse und Erfahrungen, berät Fachpolitik auf Landes- und Bundesebene und entwickelt Perspektiven und Strategien für eine nachhaltige Implementierung.



Elisabeth Helming

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Elisabeth Helming.

Dipl. Soziologin, arbeitet als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut, momentan im Projekt IzKK – Informationszentrum Kindesvernachlässigung/ Kindesmissbrauch. Sie war beteiligt an diversen Forschungsprojekten, u.a. »Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen«; »Pflegekinderhilfe in Deutschland«, »Kurzevaluation Frühe Hilfen«, »Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe«, Sozialpädagogische Familienhilfe und hat mitgewirkt an der Erstellung vielfältiger Materialien für die Praxis.

Prävention sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen – Der Spektrum-Ansatz

Moderation: Dr. Sabrina Hoops, DJI München

Einrichtungen und Institutionen sind in Deutschland vielfach auf dem Weg, diverse Konzepte zur Prävention von und Intervention bei sexueller Gewalt zu entwickeln. Das DJI unterstützt dabei die Entwicklung eines „Spektrum-Ansatzes“ der Prävention sexueller Gewalt, innerhalb dessen diverse Konzepte miteinander verknüpft werden. Vielfältige Aktivitäten des DJI – Forschung, Bereitstellung von Materialien, Literaturdatenbank, IzKK-Nachrichten usw. – sollen mit beitragen zu einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie. Im Vortrag soll ein Überblick dazu gegeben werden, auf welchen Ebenen primär- und sekundärpräventive Anstrengungen zur Verhinderung sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen berücksichtigt werden und welche Formate zur Verfügung stehen: von medialen Kampagnen zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Mobilisierung von Unterstützung, über diverse präventive Angebote für Jungen und Mädchen in unterschiedlichen Kontexten, Ansätze zur Arbeit mit Eltern, Hilfeangebote für Opfer bis hin zu strukturell-institutionellen Bemühungen um Entwicklung und Umsetzung von Schutzkonzepten. Dazu kommen Bemühungen, auch international der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Handel mit Kindern und Tourismus entgegenzuwirken. Der Überblick wird ergänzt durch Hinweise aus der Forschung zur Wirkung unterschiedlicher Präventionsansätze.



Bernd Holthusen

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Geb. 1962, Diplom-Politologe, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Berlin, 1997-2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI, seit 2013 Leitung der Fachgruppe Angebote und Adressaten in der Kinder- und Jugendhilfe am DJI.



Dr. Sabrina Hoops

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Geb. 1970, Diplom-Studium der Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, 2008 Promotion zur Dr. phil., seit 1998 wiss. Referentin am DJI, u.a. in den Forschungsprojekten „Evaluation des Bundesmodellprogramms Ambulante Intensive Begleitung (AIB)“, „Freiheitsentziehende Maßnahmen im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe, Psychiatrie und Justiz“ sowie in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention und in der Geschäftsführung des 14. Kinder- und Jugendberichtes. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Kinder- und Jugenddelinquenz und Hilfen zur Erziehung.



Carina Seidl

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Geb. 1982, Diplom-Studium der Soziologie mit Schwerpunkt Kriminologie an der LMU München. 2010 im Projekt „Polizeilich mehrfach auffällige Strafunmündige“ der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Seit 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsstelle.

Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention im Blick: Die DJI-Arbeitsstelle im Span- nungsfeld zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft

Moderation: Dr. Sabrina Hoops, DJI München

Straftaten, die Kindern und Jugendlichen zur Last gelegt werden, sind - nicht nur durch die mediale Aufmerksamkeit – immer auch eine Herausforderung sowohl für die Fachpraxis der Jugendhilfe, Polizei und Justiz als auch für die Politik. Die zentrale Frage lautet: wie kann Delinquenz im Kindes- und Jugendalter vermieden bzw. reduziert werden? Oder anders formuliert, was sind geeignete Präventionsstrategien. Zur Bearbeitung dieser Fragen und zur fachlich pädagogischen Weiterentwicklung des Feldes wurde 1997 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut eingerichtet. Die Arbeitsstelle begleitet kontinuierlich die Entwicklung der Präventionsstrategien im Kindes- und Jugendalter, fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Institutionen, bereitet praxisnah Informationen auf, engagiert sich für die Evaluation von Handlungsansätzen und führt auch eigene empirische Projekte durch. So wird Wissen für Praxis und Politik mit der Zielsetzung generiert, die Prävention von Delinquenz im Kindes- und Jugendalter fachlich weiterzuentwickeln.

Unterschiedliche Themen im Spannungsfeld zwischen Jugendhilfe, Polizei und Justiz standen im Laufe der letzten Jahre dabei im Mittelpunkt, wie z.B. „Mehrfach- und Intensivtäter“ oder die institutionenübergreifende Kooperation.



Martina Liebe

Bayerischer Jugendring

M.A., Studium der Erziehungswissenschaften und Lehramt an Volksschulen; Bayerischer Jugendring, München; Leiterin des Referats Jugendpolitische Grundsatzfragen und Querschnittsthemen; Mitglied im Vorstand des Landesjugendhilfeausschusses



Martina Reinhardt

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

geb. 1961, Volljuristin, Leiterin der Abteilung Jugend, Familie, Sport, Landesjugendamt im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Vorstandsmitglied DVJJ, Landesgruppe Thüringen.



Prof. Dr. Peter Rieker

Universität Zürich

Diplom-Soziologie, Dr. phil. habil., Professor für Ausserschulische Bildung und Erziehung am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich. Arbeitsschwerpunkte: Abweichendes Verhalten und Extremismus bei Jugendlichen sowie deren Prävention, Migration und interethnische Kontakte, Methoden der empirischen Sozialforschung.



Rita Salgmann

Landeskriminalamt Niedersachsen

Leiterin der Zentralstellen Prävention, Jugendsachen, Gewalt und Eigentum im Landeskriminalamt Niedersachsen; Vorsitzende der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (KPK). Verantwortlich u.a. für Projekte und Programme zur schulbezogenen Gewaltprävention, Konzepte zur Intervention und Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz sowie zur Verhinderung der Jugendgefährdung.

Podiumsdiskussion: Was kann und soll Wissenschaft für Praxis und Politik leisten?

Moderation: Bernd Holthusen, DJI München

Das Thema der Tagung „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ aufnehmend, widmet sich diese Podiumsdiskussion den Ambivalenzen und Herausforderungen, die an dieser Schnittstelle mit Blick auf das Kindes- und Jugendalter auftreten. Auf dem Podium trifft Forschung auf Fachpolitik sowie auf Fachpraxis, die hier ihre Perspektiven und Erwartungen an Wissenschaft formulieren: Welche Bedeutung hat Wissenschaft für Politik und Praxis für eine gute Präventionsarbeit? Wie können wissenschaftliche Ergebnisse nutzbar gemacht werden und wie geht man damit um, wenn es keine „einfachen Lösungen“ gibt? Welche Erwartungen sind mit den Themen Evaluation und wissenschaftliche Begleitung aus politischer und fachpraktischer Perspektive verbunden? Diese und weitere Fragen sollen auf dem Podium und unter Beteiligung des Fachpublikums diskutiert werden.



Dr. Ursula Bischoff

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Soziologin, zurzeit Referentin im Deutschen Jugendinstitut e.V., Programmevaluation des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe, Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“. Langjährige Tätigkeit im Bereich Migration, interkulturelle Zusammenarbeit und Evaluation von Präventionsprogrammen.



Frank König

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Diplom-Sozialpädagoge, Diplom-Politikwissenschaftler, zurzeit Referent im Deutschen Jugendinstitut e.V., Programmevaluation des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe, Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“. Zuvor langjährige Tätigkeit in der Jugendarbeit im Bereich Demokratiebildung und -erziehung.



Eva Zimmermann

Deutsches Jugendinstitut e. V.

M.A. Erziehungswissenschaft, Soziologie, zurzeit Referentin im Deutschen Jugendinstitut e.V., Programmevaluation des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe, Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“.

Gelingsbedingungen pädagogischer Rechtsextremismusprävention

Moderation: Dr. Sabrina Hoops, DJI München

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortete Programm zur Prävention von Rechtsextremismus „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ setzt einen seiner Schwerpunkte auf Lokale Aktionspläne (LAP). Dies sind integrierte kommunale Strategien zur Demokratieförderung und haben ein hohes Potenzial zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure und zur Prävention von Rechtsextremismus. Ein wesentliches Element dieser Strategien ist die außerunterrichtliche pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Auf der Basis einer bundesweiten Befragung von Teilnehmenden an solchen LAP-Projekten werden zwei Fragen diskutiert: 1. Welche Rolle spielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Angebotsgestaltung für die Akzeptanz und den subjektiv wahrgenommenen Lernerfolg? 2. Inwieweit kann die Annahme, dass solche Angebote junge Menschen zu wenig erreichen, die gesellschaftlich kaum oder nicht aktiv sind, bestätigt oder entkräftet werden?



Dr. Nora Gaupp

Deutsches Jugendinstitut e. V.



Dr. Birgit Reißig

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Dr. Nora Gaupp ist im Jahr 2003 als wissenschaftliche Referentin ans Deutschen Jugendinstitut gekommen. Im Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ führte sie zahlreiche Forschungsprojekte zur Bildungs- und Übergangsforschung, insbesondere zur beruflichen und sozialen Integration von bildungsbenachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch. Im Herbst 2013 hat Frau Gaupp die Leitung der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am DJI übernommen. Frau Gaupp ist neben ihrer Tätigkeit am DJI als Lehrbeauftragte an der Hochschule München in der quantitativen Methodenausbildung von Studierenden tätig.

Dr. Birgit Reißig ist seit 2000 am Deutschen Jugendinstitut im Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ beschäftigt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Bildungs- und Übergangsforschung. Sie verantwortete Projekte zu Übergangsverläufen von der Schule in den Beruf, zu Exklusionsprozessen im jungen Erwachsenenalter und deren Bewältigung sowie zu Prozessen und Strukturen kommunaler Übergangs- und Bildungspolitik. Seit 2012 leitet Frau Reißig neben dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ auch die Außenstelle des DJI in Halle/Saale.

Schulische Berufsorientierung als Angebote zur Prävention von Ausbil- dungslosigkeit

Moderation: Carina Seidl, DJI München

Auftrag der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I ist es, Jugendliche zu einem erfolgreichen Schulabschluss zu führen und sie auf den Übergang in Ausbildung vorzubereiten. Der Aspekt der Vorbereitung auf das Verlassen der Schule gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung: Neben die „Abschlussorientierung“, d.h. den Erwerb eines Bildungszertifikates tritt eine „Anschlussorientierung“ als Selbstverständnis und Aufgabenfeld der Schulen mehr und mehr in den Vordergrund. Kern dieser präventiven Angebote ist die Berufsorientierung.

Der Vortrag zeigt in einem ersten Schritt die Vielfalt schulischer berufsorientierender Angebote und ihren Beitrag zur Herausbildung einer beruflichen Orientierung der Schülerinnen und Schüler. Im zweiten Schritt wird die Bedeutung einer klaren oder auch unklaren bzw. fehlenden Berufsorientierung für Übergangswegen von der Schule in den Beruf untersucht. Empirische Basis des Beitrags sind Ergebnisse aus einer Längsschnittuntersuchung des DJI (DJI-Übergangspanel), die Jugendliche mit Hauptschulbildung, d.h. Schüler/innen von Hauptschulen bzw. Hauptschulzweigen integrierter Schulformen ausgehend vom letzten Schuljahr über mehrere Jahre auf ihrem Weg in Ausbildung und Erwerbsarbeit begleitet hat.

Sonderveranstaltung Medienforum der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Mit der Erneuerung der Kooperation der bpb mit dem DPT wird das „Medienforum der bpb“ geschaffen, ein Format mit sieben Einzelveranstaltungen. Das „Medienforum der bpb“ bedient eine große Nachfrage der Multiplikatoren im Präventionsbereich und erfüllt zugleich den Wunsch nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe für Aktive und Betreute.

Medien als Wesenselement der gesellschaftlichen Teilhabe sind sowohl direkt (Thema Internet; Soziale Netzwerke, Computerspiele, Medienabhängigkeit) relevant im Kontext des DPT als auch indirekt, da deren Bedeutung im eigenen Präventionsalltag der Teilnehmenden immer mehr wächst. Sie im Alltag einzusetzen ist häufig mit Unsicherheit, Ängsten und Orientierungslosigkeit verbunden. Die Chancen der Neuen Medien wollen wir mit praktischen Beispielen vorführen und zum selber entdecken anregen.

Das „Medienforum der bpb“ spiegelt einen Großteil des Spektrums der Nutzung neuer Medien wider mit innovativen Eigenveranstaltungen der bpb sowie mit Themen und Präventionsansätzen der offenen Programmplätze:

- „Medienalltag von Kindern und Jugendlichen: Herausforderungen für Eltern und Pädagogen“
Walter Staufer, bpb
- „Eltern-LAN – Zusammen.Spiele.Erleben“
Wolfram Hilpert, bpb
- 30 Jahre Rechtsrock und aktuelle Tendenzen in der Jugendmusikkultur
Martin Langebach, bpb und Jan Raabe
- „Bildschirmmedien und Prävention - Stand der Wissenschaft zu Chancen und Risiken“
Dr. Paula Bleckmann, KFN
- „Spiel-Konzepte und Spiel-Technologien für adaptive Präventionsergebnisse“
Prof. Dr. Dr. Klaus Jantke, Fraunhofer IDMT
- „Online-Medien im Präventionsalltag mit pb21 entdecken“
Daniel Seitz, bpb/mediale pfade
- „Wird der Jugendschutz ein Opfer der digitalen Revolution?“ - Expertenbefragung mit offener Fragerunde
Jutta Croll, Stiftung Digitale Chancen
Prof. Hajo von Gottberg, FSF
Moderation: Vera Linß, Medienjournalistin Deutschlandradio Kultur

Das „Medienforum der bpb“ initiiert ein neues Veranstaltungsformat jenseits der jährlich stattfindenden zweitägigen Veranstaltung des DPT. Mit „Online-Medien im Präventionsalltag mit pb21 entdecken“ entsteht eine Vernetzung des DPT mit einem Onlineangebot der bpb, um auch denjenigen Anregungen zur Weiterarbeit geben zu können, die nicht zum DPT kommen können.



Walter Stauffer

Bundeszentrale für politische Bildung/
bpb

Walter R. W. Stauffer

studierte Germanistik, Politik, Soziologie, Geografie und öffentliches Recht. 1985 Dozent für politische Bildung an der Zivildienstschule Karlsruhe mit den Schwerpunkten Europa, Extremismus, Islamismus und Medien. 2005 Referent an der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn. Aufbau des neuen Bereichs „Pädagogischer Jugendmedienschutz: Medienerziehung“.

Seit 2013 Referent bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn; Fachbereich zielgruppenspezifische Angebote: Entwicklung neuer medienpädagogischer Angebote, Politische Bildung, Inklusion, Angebote in Leichter Sprache.

aktuelle Publikationen:

(2010) Jugendliche und die Faszination von Sozialen Netzwerken. In: Lüpke, M./Neumann, U. (Hrsg.) Gewaltprävention 2.0. Aktive Medienpädagogik als Mittel der Gewaltprävention. Schüren Verlag, S. 54 – 67. Marburg.

(2008-2012) Deutscher Präventionstag. Was macht mein Kind im Internet, I-V? Aktuelle Entwicklungen und Gefährdungen – Tipps zur Medienerziehung.

(2013) Cyber-Mobbing ist Gewalt – Zum Umgang mit einem alltäglichen Phänomen. In: PraxisFördern. H. 2/2013. S. 20-25 mit 7 Info- und Arbeitsblättern. Braunschweig.

(2013) Medien Mensch – Menschenbilder in Hip-Hop, Sozialen Netzwerken und Computerspielen. Tipps – Links – Medienempfehlungen. In: Erich Marks und Wiebke Steffen

(Hrsg.): Mit Medien leben. 16. DPT. S. 247-275. Godesberg.

Medienalltag von Kindern und Jugendlichen: Herausforderungen für Eltern und Pädagogen

Für Kinder und Jugendliche kann die digitale Revolution hin zu Smartphones und Tablets scheinbar nicht schnell genug gehen. Welche Chancen und Risiken erwarten sie heute in der mobilen Onlinewelt? Nach welchen Regeln funktioniert die Welt, wenn Dreijährige auf Tablets spielen, Achtjährige auf Facebook kommunizieren und Lehrkräfte die Hausaufgaben mailen?

Die Eröffnungsveranstaltung des „Medienforums der bpb“ bietet Orientierung im Medienalltag und eine Einführung in das Programm des Medienforums:

- Einen Überblick über die Entwicklungen der letzten 12 Monate in neuen Medien,
- Aktuelle Forschungsergebnisse und Trends
- neue Links und Materialien zu Film/Fernsehen; Internet für Kinder; mobile media; Internet für Jugendliche; Datenschutz/Urheberrecht im Internet und Unterricht; Cyber-Mobbing; Kinder-/Jugendschutzfilter; Computer-/Online-Spiele; Medienabhängigkeit; internationale Zusammenarbeit und Materialien in anderen Sprachen
- Das „Medienforum der bpb“: Ein Spektrum der Rezepte im Umgang mit neuen Medien



Wolfram Hilpert

**Bundeszentrale für politische Bildung/
bpb**

Wolfram Hilpert

geb. 1960, ist Referent im Fachbereich Zielgruppenspezifische Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. Dort ist er als Koordinator des Angebots „Eltern-LAN“ tätig, das erste Einblicke in die interaktive Computerspielwelt vermittelt sowie Dialogbarrieren zwischen den Generationen abzubauen hilft. Er ist zudem mit der Entwicklung des Angebots „Eltern-Online Soziale Netzwerke“ und weiterer medienpädagogischer Projekte befasst. Er koordiniert die Entwicklung einer „Inklusiven Didaktik der politischen Bildung“ und betreut Publikationen und Online-Veröffentlichungen unter anderem in Leichter Sprache.

In Köln studierte Wolfram Hilpert Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaften. Nach der Lehrerausbildung (Sekundarstufen I und II) war er unter anderem als Lehrer für Politik und Geschichte und in der Erwachsenenbildung tätig. 2005 bis 2013 arbeitet er als Referent in der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Mit Artikeln, Aufsätzen, Gastbeiträgen und in Vorträgen wand er sich unter anderem an Eltern und pädagogisch Tätige um über Chancen und Risiken von Medien und die Bedeutung von Medienerziehung und Jugendmedienschutz zu informieren (vgl. u.a. Computerspiele. Reiz und Risiken virtueller Spiel- und Lebenswelten, in: [mediaculture.online](http://www.mediaculture-online.de/Medienpaedagogik.9+M5c49f2062b3.0.html). URL: <http://www.mediaculture-online.de/Medienpaedagogik.9+M5c49f2062b3.0.html>).

„Eltern-LAN – Zusammen.Spiele.Erleben“ - Veranstaltung von spielbar.de der bpb mit Partnern

Wenn Computerspiele für Sie bisher eine fremde Welt waren, dann haben Sie hier die Gelegenheit selbst zu spielen. Die Eltern-LAN versteht sich als aktive Medienarbeit mit Erwachsenen (Eltern, Lehrkräfte ...) zum Thema Computerspiele mit den Zielen:

- Berührungsängste gegenüber neuen Medien abzubauen;
- Orientierungswissen über Computerspiele und Medienkompetenz zu vermitteln;
- die Motivation und die Fähigkeit zu fördern, sich mit Kindern und Jugendlichen über deren mediales Handeln und die Inhalte von Computerspielen kritisch auseinanderzusetzen
- den medienpädagogischen Raum in der Familie, Schule etc. (wieder-)zugewinnen.

Die Eltern-LAN in Karlsruhe wird in Zusammenarbeit mit spielbar.de, der Plattform der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Computerspiele, Turtle Entertainment, dem Veranstalter der Electronic Sports League, dem Spieleratgeber-NRW des Vereins ComputerProjekt Köln e.V., Spielraum, dem Institut zur Förderung von Medienkompetenz an der Fachhochschule Köln und der Akademie Remscheid, mit freundlicher Unterstützung von BITKOM - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. veranstaltet.

Martin Langebach

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Jan Raabe

Argumente & Kultur gegen Rechts e.V.

Martin Langebach

Soziologe (MA) und Dipl. Sozialpädagoge, Referent bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Arbeitsschwerpunkt u.a. Rechtsextremismus sowie speziell Rechtsextremismus und Jugend(kulturen). Diverse Veröffentlichungen in diesem Themenfeld, zuletzt mit Andreas Speit „Europas radikale Rechte“ (2013) und mit Jan Raabe „RechtsRock – Made in Thüringen“ (2013)“.

Jan Raabe

Dipl. Sozialpädagoge, tätig in der Jugendarbeit, Referent beim Verein „Argumente & Kultur gegen Rechts e. V.“, Arbeitsschwerpunkt: extrem rechte (Jugend-) Kultur und militanter Neonazismus. Mit Christian Dornbusch (Martin Langebach) gab er den Sammelband „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ (2002) heraus, verfasste eine Reihe von Aufsätzen zur Musik der extremen Rechten und zu anderen Themen in diesem Kontext, zuletzt zusammen mit Dana Schlegelmilch den Beitrag „Die rezenten extreme Rechte und das Germanentum“ im Begleitband zur Sonderausstellung „Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz“ (2013) des Focke Museums Bremen sowie mit Martin Langebach „RechtsRock – Made in Thüringen“ (2013).

Montag, 12. Mai – 17:00 bis 18:00 Uhr
Konzerthaus
Kleiner Saal

30 Jahre Rechtsrock und aktuelle Tendenzen in der Jugendmusikkultur

Moderation: Walter Stauer, Bundeszentrale für politische Bildung

RechtsRock ist unbestritten das Medium der extremen Rechten, um Botschaften zu verbreiten und Nachwuchs zu gewinnen. Seit den 1990er Jahren erfindet er sich stetig neu – nicht nur musikalisch. Heute sind alleine in Deutschland mehr als 200 Bands des Genres aktiv. Konzerte finden nicht mehr nur in Hinterzimmern oder an geheimen Orten statt. Der Vortrag zieht eine Bilanz nach annähernd 30 Jahren Rechtsrock in Deutschland hinsichtlich der Entwicklungen von Musik, Bands, Produzenten, Konzerten, Szene etc. und zeigt den Status Quo anno 2014 auf.

Vorträge



Dr. Paula Bleckmann

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen**

Dr. Paula Bleckmann

Leitung des Bereichs Prävention im Forschungsprojekt „Internet- und Computerspielabhängigkeit in Deutschland: Diagnostik, Ätiopathogenese, Therapie und Prävention“ am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Entwicklung des Präventionsprogramms MEDIA PROTECT mit Dr. Thomas Mößle. Forschungsschwerpunkte Chancen und Risiken der digitalen Kindheit, Computerspielabhängigkeit aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, Prävention problematischer Bildschirmmediennutzung, zielgruppenspezifische Elternberatung, Bedeutung von freiem Spiel und aktiver Freizeitgestaltung für die kindliche Entwicklung. Diplom-Biologin, promovierte Medienpädagogin, Buchautorin („Medienmündig - wie unsere Kinder selbstbestimmt mit dem Bildschirm umgehen lernen“), verheiratet mit Dr. Frank Bleckmann, drei Kinder.

Bildschirmmedien und Prävention - Stand der Wissenschaft zu Chancen und Risiken

**Moderation: Astrid Fuhrmann, Stiftung Deutsches
Forum für Kriminalprävention (DFK)**

Im Umgang mit den digitalen Medien bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen Mediensucht und „Medienmündigkeit“, womit der dosierte, aktive, kreative und vor allem selbstbestimmte Umgang jenseits von rein technischen Nutzungsfertigkeiten gemeint ist. Je nach Schätzung gibt es in Deutschland zwischen Hunderttausend und einer Million Computerspielabhängige, vorwiegend Männer. Aber auch für Frauen gibt es keine Entwarnung: Sie sind ähnlich häufig von Internetsucht mit Schwerpunkt auf der Nutzung von Social Networks betroffen. Bereits weit vor der Grenze zur Sucht lassen sich jedoch schwerwiegende negative Folgen problematischer frühkindlicher Bildschirmmedienexposition für die körperliche, sozio-emotionale und kognitive Entwicklung beschreiben: Übergewicht, Empathieverlust, Sprachentwicklungsverzögerung, Schlafstörungen, Schulschwierigkeiten. Problematisch können dabei sowohl die Nutzungszeiten, wie die Medieninhalte, wie auch die Funktion (z.B. Medieneinsatz als Belohnung oder als Eskapismus) wirken. Frühzeitige Verhinderung problematischer Bildschirmmediennutzung in diesem Sinne bietet sich demnach als vielversprechende „Allround-Prävention“ an. Gleichzeitig verspricht die mündige Nutzung digitaler Technologie Chancen wie schnellen Zugang z.B. zu Gesundheitsinformationen (Stichwort „eHealth Literacy“) und zu niedrigschwelligen Online-Präventionsangeboten.



Prof. Dr. Dr. Klaus Jantke

Fraunhofer IDMT

Klaus Peter Jantke

wurde in Berlin geboren und hat an der Humboldt-Universität Mathematik studiert. Er erhielt sein Diplom 1975, wurde 1979 mit summa cum laude promoviert, erhielt 1984 die Facultas Docendi und verteidigte im selben Jahr seine sogen. Dissertation B.

Jantke erhielt für seine Diplomarbeit 1975 den Weierstrass-Preis und für seine Dissertation 1979 den Humboldt-Preis. Von 1985 bis 1987 war er Stellv. Direktor des Rechenzentrums der Humboldt-Universität. Im Alter von 35 Jahren erhielt er 1987 den Ruf als Ordentlicher Professor für Theoretische Informatik und Grundlagen der Künstlichen Intelligenz an die TH Leipzig.

Klaus Peter Jantke war tätig als S.E.R.C. Research Fellow an der Stirling University, Schottland, als Visiting Researcher am International Computer Science Institute, Berkeley, CA, USA, und als Visiting Researcher an den Fujitsu Research Labs, Numazu, Japan. Er war ein Semester Full Professor an der Kuwait University und ein Jahr Professor auf einer Stiftungsprofessur von Hitachi Software an der Hokkaido University Sapporo, Japan.

Nach der deutschen Vereinigung war Jantke erster freigeählter Direktor seines Fachbereichs und erster freigeählter Dekan der Fakultät. Er hat an Universitäten in Berlin, Cottbus, Darmstadt, Ilmenau, Leipzig und Saarbrücken gelehrt.

Er ist seit 2008 Leiter der Abteilung Kindermedien des Fraunhofer IDMT, Ilmenau, mit Sitz in Erfurt.

Spiel-Konzepte und Spiel-Technologien für adaptive Präventionserlebnisse

Moderation: Günther Kronbügel, Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Prävention verlangt die Vermittlung von Wissen, die Herausbildung von Einstellungen und das Etablieren von Verhalten. Die Zielgruppen variieren stark in Bezug auf Tätigkeiten, Verantwortlichkeiten, soziale Stellung und Alter. Lehrer und Erzieher sowie verantwortungsbewusste Eltern erreicht man leichter als Kinder, Jugendliche oder Menschen in prekären Familienverhältnissen bzw. Lebenssituationen. Digitale Spiele ‐ Computerspiele, Spiele auf Konsolen, auf Tablet PCs oder Smartphones, online oder offline ‐ sind das Medium, das vorzugsweise Kinder und Jugendliche annehmen und mit dem auch Menschen erreicht werden, die von anderen Angeboten verfehlt werden. Man muss insbesondere diejenigen, die schwer erreichbar sind oder die sich gar der Ansprache verweigern, „dort abholen, wo sie sind“. Die Mehrzahl von ihnen ist im Internet, in virtuellen Welten und beim digitalen Spielen. Es werden Konzepte und Technologien für innovative digitale Spiele vorgestellt und demonstriert, wie damit Kinder und Jugendliche erreicht, interessiert, engagiert und für kritische Themen sensibilisiert werden können, die präventionsrelevant sind. Individuen in der Zielgruppe reagieren unterschiedlich und haben differenzierte Bedürfnisse. Technologien für Adaptivität sind der Schlüssel zu individueller Ansprache. Adaptive digitale Spiele haben enormes Potenzial für präventiv wirkungsvolle Spielerlebnisse.



Daniel Seitz

mediale pfade - Agentur für Medienbildung

Daniel Seitz

lebt in Berlin, hat mediale pfade gegründet und brennt für eine freie, politisierte Gesellschaft, die ihre Verantwortung wahrnimmt. Als Medienpädagoge ist er überzeugt, dass Medienbildung einen wichtigen gesellschaftlichen Anteil zu politischer Teilhabe, Selbstentfaltung und Kreativität leisten kann und muss.

Werdegang:

- 2007 Gründung mediale pfade.de - Agentur für Medienbildung
- 2010 – 2011 Medienkulturzentrum Dresden, Leitung Projektbüro, Leitung MB21 – Deutscher Multimediapreis für Kinder und Jugendliche
- 2003 – 2010 heilpädagogische Begleitung, dann Aufbau medienpädagogischer Arbeit mit verhaltensauffälligen Jugendlichen in Wohnheimen, Herzogsägmühle, Diakonie
- 2001 – 2002 Einstieg in soziale Arbeit, heilpädagogische Begleitung psychisch kranker Straftäter, Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren

Gremien:

- seit 2011 Mitglied im Bundesvorstand der GMK – Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
- seit 2013 Mitglied im Deutschen Kulturrat, Fachausschuss Medien
- seit 2013 stv. Beiratsmitglied "Stiftung Digitale Spielekultur"
- seit 2012 Mitglied im Kuratorium des Fonds Soziokultur, Fokusgruppen "youthpart" und "peer hoch 3″ im Dialog Internet des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- seit 2011 Mitglied im JFF e.V.

Online-Medien im Präventionsalltag mit pb21 entdecken

Moderation: Walter Stauer, Bundeszentrale für politische Bildung

Facebook, twitter, Apps und YouTube sind in aller Munde. Sie im Alltag einzusetzen ist häufig mit Unsicherheit, Ängsten und Orientierungslosigkeit verbunden. Dabei erleichtern Neue Medien die Kommunikation, vergrößern die Erreichbarkeit der Angebote und man kommt besser am Ziel an, - wenn man sie gezielt einsetzt. Diese Chancen will pb21 mit praktischen Beispielen vorführen und zum selber entdecken anregen:

- YouTube als Netzwerk – ein geführter Rundgang durch die Lebenswelt von Jugendlichen (<http://pb21.de/2013/05/lebenswelt-youtube-jugendliche/>): Für Jugendliche hat sich hier ein wichtiger Raum entwickelt – als soziales Netzwerk, als Bühne, als Kommunikationsraum, als Marktplatz – kurz: ein Stück Lebenswelt, der auch Bildungsraum ist.
- Facebook für die Kommunikation richtig nutzen - spielerisch lernen, wie es geht (<http://pb21.de/2013/01/webtalk-facebook-spiel/>)
- Tagungen kreativ und kollaborativ mit Teilnehmern dokumentieren mit Comic Life, Prezi, Google Drive oder Wallwisher (<http://pb21.de/2013/02/tagungsdokumentation-mit-web-2-0/>)
- Apps für Bildung draußen: Von Stadtrallyes über Augmented Reality bis Geocaching, von Mauerbau bis Mordfall – die mobilen Apps (Programme für mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets) decken inzwischen ein breites Spektrum ab. (<http://pb21.de/2012/06/apps-fur-politische-bildung-drausen/>)

pb21.de ist ein Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und des DGB Bildungswerks und bringt die Welt der politischen Bildung und die Welt des Web 2.0 ein Stück weit näher zueinander.



Jutta Croll

**Zentrum für Kinderschutz im Internet
(I-KiZ)**



Hajo von Gottberg

**Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen
e.V.**

Jutta Croll

ist seit Mai 2014 Geschäftsführerin des Zentrums für Kinderschutz im Internet – I-KiZ. Mit dem I-KiZ entsteht ein kinder- und jugendpolitisches Forum auf Bundesebene, das den Jugendschutz im Internet in den Mittelpunkt rückt und ein dauerhaftes Bündnis staatlicher Stellen mit zivilgesellschaftlichen Partnern, Unternehmen und Verbänden knüpft.

Jutta Croll studierte Deutsche Literaturwissenschaft, Politikwissenschaften und Publizistik. Tätig in Projekten zur Förderung der Medienkompetenz und Entwicklung eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes im Internet. Sie ist Vorstandsmitglied und von 2002 bis 2014 Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Chancen.

Joachim von Gottberg

ist Geschäftsführer der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen e.V. (FSF) in Berlin. Er begleitet eine Professur für das Fach Medienethik/Medienpädagogik im Studiengang AV-Medienwissenschaft der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam und das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Kinderhilfswerks.

Von Gottberg studierte Germanistik und Theologie (Lehramt). Er baute die Landestelle Jugendschutz Niedersachsen auf und beschäftigte sich u.a. mit der Wirkung von Medien. Ab 1985 Ländervertreter bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) tätig. Seit 1997 Chefredakteur der Fachzeitschrift tv diskurs, die von der FSF herausgegeben wird.

„Wird der Jugendschutz ein Opfer der digitalen Revolution?“ - Expertenbefragung mit offener Fragerunde

Moderation: Vera Linß, Deutschlandradio Kultur

Das System des Jugendschutzes ist zwar kompliziert, aber es hat jahrzehntelang alle Medien umfasst und alle Altersgruppen geschützt. Mit der Verbreitung des Internets, Flatrates und den Verfrühungstendenzen „wischen“ Babys über Smartphones, verfügen Kinder über ein Spielerepertoire im Netz und laden sich jede Art von Musik herunter, sind Jugendliche 24 Stunden online. Wird damit der deutsche Jugendschutz ein Opfer der digitalen Revolution?

Wie lassen sich Kinder und Jugendliche 2014 noch wirksam schützen?

Wir diskutieren Lösungsvorschläge der Veranstaltungen des „Medienforums der bpb“, nehmen Fragestellungen wieder auf und ziehen eine Bilanz des Reaktionsspektrums auf das Medienverhalten von Kindern und Jugendlichen. Und wir fragen wie sich das Jugendschutzsystem entwickeln muss, um auch die nachfolgende Generation wirksam zu schützen? Hierzu werden zwei Experten befragt, Prof. Hajo von Gottberg, (FSF) und Jutta Croll, (Stiftung digitale Chancen), die sich im zweiten Teil den Fragen der Teilnehmenden stellen.

Sonderveranstaltung

Symposium Innere Sicherheit

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Prävention - in Baden-Württemberg Chefsache

Als Gastgeber des 19. Deutschen Präventionstags in Karlsruhe lädt das Land Baden-Württemberg zum Symposium Innere Sicherheit des Innenministeriums des Landes ein.

Moderiert durch Herrn Andreas Eisinger von Baden-TV werden verschiedene aktuelle Themen der Inneren Sicherheit des Landes Baden-Württemberg präsentiert.

Den Zuhörer erwarten Inhalte aus dem polizeilichen Präventionsbereich und dem Verfassungsschutz, vorgetragen durch den Landespolizeipräsidenten Gerhard Klotter, den Inspekteur der Polizei Detlef Werner, den Landeskriminaldirektor Martin Schatz, die Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Beate Bube und andere hochrangige Vertreter der baden-württembergischen Polizei.

Es werden sowohl die Ergebnisse abgeschlossener Projekte und Arbeitsgruppen des Innenministeriums präsentiert als auch laufende und erfolgreiche Präventionsmaßnahmen im Land Baden-Württemberg vorgestellt.



Gerhard Klotter

**Landespolizeipräsident
Baden-Württemberg**

Der Landespolizeipräsident

Gerhard Klotter

Geboren am 13. Juli 1955; verheiratet, drei Kinder.

Der Landespolizeipräsident ist Chef der baden-württembergischen Polizei und leitet im Innenministerium das Landespolizeipräsidium. Dabei vertritt er das Innenministerium in polizeilichen Grundsatzangelegenheiten auf Bundes- und europäischer Ebene.

Gerhard Klotter ging 1974 nach dem Abitur zur Polizei. 1989 erfolgte der Aufstieg in den höheren Dienst. 1991/ 1992 war er zuständig für den Aufbau und Leitung der Landespolizeischule Sachsen. 1995/ 1996 nahm er als erster Polizeivollzugsbeamter am 10. Kurs der Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg teil. Zwischen 1997 und 1998 war Gerhard Klotter Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Innenministerium, ab 2000 Leiter der Wasserschutzpolizei Baden-Württemberg und ab 2003 zusätzlich Gesamtprojektverantwortlicher für die Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationssysteme. 2007 wurde er Polizeipräsident in Mannheim, 2011 Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg. In dieser Funktion war ihm von 2012 – 2013 auch die Gesamtprojektverantwortung für die Polizei-strukturreform in Baden-Württemberg übertragen. Am 1. Oktober 2013 wurde er zum Landespolizeipräsidenten ernannt.

Prävention gestern und heute - eine Zeitreise

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Die Anfänge polizeilicher Präventionsarbeit beschränkten sich zumeist auf vergleichsweise eindimensionale Ansätze. „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt“ war beispielsweise das griffige Motto der Sendung „Die Kriminalpolizei rät“. Fragen nach den tiefer liegenden Ursachen, Zusammenhängen und fördernden Bedingungen für kriminelles Verhalten wurden allenfalls in kriminologischen Fachkreisen gestellt.

Heute treten wir den vielfältigen Erscheinungsformen der Kriminalität mit ebenso vielfältigen Präventionsansätzen entgegen. Wirksame Prävention erfordert ein gesamtgesellschaftliches, fachübergreifendes und vernetztes Zusammenwirken aller Verantwortungsträger. Wo früher der isolierte Rat(schlag) der Kriminalpolizei stand, sind vielerorts „schlagkräftige“ Räte der Kommunalen Kriminalprävention gewachsen.

Auch in der Polizei Baden-Württemberg spiegelt sich dieser Wandel wieder. Im Rahmen der seit Januar 2014 in Baden-Württemberg umgesetzten Polizeireform wurde vollständige Neustrukturierung der Präventionsstrukturen in der Polizei durchgeführt. Eigenständige Referate, direkt dem Leiter der Präsidien unterstellt senden ein klares Signal: Polizeiliche Prävention ist in Baden-Württemberg „Chefsache“.



Martin Schatz

Innenministerium Baden-Württemberg

Der Landeskriminaldirektor

Martin Schatz

Geboren am 22. Oktober 1960; verheiratet, zwei Kinder.

Der Landeskriminaldirektor ist der ranghöchste Kriminalbeamte in der Polizei des Landes Baden-Württemberg. Er übt die Aufsicht über die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung im Land aus und leitet im Landespolizeipräsidium das Referat Kriminalitätsbekämpfung, Prävention, Kriminologie. Aufgabenschwerpunkte sind neben Grundsatzangelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalprävention, Fragen und Strategien der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit.

Martin Schatz ist seit Ende Mai 2012 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landeskriminaldirektors beauftragt.

Von 1998 bis 2000 war er Leiter der Inspektion Ermittlungen und stellvertretender Leiter der Kriminalpolizei Freiburg und von 2000 bis 2001 Leiter des Führungs- und Einsatzstabs der Polizeidirektion Rottweil. Nach dem Führungslehrgang an der Führungsakademie Baden-Württemberg war er ab Herbst 2002 in verschiedenen Funktionen im Innenministerium, Landespolizeipräsidium, eingesetzt. Zuletzt war er Leiter des Referats Personal- und Organisationsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierung.

Häuser des Jugendrechts (HdJR) - ein Erfolgsmodell

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Wie umgehen mit der stetig steigenden Jugendkriminalität? Oder den sinkenden Hemmschwellen bei Gewaltdelikten durch Jugendliche - begangen immer häufiger unter erheblichem Alkoholeinfluss?

Fragestellungen, die insbesondere um die Jahrtausendwende immer drängender wurden und nach innovativen Lösungen verlangten. Im Jahr 1999 startete Stuttgart-Bad Cannstatt ein bundesweit einmaliges Modellprojekt - das Haus des Jugendrechts. Diese wissenschaftlich begleitete und evaluierte Einrichtung kann zu recht als Erfolgsmodell betrachtet werden. Seither arbeiten polizeiliche Jugendsachbearbeiter, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und örtliches Amtsgericht unter einem Dach.

Ziel waren kurze Wege und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den agierenden Institutionen, um so schnell und so professionell wie möglich auf strafbares Verhalten junger Menschen reagieren zu können. Der persönliche Kontakt zum jugendlichen Täter durch alle Beteiligten Institutionen ist der Schlüssel für eine individuell angepasste Reaktion und somit der Verhinderung weiterer Taten.

Gemäß der Koalitionsvereinbarung strebt die Landesregierung weitere Häuser des Jugendrechts in Baden-Württemberg an. Nach Pforzheim stehen auch in Mannheim die Vorbereitungen für ein Haus des Jugendrechts unmittelbar vor dem Abschluss.



Detlef Werner

Innenministerium Baden-Württemberg

Der Inspekteur der Polizei

Detlef Werner

Geboren am 29. Januar 1960; verheiratet, zwei Kinder.

Der Inspekteur der Polizei ist der ranghöchste Polizeivollzugsbeamte in Baden-Württemberg. Soweit erforderlich, übernimmt er die Führung von Polizeikräften des Landes. Er vertritt die Belange des Innenministeriums auf Bundesebene hinsichtlich Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung der Polizei.

Detlef Werner übt die Funktion des Inspektors der Polizei seit 1. Oktober 2013 aus. Er ging 1979 nach dem Abitur zur Polizei. Nach verschiedenen Stationen im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst erfolgte 1995 der Aufstieg in den höheren Dienst. Dort war er u.a. als Leiter Revierdienste bei der Polizeidirektion Heidelberg und in verschiedenen Funktionen im Innenministerium tätig. Seit 2008 war er bis zur Berufung zum Inspekteur bei der Landespolizeidirektion Karlsruhe Leiter des Referat Führung und Einsatz und zuletzt kommissarischer Leiter der Landespolizeidirektion.

Projekt VESBA - „Verbesserte Erkennbarkeit von Streifenfahrzeugen auf Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Straßen“

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Die Frage einer optimierten Beklebung von Streifenfahrzeugen, insbesondere im Schnellverkehr, beschäftigt die Polizei in Bund und Ländern bereits seit mehr als einem Jahrzehnt.

Das Innenministerium Baden-Württemberg hatte im Jahr 2010 das Projekt VESBA ins Leben gerufen. Dieses sollte das Thema der zusätzlichen Beklebung von Streifenfahrzeugen zur Verbesserung der Erkennbarkeit unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten aufarbeiten. Ziel des Projektes war, eine bestmögliche Erkennbarkeit der Streifenfahrzeuge sicherzustellen und damit zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt eine angemessene Reaktion der Verkehrsteilnehmer zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der Universität Bremen, der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) und dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT/LTI) konnte unter Einbeziehung von Unfallanalysen, Marktanalysen und Geschwindigkeitsniveautests im Realverkehr eine modifizierte Beklebung für eine verbesserte physikalische und kognitive Erkennbarkeit der Streifenfahrzeuge erarbeitet werden.

In der Gesamtschau werden damit nicht unerhebliche Sicherheitsgewinne für die im Verkehrsraum eingesetzten Kräfte erwartet. Auch bei der Absicherung von Gefahren- und Unfallstellen kann die optimierte Beklebung eine wichtige sicherheitsrelevante Ergänzung des Blaulichts darstellen.



Belinda Hoffmann

Innenministerium Baden-Württemberg



Uwe Stürmer

Polizeipräsidium Konstanz

Belinda Hoffmann:

Jahrgang 1967, hat nach ihrer Ausbildung und Tätigkeit als staatlich anerkannte Erzieherin beruflich nochmals neue Wege eingeschlagen und ist 1994 in den Dienst der Landespolizei Baden-Württemberg eingetreten. Nach dem Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Polizei in Münster war sie zunächst als Referentin mehrere Jahre für das Innenministerium Baden-Württemberg in Brüssel tätig. Danach folgte die Leitung der Inspektion im LKA Baden-Württemberg, die für die landesweite Bekämpfung des Rechts-/ Linksextremismus, des Landesverrats, der Spionage und der Nationalsozialistischen Gewaltverbrechen steht. Seit Oktober 2012 ist Frau Hoffmann als Referentin im Landespolizeipräsidium, das im Innenministerium Baden-Württemberg angesiedelt ist, für die strategische landesweite Ausrichtung der Kriminalprävention innerhalb der Polizei zuständig.

Uwe Stürmer:

Jahrgang 1962. Leitender Kriminaldirektor. Seit 1979 im Polizeidienst Baden-Württemberg. Langjährige Ermittlungspraxis im Bereich Kapitalverbrechen. Von 1999-2001 Leiter der Stuttgarter Mordkommission. Von 2001-2007 Referent für Kriminalprävention, Jugend-, Drogen- und Gewaltkriminalität im Innenministerium Baden-Württemberg. Von 2007-2013 Leiter der Polizeidirektion Ravensburg. Ab 2014 stellvertretender Leiter des Polizeipräsidiums Konstanz sowie Leiter der Kriminaldirektion Friedrichshafen

Prävention zum Schutz des Lebens von abgängigen Demenzerkrankten

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Die Zahl Demenzerkrankter steigt. Deutschlandweit ist bis zum Jahr 2020 mit über 1,4 Millionen und bis 2050 mit nahezu 2,3 Millionen dementen Menschen zu rechnen. Zum Schutz des Lebens von Demenzerkrankten ist die Polizei vor allem in den Wintermonaten immer wieder an aufwändigen Suchaktionen mit Feuerwehr, Spürhunden und Polizeihubschraubern beteiligt, um abgängige Demenzerkrankte noch rechtzeitig aufzufinden. Im urbanen Raum werden orientierungslose Personen zumeist noch zeitnah festgestellt. In gering besiedelten Gebieten werden Demenzerkrankte dagegen bisweilen nicht mehr rechtzeitig aufgefunden und versterben in hilfloser Lage. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, sowohl in Privathaushalten, aber auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bereits im Vorfeld geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Gefahren für Demenzerkrankte durch Orientierungslosigkeit zu reduzieren und Angehörigen Hilfe an die Hand zu geben. Neben der Aufklärung über Demenz und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit können im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit auch technische Ansätze wie elektronische Ortungssysteme hilfreiche Beiträge leisten. Nach einem Problemaufriss aus polizeilicher Sicht am Beispiel des Flächenlandkreises Ravensburg werden Lösungsansätze im Verbund mit weiteren Netzwerkpartnern skizziert.



Beate Bube

**Landesamt für Verfassungsschutz
Baden-Württemberg**

Beate Bube:

Jahrgang 1964, hat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg verschiedene berufliche Stationen durchlaufen. In der Justiz des Landes Baden-Württemberg war sie erst Straf-, dann Verwaltungsrichterin. Nach Abschluss des Lehrgangs an der Führungsakademie Baden-Württemberg wurde sie Mitglied der Leitung einer Justizvollzugsanstalt, anschließend war sie im Justizministerium als Personalreferentin für den Justizvollzug tätig.

Seit Januar 2008 ist Beate Bube Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Als Amtschefin ist sie auch für die Umsetzung von verschiedenen Reformen verantwortlich, die nach Aufdeckung des NSU-Komplexes auf politischer Ebene für den Verfassungsschutz beschlossen wurden. Hierzu gehört nicht zuletzt eine Verstärkung der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit des Landesamts, insbesondere im Bereich Rechtsextremismus.

Institution:	Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
Anschrift:	Taubenheimstr. 85A, 70372 Stuttgart
Webseite:	http://www.verfassungsschutz-bw.de
E-Mail:	info@lfvbw.bwl.de

Der beste Schutz der Demokratie ist die informierte Zivilgesellschaft

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Was kann der Verfassungsschutz hierzu beitragen? Wir leben seit über 60 Jahren in einer stabilen Demokratie und genießen die Freiheiten, die die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes uns allen bietet.

Trotz dem gibt es leider auch in unserer Gesellschaft Einstellungen und Verhaltensmuster, die andere Menschen abwerten und ausgrenzen und soweit reichen können, dass Anderen die Grund- und Freiheitsrechte abgesprochen werden. Eine besondere Gefährdung geht von solchen Einstellungen aus, wenn sie Teil einer politischen Ideologie sind und von verfassungsfeindlichen Gruppierungen propagiert werden – erst recht, wenn dabei auch Gewalt eingesetzt wird.

Aufgrund seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz „Wissensträger“ über solche Parteien und Gruppen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Meinungsfreiheit lässt es aber zu, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzulehnen. Extremismus ist für sich genommen nicht strafbar und kann, so lange keine Straf- oder Gewalttaten im Raum stehen, nicht polizeilich verfolgt werden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die Zivilgesellschaft mit den verschiedenen Erscheinungsformen des politischen Extremismus auseinandersetzt. Hierzu trägt der Verfassungsschutz ganz wesentlich bei, in dem er der Gesellschaft Wissen und Informationen zur Verfügung stellt.



Andreas Renner

Innenministerium Baden-Württemberg



Rüdiger Schilling

Polizeipräsidium Karlsruhe

Andreas Renner:

Jahrgang 1973, hat sich nach einigen Semestern Maschinenbaustudium beruflich neu orientiert und ist 1994 in die Polizei Baden-Württemberg (BW) eingetreten. Nach dem Wechsel zur Kriminalpolizei und dem Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst, war er im Innenministerium BW in der Öffentlichkeitsarbeit und der Vorbereitung bundesweiter Gremien tätig. Es folgte die Leitung des Führungs- und Einsatzstabes der Polizeidirektionen Rottweil und Göppingen. Seit 2012 ist er als Referent im Referat Kriminalitätsbekämpfung wieder dem Innenministerium BW zugehörig und neben der Bekämpfung der Jugendkriminalität, dem Opferschutz auch für die strategische Kriminalprävention in BW zuständig.

KHK Rüdiger Schilling:

M.A. ist seit 1991 in der Kriminalprävention aktiv. Er ist Master of Criminology and Police Science, seine Masterarbeit wurde ausgezeichnet. Sein Forschungsschwerpunkt liegt methodisch in der qualitativen Sozialforschung und inhaltlich in der Verhaltensprävention. 2012/2013 war er in einem EU-Projekt verantwortlich für die Erstellung eines Handbuches der Kriminalprävention der Republik Kroatien. 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter für die AG „Lebenswerter öffentlicher Raum“, IM BW, zu alkoholbedingten Problemlagen in der Öffentlichkeit. Rüdiger Schilling veröffentlichte verschiedentlich. Nähere Infos unter: www.behaupte-dich.de/portrait

Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Die Frage, ob eine Ermächtigung zum Erlass von Alkoholkonsumverboten an örtlichen Problemlagen eingeräumt werden sollte, wird in Baden-Württemberg seit längerem diskutiert.

Der im Januar 2013 von Herrn Ministerpräsident Kretschmann einberufene Runde Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ hatte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums zur Folge. Diese sollte unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse die diskutierten Lösungsansätze fachlich bewerten und in ein Maßnahmenpaket mit Erfolg versprechenden präventiven und repressiven Ansätzen zur Bewältigung von Problemlagen fassen. Der Auftrag umfasste auch die Untersuchung der Zusammenhänge von Alkoholkonsum und gewalttätigem Verhalten.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden eine Literaturanalyse, landesweite Abfragen zu vorhandenen Problemlagen, Experteninterviews, Sondererhebungen zum Alkoholkonsum bei Straftaten und Anwohnerbefragungen durchgeführt. Außerdem erfolgte eine Prüfung möglicher weiterer Handlungsoptionen für die Ortpolizeibehörden, wie u.a. eine Ermächtigungsnorm zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote oder einer Flexibilisierung der bestehenden Sperrzeitenregelungen.

Im Dezember 2013 wurde der Bericht der Arbeitsgruppe mit besonders Erfolg versprechenden Ansätzen zur Bewältigung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum an den Runden Tisch übergeben.



Andreas Renner

Innenministerium Baden-Württemberg



Claudia Rohde

Innenministerium Baden-Württemberg

Andreas Renner:

Jahrgang 1973, hat sich nach einigen Semestern Maschinenbaustudium beruflich neu orientiert und ist 1994 in die Polizei Baden-Württemberg (BW) eingetreten. Nach dem Wechsel zur Kriminalpolizei und dem Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst, war er im Innenministerium BW in der Öffentlichkeitsarbeit und der Vorbereitung bundesweiter Gremien tätig. Es folgte die Leitung des Führungs- und Einsatzstabes der Polizeidirektionen Rottweil und Göppingen. Seit 2012 ist er als Referent im Referat Kriminalitätsbekämpfung wieder dem Innenministerium BW zugehörig und neben der Bekämpfung der Jugendkriminalität, dem Opferschutz auch für die strategische Kriminalprävention in BW zuständig.

Claudia Rohde:

Jahrgang 1970, war im September 1987 eine der ersten Frauen bei der Schutzpolizei in BW (mittlerer PVD). Nach dem Abschluss des Studiums für den höheren PVD 2002 wurde sie stv. Geschäftsführerin der Zentralen Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Ab 2005 übernahm Frau Rohde die Leitung des Polizeireviers KA-Mühlburg, ab 2007 das neue Großrevier KA-West. Seit 2010 ist sie im Innenministerium tätig und zunächst für die landes- / bundesweite polizeiliche Gremienarbeit zuständig. Seit 01.01.2014 hat sie die Leitung des Arbeitsbereiches Verkehr übernommen und ist damit u.a. verantwortlich für die strategische Ausrichtung der Verkehrsprävention.

Zusammenlegung der Verkehrs- und Kriminalprävention (im Zuge der Polizeireform in Baden-Württemberg)

Moderation: Andreas Eisinger, Baden TV

Mit Umsetzung der Polizeireform in Baden-Württemberg zum 1. Januar 2014 erfolgte die Zusammenlegung der Verkehrs- und der Kriminalprävention auf Ebene der regionalen Polizeipräsidien in einem neu geschaffenen Referat Prävention.

Hiermit wurde in Baden-Württemberg die polizeiliche Prävention grundlegend neu aufgestellt. Bis dahin war den Dienststellen die organisatorische Anbindung der Verkehrs- und Kriminalprävention frei gestellt. Überwiegend agierten beide Präventionsbereiche getrennt voneinander in verschiedenen Organisationseinheiten. Ein ganzheitliches Vorgehen mit Blick auf gemeinsame Zielgruppen, Themen, Methoden und übergreifenden Problemen war hierdurch wesentlich erschwert und zentrale Erwägung für die neue gemeinsame Ausrichtung und Organisation. Durch die unmittelbare Zuordnung des Referats Prävention zur Präsidialleitung wurde ein weiteres deutliches Zeichen gesetzt: „Prävention ist Chefsache“.

Die eigenständige Organisation der Prävention in den regionalen Polizeipräsidien verhindert zudem die in der Vergangenheit oftmals auftretende Konkurrenz in der Aufgabenwahrnehmung, die nicht selten zu Lasten der Präventionstätigkeit aufgelöst wurde.

Die Polizei Baden-Württemberg hat sich für eine ganzheitliche Prävention aus einem Guss zugunsten der Sicherheit und dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung entschieden.

Grußwort



David Hermanns

Geschäftsführer des CyberForum e.V.
und Schirmherr des Karlsruher Forums
für Cybersicherheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sicherheit hat sich zum entscheidenden Faktor in der IT-Wirtschaft entwickelt – und da das CyberForum über 1000 Mitglieder aus der IT-Branche in der Region vertritt, ist mir die Schirmherrschaft für das „Karlsruher Forum für Cybersicherheit“ ein ganz besonderes Anliegen.

Für dieses Forum bietet die TechnologieRegion mit ihrer hohen Kompetenz in der IT-Security ideale Voraussetzungen, mit Institutionen wie dem Fraunhofer IOSB oder dem Kompetenzzentrum für angewandte Sicherheitstechnologie (KASTEL) und Netzwerken wie der Karlsruher IT-Sicherheitsinitiative. Letztere hat auch die beiden Anti-Prism-Partys im ZKM initiiert: Dort erhielten über 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konkrete Tipps, um sich besser gegen Überwachung und Internetkriminalität schützen zu können. Natürlich können auch die ausgefeiltesten Schutzmechanismen keine 100-prozentige Sicherheit gewährleisten. Doch zunächst ist es ein wichtiger Schritt, Bürgerinnen und Bürger für Risiken und ein verantwortungsvolles Handeln im Internet zu sensibilisieren – verantwortungsvoll nicht nur den eigenen Daten gegenüber, sondern auch gegenüber anderen Nutzern. Ich begrüße es deshalb sehr, dass auch das Mobbing im Internet ein großes Thema beim Karlsruher Forum für Cybersicherheit sein wird.

Das Forum wird der Vielschichtigkeit des Themas „Sicherheit im Internet“ gerecht: Technische, wissenschaftliche, gesellschaftliche, sozialpädagogische, politische und rechtliche Aspekte werden hier vertieft. Denn nur wenn möglichst viele Partner aus verschiedenen Bereichen an einem Strang ziehen, können wir auch weiterhin von den großen Chancen profitieren, die das Internet nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unsere Gesellschaft mit sich bringt.

Ich wünsche Ihnen interessante Vorträge und angeregte Diskussionen,

David Hermanns

Geschäftsführer des CyberForum e.V. und Schirmherr des Karlsruher
Forums für Cybersicherheit

Sonderveranstaltung Karlsruher Forum für Cybersicherheit*

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

IT-Sicherheit steht in Region ganz oben auf der Agenda

Prävention ist für viele Lebensbereiche von großer Bedeutung: Sei es die Vermeidung von Sucht, die Vorbeugung von Straftaten oder die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Aber Straftaten geschehen im 21. Jahrhundert auch im Internet, bei der Nutzung mobiler Dienste oder bei der Anwendung von Software. Deshalb veranstaltet die Stadt Karlsruhe in Kooperation mit dem CyberForum e. V. das „Karlsruher Forum für Cybersicherheit“.

Hier geben namhafte Referentinnen und Referenten - darunter Melissa Hathaway vom Belfer Center for Science and International Affairs (Harvard, USA) - einen Einblick in Themen wie Cybersicherheit, Cybermobbing oder Datenschutz. Melissa Hathaways Untersuchungen trugen dazu bei, dass Präsident Obama Computer- und Netzwerksicherheit zu einem der Schwerpunkte der Regierungsarbeit erklärte. Vortragende aus Karlsruhe kommen vom Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB, vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT), von der Karlsruher IT-Sicherheitsinitiative, vom CyberForum e. V. und vom Bündnis gegen Cybermobbing e. V.

Karlsruhe ist ein idealer Standort für das Thema Cybersicherheit, denn die TechnologieRegion Karlsruhe gilt als Europas drittgrößter IT-Cluster mit über 4.200 wichtigen IT-Unternehmen und Technologieanwendern internationaler Reputation. Karlsruhe ist außerdem mit seinen großen IT-Unternehmen, dem KIT, dem Forschungszentrum Informatik (FZI) und dem CyberForum e. V. Mitglied des Software-Clusters im Südwesten Deutschlands, das als Europas Silicon Valley gilt und 2010 von der Bundesregierung im „Spitzencluster-Wettbewerb“ ausgezeichnet wurde. Bei all diesen Akteuren steht das Thema IT-Sicherheit ganz oben auf der Agenda.

Am KIT hat darüber hinaus das Kompetenzzentrum für angewandte Sicherheitstechnologie KASTEL seinen Sitz. Es ist eines von deutschlandweit drei Forschungszentren für Cybersicherheit, die vom Bundesforschungsministerium 2011 initiiert wurden. Elf Lehrstühle des KIT aus den Fachbereichen Informatik, Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften kooperieren im Rahmen von KASTEL. Die Karlsruher IT-Sicherheitsinitiative KA-IT-Si will mittelständische Betriebe für das Thema IT-Sicherheit sensibilisieren und das CyberForum e. V. mit seinen über eintausend Mitgliedern ist nicht nur das größte regional aktive Hightech-Unternehmer-Netzwerk Europas, sondern wurde kürzlich auch als führendes IT-Netzwerk in Europa ausgezeichnet.

***in Kooperation mit dem Cyberforum e. V. Karlsruhe -
Schirmherr David Hermanns**



Jörg Ziercke

Präsident des Bundeskriminalamts

Jörg Ziercke

geboren am 18. Juli 1947 in Lübeck, Präsident des Bundeskriminalamtes

- 1967 Eintritt in den Dienst der Landespolizei Schleswig-Holstein
- 1968 – 1970 Ausbildung zum Kriminalbeamten
- 1970 – 1975 Verwendung im operativen Bereich bei Schutz- und Kriminalpolizei sowie beim LKA Kiel
- 1976 – 1977 Fachlehrer Kriminalistik an der Landespolizeischule in Eutin
- 1977 – 1979 Aufstieg in den höheren Dienst der Kriminalpolizei, Studium an der Polizeiführungsakademie Münster
- 1979 – 1985 Leiter der Kriminalpolizei Neumünster und Vertretungsaufgaben des Leiters der Kriminalpolizeidirektion Kiel
- 1981 Abordnung zur Kriminalpolizeidirektion Itzehoe
- 1985 – 1990 Personalreferent, Aus- und Fortbildungsreferent der Landespolizei im Innenministerium Schleswig-Holstein
- 1990 – 1992 Leiter der Landespolizeischule Schleswig-Holstein sowie Unterstützung beim Aufbau der Landespolizeischule Mecklenburg-Vorpommern
- 1992 – 2004 Abteilung Polizei im Innenministerium Schleswig-Holstein, ab 1995 Leiter der Abteilung
- 26.02.2004 Berufung zum Präsidenten des Bundeskriminalamtes

Zusätzliche Aufgaben

- 1995 – 2004 Mitglied im Kuratorium der Polizeiführungsakademie, Mitglied im Kuratorium der Wasserschutzpolizeischule Hamburg
- 1999 – 2004 Vorsitzender des Arbeitskreises II (Innere Sicherheit) der Innenministerkonferenz
- 2003 – 2004 Mitglied des Forschungsbeirates des Bundeskriminalamtes
- seit 2001 Mitglied des Vorstandes des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK) in Bonn
- seit 2012 Stellvertretender Bundesvorsitzender WEISSER RING e.V.

Cyberkriminalität - die Schattenseite der digitalen Gesellschaft

Moderation: Markus Brock

Digitale Technologien haben alle Lebensbereiche, Kommunikations- und Interaktionsformen durchdrungen. Sie bieten uns große Chancen und Möglichkeiten. Sie sind eine bedeutende Lebensader unserer Welt geworden, prägen mehr denn je alle Entwicklungen einer rasant fortschreitenden globalen Vernetzung. Ihr Potenzial scheint unerschöpflich.

Das Vertrauen in die Sicherheit der eigenen Daten im Internet ist daher für eine zunehmend größer werdende Anzahl an Nutzern eine entscheidende Konstante. Wie sicher sind die Daten im Internet?

Betrugsdelikte und Erpressungen, Eigentum- und Diebstahlsdelikte, illegaler Handel mit Drogen, Kinderpornographie oder Geldwäsche und auch Cybercrime im Bereich der politisch-motivierten Kriminalität: Durch die über das Internet zur Verfügung gestellte digitale Infrastruktur eröffnen sich neuartige modi operandi mit enormen Schadensausmaßen und – potenzialen.

Die Infrastruktur des Internet führt dazu, dass nicht nur Ordnungskriterien wie Zeit und Raum an Bedeutung verlieren. Die Kriminalität wird entgrenzt. Angriffe sind von überall in der Welt aus möglich. Das Strafrecht wird an seine funktionalen und territorialen Grenzen geführt. Die Ungleichzeitigkeit von technologischer Entwicklung und rechtlicher Anpassung von Ermittlungsinstrumenten dauert zu lange.

Vorbeugende Sicherheit im Internet muss daher stärker über Kooperationen gewährleistet werden. Sie sind der Schlüssel, um die in Unternehmen, Forschungsinstituten, Wirtschaft und Wissenschaft vorhandene Fachkompetenz umfassender in die Eindämmung der Cyberkriminalität einzubeziehen.



Dr. Herbert O. Zinell

**Ministerialdirektor im Innenministerium
Baden-Württemberg**

Herbert O. Zinell

Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg
Geboren am 17. Juni 1951 in Schramberg, Landkreis Rottweil; verheiratet

Der Ministerialdirektor ist der ranghöchste Beamte des Innenministeriums Baden-Württemberg. Er ist als Amtschef Leiter der Verwaltung sowie allgemeiner und ständiger Vertreter seines Ministers. Er ist die Schnittstelle zwischen der Verwaltung und der politischen Ebene, die vom Minister vertreten wird.

Nach Ausbildung zum gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst folgte das

Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl mit Abschluss zum Diplom-Verwaltungswirt. Anschließend schloss er das Studium der Rechtswissenschaften und Soziologie an der Universität Freiburg mit der ersten juristischen Staatsprüfung ab. Im Anschluss an die Zeit als Rechtsreferendar im Justizdienst des Landes Baden-Württemberg erfolgte die zweite juristische Staatsprüfung in Tübingen. Danach arbeitete er als selbstständiger Rechtsanwalt u.a. mit der Zulassung zum Fachanwalt für Verwaltungsrecht und promovierte zum Dr. jur. an der Universität Konstanz. 1990 wurde er zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schramberg gewählt und 1998 und 2006 jeweils wiedergewählt. Am 13. Mai 2011 erfolgte die Ernennung zum Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg. 2012 wurde er in den Nationalen Cyber-Sicherheitsrat berufen.

Cybersicherheit – eine neue Herausforderung für Bund und Länder?

Moderation: Markus Brock

Mit der Nutzung der modernen Informationstechnik haben wir alle automatisch Berührungspunkte zu weltweit erreichbaren Kommunikationsinfrastrukturen, dem Cyber-Raum. Nicht nur die Unterhaltungsbranche liefert ihre Medien über das Internet aus, auch materielle Waren werden heute vielfach elektronisch bestellt und disponiert. Unter dem Schlagwort Smart-Meetering wird der „intelligente Stromzähler“ zum Vorreiter im „Internet der Dinge“. Mit Industrie 4.0 steht sogar die Produktionssteuerung über das Internet an. Daraus entstehen neue Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten.

Berichte über ausgespähte oder entwendete Daten sind an der Tagesordnung. Wir beobachten eine Zunahme der Kriminalität im Internet und neue Angriffsformen. Während etwa breit gefächerte unkoordinierte Angriffe an Bedeutung verlieren, nehmen gezielte sogenannte „Spear Phishing-Angriffe“ zu, bei denen ausgewählte Opfer mit personalisierten E-Mails und vorgetäuschten Identitäten dazu gebracht werden sollen, einen Anhang zu öffnen oder bestimmte Seiten anzuklicken, damit sich Kriminelle Zugang zu sensiblen Daten verschaffen können.

Vor diesem Hintergrund der ständig wechselnden Bedrohungslage muss die Frage der Cybersicherheit auch aus Behördensicht betrachtet und laufend neu bewertet werden. Der Vortrag beleuchtet hierzu unterschiedliche Facetten der Herausforderungen, Maßnahmen und Lösungsansätze für Bund und Länder.



Silvija Höger

Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB

Silvija Höger ist seit 2006 für das Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung tätig. Im Jahre 2008 hat sie die Leitung der Gruppe IT-Servicemanagement übernommen, wenig später die stellvertretende Leitung der Abteilung Sichere Kommunikationsarchitekturen.

Als Leiterin des Kompetenzzentrums Datenkommunikation liegt ihr Schwerpunkt in der Erbringung von zentralen WAN-Services für die Fraunhofer-Gesellschaft für rund 23.000 Mitarbeiter bundesweit. Diese IT-Services sind von hoher Kritikalität und umfassen die Anbindung an das Internet der einzelnen Fraunhofer-Institute, E-Mail-Basisdienste, den zentralen Nameservice und einige mehr. Sie etablierte in der Fraunhofer-Gesellschaft ein IT-Servicemanagementsystem mit den entsprechenden Prozessen für die Weitverkehrsdienste, welche auch nach diesem Vorbild auf weitere zentrale Dienste übertragen wurden.

Des Weiteren ist Frau Höger neben ISO/IEC 20000-1 Auditor auch Auditor für Informationssicherheitsmanagementsysteme nach ISO/IEC 27001 und berät Unternehmen in Hinblick auf Informationssicherheit und Sicherheit in sozialen Netzwerken.

Unternehmen in Sozialen Netzen – Wer hat die Kontrolle?

Moderation: Markus Brock

Die Nutzung sozialer Netzwerke ist für Unternehmen heutzutage unverzichtbar. In den Chefetagen fehlt das Bewusstsein, dass soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und Co. bei nicht sachgemäßer Nutzung und Bedienung zu erheblichen Risiken führen können.

Unternehmen schätzen wiederum soziale Netzwerke als eine der wichtigsten Kommunikationsmedien für ihren Kundenkontakt. Über diesen Kommunikationskanal können eine Vielzahl von Interessenten schneller und effektiver angesprochen werden, ohne auf die herkömmlichen Maßnahmen wie Telefonakquise oder Briefsendungen zurückgreifen zu müssen. Die gesamte betriebliche Interaktion mit sozialen Netzwerken kann für den Aufbau der Marke, die Stärkung des Unternehmensimages und der Kundenbindung sowie zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit beim technischen Kundendienst genutzt werden.

Wissentlicher oder unwissentlicher Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, sowie sonstiger Abfluss von wertvollem Know-how bedeutet einen hohen finanziellen Schaden oder den Verlust der Reputation des Unternehmens. Weiter besteht die Gefahr von Datenverlust, Malware-Infektionen und damit zugleich Produktivitätseinschränkung. Auch Wirtschaftsspionage kann durch soziale Netzwerke folgenscher vereinfacht werden.

In diesem Vortrag werden Handlungsempfehlungen im sicheren Umgang mit sozialen Netzwerken für Unternehmen dargestellt.

Kai Jendrian

KA-IT-Si/Secorvo Security Consulting GmbH

Jörg Völker

KA-IT-Si/Secorvo Security Consulting GmbH

Kai Jendrian, Diplom Technomathematiker

Seit 1988 war er als Softwareentwickler und IT-Berater freiberuflich tätig. 1998 arbeitete er als IT Berater für Prodata. Von 1999 bis 2003 war er im Bereich E-Commerce als Senior-Network Engineer, Senior-Architect und Manager bei Harbinger (später auch Peregrine bzw. Inovis) in Rotterdam, Karlsruhe und Atlanta für den Betrieb und die Sicherheit des VANs und anderer E-Commerce Applikationen verantwortlich. 2004 wechselte er als Leiter IT und Rechenzentrum zur SEEBURGER AG in Bretten und war dort für die weltweite IT und den ASP-Betrieb verantwortlich. Seit Oktober 2005 ist er Security Consultant bei der Secorvo Security Consulting GmbH.

Jörg Völker, Diplom-Wirtschaftsinformatiker

Während seines Fernstudiums arbeitete er als Softwareentwickler und Unternehmensberater und war beim Aufbau von Communication-Backbones, E-Commerce- und Sicherheitslösungen beteiligt. Seit 1997 ist er als Security Consultant tätig, seit Januar 2000 in dieser Funktion bei der Secorvo Security Consulting GmbH. Herr Völker ist Certified Information Security Manager (CISM) und zertifizierter ISO 27001 Lead Auditor und hat bereits mehrfach Firmen beim Aufbau und der Implementierung nach ISO 27001 zertifizierter Information Security Management Systeme unterstützt.

WLAN-Hacking

Moderation: Markus Brock

Mit Live-Vorführungen von Angriffen auf Passwörter, Smartphones, WLANs und Internet-Anwendungen wird demonstriert, welchen Bedrohungen man bei der Nutzung des Internet ausgesetzt ist. Anschließend werden einige einfache und elementare Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre und zur Verhinderung von Datenmissbrauch vorgestellt.



Uwe Leest

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Uwe Leest

Dipl.-Ing. MBM Uwe Leest ist Vorstandsvorsitzender des Bündnis gegen Cybermobbing e.V.. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich mit sozialen und politischen Themen in der Gesellschaft. Als Mitglied im BVM (Bundesverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.) sowie in der European Society for Opinion and Marketing Research (Esomar) hat er einen Überblick über die Veränderungen der Gesellschaften in Europa.

Uwe Leest absolvierte ein Studium der Nachrichtentechnik in Dortmund und ein Master Studium im Bereich Marketing und Vertrieb an der FU Berlin. Zusätzlich hat er die Ausbildung zum Trainer und Berater. Seit 2002 ist er zudem an der Hochschule Karlsruhe im Bereich Wirtschaftswissenschaften als Dozent tätig.

Cybermobbing auch ein Problem bei Erwachsenen? Was verrät die Sprache der Täter/Opfer

Moderation: Markus Brock

Aktuelle Zahlen und Hintergründe zum Thema Mobbing-Cybermobbing bei Erwachsenen.

Wie stark ist das Phänomen in unser Gesellschaft verankert und was können bzw. müssen wir dagegen tun?

Die Themen Mobbing und Cybermobbing spielen in unserer Gesellschaft eine große Rolle. Erwachsene Personen werden immer wieder Opfer von Schikanie, Anfeindung und Ausgrenzung, sei es im privaten Umfeld oder am Arbeitsplatz. Aus falscher Scham suchen sich die Betroffenen keine oder oft erst verspätet Hilfe, was bei vielen schwere psychische und psychosomatische Probleme zur Folge hat.

Da die letzte umfassende Studie zu diesen Themenfeldern 2002 durchgeführt wurde, hat das Bündnis gegen Cybermobbing die vorliegende Studie durchgeführt, um aktuelle Daten zu Ausmaß, Formen, Reaktionen, Folgen und Präventionsmaßnahmen von Mobbing und Cybermobbing in Deutschland zu erhalten. An der dazu durchgeführten Onlinebefragung nahmen über 6.000 Personen aus Deutschland über 18 Jahren teil.



juuport-Scouts

**Niedersächsische Landesmedien-
anstalt (NLM)**

Die juuport-Scouts sind Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren, die von Experten aus den Bereichen Recht, Internet, Pädagogik und Psychologie ausgebildet wurden. Sie beraten online über die Plattform www.juuuport.de andere Jugendliche bei Fragen und Problemen rund um Internetthemen wie Cybermobbing, Abzocke, Datenschutz oder (Urheber-)Recht. Sowohl als Moderatoren im öffentlichen forum als auch als persönliche Berater per E-Mail arbeiten sie auf juuport selbstständig. Ihre Beratung ist kostenlos.

juuport ging 2010 nach einer halbjährigen Betaphase offiziell online und wurde bereits vierfach ausgezeichnet. Pro Jahr finden zwei bis drei Basisschulungen statt, bei denen neue juuport-Scouts ausgebildet werden. Mehrmals im Jahr finden Fortbildungen und Arbeitstreffen statt. Neben ihrer Arbeit auf www.juuuport.de engagieren sich die Scouts, indem sie sich an Schulungen und Aktionen beteiligen.

Trägerin und Initiatorin von juuport ist die Niedersächsische Landesmedienanstalt. Mitförderer sind: Bremische Landesmedienanstalt, Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz, Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, Medienanstalt Sachsen-Anhalt und Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien.

juuuport - Die Selbstschutz-Plattform von Jugendlichen für Jugendliche im Netz

Moderation: Markus Brock

www.juuuport.de ist eine Selbstschutz-Plattform von Jugendlichen für Jugendliche. Hier helfen sich Jugendliche gegenseitig, wenn sie Probleme im und mit dem Web haben. Ob Cybermobbing, Abzocke oder Datenschutz, zu allen diesen Themen können auf juuuport Fragen gestellt werden: entweder öffentlich im foorum oder persönlich in der Beratung per E-Mail-Formular. Beantwortet werden die Fragen der Jugendlichen von den gleichaltrigen juuuport-Scouts.

Auf juuuport erfahren hilfesuchende Jugendliche Unterstützung und Beratung von Gleichaltrigen – ohne erhobenen Zeigefinger. Die juuuport-Scouts nehmen die geschilderten Fragen und Probleme ernst. Sie hören zu und stärken die ratsuchenden Jugendlichen. Sie machen Lösungsvorschläge und ermutigen sie dazu, sich (auch offline) Unterstützung und Beratung zu suchen. Wissen die juuuport-Scouts einmal nicht weiter, wenden Sie sich an einen erwachsenen Experten. Die Hilfe auf juuuport ist „erste Hilfe“ im Web.

Die juuuport-Scouts werden gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Plattform besuchen und Fragen zu Ausbildung, Organisation und Arbeitsweise der Scouts beantworten.

Uli Gilles

Rhein-Sieg-Kreis/Jugendschutz

Uli Gilles:

geb. 1954, Studium in Bonn, wohnhaft in Hennef, verh. 3 Kinder

Studium Lehramt und Dipl.päd. Schwerpunkt Medienpädagogik, Tätigkeiten im Bildungs- und Weiterbildungsbereich, hauptberuflich seit 1984 Jugendamt Rhein-Sieg-Kreis in Funktionen Jugendpflege, Jugendschutz, Jugendarbeit, Kindertageseinrichtungen. Referent für die LfM NRW, Radio und Videotrainer für die LfM NRW. medienpädagogische Schwerpunkte: Medienkompetenzvermittlung, Mediendidaktik, aktive Medienarbeit, Jugendschutz, Cybermobbing, Elternarbeit, Seminare, Konzeptentwicklung

Sonstige Arbeitsfelder: BürgermedienHennef (Vorstand) , Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e.V.(Vorstand), Foto- Video und Audioproduktionen.

Cybermobbing- auch bei uns ? - Implementierung von Prävention

Moderation: Markus Brock

Cybermobbing als die moderne Form des Mobbing im Internetzeitalter ist weit verbreitet. Nicht immer ist der Weg zum Anwalt der erste und richtige Schritt. Es gilt vielmehr an den Strukturen in der Schulklasse anzusetzen und nicht nur die Opfer und Täterinnen und Täter, sondern auch die Zuschauer und die Mitläufer in den Blick zu nehmen. Dazu gibt es mittlerweile erprobte Konzepte und Materialien.

Auf Schulebene bedeutet Implementierung, strukturell im Schulprogramm verankerte regelmäßige Maßnahmen gegenüber anlaßbezogenen Einzelprojekten vorzuziehen.

Wie die Steuerung funktioniert und welche Konzepte wirksam sind, wird im Vortrag erläutert, dabei wird das Thema Cybermobbing selbst mit aktuellen Zahlen , Fakten und Veröffentlichungen veranschaulicht.



Julia von Weiler

Innocence in Danger e.V.

Julia von Weiler

Psychologin

Studium der Psychologie an der New York University und der Freien Universität Berlin. Während ihres New Yorker Studiums arbeitete sie beim „Children's Safety Project“, wo sie u. a. missbrauchte Kinder begleitete.

Von 1992 bis 1994 war sie pädagogische Fachkraft in der „Mädchenvilla“, der damals bundesweit ersten Wohngruppe für missbrauchte Mädchen im Alter von vier bis 14 Jahren in Beckum. Von 1993 bis 2000 Mitglied des Vorstands des Trägervereins – davon 5 Jahre 1. Vorsitzende.

Von 1999 bis 2002 unterstützte Julia von Weiler von sexuellem Missbrauch betroffene Mädchen und Jungen sowie deren Bezugspersonen in einer Kölner Beratungsstelle. Danach übernahm sie bis 2007 die psychologische Fachleitung bei der „Kind in Düsseldorf“ gGmbH, einer stationären Fach Einrichtung für Diagnostik und Therapie für gewaltgeschädigte Kinder im Alter von drei bis 12 Jahren.

Seit 2003 ist sie die Geschäftsführerin von „Innocence in Danger e.V.“, der sich gegen sexuellen Missbrauch, insbesondere mittels digitaler Medien, einsetzt.

Sie ist Autorin diverser Fachartikel sowie des Elternratgebers „Im Netz. Kinder vor sexueller Gewalt schützen“ – erschienen 2011 im Kreuz Verlag.

Gremien:

- Bundesjugendkuratoriums (2009 – 2013)
- Beirat „Kein Täter werden - Bayern“
- BundLänder AG des BMFSFJ
- „Dialog Internet“ des BMFSFJ
- Bündnis gegen Kinderpornographie Whitel

Online-Kinderschutz im Zeitalter des Digitalen Exhibitionismus - eine (un)lösbare Herausforderung

Moderation: Markus Brock

Viele Kinder tragen heute das Internet bereits in der Hosentasche immer bei sich. Sie lieben das internetfähige Smartphone, den Computer und die unendlich vielen Webseiten, auf denen sie Filme schauen, spielen oder Freunde finden können. Die Online-Welt ist groß, aufregend und bunt. Doch sie hat auch ihre Schattenseiten: Abzocke, Cybermobbing, den Einbruch in das Endgerät über Phishing – und sexuellen Missbrauch.

Hier drei Beispiele aus jüngster Zeit:

Im April 2013 wird in Bayern ein Student verurteilt, der binnen 10 Monaten 70 Mädchen (im Alter zwischen zehn und 15 Jahre) online missbrauchte.

Seit Mai 2013 ist die 13 jährige Maria - Brigitte Henkelmann verschwunden. Ihren mutmaßlichen Begleiter, den 53jährigen Bernhard Haase aus Bromberg lernte sie mit zwölf Jahren online in einem Chat kennen.

September 2013: eine Schweizer Studie ermittelt, dass bis zu 15% der Konsumenten kinderpornografischen Materials selbst Jugendliche sind.

Gute Prävention bedarf der Erkenntnis, der Zusammenarbeit aller notwendigen Disziplinen von IT-Wirtschaft über Politik bis hin zu Kinderschutzorganisationen und Eltern. Und sie bedarf einer regelmäßigen Überprüfung ihrer Inhalte.

Wie eine solche Prävention aussehen und wie die Zusammenarbeit der Akteure gelingen könnte, beschreibt dieser Vortrag.



Stephan Kessler

**Karlsruher Institut für Technologie
(KIT)**

Stephan Kessler

geboren 1985 in Karlsruhe, erhielt sein Diplom in Informatik am Karlsruher Institut für Technologie im Dezember 2010. Seit Anfang 2011 ist er Stipendiat des von der DfG geförderten interdisziplinären Graduiertenkollegs „Information Management and Market Engineering“ und arbeitet am Lehrstuhl von Professor Böhm (Fakultät für Informatik, KIT) als wissenschaftlicher Mitarbeiter. In seiner Diplomarbeit entwickelte Stephan Kessler, ein System zum Datenschutz im Stromnetz der Zukunft (Smart Grid). Diese Arbeit setzt er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am KIT im Rahmen seiner Forschung fort: Schwerpunkte sind hierbei Maßnahmen zum Datenschutz in lokalen Energiemärkten. An diesen Märkten handeln Haushalte regional erzeugten Strom aus regenerativen Quellen. Verbrauchsdaten von Haushalten geben hierbei Aufschluss über private Informationen. Stephan Kessler setzt sich mit seiner Forschung ein, CO₂ Emissionen und Kosten der Energie durch effiziente Nutzung regenerativer Energien zu verringern und gleichzeitig die Privatheit der an diesen Energiemärkten teilnehmenden Haushalten zu wahren. Gemeinsam mit Studenten entwickelt er Softwaresysteme zur Simulation solcher datenschutzfreundlicher Energiemärkte.

Datenschutz bei notwendigen Veröffentlichungen privater Daten mit Beispielen aus dem Gesundheits- und Energiebereich

Moderation: Markus Brock

Mit zunehmender Menge an Daten die über einzelne Personen erhoben und gespeichert werden steigt das Risiko des Missbrauchs. Populär sind Fälle bei denen Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken z.B. zum Cyber Mobbing verwendet werden. Solche Fälle entstehen aber meist durch Unachtsamkeit oder Unkenntnis bei der Veröffentlichung. In anderen Szenarien besteht jedoch ein großes allgemeines Interesse persönliche Daten zu veröffentlichen. Das steht aber im Widerspruch zur Wahrung der Privatheit einzelner.

Ein Beispiel dafür sind Gesundheitsdaten, die zur medizinischen Forschung verwendet werden können, aber natürlich ex-Definition personenbezogen sein müssen. Ähnlich bei zeitlich hochaufgelösten Energieverbrauchsdaten intelligenter Stromzähler (Smart Metern): Diese Daten lassen detaillierte Rückschlüsse auf Aktivitäten in Privathaushalten zu. Gleichzeitig dient eine Veröffentlichung der Weiterentwicklung des Stromnetz der Zukunft (Smart Grid) und damit der Reduktion des CO₂ Ausstoßes der Energieerzeugung. Beide Anwendungen sind von hohem allgemeinem Interesse. Triviale Anonymisierungen, wie das Entfernen von Namen, reichen dabei nicht aus.

In diesem Vortrag erkläre ich Chancen und Risiken der Veröffentlichung dieser Art von Daten und zeige Wege aus der aktuellen Forschung zur Prävention von Eingriffen in die Privatheit bei gleichzeitiger Veröffentlichung.



Tamara Högler

CyberForum e.V.

Tamara Högler

ist Leiterin der Abteilung „Innovationen und Internationale Angelegenheiten“ im CyberForum. In dieser Position ist sie zuständig für den Aufbau von internationalen Kooperationen sowie für die von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekte des CyberForum. Weiterhin unterstützt sie Unternehmen bei der Erstellung von Anträgen für Forschungsprojekte auf nationaler Ebene.

Von 2006-2010 war Tamara Högler Produktmanagerin für Mobile Instandhaltungslösungen im Bereich der Prozessautomatisierung. Ihre Forschungsarbeit, die holistische Evaluierung von mobilen Informations- und Kommunikationssystemen, ist in ihrer mehrjährigen Arbeit als wissenschaftliche Angestellte am FZI Forschungszentrum Karlsruhe (2001-2003) sowie am Institut für Angewandte Informatik und Formale Beschreibungsverfahren des Karlsruher Instituts für Technologie (2003-2006) begründet. Durch ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf renommierten Konferenzen ist Tamara Högler als Expertin auf diesem Gebiet anerkannt.

Be Wisser - Ein europaweiter Ansatz zur Stärkung des IT-Security-Sektors

Moderation: Markus Brock

Das FP7-Projekt „Be Wisser - Building Enterprises: Wireless and Internet Security in European Regions“ zielt darauf ab, das Innovationspotenzial und die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen im Bereich der IT-Sicherheit zu stärken. Es bringt Forscher, Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Entscheidungsträger zusammen, um die Digitale Agenda, insb. mit Fokus auf Internetsicherheit sowie Sicherheit drahtloser Kommunikation, voranzubringen.

Um diese Ziele zu erreichen, ist zunächst eine regionale SWOT-Analyse notwendig, welche die ökonomischen Stärken, Schwächen, Potenziale und Herausforderungen im Bereich IT-Sicherheit und Innovationen beleuchtet. Gleichzeitig sollen regionale Best Practices identifiziert werden, mittels welcher schwächer aufgestellte Regionen durch transnationale Zusammenarbeit in den genannten Bereichen gestärkt werden sollen.

Der Vortrag soll Ergebnisse dieser SWOT-Analyse dem Publikum vorstellen und erste Handlungsempfehlungen für Forschung, Unternehmen und politische Entscheidungsträger vermitteln.

Peter Vahrenhorst

**Landeskriminalamt Nordrhein-
Westfalen**

Peter Vahrenhorst

Polizeibeamter

Studium FH öffentl. Verwaltung

10 Jahre IT-Ermittler bei der Kripo

Mitarbeiter Prävention Computerkriminalität

Leitung der Initiative „Surfen mit SIN(N)“ – Sicherheit im Netz

Lehrauftrag Universität Bielefeld

aktuell:

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Cybercrime-Kompetenzzentrum, Prävention Cybercrime

Gemeinsam gegen Cybercrime – Neue Ansätze in der Prävention

Moderation: Markus Brock

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich zur Bekämpfung der Cybercrime neu positioniert. Ein Cybercrime-Kompetenzzentrum wurde im LKA eingerichtet. Hier wurde auch die Prävention unmittelbar angebunden. Dies war aus Sicht des Landes ein wichtiger Schritt, um der hohen Dynamik im Deliktsbereich Cybercrime erfolgreich präventiv zu begegnen.

Der Deliktsbereich Cybercrime zeichnet sich durch eine hohe Dynamik und sehr schnelle und kurze Entwicklungszyklen neuer Modus Operandi aus. Diesem kann keine Institution alleine Herr werden.

Neue Abläufe und Prozesse in der Entwicklung von Präventions-Konzepten sind gefordert. Hier setzt das Land Nordrhein-Westfalen auf enge Vernetzung und Zusammenarbeit.

Exemplarisch sei hier nur die Sicherheitskooperation Cybercrime genannt. Diese wurde zwischen dem BITKOM-Verband und dem LKA Nordrhein-Westfalen geschlossen. Eine enge Zusammenarbeit, der Wissenstransfer und der Expertenaustausch sowie gegenseitige Hospitationen zwischen Wirtschaftsunternehmen und der Polizei haben sich erfolgreich gestaltet, so dass im weiteren Verlauf mehrere Bundesländer dieser Sicherheitskooperation beigetreten sind.

Der Vortrag greift diese Problematik auf und verdeutlicht die Probleme, aber auch Lösungsansätze, in der praktischen Umsetzung.



Melissa Hathaway

**Belfer Center for Science and
International Affairs**

Melissa Hathaway leitete im Jahr 2009 die Abteilung Cyberspace im National Security Council (Nationaler Sicherheitsrat) unter US-Präsident Barack Obama. Zuvor war sie bereits unter George W. Bush für diesen Bereich zuständig.

Unter Präsident Obama führte sie von Februar bis Mai 2009 eine auf 60 Tage angesetzte, umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der Programme der US-Regierungseinrichtungen, die sich mit Informationssicherheit im weitesten Sinne befassten, durch. In ihrem daraus resultierenden Abschlussbericht gab sie 25 kurz- und mittelfristige Handlungsempfehlungen aus, die Präsident Obama dazu veranlassten, die Computer- und Netzsicherheit zu einem der Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu erklären. Im August 2009 verließ sie den Bundesdienst, um Hathaway Global Strategies zu gründen.

Frau Hathaway ist heute unter anderem noch als Beraterin für die Computer- und Netzwerksicherheitsinitiative des Belfer Center for Science and International Affairs der Harvard Kennedy School tätig. Es handelt sich hierbei um ein gemeinsames Projekt namens Minerva, das vom US-Verteidigungsministerium, dem Massachusetts Institute of Technology und der Harvard University vorangetrieben wird.

Melissa Hathaway hat einen Abschluss der American University Washington D.C. in Internationaler Wirtschaft und Technologietransferpolitik und absolvierte das US Armed Forces Staff College. Dort erwarb sie ein Zeugnis über Kenntnisse auf dem Gebiet Informationsoperationen.

Strategic importance of cyber security

Moderation: Markus Brock

Protecting the value of digital investments is top of mind for global leaders. Countries are provisioning near ubiquitous communications to every household and business, and pursuing a development and modernization agenda to nurture their information society into the digital age. These initiatives promise to increase productivity and efficiency, enhance work force skills, drive innovation, and deliver GDP growth. Yet these investments have also created an attractive infrastructure and platform for a wide range of nefarious cyber activities that erode GDP growth. For example, the Netherlands has shown that cyber crime costs Dutch society at least 10 billion euros per annum, or nearly two percent of their GDP. Germany and the United Kingdom report similar losses. The United States estimates the annual impact of international IP theft to the American economy at \$300 billion or one percent of its GDP. Put simply, no country is cyber ready.

Ms. Hathaway will give an overview of the latest developments in cybersecurity from a US and then global perspective - and discuss what is at stake for companies and nations.

Vortrag in englischer Sprache

Sonderveranstaltung US Juvenile Justice

Vom ersten Jugendgericht der Vereinigten Staaten in Chicago 1899 über die Chicagoer Schule zu den Model Courts for Change

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Im frühen 20. Jh. waren die USA richtungsweisend für Jugendjustizreformen, das erste Jugendgericht wurde in Chicago 1899 gegründet, die Theorien der Chicagoer Schule in der ersten Hälfte des 20. Jh. brachten neue Impulse.

Heute werden die USA gedanklich eher mit hohen Inhaftierungsraten und Zero Tolerance verbunden. Der Wandel seit 1995 vollzieht sich international eher unbeachtet: Die Bundesvereinigung der Jugend- u. Familienrichter startet die Model Courts for Change Initiative, die Jahreskongresse prägen Themen wie Diversion, Deinstitutionalisierung u. Entkriminalisierung. Vieles unterscheidet sich augenscheinlich wenig von Europäischen Standards. Der Sherman-Report führt zu einer umfassenden Wirksamkeitsdiskussion. Elliott/Blueprint-Forschung fordert eine nationale Präventionsinitiative. 2005 wird die Todesstrafe für Jugendl. abgeschafft. Die Casey-Foundation u. McArthur-Foundation unterstützen Reformen u. kritische Bestandsaufnahmen. Dies zeigt nicht nur den Wandel im Umgang mit gefährdeter Jugend, sondern auch ein anderes Amerika.

Die allgemeine Durchsetzung trifft z. B. durch die hohe Unabhängigkeit der einzelnen Staaten auf Begrenzungen u. Schwierigkeiten. Eine spannende Diskussion mit versierten Praktikern u. Kritikern, die die Jahre des Wandels bis heute aktiv miterlebt und mitgestaltet haben.



David E. Stucki

Stark County Ohio Family Court

David E. Stucki

Präsident der Bundesvereinigung der Jugend- und Familienrichter der USA

Jahrgang 1959, studierte an der University of Akron, Ohio, USA mit BA cum laude (1981) und erwarb 1985 dort den juristischen Abschluss. Während des Studiums Gerichtsssekretär am Stadtgericht, am Gericht für allgemeine Angelegenheiten u. Oberlandesgericht.

Das Elternhaus, beide Elternteile schweizerische Emigranten, lehrte ihn und seine heute ebenfalls als Rechtsanwalt und Lehrer tätigen Brüder früh die Wichtigkeit von Chancengleichheit, Respekt und fairem Verhalten.

Vor seiner 1. Berufung 1993 zum Richter am Familiengericht von Stark County, Ohio arbeitete er über 6 Jahre als Rechtsanwalt u. Staatsanwalt. Das Richteramt übte er durch Wiederwahl bis 2011 aus. Seine Innovationen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Familien wurden auf Landes- u. Bundesebene bekannt und anerkannt.

Seit Ausscheiden aus dem ständigen Richteramt in den Ruhestand ist er als Richter für Spezialfälle landesweit in allen Rechtsbereichen des Allgemeinen Gerichts tätig und praktiziert als zertifizierter Mediator.

Zu seinen Funktionen auf Landesebene zählen der ehem. Vorsitz der Jugendrichter-Landesvereinigung, Vorsitz und Vize-Vorsitz des Jugendjustiz-Rates des Gouverneurs von Ohio sowie auf Bundesebene die Länderübergreifende Jugendkommission, die Repräsentanz von Ohio im Beratenden Ausschuss für Jugendjustiz des Bundes und im Globalen Beratenden Ausschuss, beides beim Justizminister der USA.

Die Rolle der Amerikanischen Bundesvereinigung der Familien- und Jugendrichter im gegenwärtigen Reformprozess

Eine Bestandsaufnahme zum gegenwärtigen Status und zu den Reformbewegungen der amerikanischen Jugendgerichtsbarkeit sowie Veränderungen, die sich in der näheren und weiteren Zukunft ergeben werden. Die Zahl der Jugendstrafverfahren, die in den USA pro Tag verhandelt werden, werden auf ca. 4600 pro Tag geschätzt, jährlich ca. 1.7 Millionen. Dies ist weitaus zu viel.

Die Wirkung und Bedeutung der verschiedenen Initiativen, Initiative und weiterer Initiativen zur Veränderung und Verbesserung auf örtlicher und überörtlicher Ebene, wie z..B. die Models for Change, Model Courts, verschiedene Richtlinien sowie Bemühungen zur Reduzierung von Untersuchungshaft und Haft, sowie der Reduzierung von Unterbringung von Kindern in Pflegestellen sind Gegenstand des Vortrages. Welche Rolle die Bundesvereinigung der Jugend- und Familienrichter bei der Umsetzung der verschiedenen Reformen hat, welche Partner es für den Veränderungsprozess gibt, einschließlich der Annie E. Casey-Stiftung und der Mc Arthur-Stiftung, Casey Familienprogramme usw. wird ebenfalls beleuchtet wie auch die Zusammenarbeit mit dem Office for Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP).

„Wir müssen erkennen, dass es die Kriminalität erhöht, wenn wir viele junge Menschen wegschließen.“

Dr. Barry Krisberg, President of National Council on Crime and Delinquency, University of California, Berkeley

in englischer Sprache mit dt. Handouts/Übersetzung



Patricia M. Martin

Circuit Court of Cook County

Patricia M. Martin

Vorsitzende Richterin der Kinderschutzabteilung des Bezirksgerichts von Cook County (Chicago), Illinois, USA

Jahrgang 1959, promovierte an der Northern Illinois University, College of Law, Dekalb, Illinois. Ein Auslandsstudium an der Universität von Nairobi in Kenia sowie ein BA-Studium am Middlebury College, Vermont (USA), schloss sie mit Auszeichnungen ab.

Von 2012-13 Präsidentin der Bundesvereinigung der Jugend- und Familienrichter und seit 1996 zur Richterin gewählt, war sie bis zur Berufung als Vorsitzende Richterin der Kinderschutzabteilung in der Strafgerichtsabteilung des Bezirksgerichts von Cook County tätig. Vor ihrer Wahl ins Richteramt arbeitete sie von 1986-1996 als amtierende Pflichtverteidigerin in Cook County, dort bis zu ihrer Wahl in Leitungsfunktion.

Unter ihrem Vorsitz führte sie zahlreiche innovative Programme ein, die weitreichende Beachtung fanden und landesweit von Gerichten übernommen wurden. Zusätzlich zu ihren Verwaltungsaufgaben hört sie nach wie vor komplexe und hochprofilige Kinderschutzverfahren.

Ihre Expertise zur Kindesmisshandlung und Vernachlässigung hat Beachtung bei zahlreichen Konferenzen auf lokaler, nationaler u. internationaler Ebene gefunden. Sie ist Mitglied u. vormalige Vorsitzende der Rechtsstudienkommission für Jugendjustiz des Supreme Courts von Illinois und Mitglied der Sonderkommission des Supreme Court von Illinois für Kindersorgerechtsangelegenheiten

From first Model to Model Court

Ein Überblick über die Geschichte der Jugendgerichte in den USA, angefangen vom Jugendgericht von Cook County (Chicago), dem ersten Jugendgericht der USA 1899, über verschiedene soziale u. rechtliche Strömungen, die Einfluss auf das Jugendgericht haben, zu den aktuellen nationalen Trends, deren Adressaten die Kinder im Einzugsbereich des Gerichts und deren Lebensbedingungen sind. Dazu gehört auch die Model Courts Initiative der Bundesvereinigung der Jugend- u. Familienrichter. Als ein Ergebnis dieser Initiative wurde nach einem fast 30-jährigen Reformstau die Organisation des Jugendgerichtes von Chicago reformiert und separate Jugend- und Kinderschutzabteilungen unter separater Leitung geschaffen.

In Chicago gelang es, eine stetige, aber rapide Senkung der offiziellen Verfahren von über 50% zu erreichen. Wie dies möglich wurde, welchen Einfluss Wirksamkeitsforschung und Assessments haben und welche sozialen Initiativen und Präventionsprogramme für Kinder und deren Familien als wirksame Hilfe diesen Umschwungprozess begleiten, ist weiteres Thema des Vortrages sowie auch ein Überblick über weitere Initiativen zur Reformierung des amerikanischen Jugendgerichtssystems.

in englischer Sprache mit dt. Handouts/Übersetzung



Richard Ross

University of California, Santa Barbara

Richard Ross

Kunstprofessor, Fotograf und Wissenschaftler

Jahrgang 1947, studierte Kunst an der University of Vermont, USA, BA 1967 und erhielt seinen MFA-Abschluss 1973 von der University of Florida. Lehrt seit 1978 an der Universität von Californien in Santa Barbara, USA.

Zu den Ausstellungsorten gehören u. a. das San Francisco Museum of Modern Art, die Tate Modern Gallery in London, das Britische Museum, die Ronald Feldman Fine Arts Gallery (New York), das Palais du Tokyo (Paris), die Galerie Steinech in Wien.

Zu den bekanntesten Arbeiten gehören die Werke „Museology“, „Gathering Light“, „Waiting for the End of the World“. „Architecture of Authority“, eine mehrfach ausgezeichnete und von der Kritik hochgelobte, nachdenklich stimmende und verunsichernde Fotosammlung, die weltweit die Machtausübung architektonischer Räume auf Menschen, die durch diese begrenzt sind, thematisiert, konnte 2007 mit Hilfe eines Guggenheim-Stipendiums beendet werden. Dieses verhalf auch einer Untersuchung der Welt von Jugend-Erziehungseinrichtungen und der darauf ausgerichteten Architektur, dem Vorläufer des aktuellen Projektes „Juvenile in Justice“ zum Start.

Auszeichnungen u. a.:

2013 American Library Association`s Alex Award für „Juvenile in Justice“

2012 Forward Thinking Museum, Documentary Photography Award

2011 Investing in Artists Grant, Center for Cultural Innovation

2009-13 Annie E. Casey Foundation Research Grant

2007 Guggenheim Fellowship, John Simon Guggenheim Memorial Foundation

Juvenile in Justice

Die hohe Abhängigkeit der USA bei der Inhaftierung von Jugendlichen ist ziemlich einzigartig in der zivilisierten Welt. Nahezu jeder 3. delinquente Jugendliche hat kein schweres Gewaltverbrechen verübt. Täglich befinden sich ca. 700000 junge Menschen über Nacht in Jugendhaft oder Erziehungseinrichtungen. Forschungsergebnisse zeigen, dass Jugendliche mit längerer Verweildauer keine geringere Rückfallquote haben als die mit kürzeren Aufenthalten.

Die Kosten für einen typischen Aufenthalt für 9-12 Monate liegen zwischen \$ 66-88.000. Der Staat Kalifornien gibt jährl. \$ 224.712 für die Unterbringung eines Jugendlichen in der neuen, „grünen“ Einrichtung in Oakland aus. Die Stadt Oakland wendet jährl. \$ 4925 pro Kind im öffentlichen Schulwesen auf.

Farbige Jugendliche werden härter behandelt als weiße, selbst bei identischen Straftatvorwürfen u. Vorgeschichten. Stellt ein junger Mensch keine klare u. gegenwärtige Gefahr für die Gesellschaft dar, ist es oft unnötig u. teuer, gefährdete Jugendliche aus ihrem Lebensumfeld herauszunehmen, zumal die Resultate im Schnitt nicht besser, sondern meistens sogar weitaus schlechter sind, als ambulante Maßnahmen und Beaufsichtigung. Typischerweise sind Programme, die Beratung u. Behandlung beinhalten, rückfallreduzierend. Solche, die auf Kontrolle u. Anwendung von Zwang abzielen, zeigen negative oder null Effekte.

in englischer Sprache mit dt. Handouts/Übersetzung



Petra Guder

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Petra Guder

Vorsitzende des Internationalen Ausschusses der Amerikanischen Bundesvereinigung für Jugend- und Familienrichter Jahrgang 1959, Studium an der FH Bielefeld, FB Sozialwesen, Abschluss 1983, Verwaltungsstudium an der VWA Ostwestfalen-Lippe, Abschluss 1994, Kriminologiestudium an der Universität Hamburg, Abschluss 2004, danach Jura-Studium an der Universität Hamburg.

12 Jahre Praxiserfahrung im Allgemeinen Sozialdienst, der Familien-, Vormundschafts- u. der Jugendgerichtshilfe. 1995 Start der internationalen Tätigkeit durch das internationale Schulprogramm mit den Glen Mills Schools, USA. Monatl. Projekt-Besuche in den USA, jetzt 19 Jahre. Konzeption eigener berufl. Integrationsprogramme u. Coachings.

Lange Tätigkeit in der Konzeption, Organisation u. Durchführung soziokultureller Veranstaltungen. Seit 2001 Vorsitzende der Glen Mills Academie Deutschland e. V. Langjährige GA- und Vorstandstätigkeit in der DVJJ Regionalgruppe Westf.-Lippe, Council-Mitglied der Internationalen Vereinigung der Familien- und Jugendrichter, NGO-Repräsentantin der Vereinigung bei der UN in New York. Vernetzung von Praktikern auf internationaler Ebene durch Fachbegegnungen, Vorträge und Veranstaltungen, Kontakte zu Wissenschaftlern und Universitäten in der Wirkungsforschung sowie zu internationalen Praxisprojekten im transatlantischen und europäischen Austausch. Seit vielen Jahren aktives Mitglied der Deutsch-Amerik. Handelskammer Philadelphia u. des Amerikazentrums Hamburg.

Child Friendly Justice – Wishful Thinking?

Richtlinien für graduierte Sanktionen, Ethikrichtlinien für Jugendrichter, die Richtlinien zur Vermeidung überproportionalen Gerichtskontakt für Minoritäten über die Anwendung von Assessments für Risiken, Bedürfnisse u. Stärken, Beteiligung von Kindern und deren Eltern an gerichtlichen Verfahren, Diversion u. ambulanten Programmen bis hin zur Diskussion wirksamer Programme der Wirkungsforschung von Delbert Elliott und Lawrence Sherman (die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit) spannt sich ein weiter Bogen über die aktuelle Verfahrens-Landschaft in den amerikanischen Jugendgerichten. Die Diskussion nicht nur in der amerikanischen Bundesvereinigung ähnelt der an europäischen Konferenztischen.

Ein Problem bei der Umsetzung der verschiedenen Reformbemühungen besteht in der hohen Unabhängigkeit der einzelnen Staaten und der Verteilung der politisch relevanten Positionen. Dazu kommt, dass in vielen Staaten Landeseinrichtungen komplett vom Land finanziert sind, während örtliche Gerichte die Kosten für ambulante Programme selbst schultern müssen.

Ein Wermutstropfen trotz aller neuen Trends ist nach wie vor die fehlende Mehrheit für die Ratifizierung der Kinderrechtskonvention, obgleich die Inhalte in weiten Teilen in den USA mehr umgesetzt sind, als in manchen anderen Ländern. Sind die USA auf dem Weg zu einer Child Friendly Justice?

Sonderveranstaltung Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD) - Ergebnisse aus dem Verbundprojekt

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Im interdisziplinären Verbundprojekt „Barometer Sicherheit in Deutschland“ (BaSiD) wurde ein Monitoring zu objektiven und subjektiven Sicherheiten erstellt. Am Anfang steht eine Einführung in das Verbundprojekt. In vier Vorträgen werden Ergebnisse aus der repräsentativen Dunkelfeldstudie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI) und des BKA und aus der repräsentativen Studie des MPI über Sicherheit und Lebensqualität vorgestellt. Im Schlussvortrag geht es um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Entwicklung von technischen Lösungen zur Herstellung von Sicherheit.

14:00 - 14:30

**Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Barometer
Sicherheit in Deutschland (BaSiD)**

Prof. Dr. Rita Haverkamp
Eberhard-Karls-Universität Tübingen

14:30 - 15:00

**Sicherheitsempfinden und Lebenszufriedenheit in
Deutschland**

Dr. Dina Hummelsheim
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht

15:30 - 16:00

**Nachbarschaftseffekte auf Kriminalitätsfurcht in
Deutschland**

Dietrich Oberwittler und Julian Pritsch
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht

16:00 - 16:30

**Befunde zu Opfererfahrungen, Mehrfachviktimisierun-
gen und Anzeigeverhalten**

Christoph Birkel
Bundeskriminalamt

17:00 - 17:30

Strafeinstellungen in Deutschland

Nathalie Guzy
Bundeskriminalamt

17:30 - 18:00

**Technisierung von Sicherheit - Partizipation von Bürge-
rinnen und Bürgern**

Peter Zoche
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI

Sonderveranstaltung

Workshop zum Übergangsmanagement zwischen Jugendstrafvollzug und Nachbetreuung: Wie können die hohen Rückfallraten reduziert werden?

Montag, 12. Mai 2014 - 14:00 bis 18:00 Uhr

Das Thema Übergangsmanagement wird in diesem Workshop mit dem Themenschwerpunkten behandelt:

- Übergangsmanagement im Strafvollzug - Anwendungsfelder – Schwerpunkte,
- Problemfelder bei der Kooperation der beteiligten Dienste,
- Wer ist dran? Welche Kooperationen sind für ein gelingendes Übergangsmanagement notwendig?
- Gelingendes Übergangsmanagement im Netzwerk,
- Entlassungsmanagement.

Workshop - Ablauf		
14:00	Seminarbeginn / Begrüßung (Moderation)	Dr. Helmut Roos Präsidium des DBH-Fachverbands für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik
	Übergangsmanagement im Strafvollzug - Anwendungsfelder – Schwerpunkte	Wolfgang Wirth Kriminologischer Dienst NRW
	Problemfelder bei der Kooperation der beteiligten Dienste	Peter Reckling DBH-Fachverband
	Wer ist dran? Welche Kooperationen sind für ein gelingendes Übergangsmanagement notwendig?	Daniela Kundt Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfe im Strafverfahren der DVJJ
	Diskussion	
15:50	Pause	
16:20	Gelingendes Übergangsmanagement im Netzwerk Straffälligenhilfe Baden-Württemberg	Oliver Kaiser Netzwerk Straffälligenhilfe Baden-Württemberg
	Entlassungsmanagement in Hessen	Stephan Volp Hessisches Ministerium der Justiz
	Diskussion	
18:00	Abschluss	

Die Referenten tragen jeweils 20-30 Minuten vor. Nach drei Vorträgen und zum Abschluss findet je eine Diskussion statt. Der Workshop wird als zusammenhängende Veranstaltung betrachtet, deshalb ist es wünschenswert, wenn die Teilnehmenden möglichst an der gesamten Veranstaltung mitwirken.

Kontakt: DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik
Peter Reckling, kontakt@dbh-online.de, Tel. 0221/94865120



Wolfgang Wirth

Kriminologischer Dienst NRW

Wolfgang Wirth

Regierungsdirektor, Leiter Kriminologischer Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (KrimD NRW), zuvor wiss. Mitarbeiter an der Fakultät für Soziologie, am Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik und am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld. Publikationen zur Sozialpolitik, Verwaltungskontrolle, Kriminologie, Strafvollzugs- und Evaluationsforschung. Redaktionsmitglied der Fachzeitschrift „Bewährungshilfe“ und „Forum Strafvollzug“.

Übergangmanagement im Strafvollzug: Anwendungsfelder – Schwerpunkte

Der Vortrag beschreibt sowohl konzeptionelle und wissenschaftliche Grundlagen als auch verschiedene Formen des Übergangmanagements aus der Haft in die Freiheit. Dargestellt werden darüber hinaus praktische Schwerpunktsetzungen im Bereich des Übergangmanagements zur Arbeitsmarktintegration. Auf die Bedeutung des Handlungskonzepts Case Managements wird dabei anhand der jüngst ins Leben gerufenen Gemeinschaftsinitiative B5 eingegangen, mit der in Nordrhein-Westfalen neue Wege zur beruflichen Wiedereingliederung von (ehemaligen) Strafgefangenen beschritten werden.



Peter Reckling

DBH-Fachverband

Peter Reckling

Diplom-Pädagoge (Erwachsenenbildung), Sozialpädagoge
1981-83 Studium der Sozialarbeit / -pädagogik; 1983-2003
Tätigkeit bei der Bewährungshilfe, ab 1984 als hauptamtlicher
Bewährungshelfer; 1994 Supervisionsausbildung
(DGSV); 1997 Diplom-Pädagoge (Erwachsenenbildung);
seit 2003 Bundesgeschäftsführer des DBH-Fachverbandes.

Themenschwerpunkte: Reform der ambulanten sozialen
Dienste der Justiz (Bewährungshilfe); Führungsaufsicht /
Umgang mit gefährlichen Straftätern; Übergangsmanage-
ment zwischen Strafvollzug und Nachbetreuung; internatio-
nale Zusammenarbeit der Bewährungshilfe-Organisationen

Problemfelder bei der Kooperation der beteiligten Dienste

Der DBH-Fachverband hat in dem Projekt „Übergangs- und Entlassungsmanagement zwischen Strafvollzug und Nachbetreuung“ (2009 - 2012) verschiedene Erhebungen durchgeführt. Eine Datenbank mit 38 Projektdarstellungen zum Übergangsmanagement für junge Menschen wurde erstellt und ist öffentlich abrufbar. Gleichzeitig wurden verschiedene Problemfelder untersucht und daraus 20 positive Faktoren für eine erfolgreiche schulische und berufliche Integration. In diesem Workshop wird auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Übergangsmanagement eingegangen. In acht Kategorien wurden die von den beteiligten Diensten der ambulanten und stationären Straffälligenarbeit (Bewährungshilfe, Straffälligenhilfe, Jugendgerichtshilfe, Jugendstrafvollzug) benannten Probleme zusammengestellt: Netzwerk, Ablauf (einschl. Verbindlichkeitsklärung), Strukturhilfen, Fortsetzung von Projekten, Qualifizierung in der JVA, Nachbetreuung, Rechtliches / Spezialisierung und Perspektive.



Daniela Kundt

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Jugendhilfe im Strafverfahren der DVJJ**

Daniela Kundt

Jahrgang 1978, Diplom Sozialpädagogin (BA). Seit April 2002 beim Besonderen Sozialen Dienst des Landratsamtes Heilbronn bei der Jugendgerichtshilfe beschäftigt. Von 2008 bis 2010 berufsbegleitendes Masterstudium „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ an der Ruhr-Universität Bochum. Seit September 2010 Mitglied des Sprecherrates der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfe im Strafverfahren der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (BAG JuHiS der DVJJ), seit September 2013 Sprecherin der BAG JuHiS.

Wer ist dran? Welche Kooperationen sind für ein gelingendes Übergangsmangement notwendig?

Die Notwendigkeit einer strukturierten und organisierten Haftentlassungs-vorbereitung ist allen beteiligten Berufsgruppen bewusst. Auch der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS). Dennoch sind Rolle und Aufgabe der JuHiS in diesem Bereich nicht immer allen Beteiligten klar. In einem ersten Teil des Vortrags soll daher die (mögliche) Rolle der JuHiS im Bereich des Übergangsmagements schlaglichtartig näher beleuchtet werden.

In einem kurzen zweiten Teil des Beitrags sollen die Ergebnisse eines gleichnamigen Arbeitskreises des letztjährigen Deutschen Jugendgerichtstags vorgestellt werden. In diesem Arbeitskreis hatten sich verschiedene Berufsgruppen mit den Voraussetzungen einer gelingenden Kooperation im Bereich des Übergangsmagements beschäftigt und ihre Ergebnisse thesenartig zusammengefasst und verabschiedet.



Oliver Kaiser

**Netzwerk Straffälligenhilfe
Baden-Württemberg**

Oliver Kaiser

Qualifikation: Industriekaufmann, Diplom Sozialarbeiter (FH), TQM Auditor EOQ

Seit 2006 für den Paritätischen Baden Württemberg als Leiter des Kernteams Krisenintervention und Existenzsicherung tätig, inhaltlich zuständig für das Fachreferat Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe. Zuvor tätig als Leiter einer teilstationären Einrichtung für straffällige Frauen und Männer. Vom PARITÄTISCHEN in die Steuerungsgruppe des Netzwerkes Straffälligenhilfe in Baden Württemberg GbR delegiert. Seit 2004 für das Europäische Institut zur Zertifizierung von Managementsystemen als leitender Auditor tätig.

Gelingendes Übergangsmanagement im Netzwerk Straffälligenhilfe Baden- Württemberg

Im Rahmen des Vortrages wird das landesweite Nachsorgeprojekt Chance aus Baden Württemberg vorgestellt.

Zielgruppe des Projekts sind junge Straftatlassene bis 27 Jahre – im Projektverlauf wurde die Altersgrenze aufgehoben – mit Endstrafe oder vorzeitiger Entlassung ohne Bewährungshelfer. Auch Entlassene, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßt haben, können in das Projekt aufgenommen werden, wenn wiederholte Ersatzfreiheitsstrafen drohen. Die Straftatlassenen erhalten eine drei- bis sechsmonatige Betreuung, bei der es vor allem um die Vermittlung lebenspraktischer Hilfen geht. Für die Resozialisierung von Strafgefangenen hat die **Nachsorge** erhebliche Bedeutung. Der Übergang vom Vollzug in die Freiheit ist für die Gefangenen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Haben die entlassenen Strafgefangenen keine positiven Bindungen und können sie nicht auf Unterstützung bei der Wiedereingliederung zurückgreifen, besteht eine hohe Gefahr erneuter Straffälligkeit. Zur Verbesserung der danach notwendigen Nachsorge wurde das Nachsorgeprojekt Chance begründet, durch das in Baden-Württemberg ein Nachsorgenetzwerk für entlassene Strafgefangene geschaffen wurde. Der Vortrag wird ausgehend von den über 7 jährigen Erfahrungen des Projektes auf grundlegende Voraussetzungen des Übergangsmanagements eingehen und insbesondere Vorteile für die beteiligten Institutionen und Klienten im Hilfesystem aufzeigen.

Die Erkenntnisse, die aus der Projektumsetzung gewonnen wurden, lassen sich zu drei **Thesen** zusammenfassen:

1. **Durch intensive Betreuung während der Entlassung und in Freiheit kann das Entlassloch vermieden und die Chance eines Rückfalls deutlich verringert werden.**
2. **Ein gelingendes Entlassmanagement setzt die flächendeckende und verbindliche Kooperation der beteiligten Organisationen voraus.**
3. **Die Beziehungskontinuität zwischen Betreuer und Inhaftierten während und nach der Entlassung ist die Grundlage für ein erfolgreiches Übergangsmanagement.**



Stephan Volp

Hessisches Ministerium der Justiz

Stephan Volp

Dipl. Soz.arb. (FH)

1987-1998 Sozialdienst im hessischen Strafvollzug

- Erwachsenenvollzug JVA Butzbach
- Sozialtherapie JVA Kassel II
- Sicherungsverwahrung JVA Schwalmstadt
- Jugendvollzug JVA Rockenberg

1998-2012 Bewährungshelfer beim Landgericht Marburg

seit 2008 Fachbereichsleiter Sicherheitsmanagement LG Marburg

seit 2011 Sachgebietsleiter der Bewährungshilfe LG Marburg

seit 2013 Hessisches Ministerium der Justiz, Abt. III zuständig für Ambulante Soziale Dienste der Justiz

Entlassungsmanagement in Hessen

Im Vortrag wird die Arbeitsweise des Entlassungs-, Sicherheits-, Übergangsmanagement und die Jugendbewährungshilfe in Hessen, im Bereich der Ambulanten Sozialen Dienste beschrieben und mit entsprechenden Zahlen und Fakten belegt. Hierbei wird verdeutlicht, wie die ausdifferenzierte Betreuung im Übergang von Strafvollzug in die Freiheit gestaltet wird.



Dr. Helmut Roos

**Präsidium des DBH-Fachverbands für
Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminal-
politik**

Dr. Helmut Roos

1974 – 1984 Richter an den Amtsgerichten Bad Kreuznach und Idar-Oberstein und am Landgericht Bad Kreuznach

1985 Justizministerium des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz, Referent für Bau und Liegenschaften der Justiz einschließlich der Justizvollzugsanstalten und verantwortlich für den Sozialen Dienst der Justiz. Seit 1991 stellvertretender Abteilungsleiter der Zentralabteilung und seit 1999 der Strafvollzugsabteilung.

2002-2013 Leiter der Abteilung Justizvollzug im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa; intensive Beschäftigung mit Wiedereingliederung Straftentlassener, Aufbau des Übergangsmanagements, Initiierung des Süd-West-Verbunds; intensive Mitarbeit im europäischen Projektverbund zur Resozialisierung Straffälliger (ExOCOP), Mitglied im Beirat des DBH-Projekts „Übergangsmanagement“

Seit 2012 Mitglied im DBH-Präsidium

Seit 2013 Mitglied der Länderkommission bei der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter

Sonderveranstaltung Verfassungsschutz und Prävention - ein Gegensatz?

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Informativ und individuell – unsere Arbeit und wie SIE in der Extremismusprävention davon profitieren können.

Kein Gegensatz, sondern andere Innenansichten, neue Einsichten und spannende Aussichten.

Der Verfassungsschutz im Gespräch – Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe! Ein Workshop mit fachlichem Input zu den Themen Extremismus und Terrorismus, für SIE, mit Ihnen und einer Behörde, die einiges bieten kann.

Der Workshop besteht aus vier Themenblöcken, die umseitig aufgeführt werden. Sie haben dabei die Möglichkeit, einzelne Themenblöcke für sich, oder die komplette Themenreihe zu besuchen.

Bringen Sie sich ein! Die Gelegenheit dafür erhalten Sie nach einem kurzen fachlichen Input zu Beginn des jeweiligen Themenblocks.

Seit mehreren Jahren werden von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen unterschiedliche Ansätze im Bereich der Prävention extremistischer Einstellungen und Aktivitäten verfolgt. An Beispielen aus Rechtsextremismus und Salafismus sollen hier die Möglichkeiten und Grenzen der Präventionsarbeit für eine Sicherheitsbehörde vorgestellt und im heutigen Workshop diskutiert werden.

Beginn der Veranstaltung – 9:00 Uhr

Begrüßung und Erläuterung des Ablaufs

Start des Themenblocks I – 9:30 Uhr

Rechtsextremistische Szenen und Ideologien – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Start des Themenblocks II – 11:00 Uhr

Salafistische Szenen und Ideologien – wenn Jugendliche in jihadistischen Strukturen verschwinden.

Start des Themenblocks III – 12:15 Uhr

Radikalisierungsverläufe – individuelle Wege in unterschiedliche extremistische Szenen.

Start des Themenblocks IV – 14:00 Uhr

Präventionsansätze: *wissen was läuft* – Informations- und Erfahrungsaustausch, um eigene Präventionsmöglichkeiten weiter zu stärken.

Zielgruppen: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, wie z. B. Pädagogen, Sozialarbeiter, Schulsozialarbeiter, Lehrkräfte, Bürgermeister, Kommunalbeamte, Polizeibeamte, Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Stiftungen.

Institution: Landesamt für Verfassungsschutz
Baden-Württemberg
Anschrift: Taubenheimstr. 85A, 70372 Stuttgart
Webseite: <http://www.verfassungsschutz-bw.de>
E-Mail: info@lfvbw.bwl.de

Sonderveranstaltung NEST - Material für Frühe Hilfen

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 15:00 Uhr

Im Rahmen des Forums finden folgende Vorträge und Workshops statt:

- **09:00 - 10:00 Uhr:** Vorstellung NEST sowie Ergebnisse des Praxistests
- **10:30 - 12:00 Uhr:** Workshop Arbeit mit NEST zu TV, Internet und Smartphone in den Familien
- **12:30 - 13:00 Uhr:** Ressourcen- und Lösungsorientierte Arbeitsweise mit NEST
- **13:30 - 15:00 Uhr:** Workshop Arbeit mit NEST zu Gewalt und Respekt

Referenten:

Kristin Adamaszek, Stiftung Pro Kind

Michael Hahn, Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Till Hoffmann, Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Vorstellung NEST sowie Ergebnisse des Praxistests

Die NEST-Arbeitshilfen dienen dem präventiven Ansatz der Frühen Hilfen für gesundes, geborgenes und sicheres Aufwachsen der Kinder in der Familie.

NEST wurde für die Arbeit der Fachkräfte der Frühen Hilfen mit den Familien entwickelt. NEST befasst sich mit den Themen, die für die Familien von der Schwangerschaft bis zum dritten Geburtstag wichtig sind. Das Material wurde in leichter Sprache entwickelt. Die Inhalte sind speziell auf die Familien zugeschnitten, die arm oder bildungsfern sind, über wenige Deutschkenntnisse verfügen oder minderjährig sind. Das NEST-Material kann unabhängig von Programmzusammenhängen eingesetzt werden. Es unterstützt so die kompetente Arbeit der Fachkräfte mit den Familien in ihrem jeweiligen Setting.

NEST wird herausgegeben vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH), entwickelt von der Stiftung Pro Kind und finanziert vom Bundesfamilienministerium im Rahmen der Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Seit der Einführung des NEST-Materials im September 2013 konnten Fachkräfte der Frühen Hilfen erste Erfahrungen damit sammeln. Erste Ergebnisse eines Praxistests werden vorgestellt: Welche Fachkräfte nutzen das Material? Und wie wird die „Leichte Sprache“ von den Familien angenommen?

In den **Workshops** werden ausgewählte Arbeitsblätter zum Thema vorgestellt. Es gibt Gelegenheit zum Ausprobieren des Einsatzes der Arbeitsblätter und zur Diskussion.

Workshop Arbeit mit NEST zu TV, Internet und Smartphone in den Familien

Medien wie Fernsehen, Internet und das Smartphone sind in allen Familien präsent. Doch die Nutzung von Bildschirm-Medien kann sich auf die Entwicklung der Säuglinge und Kleinkinder auswirken. In diesem Workshop wird die Relevanz des Themas bezüglich der kindlichen Entwicklung und der Beziehungsgestaltung mit den Bezugspersonen erläutert. .

Workshop ressourcen- und lösungsorientierte Arbeitsweise mit NEST

Die ressourcen- und lösungsorientierte Arbeitsweise ist grundlegendes Prinzip für die erfolgversprechende Arbeit mit Familien in den Frühen Hilfen. Sie fördert die Selbstwirksamkeit und damit auch die Bereitschaft für positive neue Erfahrungen.

Das NEST Material basiert auf diesem Ansatz.

Workshop Arbeit mit NEST zu Gewalt und Respekt

Beziehungen unter (erwachsenen) Partnern sollen gleichberechtigt sein. Beide Partner sind verantwortlich für sich selbst und ihre Beziehung. Die Familien der Frühen Hilfen erleben Herausforderungen, die sie in ihrem Alltag belasten. Partnerschaftsgewalt ist in einigen Familien ein Thema. Der Umgang der Eltern und anderer Erwachsener im Umfeld des Kindes wirkt sich auf die Entwicklung des Kindes aus. Frühe Hilfen tragen dazu bei, dass Risiken für das Wohl des Kindes möglichst frühzeitig reduziert werden.

Das NEST Material ermutigt Fachkräfte, über Respekt und Gewalt in Beziehungen präventiv ohne einen konkreten Anlass zu sprechen. Der Schlüssel hierfür liegt in der gleichwertigen Betrachtung der beiden Pole Gewalt und Respekt.

Referentinnen und Referenten



Kristin Adamaszek ist seit 2006 Mitarbeiterin der Stiftung Pro Kind. Sie leitete dort das Modellprojekt Pro Kind Bremen. NEST wurde von ihr federführend entwickelt - in Zusammenarbeit mit zahlreichen ExpertInnen und Experten für Themen der Frühen Hilfen. Sie gehörte zur beratenden Expertengruppe bei der Entstehung der Kompetenzprofile der Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger in den Frühen Hilfen. Sie arbeitet außerdem als Referentin bei Qualifizierungen von Fachkräften der Frühen Hilfen, zum Beispiel dem Modul FELIKS zur Stärkung der Eltern Kind Interaktion.



Michael Hahn ist seit 2009 wissenschaftlicher Referent des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Neben NEST ist er im Bereich Qualifizierung zuständig z.B. für Kompetenzprofile und Qualifizierungsmodule für Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger in den Frühen Hilfen.



Till Hoffmann ist seit 2013 wissenschaftlicher Referent des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. In Bezug auf NEST ist er zuständig für den qualitativen Praxistest. Im Bereich Transfer des NZFH arbeitet er u.a. zum Thema Koordination von Netzwerken für Frühe Hilfen.

Sonderveranstaltung Restorative Circles (RC) - Heilung statt Strafe. Eine Form der Konfliktverwand- lung, entwickelt in der gewaltvollen Welt brasilianischer Favelas

Dienstag, 13. Mai 2014 - 09:00 bis 11:30 Uhr

Von den Foltermethoden des Mittelalters zum Täter-Opfer-Ausgleich im heutigen Strafvollzug wurde schon ein weiter Weg gegangen.

Dennoch - Unser Rechtssystem basiert noch immer auf dem Prinzip von Belohnung und Strafe. Von der Erziehung kleiner Kinder bis hin zum Umgang mit Erwachsenen bedeutet das: Wohlverhalten wird belohnt, Unrecht bestraft. Glück hat, wer nicht erwischt wird. Dieses Rechtsempfinden sind wir gewohnt, es ist tief in unserem Fühlen und Denken verankert. Gibt es eine Alternative?

Tragen wir nicht eine Vision im Innern, unsere Rechtssprechung so zu gestalten, dass sie Menschlichkeit, Füreinander-Sorgen und auch die Sicherheit in unserer Gemeinschaft mit einbezieht? Wie kommen Menschen miteinander in Verbindung, selbst im Angesicht von Verbrechen und Gewalt? Eine hoffnungsvolle Antwort kommt aus Brasilien: Gespräche im Kreis, sogenannte wiederaufrichtende Kreise.

Restorative Circles ist ein Prozess, der von Dominic Barter seit 1994 in Brasilien

mitten in den Favelas von Rio entwickelt wurde. Zusammen mit Betroffenen fand er neue Wege zu Eigenverantwortung und Heilung. Restorative Circles bringen Täter, Opfer und deren Umfeld in einem Kreis zusammen und laden sie ein, Gehör zu finden. Miteinbezogen werden alle, die auf irgendeine Weise betroffen sind. Das können Familienmitglieder, Freunde, Kollegen sein, aber auch Nachbarn, Polizisten, Sozialarbeiter oder Zeugen. Einfach alle, die direkt oder indirekt mit dem Konflikt zu tun haben.

Dominic Barter: „In dem Moment, in dem wir uns selbst als Gemeinschaft auffassen, können wir zusammenkommen und bewusst entscheiden, füreinander zu sorgen. Der Prozess beginnt, wenn wir erkennen, dass alles, was dich betrifft, auch mich betrifft.“

Inzwischen arbeitet Barter intensiv mit dem brasilianischen Justizministerium sowie dem Bildungsministerium zusammen. Unterstützt von UNDP, UNESCO und dem

Sekretariat für Menschenrechte, investiert das Justizministerium nach den ersten Erfahrungen in sämtliche Pilotprojekte Barthers. Er gibt Schulungen für Sozialarbeiter und bietet Supervision an. Der Barther'sche Ansatz lässt sich auch auf andere Gebieten übernehmen, wie bei Vereinen, NGOs und der Geschäftswelt.

Dominic Barter: „Was mich am meisten an dieser Arbeit berührt, ist, wie sich die Sichtweise der Menschen aufeinander ändert. Die Vorstellung der andere Mensch sei ein Monster, mit dem man unmöglich in Frieden zusammenleben kann, wandelt sich und die Menschlichkeit des anderen wird sichtbar. Die Teilnehmer im Kreis entdecken, dass sie grundlegende menschliche Qualitäten gemeinsam haben. Tatsächlich erfahren sie eine Verbindung zu fundamentalen Werten des Lebens. Damit beginnt eine neue partnerschaftliche Zusammenarbeit zum Aufbau einer besseren sozialen Gemeinschaft. Diesen Prozess zu beobachten, ist das Wertvollste für mich. Es lehrt mich so vieles für mein eigenes Leben.“

Dieser Workshop bietet eine erlebnisbasierte Einführung in die Prinzipien des Konfliktverwandlungsprozesses nach Dominic Barter. Erste Erfahrungen werden gemacht, wie statt Bestrafung und Abschreckung, statt Genugtuung und Groll aus einem Konflikt Heilung entstehen kann für alle Beteiligten.

Sonderveranstaltung Wege zu nachhaltiger (Gewalt)prävention. Vom theoretischen Konzept zur kommunalen Netzwerkarbeit

Dienstag, 13. Mai 2014 - 12:30 bis 15:00 Uhr

1. Konzeptuelle Verortung der Projekte und der Veranstaltung
 2. Diskussion: Anforderungen & Realitäten gegenwärtiger Gewaltprävention – sieben Thesen nach Marks (2012)
- Pause
3. Vorstellung Projekt „EinSicht- Marburg gegen Gewalt“
 4. Vorstellung Projekt „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“
 5. Gegenüberstellung der Projekte – Arbeitsschritte&Rollen
 6. Zusammenfassung/Gesamtdiskussion: Fallstricke, Gelingensfaktoren und Grenzen

Referenten:

Michael Breitschwerdt

Kooperationsnetzwerk zum Konzept MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule

Stephan Grün-Fischer

Ordnungsamt/Universitätsstadt Marburg

Regina Linda

Universitätsstadt Marburg

Prof. Dr. Dr. Friedrich Lösel

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

Waltraud Lorenz

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Johannes Maaser

Philipps-Universität

Prof. Dr. Ulrich Wagner

Philipps-Universität Marburg

Vertreterin des Staatlichen Schulamtes Perleberg

Kooperationsnetzwerk zum Konzept MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule

In der Theorie lassen sich Strukturen für effektive und nachhaltige Gewaltprävention vergleichsweise eindeutig definieren. Anti-Gewaltarbeit wirkt demnach dort am besten, wo sie auf lokaler Ebene zentral koordiniert wird – das haben internationale Forschungsergebnisse bestätigt. Ungeachtet der erwiesenen Vorzüge koordinierender Präventionsprogramme bedeutet deren praktische Umsetzung in politisch-organisatorische Strukturen jedoch oft eine große Herausforderung.¹

Zwei konkrete Versuche, theoretische Erkenntnisse und Konzepte in tatsächliche Präventionspraxis zu transformieren, sind in diesem Jahr auf dem Deutschen Präventionstag in einer gemeinsamen Sonderveranstaltung vertreten: „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule (EFFEKT / Anti-Bullying)“ aus Brandenburg sowie „EinSicht - Marburg gegen Gewalt.“ Die Projekte haben das Ziel, Gewaltprävention im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis zum Erfolg zu führen.

MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule zielt auf eine frühzeitig beginnende, aufeinander aufbauende Entwicklungsförderung und Gewaltprävention unter zwei Perspektiven: einer komplexen Verknüpfung evidenzbasierter Programme mit der Organisationsentwicklung anwendender Einrichtungen, deren Vorschriften und Erfahrungen sowie einer sensiblen Koordination der Vernetzung notwendiger Partner unter Berücksichtigung von deren Verantwortung und Ressourcen. Anknüpfend an die beim 13. DPT vorgestellten ersten Aspekte kann nunmehr konstatiert werden, dass ein komplexes Präventionsvorhaben nicht von einem Landkreis oder gar einer Gemeinde allein geleistet werden kann. In der kongressbegleitenden Ausstellung zu MIT-EIN-ANDER werden Konzept als auch Kooperationspartner vertieft vorgestellt.

¹ Menschen erlernen aggressives, gewalttätiges Verhalten in ihrem sozialen Umfeld und den Lebenswelten, die sie unmittelbar erfahren. Aus diesem Wissen um die gesellschaftlichen Dimensionen der Entstehungsbedingungen von Gewalt lässt sich ableiten, dass auch die Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliches Projekt verstanden werden sollte.

Das Projekt „EinSicht - Marburg gegen Gewalt“ folgt einem Bottom-Up-Ansatz und richtet sich (potenziell) an alle Stellen, die im Bereich Gewaltprävention tätig und/oder von Gewalt betroffen sind. Städtische und staatliche Akteure sind damit ebenso einbezogen wie zivilgesellschaftliche Organisationen oder betroffene und engagierte Einzelpersonen. Durch das Aufdecken von Lücken im bestehenden Angebot und den Ausbau inhaltlicher Abstimmung sollen Synergien zwischen unterschiedlichen Präventionsansätzen innerhalb der Stadt Marburg geschaffen werden. Prävention, Intervention und Repression werden dabei nicht konkurrierend, sondern als sich ergänzende Elemente verstanden. Genauso verhält es sich mit primären, sekundären oder tertiären Maßnahmen. Sog. „Gewaltkarrieren“ frühzeitig zu verhindern oder zu durchbrechen ist eines der Kernziele des Projekts.

In der Sonderveranstaltung wird dargestellt, wie zwei Projekte mit unterschiedlichen Ansatzpunkten und institutionellen Zugängen „Networking“ bzw. die Anregung ergebnisorientierter Kommunikation als Aspekt nachhaltiger Gewaltprävention verstehen und nutzen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede sollen gezeigt, Gelingensfaktoren und Grenzen der Arbeitsweise gemeinsam mit dem Auditorium diskutiert werden.

Abschlussplenum

13. Mai 2014 von 15:15 bis 16:15 Uhr
Stadthalle Karlsruhe - Schwarzwaldhalle



*„Karlsruher Erklärung“
des Deutschen Präventionstages*
Dr. Wiebke Steffen
Gutachterin des Deutschen Präventionstages



Abschluss-Statement
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Kongresspräsident und Vorsitzender der
Deutschen Stiftung für Verbrechensver-
hütung und Straffälligenhilfe



*Big Data - Chancen und Risiken in der
Prävention*
Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger
University of Oxford



Ausblick und Verabschiedung
Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages

Künstlerische Beiträge:

Polizeimusikkorps Karlsruhe



Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger

University of Oxford

Viktor Mayer-Schönberger

ist Professor für Internet Governance an der Universität Oxford. Davor war er ua ein Jahrzehnt lang Professor an der Universität Harvard. Er beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Informationsnetze. Er ist Co-Autor des in über zwanzig Sprachen übersetzten internationalen Bestsellers "Big Data" und Autor des mehrfach preisgekrönten Buches "Delete: Die Tugend des Vergessens in digitalen Zeiten". Vor seiner akademischen Karriere war er erfolgreicher Jungunternehmen in Österreich, und gründete unter anderem Ikarus Software. Er berät internationale Organisationen, Unternehmen und Regierungen in Fragen der Informationsgesellschaft.

Big Data - Chancen und Risiken in der Prävention

“Big Data” verspricht uns nicht nur neue Einsichten in die Wirklichkeit, sondern auch bessere Vorhersage. Was aber ist das Besondere an Big Data, gerade im Hinblick auf die Prävention, wo liegen die Stärken und wo liegen die Grenzen? Welche gesellschaftliche, aber auch rechtliche Rahmenbedingungen benötigen wir für den sinnvollen und nachhaltigen Einsatz? In welcher Welt von “Big Data” werden wir uns wiederfinden, und was bedeutet das für die Prävention? Auf diese und ähnliche Fragen gibt dieser Vortrag Antworten, illustriert mit konkreten praktischen Beispielen.

Projektspots

Im Format „Projektspots“ werden *Kurzvorträge* von 10 bis 15 Minuten Dauer zu allen Themen der Prävention angeboten.

Im Anschluss an die jeweiligen Projektspots ist keine Diskussionszeit im Saal vorgesehen. Interessierte Teilnehmende jedoch haben die Möglichkeit, sich mit der Referentin / dem Referenten zur weiteren Diskussion im Foyer zu treffen.

Projektspots

Inhaltsverzeichnis zu den Projektspots

	Seite
JobFit: Prävention am Übergang von der Schule... Jan Schultheiß, Mirjam Laakmann	399
Wohnungseinbruch – akt. empirische Befunde Dr. Tillmann Bartsch, Arne Dreißigacker, Katharina Blauert	400
Gegen sexualisierte Gewalt im Sport! Elena Lamby	401
OPEN SPORT Ludwigshafen - Sozialraumorientier... Dr. Ohle Wrogemann, Stefan Streitl, Petra Oberbeck	402
Die Fankultur als Chance begreifen ... Gerd Wagner	403
Rechtsextrem orientierte Eltern (im Sport) ... Angelika Ribler	404
„Zwischen den Zeiten“- Kriminalprävention mit... Sven Enger, Manuela Weise	405
„Wir für uns“ - Peer-Learning und Gewaltprävention... Dr. Stefan Schanzenbächer	406
„Seniorensicherheit im ländlichen Raum“ Doreen Radelow	407
Mit dem Mörder meines Mannes reden? Wolfgang Schlupp-Hauck	408
Fachberatungsstelle Gewaltprävention ... Markus Beck	409
Das Kooperationsgremium „Für Lippe gegen... Regina Pramann	410

	Seite
Evaluation in der Jugendhilfe am Beispiel des... Dr. Kati Masuhr, Melanie Wehner	411
Facebook, wkw und Co. - Sicher unterwegs in... Stephan Stengel	412
Forschungen und Prävention der Polizeigewalt Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak, Dr. Anastasiia Lukash	413
GewaltFrei zum Erfolg – eine Präventions-... Jürgen Merwald, Dr. Kerstin Kern	414
GRENZBEREICHE – Theaterprojekt zur... Andrea Glück, Christa Wenzelburger	415
Hilfen für Kinder von Inhaftierten - Eltern-... Horst Belz	416
Ich, wir & die. Prävention menschenfeindliche... Regina Bossert	417
Bleib Cool am Pool – ein gewaltpräventives... Hartmuth Kurzhals	418
SaferSpaces – Wissenstransfer online für ... Daniel Brumund*	419
Evaluationsergebnisse - „Stopp der Jugend... Alexander Bähr, Rainer Hoffmann	420
Formen polizeilicher Kriminalprävention aus ... Christiane Howe	421
„Total ausgerastet“ - Gewalt an Schulen Wolfgang Welp-Eggert	422
Betrug durch türkische Call-Center – ... Frau Engmann	423

	Seite
Entschieden! - Zivilcourage jetzt Ulf Neumann	424
Aktion BOB – eine sechsjährige Erfolgsgesch... Dirk Brandau	425
Peers planen Prävention – Jugendforum ... Dr. Jakob Tetens, Dennis Blauert	426
BeSt KinGs – Bewegungsförderung und ... Shanta Ghosh-Broderius	427
Mehrfach straffällige Jugendliche im Fokus ... Jana Meier	428
Ich kann, was ich will und ich will, dass ich... Christine Spies	429
Das soziale Umfeld im Täter-Opfer-Ausgleich ... Andrea Bruhn	430
SEL 5+6 - Trainingsprogramm zum sozial-... Dr. Michael Bleicher, Andreas Rapp	431
Aktive Teens – ein Schüler-Mentoren-Programm ... Cornelia Christiansen, Gerd Frick	432
Opfer und Täter im Gespräch – Gesprächsgruppe... Irmela Abrell	433
Angebote zur Alkoholprävention im öffentlich... Karin-Anne Böttcher	434
Zur Theorie, Praxis, Steuerung schulischer ... Jutta Wedemann	435
Schutzengel-Projekt Pforzheim-Enzkreis Jochen Merkle	436

	Seite
KomPass – Kompetenzportal zur Prävention ... Nadine Nagel	437
Senioren-sicherheitsberater der Stadt Leipzig Karsten Lauber	438
Zonta sagt NEIN zu Gewalt an Frauen und ... Dr. Elke Persohn	439
Informieren. Agieren. Vorbeugen... Antje Kleuker, Walter Liedtke*	440
Prävention braucht...Kommunikation Helmut Dirschner, Sylvia Kolbe*	441
Netzwerk Prävention Ostalbkreis Helmut Sailer, Berthold Weiß	442
Mobile Jugendarbeit – Prävention auf Umwegen... Clemens Beisel, Uwe Buchholz	443
Medienpaket Heimspiel – Ein Projekt von... Manuel Kaus	444
Open Air in Cannabis - Drogenprävention an... Jürgen Hedderich, Diana Schubert, Tanja Schwarzer	445
Amok an Schulen – Ein neuer interdisziplinäre... Mario Schu	446
Pilotversuch: Bewährungsmodell mit Alkohol-... Klaus Robatsch	447
Mobbingfreie Schule – Gemeinsam Klasse sein! Viktoria Darkashly	448
Implementierung von Prävention gegen... Uli Gilles	449

	Seite
Kriminologische Erkenntnisse über die Konsum... Susanne Linz	450
stark.stärker.WIR. Prävention an Schulen in ... Karl Häberle, Viola Orschel	451
Onlinebefragung von Jugendl. zu Gewalt im ... Dr. Stefan Jeck	452
Onlinepräsenz von Beratungsstellen gegen ... Dr. Miriam Damrow	453
Haus des Jugendrechts - „Pforzheimer Modell“ Thomas Hoffmann	454
Pikita: Ein Projekt zur Prävention von ... Henrike Krüsmann	455
Präventionskooperationen in ländlich geprägte... Zara-Marlene Helms, Wiebke Janßen, Walter Sieveke Prof. Dr. Yvette Völschow	456
Projekt „Keine Gewalt- und Sexualstraftaten ... Anna Beckers	457
Qualifizierung für junge Strafgefangene mit ... Robert Heidrich, Jutta Hoffmann, Mario Watz	458
Ist ein Nationales Suizidpräventionsprogramm ... Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke	459
Roter Faden Prävention – eine Handreichung ... Karl Häberle	460
Schulische Gewaltprävention - Das Elmshorner ... Dennis Blauert, Dr. Jakob Tetens	461

	Seite
Internet und Facebook in der kriminal... Frank Goldberg	462
Ungehorsam? - Arrest! Gründe für den ... Carina Seidl	463
Warnsignale häuslicher Gewalt - Kennenlernen ... Birgitta Rennefeld, Gabriele van Stephaudt	464
Wendepunkte in kriminellen Karrieren? Maria Walsh	465
Prävention von tödlicher Gewalt gegen Kinder ... Rainer Becker	466
Von wegen Elfenbeinturm! Chancen webbasierter... Dr. Janine Neuhaus	467
Therapie im Rahmen von Bewährungsauflagen Michaela Stiegler	468
Projekt RAUS - Alphabetisierung von ... Tim Henning, Tim Tjettmers	469
Schule-Polizei-Kooperationen: Synergie oder ... Pina Keller, Dr. Janine Neuhaus	470
Radikalisierungsprozesse von Gewalt im Blick... Nils Böckler, Lina-Maraïke Nitz, , Viktoria Roth Prof. Dr. Andreas Zick	471
STEP – Systematische Qualitätssicherung in ... Christine Mayer-Brandt	472
Praxisbericht: Die kriminalpräventive NRW-... Uwe Grohmann, Christel Matysiak, Heike Pohlmann, Jörg Konrad Unkrig,	473

	Seite
Wie gelingt Kommunale Kriminalprävention? Ingolf Grunwald, Ulrike Jensen	474
Wir geben der Jugend eine Chance ... Leo Keidel	475
Ehrenamtliche Bewährungshilfe bei Neustart Tina Riede	476
Strategien und Erfolgsfaktoren der „Lokalen...“ Sabine Lang	477
Prävention und Nachhaltigkeit Helmolt Rademacher, Christian Wild	478

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

JobFit: Prävention am Übergang von der Schule in den Beruf

Mirjam Laakmann und Jan Schultheiß, Universität Bremen

Das JobFit-Training ist ein schulbasiertes Präventionsprogramm, das an der Universität Bremen entwickelt wurde. Es besteht aus zehn Einheiten, die wöchentlich stattfinden, und richtet sich an Jugendliche ab der achten Klasse, die kurz vor ersten Berufspraktika oder dem Einstieg ins Ausbildungs- und Berufsleben stehen. Es wird von der Grünen Liste Prävention auf der Liste der besonders empfehlenswerten Präventionsprogramme geführt. Nähere Informationen finden sich auf www.jobfit.uni-bremen.de.

Die wissenschaftliche Fundierung und Standardisierung, die mit einem manualisierten Trainingsprogramm einhergehen, erlauben eine wissenschaftliche Evaluation des Trainings. Das Training wurde unter Koordination der Universität Bremen seit 2011 an über 80 Schulklassen in Bremen und im Umland durchgeführt und parallel evaluiert.

Der Projektspot soll einen kurzen Einblick in das Training geben und die manchmal problematischen Aspekte der Verknüpfung von Praxis und Wissenschaft beleuchten. Hierzu werden nicht nur Ergebnisse der Studien zum Training präsentiert, sondern im Hinblick auf den Schwerpunkt des 19. Deutschen Präventionstages speziell die Problematik der wissenschaftlichen Begleitung von Präventionsarbeit erörtert.

Kontakt:

ZKPR Universität Bremen

Grazer Str. 6

28359 Bremen

Tel.: 0421-21868641

E-Mail: jansch@uni-bremen.de

Webseite: <http://www.zkpr.uni-bremen.de/>

Wohnungseinbruch – akt. empirische Befunde

Dr. Tillmann Bartsch, Arne Dreißigacker, Katharina Blauert, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen

Der Vortrag greift das derzeit angesichts stetig steigender Fallzahlen viel diskutierte Thema „Wohnungseinbruch“ auf und knüpft inhaltlich an den Projektspot „Vergleichende kriminologische Regionalanalyse des Wohnungseinbruchs“ auf dem letzten Deutschen Präventionstag an. Bereits damals wurden Ziele und Inhalte einer derzeit am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) durchgeführten Studie zum Wohnungseinbruch vorgestellt. Nunmehr werden erstmalig Ergebnisse aus dieser in fünf deutschen Großstädten durchgeführten Aktenanalyse und Opferbefragung präsentiert. Den Ausgangspunkt dafür bilden eine überblicksartige Zusammenstellung bisheriger Forschungsarbeiten zu Tat, Tätern, Präventionsmöglichkeiten und Folgen eines Einbruchs einerseits sowie eine zusammenfassende Darstellung der hierzu vorliegenden Erkenntnisse aus amtlichen Kriminalstatistiken andererseits. Die hieraus resultierenden offenen Fragen zu den von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen, den bundesweit niedrigen Aufklärungs- und Verurteilungsquoten, den Erfolgen bundesweiter und regionaler Präventionsprojekte und den Folgen eines Wohnungseinbruchs für die Betroffenen sollen sodann mit den Ergebnissen des KFN-Forschungsprojektes konfrontiert und bestenfalls beantwortet werden. Abschließend wird ein Ausblick über den Fortgang der dem Präventionsgedanken verpflichteten KFN-Studie gegeben.

Kontakt:

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
Lützerodestr. 9
30161 Hannover
E-Mail: tillmann.bartsch@kfn.de
Webseite: <http://www.kfn.de>

Gegen sexualisierte Gewalt im Sport!

Elena Lamby, Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Der organisierte Sport bietet mit seiner großen Angebotsvielfalt Kindern und Jugendlichen viele Möglichkeiten, sich auszuprobieren und dadurch ihre eigenen Talente und Leidenschaften zu entdecken. Ihre Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbehauptungskompetenz wird durch viele ehrenamtlich Tätige in Sportvereinen gefördert. Die im Sport entstehende Nähe und Bindung kann jedoch missbraucht werden und birgt dann die Gefahr sexualisierter Übergriffe gegenüber Kindern und Jugendlichen. Um dem aktiv entgegen zu wirken, setzt sich die Deutsche Sportjugend (dsj) für das Recht auf gewaltfreies Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ein. Gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und ihren Mitgliedsorganisationen hat die dsj Materialien entwickelt, die Sportverbände und -vereine bei der Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen aber auch Erwachsenen unterstützen. Ziel der Aktivitäten gegen sexualisierte Gewalt im Sport ist es, eine Kultur der Aufmerksamkeit zu fördern, die Beschwerden zulässt und sexualisierte Gewalt enttabuisiert.

Im Projektspot wird aufgezeigt, weshalb sexualisierte Gewalt ein Thema für den organisierten Sport ist und welche Instrumente der Prävention und Intervention ein Sportverein umsetzen kann.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
E-Mail: lamby@dsj.de
Webseite: <http://www.dsj.de/kinderschutz>

**OPEN SPORT Ludwigshafen - Sozial-
raumorientiert für gefährdete Jugendliche**

Petra Oberbeck, Sportjugend Rheinland-Pfalz
Dr. Stefan Streitl, Pfälzischer Verein für Straffälligenhilfe e. V.
Ohle Wrogemann, Sportjugend Rheinland-Pfalz

Die gesellschaftlichen Anforderungen sind für die 14-18-jährige Zielgruppe, die im Straßenbild von Ludwigshafen auffällig geworden ist, enorm hoch. Es mangelt ihnen nicht nur an positivem Sozialverhalten, sondern auch an Fähigkeiten, sich selbst vor gefährdeten Einflüssen zu schützen. Viele Kompetenzen müssen mühsam erlernt werden. Eine gelingende berufliche Integration sowie eine gesellschaftliche Teilhabe kann den Mädchen und Jungen, meist mit Migrationsbiografie, nicht prognostiziert werden. OPEN SPORT LU bietet einen erfolgreichen nachhaltigen Ansatz, der zeitnah, gruppengenau und kostengünstig auf andere Orte übertragbar ist. Vorhandene Kompetenzen von Personen und Institutionen sind vernetzt. Sozialpädagogisches Fachpersonal und ehrenamtlich Engagierte ergänzen sich. Bewegung und Sport werden als Medien genutzt, um den Jugendlichen, unabhängig von den vorgegebenen Angeboten der Jugendhilfe und des organisierten Sports, die Möglichkeit zu geben, selbst- und mitbestimmend psychosoziale Ressourcen/Soft Skills wie Empathie, Selbstwirksamkeit, Kritik-, Konflikt-, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit, zu entwickeln und verbessern. Mit gezielter Ansprache werden benachteiligte und ausgegrenzte Jugendliche erreicht, zu denen der Zugang verloren gegangen ist. Zur Verbesserung ihrer Chancengleichheit und sozialen Eingliederung findet der Aufbau einer Selbsthilfe statt.

Kontakt:

Sportjugend Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1
55116 Mainz
Tel.: 06131-2814 358
Fax.: 06131-23 67 46
E-Mail: wrogemann@sportjugend.de
Webseite: <http://www.sportjugend.de>

Die Fankultur als Chance begreifen – die präventive Arbeit der sozialpädagogischen Fanprojekte

Gerd Wagner, Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Die Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der dsj wurde 1993 eingerichtet, um die Arbeit der Fanprojekte inhaltlich zu begleiten, zu koordinieren und bei der Einrichtung weiterer Projekte mitzuwirken. Derzeit werden an 50 Standorten in Deutschland 55 Fanszenen betreut.

Sozialpädagogisch orientierte Fanarbeit basiert auf der Erkenntnis, dass gewalttätigem Verhalten jugendlicher Fußballfans nicht allein mit repressiven Maßnahmen begegnet werden kann. Die Arbeit der Fanprojekte orientiert sich an der Lebenswelt der Fans, bietet alternative Freizeit- und Bildungsangebote an, um durch Stärkung einer kreativen Fankultur der Gewaltbereitschaft und extremistischen Einstellungen vorzubeugen. Gerade dafür ist die Vernetzung der Fanprojekte mit weiteren Einrichtungen der Jugendhilfe und anderen Akteuren außerhalb des Fußballs von großer Bedeutung.

Ziel des Projektspots ist es, anhand von Beispielen aus der praktischen Arbeit (Lernzentrum, Antidiskriminierungsarbeit) die Wirkung der pädagogischen Arbeit der Fanprojekte und deren Beitrag für das demokratische Gemeinwesen zu verdeutlichen.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Otto-Fleck-Schneise 12

60528 Frankfurt am Main

E-Mail: wagner@dsj.de

Webseite: <http://www.kos-fanprojekte.de>

Rechtsextrem orientierte Eltern (im Sport) – eine Form der Kindeswohlgefährdung

Angelika Ribler, Sportjugend Hessen

Ein Junge (7 Jahre) möchte Fußball in einem Verein spielen. Normalerweise kein Problem. Nicht so in einer hessischen Gemeinde, in der der Vater des Jungen ein so genanntes „Nationales Bildungszentrum“ aufgebaut hat. Hier werden Kaderschulungen durchgeführt. Der ganze Ort diskutiert, wie man mit den Kindern der rechtsextrem orientierten Eltern umgehen soll: einerseits könne man die Kinder nicht in Sippenhaft nehmen und müsse ihnen ein „normales“ Leben mit vielen alternativen Angeboten ermöglichen. Andererseits wolle man die Eltern nicht einfach als normale „Fußball-Eltern“ im Verein integrieren. In der Mannschaft wird der Junge von seinen Mitspielern abgelehnt – er selbst spricht andere Kinder bereits mit „Kameraden“ an.

In dem Projektspot soll anhand von Beratungsfällen aus dem Sport diskutiert werden, inwieweit Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder andere Bezugspersonen rechtsextreme bzw. rassistische Ideologien leben, in ihrem Aufwachsen gefährdet sind. Welche (präventiven) Maßnahmen und Angebote erscheinen sinnvoll, um der Problematik des „Integrierens oder Ausschließens“ gestärkt begegnen zu können? Hierbei soll eine Verbindung zu dem Thema „Sexualisierte Gewalt“ hergestellt werden, das im organisierten Sport und in vielen anderen Institutionen im Kontext der Kindeswohlgefährdung eine große präventive Aufmerksamkeit erfährt – im Gegensatz zum Thema Rechtsextremismus.

Kontakt:

Sportjugend Hessen
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6789 401
Fax.: 069-69590175
E-Mail: ARibler@sportjugend-hessen.de
Webseite: <http://www.sportjugend-hessen.de>

„Zwischen den Zeiten“- Kriminalprävention mit jungen Volljährigen - Projekt „Arbeitsweg“

Sven Enger, Sächsische Jugendstiftung
Manuela Weise, Landeshauptstadt Dresden

Der „Arbeitsweg“ ist ein Projekt für Heranwachsende, die im Kontext einer Jugendstraftat Weisungen und Auflagen erfüllen sollen oder sich auf eine Verhandlung vorbereiten. Ihnen bietet die Sächsische Jugendstiftung die Möglichkeit bis zu 60 Stunden in kompakter Form abzuleisten und gleichzeitig im Rahmen eines speziellen sozialen Trainingskurses an Lebenskompetenzen zu arbeiten. Hierzu begeben sich begleitete Gruppen auf eine 5 tägige Pilgerreise entlang der „VIA REGIA“. Bei diesen bis zu 80 km langen Fußmärschen wird in Herbergen unterschiedlichster Art gearbeitet und übernachtet. Gerade die Monotonie des stundenlangen Gehens und einfacher körperlichen Arbeiten erwies sich als gut geeignet, individuelle Ausgangspunkte für straffälliges Verhalten zu reflektieren. Die vorübergehende Herausnahme der Teilnehmer aus ihren sonstigen Lebensumständen und ein verpflichtendes Bildungsangebot, welches sich an den Dilemmata-Diskussionen nach Laurence Kohlberg orientiert, kann dieses Nachdenken noch befördern. Hauptzielsetzung des Programms ist, das während des Pilgerns erlangte Wissen in den Alltag der Heranwachsenden zu übertragen, um kriminalpräventive Handlungsalternativen zu entwickeln. Der „Arbeitsweg“ ist Teil des landesweiten Programms „Zwischen den Zeiten“ der Sächsischen Jugendstiftung und wurde vom Jugendamt/JGH der Landeshauptstadt Dresden mitinitiiert.

Kontakt:

Sächsische Jugendstiftung

Weißeritzstraße 3

01067 Dresden

Tel.: 0163-9714381

Fax.: 0351-8212247

E-Mail: svenenger@web.de

Webseite: <http://www.saechsische-jugendstiftung.de>

**„Wir für uns“ - Peer-Learning und
Gewaltprävention an der Schule**

Dr. Stefan Schanzenbächer, Caritasverband für das
Erzbistum Berlin e.V.

Das vorliegende Programm „Wir für uns – Eine Schule mit Identität ist eine Schule mit Zukunft“ stellt ein bereits erfolgreich erprobtes Projekt für Schulen vor, das Peer-Learning und Methoden der Gewaltprävention zu einem ganzheitlichen Konzept einer Schulentwicklung verbindet („Schulentwicklung ist die beste Gewaltprävention“). Am Ende steht eine Schule mit einem neuen Wir-Gefühl. Es ist ein Beispiel dafür, was Kinder zu leisten in der Lage sind. Es wird seit einigen Jahren in der Grundschule Schwärzeseesee in einem sozialen Brennpunkt in Eberswalde (bei Berlin) modellhaft erprobt und Elemente davon auch an anderen Schulen im Land Brandenburg umgesetzt. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt des Projektes Boxenstopp des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. und des Kontaktlandes Eberswalde der Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg und der Schule. Der Vortrag stellt einerseits unter dem Aspekt der Praxis das Programm vor und gibt praktische Anregungen für die Einführung von Peer-Learning unter den Kindern, zur Durchführung von Maßnahmen zur Demokratieentwicklung und Partizipation, für den Unterricht und zur Gewaltprävention an Schulen. Andererseits werfen wir einen Blick auf die Forschung und stellen die Ergebnisse der Evaluation des Programmes vor, die die Uni Potsdam (Prof. Wilfried Schubarth) in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt hat.

Kontakt:

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Residenzstraße 90

13409 Berlin

Tel.: 0151-12629512

Fax.: 030-666331032

E-Mail: schanzenbaecher@boxenstopp.org

Webseite: <http://www.boxenstopp.org>

„Senioren-sicherheit im ländlichen Raum“

Doreen Radelow, Landkreis Ludwigslust-Parchim

Dieses Projekt wurde bereits 2012 durch den Kriminalitätspräventionsrat des Landkreises mit Unterstützung des Landesrates für Kriminalitätsvermeidung M-V als Modellprojekt entwickelt und ins Leben gerufen. Dabei leisteten die Präventionsberater der Polizei und Vertreter des Kreissenorenbeirates wertvolle Unterstützung. Der Idee für das Projekt liegt inne, dass aus verschiedenen Gründen - demografischer Wandel, Einschränkung der Mobilität - Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum zunehmend nicht mehr mit herkömmlichen Informationsmitteln erreichbar sind. Dennoch ist gerade hier Aufklärung zur Vermeidung von Straftaten notwendig. Folglich ist Ziel des Projektes, neue Wege zu finden, um Seniorinnen und Senioren, die nicht regelmäßig an Informationsveranstaltungen, beispielsweise der örtlichen Seniorenbeiräte, teilnehmen können, über bestehende Gefahren und über Vorsichtsmaßnahmen zur eigenen Sicherheit zu informieren. Es ist gelungen für unser Projekt unter anderem mobile Kooperationspartner, die regelmäßig in den Dörfern des Landkreises unterwegs sind, zu gewinnen. Es werden jedoch nicht nur senioren-gerechte Flyer mit Tipps, Hinweisen und Notrufnummern verteilt, um die Seniorinnen und Senioren über Gefahren zu informieren und so zu vermeiden, dass sie Opfer von miesen Trickbetrügern werden. Ganz wichtig ist auch das persönliche Gespräch zwischen Verkäufern und Senioren.

Kontakt:

Landkreis Ludwigslust-Parchim / Kriminalitätspräventionsrat
Putlitzer Straße 25
19370 Parchim
Tel.: 03871-722223
E-Mail: radelow@ludwigslust.de
Webseite: <http://www.kreis-swm.de>

Mit dem Mörder meines Mannes reden?

Wolfgang Schlupp-Hauck, Projekt TOA im
Justizvollzug - LAG TOA Baden-Württemberg

Das Justizministerium Baden-Württemberg hat mit dem Projekt TOA im Justizvollzug die Möglichkeit geschaffen, dass auch bei schwersten Straftaten während der Strafhaft zwischen den inhaftierten Tätern und den Opfern bzw. deren Angehörigen einen durch Mediatoren begleiteten Kommunikationsprozess zu ermöglichen. Antworten auf Fragen können gesucht werden, Absprachen für die Zeit nach der Haftentlassung getroffen werden, Wiedergutmachung soweit möglich vereinbart werden.

Die ersten Erfahrungen aus dem Projekt und den bis dahin geführten Gesprächen sollen in dem Projektspot vorgestellt werden.

Kontakt:

Projekt TOA im Justizvollzug - LAG TOA Baden-
Württemberg
Wilhelmstr. 3
70182 Stuttgart
Tel.: 0711-21655382
E-Mail: info@toa-bw.de
Webseite: <http://www.toa-bw.de>

Fachberatungsstelle Gewaltprävention – ein Modell für die Zukunft

Markus Beck, Sozialberatung Stuttgart e.V.

Die Fachberatungsstelle Gewaltprävention der Sozialberatung Stuttgart e.V. besteht in ihrer jetzigen Form seit 2012.

Aus unseren Erfahrungen in der Täterarbeit entwickelte sich die Idee, einer allgemein zugänglichen Fachstelle, die Kompetenz und das Expertenwissen zum Thema Gewalt bereitstellt bzw. bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Wir zeigen Ihnen die Möglichkeiten und den Nutzen der Beratungsstelle auf sowie die große Bedeutung von Netzwerken und Kooperationspartnern.

Rahmenbedingungen und Grundlagen zur Betreibung einer Fachberatungsstelle werden in einem kritischen Diskurs erörtert.

Die Fachberatungsstelle Gewaltprävention der Sozialberatung Stuttgart e.V. ist mit ihrem ganzheitlichen Ansatz in dieser Form bisher einzigartig.

Die präventiven und täterorientierten Arbeitsansätze verdeutlichen dies eindrucksvoll.

Kontakt:

Sozialberatung Stuttgart e.V.

Charlottenstr. 42

70182 Stuttgart

Tel.: 0711 945 58 53 10

Fax.: 0711 945 58 53 33

E-Mail: gewaltpraevention@sozialberatung-stuttgart.de

Webseite: www.sozialberatung-stuttgart.de

Das Kooperationsgremium „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“ – ein Beispiel für interdisziplinäre Zusammenarbeit bei Intervention und Prävention

Regina Pramann, Kreis Lippe

Das Kooperationsgremium „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“ hat sich 2002 nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes gegründet.

An diesem Runden Tisch sitzen und arbeiten alle Institutionen im Kreis Lippe zusammen, die mit dem Thema zu tun haben, so die Polizei, Frauenhaus, Frauenberatung, andere Beratungsstellen, Justiz, Jugendämter, Ärztekammer, Gleichstellungsstellen etc..

Das Kooperationsgremium hat Standards zum Umgang mit häuslicher Gewalt für Betroffene und die beteiligten Institutionen erstellt und führt neben aktuellen Projekten ein jährliches Controlling der Standards durch. Derzeit ist ein Projekt zur Schulung der medizinischen Fachangestellten in Arztpraxen in der Vorbereitung.

Diverse zielgruppenspezifische Publikationen liegen vor.

Die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Detmold und des Kreises Lippe leisten die Geschäftsführung des Kooperationsgremiums.

Kontakt:

Kreis Lippe
Felix-Fechenbachstr. 5
32756 Detmold
E-Mail: r.pramann@kreis-lippe.de

Evaluation in der Jugendhilfe am Beispiel des Projekts „Dresdner Neuanfang“

Dr. Kati Masuhr, Verein für soziale Rechtspflege
Dresden e.V.

Melanie Wehner, Landeshauptstadt Dresden

Übergeordnetes Ziel des Projekts „Dresdner Neuanfang“ ist die Verhinderung wiederholter Straffälligkeit der nach Dresden entlassenen Jugendlichen und Heranwachsenden. Hierzu zielt das Projekt darauf ab, den Übergang von Haft in die Freiheit von straffällig gewordenen jungen Menschen durch Vorbereitungen in der Haft zu optimieren, eine Grund-sicherung zu schaffen und wichtige Themen der Reintegration anzustoßen. Die innerhalb des Projekts geschlossenen Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Institutionen und Behörden liefern die strukturellen Voraussetzungen für eine optimale Begleitung. Auf der praktischen Ebene werden jugendliche Inhaftierte vor, während und nach der Haftentlassung von einem von der Jugendgerichtshilfe beauftragten Entlassungsbegleiter betreut. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass die Jugendlichen vor allem bei der Vorbereitung auf die Haftentlassung und der Sicherung des Lebensunterhaltes sehr gut unterstützt werden können. Bei entsprechendem Bedarf von Seiten der Jugendlichen können innerhalb der Entlassungsbegleitung weitere wichtige Themen der Reintegration gemeinsam angestoßen und bearbeitet werden, z. B. die Aufnahme einer Beschäftigung. Die Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen wird von den Entlassungsbegleitern als überwiegend erfolgreich eingeschätzt. Damit werden mit dem Projekt die gesetzten Ziele mehrheitlich erreicht.

Kontakt:

Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V.

Karlsruher Straße 36

01189 Dresden

Tel.: 0351-4020824

E-Mail: evadna@vsr-dresden.de

Webseite: <http://www.vsr-dresden.de>

Facebook, wkw und Co. - Sicher unterwegs in Sozialen Netzwerken

Stephan Stengel, Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz

Soziale Netzwerke spielen in der Kommunikation und Freizeitgestaltung gerade von Jugendlichen eine bedeutsame Rolle. Sie dienen als wichtige Plattformen für den persönlichen Austausch, aber auch für die Darstellung der eigenen Identität und die Pflege von Beziehungen. Im Rahmen des Vortrags sollen Antworten auf die Frage gegeben werden, was Soziale Netzwerke vor allem für Jugendliche so anziehend macht, welche positiven und negativen Aspekte die Nutzung von Facebook und Co. haben kann und welche Maßnahmen für ein Mehr an Sicherheit in Sozialen Netzwerken sorgen. Anhand aktueller und praktischer Beispiele werden gelungene und problematische Formen der Selbstdarstellung in Sozialen Netzwerken aufgezeigt und die Hilfestellungen und Materialien vorgestellt, die klicksafe für die Bildungsarbeit in diesem Themenfeld für die polizeiliche Präventionsarbeit anzubieten hat.

Kontakt:

EU-Initiative klicksafe / Landeszentrale für Medien und Kommunikation
Turmstraße 10
67059 Ludwigshafen
E-Mail: stengel@lmk-online.de

Forschungen und Prävention der Polizeigewalt

Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak, Nationa Meeresuniversität in Odessa, Ukraine

Dr. Anastasiia Lukash, Universität Zürich und St. Gallen

Die Forschung wurde mit Hilfe von Fragebögen durchgeführt, die auf die Klärung der Einstellung der Bevölkerung zur Miliz gerichtet ist. In diesem Zusammenhang fand auch eine Erörterung verschiedener (Gewalt-)Szenarien mit Militärs statt. Ziel der Diskussion war, herauszufinden, welche Begründungen für Gewaltanwendung Beamte je nach persönlichem und kulturellem Hintergrund gaben.

Die Ergebnisse belegen, dass ein großer Anteil der Bevölkerung mit der Arbeit der Miliz unzufrieden ist, und zwar mit dem Umgang mit Opfern von Verbrechen, sowie vom Fehlen der notwendigen positiven Veränderungen bei der Arbeit, von einem beispiellos niedrigen Vertrauensniveau. Zur widergesetzlichen Gewaltanwendung trägt die Orientierung der Mitarbeiter der Miliz vor allem auf den Kampf gegen die Kriminalität bei. Die Arbeit mit der Bevölkerung dient vorzugsweise dem Sammeln operativer Informationen und der geheimen Kontrolle von Rechtsbrechern, nicht aber dem Schutz der Rechte von Bürgern. Die neue Strafprozessordnung der Ukraine (gilt seit November 2012) beschränkt die widergesetzliche Gewaltanwendung mittels der Senkung von Faktoren, die dazu beitragen. Die Zahl der Verhaftungen und der Durchsuchungen ist auf 30 %, die Zahl der Anträge auf Arrest ist auf 45 % verringert.

Kontakt:

Nationa Meeresuniversität in Odessa, Ukraine

Metschnikovastrasse 34

65029 Odessa

Tel.: 0038-0673655455

E-Mail: g.moshak@ukrpost.ua

Webseite: <http://uidree.org.ua>

Gewaltfrei zum Erfolg – eine Präventions-Initiative für Kinder und Eltern in der Grundschule

Dr. Kerstin Kern, Gesamt-Eltern-Beirat der Schulen von Schwäbisch Hall
Jürgen Merwald, Polizeipräsidium Aalen

Das Projekt soll die Schulen in Ihrem Bemühen um einen gewaltfreien Umgang von Eltern, Schülern und Lehrern unterstützen. Mit einem Elternabend in der ersten Klasse, Fragebogen, Elterninterviews, gemeinsamen Workshops und weiteren Aktionen in den folgenden Klassenstufen sollen sich Kinder und Eltern mit den Themen Gewalt und Medienkonsum auseinandersetzen.

In dem Projekt wird großer Wert auf eine Beteiligung aller Eltern, vor allem auch der Migranteneltern, gelegt. Zusammen mit Schulen und Elternvertretern wollen die Projektmitglieder - teilweise selbst mit Migrationshintergrund - sonst eher unbeteiligte Eltern zur Teilnahme animieren. Die Eltern werden bereits kurz nach der Einschulung der Erstklässler darauf aufmerksam gemacht, dass die Kinder beim Umgang mit den Medien ihrer Begleitung bedürfen. In der zweiten Klasse sollen die Kinder und Eltern gemeinsam einen Fragebogen zu den Themen Medien und Gewalt bearbeiten, der in der Schule weiter besprochen werden kann. Ein Elternabend zum praktischen Umgang mit Computer und Internet soll optional angeboten werden. Gemeinsame Workshops in der dritten Klasse und weitere Formen der Beschäftigung mit den Themen sollen die Kinder möglichst frühzeitig und ohne strikte Verbote zu einem selbstverantwortlichen Umgang mit den Medien und einem gewaltfreien Verhalten hinführen.

Kontakt:

Polizeipräsidium Aalen, Prävention
Salinenstraße 12

74523 Schwäbisch Hall

Tel.: 0791-400320

Fax.: 0791-400335

E-Mail: juergen.merwald@polizei.bwl.de

GRENZBEREICHE – Theaterprojekt zur Prävention von sex. Übergriffen zwischen Teenagern

Andrea Glück, Polizeidirektion Ludwigsburg
Christa Wenzelburger, Silberdistel Ludwigsburg e.V.

GRENZBEREICHE ist ein Projekttag zur Prävention von sexuellen Übergriffen in Teenagerbeziehungen.

„Man konnte gut sehen, wie aus harmlosen Situationen Straftaten werden können.“ „Dass gezeigt wurde, wie man Probleme lösen kann“. „Alles war echt witzig, interessant und informativ“. „Sollte an Schulen Pflicht sein“. (Rückmeldungen von Schülern zum Projekttag).

Der Tag startet mit dem Theaterstück GRENZBEREICHE. Dabei geht es um die Geschichte eines Mädchens und eines Jungen, die sich näher kennenlernen wollen und sich für ein erstes Date verabreden. Beide sind neugierig auf das andere Geschlecht. Sie machen unterschiedliche Erfahrungen, kribbelig-spannende und schwierige. Es geht um Sehnsüchte nach Nähe und Intimität, um Unsicherheiten, Unklarheiten, Irritationen und Grenzverletzungen. Über allem steht das Ziel, dass beide eine gute Zeit miteinander verbringen. Im Stück gelingt das, da sie durch eine Moderation und durch die zuschauenden Schüler unterstützt werden. Eindrucksvoll ist der Auftritt einer Polizistin, die die Schüler über die rechtliche Lage informiert. Im Anschluss an die Theateraufführung wird das Stück mit Vertretern aus Beratungsstellen in geschlechtshomogenen Gruppen nachbesprochen. Dabei werden Fragen und Wünsche an das andere Geschlecht erarbeitet. Durch die strukturierte Methode gelingt ein sehr offener und wertvoller Austausch zwischen Mädchen und Jungen

Kontakt:

Silberdistel Ludwigsburg e.V.

Myliusstraße 2A

71638 Ludwigsburg

Tel.: 07141 / 688 71 90

Fax.: 07141 / 688 71 93

E-Mail: info@silberdistel-ludwigsburg.de

Webseite: <http://www.silberdistel-ludwigsburg.de>

Hilfen für Kinder von Inhaftierten - Eltern-Kind-Projekt-Chance

Horst Belz, Badischer Landesverband für soziale
Rechtspflege

Wissenschaftliche Untersuchungen in den USA ergaben, dass dort 50% aller Inhaftierten Kinder unter 18 Jahren haben; bei den weiblichen Gefangenen sind es sogar bis zu 80 Prozent. Die Inhaftierung eines Elternteils hat zum Teil gravierende Auswirkungen auf die Kinder: Neben Schlaflosigkeit, Depressivität und Schuldgefühlen kann es zu Bindungsstörungen kommen. Die Gefahr dieser Kinder selbst einmal straffällig zu werden, ist fünf Mal höher als bei Gleichaltrigen.

Um diesen Auswirkungen zu begegnen, wurden von der Universitätsklinik Ulm 56 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der freien Straffälligenhilfe geschult, damit sie den betroffenen Kindern die erforderlichen Hilfen anbieten können. Die Vereine und Verbände des Netzwerks Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg (Badischer Landesverband für soziale Rechtspflege, Der Paritätische, Verband für Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V.) bieten seit Mitte 2011 landesweit flächendeckend in 22 Einrichtungen Hilfen für diesen Personenkreis an. Das neue „Eltern-Kind-Projekt Chance“ wird finanziert durch die Landesstiftung Baden-Württemberg, Träger des Projekts ist der Verein Chance e.V., die wissenschaftliche Evaluation erfolgt ebenfalls durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie Ulm.

Im Vortrag werden das landesweit geltende Qualitätskonzept und die bisherigen, so völlig unerwarteten, Ergebnisse des Projekts vorgestellt.

Kontakt:

Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg
Hauptstr. 28
70563 Stuttgart-Vaihingen
Tel.: 07721-52060
Fax.: 07721-56020
E-Mail: horstbelz@web.de
Webseite: <http://www.nwsh-bw.de>

Ich, wir & die. Prävention menschenfeindlichen Denkens bei Jugendlichen

Regina Bossert, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Im Klassenzimmer spiegelt sich die Gesellschaft im Kleinen: Vielfalt ist Alltag – auch wenn der Alltag nicht ohne Konflikte bleibt. Konflikte entstehen unter anderem durch Weltbilder, die einfache Antworten auf komplizierte Lebenswirklichkeiten zu bieten scheinen. Ein Denken in Schwarz-Weiß-Mustern verspricht gerade Jugendlichen Halt, Orientierung und ein eindeutiges „Ich“ und „Wir“.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Prävention menschenverachtender Einstellungen in Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) an Bedeutung. Ziel der neuen Veranstaltungsreihe „Ich, wir & die“ ist es, Jugendliche zu einer Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Haltungen und Ideologien anzuregen und dabei auch nach den Ursachen zu fragen, die diese für ‚ganz normale‘ Jugendliche attraktiv machen können. So werden nicht politische und religiöse Extreme in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Jugendlichen und ihre Vorstellungen von sich und der Welt sind der Ausgangspunkt der pädagogischen Arbeit. Die Veranstaltungsreihe unterstützt Jugendliche dabei, sich mit ihren eigenen Denkmustern und Handlungsorientierungen auseinanderzusetzen. Die Referent_innen begegnen den Jugendlichen mit einer wertschätzenden und annehmenden Grundhaltung. Im geschützten Raum können auch problematische Einstellungen geäußert werden, die dann gemeinsam bearbeitet werden.

Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Stafflenbergstrasse 38
70184 Stuttgart
Tel.: 0711-16409981
E-Mail: regina.bossert@lpb.bwl.de
Webseite: <http://www.team-mex.de>

Bleib Cool am Pool – ein gewaltpräventives Konfliktlotsenprojekt in Berliner Bädern

Hartmuth Kurzhals, GSJ - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH

Im Sommer 2010 musste das Kreuzberger Sommerbad aufgrund von Gewaltvorfällen durch Polizeikräfte geräumt und einige Tage geschlossen werden. Die GSJ nahm diese Vorfälle zum Anlass, zusammen mit der Berliner Polizeidirektion 5, Stab 4, das gewaltpräventive Konfliktlotsenprojekt Bleib Cool am Pool (BCaP) zu entwickeln und den Berliner Bäderbetrieben vorzustellen: Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts u. Herkunft deeskalieren von jugendlichen Badbesuchern verursachte Pöbeleien u. Streitigkeiten im Vorfeld möglicher gewalttätiger Übergriffe im Kreuzberger u. dem nahegelegenen Neuköllner Sommerbad. Die Teilnehmer von BCaP werden jeweils mehrere Monate u.a. im Deeskalations- u. Kommunikationstraining, Rollenspielen, in 1. Hilfe, Schwimm- u. Fitnesstraining von den Projektpartnern - GSJ u. Polizei - geschult, bevor sie in den Bädern eingesetzt werden. Dort „patrouillieren“ die Konfliktlotsen in gemischten 3er-Teams durch die Bäder u. sorgen bei den Badbesuchern für ein Gefühl von friedlicher, gewaltfreier Atmosphäre. Die Konfliktlotsen entstammen den bezirklichen Kiezen u. migrantischen Communities. Sie leisten seit drei Jahren eine erfolgreiche, ehrenamtliche und gewaltpräventive Arbeit, die dazu führte, dass es in den o.a. Bädern zu keinen Gewaltvorfällen kam. BCaP wird zusätzlich im Winter auf ein Kreuzberger Hallenbad u. im Sommer 2014 auf das Sommerbad Pankow ausgedehnt.

Kontakt:

GSJ - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH
Hanns-Braun-Str. / Friesenhaus II
14053 Berlin

Tel.: 030-3009850

Fax.: 030-30098511

E-Mail: post@gsj-berlin.de

Webseite: <http://www.gsj-berlin.de>

SaferSpaces – Wissenstransfer online für Prävention offline

Daniel Brumund, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Südafrika ist gekennzeichnet von einer der weltweit höchsten Gewalt- und Kriminalitätsraten. Nachhaltige Lösungen müssen an den tieferliegenden Ursachen ansetzen, die Menschen zu gewalttätigem und kriminellem Verhalten verleiten.

In diesem Rahmen existieren in Südafrika bereits unzählige Initiativen in denen sich verschiedenste Akteure – von der Regierung über Zivilgesellschaft bis zum Privatsektor – für mehr Sicherheit einsetzen. Allerdings geht viel des in den einzelnen Initiativen erarbeiteten Wissens verloren, denn es fehlt an Mechanismen wo praktisch erarbeitetes Wissen gesammelt, zur Verfügung gestellt und diskutiert wird.

Als Antwort darauf entwickelt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Südafrika im Rahmen eines Programms zur „Inklusiven Gewaltprävention“ eine interaktive Webplattform für Praktiker der Gewaltprävention. Die Plattform wird in Zusammenarbeit mit Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut und bietet weitreichendes Hintergrundwissen sowie praktische Tools. Zudem ist SaferSpaces ein soziales Netzwerk, über das sich Akteure verbinden, Projekte präsentieren, Erfahrungen austauschen und Kollaborationen anstoßen können.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65762 Eschborn

E-Mail: philipp.kuehl@giz.de
Webseite: <http://www.giz.de>

Evaluationsergebnisse - „Stopp der Jugendgewalt“ in Bremen

Alexander Bähr und Rainer Hoffmann, Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Jugendgewalt nicht monokausal erklärbar ist, hat unter Federführung des Senators für Inneres und Sport Bremen eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ entwickelt.

Angestrebt wird mit dem Konzept die Reduktion von Gewalttaten von Jugendlichen und Heranwachsenden. „Kriminelle“ Karrieren sollen möglichst verhindert oder schnellstmöglich abgebrochen und eine bessere Resozialisierung von jugendlichen Straftätern ermöglicht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sind abgestimmte Maßnahmen des Innen-, Justiz-, Sport-, Jugend – und Bildungsressorts in das Konzept eingeflossen, die auf die vier Handlungsfelder Prävention, Intervention, Strafverfolgung und Resozialisierung abstellen.

Übergreifend soll zur Zielerreichung insbesondere auch die Kooperation und Vernetzung zwischen den beteiligten Ressorts, der Praxis und der Wissenschaft und externen Partnern gestärkt werden.

Das Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung ist mit der Evaluation von wichtigen Teilen des Konzeptes beauftragt worden. Im Rahmen des Projektspots werden die zu evaluierenden Teilprojekte und vor allem das Zusammenwirken von Politik, Praxis und Wissenschaft sowie Evaluationsergebnisse vorgestellt.

Kontakt:

Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung

Doventorscontrescarpe 172

28195 Bremen

E-Mail: Alexander.Baehr@HfOEV.BREMEN.DE

Webseite: <http://www.ipos.bremen.de>

Formen polizeilicher Kriminalprävention aus Sicht der Praxisforschung

Christiane Howe, Johann-Wolfgang-Goethe
Universität

Das dreijährig laufende ethnografische Forschungsprojekt CODISP (Concepts for the Development of Intelligence, Security and Prevention) fragt nach der Generierung und Zirkulation von Wissen im Zuge der präventiven polizeilichen Arbeit: Wie arbeiten mit Prävention befasste Polizeibeamt_innen? Wie erschließen sie externe und interne (Sozial)Räume, kontaktieren relevante Personen, pflegen Beziehungen und fertigen Berichte an? Wie verändert ihre Arbeit (interne) Strukturen und das polizeiliche Arbeiten insgesamt? Analysiert wird darin das Zusammenspiel von polizeilicher Wissensarbeit, ihre Methoden, Formen und Zirkulationen.

Diese Praxisforschung stellt die alltägliche Arbeit mit ihren Komplikationen ins Zentrum und eröffnet dadurch Räume für Reflexion, Austausch, Kritik und Lernen. Sie kann, im engen Austausch mit den Beforschten, die Professionalisierung, Qualifizierung und Integration von polizeilicher Prävention befördern.

Im Projektspot werden die bisherigen Erfahrungen von beiden Seiten, der Wissenschaft und Praxis, die mit der teilnehmenden Beobachtung und Begleitung der Polizeibeamt_innen über ein halbes Jahr entstanden sind, exemplarisch beschrieben sowie ein kurzer Überblick und aktueller Zwischenstand der Arbeit skizziert und zur Diskussion gestellt.

Das Projekt wird vom BMBF im Rahmen der „Zivilen Sicherheit“ gefördert.

Kontakt:

Johann-Wolfgang-Goethe Universität
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt/Main
E-Mail: howe@hu-berlin.de
Webseite: <http://www.codisp.de>

„Total ausgerastet“ - Gewalt an Schulen

Wolfgang Welp-Eggert, Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Gewaltvorkommnisse an Schulen sind , analog zur Entwicklung von jugendlicher Gewaltkriminalität insgesamt, tendenziell rückläufig. Gleichzeitig scheint sich dennoch ein Phänomen zunehmender Enthemmung bei Gewaltkonflikten zu verfestigen. Mit erschreckender Häufigkeit erscheinen Schülerinnen und Schüler in völlig entfesselnder Handlungsdynamik zu geraten, die bis dahin kaum oder gar nicht im Zusammenhang mit Gewalt in Erscheinung getreten sind. In dem Projektspot werden 5 Jahre Erfahrungen des Bremer Handlungskonzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ unter diesem Aspekt vorgestellt. Die Frage, ob die Prämisse der „konfliktfreien Schule“ nicht ungewollt einen Beitrag dazu leistet, wird zur Diskussion gestellt.

Kontakt:

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Fritz-Gansberg-Str. 22

28213 Bremen

E-Mail: wolfgang.welp-eggert@rebuz.bremen.de

Webseite: <http://www.rebuz.bremen.de>

Betrug durch türkische Call-Center – Prävention durch das BKA

Frau Engmann, Bundeskriminalamt Wiesbaden

Ältere Bürgerinnen und Bürger in Deutschland werden in zunehmendem Ausmaß Opfer von falschen Gewinnversprechen per Telefon. Aus Call-Centern in der Türkei agierende Täter informieren die Angerufenen über den angeblichen Gewinn eines Geld- oder Sachpreises. Die Auszahlung dieses Gewinns wird von einer Vorauszahlung von bestimmten Gebühren, Steuern oder sonstigen Kosten abhängig gemacht. Die Opfer sollen die Beträge beispielsweise überweisen, in bar an einen Abholer übergeben oder per Post ins Ausland versenden.

Es erfolgt in der Folgezeit keine Gewinnausschüttung - ein Gewinn existiert nicht!

Um die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen, manipulieren die Betrüger gezielt die im Display der angerufenen Opfer erscheinende Rufnummer. Dort wird eine Rufnummer mit deutscher Vorwahl angezeigt, obgleich sich der Täter, der sich ggf. auch als Anwalt oder Amtsperson ausgibt, tatsächlich in der Türkei befindet.

Hat ein Opfer im Rahmen dieser Betrugsmasche einmal eine Zahlung geleistet, muss es damit rechnen, erneut durch die Täter angerufen zu werden und - auch durch Einschüchterung - zur Zahlung weiterer Gelder aufgefordert zu werden.

Seit 2010 hat das BKA bis zu 300.000 solcher oder ähnlicher Fälle in Deutschland festgestellt, der Schaden beläuft sich bereits auf über 32 Millionen Euro. Das BKA wirkt dem Phänomen unter anderem mit umfangreichen Präventionsmaßnahmen entgegen.

Kontakt:

Bundeskriminalamt Wiesbaden

Thaerstraße 11

65173 Wiesbaden

Tel.: 0611/55-0

E-Mail: so3-pg-ccb@bka.bund.de

Webseite: <http://www.bka.de>

Entschieden! - Zivilcourage jetzt

Ulf Neumann, Kreisvolkshochschule Gifhorn

Eine Trainerinnen- und Trainer-Ausbildung und die Folgen. Der Titel pointiert potentielle Handlungsfähigkeiten, die auf der Grundlage theoretischer Modelle für die Bildungspraxis nutzbar gemacht werden. „Entschieden“ weist auf die aktive eigene Entscheidung hin, die Menschen täglich bereits im Vorfeld zivilcouragierter Herausforderungen treffen und die trainierbar ist. Vorbereitet handeln wir schneller und sicherer und nehmen damit potentiellen Täterinnen und Tätern den Handlungs- und Erfolgsraum. Entscheidungskompetenz und Sicherheits-Risiko-Kompetenz sind als zentrale Fähigkeiten identifiziert, die zivilcouragiertes Handeln fördern. Die Ausbildung hatte einen Umfang von 130 Unterrichtsstunden (2011 - 2012) Präsenz, dazu musste ein Projekt konzipiert, durchgeführt und evaluiert werden. Als Abschluss haben alle Akteure einen Fachbeitrag über ihr Thema, bzw. Projekt für einen Sammelband (2013) gefertigt. Die Bildungsmaßnahme wurde wissenschaftlich evaluiert. Dieses Ergebnis findet sich auch im Sammelband. Inzwischen sind die Trainer/innen in ihren Bezügen und regional zum Thema aktiv. Die KVHS Gifhorn „vermarktet“ die Projekte und vermittelt die Trainer/innen an anfragende Institutionen.

Kontakt:

Kreisvolkshochschule Gifhorn

Freiherr-vom-Stein-Str. 24

38518 Gifhorn

Tel.: 05371 82432

Fax.: 05371 82426

E-Mail: u.neumann@kvhs-gifhorn.de

Webseite: www.kvhs-gifhorn.de

Aktion BOB – eine sechsjährige Erfolgsgeschichte

Dirk Brandau, Polizeipräsidium Mittelhessen

Die Aktion BOB – eine sechsjährige Erfolgsgeschichte der Verkehrsprävention

Ein Präventionsprojekt gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr für junge Fahrer/innen

BOB ist die Person, die seine Freunde nach einer Feier sicher nach Hause fährt. „BOB“ stellt das Verantwortungsbewusstsein gesellschaftlich auf eine höhere Stufe und hat einen knallgelben Schlüsselanhänger als Erkennungszeichen.

Bereits seit 2007 wird das „BOB-Konzept“ im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen umgesetzt und durch verschiedene weitere Maßnahmen ergänzt. Von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit dieser Aktion sind dabei Workshops in Oberstufenschulen, Ausbildungsbetrieben oder anderen Institutionen, in denen die Hauptzielgruppe anzutreffen ist. In diesen Workshops werden die zielgruppenspezifischen Gefahren im Straßenverkehr interaktiv erarbeitet, bei denen die Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum den Schwerpunkt bilden.

Mittlerweile gibt es in Deutschland eine Vielzahl von „BOB-Initiativen“, die miteinander vernetzt sind.

Den Schwerpunkt des Projektspots bildet die Vernetzung der Präventionsarbeit der Polizei mit weiteren Behörden und Institutionen.

Der Beweis der Wirksamkeit und somit der Erfolg der Aktion BOB wird durch eine Evaluationsstudie aus dem Jahr 2012 der Justus-Liebig-Universität Gießen (Fachbereich Psychologie und Kognitionsforschung) dargestellt.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelhessen
Karl-Glückner-Straße 2
35394 Gießen

Tel.: 0641-7006-3810

Fax.: 0641-7006-3809

E-Mail: Aktion-Bob.ppmh@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.aktion-bob.de>

Peers planen Prävention – Jugendforum „Gutes Schulklima“

Dennis Blauert und Dr. Jakob Tetens,
Wendepunkt e.V.

Was braucht man für ein gutes soziales Klima in der Schule? Welche Ideen haben Jugendliche für die präventive Gestaltung des Schulgeländes? Was macht Schule zu einem „sicheren“ Ort? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler während des 2. Jugendforums Elmshorn-Barmstedt im Herbst 2013.

Ziel der Veranstaltung war es, mit Hilfe der Methode der Zukunftswerkstatt mit den Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen, welche Bedarfe hinsichtlich der sozialen und räumlichen Atmosphäre in den Schulen der Region vorliegen, wie ein respektvoller und gewaltfreier Umgang innerhalb der Schülerschaft sowie zwischen Schülerschaft und Lehrkräften sichergestellt werden kann und wie delinquentem Verhalten (Vandalismus, Drogenkonsum etc.) in Schule und schulnahe Sozialraum vorgebeugt werden kann.

Im Vortrag werden das partizipative Veranstaltungsformat, die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt sowie die bisherigen Konsequenzen auf Seiten von Schule, Verwaltung und Politik vorgestellt.

Kontakt:

Wendepunkt e.V.

Gärtnerstr. 10-14

25335 Elmshorn

Tel.: 04121-4757330

E-Mail: tetens@wendepunkt-ev.de

Webseite: <http://www.wendepunkt-ev.de>

BeSt KinGs – Bewegungsförderung und Stärkung der kindlichen Persönlichkeit in Kindergarten und Grundschule

Shanta Ghosh-Broderius, Landesinstitut für Präventives Handeln

BeSt KinGs: Bewegungsförderung und Stärkung der Persönlichkeit in Kindergarten und Grundschule: Das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) führt seit Juni 2011 in einer saarländischen Gemeinde einen Modellversuch zur Bewegungsförderung und Stärkung der kindlichen Persönlichkeit von Kindergarten- und Grundschulkindern durch, der wissenschaftlich begleitet wird. Ziel der siebenjährigen Evaluationsstudie ist es, den Einfluss des regelmäßigen Einsatzes bestimmter Fördermaßnahmen, wie z.B. das Präventionsprogramm Kindergarten plus, das Mini-Sportabzeichen Saar und die Bewegungsbaustelle „Zauberkästen“ auf die kindliche Entwicklung in den Bereichen der Motorik, der sozialen und emotionalen Kompetenzen und der intellektuellen Fähigkeiten zu beurteilen.

Die Längsschnittuntersuchung im Kontrollgruppendesign erfolgt über die gesamte Kindergarten- und Grundschulzeit. Über standardisierte Testverfahren werden einerseits Daten zur motorischen Entwicklung und körperlich-sportlichen Aktivität, zum Sprachstand und zur allgemeinen Intelligenz erhoben; weiterhin interessieren Fragen zur Lebensqualität und Gesundheit der Kinder und zu ihren sozialen Kompetenzen. Die Daten werden auch in Bezug zur seelischen Gesundheit der Eltern gesetzt. Das Design der Studie sowie die Ergebnisse zu den ersten drei Messzeitpunkten werden vorgestellt.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln
Hanspeter-Hellenthal-Str. 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-5013851
Fax.: 0681-5013890
E-Mail: s.ghosh@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.lph.saarland.de>

Mehrfach straffällige Jugendliche im Fokus der Jugendhilfe

Jana Meier, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Im Projektspot werden Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe- und krimineller Karriere“ der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI vorgestellt. Ziel des Projektes ist es, die institutionellen Dynamiken und Wechselwirkungen zwischen Jugendhilfe- sowie justizieller Karriere zu erheben. Hierfür wurde ein multiperspektivischer Ansatz gewählt, um die Problematiken im Umgang mit mehrfach auffälligen jugendlichen Gewalttätern aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Im Mittelpunkt der Auswertung stehen Interviews mit gewaltauffälligen Jugendlichen, deren pädagogischen Fachkräften sowie Aktenanalysen aus Jugendhilfe und Justiz. Die Adressateninterviews, die in Jugendstrafvollzugsanstalten und Jugendarrestanstalten in vier Bundesländern erfolgten, verweisen deutlich auf Multiproblemlagen, darunter schwierige Familienverhältnisse, häufige Schulwechsel oder erhöhter Suchtmittelkonsum. Der Projektspot beschreibt daher typische Verläufe sowie Formen der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Jugendlichem und Justiz.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Nockherstr. 2

81541 München

E-Mail: meier@dji.de

Webseite: <http://www.dji.de/index.php?id=42848>

Ich kann, was ich will und ich will, dass ich kann!

Christine Spies, Anne-Frank-Grundschule

Einführung in ein niedrighschwelliges Anti-Gewalt-Training für Lehrkräfte und Sozialpädagogen. Das Training wird seit mehreren Jahren erfolgreich, vor allem in Berliner Grund- und Oberschulen durchgeführt - insbesondere bei Klassen- und Gruppensituationen mit belasteten, gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen. Es vermittelt sich über Sachinformationen, Aufgabenstellungen zur Problemerkennung, Anleitungen zu Kommunikations- und Interaktionsübungen, Kurzgeschichten, Vorschlägen für Wandplakate u. v. a. m.

Ausgangspunkt sind eigene pädagogische Einstellungen und Haltungen, bei denen eine positive Beziehungsgestaltung mit Wertschätzung und Akzeptanz, die Fähigkeit zur Grenzziehung und Konfrontation sowie konsequentes Handeln bei Regelverstößen im Vordergrund stehen.

Auf der Ebene der Kinder und Jugendlichen werden u. a. folgende Bereiche systematisch angeregt und gefördert:

- Stärken in der Persönlichkeit des Einzelnen
- Arbeit an Schwächen wie Disziplinlosigkeit, mangelnde Ausdauer und Frustrationstoleranz
- Selbst- und Fremdwahrnehmung/ positive Außenwirkung
- produktive Selbstaffirmation
- Entwurf von Nah- und Fernzielen
- Steuerung/Kontrolle aggressiver Impulse
- Überwindung einer Täter- und/oder Opferhaltung
- Dynamik von produktiven Gruppenprozessen

Erklärtes Ziel ist ein respektvoller, gewaltfreier Umgang im Klassen-/ Gruppenszusammenhang und im öffentlichen Raum.

Kontakt:

Anne-Frank-Grundschule
Paulstraße 20 b
10557 Berlin
E-Mail: christine.spies@gmx.de
Webseite: www.christine-spies.de

Das soziale Umfeld im Täter-Opfer-Ausgleich beteiligen: Projektspot zur Wiedergutmachungskonferenz

Andrea Bruhn, Jugendamt Stuttgart

Wir führen im Täter-Opfer-Ausgleich in Stuttgart seit 2007 Konferenzen zur Tataufarbeitung durch. In das Ausgleichgespräch zwischen Täter und Opfer werden Angehörige, Unterstützer und andere Betroffene der Straftat gleichwertig mit einbezogen. Das Konferenzmodell erschließt neue Möglichkeiten bei schweren Straftaten und langfristigen Konflikten.

Im Rahmen des Projektes Wiedergutmachungskonferenzen haben wir einen Leitfaden für die Durchführung von Konferenzen entwickelt. Wir stellen den Leitfaden und Fallbespiele vor.

Kontakt:

Jugendamt Stuttgart

Wilhelmstr. 3

70182 Stuttgart

E-Mail: andrea.bruhn@stuttgart.de

SEL 5+6 - Trainingsprogramm zum sozial-emotionalen Lernen

Dr. Michael Bleicher, Regierungspräsidium Tübingen
Andreas Rapp, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Durch den Wechsel von der Grundschule in eine weiterführende Schule werden die fünften Klassen in der Regel neu zusammengesetzt. Für die Schülerinnen und Schüler wie auch für die Lehrkräfte stellt die neue soziale Konstellation eine große Herausforderung dar. Das Trainingsprogramm SEL 5+6 setzt hier an, indem auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler, auf die Beziehungen untereinander und auf das Klassenklima fokussiert wird.

Mit dem von baden-württembergischen Schulpsychologen entwickelten Trainingsprogramm wird u. a. auf die folgenden Themen eingegangen:

- Training der Selbst- und Fremdwahrnehmung
- Einübung von Entspannungstechniken
- Wahrnehmung von Emotionen
- Umgang mit Wut und Ärger
- Verbesserung der Klassen-Atmosphäre

SEL 5+6 umfasst sechs Einheiten von jeweils zwei bis drei Schulstunden Dauer. Durch eine praxisnahe Gestaltung von SEL 5+6 sollen sich die durchführenden Lehrkräfte mit dem Ablauf der Unterrichtsstunden möglichst schnell vertraut machen können.

Fortbildungen zu SEL 5+6 werden von Präventionsbeauftragten des zuständigen Regierungspräsidiums angeboten. SEL 5+6 ist ein Programm, das gezielt im Rahmen des landesweiten Präventionskonzepts „stark.stärker.WIR.“ für Schulen angeboten wird.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart
E-Mail: andreas.rapp@km.kv.bwl.de

Aktive Teens – ein Schüler-Mentoren- Programm zur Prävention in Klasse 7+8

Cornelia Christiansen und Gerd Frick,
Regierungspräsidium Stuttgart

Das Präventionsprogramm Aktive Teens umfasst 3 Schülerarbeitshefte und 1 Lehrerhandbuch für die Präventionsarbeit in Klassenstufe 7 und 8. Neben vielen Sachinformationen finden sich Anregungen zur interaktiven Annäherung an die Themen Tabakprävention, Alkoholprävention und Gewaltprävention. Die Materialien sind schülernah und anschaulich aufbereitet, sie motivieren Schüler/innen zur Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Aktive Teens entspricht den Anforderungen des Präventionskonzeptes stark.stärker.Wir. für alle weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg. Die Materialien können kostenlos vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bezogen werden.

Die Präventionsbeauftragten der Regierungspräsidien schulen interessierte Lehrkräfte vor Ort und begleiten die Schulen bei der Einführung der Aktiven Teens.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart
E-Mail: corinna.ehlert@km.kv.bwl.de

Opfer und Täter im Gespräch – Gesprächsgruppen für Opfer und Täter am Beispiel vom Seehaus Leonberg/ Jugendstrafvollzug in freier Form

Irmela Abrell, Seehaus Leonberg

Im Programm „Opfer und Täter im Gespräch“ treffen sich bis zu 6 Opfer mit bis zu 6 Tätern an 6 Abenden. Die Opfer haben dabei die Möglichkeit, über die Folgen der Straftat zu sprechen und ihre Emotionen, ihre Wut loszuwerden. Ein Heilungsprozess kann beginnen. Für die Täter wird bei den Begegnungen klar, wieviel Leid sie durch ihre Straftaten verursacht haben und wie Opfer oft ein Leben lang unter den Folgen leiden. So kann Opferempathie entstehen.

Das Programm wird zur Zeit im Rahmen vom Seehaus/Jugendstrafvollzug in freien Formen angeboten:

Seehaus e.V. bietet eine Ergänzung zum herkömmlichen Strafvollzug – abseits von Gefängnismauern und der negativen Beeinflussung durch andere Gefangene. Jugendstrafgefangene können sich vom Jugendstrafvollzug aus bewerben. Bis zu 7 Jugendliche wohnen jeweils mit Hauseltern und deren Kindern zusammen und erfahren so – oft zum ersten Mal - Familienleben, Liebe und Geborgenheit. Gleichzeitig erwartet sie ein durchstrukturierter und harter Arbeitsalltag. Um 5:45 Uhr beginnt der Tagesablauf mit Frühsport. Bis 22:00 Uhr sind die Jugendlichen in ein konsequent durchgeplantes Erziehungsprogramm eingebunden. Hausputz, Schule, Arbeit, Berufsvorbereitung, Sport, gemeinnützige Arbeit, soziales Training und die Vermittlung christlicher Werte und Normen sind fester Bestandteil des Konzepts.

Kontakt:

Seehaus Leonberg

Seehaus 1

71229 Leonberg

Tel.: 07152 33123300

E-Mail: info@seehaus-ev.de

Webseite: www.seehaus-ev.de

Angebote zur Alkoholprävention im öffentlichen Raum: das Freiburger Projekt PräRIE

Karin-Anne Böttcher, Stadt Freiburg, Amt für Soziales und Senioren

PräRIE wurde 2008 im Kontext der Einführung einer Alkoholverbots-Zone im Freiburger Partyviertel ins Leben gerufen. Seitdem werden in der Freiburger Innenstadt jedes Jahr mehr als 2.000 junge Menschen auf das Thema „Riskanter Alkoholkonsum“ angesprochen. Das von allen Freiburger Suchtberatungs-Einrichtungen getragene kommunale Präventionsprogramm hat eine Reihe verschiedener Bausteine entwickelt: Nächtliche Kurzinterventionen im öffentlichen Raum der Innenstadt und in den Freiburger Straßenbahnen durch Suchthilfe-Fachleute und ausgebildete junge Freiwillige („Peer-Beratung“), Maßnahmen zur Etablierung einer kommunalen Alkoholpolitik in Stadtteilen (Ausbildung von „Nachtwanderern“), kreative Beteiligungsprojekte, eine alkoholfreie Cocktailbar und Gruppenangebote für riskant konsumierende junge Menschen gehören dazu. Insbesondere die Kurzinterventionen im öffentlichen Raum haben sich als Medium der Sensibilisierung für die Folgen riskanten Alkoholkonsums bewährt. Das von der Stadt Freiburg gemeinsam mit dem Arbeitskreis Suchthilfe Freiburg realisierte Präventionsprogramm wurde 2013 im 6. Wettbewerb „Strategien Kommunaler Suchtprävention“ ausgezeichnet. Der Vortrag beschreibt verschiedene Elemente des PräRIE-Programms, Schwerpunkt liegt bei den Einsätzen im öffentlichen Nahverkehr („PräRIE-abgefahren!“) und der Ausbildung junger Freiwilliger als „Peer-Berater/innen“.

Kontakt:

Koordinationsstelle Kommunale Alkoholpolitik -
Stadt Freiburg, Amt für Soziales und Senioren
Fehrenbachallee 12, 79106 Freiburg

Tel.: 0761-2013843

Fax.: 0761-2013108

E-Mail: praerie@stadt.freiburg.de

Webseite: <http://www.freiburg.de/praerie>

Zur Theorie, Praxis, Steuerung schulischer Gewaltprävention

Jutta Wedemann, Leuphana Universität Lüneburg

Schulische Gewaltprävention fand in den 1990er Jahren besondere fachwissenschaftliche Aufmerksamkeit. Neben den hier entwickelten Maßnahmen, sind seit Beginn des neuen Jahrtausends verschiedene Untersuchungen zu den Gelingensbedingungen der Gewaltprävention veröffentlicht worden. Diese Befunde zeigen deutliche Parallelen zu den Maßnahmen der Schulentwicklung und deren Rahmenbedingungen, wie sie mit den Orientierungsrahmen zur Schulentwicklung in allen Bundesländern verabschiedet worden sind. Damit sind umfassende Erkenntnisse zur Umsetzung schulischer Gewaltprävention vorhanden. Wie diese aktuell jedoch umgesetzt wird, stellt eine Forschungslücke dar, die mit Untersuchungen von SCHWEDES (2009) und BAIER et al. (2010) in neuerer Zeit aufgegriffen wurde. Daran anschließend konnte ich im Rahmen meiner Dissertation an der Leuphana Universität Lüneburg, neben einer theoretischen Bestandsaufnahme, eine als Fallstudie angelegte Untersuchung zur Umsetzung schulischer Gewaltprävention entlang der drei Ebenen von Schulentwicklung in Hamburg und Berlin durchführen. Es wurde deutlich, dass Gewaltpräventionskonzepte an allen Schulen entsprechend ihrer je spezifischen Ausgangslage angeraten sind und dass schulische Gewaltprävention zur Umsetzung der wissenschaftlichen Befunde einer Steuerung durch die Systemebene im Rahmen von Schulentwicklungsprozessen bedarf.

Kontakt:

Leuphana Universität Lüneburg
Scharnhorststraße 1
21335 Lüneburg
E-Mail: jutta.wedemann@gmail.com
Webseite: <http://www.leuphana.de>

Schutzengel-Projekt Pforzheim-Enzkreis

Jochen Merkle, Polizeipräsidium Karlsruhe

Das Schutzengel-Projekt Pforzheim-Enzkreis „Junge Fahrer – gib Deinem Schutzengel eine Chance“ wurde im Frühjahr 2008 aufgrund vieler schwerer Verkehrsunfälle mit Beteiligung junger Fahrer (18 - 24 Jahre) ins Leben gerufen.

Das Schutzengel-Konzept beruht darauf, dass innerhalb der „peer-group“ die emotionalen Beziehungen genutzt werden um auf die jeweiligen Fahrer/Täter einzuwirken. Die Zielgruppe der 16-24-Jährigen ist fest mit ihrem Freundeskreis verbunden und die „peer group“ stellt häufig einen Familienersatz dar. Meist sind nur die Freunde/Schutzengel im Ernstfall direkt vor Ort und nur sie können daher auf den Fahrer/Täter rechtzeitig einwirken.

Die Interessenten werden in einem 4-stündigen Workshop zu „Schutzengeln“ ausgebildet und auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit vorbereitet. Hierbei wird den Schutzengeln ein Grundwissen im Bereich Alkohol, Drogen und Hauptunfallursachen im Straßenverkehr vermittelt sowie in interaktiven Trainings die soziale Kompetenz und Zivilcourage gestärkt.

Nach absolvierter Ausbildung erhalten die Schutzengel einen Ausweis und eine Urkunde.

Das Schutzengel-Projekt erhielt den Landesverkehrspräventionspreis Baden-Württemberg 2008. Der wesentliche Unterschied zu anderen Schutzengel-Projekten besteht darin, dass wir alle Schutzengel ausbilden. Es konnten bis heute mehr als 2000 Schutzengel ausgebildet werden. Für ihr Ehrenamt erhalten sie viele Vergünstigungen von regionalen Projektpartnern.

Kontakt:

Polizeipräsidium Karlsruhe, Referat Prävention,
Schutzengel Pforzheim-Enzkreis
Bahnhofstr. 13, 75172 Pforzheim

Tel.: 07231/186-1270 oder -1257

E-Mail: KARLSRUHE.PP.PRAEVENTION.VERK.PF@
polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-pforzheim.de>

KomPass – Kompetenzportal zur Prävention von Krisen an Schulen

Nadine Nagel, Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)

Ziel des vom BMBF und ESF der EU geförderten Kooperationsprojekts ist die Entwicklung und nachhaltige Implementierung eines bundesweiten Internetportals mit anwendungsorientierten Informationen sowie e-Learning-Angeboten zum Thema „Schulische Krisenintervention und Prävention von zielgerichteter Gewalt an Schulen“ (z.B. Amok). Neben wissenschaftlich fundierten Lerninhalten, praxisrelevanten Übungen und praktischen Werkzeugen wird der Austausch zwischen den Zielgruppen (v.a. Berufspädagogen, Lehrpersonal, Schulpsychologen) im Fokus stehen. Das Portal wird in verschiedenen Bundesländern getestet und mithilfe eines elaborierten Evaluierungsdesigns mehrfachen Qualitätssicherungszyklen unterzogen.

Im Projektspot wird die didaktische Umsetzung wissenschaftlicher Kenntnisse in ein nutzerorientiertes e-Learning-Angebot eingehend beleuchtet: Wie können digitale Inhalte dargestellt und unterstützt werden, so dass sowohl Interesse für das Thema geweckt und Austausch zwischen den Zielgruppen angeregt wird, als auch ein optimales Lernergebnis und Praxistransfer erzielt werden kann? Des Weiteren wird das Untersuchungsdesign zur Messung und Optimierung der Wirksamkeit dieser Entwicklungsmaßnahme vorgestellt. Dabei werden ausgewählte erste Evaluierungsergebnisse zur Zufriedenheit mit dem Portal, sowie zum kognitiven Lernen und zur Einstellungsänderung durch das e-Learning-Angebot präsentiert.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)
Hanspeter-Hellenthal-Strasse 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-5013864
E-Mail: n.nagel@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.saarland.de/lph.htm>

**Senioren-sicherheitsberater der Stadt
Leipzig**

Karsten Lauber, Stadt Leipzig

Beim Kriminalpräventiven Rat der Stadt Leipzig (KPR) sind 10 Senioren-sicherheitsberater angebunden. Diese Senioren sind ehrenamtlich tätig und bieten Beratungsleistungen im Rahmen von Senioren- oder Stadtteilveranstaltungen etc. an. Die Vermittlung erfolgt über die Freiwilligen-Agentur Leipzig e. V. oder direkt über den KPR. Es wurde eine Kooperationsvereinbarung mit den Leipziger Verkehrsbetrieben und der dortigen Mobilitätsberatung geschlossen. Den Senioren-sicherheitsberatern werden 3-monatliche Fortbildungsveranstaltungen angeboten, die beispielsweise bei der polizeilichen Beratungsstelle im Hinblick auf neue Kriminalitätsphänomene stattfinden. Auch die Vorstellung weiterer Akteure, z. B. Opferhilfe, erfolgt im Rahmen dieser Fortbildungsveranstaltungen. Ziel ist es, einerseits die Kriminalitätsfurcht von Senioren aufzugreifen und andererseits über altersspezifische mögliche Opferrollen aufzuklären (z.B. Handtaschenraub, Enkeltrick).

Kontakt:

Stadt Leipzig
Prager Straße 136
04317 Leipzig
E-Mail: kpr@leipzig.de
Webseite: www.leipzig.de/kpr

Zonta sagt NEIN zu Gewalt an Frauen und Mädchen

Dr. Elke Persohn, ZONTA Karlsruhe

Zonta International ist ein weltweites multikulturelles Netzwerk berufstätiger Frauen mit Führungsverantwortung in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaften. Es zeichnet sich aus durch überparteiliche, überkonfessionelle und weltanschauliche Neutralität und durch persönlichen und ideellen Einsatz jedes einzelnen Mitgliedes für die gesellschaftliche, soziale und rechtliche Gleichstellung von Frauen. Die Kampagne „Zonta Says NO“ nimmt Bezug auf eine inhaltsgleiche Kampagne der Vereinten Nationen. Mit der „Zonta Says NO“-Kampagne möchte Zonta darauf aufmerksam machen, dass das Eintreten gegen Gewalt gegenüber Frauen ein zentrales Zonta-Anliegen ist, auf das Zontians von der lokalen Ebene über die Distrikt-Ebene bis hin zu Zonta International aufmerksam machen möchten. Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein weltweites Problem. Sie ist die am wenigsten anerkannte Verletzung von Menschenrechten. Begründet in Ungleichheit betrifft sie Frauen jeder Kultur und Ethnie, jeden Alters und Landes. Zonta International will mit der Kampagne vorbeugen und eintreten für die Rechte aller Frauen und Mädchen. Seit Beginn verschiedener Projekte im Jahre 1999 hat Zonta 40 Initiativen in mehr als 23 Ländern unterstützt. Beispiele hierfür sind: Sichere Städte für Frauen in Honduras, Guatemala City und San Salvador sowie Maßnahmen gegen die Gewalt an Frauen in Samoa, Bangladesch und Nigeria.

Kontakt:

Zonta e. V.

Bahnhofplatz 2

76137 Karlsruhe

E-Mail: elke.persohn@t-online.de

Informieren. Agieren. Vorbeugen. Das Präventionsportal PolizeiDeinPartner.de

Antje Kleuker und Walter Liedtke, Verlag Deutsche Polizeiliteratur*

»Polizei - Dein Partner« - unter dieser Marke veröffentlicht der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH (VDP) seit über 60 Jahren polizeiliche Präventionsbroschüren und Fachzeitschriften. Als 100%iges Tochterunternehmen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat der VDP die Aufgabe, den Mitgliedern der GdP präventives Informationsmaterial zur Aufklärung und Unterstützung der Bürger vor Ort an die Hand zu geben.

Mit dem Portal PolizeiDeinPartner.de stellen wir unser langjähriges Know-how auch digital zur Verfügung. Hier finden Sie auf komfortable Weise die Informationen, durch die Sie Straftaten, Unfälle und weitere Gefahren mit polizeilichem Bezug in Ihrem Umfeld vermeiden können. <http://www.polizei-dein-partner.de>

Das Portal ging im April 2012 online und wurde seitdem kontinuierlich inhaltlich ausgebaut: Anhand von Fachartikeln und Interviews, interaktiven Elementen sowie einem umfangreichen Glossar zu Fachbegriffen der Präventionsarbeit (»Prävention kompakt«) kann sich der Portalbesucher gezielt und umfassend informieren.

PolizeiDeinPartner.de deckt alle inhaltlichen Bereiche der Kriminalprävention in Form journalistisch recherchierter und getexteter Artikel in Abstimmung mit der GdP ab. Hohe Klickzahlen und Newsletteranmeldungen belegen eine wachsende Wahrnehmung und ein steigendes Interesse an den Inhalten dieses Portals.

Kontakt:

Verlag Deutsche Polizeiliteratur

Forststraße 3a

40721 Hilden

Tel.: 0211-71040

Fax.: 0211-7104174

E-Mail: antje.kleuker@vdpolizei.de

Webseite: <http://www.vdpolizei.de>

Prävention braucht...Kommunikation

Helmut Dirschner und Sylvia Kolbe, Connect GmbH -
Agentur für soziale Kommunikation*

Sensibel und glaubwürdig, gleichzeitig aufmerksamkeitsstark und zielgruppenorientiert - so sieht Kommunikation für Präventionsthemen im Idealfall aus.

Wie ist dieser Anspruch in der Praxis, oft mit nur kleinen Budgets, zu erfüllen? Und wie finde ich in Zeiten von Facebook & Co. überhaupt Aufmerksamkeit für meine Botschaften im immer dichteren Informationsdschungel?

Connect, Agentur für soziale Kommunikation, stellt am Beispiel aktueller Präventionskampagnen erfolgversprechende Ansätze und Strategien vor.

Ein professioneller Auftritt mit ansprechenden Kommunikationsmitteln verbessert nicht nur die Wahrnehmung bei den Zielgruppen der Präventionsarbeit, sondern erhöht auch die Medienresonanz. Das motiviert die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gibt dem Verband oder der Institution ein deutliches Profil in der Öffentlichkeit.

Welche Themen können über welches Medium transportiert werden? Wie setze ich mein Kommunikationsbudget effektiv ein? Die Präsentation richtet sich an Führungs- und Fachkräfte, die nach neuen Impulsen für die Öffentlichkeitsarbeit suchen.

Kontakt:

Connect GmbH - Agentur für soziale Kommunikation
Am Auernberg 2
61476 Kronberg
Tel.: 06173 / 32 55 60
Fax.: 06173 / 32 55 30
E-Mail: dirschner@agenturconnect.de
Webseite: <http://www.agenturconnect.de>

Netzwerk Prävention Ostalbkreis

Helmut Sailer, Polizeidirektion Aalen
Berthold Weiß, Landratsamt Ostalbkreis

Das Landratsamt Ostalbkreis und die Polizeidirektion Aalen bilden eine enge Präventionspartnerschaft. Auf organisatorischer Ebene konnte dies durch die Einrichtung eines „Büros für Prävention“ bei der Kreisverwaltung erreicht werden, welches mit dem Sachbereich Prävention der Polizei zusammenarbeitet. Die Organisation von Schulprojekten übernimmt eine eigens geschaffene Koordinationsstelle. Zur Umsetzung der Präventionsbausteine werden flächendeckend die örtlich zuständigen polizeil. Jugendsachbearbeiter und zahlreiche Fachkräfte aus Jugend- und Sozialarbeit herangezogen.

Neben dieser institutionalisierten Präventionsarbeit erstreckt sich die Kooperation auch auf die Durchführung nachhaltiger Projekte, wie bspw. eines seit 10 Jahren bestehenden Jugendschutzkonzeptes. Dadurch und mit Hilfe einer „Kooperationsvereinbarung Gestaltungspraxis“, die mit den 42 Städten und Gemeinden geschlossen wurde, konnte die Festkultur verbessert werden. Für die Durchführung von Schulprojekten wurde ein zwischen Sozialarbeit und Kriminalprävention abgestimmtes Stufenmodell für die Klassenstufen 1 bis 9 entwickelt, das altersspezifische Module enthält.

Die Referenten berichten aus ihrer langjährigen Erfahrung im Ostalbkreis über Möglichkeiten und Grenzen vernetzter Präventionsarbeit. Sie beleuchten Einflussfaktoren für wirksame Projekte und eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Kontakt:

Polizeidirektion Aalen
Böhmerwaldstr. 20
73431 Aalen
Tel.: 07361-580-0
Fax.: 07361-580135
E-Mail: helmut.sailer@polizei.bwl.de

Mobile Jugendarbeit – Prävention auf Umwegen? Praxis und Wirkung Mobiler Jugendarbeit

Clemens Beisel, Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V.
Uwe Buchholz, Mobile Jugendarbeit Karlsruhe

Mobile Jugendarbeit (MJA) erreicht Jugendliche und junge Erwachsene, die besonders von Ausgrenzung betroffen bzw. bedroht oder sozial benachteiligt sind, die von bestehenden Angeboten der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit nicht oder nicht ausreichend erreicht werden. MJA arbeitet aufsuchend und erreicht insbesondere junge Menschen, die sich als Cliques oder Szenen in öffentlich zugänglichen Räumen aufhalten.

Die Mitarbeiter/innen der MJA sind Gäste in den Lebenswelten ihrer Zielgruppen, knüpfen ihre Angebote nicht an Formalien oder Bedingungen und akzeptieren den Eigensinn jugendlichen Verhaltens. MJA setzt, um Wirkung zu erzielen, auf intensive Beziehungsarbeit, die es ermöglicht Entwicklungsprozesse bei jungen Menschen auch langfristig auszulösen und zu begleiten.

Das Konzept Mobile Jugendarbeit vereint Straßensozialarbeit, soziale Gruppenarbeit, individuelle Hilfen und die Aktivierung und Nutzung von Ressourcen im Gemeinwesen.

„Wir kümmern uns um die Probleme, die die Jugendlichen haben, nicht um die Probleme, die sie machen.“ Über diesen „Umweg“ wird es MJA auch möglich, präventiv tätig zu werden im Hinblick auf Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Kriminalitätsprävention und die Förderung junger Menschen bei der Entwicklung persönlicher Perspektiven.

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.
Heilbronner Str. 180
70191 Stuttgart
Tel.: 0711-1656222
E-Mail: servicestelle@lag-mobil.de
Webseite: <http://www.lag-mobil.de>

Medienpaket Heimspiel – Ein Projekt von Sozialarbeit und Polizei gegen Jugendgewalt in Baden-Württemberg

Manuel Kaus, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Mit dem Medienpaket zum Film Heimspiel wurde von ProPK erstmals ein Präventionsprodukt für den Sozialbereich entwickelt. Gewaltbereite Jugendliche sollen über den Film zur Diskussion über Gewalt und deren Folgen angeregt werden. Nach einer medienpädagogischen Schulung arbeiten in BW die Mobile Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit und Jugendbetreuung mit dem Film.

Manuel Kaus, ST. Vorsitzender der LAG Mobile Jugendarbeit e.V. in BW berichtet über die Erfahrungen der Mobilien Jugendarbeit und die Reaktionen der Jugendlichen. Birgit Horlaender, ProPK-Referentin beim LKA BW, stellt das Schulungskonzept und die Ergebnisse der Evaluation vor.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

Tel.: 0711-5401-3430

Fax.: 0711-5401-3455/-3458

E-Mail: Birgit.Horlaender@polizei.bwl.de

Open Air in Cannabis - Drogenprävention an Schulen

Jürgen Hedderich, Stadt Chemnitz
Diana Schubert, Stadt Augsburg
Tanja Schwarzer, Kriminalpräventiver Rat der
Landeshauptstadt Düsseldorf

Cannabis-Konsum ist nach wie vor eine Einstiegsdroge und wird insbesondere von Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren und jungen Erwachsenen im Alter von 17 bis 25 Jahren konsumiert. Gleichzeitig ist das Wissen der Konsumenten um kriminalitätsrelevante Aspekte erschreckend gering. Demzufolge haben sich die Kriminalpräventiven Räte der Städte Augsburg, Chemnitz und Düsseldorf für die Durchführung eines gemeinsamen Präventionsprojektes entschieden.

Schülerinnen und Schüler werden in der Regel schulformübergreifend in der achten Klasse durch die Polizei über das Thema Drogen informiert. Hierfür hält die Polizei unterschiedlichste Informationsmaterialien bereit. Um der Zielgruppe den Zugang zu den Informationen zum Thema „Cannabiskonsum“ zu erleichtern, wurden Informationen aus bestehenden Broschüren und Flyern in einem ansprechenden Comic zusammengefasst. Die Form des Comics wurde bewusst als jugendspezifisches Medium gewählt, um der Frage nachzugehen, ob Informationen besser behalten werden, wenn sie für Jugendliche ansprechend aufbereitet sind.

Unter Einbindung diverser Akteure wurden neben inhaltlichen und gestalterischen Fragen sowohl die Zielrichtung als auch die Zielgruppe des Projektes festgelegt. Die Evaluation wurde über eine Zielgruppenbefragung zu unterschiedlichen Zeitpunkten während des Projektes sichergestellt. Hierfür wurde ein eigener Fragebogen entwickelt.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Zollstraße 4
40213 Düsseldorf
E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de
Webseite: <http://www.duesseldorf.de/kpr>

Amok an Schulen – Ein neuer interdisziplinärer und systemischer Präventionsansatz

Mario Schu, Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)

Nach dem „Amoklauf“ in Winnenden am 11. März 2009 erschien insbesondere im Phänomenbereich „Zielgerichtete schwere Gewalt und Amok an Schulen“ ein interdisziplinärer und systemischer Präventionsansatz notwendig. Das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und Kultur die „Qualifizierungsmaßnahme Schuleigene Krisenteams“ (QSK), eine Maßnahme zur Wissensvermittlung für Personen mit Erziehungsauftrag an Schulen, entwickelt.

Damit in der QSK auch umfassende praktische Erfahrungen aus den Bereichen der Schulen und der täglichen Polizeipraxis vermittelt werden können, besteht das Referententeam immer aus einer Pädagogin/einem Pädagogen und einer Polizeibeamtin/einem Polizeibeamten.

In der QSK, die seit Dezember 2010 im LPH landesweit für alle weiterführenden Schulen im Saarland angeboten wird, wurden bislang 73 Krisenteams mit insgesamt 325 Lehrkräften, SchoolworkerInnen und SchulsozialarbeiterInnen weiterqualifiziert.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)
Hanspeter-Hellenthal-Str. 68
66386 St. Ingbert
E-Mail: m.schu@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.lph.saarland.de>

Pilotversuch: Bewährungsmodell mit Alkohol-Wegfahrsperr

Klaus Robatsch, Kuratorium für Verkehrssicherheit

Das KfV testet in Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation & Technologie den Einsatz von Alkohol-Wegfahrsperrn in Zusammenhang mit alkoholauffälligen Lenkern. Ziele des Bewährungsmodells: Reduktion von alkoholisierten Schwarzfahrten durch:

- Einbau einer Alkohol-Wegfahrsperr anstelle eines Führerscheinentzugs
- Verhaltensänderung: Zusätzliche Unterstützung von Rückfälligen und Hochrisikolenkern
- Regelmäßiges Mentoring: Beratung, Betreuung, Unterstützung
- Ergänzung zu bewusstseinsbildenden Maßnahmen

6-monatiger Pilotversuch, Ziel: Erprobung des Gesamtablaufs, Untersuchung der Machbarkeit

Eckdaten: 30 Testfahrer in Österreich, alle Fahrer haben innerhalb der letzten 4 Jahre ein Alkoholdelikt gesetzt, Begleitung durch Mentoren

Ablauf

- Einbau/1. Mentoringgespräch
- 1. Auslese/2. Mentoringgespräch
- 2. Auslese/3. Mentoringgespräch
- 3. Auslese/4. Mentoringgespräch
- Ausbau

Ergebnisse

Die Ergebnisse weisen eine hohe Akzeptanz unter den Fahrern und im sozialen Umfeld auf, die Handhabung wird als einfach bestätigt. Die Teilnehmer sehen die Alkohol-Wegfahrsperr als eine gute Alternative zum Führerscheinentzug, die das Trennen von Trinken und Fahren unterstützt.

Mentoren bestätigen das große Interesse der Teilnehmer für die Datendetails. Die Kombination aus Datenauslese und Mentoring stellt eine gute Ergänzung zu bewusstseinsbildenden Maßnahmen dar.

Kontakt:

Kuratorium für Verkehrssicherheit
Schleiergasse 18
1100 Wien
E-Mail: birgit.oburger@kfv.at
Webseite: <http://www.kfv.at>

Mobbingfreie Schule – Gemeinsam Klasse sein!

Viktoria Darkashly, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Das Programm „Mobbingfreie Schule – Gemeinsam Klasse sein!“ wird seit dem Schuljahr 2009/10 vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Zusammenarbeit mit der Techniker Krankenkasse durchgeführt. Viele weiterführende Schulen haben sich bereits für das Programm entschieden und es teilweise mehrfach durchgeführt.

Während einer Projektwoche werden die Themen „Mobbing“ und „Vermeidung von Mobbing“ bearbeitet. Außerdem werden Strategien erlernt, wie sich Konflikte konstruktiv austragen lassen und die Klasse zum Team werden kann. Ziel ist ein gutes Klassenklima. Neben Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrkräften werden auch die Eltern mit dem Thema in Berührung gebracht. Inzwischen wurde das Programm durch den Baustein „Cybermobbing“ erweitert. Bei der Umsetzung der Projektwoche werden Lehrkräfte durch detailliert ausgearbeitetes Unterrichtsmaterial inklusive Film-DVDs und Elterninformationsflyer sowie durch eine eintägige Fortbildung unterstützt.

Für Schulen, die präventiv arbeiten, eignet sich dieses Programm als „Firewall“ gegen Mobbing-Dynamiken.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Thouretstr. 6

70173 Stuttgart

E-Mail: viktoria.darkashly@km.kv.bwl.de

Webseite: www.kontaktbuero-praevention-bw.de

Implementierung von Prävention gegen Cybermobbing an Schulen

Uli Gilles, Rhein-Sieg-Kreis

Über Cybermobbing wird geforscht und geredet. Eine erfolgreiche Implementierung an Schulen kann jedoch nur gelingen, wenn eine Implementierung strategisch durchgeführt wird, denn es braucht mehr als engagierte Lehrer: die Einbindung von Eltern und Schülern als Experten, die Zustimmung der Leitung, die Weiterbildung des Kollegiums, die Zusammenstellung bestehender Ressourcen des sozialen Lernens, nicht zuletzt die Weiterbildung mit Hilfe eines Trainingsprogramms, wovon es mittlerweile mehrere auf dem Markt gibt. Der Referent hat an mehreren Schulen Implementierungsprozesse durchgeführt und ausgewertet und sich mit den spezifischen Merkmalen von Cybermobbing auseinandergesetzt. Mobbing und auch Cybermobbing entsteht in der Regel in Gruppen, oft eingebunden in Hierarchien. Was mit den üblichen Frotzeleien in einer Schulklasse harmlos beginnt, kann eine ungeplante Dynamik entwickeln, die traumatisierte Opfer hinterlässt und zudem im weltweiten Netz kaum noch beherrschbar ist.

Ziel des Projektspots ist es, Strategien beispielhaft aufzuzeigen und zur Übertragung anzuregen.

Kontakt:

Jugendamt Jugendschutz Jugendförderung Medienpädagogik

Kegelswies 50

53773 Hennef

Tel.: 0179-2173601

E-Mail: ugi4you@web.de

Webseite: <http://www.in-medien-kompetent.de>

Kriminologische Erkenntnisse über die Konsumenten von Kinderpornographie - eine empirische Studie

Susanne Linz, Justus-Liebig-Universität Gießen

Über sexuelle Kindesmissbraucher ist der kriminologischen Forschung einiges bekannt. Doch wer sind die Konsumenten von Kinderpornographie? Mit dieser Fragestellung beschäftigt sich die empirische Studie, die im Projektspot vorgestellt werden soll. Die erörterten Sozialdaten und Tatverhalten basieren auf Aktenerhebungen hessischer Kriminalakten und teilnehmender Beobachtungen von Wohnungsdurchsuchungen. Außerdem werden Kindesmissbraucher und Tatverdächtige, die mit Konsum und Missbrauch im Erhebungszeitraum auffällig geworden sind, betrachtet. Im Raum steht hierbei, ob es prägnante Auffälligkeiten und Unterschiede gibt oder ob sich die Sozialdaten der Tatverdächtigen sehr ähnlich sind, sie mithin kaum zu unterscheiden sind und das Sexualdelikt als solches verbindet.

Kontakt:

Justus-Liebig-Universität Gießen

Licher Straße 64

35394 Gießen

E-Mail: Susanne.Linz@recht.uni-giessen.de

Webseite: <http://www.recht.uni-giessen.de/wps/fb01/home/Bannenbergl>

stark.stärker.WIR. Prävention an Schulen in Baden-Württemberg

Karl Häberle und Viola Orschel, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Das Präventionskonzept „stark.stärker.WIR“ für Schulen in Baden-Württemberg wurde als Konsequenz aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen entwickelt. Es gibt Schulen für ihre Präventionsarbeit einen Rahmen, der hilft, die Vielfalt der Maßnahmen, Programme und Projekte aufeinander abzustimmen und flexibel an den jeweiligen Bedarf anzupassen.

Ziele des Konzepts sind:

- Schule ist ein Raum, in dem die Würde und Gesundheit jedes Einzelnen geachtet wird.
- Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte fühlen sich sicher; ihre Fähigkeiten im Umgang mit Konflikten sind gestärkt.
- Präventionsarbeit an Schulen erfolgt nicht punktuell, sondern nachhaltig, zielgerichtet und systematisch.

Schulische Präventionsarbeit

- zielt in erster Linie auf die Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen sowie auf eine positive Grundhaltung zum Leben (Resilienzförderung).
- umfasst die Bereiche Gewalt- und Suchtprävention und Gesundheitsförderung.
- muss gleichzeitig auf drei sozialen Ebenen verankert sein: schulische Ebene, Klassenebene, individuelle Ebene.
- bezieht alle am Schulleben beteiligten Personengruppen ein: Schüler/innen, Lehrkräfte und Eltern.
- ist mit der Präventionsarbeit anderer Institutionen vernetzt.
- ist Teil der Schulentwicklung.

Präventionsbeauftragte unterstützen und beraten Schulen bei der Umsetzung von „stark.stärker.WIR“.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart
E-Mail: viola.orschel@km.kv.bwl.de

**Onlinebefragung von Jugendl. zu
Gewalt im öffentlichen Raum**

Dr. Stefan Jeck, Hessisches Kultusministerium

Eine Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates Hessen hat angesichts der These, dass in Schulen, in öffentlichen Einrichtungen und Vereinen, auf der Straße oder in Bussen und Bahnen Schülerinnen und Schüler häufig verbale, handgreifliche oder auch virtuelle Gewalterfahrungen machen, einen Onlinefragebogen zum Thema „Gewalterfahrungen im öffentlichen Raum“ für Jugendliche konzipiert, um mögliche Gewalterfahrungen näher zu untersuchen. Der Online-Fragebogen erfasst das Ausmaß und die Art von Gewalterfahrungen, denen Schülerinnen und Schüler im Alltag begegnen. Für die Untersuchung wurden sechs Schulamtsbezirke in Hessen ausgewählt und alle Schulen der Sekundarstufe I dieser Regionen gezielt angeschrieben. Eine Beteiligung war freiwillig und anonym möglich. Ziel ist es, damit auf Basis einer datengestützten Analyse die konkreten Gewalterfahrungen junger Menschen genauer zu beschreiben, um z.B. bestehende Präventionsangebote für Schulen ggf. verbessern und möglichst passgenau anbieten zu können. Im Rahmen des Projektspots werden der Onlinefragebogen und das Untersuchungsdesign, die Ergebnisse der Befragung, mögliche Schlussfolgerungen und Ableitungen für zukünftige Projekte in aller Kürze dargestellt.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium

Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

E-Mail: stephan.jeck@hkm.hessen.de

Webseite: <http://www.kultusministerium.hessen.de>

Onlinepräsenz von Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt

Dr. Miriam Damrow, Fachhochschule Düsseldorf

Beratungsstellen in Deutschland zum Thema sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen stehen heute vor neuen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche erwarten eine hohe Präsenz in Sozialen Netzwerken und weiteren Online-medien. Im Follow-Up-Forschungsprojekt Prävention und Beratungsstellen wird untersucht, inwieweit Beratungsstellen diesen Erwartungen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden, wie sich Beratungsstellen mit ihrem Selbstverständnis präsentieren, welche Herausforderungen sie sehen. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts werden im Projektspot dargestellt.

Kontakt:

Fachhochschule Düsseldorf

Universitätsstr. 1

40225 Düsseldorf

E-Mail: miriam.damrow@fh-duesseldorf.de

Haus des Jugendrechts - „Pforzheimer Modell“

Thomas Hoffmann, Polizeidirektion Pforzheim

Im Haus des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Bezirksverein für soziale Rechtspflege unter einem Dach zusammen. Die Jugendämter der Stadt Pforzheim und des Enzkreises, die keine spezialisierte Jugendgerichtshilfe haben, gehören ebenfalls dieser Kooperation an. Sie sind in unmittelbarer Nachbarschaft untergebracht, womit die sprichwörtlich kurzen Wege gewährleistet sind.

Dieses Konzept ermöglicht eine schnelle individuelle Reaktion auf Straftaten von Jugendlichen. Ziel ist es jugendliche Straftäter durch abgestimmte Maßnahmen möglichst wieder auf den rechten Weg zu bringen, um kriminelle Karrieren frühzeitig zu stoppen.

Im Haus des Jugendrechts Pforzheim ist die Repression ganz eng mit der Prävention verbunden.

Beispielhaft ist hier das inzwischen bundesweit bekannte Anti-Graffiti Mobil hervorzuheben. Im Projekt „Anti-Graffiti-Mobil“ werden illegale Graffitischmierereien schnell und für den Geschädigten kostenfrei entfernt.

Die Beseitigung erfolgt möglichst innerhalb einer Woche und wenn der Täter ermittelt wird, darf er selbst Hand anlegen - die beste Prävention und ein wirkungsvoller Täter-Opfer-Ausgleich. Auf Täterseite wird ein Bezug zu fremdem Eigentum und entstandenem Sachschaden hergestellt und dem Geschädigten wird schnell und unbürokratisch geholfen. Die Rückfallquote beträgt nahezu „Null“ Prozent.

Nach Möglichkeit vermitteln wir sogar Arbeitsplätze.

Kontakt:

Polizeipräsidium Karlsruhe, Haus des Jugendrechts
Bahnhofstraße 26
75172 Pforzheim

Tel.: 07231/60500-50 oder -40

Fax.: 07231/60500-59

E-Mail: hdjr.pforzheim@polizei.bwl.de

Pikita: Ein Projekt zur Prävention von häuslicher Gewalt in KITAs

Henrike Krüsmann, BORA e.V.

Repräsentative Studien belegen, dass in Deutschland jede 4. Frau Gewalt in der Partnerschaft erlebt. Kinder sind in der Regel anwesend, wenn diese Gewalt passiert: Sie erleben wenn der Vater die Mutter misshandelt. Betroffene Frauen schweigen, verleugnen die Gewalt, Kinder werden unter Druck gesetzt, das „Familiengeheimnis“ nicht preiszugeben. ErzieherInnen in den Kindertagesstätten haben zu den Eltern&Kindern sehr gute Kontakte und können Gewalt wahrnehmen und Hilfe vermitteln. Gleichzeitig können sie durch präventive Arbeit Kinder gegen Gewalt stärken. Das Projekt richtet sich daher an Berliner Kindertagesstätten. Zielgruppen sind Kinder im Vorschulalter, ErzieherInnen und die Eltern der Vorschulkinder. Erzieherinnen werden für die Thematik sensibilisiert, das Thema wird enttabuisiert und sie erhalten Grundlagenwissen über häusliche Gewalt. Sie werden zu einem professionellen Umgang mit der Problematik gegenüber Kindern&Eltern befähigt.

Kinder werden gegen Gewalt gestärkt, sie werden für Gewaltsituationen sensibilisiert und darüber aufgeklärt. Sie lernen Hilfe in Anspruch zu nehmen und Gewalt als ein Unrecht wahrzunehmen, über das sie nicht schweigen dürfen.

Eltern erhalten Informationen über die Auswirkungen von Gewalt auf die Entwicklung der Kinder und über Hilfe- u. Anlaufstellen. Sie werden für das Erkennen von Gewalt im familiären und sozialen Umfeld sensibilisiert. PiKiTa wird wissenschaftlich evaluiert.

Kontakt:

BORA e.V.

Albertinenstr. 1

13086 Berlin

Tel.: 030-96248490

Fax.: 030-962484915

E-Mail: praevention@frauenprojekte-bora.de

Webseite: <http://www.frauenprojekte-bora.de>

Präventionskooperationen in ländlich geprägten Regionen

Zara-Marlene Helms, Wiebke Janßen,
Prof. Dr. Yvette Völschow, Universität Vechta
Walter Sieveke, Polizeikommissariat Vechta

Der ländliche Raum gilt kriminologisch betrachtet im Vergleich zu urbanen Regionen als sicherer. Hierfür sprechen neben Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik vor allem Vorrannahmen von einem friedlichen Miteinander in ländlichen Räumen. Im Vortrag wird diese These am Beispiel häuslicher Gewalt hinterfragt. Dabei wird nicht zuletzt auf der Grundlage von Projektergebnissen des durch PRO* Niedersachsen geförderten Projektes „Partnergewaltprävention in ländlichen Räumen (PaGeNie)“ sowie einer Teilstudie des durch das BMBF geförderten Projektes „Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum (SIMENTA)“ auf Risiken und Chancen für die Kriminalprävention in ländlichen Räumen und auf besondere Präventionsherausforderungen für Wissenschaft, Politik und Praxis eingegangen. Als Vortragsgrundlage dienen Ergebnisse sogenannter Expertenbefragungen und einer Bürgerbefragung zu Partnergewalt. Neben besonderen Bedingungen für die institutionelle Ausgestaltung von Präventionsangeboten sollen auch Optionen diskutiert werden, informelle Ressourcen bei der Präventionsarbeit im Feld häuslicher Gewalt einzubinden.

Kontakt:

Universität Vechta
Driverstrasse 22
49377 Vechta

E-Mail: yvette.voelschow@uni-vechta.de
Webseite: <http://www.uni-vechta.de>

Projekt „Keine Gewalt- und Sexualstraftaten begehen“

Anna Beckers, Forensische Ambulanz Baden

Unter dem Begriff „Tatgeneigte“ werden in der, von der Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V. getragenen Forensischen Ambulanz Baden (FAB), Personen erfasst, die - soweit bekannt - noch nicht wegen eines begangenen Gewalt- oder Sexualdeliktes auffällig geworden sind, die sich jedoch entweder in ihren Phantasien eine Tat vorstellen bzw. dazu gedrängt fühlen oder aber im Dunkelfeld bereits als Täter agiert haben und bei denen aufgrund ihrer psychischen Disposition mit der Begehung eines solchen Übergriffs insbesondere bei tatbegünstigenden Situationen zu rechnen ist.

Die psychotherapeutische Behandlung Tatgeneigter im Rahmen des Programmes „Keine Gewalt oder Sexualstraftat begehen“ ist am präventiven Opferschutz ausgerichtet, denn durch eine Behandlung kann das Risiko der erstmaligen Begehung von Straftaten deutlich reduziert werden.

Das seit 1. August 2010 durch die Forensische Ambulanz Baden (FAB) in Karlsruhe und derzeit vor allem in den Behandlungspunkten der FAB in Mannheim, Freiburg, Offenburg, Heidelberg, Pforzheim, Baden-Baden und Heilbronn angebotene und bundesweit einmalige Präventionsprogramm wird seit 1. Januar 2013 durch Prof. Dr. Dieter Dölling und Prof. Dr. Peter Fiedler von der Universität Heidelberg wissenschaftlich beforscht und evaluiert, es wurde insoweit neu strukturiert.

Kontakt:

Forensische Ambulanz Baden
Schlossplatz 23
76131 Karlsruhe
Tel.: 0721-47043937
Fax.: 0721-47043939
E-Mail: anna.beckers@fab-ka.de
Webseite: <http://www.fab-ka.de>

Qualifizierung für junge Strafgefangene mit Reha-Status

Robert Heidrich und Jutta Hoffmann,
Berufsbildungswerk Nordhessen
Mario Watz, JVA Rockenberg / BBW Nordhessen

In Hessen gibt es seit einigen Jahren den verstärkten Versuch, den Übergang der jugendlichen Strafgefangenen in eine berufliche Zukunft zu verbessern. Im Rahmen des Projektes „Fördermanagement jugendlicher Strafgefangener“ wurde in der JVA Rockenberg ein rehaspezifisches Diagnostikverfahren etabliert und ein Fördermanagement eingeführt. Damit konnten verschiedene Bedarfsgruppen identifiziert werden. Für die Gruppe der Jugendlichen mit einem besonderen Förderbedarf, die nach Beurteilung der Agentur für Arbeit einen Reha-Status bekommen haben, gab es kein angepasstes Bildungsangebot. Deshalb wurden in einem Teilprojekt Qualifizierungsbausteine nach §66 des BBiG entwickelt, die für Menschen mit Behinderung geeignet sind. Die vier Reha-Berufe aus den Bereichen Metall, Holz, Küche und Farbe, die als Bezugspunkte dienen, zeichnen sich durch einen theoriereduzierten Ausbildungsrahmenplan aus. Mit den Qualifizierungsbausteinen auf §66er-Niveau wird die JVA in die Lage versetzt, auch den schwächsten Strafgefangenen ein für eine Anschlussausbildung verwertbares Zertifikat anbieten zu können.

Besonders hervorzuheben ist hierbei die gelungene Kooperation zwischen Justiz, freien Bildungsträgern und der Agentur für Arbeit.

Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds gefördert.

Kontakt:

JVA Rockenberg / BBW Nordhessen
Marienschloß 1
35519 Rockenberg
Tel.: 06033-998323
E-Mail: Mario.Watz@JVA-Rockenberg.Justiz.Hessen.de
Webseite: www.jva-rockenberg.justiz.hessen.de

Ist ein Nationales Suizidpräventionsprogramm sinnvoll?

Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke, Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro)

Jedes Jahr nehmen sich in Deutschland mehr als 10.000 Menschen selbst das Leben. Über 100.000 versuchen es und bedürfen medizinischer und psychotherapeutischer Hilfe. Jeder Suizid betrifft nach Schätzungen der WHO auch mindestens sechs andere Personen. Suizide und Suizidversuche stellen daher sowohl ein großes gesundheitspolitisches wie ökonomisches Problem dar. Seit 11 Jahren gibt es in Deutschland eine Initiative für ein Nationales Suizidpräventionsprogramm an der über 90 Organisationen mitwirken. Verschiedene Arbeitsgruppen arbeiten im Bereich der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Der Beitrag befasst sich mit Problemen der Destigmatisierung, von Hot-Spotanalysen, Monitoring von Suizid- und Suizidversuchsmethoden und Möglichkeit der Verhinderung (closing the exits), der adäquaten Berichterstattung sowie anderen Möglichkeiten der primären Suizidprävention. Im Bereich der sekundären Prävention werden Ansätze zur Verbesserung der Diagnostik, kontinuierlicher Behandlung und entsprechender Nachsorge dargestellt. Diskutiert werden auch Möglichkeiten der Verbesserung curricularer Weiterbildung in Diagnostik und Therapie suizidaler Verhaltensweisen in verschiedenen Ausbildungsgängen. Am Beispiel verschiedener Projekte wird erläutert, warum solche Maßnahmen nur auf nationaler Ebene möglich sind und in welchen politischen Bereichen für Suizidprävention geworben werden muss.

Kontakt:

Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland
(NaSPro)

Martinistrasse 52, 20246 Hamburg

Tel.: 01718057705

Fax.: 06218413259

E-Mail: ArminSchmidtke@t-online.de

Webseite: <http://suizidpraevention-deutschland.de>

Roter Faden Prävention – eine Handreichung für Projekte und Programme in Kitas und Schulen in Baden-Württemberg

Karl Häberle, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Der „Rote Faden Prävention“ (2013) ist eine Handreichung des baden-württembergischen Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für Kindertageseinrichtungen und Schulen. Diese Publikation stellt auf 266 Seiten in Kurzfassung ca. 90 Programme, Projekte und Medienbausteine vor. Darüber hinaus spiegelt sie auch das Verständnis des Präventionskonzeptes „stark.stärker.WIR.“ wider, wie es seit 2009 entwickelt wurde und seit dem Schuljahr 2012/13 schrittweise in Schulen in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Die Weiterentwicklung kann mit folgenden Aspekten umrissen werden:

1. Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtprävention sind drei Präventionsfelder, deren gemeinsame Basis die Vermittlung von Lebenskompetenzen ist (WHO 1994).
2. Dem Mehrebenenprogramm von Dan Olweus kommt zentrale Beachtung zu.
3. Lebenskompetenzen und Resilienzförderung werden als zentrale Leitideen betrachtet.
4. Prävention wird als Aufgabe vieler Professionen, Personen und Institutionen gesehen,
5. und Prävention wird als grundlegender Beitrag für die Entwicklung der Person und die Schulentwicklung verstanden.

Im Infospot werden diese Entwicklungen kurz dargestellt und mit Beispielen auf dem Roten Faden veranschaulicht.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Thouretstr. 6

70173 Stuttgart

Tel.: 0711 - 2792913

E-Mail: karl.haerberle@km.kv.bwl.de

Webseite: www.kontaktbuero-praevention-bw.de

Schulische Gewaltprävention - Das Elmshorner Netzwerk

Dennis Blauert und Dr. Jakob Tetens,
Wendepunkt e.V.

Seit über zehn Jahren engagiert sich die Stadt Elmshorn intensiv im Bereich der Prävention von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Dank einer engen Kooperation von Politik, Verwaltung und Praxis konnte im Laufe der Zeit ein umfangreiches Netzwerk von schulischen (Beratungslehrkräfte, Schulsozialarbeit, Beratungsstelle schulische Gewaltprävention etc.) und außerschulischen Institutionen (Jugendhäuser, Jugendamt, Polizei etc.) aufgebaut werden. Dies ermöglicht aufeinander abgestimmte und konzeptionell verankerte, primärpräventive (Klassenprojekte, Elternabende, Fortbildungen etc.) sowie sekundärpräventive (Fachberatung, Gruppentrainings, Intervention etc.) Maßnahmen, die sich sowohl an die Heranwachsenden als auch an Eltern sowie pädagogische Fachkräfte richten. Auf diese Weise wird einem systemischen Präventionsansatz Rechnung getragen.

Im Vortrag werden zunächst das Netzwerk und seine strukturellen Rahmenbedingungen vorgestellt, dabei kommen in kleinen Filmbeiträgen auch einzelne Netzwerk-Akteure zu Wort. Anschließend werden die konkreten Wege innerhalb des Netzwerks an einem Fallbeispiel verdeutlicht.

Kontakt:

Wendepunkt e.V.

Gärtnerstr. 10-14

25335 Elmshorn

Tel.: 04121-4757330

E-Mail: tetens@wendepunkt-ev.de

Webseite: <http://www.wendepunkt-ev.de>

Internet und Facebook in der kriminalpräventiven Arbeit

Frank Goldberg, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Umfangreiche Informationen, der Austausch in Netzwerken, das schnelle Erschließen einer Zielgruppe - die kommunale Kriminalprävention ist längst gefordert, sich neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu öffnen. Neuigkeiten müssen schnell publiziert, neue Zielgruppen zeitnah erreicht und eine bürgernahe Kommunikation gewährleistet werden.

Dazu bedarf es innovativer Konzepte.

Anhand von praktischen Beispielen des Präventionsrates der Stadt Frankfurt wird erläutert, welcher Nutzen sich aus einer eigenen Homepage ergibt und wie Facebook dabei die Kommunikationsstrategien unterstützen kann.

In dem Projektspot wird aufgezeigt, wie wichtig es ist, sich grundlegende Strukturen für die eigene Homepage zu erarbeiten und die eigene Arbeit so zu reflektieren, damit die notwendigen und zukunftsweisenden Features in einem modernen und nutzerorientierten Internetauftritt enthalten sind.

Beispiele aus der Projektarbeit zeigen zudem auf, wie Facebook einerseits mit der Homepage wirkungsvoll verknüpft wird, aber auch im Rahmen eigenständiger Projektarbeit eine erfolgreiche Kommunikationsplattform bieten kann.

Kontakt:

Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Strasse 45

60313 Frankfurt am Main

Tel.: 069-21235443

Fax.: 069-21231455

E-Mail: frank.goldberg@stadt-frankfurt.de

Webseite: <http://www.gewalt-sehen-helfen.de>

Ungehorsam? - Arrest! Gründe für den Ungehorsamsarrest

Carina Seidl, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Wenn Jugendliche ihre Auflagen oder Weisungen, die sie für eine Straftat durch das Gericht auferlegt bekommen haben, nicht erfüllen, kann ein sogenannter Ungehorsamsarrest bis zu vier Wochen verhängt werden, um die Erfüllung der Auflagen und Weisungen quasi zu „erzwingen“. Jugendliche erleiden so einen Freiheitsentzug, der eigentlich vermieden werden hätte können.

Die DJI-Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention hat Ende 2010 eine deutschlandweite Befragung durchgeführt, um das bislang deutlich vernachlässigte Thema „Ungehorsamsarrest“ genauer in den Blick zu nehmen. Dazu wurden nahezu alle Jugendarrestanstalten in Deutschland telefonisch befragt. Vor allem die Gründe für den Ungehorsamsarrest sollten beleuchtet werden und die Anzahl der Jugendlichen, die einen solchen verbüßen müssen, da dieser Anteil statistisch nicht erhoben wird. Die Untersuchung gab zudem Anlass, sich noch genauer zu fragen, warum es dem Jugendlichen nicht gelungen ist, die Auflagen und Weisungen zu erfüllen. Es wurden daher weitere Interviews mit unterschiedlichen Beteiligten geführt, um möglichst viele Perspektiven in diese Fragestellung mit einzubeziehen und mögliche (nicht intendierte) Wechselwirkungen, die zum Abbruch oder zur Nichterfüllung der Auflagen und Weisungen führen, herauszufinden. Der Projektspot greift die Befunde der Untersuchung auf und knüpft an die Folgearbeiten an.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstr. 2
81541 München
E-Mail: seidl@dji.de
Webseite: <http://www.dji.de>

Warnsignale häuslicher Gewalt - Kennenlernen in Aktion

Birgitta Rennefeld und Gabriele van Stephaudt,
Dachverband Frauenberatungsstellen NRW e.V.

Warnsignale in Aktion

„Liebe“ ist ein großes Thema für Jugendliche. Sie wünschen sich Zärtlichkeit, Geborgenheit, Treue und Respekt in ihren Liebes- und Freundschaftsbeziehungen. Dem gegenüber belegen Forschungsberichte, dass Gewalterfahrungen in jugendlichen Beziehungen häufiger sind, als bislang angenommen. Dominanz- und Kontrollverhalten bis hin zu körperlicher und sexualisierter Gewalt gehören zum Erleben vieler Mädchen in intimen Paarbeziehungen – aber auch Jungen werden Opfer von Übergriffen.

Als zentrales Element der Kampagne „Warnsignale häuslicher Gewalt erkennen und handeln“ wird das 6-Schritte-Konzept zum Einsatz der Warnsignale in der primärpräventiven Gruppenarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorgestellt. Die Einführung in die Methodik erfolgt praxisbezogen und vermittelt einen Eindruck von den kreativen Möglichkeiten, zu gefährdenden und förderlichen Faktoren in einer Paarbeziehung zu arbeiten.

Kontakt:

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.
Planckstr. 66a
45147 Essen
E-Mail: mail@frauenberatung-nrw.de
Webseite: <http://www.frauenberatungsstellen-nrw.de>

Wendepunkte in kriminellen Karrieren?

Maria Walsh, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht

Die Präsentation stützt sich auf die Analyse leitfadengestützter, narrativer Interviews mit jugendlichen und heranwachsenden Intensiv- und Mehrfachtätern. Im Rahmen einer Evaluationsstudie konnten Interviews mit 38 jungen Mehrfachauffälligen geführt werden, mit 15 davon zu verschiedenen Zeitpunkten. Alle Interviewpartner wurden im Rahmen des Projekts „Rubikon“ der Bewährungshilfe beim Landgericht München I intensiv betreut. Die Untersuchung beschäftigt sich mit Bedingungen für den Abbruch krimineller Karrieren. Anhand des Interviewmaterials wird versucht mögliche Wendepunkte im Leben der jungen Straftäter zu identifizieren. Gemäß der Theorie der altersabhängigen sozialen Kontrolltheorie von Sampson und Laub könnten solche Wendepunkte zum Abbruch krimineller Karrieren führen. Weiterhin könnte ein Zugewinn an positivem Sozialkapital das Ende einer kriminellen Laufbahn begünstigen. Daher wird im Interviewmaterial zudem nach Anzeichen für eine Erweiterung von Sozialkapital gesucht, das gemäß Coleman zu normkonformem Verhalten beiträgt.

Kontakt:

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht

Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg im Breisgau

Tel.: 0761-7081290

Fax.: 0761-7081294

E-Mail: m.walsh@mpicc.de

Webseite: www.mpicc.de

Prävention von tödlicher Gewalt gegen Kinder bei Trennungen

Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe e. V.

Im Rahmen einer Analyse über einen Zeitraum von drei Jahren wurde festgestellt, dass es bundesweit bei rund einem Drittel aller gewaltsam zu Tode gekommenen Kinder Hinweise auf Zusammenhänge mit einer Trennung der Erziehungsberechtigten oder Sorgerechtsstreitigkeiten gab.

Das Ergebnis der Untersuchung überschneidet sich mit dem KFN-Forschungsprojekt „Tötungsdelikte an Kindern“, bei dem diesbezüglich etwas niedrigere Zahlen herausgearbeitet wurden.

Doch selbst die niedrigeren Zahlen des KFN sind immer noch zu hoch, um nicht über mehr gezielte Präventionsmaßnahmen in diesem Zusammenhang nachzudenken. Dies gilt insbesondere auf Grund der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Stärkung der Rechte nichtehelicher Väter und deren Umsetzung in deutsches Recht, das die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und Konflikteskalationen in diesem Zusammenhang eher erhöhen dürfte. Es werden konkrete Maßnahmen wie u. a. obligatorische Risikoanalysen in Hinblick auf Gewaltaffinität und Suizidgefährdung beider Konfliktparteien durch – zu schulende – MitarbeiterInnen der Jugendämter, Weiterentwicklung vorhandener Risikoanalyse-Instrumente, Qualifikation von Familienrichter pp. vorgeschlagen.

Kontakt:

Deutsche Kinderhilfe e. V.

Schiffbauerdamm 40

10117 Berlin

Tel.: 030 24 34 29 40

Fax.: 030 24 34 29 49

E-Mail: becker@kinderhilfe.de

Webseite: <http://www.kinderhilfe.de>

Von wegen Elfenbeinturm! Chancen webbasierter Kommunikation in Evaluationen

Dr. Janine Neuhaus, Freie Universität Berlin

Soziale Medien genießen weder in der Wissenschaft noch bei staatlichen Behörden einen guten Ruf, obwohl sie sehr gute Möglichkeiten des Austauschs und der aktiven Beteiligung von Kooperationspartnern in Forschungsprojekten bieten.

Am Beispiel des Kooperationsprojekts „Evaluation der polizeilichen Gewaltpräventionsmaßnahmen an Berliner Schulen“ der Freien Universität Berlin (AB Public Health) und des Landeskriminalamts Berlin wird dargestellt, wie es durch den Aufbau einer gemeinsamen und bedürfnisorientierten Kommunikationsstruktur (unter anderem durch die Nutzung von Wikis) gelingen kann, Transparenz im Forschungsprozess zu schaffen und wechselseitiges Vertrauen der Projektbeteiligten aufzubauen. Risiken und Chancen in der „Wissenschaftskommunikation 2.0“ werden anhand auserwählter Befunde des zuvor genannten Projekts sowie einer Studie zur Nutzung sozialer Medien in der Wissenschaft (in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin) belegt und vor dem Hintergrund ihrer Bedeutung für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis in der Prävention und Evaluation diskutiert.

Kontakt:

Freie Universität Berlin
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin

E-Mail: janine.neuhaus@fu-berlin.de

Webseite: <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/arbeitsbereic>

Therapie im Rahmen von Bewährungsauflagen

Michaela Stiegler, Forensische Ambulanz Baden

Die Forensische Ambulanz Baden (FAB) - in Trägerschaft der Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V. - bietet deliktorientierte Einzelpsychotherapie im Rahmen von Bewährungsauflagen an.

Somit wird zum einen die Voraussetzung für eine anknüpfende Therapie nach einer Entlassung aus der Haft nach § 57 StGB geschaffen, wenn in der Haft bereits eine therapeutische Behandlung begonnen wurde oder diese seitens der Gerichte zur Verbesserung der Kriminalprognose angeordnet wurde. Des Weiteren besteht die Möglichkeit einer Therapie im Rahmen von Bewährungsauflagen nach § 56 StGB.

In diesem Projektspot soll ein Einblick in die alltägliche Arbeit der Ambulanz gegeben werden, aber auch die Idee bzw. Ausgestaltung des präventiven Opferschutzes präsentiert und vermittelt werden.

Kontakt:

Forensische Ambulanz Baden

Schlossplatz 23

76131 Karlsruhe

Tel.: 0721-47043937

Fax.: 0721-47043939

E-Mail: michaela.stiegler@fab-ka.de

Webseite: <http://www.fab-ka.de>

Projekt RAUS - Alphabetisierung von Straffälligen – Chancen für Lehrende und Lernende

Tim Henning und Tim Tjettmers, Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.

In der Haft ist es schwierig, seine Lese- und Schreibprobleme zu verheimlichen. Man lebt auf engstem Raum zusammen. Anträge für Besuche, Gespräche, medizinische Aktivitäten werden von den Häftlingen oft schriftlich eingereicht. Gefangene mit schriftsprachlichen Schwierigkeiten sind immer wieder der Situation ausgesetzt, einen fehlerhaften, schwer leserlichen Antrag abzugeben. Alternativ begeben sie sich in die Abhängigkeit von ihren Zellennachbarn, die den Antrag ausfüllen. Viele Straffällige mit Lese- und Schreibproblemen haben große Probleme in der Berufswelt.

Das im August 2012 gestartete und bis Juni 2015 laufende, BMBF-geförderte Projekt RAUS - Resozialisierung durch Alphabetisierung und Übergangsmanagement für Straffällige schafft Perspektiven für Lernende und Lehrende im Strafvollzug. Es liefert neue Erkenntnisse und Antworten zu den beschriebenen Herausforderungen.

Im Rahmen des Projektspots stellen die Referenten Ziele, Wege und Methoden vor, suchen Austausch mit den Gästen und diskutieren gemeinsam, wie die lokalen Bildungsakteure von dem Projekt RAUS profitieren und wie sie sich einbringen können. Die Gäste erhalten Einblicke in die Alphabetisierungsarbeit mit Strafgefangenen und infrastrukturelle Rahmenbedingungen. Nicht zuletzt stellen die Referenten neue Motivations- und Unterrichtsmaterialien vor, die das Projekt kostenlos für Sie zur Verfügung stellt.

Kontakt:

Bundesverband Alphabetisierung - Projekt RAUS
Berliner Platz 8-10
48143 Münster
Tel.: 0251 49099642
Fax.: 0251 49099644
E-Mail: t.tjettmers@alphabetisierung.de
Webseite: <http://www.raus-blick.de>

Schule-Polizei-Kooperationen: Synergie oder Widerspruch?

Pina Keller und Dr. Janine Neuhaus,
Freie Universität Berlin

Die Zusammenarbeit von Schule und Polizei wird in Wissenschaft und Praxis kontrovers diskutiert. Werfen auf der einen Seite kriminologische Studien ein eher negatives Licht auf die Folgen von Schul-Polizei-Kooperationen, insbesondere in Bezug auf das Schulklima und Rassismus, belegen andere (eher gesundheitswissenschaftlich orientierte) Studien positive Wirkungen, insbesondere im Zusammenhang mit Drogenprävention und Schuldistanz. Dem US-amerikanischen Trend der Schaffung von Schul-Polizei-Kooperationen folgend, hat die Polizei Berlin im Jahr 2002 damit begonnen, Kooperationsvereinbarungen mit interessierten Schulen abzuschließen. Rund ein Viertel aller öffentlichen Berliner Schulen haben sich bisher für eine Kooperation entschieden. Doch welche Erwartungen werden mit der Zusammenarbeit von Polizei und Schule verknüpft und wie wirksam sind solche Kooperationen im Sinne der Reduktion von Gewalt an Schulen?

Im Vordergrund unserer Studie mit rund 600 Schulleiter/innen steht die Frage, welche strukturellen Bedingungen (z.B. Kriminalitätsrate und Armut im Bezirk), wechselseitigen Erwartungen (Schule vs. Polizei) und individuellen Voraussetzungen (schulbezogene Hilflosigkeit und Selbstwirksamkeitserleben der Schulleitungen) den Erfolg von Schul-Polizei-Kooperationen beeinflussen. Erste Ergebnisse unserer durch das LKA Berlin geförderten Studie werden im Projektspot vorgestellt.

Kontakt:

Freie Universität Berlin, AB Public Health: Prävention und psychosoziale Gesundheitsforschung
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin

E-Mail: pina.keller@fu-berlin.de

Webseite: <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/arbeitsbereich>

Radikalisierungsprozesse von Gewalt im Blickpunkt

Nils Böckler, Lina-Maraike Nitz, Viktoria Roth,
Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld

Das Projekt ist Teil des BMBF-Forschungsverbundes TARGET („Tat- und Fallanalysen hoch expressiver zielgerichteter Gewalt“). Das Forschungsinteresse liegt in der vergleichenden Analyse intendierter Mehrfachtötungen im öffentlichen Raum. Im Fokus der Bielefelder Arbeitsgruppe steht die Exploration terroristischer Radikalisierungswege durch Einzeltäter („Lone Wolves“).

Aufbauend auf einer repräsentativen nationalen Stichprobe wird im Zuge triangulativer Verfahren (standardisierter Aktenanalysen/komparative Falluntersuchungen) zunächst überprüft, inwieweit Erklärungsansätze der Terrorismusforschung auch auf das Phänomen des „Lone Wolf“ übertragen werden können oder ggf. ausdifferenziert werden müssen. Ziel ist ferner a) die Erarbeitung eines interdisziplinären Radikalisierungs- bzw. Phasenmodells, das die Entwicklung hin zu den fokussierten Gewalttaten beschreibt sowie b) die Identifikation phänomenspezifischer Ursachengefüge und Risikofaktoren.

Tieferegreifende Erkenntnisse in der Radikalisierungsforschung auf verlässlicher Datenbasis bilden eine wichtige Grundlage, um wirksame Präventionsstrategien zur Verhinderung extremer und hoch expressiver Gewalttaten entwickeln zu können. Im Projektspot wird die wissenschaftliche Zielsetzung des Projekts näher dargestellt und zur Diskussion eingeladen.

Kontakt:

IKG Universität Bielefeld

Universitätsstr. 25

33615 Bielefeld

E-Mail: lina.nitz@uni-bielefeld.de

Webseite: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg>

STEP – Systematische Qualitätssicherung in der Erziehungshilfe durch ein gemeinsames pädagogisches Konzept

Christine Mayer-Brandt,
InSTEP Weiterbildungsinstitut

Ein gemeinsames pädagogisches Konzept für Pädagogen und Eltern, die Kinder und Jugendliche wertschätzend und selbstverantwortlich erziehen möchten!

Handlungskompetenz der Pädagogen bzw. Erziehungskompetenz der Eltern strukturiert stärken und nachhaltig erweitern und dadurch Stress und Resignation vermeiden.

Prof. Klaus Hurrelmann: „STEP gibt Sicherheit und Souveränität im pädagogischen Alltag.“

Ziel des Projektspots

Die TeilnehmerInnen (päd. Fachkräfte in der Erziehungshilfe, Schulsozialarbeiter, etc.) erkennen

- STEP als zielführendes und alltagstaugliches Konzept zur achtungsvollen und konsequenten Erziehung. STEP ermöglicht es professionell Erziehenden und Eltern eine gemeinsame pädagogische Sprache und damit eine echte Erziehungs- und Bildungspartnerschaft.
- dass sie durch ein gut strukturiertes Training (Haltungen reflektieren und Verhaltensweisen üben) nachhaltig ihre Handlungskompetenz stärken, ihre Beratungskompetenz erweitern – sowohl im Umgang mit jungen Menschen, als auch mit den Eltern – und so Stress und Entmutigung im beruflichen Alltag reduzieren können.

Inhalt

Bausteine von STEP werden kurz vorgestellt, individuelle Fälle aus dem Berufsalltag – auf der Basis des pädagogischen Konzepts von STEP – reflektiert, neue Perspektiven erkannt, veränderte Handlungsweisen und deren Wirkung im Alltag betrachtet.

Kontakt:

STEP – Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung e.V.
Franz-Vaahsen-Weg 10

40489 Düsseldorf

Tel.: 0211-4089888

E-Mail: Trudi.Kuehn@instep-online.de

Webseite: <http://www.instep-online.de>

Praxisbericht: Die kriminalpräventive NRW-Initiative „Kurve kriegen“ in Hagen

Heike Pohlmann und Jörg Konrad Unkrig, Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW
Uwe Grohmann und Christel Matysiak, Die Brücke Dortmund e.V.

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen will mit der Initiative „Kurve kriegen“ verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche im Alter von 8 - 15 Jahren zu Intensivstraftätern werden. Seit dem Herbst 2011 wird dieses kriminalpräventive Konzept in acht Modellregionen erprobt. Es beinhaltet, dass die Gefährdungs- und Risikolage für Kinder/Jugendliche, die bereits früh und wiederholt Straftaten begehen, bei den Polizeibehörden standardisiert bewertet wird. Die Polizei bietet den Familien der besonders kriminalitätsgefährdeten Kinder/Jugendlichen die freiwillige Teilnahme an der Initiative an. Pädagogische Fachkräfte begleiten dann kontinuierlich und koordinieren unterstützende Maßnahmen. Sie nutzen einen sogenannten „Baukasten“ mit verschiedenen Angeboten regionaler Anbieter. Dabei handelt es sich zum einen um pädagogische Programme, die darauf abzielen, soziale Kompetenzen zu erwerben, zum anderen um präventive Angebote zur dauerhaften sozialen Integration, wie Sprach- oder Sportkurse. Die pädagogischen Fachkräfte aus Hagen berichten von Ihren Erfahrungen und ihrer konkreten Arbeit mit den Kindern und deren Sorgeberechtigten, insbesondere über ein spezielles Angebot für Mütter.

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211-8713334
Fax.: 0211-8713355
E-Mail: ppj@mik.nrw.de
Webseite: www.kurvekriegen.nrw.de

Wie gelingt Kommunale Kriminalprävention?

Ingolf Grunwald, Polizeirevier Kehl
Ulrike Jensen, Courage e.V.

Es soll kein Geheimnis sein, wie Kommunale Kriminalprävention erfolgreich gelingen kann. Am Beispiel der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) in Kehl, Willstätt, Rheinau und Appenweier geben wir einen Einblick in die Arbeitsweise und in die Projektideen des Beratungsteams, das seit dem Jahr 2001 erfolgreich zusammenarbeitet. Die sinkende Jugendkriminalität in Kehl könnte ein Hinweis auf den Erfolg sein. Von der Zivilcourage zu kriminalpräventiven Projekten für Jugendliche, der Fahrradcodierung oder Alkoholpräventionskonzepten - das institutionsübergreifende Team findet zu jedem Thema eine passende Lösung. Der Verein Courage wurde 2004 zur Unterstützung des Beratungsteams gegründet und bietet der KKP seitdem einen praktischen, ideellen sowie finanziellen Rahmen.

Kontakt:

Courage-Sicherheit fördern e.V.
Hauptstr. 85
77694 Kehl
Tel.: 07851-881201
E-Mail: ordnungswesen@stadt-kehl.de
Webseite: www.courage-kehl.de

Wir geben der Jugend eine Chance - PAJ-Projekt BW

Leo Keidel, Polizeipräsidium Aalen

Baden-Württemberg hatte landesweit zur Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (Förderprogramm PAJ) aufgerufen und finanzielle Ressourcen für geeignete Projekte bereitgestellt. Die Polizeidirektion Waiblingen (jetzt PP Aalen) bewarb sich erfolgreich mit seiner Projektidee mit 7 Einzelmodulen und startete zum 01.01.2012.

Kernstück des Projekts sind die Interventionsmodule 1 und 2 (Verhaltenstraining und Beratungsangebote). Alkoholisierte jugendliche Erst-(Gewalt) Täter werden von der Polizei/JGH auf das neue Verhaltenstraining hingewiesen oder erhalten es im Rahmen des Ermittlungsverfahrens als Auflage. Die erfolgreiche Teilnahme am Einzeltraining führt zu einer Strafmilderung. Im Gegensatz zu bisherigen Auflagen wie Arbeitsstunden steht die Reflektion/ Aufarbeitung des eigenen Fehlverhaltens im Vordergrund. Ergänzend oder eigenständig werden alkoholisiert angetroffene Jugendliche durch die Polizei auf das proaktive Beratungsangebot des Kreisdiakonieverbandes/der Caritas LB-RMK hingewiesen. Es ist vorgelagert zum vorhandenen HALT-Angebot. Die Auswertungen aus dem 1. Jahr sind positiv. Von den alkoholisierten jugendlichen Ersttätern (ca. 100 jährl. im RMK) konnten 10 ins Verhaltenstraining aufgenommen werden, 9 absolvierten es erfolgreich. Durch die Polizei wurden 24 der in alkoholisierter hilfloser Lage aufgegriffenen 73 Jugendlichen in ein externes Beratungsgespräch vermittelt.

Kontakt:

Polizeipräsidium Aalen - Haus der Prävention

Ludwigsburger Straße 1

71332 Waiblingen

Tel.: 07151-9816292

Fax.: 07151-50285972

E-Mail: leo.keidel@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.haus-der-praevention.de>

Ehrenamtliche Bewährungshilfe bei Neustart

Tina Riede, NEUSTART gGmbH

Bewährungshilfe dient der Resozialisierung straffälliger Menschen(Täter) und wird vom Gericht statt des Vollzugs oder zur Verkürzung einer Freiheitsstrafe(Gefängnis) angeordnet. Sie ist eine Maßnahme zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen und hilft, Kriminalität zu vermeiden und die Sicherheit in unserer Gesellschaft zu erhöhen.

Bewährungshilfe bei Neustart wird nicht nur durch hauptamtliche Sozialarbeiter durchgeführt, sondern, wie auch gesetzlich vorgesehen, von ehrenamtlichen Bewährungshelfern. Diese tragen damit ganz wesentlich dazu dabei, straffällige Menschen zu resozialisieren und leisten damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Prävention vor neuen Straftaten.

Der Projektspot soll über das Ehrenamt bei Neustart informieren, die gesellschaftsrelevanten Aspekte aufzeigen und zur Diskussion anregen.

Kontakt:

NEUSTART gGmbH

Rosenbergstr. 122

70193 Stuttgart

Tel.: 0711-62769404

E-Mail: tina.riede@neustart.org

Webseite:<http://www.neustart.org>

Strategien und Erfolgsfaktoren der „Lokalen Alkoholpolitik“

Sabine Lang, Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH

Rund 100 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg setzen das Konzept „Lokale Alkoholpolitik“ zur kommunalen Alkoholprävention um. Ziel ist, Rauschtrinken unter Jugendlichen und Erwachsenen zu verhindern und Vandalismus und Gewalt gegenüberzutreten.

Freiburg, Karlsruhe, Rastatt, Tuttlingen, Offenburg und viele weitere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg lassen sich vom Baden-Württembergischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation alkoholpolitisch beraten und bei der Umsetzung dieser kommunalen Strategie begleiten. Ausgehend von einer kommunalen Situations- und Bedarfsanalyse der aktuellen Alkoholproblematik entsteht im Rahmen der Implementierung der Lokalen Alkoholpolitik ein Policymix aus pädagogischen und ordnungspolitischen Maßnahmen. In diesen Prozess sind alle relevanten Schlüsselpersonen, zum Beispiel aus Verwaltung, Polizei, Gastronomie, Einzelhandel und Schulen mit einbezogen. Die konkreten Maßnahmen reichen von „Blauen Briefen“ für auffällige Jugendliche, Einsatz von Jugendschutzteams, Workshops für Jugendliche nach Alkoholvergiftung und Beratungsangebote für deren Eltern, der Schaffung von Jugendtreffpunkten bis hin zu jugendschutzgerechten Vereinszertifizierungen und anderes mehr.

Gemeinden und Städte werden somit befähigt, aktiv eine kommunale Strategie zur Alkoholprävention zu entwickeln.

Kontakt:

Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention
und Rehabilitation gGmbH
Basler-Straße 61
79100 Freiburg
Tel.: 0761/156 309-14
E-Mail: sabine.lang@bw-lv.de
Webseite: <http://www.bw-lv.de>

Prävention und Nachhaltigkeit

Helmolt Rademacher und Christian Wild, Hessisches Kultusministerium Projekt GuD

Wir möchten Ihnen als Projekt GuD (Projekt 'Gewaltprävention und Demokratie lernen' des Hessischen Kultusministeriums) unseren Ansatz und unsere Erfahrungen darstellen, wie die Nachhaltigkeit gewaltpräventiver Arbeit in Schule durch begleitende Angebote unterstützt und gefördert werden kann.

Im schulischen Kontext wird im Zusammenhang mit unterschiedlichsten Formen von Gewalt häufig nach einfachen und kostengünstigen Lösungen gefragt. Lehrer, Sozialpädagogen und Schulleitungen handeln oft erst, wenn akute Problemlagen ein Eingreifen erfordern. Die präventive Arbeit gerät dabei aufgrund fehlender Gesamtkonzepte zu sehr aus dem Blickfeld.

Um Gewaltphänomene im schulischen Kontext jedoch nachhaltig zu begegnen, sind präventive Ansätze und eine partizipative Grundhaltung von zentraler Bedeutung. Die Bausteine eines langfristig wirksamen Konzepts sind adäquate pädagogische Handlungskompetenzen, die lösungsorientierte Kooperation aller Beteiligten sowie eine wertschätzende, präventionsorientierte Schulkultur.

GuD begleitet Schulen mit gewaltpräventiven und demokratiepädagogischen Programmen und unterstützt sie bei der Schaffung nachhaltiger beteiligungsorientierter Strukturen durch umfassende Beratungsangebote und auf den schulischen Bedarf abgestimmte Fortbildung.

Im Vortrag stellen wir diesen systemischen Ansatz des Projekts dar und laden zu Diskussion und Austausch ein.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium
c/o Landesschulamt - Stuttgarter Straße 18-24
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-38989232
Fax.: 069-38989606
E-Mail: Petra.Becker@hkm.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

Presentation on Demand (PoD)

Unter „Presentation on Demand (PoD)“ finden Sie Informationen zu verschiedenen Präventionsthemen, die trotz ihrer Bedeutung und Qualität aus Kapazitätsgründen leider nicht in das Programm der Vorort-Vorträge aufgenommen werden konnten. Die Schriftfassung und/oder Präsentation finden Sie in der Internetdatenbank des Deutschen Präventionstages über den QR-Code auf dieser Seite.

Presentation on Demand (PoD)

	Seite
Hochschule Luzern - Soziale Arbeit	481
Denkzeit-Gesellschaft	482
LMU-München und Bundespolizei	483
Justus-Liebig-Universität Gießen	484
broken hearts stiftung	485
Netzwerk gegen Gewalt	486
Mensch: Theater!	487
CVJM Wolfsburg	488
Landeskriminalamt Baden-Württemberg	489
Präventionsbüro Metropolregion-Rhein-Neckar	490
BIG e.V. Berliner initiative gegen Gewalt an Frauen	491

Frühe Förderung - Prävention zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft

Prof. Dr. Martin Hafen, Hochschule Luzern - Soziale Arbeit



Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Disziplinen wie Neurobiologie, Epigenetik, Bindungstheorie und Entwicklungspsychologie legen den Schluss nahe, dass die frühkindliche Lebensphase ab der Zeugung für die bio-psycho-soziale Entwicklung eines Menschen von zentraler Bedeutung ist. Nimmt man diesen Schluss ernst, so wird die Frühe Förderung zu einem der zentralen Handlungsfelder der Prävention und der Gesundheitsförderung.

Im Referat werden die unterschiedlichen Bereiche der Frühen Förderung präventionstheoretisch analysiert. Die Basis für diese Analyse bilden die soziologische Systemtheorie (Luhmann) resp. die daraus entwickelte, themenunspezifische systemische Präventionstheorie. Der systemtheoretische Zugang wird (in gut verständlicher Form) dazu genutzt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Frühen Förderung als Prävention mit Fokus auf die Praxis und die Funktionssysteme Politik und Wissenschaft zu beschreiben und präventionsrelevante Folgerungen von dieser Analyse abzuleiten.

Kontakt:

Hochschule Luzern

Werftstr. 1

6002 Luzern

E-Mail: martin.hafen@hslu.ch

www. <http://www.hslu.ch/sozialearbeit>

Das Denkzeit-Training in der JVA. Interventionstechniken in der tertiärpräventiven Arbeit mit Straftätern

Dr. Christa Dr. Schäfer, Denkzeit-Gesellschaft



Das Denkzeit-Training ist ein sozialkognitives Einzeltraining für delinquente und/oder gewaltbereite Jugendliche und junge Erwachsene. Es zielt auf die Förderung von psychosozialen Fähigkeiten ab, die als Schutzfaktoren gegen Delinquenz bekannt

sind: die Fähigkeit zur Empathie und zur Perspektivübernahme, zur Analyse sozialer Konflikte, zur Abschätzung von Handlungsfolgen, zur Affektkontrolle u.a. Die Trainingsteilnehmer lernen, in emotional belastenden sozialen Situationen einen kurzen Augenblick inne zu halten, um adäquate Handlungsstrategien zu generieren. Das Einzeltraining ist manualisiert und umfasst 40 Sitzungen, es beruht auf psychodynamischen Grundannahmen.

Seit einigen Jahren wird das Denkzeit-Training auch im Jugendstrafvollzug mit großem Erfolg als tertiärpräventive Maßnahme angewandt.

Alle Programme für die Arbeit mit delinquenten jungen Menschen haben ein Transferproblem zu lösen: Wird der Jugendliche Einsichten und erlernte Inhalte aus dem Training in seinem Alltag, womöglich sogar in seiner Peergroup anwenden? Oder wird er sich zwei Welten erschaffen: die Welt seines Trainings einerseits und die Welt seiner Subkultur andererseits?

In diesem Artikel über das Denkzeit-Training wird aufgezeigt, wie im Denkzeit-Training gearbeitet und wie dem Transferproblem begegnet wird.

Kontakt:

Denkzeit-Gesellschaft

Goebenstr. 24

10783 Berlin

E-Mail: info@denkzeit.com

Webseite: www.ChSchaefer.de oder www.denkzeit.com

Fotos im Gleisbett - Beste Freundin

Martin Voigt (LMU-München) in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei



Im Mai 2011 kam es in der Nähe von Memmingen zu einem tödlichen Unfall als zwei befreundete Mädchen – 13 und 16 Jahre – von einem Zug erfasst wurden. Bei einem vergleichbaren Fall in Lünen 2013 starben zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren. Martin Voigt konnte beide Zugunfälle auf das Motiv „Fotos im Gleisbett – Beste Freundin“ zurückführen und der Bundespolizei die jugendkulturellen Hintergründe erklären:

Seit dem Aufkommen der bei Schülern beliebten Online-Netzwerke werden an Klassengemeinschaften und speziell an Mädchenfreundschaften neue soziale Anforderungen gestellt. Für die Selbstdarstellung auf Facebook ist es unerlässlich, aussagekräftige Fotos hochzuladen. Besonders Mädchen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren fallen durch ihre Inszenierung auf. Zusammen mit der besten Freundin machen sie immer wieder neue Freundschaftsfotos, die sie ihren Mitschülern auf Facebook präsentieren. Eines der Freundschaftsmotive mit Kultfaktor zeigt den Mädchentypus ‚beste Freundin‘ Arm in Arm, händchenhaltend oder küssend auf Bahngleisen. Gezielt werden Schienen als Szenerie ausgewählt.

Am Stand „Fotos im Gleisbett – Beste Freundin“ können anhand zahlreicher Bildbelege sämtliche Aspekte zu diesem gefährlichen Foto-Trend und geeignete Präventionsmaßnahmen besprochen werden.

Kontakt:

Ludwig-Maximilians-Universität
80539 München

Tel.: martinvoigtma@gmail.com

E-Mail: praevention-internetsucht@gmx.de

Webseite: <http://www.forschungsstelle.org/aktivitaeten/fellowship/fellows/voigt>

Häuser des Jugendrechts in Hessen – Ergebnisse der Begleitforschung für Wiesbaden und Frankfurt am Main- Höchst

Susanne Linz, Justus-Liebig-Universität Gießen



Die Häuser des Jugendrechts (HdJR) Wiesbaden und Frankfurt am Main-Höchst waren die ersten Vorhaben dieser Art für Hessen, die siebte und achte entsprechende Einrichtung in Deutschland. Sie basieren auf der Konzeption und den Zielen des ursprünglichen Modellprojekts in Stuttgart Bad-Cannstatt, arbeiten aber mit jeweils eigenständig entwickelten Eckpunktepapieren. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa wurde die Begleitforschung unter der Koordination der Kriminologischen Zentralstelle e. V. von einer Mitarbeiterin der Professur für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafprozessrecht (Prof. Dr. Bannenberg), Justus-Liebig-Universität Gießen, durchgeführt. Die Untersuchung wurde als formative Evaluation angelegt; sie beschreibt und analysiert die Umsetzung des Konzepts und den Entwicklungsprozess. Dabei orientierte sie sich an den in den Eckpunktepapieren festgehaltenen Ziele wie u. a. eine Verkürzung des Ermittlungsverfahrens und der bessere Kontakt zu den jugendlichen Straftätern sowie ein individuellerer Verfahrensausgang. Jedes HdJR wurde individuell angepasst begleitet, so dass zwei selbständige Forschungsberichte im Rahmen des Abschlussberichts enthalten sind.

Kontakt:

Justus-Liebig-Universität Gießen

Licher Straße 64

35394 Gießen

E-mail: Susanne.Linz@recht.uni-giessen.de

Webseite: <http://www.recht.uni-giessen.de/wps/fb01/home/Bannenberg/>

Hat Menschenhandel etwas mit Deutschland zu tun und wenn ja, wie kann ich helfen?

Dr. Cinderella Freifrau von Dungern, broken hearts stiftung



Heute soll es weltweit 27 Mio. Sklaven geben, die einem Jahresprofit von 32 Milliarden erbringen, das ist die drittgrößte kriminelle Einnahmequelle nach Drogen- und Waffenhandel. Das Thema ist ein Tabuthema. Zu wenig ist einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Zur modernen Sklaverei gehören Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Organhandel, Zwangsadoption und Zwangsheirat. In Europa werden über 800.000 Sklaven vermutet. Demgegenüber gibt das BKA für Deutschland nur eine Zahl von 500-600 ermittelten Fällen von Menschenhandel pro Jahr an. Man geht jedoch von einem hohen Dunkelfeld aus. Das Verbrechen ist komplex und verborgen, die Traumatisierung und Bedrohung der Opfer oder ihre Nähe zum Täter verhindern ihre Aussagebereitschaft.

Die EU schlägt für eine wirksame Bekämpfung von Menschenhandel ein 3-Säulen Modell vor: Prävention, Stabilisierung der Opfer und Strafverfolgung. In allen 3 Bereichen besteht für Deutschland Handlungsbedarf, der mit einer differenzierten, reflektierten Auseinandersetzung und Bewusstseinschärfung von den Akteuren der deutschen Zivilgesellschaft anfängt.

Warum kann das Thema für jeden von uns relevant sein?

1. Man ist möglicherweise direkt oder indirekt Nutznießer moderner Sklaverei. Direkt durch Inanspruchnahme der Dienste verklavter Menschen, indirekt durch Konsumierung von Produkten, deren Herstellung auf Sklavenarbeit beruht.

2. Man kann direkt oder indirekt Zeuge von moderner Sklaverei sein. Durch Hinschauen, Wahrnehmen und Melden kann man helfen.

3. Man könnte die einzige Person sein, die handelt, durch Aufklärung des Umfeldes oder durch Bewusstwerden, dass das Thema in der heutigen Gesellschaft angekommen ist.

Kontakt und Informationen: Die 2011 gegründete broken hearts stiftung will Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Betroffenen sollen stabilisiert werden, die Täter bestraft werden. Dazu werden Kooperationspartner gesucht und Spenden für eigene Projekte und ausgewählte Hilfsorganisationen gesammelt.

Kontakt:

broken hearts stiftung

Postfach 100120, 30891 Wedemark

E-Mail: info@brokenhearts.eu

Webseite: <http://www.brokenhearts.eu>

Inklusion – eine Herausforderung für die (Kriminal)-Prävention?

Manfred Burkart, Netzwerk gegen Gewalt



Im Rahmen der Ratifizierung der UN-Konventionen zur Gleichbehandlung aller Menschen haben das Netzwerk gegen Gewalt – Regionale Geschäftsstelle Südhessen und die Nieder Ramstädter Diakonie (NRD) den Runden „Gewaltprävention bei geistig- und lernbehinderten Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen“ gegründet. Einrichtungen der Behindertenhilfe, Schulen, Institutionen, Behörden, Beratungsstellen, Forensik, eine Hochschule, das Hessische Sozialministerium und Kostenträger sind Mitglieder.

Ziel ist es, sich früh den Herausforderungen der Inklusion und der Gewaltprävention bei jungen Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen zu stellen. Der fächerübergreifende Austausch ist im Bereich der Behindertenhilfe wegen fehlender Umgangsformen zum Thema Gewalt fast einzigartig, aber im Rahmen der Inklusion und vorausschauenden Prävention unabdingbar.

Beim Umgang mit jungen kognitiv beeinträchtigten Delinquenten gibt es viele Fragezeichen. Weder Gesetzgebung, noch Justiz und Polizei sind auf die Bedingungen der Inklusion eingerichtet. Sie lassen diese scheinbar außen vor, obgleich auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden müssen.

Die Teilhabe behinderter Menschen in allen gesellschaftlichen Belangen bedeutet, sich ganzheitlich mit allen Themen auseinanderzusetzen und den geänderten Bedingungen zu stellen.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt

Orangerieallee 12

64285 Darmstadt

Tel: 06151-969 4041

E-Mail: Netzwerk.gegen.Gewalt.pps@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de>

Mensch: Theater!

Tobias Gerstner, Mensch: Theater!



Die Gruppe Mensch:Theater! ist ein Präventionstheater mit Standorten in Sinzheim (für Süddeutschland) und Hildesheim (für Norddeutschland), sowie in der Schweiz. Der Schwerpunkt von Mensch: Theater! liegt auf der Gewalt- und Suchtprävention.

Mittels Forumtheater nach Augusto Boal wurden zu diesen Themen verschiedene Stücke erarbeitet. Das Publikum erlebt und lebt Theater. Mensch: Theater! fördert Inklusion, indem es weder ausgrenzt, noch unterscheidet in Schicht, kulturelle Ursprünge oder polarisiert in normal/ behindert, krank/gesund. Wir bieten Raum zum Begegnen und Mitgestalten, Wahrnehmen und Erkennen. Mensch: Theater! bildet eine Synthese aus Denken, Fühlen und Wollen.

Im Forumtheater hat der Zuschauer die Möglichkeit Handlungsoptionen auszuprobieren. Mit Ausnahme von Gegengewalt ist dabei zunächst alles möglich. Während der Aufführung werden die Zuschauer also schon aktiv eingebunden, hier beginnt das prozessorientierte Arbeiten. Die Zuschauer werden in die Problemlösung eingebunden. Dadurch werden verschiedene Prozesse in Gang gesetzt. Die gängige Haltung eines Theaterzuschauers wird aufgebrochen, er schaut nicht nur aus einer Konsumhaltung auf das Geschehen, er trägt mit seinen Ideen zur Problemlösung bei.

An die Aufführungen wird ein Workshop angeschlossen. Jeder Schauspieler betreut eine der Gruppen. Die Kleingruppen setzen die Methode Forumtheater nun selbst um. Zusammen mit dem Schauspieler begeben sie sich auf die Suche nach einer Szene, passend zum gerade gesehenen Thema.

Kontakt:

Mensch: Theater!

Hofmattstraße 10

76547 Sinzheim

Tel: 07223-9159735

E-Mail: gerstner@mensch-theater.de

Webseite: <http://www.mensch-theater.de>

Pausenliga und Pausensport

Manfred Wille, CVJM Wolfsburg



In den 60er Jahren die Idee einer Pausenliga von Mitglieder des CVJM Wolfsburg im Fußball erstmalig umgesetzt. Im Rahmen eines Schulprojektes 1998 im multi-kulti Stadtteiles Westhagen wurde sie wieder gestartet und dann mit Unterstützung des Programms „Integration durch Sport“ des DOSB und des LSB Niedersachsen weiter entwickelt. Sie ist Vorreiter für andere Pausenliga in Niedersachsen und Deutschland. Die Volleyball Pausenliga ist Modellprojekt des niedersächsischen Volleyball Verbandes.

An der Pausenliga nehmen die Hauptschule Westhagen (Fußball), die Regenbogen-Grundschule (Volleyball, Fußball, Tischtennis) und die Hans-Christian-Andersen-Grundschule (Volleyball, Fußball, Hallenhockey) teil. Bei den einzelnen Sportarten werden die Regeln der Situation angepasst. Am Ende der (pädagogischen) Spielrunde gibt es dann noch eine (sportliche) Finalrunde. Die Siegermannschaft erhält den „CVJM-Wanderpokal“.

Die Westhagener Pausenliga ist eine „Institution“ bei Kindern im Stadtteil. Es besteht ein guter Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und Lehrern. Die Kinder stellen ihre Mannschaften selbst zusammen und lernen gut, mit Sieg und Niederlage umzugehen. Es gibt einen eigenen Internetauftritt. Aus der Pausenliga sind außerschulische Aktivitäten wie eine Kinder-volleyballgruppe, Schülerzeitung, Turniere, Feste und Fahrten entstanden.

Kontakt:

CVJM Wolfsburg

Neue Reihe 16

38448 Wolfsburg

Tel: 05361-62813

E-Mail: manfred-wille-cvjm-wolfsburg@t-online.de

Webseite: <http://www.westhagener-pausenliga.de>

www.cvjm-wolfsburg.de

Standorte und Perspektiven behördlicher Ausstiegshilfe-Programme für Rechtsextremisten

Frank Buchheit, Landeskriminalamt Baden-Württemberg



Die deutschen Aussteigerprogramme folgen dem skandinavischen Vorbild und entstammen einer „Gründerzeit“ nach 2000, die als „Aufstand der Anständigen“ bekannt wurde. Neben wenigen zivilgesellschaftlichen Programmen etablierten sich in der föderalen Vielfalt mehrere behördliche Programme, die in unterschiedlichen Ressorts verortet sind (Inneres, Justiz, Soziales, etc.). Da hiermit auch unterschiedliche Auslegungen der Idee der Aussteigerprogramme verbunden sein könnten, empfahl die Innenministerkonferenz im Jahr 2003 einen regelmäßigen fachlichen Austausch. Mittlerweile liegen als ein Resultat dieses Prozesses die „Standorte und Perspektiven behördlicher Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten“ vor, die auf den Prozess des Ausstiegs, dabei verfolgte Ziele und eingesetzte Methoden ebenso eingehen wie auf Fragen der Sicherheit und Qualitätssicherung. Zusätzlich werden Anforderungen an Ressourcen entsprechender Programme benannt. Die damit formulierten Standards markieren eine Selbstpositionierung, die unter den Programmen Orientierung schafft und die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern in angrenzenden Aufgabenfeldern über Transparenz erleichtern kann. Für die Professionalisierung des Arbeitsfeldes „Deradikalisierung“ könnte das Positionspapier ebenso einen Beitrag leisten wie zu dessen Qualitätsentwicklung.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Zentralstelle
Prävention (010)
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart
Telefon: 0711 - 54013459
E-Mail: frank.buchheit@polizei.bwl.de
Webseite: www.lka-bw.de

Zivilprävention - Konfliktlösung jenseits der Kriminalprävention

Charitos Brentano, Präventionsbüro Metropolregion-Rhein-Neckar



Konflikte sollte man lösen, nicht nur managen. Dies gilt insbesondere für irrationale Anteile eines Konfliktes. Weit vor einer Straftat, können Konfliktortungs- und Lösungsmethoden irrationale Anteile eines Konfliktes enttarnen, was in vielen Fällen

bewirkt, dass der gesamte Konflikt erlicht. Präventive Lösungsangebote verlagern sich hiermit weit weg vom Nebenschauplatz der reinen Strafdelinquenz in das tatsächliche Hauptfeld aller schädigenden Einwirkungen von Menschen auf Menschen, nämlich langfristige kumulative schmerzhaftes Emotionen, welche schleichend ihr Zerstörungspotential entfalten. Gefahr besteht ab dem Zeitpunkt der Zeugung für die Bindungsentwicklung eines Kindes, und endet bei späteren irrationalen Bindungsabbrissen, eine der massivsten Formen von Gewalteinwirkung. In Kombination mit den Erkenntnissen der Aggressions- und Gewaltforschung kann mit einem systemischen Diagnose-Prognose-Ansatz in der Praxis nachhaltig auch Delinquenz proaktiv verhindert werden. Verfügbare Lösungsmodule werden zur Disposition gestellt. Es wird an Praxisbeispielen aufgezeigt, wie ausschließlich im Zivilbereich dem permanenten Nachschub von vermeidbarer Delinquenz wirkungsvoll entgegen gewirkt werden kann. Die Spanne der Möglichkeiten erstreckt sich vom fesselnden Kinderspielzeug über die Verhinderung von Cyber-Mobbing (Strukturgewalt), Schulungen, bis zum Täter-Opfer-Ausgleich.

Kontakt:

Präventionsbüro Metropolregion-Rhein-Neckar
Kolberger Straße 8h
76139 Karlsruhe
E-Mail: cha.brentano@t-online.de

„Gute Liebe – Schlechte Liebe“ - Ein Projekt zur Prävention von Gewalt in Teenagerbeziehungen

Henrike Krüsmann, BIG e.V. Berliner initiative gegen Gewalt an Frauen



Gewalt in Teenagerbeziehungen ist ein häufig vorkommendes Problem, welches langfristige Auswirkungen auf das Wohlbefinden, die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit, auf die Entwicklung von Jugendlichen sowie ihre Beziehungsfähigkeit haben

kann. Eine aktuelle Studie aus dem Jahr 2013 belegt, dass 65 % der Schülerinnen und 60 % der Schüler in ihren Beziehungen mindestens einmal eine Form von grenzüberschreitendem Verhalten oder Gewalt erleben mussten.

Für ein Projekt zur Prävention von Gewalt innerhalb von Teenagerbeziehungen ergeben sich zwei Ansätze. Zum einen geht es darum, Jugendliche darin zu stärken in Beziehungen respektvoll miteinander umzugehen und eigene Grenzen wahrzunehmen und zu benennen sowie Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zum anderen ist die Peer-Group, als die Gruppe, an die sich Betroffene in der Mehrheit wenden, für die Thematik zu sensibilisieren und in ihrer Handlungskompetenz zu stärken. Vor diesem Hintergrund entwickelte BIG-Koordinierung im Jahr 2011 das Projekt „Gute Liebe – Schlechte Liebe“, welches in Schulen ab Klassenstufe 8 durchgeführt wird. Die zweitägigen Workshops werden sowohl in geschlechterhomogenen als auch geschlechtergemischten Gruppen durchgeführt.

Seit April 2012 wird das Projekt durch die Werner-Coehnen-Stiftung unterstützt.

Kontakt:

BIG e.V. Koordinierung
Durlacherstraße 11a
10715 Berlin

Tel: 030-850 772 75

E-Mail: kruesmann@big-koordinierung.de

Webseite: <http://www.big-koordinierung.de>

Ausstellung

Infostände

Ausstellende Institutionen	Seite
AGJ-Fachverband - Konflikt-KULTUR	501
Aktion „Sportler setzen Zeichen“ - WEISSER RING e. V.	502
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen	503
Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen	504
AWO Karlsruhe gemeinnützige GmbH	505
B.B.W. St. Franziskus Abensberg, Träger: Kath. Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V.	506
Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention	507
Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V.	508
Bewährungshilfe Stuttgart e.V. / PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH	509
Buchhandlung Büchergilde*	510
Bund Deutscher Kriminalbeamter	511
Bundesamt für Justiz	512
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Präventionskooperation	513
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik BSI	514
Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V.	515
Bundesarbeitsgemeinschaft Prävention & Prophylaxe e. V.	516
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.	517
Bundeskriminalamt	518
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz / Bundesamt für Justiz	519
Bundespolizei	520

Ausstellende Institutionen	Seite
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	521
Bundeszentrale für politische Bildung	522
Bündnis gegen Cybermobbing e.V.	523
Courage- Sicherheit Fördern e.V., Kehl	524
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	525
Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt – Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt	526
Deutsche BOB-Initiativen - BOBBayern Initiative	527
Deutsche BOB-Initiativen - Pfalz-BOB	528
Deutsche BOB-Initiativen - Polizeipräsidium Mittelhessen	529
Deutsche BOB-Initiativen - Polizeipräsidium Trier	530
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)	531
Deutsche Stiftung Mediation	532
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	533
Deutscher Familien Verband Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.	534
Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.	535
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	536
Deutsches Jugendinstitut e. V.	537
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)	538
Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN)	539
Die Kinderschutz-Zentren	540
DKSB Ortsverband Karlsruhe Stadt und Landkreis e.V.	541
Drogenhilfe Köln	542

Ausstellende Institutionen	Seite
EJF gAG	543
ESM Jugendbüro / Jugendamt Stadt Marl	544
European Forum for Urban Security (EFUS)	545
Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.	546
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	547
Fairplayer e.V.	548
Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.	549
Förderverein „Sicherer Landkreis Böblingen e.V.“	550
FREIE HILFE BERLIN e.V.	551
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.	552
Galli Präventionstheater und Lichtmädchen e.V. „Märchen helfen heilen“	553
gegen-missbrauch e.V.	554
Gemeinde Unfallversicherungsverband Hannover / Landeskriminalamt Niedersachsen	555
Gewaltstopper e.V.	556
Gewerkschaft der Polizei	557
Gewinnspareverein der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg e. V.	558
GSJ - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH / Berliner Polizei, Dir. 5 Stab 4 – Prävention und Öffentlichkeitsarbeit	559
Haus des Jugendrechts Stuttgart	560
Hessisches Kultusministerium – Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen	561
Hessisches Landeskriminalamt / Polizei Hessen	562
Hessisches Ministerium der Justiz	563
Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. – Lions-Quest „Erwachsen werden“	564

Ausstellende Institutionen	Seite
IN VIA Kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit i.d. Erzdiözese Freiburg e.V.	565
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	566
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	567
Internationaler Bund	568
Jugendförderungswerk Villingen Schwenningen e.V.	569
Jugendstationen Gera und Jena/Saale-Holzland-Kreis	570
Junge Menschen im Aufwind (JuMA), Speyer	571
Junges Staatstheater Karlsruhe	572
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden	573
juuuport – www.juuuport.de, die Selbstschutz-Plattform von Jugendlichen für Jugendliche im Web	574
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)	575
Kinder- und Jugendamt Heidelberg	576
klicksafe	577
Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V. - „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ Landeskoordination BW	578
Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsunfallprävention (KEV) beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg / Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.)	579
Koordinierungsstelle Gewaltprävention und Verein Verantwortung statt Gewalt e. V.	580
Kreis Lippe, Kooperationsgremium „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“	581
Kriminalistik - Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH*	582
Kriminologische Masterstudiengänge der Ruhr-Universität Bochum	583
Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg	584

Ausstellende Institutionen	Seite
Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Baden-Württemberg e.V. und Mobile Jugendarbeit Karlsruhe	585
Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)	586
Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Geschäftsstelle „Förderprogramm Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“	587
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	588
Landeskriminalamt Niedersachsen	589
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz und Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz	590
Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt	591
Landespräventionsrat Niedersachsen	592
Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen	593
Landespräventionsrat Sachsen	594
Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt	595
Landesprogramm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz	596
Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald	597
Landratsamt Karlsruhe	598, 599
Landratsamt Karlsruhe - Frühe Hilfen	600
Lebenswertes Murgtal e.V. – Verein für Prävention und Sicherheit	601
MAVAND Solutions GmbH*	602
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur	603
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW	604
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	605
Netzwerk gegen Gewalt	606

Ausstellende Institutionen	Seite
Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster	607
Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg	608
Netzwerk Zuhause sicher e. V.	609
Netzwerkarbeit für nachhaltige Gewaltprävention: Konzept MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule	610
NEUSTART gGmbH	611
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	612
Oberzent-Schule Beerfelden	613
Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH*	614
Ortspolizeibehörde Bremerhaven	615
Papilio e.V.	616
PHINEO gAG	617
Polizei Sachsen	618
Polizeiinspektion Schwerin	619
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	620
Polizeiinspektion Stralsund	621
Polizeipräsidium Aalen - Haus der Prävention	622
Polizeipräsidium Bochum - Kriminalprävention	623
Polizeipräsidium Heilbronn	624
Polizeipräsidium Karlsruhe, Haus des Jugendrechts Pforzheim und Enzkreis - „Anti-Graffiti-Mobil“	625
Polizeipräsidium Karlsruhe, Referat Prävention, Schutzengel Pforzheim-Enzkreis	626
Polizeipräsidium Ludwigsburg / Referat Prävention	627
Prävention im Blick - im Landkreis Diepholz	628
Präventionsnetzwerk Karlsruhe	629
Projekt Chance im CJD Creglingen	630

Ausstellende Institutionen	Seite
Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK)	631
Regiestelle TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN und Initiative Demokratie Stärken / BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus	632
Rheinisches Präventionsinstitut gegen Gewalt	633
Schillerschule Brühl/ Baden	634
SDNA Technology GmbH*	635
Seehaus e.V.	636
Sicheres Freiburg e.V.	637
SKM-Katholischer Verein für soziale Dienste in der Erzdiözese Freiburg e.V.	638
Stadt Esslingen in Kooperation mit dem Polizeirevier Esslingen	639
Stadt Karlsruhe	640
Stadt Karlsruhe - Gleichstellungsbüro ZJD	641
Stadt Karlsruhe - Kulturbüro	642
Stadt Karlsruhe - Ordnungs- und Bürgeramt	643
Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde Hauptabteilung Beratung	644
Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde Jugendgerichtshilfe	645
Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde Sozialer Dienst	646
STEP – Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung e.V.	647
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	648
Stiftung Pro Kind	649
Täter-Opfer-Ausgleich im Justizvollzug und LAG TOA Baden-Württemberg	650
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	651

Ausstellende Institutionen	Seite
Triple P Deutschland GmbH*	652
Unfallkasse Baden-Württemberg	653
Universität Erlangen - EFFEKT	654
Verein Programm Klasse2000 e. V.	655
Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e. V. (VPKV)	656
Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK)*	657
WEISSER RING e.V.	658
Zartbitter e. V.	659
Zusammenhalt durch Teilhabe	660
„Zentrale Beratungsstellen“ der freien Straffälligenhilfe mit Förderung durch das Justizministerium NRW	661

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

AGJ-Fachverband - Konflikt-KULTUR

Konflikt-KULTUR ist ein umfassendes, wissenschaftlich fundiertes und evaluiertes Fortbildungs- und Präventionsprogramm für alle Schulformen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe. Das Mehr-Ebenen-Programm vertritt die Prinzipien des autoritativen Erziehungsstils, ist bedürfnis- und bindungsorientiert, bietet positive Rollenmodelle und fördert Selbstregulation, Empathie und Problemlösefähigkeiten.

Ziel ist eine nachhaltige Schul-/Organisationsentwicklung, die zur Verbesserung des Klassen-/Gruppenklimas beiträgt und alle Beteiligten mit einbezieht. Die Heranwachsenden erfahren einen Zuwachs an sozialen Kompetenzen, werden befähigt, konstruktiv mit Konflikten umzugehen und das Zusammenleben positiv zu gestalten. Gleichzeitig werden Grundbedingungen für effektives Lernen geschaffen.

Das Programm umfasst im Wesentlichen folgende inhaltlichen Bausteine:

- Klassenführung
- Sozialtraining und Mobbingintervention
- Kommunikation in Schulklassen
- Mediation und Tat-Ausgleich
- Systemisches Konfliktmanagement
- Konsequenz und wertschätzend – Der autoritative Erziehungsstil

Der AGJ-Fachverband ist Teil der Caritas mit den Aufgabefeldern Armutsbekämpfung, Gesundheitsförderung und Jugendschutz. Zirka 500 Beschäftigte arbeiten in stationären und ambulanten Einrichtungen und Diensten zur Prävention, Suchtberatung/-behandlung, Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungsförderung und Fortbildung.

Kontakt:

AGJ-Fachverband - Konflikt-KULTUR

Oberau 21

79102 Freiburg

Tel.: 0761/21807-41

Fax.: 0761/21807-703

E-Mail: jugendschutz@agj-freiburg.de

Webseite: www.konflikt-kultur.de

**Aktion „Sportler setzen Zeichen“ -
WEISSER RING e. V.**

„Sportler setzen Zeichen - Für eine gewaltfreie Jugend“

Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten. Defizite hier spiegeln sich auch in einem Anstieg der Jugendgewalt wider. Der Gedanke „Ich kann`s ohne Gewalt. Du auch!?“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne des WEISSEN RINGS, in der es darum geht, Jugendlichen Sport als sinnvolle Freizeitgestaltung nahezubringen und Angebote dafür zu schaffen.

Die Errichtung von Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeystadien für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort umgesetzt wurde. Bekannte Sportler werben für einen gewaltpräventiven Weg. Z. B. Handball-Star Stefan Kretschmar: „Runter von der Straße und rein in die Sporthalle. Der Sport ist super geeignet, um Spaß, Regeln, Teamgeist und die häufig fehlenden Erfolgserlebnisse zu erfahren. Das Projekt gibt gerade den Kids neue Impulse, Sport zu treiben.“

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

E-Mail: rau.anna@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde von Angehörigen der Opfer gegründet und im November 2009 in die „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“, eine kirchliche Stiftung bürgerlichen Rechts, überführt.

Der Tätigkeitsbereich der Stiftung umfasst Gewaltpräventionsmaßnahmen an Schulen (u.a. Theaterprojekte, Sportpädagogische Projekte, Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte,) wissenschaftliche Fachtagungen, Vorträge für Fachpublikum und Öffentlichkeit, sowie die Zusammenarbeit mit politischen Gremien zu Sicherheitsfragen, (privater Waffenbesitz).

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen
Gewalt an Schulen

Wallstr. 28, 71364 Winnenden

Tel.: 07195-589570

Fax.: 07195-589571

E-Mail: info@aktionsbuendnis-amoklauf.de

Webseite: www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsen ist neben der Strafgerichtsbarkeit, den Staatsanwaltschaften und dem Justizvollzug die vierte Säule der Strafrechtspflege in Niedersachsen.

Im AJSD arbeiten rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Aufgaben der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, der Gerichtshilfe und der Aussteigerhilfe wahrzunehmen. Daneben ist Personal des AJSD in den 11 Opferhilfebüros der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen eingesetzt.

Justizsozialarbeiterinnen und Justizsozialarbeiter engagieren sich u. a. für die soziale Eingliederung von Straftäterinnen und Straftätern, erstellen Entscheidungshilfen für die Strafjustiz und bedienen sich der Mediation. Sie unterstützen die Klienten die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden und begleiten Opfer von Straftaten und deren Angehörige.

Der AJSD ist den Grundwerten von Toleranz, sozialer Gerechtigkeit, den Menschenrechten und der gewaltfreien Konfliktlösung verpflichtet. Daraus resultieren eine wertschätzende Grundhaltung sowie ein ressourcen- und lösungsorientierter Arbeitsstil.

Wir leisten Präventionsarbeit für unsere Gesellschaft und tragen zur inneren Sicherheit bei. Wir kooperieren mit privaten Trägern und Netzwerkpartnern der Straffälligen- und Opferhilfe und unterstützen ehrenamtliches Engagement.

Kontakt:

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen
Richard-Wagner-Platz 1
26135 Oldenburg

Tel.: 0441-2201220

Fax.: 0441-2201420

E-Mail: adol-poststelle@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.ajsd.niedersachsen.de>

AWO Karlsruhe gemeinnützige GmbH

Wir stellen unsere Einrichtungen des Sozialtherapeutischen Kinder- und Jugendhilfeverbundes vor. Diese Hilfen sind miteinander vernetzt und bieten den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern vielfältige Hilfen an. Wir orientieren uns an den Leitsätzen der AWO - Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit - d.h. für uns auch gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen, die Befähigung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung und selbstverständlich ein gewaltfreies Miteinander.

Fachliche Standards, der systemische, der interkulturelle, der lebensfeldorientierte und der geschlechtsdifferenzierte Ansatz sind für uns Selbstverständnis. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern, dem Sozialen Dienst, der Jugendgerichtshilfe etc. begleiten und unterstützen wir die Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung ihrer individuellen Perspektiven. Hierzu bieten wir in allen unseren Einrichtungen Musik-, Kunst-, Werk-, Sport-, und Theaterangebote, Kommunikations-, und Soziales Training, sowie die individuelle Unterstützung bei Krisen und Problemen.

Diese Einrichtungen stellen wir Ihnen vor:

Luzie - Einrichtung für Mädchen

Sozialpädagogische Gruppenarbeit

BINGO - Einrichtung für gefährdete Jugendliche

EPA - Erlebnis, Pädagogik, Abenteuer

Projektarbeit gegen Gewalt

Schulische Hilfen-Lerncoaching, Lernbegleitung

Schulverweigerungsprogramm

Kontakt:

AWO Karlsruhe gemeinnützige GmbH

Rahel Straus Str. 2

76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 35007133

Fax.: 0721 35007170

E-Mail: b.mehnert@awo-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.awo-karlsruhe.de>

**B.B.W. St. Franziskus Abensberg,
Träger: Kath. Jugendfürsorge der Diözese
Regensburg e.V.**

Das B.B.W. St. Franziskus Abensberg (Träger: Kath. Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V.) ist eine führende Einrichtung der beruflichen Rehabilitation für junge Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen. Die Abteilung „Spurwechsel“ im B.B.W. St. Franziskus Abensberg (B.B.W.) bietet ein perspektivorientiertes Angebot für delinquente und gewaltbereite Jugendliche und junge Erwachsene - einen Einstieg in den Ausstieg über eine berufliche Qualifikation und Persönlichkeitsbildung. Der Messestand gibt einen Überblick über das ganzheitliche und multimodale Angebot des B.B.W. - eine Kombination aus beruflicher Qualifizierung und den differenzierten Betreuungskonzeptionen:

- U-Haftvermeidung für Jugendliche
- Sozialtherapeutische Wohngemeinschaft
- Anti-Aggressions-Verhaltens-Training
- Gewaltprävention
- Heilpädagogische Jugendwohngruppen
- differenziertem Internatbereich zur Verselbstsündigung.

Kontakt:

B.B.W. St. Franziskus Abensberg (Träger: Kath. Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V.)

Regensburger Str. 60, 93326 Abensberg

Tel.: 09443-709140

Fax.: 09443-709593

E-Mail: frank.baumgartner@bbw-abensberg.de

Webseite: <http://BBW Abensberg>

Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention

Ausstellerstand der „Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention“
Hier sind die Beccarianer die Innovatoren. Am Stand der „Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention“ haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Beccaria Qualifizierungsprogramms (2008-2014) die Gelegenheit, sich auszutauschen, jahrgangsübergreifend kennenzulernen, zu vernetzen oder aber auch sich selbst zu präsentieren. Der Stand dient den „Beccarianern“ als Alumniplattform.

Darüber hinaus erhalten Interessenten die Möglichkeit, ehemalige Absolventen nach ihren Erfahrungen, Nutzen und Praxistauglichkeit des Qualifizierungsprogramms zu befragen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Tel.: 0511-1205261

E-Mail: anja.meyer@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.beccarianer.de>

Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V.

In Deutschland besteht derzeit eine große Lücke im Gesetzbuch, was den Umgang mit Straftätern betrifft. Der Strafvollzug zielt darauf ab, Täter durch Haft zu bestrafen, allerdings wird nicht beachtet, dass dabei gewisse Verhaltensmuster nicht verändert werden und somit eine Wiederholung der Gewalttat vorprogrammiert ist. Der präventive Opferschutz findet somit in deutschen Strafverfahren trotz der von BIOS erreichten Änderung des Gesetzes durch Einführung des § 246a Abs.2 StPO keine ausreichende Beachtung. Zu einer erfolgreichen Behandlung gehört vor allem eine frühzeitige Diagnostik, welche schon in der gerichtlichen Hauptverhandlung getroffen werden muss.

Die von BIOS-BW e.V. getragene Forensische Ambulanz Baden (FAB) bietet für abgeurteilte Gewalt- und Sexualstraftäter die Möglichkeit des Erhalts einer rückfallreduzierenden und damit opferschützenden Therapie.

Die psychotherapeutische Behandlung Tatgeneigter im Rahmen des weiteren Programmes „Keine Gewalt oder Sexualstraftat begehen“ ist ebenfalls am präventiven Opferschutz ausgerichtet, denn durch eine Behandlung kann das Risiko der erstmaligen Begehung von Straftaten deutlich reduziert werden. Dieses in Karlsruhe und in den überregionalen Behandlungsstützpunkten der FAB angebotene und bundesweit einmalige Präventionsprogramm wird durch die Universität Heidelberg wissenschaftlich beforscht und evaluiert.

Kontakt:

Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V.

Stepahnienstraße 28b

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-47043933

Fax.: 0721-47043939

E-Mail: info@bios-bw.de

Webseite: <http://www.bios-bw.de>

**Bewährungshilfe Stuttgart e.V. /
PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste
gemeinnützige GmbH**

PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH und Bewährungshilfe Stuttgart e.V. Zwei unter einem Dach, die zusammengehören und gemeinsam als private soziale Dienstleister die staatliche Strafjustiz unterstützen.

Die Bewährungshilfe Stuttgart e.V., Verein zur Förderung der Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Resozialisierung Straffälliger als Alleingesellschafter der gGmbH, der die Richtung vorgibt, strategische Ziele erarbeitet, übergreifende Aufgaben wahrnimmt, zugewiesene Bußgelder an die Projekte von Verein und gGmbH weitergibt und sich um Ambulanz, IKN, Zeugenbegleitung und den Fonds Psychotherapie und Bewährung Baden -Württemberg kümmert.

Die PräventSozial Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH, die im Wesentlichen die operative Arbeit für beide Träger leistet und für die Bereiche Wohnen, Arbeit, Betreuungsweisungen, Schuldnerberatung (ZSB), BICO, ACHTUNG, NERO, NEROkidz, ISATrans und Eltern- Kind -Projekt Chance zuständig ist.

Resozialisierung, Prävention, Opferschutz und Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten sind die Ziele, die Bewährungshilfeverein und PräventSozial gGmbH anstreben. Beide unterstützen gemeinsam als private soziale Dienstleister die staatliche Strafjustiz.

Kontakt:

PräventSozial gemeinnützige GmbH

Neckarstr. 121

70190 Stuttgart

Tel.: 0711-23988410

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: mail@praeventsozial.de

Webseite: <http://www.praeventsozial.de>

Buchhandlung Büchergilde

Büchergilde - schöne Bücher seit über 85 Jahren

Die Büchergilde verkörpert Tradition und Fortschritt im Geiste Gutenbergs. Seit ihrer Gründung 1924 verlegt sie ein engagiertes und anspruchsvolles Programm: klassische und zeitgenössische Autoren von Rang, sie greift zeitkritische und gesellschaftsrelevante Sachthemen auf und fördert mit der Pflege des illustrierten Buches moderne Typographie und Buchkunst. Die besonders ausgestatteten Bücher, Originalgrafiken, eine Auswahl an Musik-CDs und DVDs finden sich im Laden der Büchergilde in der Innenstadt. Als kleine inhabergeführte Buchhandlung bieten wir Kunstausstellungen, Lesungen und Büchertische an. Sie finden hier eine fachkundige Beratung und einen persönlichen Service.

Eine Buchhandlung ist ein Tor zur Welt des Denkens, durch sie wird Bildung greifbar.

Kontakt:

Buchhandlung Büchergilde

Staulinie 16/17

26122 Oldenburg

Tel.: 0441-25327

E-Mail: buechergilde.oldenburg@web.de

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Der BDK vertritt kompetent und ausschließlich die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei, Beamte wie Tarifbeschäftigte und setzt sich für die wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein. Der BDK zählt bereits heute die überwiegende Mehrheit aller Kriminalbeamtinnen und -beamten zu seinen Mitgliedern. Der BDK strebt zu den Trägern politischer Verantwortung, zu anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie zu den Medien ein den gemeinsamen Interessen dienendes Verhältnis an. Durch das Wirken im politischen Raum, in der Öffentlichkeit und in der polizeilichen Organisation - so hat es der BDK in seinem Grundsatzzprogramm festgeschrieben - leistet er seinen Beitrag zur Entwicklung einer praxisnahen, realistischen und fortschrittlichen Kriminalitätskontrolle.

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter
Poststraße 4-5
10178 Berlin
Tel.: 030-24630450
Fax.: 030-246304529
E-Mail: bdk.bgs@bdk.de
Webseite: <http://www.bdk.de>

Bundesamt für Justiz

Der Deutsche Bundestag stellt jährlich Finanzmittel bereit, mit denen Opfern extremistischer Übergriffe eine Härteleistung als Soforthilfe zugesprochen werden kann. Diese Härteleistung kann den Opfern in vielen Fällen kurzfristig Erleichterung verschaffen. Sie ist Ausdruck der Solidarität der Gemeinschaft mit den Opfern sowie der gesellschaftlichen Ächtung solcher Taten. Zuständig für die Entscheidung über die Gewährung von Härteleistungen ist das Bundesamt für Justiz in Bonn. Am Informationsstand des Bundesamtes erhalten Sie Informationen über Möglichkeiten und Voraussetzungen der Antragstellung, Antragsformulare, Merkblätter und Informationsflyer. Zielgruppe sind primär alle Stellen, die als Informationsträger und -verteiler Opfern bei der Antragstellung behilflich sein können. Hierzu gehören insbesondere die Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Opferberatungsstellen, Opferverbände, Integrations-, Migrations- sowie Präventionseinrichtungen, aber auch Sozialdienste, Rettungs- und Hilfsdienste, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen.

Kontakt:

Bundesamt für Justiz

Referat III 2

53094 Bonn

Tel.: 0228 99 410-5773

E-Mail: opferhilfe@bfj.bund.deWebseite: <http://www.bundesjustizamt.de/opferhilfe>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Präventionskooperation

Beratungsstelle

An die Beratungsstelle können sich alle Personen wenden, die sich um die Radikalisierung eines Angehörigen oder Bekannten sorgen und zu diesem Themenbereich Fragen haben. Diese Entwicklung geht oftmals einher mit einem Rückzug aus dem bisherigen Umfeld. Dies führt im sozialen Umfeld, besonders aber bei Eltern zu Verunsicherung und Ängsten. Hier können die Betroffenen die für sie wichtige professionelle Beratung erhalten. Die Beratungsstelle ist für diese Fälle eine bundesweit agierende und kostenlose Einrichtung.

Clearingstelle

Gegenseitiges Wissen und Vertrauen über- und ineinander sind die Basis für eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und muslimischen Organisationen in Deutschland. Die Clearingstelle fördert den Austausch zwischen beiden Seiten. Die Clearingstelle ist dabei bundesweit koordinierend tätig. Ziel ist unter anderem, einen Überblick über alle Projekte in Deutschland zu geben, bei denen Sicherheitsbehörden und Muslime zusammenarbeiten. Die Clearingstelle hat hierfür ein bundesweites Netz von Ansprechpartnern bei Sicherheitsbehörden und muslimischen Organisationen aufgebaut.

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
E-Mail: georg.meinicke@bamf.bund.de
Webseite: <http://www.bamf.de>

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik BSI

Sichere Informationstechnik für unsere Gesellschaft

Wir setzen uns verantwortungsvoll mit allen Fragen der IT-Sicherheit auseinander. Wir analysieren und bewerten bestehende Sicherheitsrisiken und schätzen vorausschauend die Auswirkungen neuer Entwicklungen ab. Unsere vielfältigen Aufgaben setzen sich aus den vier Kernbereichen Information, Beratung, Entwicklung und Zertifizierung zusammen:

Information: Wir informieren zu allen wichtigen Themen der IT-Sicherheit.

Beratung: Wir beraten in Fragen der IT-Sicherheit und unterstützen sie bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

Entwicklung: Wir konzipieren und entwickeln IT-Sicherheitsanwendungen und -produkte.

Zertifizierung: Wir prüfen, bewerten und zertifizieren IT-Systeme hinsichtlich ihrer Sicherheitseigenschaften. Die Zulassung von IT-Systemen für die Verarbeitung geheimer Informationen gehört ebenfalls zu unseren Aufgaben.

In einem Satz: Das BSI untersucht Sicherheitsrisiken bei der Anwendung der Informationstechnik und entwickelt Sicherheitsvorkehrungen. Wir informieren also über Risiken, Gefahren und Befürchtungen beim Einsatz der Informationstechnik und versuchen Lösungen dafür zu finden. Außerdem beraten wir Hersteller, Vertrieber und Anwender von Informationstechnik und analysieren Entwicklungen und Trends in der Informationstechnik.

Kontakt:

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik BSI
Godesberger Allee 185-189
53175 Bonn

E-Mail: stephan.kohzer@bsi.bund.de

Webseite: <http://www.bsi.bund.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V.

Die BAG-S ist eine Fachorganisation, die die Hilfen für straffällig gewordene Menschen verbessern und erweitern will sowie überverbandliche Interessen der Straffälligenhilfe auf Bundesebene vertritt. Sie wurde 1990 gegründet und hat ihren Sitz in Bonn. Die Wohlfahrtsverbände und der Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH) e. V. haben sich in der BAG-S zusammengeschlossen. Die BAG-S wird durch die Bundesregierung gefördert.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V.
Oppelner Straße 130
53119 Bonn
Tel.: 0228 - 9663593
Fax.: 0228 - 9663585
E-Mail: info@bag-s.de
Webseite: <http://www.bag-s.de>

**Bundesarbeitsgemeinschaft Prävention
& Prophylaxe e. V.**

Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Hamburg. Wir bieten Seminare zum Thema „Sexualisierte Gewalt“ für pädagogisches Personal an Schulen, Kindergärten und in Sportvereinen an. Wir wenden uns mit unserem Angebot auch an Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und stehen beratend zur Entwicklung für Schutzkonzepte zur Seite.

Ausserdem führen wir Präventions-Workshops für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen durch. Wir sind bundesweit aktiv.

Zudem führen wir Seminare für Kinder und Jugendliche zur Sensibilisierung und Differenzierung von Gefühlen durch. Wir arbeiten mit theaterpädagogischen Methoden.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Prävention & Prophylaxe e. V.
Hartzlohplatz 5
22307 Hamburg
Tel.: 040-18033608
Fax.: 040-18033634
E-Mail: burr@praevention.org
Webseite: <http://www.praevention.org>

**Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit
Häusliche Gewalt e.V.**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist ein Dachverband für Einrichtungen, die in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen Arbeit mit Tätern im Bereich der Häuslichen Gewalt anbieten. Durch die Rückfallprävention gegen neuerliche Gewalthandlungen leisten unsere Einrichtungen einen nachhaltigen Beitrag zum Opferschutz. Die Standards für diese Arbeit wurden vom Bundesministerium für die Familie etc. veröffentlicht.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.
Nordring 15c
76829 Landau
Tel.: 0176 96571320
E-Mail: roland.hertel@bag-taeterarbeit.de
Webseite: www.bag-taeterarbeit.de

Bundeskriminalamt

Ältere Bürgerinnen und Bürger in Deutschland werden in zunehmendem Ausmaß Opfer von falschen Gewinnversprechen per Telefon. Aus Call-Centern in der Türkei agierende Täter informieren die Angerufenen über den angeblichen Gewinn eines Geld- oder Sachpreises. Die Auszahlung dieses Gewinns wird von einer Vorauszahlung von bestimmten Gebühren, Steuern oder sonstigen Kosten abhängig gemacht. Die Opfer sollen die Beträge beispielsweise überweisen, in bar an einen Abholer übergeben oder per Post ins Ausland versenden.

Es erfolgt in der Folgezeit keine Gewinnausschüttung - ein Gewinn existiert nicht!

Um die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen, manipulieren die Betrüger, gezielt die im Display der angerufenen Opfer erscheinende Rufnummer. Dort wird eine Rufnummer mit deutscher Vorwahl angezeigt, obgleich sich der Täter, der sich ggf. auch als Anwalt oder Amtsperson ausgibt, tatsächlich in der Türkei befindet.

Hat ein Opfer im Rahmen dieser Betrugsmasche einmal eine Zahlung geleistet, muss es damit rechnen, erneut durch die Täter angerufen zu werden und - auch durch Einschüchterung - zur Zahlung weiterer Gelder aufgefordert zu werden.

Seit 2010 hat das BKA bis zu 300.000 solcher oder ähnlicher Fälle in Deutschland festgestellt, der Schaden beläuft sich bereits auf über 32 Millionen Euro. Das BKA wirkt dem Phänomen unter anderem mit umfangreichen Präventionsmaßnahmen entgegen.

Kontakt:

Bundeskriminalamt Wiesbaden
Thaerstraße 11
65173 Wiesbaden
Tel.: 0611/55-0
E-Mail: so3-pg-ccb@bka.bund.de
Webseite: <http://www.bka.de>

**Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz / Bundesamt für
Justiz**

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gegründet. Der Informationsstand auf dem 19. DPT wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Tel.: 030 – 185809217
Fax: 030 185809525
E-Mail: becker-mo@bmj.bund.de
Webseiten: www.bmj.bund.de und www.bundesjustizamt.de

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz/
Bundesamt für Justiz, Adenauerallee 99 - 103
53113 Bonn
E-Mail: Johannes.Simons@bfj.bund.de
Webseite: <http://www.bmj.bund.de>

Bundespolizei

Geocaching - Aufklärung über die Gefahren auf Bahnanlagen
Die populäre, virtuelle Schatzsuche rückt immer wieder in das polizeiliche Einsatzgeschehen, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten für die Präventionsarbeit der Bundespolizei.

Als Geocaching wird die moderne Schatzsuche mittels GPS-Gerät bezeichnet. Als Geocaches (Ablageorte) wird oftmals der Bereich von Bahnanlagen gewählt. Nicht nur vermeintliche USBV (Unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtung) oder Drogenverstecke stellen die Bundespolizisten vor besondere Herausforderungen. Bei der Suche der raffinierten Verstecke kommen Geocacher den Bahngleisen viel zu nahe oder überschreiten nicht selten die Gleise. Im Rahmen eines von der Bundespolizei ausgerichteten Geocacheevents werden die Geocacher über die Gefahren auf Bahnanlagen aufgeklärt. Die bei dem Event in Umlauf gebrachten Trackables (Anhänger) zeigen dann noch lange ihre Wirkung. Die Anhänger werden von den Geocachern immer wieder aus Geocaches genommen und in andere Geocaches abgelegt. Jeder Einzelne davon erzählt dem Finder von dem Anliegen der Bundespolizei: Bahnanlagen sind keine Spielplätze, auch nicht für Geocacher.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Tel.: 0331-97997-0

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Auf dem Informationsstand der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) werden die Materialien der BZgA zur Suchtprävention präsentiert. Vorrangige Ziele der BZgA-Kampagnen zur Suchtprävention sind Vermeidung und/oder Hinauszögerung des Einstiegs in den Konsum legaler bzw. illegaler Suchtmittel, Früherkennung und –intervention bei riskantem Konsumverhalten, Verringerung von Missbrauch und Abhängigkeit. Eine besondere Zielgruppe stellen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dar.

Themenschwerpunkte sind Alkoholprävention, Tabakprävention, Prävention des Konsums illegaler Suchtmittel sowie Lebenskompetenzförderung. Daneben ist die Prävention von Verhaltenssüchten – wie Glücksspielsucht und so genannte „Internetabhängigkeit“ – ein wichtiges Arbeitsfeld der BZgA.

Die Kampagnen der BZgA in der Suchtprävention:

- „Kinder stark machen“ (Primärprävention / Lebenskompetenzförderung)
www.kinderstarkmachen.de
- „Alkohol? Kenn dein Limit.“ (Alkoholprävention)
www.null-alkohol-voll-power.de, www.kenn-dein-limit.info,
www.kenn-dein-limit.de
- „rauchfrei“ (Tabakprävention)
www.rauch-frei.info, www.rauchfrei-info.de
- „drugcom“ (Prävention des illegalen Drogenkonsums)
www.drugcom.de
- „Spielen mit Verantwortung“ (Glücksspielsuchtprävention)
www.spielen-mit-verantwortung.de, www.check-dein-spiel.de
- „Ins Netz gehen“ (Prävention von pathologischer Computerspiel- und Internetnutzung)
www.ins-netz-gehen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ostmerheimer Str. 220, 51109 Köln

Tel.: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)

Fax.: 0221 – 89 92 300

E-Mail: poststelle@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

Im Rahmen des Präventionstages stellt die bpb ihr gesamtes Angebot sowie die Arbeit des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vor.

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern fördert in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur. Die bpb ist mit der Umsetzung des Bundesprogramms betraut.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
E-Mail: daniel.peiffer@bpb.de
Webseite: <http://www.bpb.de>

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Wir werden über Cybermobbing und den Verein informieren.

Kontakt:

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Leopoldstr. 1

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-16009-15

Fax.: 0721-16009-20

E-Mail: info@buendnis-gegen-cybermobbing.de

Webseite: <http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de>

Courage- Sicherheit Fördern e.V., Kehl

Das Beratungsteam Kommunale Kriminalprävention (KKP) in Kehl, Rheinau, Willstätt und Appenweier stellt sich, seine Arbeitsweise und die seit einigen Jahren erfolgreich durchgeführten Projekte vor. Der Verein Courage e.V. wurde 2004 zur Unterstützung des Beratungsteams gegründet und bietet der KKP seitdem einen praktischen, ideellen sowie finanziellen Rahmen.

Kontakt:

Courage - Sicherheit fördern e.V.

Hauptstr. 85

77694 Kehl

Tel.: 07851-881201

E-Mail: ordnungswesen@stadt-kehl.de

Webseite: www.courage-kehl.de

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ein.

DBH-Fachverband ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung Erfolg versprechender Weiterentwicklungen, daraus haben sich die folgenden Projekte und Einrichtungen entwickelt:

- Aus- und Weiterbildung durch das DBH-Bildungswerk,
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA),
- Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug - Projekt LOTSE,
- Übergangsmanagement zwischen Strafvollzug und Nachsorge,
- Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Präsident: Prof. Dr. Heinz Cornel

Bundesgeschäftsführer: Peter Reckling

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Tel.: +49 221 94865120

Fax.: +49 221 94865121

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Webseite: <http://www.dbh-online.de>

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt – Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt

Seit Mai 2008 besteht das Landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt in Sachsen-Anhalt. Dieses Vernetzungsgremium leistet flächendeckend Präventionsarbeit und festigt durch regelmäßige Facharbeit den Opferschutz hinsichtlich Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

Das Netzwerk präsentiert Teile der Ausstellung „Being in Love ...“. Diese Tafeln beschäftigen sich mit den Paarbeziehungen von Jugendlichen. Hier schließt sich der Kreis: nach der Kindheit, in der die Erwachsenen im sozialen Umfeld Vorbilder für mehr oder weniger gelungene Paarbeziehungen waren, entstehen nun im Prozess des Erwachsenwerdens und vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Besonderheiten eigene Paarbeziehungen. Und diese sind wiederum der Anfang im Hinblick auf Familien, die später gegründet werden. Das Thema „Häusliche Gewalt“ ist für die meisten Jugendlichen, die davon zu Hause nicht betroffen sind, vergleichsweise weit weg. Jedoch ist es möglich, sie über den Bezug zu ihren eigenen Paarbeziehungen leichter für ursachenorientierte Präventionsgedanken zu interessieren und zu sensibilisieren.

Kontakt:

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt
Wiener Straße 2
39112 Magdeburg
E-Mail: liko@paritaet-lsa.de
Webseite: <http://www.liko-sachsen-anhalt.de>

Deutsche BOB-Initiativen - BOBBayern Initiative

In Bayern ist BOB in neun Landkreisen vertreten. Von den Kreisverkehrswachten über die evang. Landjugend bis hin zu Kreisjugendringen wird die bay. Initiative in die Landkreise getragen.

Zweimal im Jahr treffen sich alle Initiativen zu einem Workshop im Evangelischen Bildungs- & Tageszentrum in Pappenheim / Altmühltal.

Eine Besonderheit in Bayern ist, dass die evangelische Landjugend (elj) als Projektpartner im Gründungsjahr 2010 der Initiative beiträgt. Durch die Kooperation mit Verbänden der Jugendarbeit sowie der Verkehrswachten, dem Bay. Fahrschulverband und dem Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) wird die Kampagne zur Reduzierung von Verkehrsunfällen unmittelbar in die Zielgruppe getragen.

Ziel der BOBBayern Aktion ist es, die jungen Menschen in den bayerischen Landkreisen für das Thema Alkohol am Steuer zu sensibilisieren und dadurch schwere Verkehrsunfälle, unter dem Einfluss von Alkohol, zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Neu ist, dass nicht nur die primäre Zielgruppe junge Fahrerinnen und Fahrer bis zu einem Alter von 24 Jahren sind, sondern auch das Umfeld der jungen Menschen, die Familien und Jugendverbände in die Aktion eingebunden werden.

BOB greift das positive Handeln junger Menschen auf und transportiert es in die Öffentlichkeit. Das Herzstück des BOB-Konzepts ist die positive Verstärkung von Personen, die sicher keine Trinkfahrer sind.

Kontakt:

BOBBayern Initiative
Waagstr. 10
91710 Gunzenhausen
E-Mail: Info@BOBBayern.de
Webseite: <http://www.bobbayern.de>

Deutsche BOB-Initiativen - Pfalz-BOB

Informationsstand zur BOB-Initiative Pfalz-BOB des Polizeipräsidiums Westpfalz und des Bundes gegen Alkohol- und Drogen im Straßenverkehr.

Kontakt:

PfalzBOB

Logenstraße 5

67655 Kaiserslautern

Tel.: 06397-993830

Fax.: 06397-993831

E-Mail: rheinlandpfalz@bads.de

Webseite: <http://pfalz-bob.de>

Deutsche BOB-Initiativen - Polizeipräsidium Mittelhessen

BOB-Initiativen in Deutschland: „Aktion BOB“ aus Mittelhessen
Wer oder was ist „BOB“?

„BOB“ ist die Person mit der Verantwortung für das Fahren; die Person, die keinen Alkohol trinkt und keine Drogen nimmt. Dank „BOB“ können die Übrigen auf einer Party feiern und trinken. „BOB“ bringt sich und seine Freunde sicher nach Hause. „BOB“ stellt das Verantwortungsbewusstsein gesellschaftlich auf eine höhere Stufe.

Erkennungszeichen von BOB ist ein gelber Schlüsselanhänger mit BOB-Schriftzug. BOB kann jeder sein, egal ob Mann oder Frau, ob jung oder alt. BOB spricht grundsätzlich alle Verkehrsteilnehmer an, richtet sich aber wegen der überproportional hohen Unfallbeteiligung primär an die jungen Fahrer im Alter von 18 bis 24 Jahren.

Seit 2007 wird dieses Konzept im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen umgesetzt und durch verschiedene weitere Maßnahmen ergänzt. Von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit sind dabei die Workshops in Oberstufenschulen, Ausbildungsbetrieben und anderen Institutionen, in denen junge Verkehrsteilnehmer anzutreffen sind. In diesen Workshops werden die zielgruppenspezifischen Gefahren im Straßenverkehr bearbeitet, bei denen die Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum den Schwerpunkt bilden.

Der Erfolg der „Aktion BOB“ wurde nach über 5-jähriger Laufzeit durch eine Evaluationsstudie der Justus-Liebig-Universität Gießen im letzten Jahr festgestellt.

BOB ist mittlerweile weit verbreitet. Die deutschen BOB-Initiativen betreiben eine gemeinsame Homepage unter www.bob-deutschland.de.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelhessen
Karl-Glöckner-Str. 2
35394 Gießen

Tel.: 0641-7006-3810

Fax.: 0641-7006-3809

E-Mail: aktion-bob.ppmh@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.polizei.hessen.de>

Deutsche BOB-Initiativen - Polizeipräsidium Trier

BOB Trier BOB ist eine Aktion, die für die Risiken und Gefahren der Teilnahme am Straßenverkehr unter Alkohol- und Drogeneinfluss sensibilisiert und damit zur Reduzierung von Verkehrsunfällen beitragen will.

Die BOB-Botschaft wirbt für die Einsicht und die Bereitschaft, das Trinken von Alkohol und die Teilnahme am Straßenverkehr konsequent zu trennen. BOB ist mehr als eine reine Verkehrssicherheitsaktion. Sie will insbesondere junge Menschen über die Ansprache auf ihrer Werteebene zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Übernahme von Verantwortung gegenüber Freunden, Bekannten oder Kollegen motivieren. Ein besonders beliebtes Beispiel hierfür: BOB ist die Person einer Gruppe, die nach vorheriger Absprache auf der Party, in der Disco oder in der Kneipe keinen Alkohol trinkt, weil sie ihre Mitfahrer sicher nach Hause bringen will.

BOB erreicht die jungen Leute, findet Akzeptanz in der Zielgruppe und fördert die Übernahme sozialer Verantwortung. Dies hat eine wissenschaftliche Reflexions- und Qualitätskontrolle der Verkehrspräventionskampagne durch das Landesinstitut für Präventives Handeln des Saarlandes ergeben. Informieren Sie sich bei uns am Gemeinschaftsstand der deutschen BOB-Initiativen über die Aktion BOB beim Polizeipräsidium Trier und erfahren Sie mehr über BOB-Deutschland (www.bob-deutschland.de).

Kontakt:

Polizeipräsidium Trier

Salvianstraße 9

54290 Trier

Tel.: 0651/9779-1130

E-Mail: info@bob-trier.de

Webseite: <http://www.bob-trier.de>

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Sport ist die Freizeitbeschäftigung in unserem Land. Spiel, Spaß und Freude, Erfolg und Misserfolg, Sieg und Niederlage, Vorbilder, Werte, Disziplin und Regeln werden hier täglich gelebt und transportiert. Sport hat einen herausragenden Stellenwert in unserer Gesellschaft. Fast ein Viertel der Deutschen Bevölkerung, d.h. 27,8 Millionen Menschen, davon über 10 Mio. Kinder, Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren sind in über 91.000 Sportvereinen organisiert.

Wo so viele Menschen zusammen kommen, sind leider auch die Schattenseiten unserer Gesellschaft zu finden. Themenfelder wie Rechtsextremismus, Fremdenhass, Diskriminierung, Gewalt, sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen, Homophobie und Mobbing erfordern Zivilcourage des Einzelnen im organisierten Sportsystem.

Hierzu bietet die Deutsche Sportjugend als Dachverband des Kinder- und Jugendsports in Deutschland, stellvertretend für und in Kooperation mit ihren 80 Mitgliedsorganisationen, präventive Konzepte, Schulungen und Arbeitshilfen für die verschiedenen Zielgruppen aus den Sportstrukturen wie Trainerinnen und Trainer, Übungsleiter/-innen und Jugendleiter/-innen sowie u.a. Pädagogen/-innen aus dem Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe an.

Am dsj-Infostand finden Sie eine breite Palette an Fachpublikationen zu den oben genannten Themenblöcken, die Sie direkt für Ihre präventive Arbeit einsetzen können.

MEHR WISSEN! Stärken Sie Ihre Kompetenz in der Kinder- und Jugendarbeit im Sport.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im DOSB e.V. (dsj)
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6700335
Fax.: 069-6702691
E-Mail: Becker@dsj.de
Webseite: <http://www.dsj.de>

Deutsche Stiftung Mediation

Mediation - ein guter Weg zur Einigung.

Stiftungszweck

Die Stiftung gibt sich den Auftrag, Mediation in Deutschland - in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft - nachhaltig zu etablieren, mit dem Ziel, die selbstbestimmte Konfliktklärung zu stärken, die Streitkultur zu verbessern und die Rechtspflege in Deutschland zu unterstützen.

Dieser Auftrag und die Fortentwicklung der Mediation sollen wissenschaftlich begleitet werden. Die Stiftung sucht die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene.

Vision

In 5 Jahren wird Mediation als eigenverantwortliche Haltung und alternatives Vorgehen im Umgang mit Streit und Konflikten gleichberechtigt neben anderen Verfahren zur Konfliktbewältigung in Deutschland anerkannt sein. Sie wird den Menschen als professionelle Dienstleistung bewusst sein und wie selbstverständlich in Anspruch genommen.

Kontakt:

Deutsche Stiftung Mediation

Arastr.20

85579 Neubiberg

E-Mail: baden-wuerttemberg@stiftung-mediation.de

Webseite: <http://www.stiftung-mediation.de>

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken. Der 29. Deutsche Jugendgerichtstag fand im September 2013 in Nürnberg statt und stand unter dem Motto „Jugend ohne Rettungsschirm. Herausforderungen annehmen!“.

Vier Mal jährlich erscheint die Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), die einzige deutschsprachige Zeitschrift speziell zum Jugendstrafrecht und zur (sozialen) Arbeit mit straffällig gewordenen jungen Menschen.

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)
Lützerodestraße 9
30161 Hannover
Tel.: 0511-3483640
E-Mail: info@dvjj.de
Webseite: <http://www.dvjj.de>

Deutscher Familien Verband Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

Die Beratungsstelle ProMann in Magdeburg gibt es seit 1999. Sie ist federführend in der Beratungsarbeit mit Jungen und Männern in Sachsen-Anhalt, insbesondere der täterorientierten Arbeit mit Männern mit Gewaltproblemen.

Das Verständnis und die Philosophie für die Arbeit der Beratungsstelle ist ein gewaltfreier, partnerschaftlich- und identitätsorientierter Ansatz auf Grundlage unseres selbstentwickelten Konzeptes.

Die unterschiedlichen Angebote der Beratungsstelle (Beratung, Täterarbeit, Weiterbildungen, Seminare, Vernetzungen und Projekte der Jungenarbeit) haben das Ziel, Jugendliche und Männer dabei zu ermutigen, sich mit ihren Unsicherheiten, Konflikten und Krisen auseinanderzusetzen. Schwerpunkte dabei sind die Einzelberatung von Gewalttätern auf Grundlage der Systemischen Theorie und die präventive Arbeit auf Grundlage der konfrontativen Pädagogik.

Kontakt:

Deutscher Familien Verband Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Johannes-R.-Becher-Straße 49
39128 Magdeburg
E-Mail: m.lindner@dfv-lsa.de
Webseite: <http://dfv-lsa.de>

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.

Das Projekt „Nicht-mit-mir!“ ist das durch den Deutschen Ju-Jutsu Verband initiierte, deutschlandweite, bundeseinheitliche Präventions-, Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskonzept für Kinder und Jugendliche, das auf Aktualität und Nachhaltigkeit ausgelegt ist. Sich vor Gewalt zu schützen stellt ein wichtiges Grundbedürfnis und ein in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiertes Grundrecht dar.

Das Programm soll Kindern helfen Gefahren zu vermeiden, gefährliche Situationen zu erkennen und sich im Notfall zur Wehr setzen zu können. Kinder sollen zu selbstbewussten, starken Persönlichkeiten heranwachsen.

Das Programm „Nicht mit mir!“ des DJJV e.V. wurde 2013 bei einer bundesweiten Fachtagung vorgestellt und vom Bündnis für Demokratie und Toleranz der Bundesregierung als „vorbildlich“ eingestuft und mit einem Preis prämiert.

Auch auf lokaler und regionaler Ebene wird dieses Konzept bereits erfolgreich durchgeführt und wurde auch hierfür mehrfach prämiert.

Nähere interessante Informationen erhalten sie an unserem Infostand!

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.
Hans-Thoma-Straße 19
76661 Philippsburg
Tel.: 017622940049
E-Mail: jugend@ju-jutsu.de
Webseite: www.djjv.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) wurde 2001 als gemeinnützige Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der vielfältigen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und trägt dazu bei, dass erfolgversprechende, insbesondere evidenzbasierte Präventionsmaßnahmen aufeinander abgestimmt und nachhaltig den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Tel.: 0228-996813725
Fax.: 0228-9968153725
E-Mail: dfk@bmi.bund.de
Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist das größte sozialwissenschaftliche Institut für Forschung und Entwicklung in Deutschland in den Themenbereichen Kindheit, Jugend, Familie und den darauf bezogenen Politik- und Praxisbereichen. Als außeruniversitäre Institution an der Schnittstelle zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, föderalen Ebenen, Akteursgruppen, Politikbereichen und Fachpraxen bietet das DJI verwertbare Erkenntnisse aus der empirischen Forschung, zeitnahe wissenschaftsbasierte Beratung der Politik sowie fachliche Begleitung und Anregung der Praxis. Gleichzeitig fungiert das DJI als Vermittlungsinstanz zwischen Wissenschaft, Politik und Fachpraxis.

Das Deutsche Jugendinstitut hat seinen Sitz in München sowie eine Außenstelle in Halle (Saale). Es beschäftigt zur Zeit 171 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden sowie aus Institutionen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Der institutionelle Teil des Etats, der etwa die Hälfte des Gesamthaushalts ausmacht, wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gestellt.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstr. 2
81541 München
Tel.: 089-62306244
Fax.: 089-62306165
E-Mail: weber@dji.de
Webseite: <http://www.dji.de>

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet den Akteuren der Sicherheitsarbeit in den deutschen Städten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Das Forum will daran mitwirken, die öffentliche Sicherheit in den Städten und Gemeinden zu verbessern, insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Kriminalprävention, der Verbrechensbekämpfung und der Verkehrssicherheit. Die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das der Kriminalprävention einen hohen Stellenwert einräumt ist ebenso ein Anliegen wie die Förderung der Vernetzung von Behörden, Körperschaften und Organisationen, zu deren Aufgaben und Zielen die Verbesserung der urbanen Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger gehören. Weiter dient das Forum als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch in Sicherheitsfragen.

DEFUS wurde während des 15. Deutschen Präventionstages am 10. Mai 2010 in Berlin als nationaler Zusammenschluss deutscher Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) gegründet. Inzwischen profitieren zehn deutsche Mitgliedsstädte bzw. -organisationen von dem Netzwerk der ältesten aus Vertretern von mehr als 250 europäischen Städten bestehenden Nichtregierungsorganisation im Bereich der urbanen Sicherheit. In den Vorstand wurden die Städte Stuttgart und München gewählt. Die DEFUS-Geschäftsstelle befindet sich in Hannover.

Kontakt:

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V.
(DEFUS)

Am Waterlooplatz 5a, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1205262

Fax.: 0511-120995262

E-Mail: defus@defus.org

Webseite: <http://www.defus.org>

Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN)

Der Verein Deutschland sicher im Netz (DsiN) ist zentraler Ansprechpartner für Verbraucher und mittelständische Unternehmen zu Fragen der IT-Sicherheit. Der Verein stärkt das Vertrauen in neue Technologien durch verständliche und eindeutige Botschaften zu einem sicheren Umgang mit Internet und Informationstechnik.

Als Ergebnis des ersten IT-Gipfels der Bundesregierung wurde 2006 aus der bestehenden Initiative der Verein „Deutschland sicher im Netz e.V.“ gegründet.

Mit dem gemeinsamen Ziel, das Sicherheitsbewusstsein von Anbietern und Verbrauchern beim Umgang mit dem Medium Internet zu erhöhen, kooperiert der Verein seit 2007 mit dem Bundesministerium des Innern.

Als übergreifende Institution bündelt DsiN die Aktivitäten von Unternehmen, Branchenverbänden sowie Vereinen und bietet der Bundesregierung herstellerunabhängig und produktneutral einen zentralen Ansprechpartner.

Unser aktiver Beitrag für mehr IT-Sicherheit

Zusammen mit seinen Mitgliedern leistet Deutschland sicher im Netz e.V. mit einer Vielzahl von Aktivitäten einen praktischen Beitrag für mehr IT-Sicherheit.

Die DsiN-Mitglieder geben konkrete Handlungsversprechen ab, an denen sich der Erfolg ihres Engagements transparent überprüfen lässt.

Kontakt:

Deutschland sicher im Netz e.V.
Albrechtstraße 10a
10117 Berlin
E-Mail: a.pelz@sicher-im-netz.de
Webseite: <http://www.sicher-im-netz.de>

Die Kinderschutz-Zentren

Die Kinderschutz-Zentren sind der Zusammenschluss der Kinderschutz-Zentren in Deutschland. Ziel und Aufgabe der Kinderschutz-Zentren ist es, Gewalt gegen Kinder, Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und sexuellen Missbrauch abzubauen, zu verhindern bzw. vorzubeugen.

Die Kinderschutz-Zentren bieten eigene Fachkongresse sowie Fort- und Weiterbildungen an. Fachpolitisch sind sie in vielen Arbeitskreisen des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten und haben u.a. Expertisen für den „Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch“ und das Bundeskinderschutzgesetz erstellt.

Der Stand soll die deutschlandweite Präventionsarbeit der Kinderschutz-Zentren vorstellen. Wie gehen die einzelnen Kinderschutz-Zentren in Deutschland mit dem Thema Prävention um und wie werden theoretische Ansätze im Einzelnen in die Praxis umgesetzt.

Kontakt:

Die Kinderschutz-Zentren
Bonner Str. 145
50968 Köln

Tel.: 0221-569753

Fax.: 0221-5697550

E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

Webseite: www.kinderschutz-zentren.org

DKSB Ortsverband Karlsruhe Stadt und Landkreis e.V.

Projekte unserer Einrichtung zur Gewaltprävention:
Elternkurse „Starke Eltern - Starke Kinder“
Gruppentraining sozialer Kompetenzen „Mach dich stark“

Kontakt:

Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Karlsruhe Stadt
und Landkreis e.V.

Kaiserallee 109, 76185 Karlsruhe

Tel.: 0721-842208

Fax.: 0721-843270

E-Mail: maierhofer-edele@kinderschutzbund-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.kinderschutzbund-karlsruhe.de>

Drogenhilfe Köln

Die wirksame Suchtprävention der Drogenhilfe Köln setzt früh an und arbeitet zielgruppen- und ursachenorientiert. Die Arbeitsmethodik verläuft zielgruppenspezifisch, ursachengerecht und erlebnisorientiert. Wir haben die Fachstelle für Suchtprävention im Jahr 1992 als wesentlichen Teil des Verbundsystems der Drogenhilfe Köln gegründet.

Wir bieten ein breites Spektrum an Angeboten und Möglichkeiten für die suchtvorbeugende Arbeit in den jeweiligen Praxisfeldern. Dabei achten wir auf eine lebendige Mischung von Vorträgen, Medieneinsatz und Spielräumen für die Diskussion und den Erfahrungsaustausch.

Für Multiplikatoren aus dem pädagogischen Bereich und Eltern geben wir die Möglichkeit, unterschiedliche Methoden zu erlernen, die speziell für die einzelnen Praxisbereiche entwickelt wurden. Es werden Materialien zu den Themen Alkoholprävention, Prävention von Onlinesucht und Glücksspielsucht vorgestellt. Insbesondere die von uns neu entwickelten Brillen zum Thema Restalkohol und Drogen bieten für den Bereich Verkehrssicherheit innovative Möglichkeiten, mit Jugendlichen und Erwachsenen das Thema anschaulich zu behandeln.

Kontakt:

Drogenhilfe Köln
Hans-Böckler-Strasse 5
50354 Hürth

E-Mail: c.kluge@praevention.drogenhilfe-koeln.de
Webseite: <http://www.suchtpraevention-drogenhilfe.de>

EJF gAG

Die EJF gemeinnützige AG ist Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten für Menschen aller Altersgruppen, die eine besondere persönliche und soziale Zuwendung sowie Begleitung suchen. Aufbauend auf eine mehr als 100-jährige Geschichte vereint die EJF gemeinnützige AG Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Behindertenhilfe, Altenhilfe und Hospizarbeit, der Aus- und Fortbildung sowie Hotels und Tagungsstätten unter einem Dach. Insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe entwickelt die EJF gemeinnützige AG neue innovative Angebote, die den Bedarf der jungen Menschen, deren Familien aber auch unserer Gesellschaft widerspiegeln. Über die Vielzahl der ambulanten und stationären Angeboten aus den verschiedenen Bundesländern, in denen die EJF gemeinnützige AG tätig ist, können sich Besucher ausführlich auf dem Messestand informieren.

Kontakt:

EJF gAG

Franken 24

95163 Weißenstadt

E-Mail: ptz-franken@ejf.deWebseite: <http://www.ejf.gag>

**ESM Jugendbüro / Jugendamt Stadt
Marl**

Wir haben mit dem „Präventions-und Handlungskonzept gegen Gewalt in Marl“ den Landespreis NRW für Innere Sicherheit gewonnen und würden gern das Konzept, das Netzwerk und die dazugehörigen Module (Projekte, Trainingsangebote, Multiplikatorenfortbildungen in KiTas, Schulen etc.) an einem Info-Stand vorstellen. Die Vorstellung erfolgt mit Flyern, Plakaten, Roll-Ups aber auch mit einer Diashow und Videosequenzen.

Kontakt:

ESM Jugendbüro / Jugendamt Stadt Marl
Römerstr. 59 - 61
45772 Marl
E-Mail: jugendbuero@esm.de

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von mehr als 250 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt und für seine Expertise bei der EU, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt ist.

Heute hat es Mitglieder in 18 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Experten Erfahrungen und Fachwissen auszutauschen, und die gemeinsam im Rahmen europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit. EFUS bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk von Städten und Experten ein, informiert zu aktuellen Entwicklungen, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken, bietet Seminare und europäische Projekte an, und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln.

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DE-FUS) bietet deutschen Efus Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene.

Langjähriger, internationaler Partner des DPT, richtet Efus 2014 in Karlsruhe wieder einen Teil des internationalen Forums aus. Mehr Informationen zu EFUS erhalten Sie am Rande dieser Vorträge, am Informationstand oder unter www.efus.eu.

Kontakt:

European Forum for Urban Security (EFUS)

10 rue des Montioeuifs

75020 Paris

Tel.: +33 1 40 64 49 00

E-Mail: sperber@efus.eu

Webseite: www.efus.eu

Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.:

1. Yasemin-mobile Beratungsstelle für junge Migrantinnen zwischen 12 und 27 Jahren, die von Gewalt im Namen der Ehre und Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind; landesweites Angebot für Baden-Württemberg in Form von Beratung, Präventionsveranstaltungen für Schulklassen / Ausbildungsbetriebe und Fachgespräche für interdisziplinäre Berufsgruppen;

Infostand mit Flyer und Informationsmaterial.

2. Elternweiterbildung:

Fit für mein Kind ist ein präventives Projekt für Eltern mit Migrationshintergrund das interkulturelle Elternkurse und aufsuchende Familienberatung anbietet. Es zeichnet sich durch Beratung, Begleitung, Kooperationen, Vernetzung und den Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern mit Migrationshintergrund aus. Dieses Angebot wird im Rems-Murr-Kreis / Baden-Württemberg an sechs verschiedenen Standorten umgesetzt;

Infostand wird mit Flyer und Infomaterial ausgestattet.

Außerdem gibt es Angebote im Rahmen des Landesprogramms Stärke für Eltern in besonderen Lebenssituationen wie z.B. Alleinerziehung, frühe Elternschaft, Migrationshintergrund und weitere;

Infostand wird mit Flyer und Infomaterial ausgestattet.

Kontakt:

Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Büchsenstraße 34-36

70174 Stuttgart

Tel.: 0711 / 65 86 95 -27

Fax.: 0711 / 65 86 95 -28

E-Mail: info@eva-yasemin.de

Webseite: <http://www.eva-stuttgart.de>

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe ist eine Informations-, Kooperations- und Kommunikationsplattform für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Es ist tagesaktuell und bietet einen schnellen Überblick über neueste Entwicklungen auf Europa-, Bundes- und Länderebene. Es ermöglicht zielgenaues Auffinden von Informationen und Materialien zum eigenen Arbeitsbereich und ist der umfangreichste und meistgenutzte Dienst seiner Art in Deutschland.

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe wird betrieben von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ und IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF).

Kontakt:

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe, c/o IJAB e.V.
Godesberger Allee 142-148

53175 Bonn

E-Mail: starzinger@ijab.de

Webseite: <http://www.jugendhilfeportal.de>

Fairplayer e.V.

Der gemeinnützige Verein Fairplayer e.V. setzt sich für soziales Engagement und Zivilcourage ein und unterstützt die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Förderung sozialer Kompetenzen im Kindes- und Jugendalter. Sie erhalten an unserem Stand Informationen zu den wirksamkeitsevaluierten Präventionsprogrammen Fairplayer.Manual und Fairplayer.Sport. Diese für Schulklassen, Jugendgruppen und Jugendsportmannschaften (Fußball) konzipierten Programme fördern strukturiert und nachhaltig die Entwicklung von sozialer Kompetenz, Empathie und moralischem Verständnis bei Jugendlichen. Mit Unterstützung durch die Deutsche Bahn Stiftung gGmbH und das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) haben interessierte Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen bundesweit die Möglichkeit, sich zu Multiplikatoren fortbilden zu lassen. Falls Sie Interesse haben, kommen Sie gerne bei uns am Stand vorbei!

Kontakt:

Fairplayer e.V.

Pf 19, Habelschwerdter Allee 45

14195 Berlin

E-Mail: fairplayer@zedat.fu-berlin.deWebseite: <http://www.fairplayer.de>

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V. unterhält und fördert Einrichtungen und Projekte der Straffälligen- und Bewährungshilfe in verschiedenen hessischen Städten. Grundgedanke der Arbeit ist, dass eine Verbesserung der Lebenssituation straffälliger Menschen ihre Integrationschancen erhöht und damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention leistet.

Arbeitsfelder sind:

Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe:

Informationen, Schulung und Fortbildung für Bürger, die ehrenamtlich mit gezielten Aufgaben Probanden der Bewährungshilfe unterstützen.

Begleitende psychotherapeutische Versorgung für Probanden des Sicherheitsmanagements:

Koordinierung und Finanzierung von Therapien für Sexualstraftäter zur Umsetzung von gerichtlichen Weisungen.

Konflikte lösen ohne Gewalt:

Beratung und Training für Männer, die im sozialen Nahbereich gewalttätig sind.

Treffpunkt Frankfurt:

Freizeitangebot für Menschen, die nicht an kommerziellen und konsumorientierten Freizeitangeboten teilhaben können.

Theater hinter Gittern:

Kulturelle Veranstaltungen in hessischen Vollzugsanstalten. Wohnraumversorgung für Haftentlassene und Bewährungshilfeprobanden.

Verfügungsgelder für die hessische Bewährungshilfe.

Rechtsauskünfte für Probanden der Bewährungshilfe.

Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen und Fachtreffen.

Die Finanzierung erfolgt durch Bußgelder, Beiträge und öffentliche Projektförderungen.

Kontakt:

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Neebstr. 3, 60385 Frankfurt am Main

Tel.: 069-97768106

Fax.: 069-451570

E-Mail: Kamla@FBH-ev.de

Webseite: <http://www.FBH-ev.de>

**Förderverein „Sicherer Landkreis
Böblingen e.V.“**

Vorstellung des Fördervereins „Sicherer Landkreis Böblingen e. V.“. Dargestellt werden Struktur und Arbeitsweise des kriminal-präventiven Vereins mit besonderem Schwerpunkt auf die kreisweit dauerhaft durchgeführten Angebote:

a) Red Box - Medium und Unterrichtsangebot für die Klassenstufe 7.

Intensive Auseinandersetzung mit der Zielgruppe auf Augenhöhe an Stelle des „erhobenen Zeigefingers“. Die Dose, die jeder Teilnehmer erhält, schafft den Gesprächseinstieg und hält das Thema für die Jugendlichen präsent.

Sie ergänzt die häufig nur ordnungsrechtlich ausgerichteten Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes im Bereich Alkoholkonsum.

b) Prävention durch Kinofilme.

Die Umsetzung erfolgt auf zwei verschiedenen Wegen:

1. 1x jährlich gibt es das Angebot einer Filmwoche, das sich mit unterschiedlichen Filmen für verschiedene Altersgruppen an alle Schulen des Kreises richtet.

Es beinhaltet den Besuch der Filmvorführung und im Anschluss daran eine Nachbesprechung mit einem Medienpädagogen.

2. Intensive Einzelprojekte mit Schulen. Dabei bietet das Projekt drei wesentliche Präventionsansätze:

- Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern.
- Filme sind besonders geeignet das Interesse auch an schwierigen Themen wie z.B. Gewalt oder Drogen zu wecken.
- Leichter Transfer von den Protagonisten des Films in die Lebenswirklichkeit der Teilnehmer.

Kontakt:

Förderverein „Sicherer Landkreis Böblingen e.V.“

Parkstraße 16,

71034 Böblingen

Tel.: 07031-132170

Fax.: 07031-132175

E-Mail: ralf.single@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.foerderverein-bb.de>

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Seit 1990 steht der Name FREIE HILFE BERLIN e.V. für soziale Angebote innerhalb und außerhalb der Justizvollzugsanstalten in Berlin und Brandenburg.

Wir beraten und unterstützen von Wohnungslosigkeit Bedrohte oder bereits Wohnungslose, Inhaftierte und deren Angehörige, während ihrer Haftzeit oder nach der Entlassung, zu einer Geldstrafe Verurteilte, die sie nicht bezahlen können (Arbeit-statt-Strafe) und Mitbürger, die sich ehrenamtlich engagieren möchten.

Neben unserer Beratungsstelle, den Angeboten in den Haftanstalten und dem betreuten Wohnen ist in den letzten Jahren vor allem das Übergangsmanagement aus der Haft zu einem wichtigen Bestandteil der Angebotspalette des Vereins geworden.

Bei der „Freien-Hilfe gGmbH“ ist es möglich, Arbeit-statt-Strafe direkt abzuleisten.

Seit 2009 führen wir „Strukturierte Entlassungsvorbereitungen“ in der JVA Tegel durch und bieten Beratungen und Gruppenangebote zum Thema „Umgang mit Gewalt“ und „Sozialkompetenz“ an.

2011 haben wir gemeinsam mit GANGWAY e.V. ein Angebot des Übergangsmanagements in- und außerhalb der Jugendstrafanstalt Berlin etabliert („Startpunkt“). Dieses Projekt wurde am 06. November 2013 mit dem zweiten Preis der Landeskommision Berlin gegen Gewalt ausgezeichnet.

Ebenfalls in Kooperation mit GANGWAY e.V. wird das Modell-Projekt „Spurwechsel“ in der Jugendarrestanstalt Berlin durchgeführt (Jugendhilfe im Übergang).

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Brunnenstraße 28

10119 Berlin

Tel.: 030-44362440

Fax.: 030-44362453

E-Mail: kontakt@freiehilfe.deWebseite: <http://www.freiehilfe-berlin.de>

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Abteilung Frauen, tritt gemeinsam mit der Entwicklungshilfeorganisation ADRA International weltweit gegen jegliche Form von Gewalt ein. Dabei werden in Deutschland verschiedene Projekte unterstützt und gefördert. Unter anderem setzen wir uns für folgende Projekte ein:

ENDITNOW - Sag nein zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen;

Hilfe und Beratung für Missbrauchsopfer;

Stärkung des Selbstwertes um nicht in die Missbrauchs Falle zu geraten;

Schulprojekt „Medienscout“ (hat bereits einige Förderpreise erhalten) ist ein Präventionsprogramm für Schulen und Schüler;

Genitalverstümmelung bei Frauen (auch in Deutschland) und Rückbildungs-OP;

Gewalt bei Fußballveranstaltungen.

Jeder Einzelne ist dazu aufgerufen hinzusehen, das Schweigen zu brechen, nach Lösungswegen zu suchen und sich für die Beendigung von körperlichem, seelischem und sexuellem Missbrauch einzusetzen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.enditnow.de und www.sexueller-gewalt-begegnen.de

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.

Senefelderstr. 15

73760 Ostfildern

E-Mail: Angelika.Pfaller@adventisten.de

Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

Galli Präventionstheater und Lichtmädchen e.V. „Märchen helfen heilen“

Das Galli Präventionstheater & Training stellt hier gemeinsam mit Verein: Lichtmädchen e.V.: „Märchen helfen heilen“ seine Arbeit vor.

Im Auftrag von Schulämtern, Gesundheits und Umweltorganisationen, der Polizei und theapeutischen Einrichtungen sind in den vergangenen Jahren viele Theaterstücke und Projekte aus der Feder von Johannes Galli entstanden, die nicht nur deutschlandweit ihre Anwendung finden.

In der Praxis finden sich die Projekte des Galli Präventionstheater breit in Kitas, Schulen und sozialen Brennpunktprojekten deutschlandweit wieder. Theaterstücke wie „Der Goldene Schlüssel“, „Troja Trick“, „Die Andere Seite“, „Mir wird schon nichts passiern“, „Der Müllvollberg“ ... und viele andere, haben deutlich gemacht, wie nachhaltig Theateraufführungen und Theaterworkshops wirken.

Am Stand gibt es Info zu den Präventionstheaterstücken von Johannes Galli, Angeboten zu Workshops, Projektwochen für Kitas und Schulen, sowie kompetente Beratung und Info zu Ausbildung, Weiterbildung und Training rund um die Themen: Prävention, Konfliktlösung, Körpersprache und Kommunikation.

Eine anregend gestaltete Ausstellungswand illustriert die Projekte des „Lichtmädchen e.V.“, begleitet von kleinen Filmbeispielen aus der Praxis.

Gerne laden wir Sie auch ein, an unserem Büchertisch die Praxis-Materialien des Galli Verlages kennenzulernen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Kontakt:

Galli Präventionstheater & Training
Oranienburgerstr. 32 / In den Heckmannhöfen
10115 Berlin

Tel.: 030-27596971

Fax.: 030-27596972

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

gegen-missbrauch e.V.

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Landwacht 12

37075 Göttingen

Tel.: 0551-50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Gemeinde Unfallversicherungsverband Hannover / Landeskriminalamt Nieder- sachsen

Vorgestellt wird das Programm „PaC – Prävention als Chance“ - Gewaltprävention und soziales Lernen im Verbund. Programmträger sind der GUV Hannover und das Landeskriminalamt Niedersachsen.

PaC – Prävention als Chance ist ein sogenanntes Mehr-Ebenen-Programm. Es wird jeweils in einer ganzen Kommune umgesetzt, wobei sämtliche an der Sozialisation und Erziehung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Institutionen und Bevölkerungsgruppen mit einbezogen werden.

Das Hauptanliegen von PaC besteht darin, Kinder und Jugendliche (von Kita-Kindern über Grundschüler bis zu Schülern weiterführender Schulen) dabei zu unterstützen, sozial kompetente, in die Gemeinschaft integrierte Mitglieder dieser Gesellschaft zu werden. Darüber hinaus sollen sie gegen Delinquenz und Kriminalität gestärkt und Kinder, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, speziell gefördert werden.

Die Arbeit in Netzwerken und Verbänden sowie die Verankerung des Programms in kommunale Strukturen bilden - neben den Inhalten - das Herz von PaC.

Kontakt:

Gemeinde Unfallversicherungsverband Hannover/Landes-
unfallkasse Niedersachsen
Am Mittelfelde 169
30519 Hannover
E-Mail: mail@pac-programm.de
Webseite: <http://www.pac-programm.de>

Gewaltstopper e.V.

Um ein dauerhaftes Anti-Aggressivitäts-Training anbieten zu können, traten Anti-Aggressivitätstrainer und Coolnesstrainer aus der Jugendhilfe mit umliegenden Einrichtungen aus Eifel, Hunsrück, Rhein und Mosel in Kooperation. Im Januar 2013 gründete sich der Verein:

„GewaltStopper e.V. Verein für konfrontative Pädagogik, AAT/CT.“

Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe sowie gefährdeten Jugendlichen und die Verbreitung konfrontativer Pädagogik in der Jugendarbeit.

Verwirklicht wird der Zweck durch die Durchführung von Anti-Aggressivitäts-Trainings, Coolness-Trainings, Beratung von Einrichtung der Jugendhilfe und Jugendarbeit sowie Mitarbeiterschulungen Fortbildungen und Coachings.

Durchgeführt werden die Angebote von zertifizierten Anti-Aggressivitätstrainertrainer / Coolnesstrainer mit zahlreichen Zusatzqualifikationen.

Der Verein ist an zwei Standorten niedergelassen. Einer befindet sich in 54426 Gräfendhron und zusätzlich noch ab Juni 2014 in 56154 Boppard . Hier verfügt der Verein über eigene Tagungs- und Gruppenräume. Durch Kooperationspartner und Mitglieder kann der Verein auch auf vielfältige Angebote zurückgreifen, wie z.B.: Klettergarten, Tauchschule etc.

Kontakt:

Gewaltstopper e.V.

Im Dhrontal 4

54426 Gräfendhron

Tel.: 0157-39475409

E-Mail: info@gewaltstopper.de

Webseite: <http://www.gewaltstopper.de>

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert rund 173.000 Polizeibeschäftigte - Beamte und Tarifbeschäftigte - und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufsspartnern in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, den Kriminaltechnischen Instituten, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u. v. m.

Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u. a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können. Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten oder die Steigerung der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des "Deutsches Forum für Kriminalprävention" (DFK). Insofern sieht die GdP es auch als selbstverständlich an, auf dem Deutschen Präventionstag präsent zu sein.

Kontakt:

Gewerkschaft der Polizei
Stromstr. 4
10555 Berlin
Tel.: 030-399921-123
Fax.: 030-399921-29123
E-Mail: sascha.braun@gdp.de
Webseite: <http://www.gdp.de>

Gewinnspaarverein der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg e. V.

„Schütze Dein BESTES“: Schulaktionen.

Eine Initiative des Innenministeriums Baden-Württemberg und GIB ACHT IM VERKEHR gemeinsam mit dem Gewinnspaarverein der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg e.V. und weiteren Partnern (Landesinstitut für Schulsport; Süddeutsche Krankenversicherung; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Unfallkasse Baden-Württemberg; Steelmountain; KED Helmsysteme; Landesverkehrswacht Baden-Württemberg u.a.) mit dem Ziel, das BESTE – das Gehirn des Menschen – zu schützen.

Wir veranstalten gemeinsam jährlich an Schulen Aktionstage für Schüler der 6. bis 8. Klasse zur Steigerung der Akzeptanz bei den Schülern, einen Helm zu tragen. Alle Partner des Projektes bieten an den Informationsständen für die Schüler Aktionen rund um das Thema „Helm“. Daneben ist ein Gewinnspiel mit attraktiven Preisen ausgeschrieben (am Aktionstag) sowie ein Klassenwettbewerb (im Vorfeld) zur nachhaltigen Verankerung des Themas im Lehrplan. Alle Infos finden Sie unter www.schuetze-dein-bestes.de

Kontakt:

Gewinnspaarverein der Volksbanken und Raiffeisenbanken
in Baden-Württemberg e. V.

Heilbronner Straße 41

70191 Stuttgart

E-Mail: info@vr-gewinnsparen.de

Webseite: <http://www.vr-gewinnsparen.de>

**GSJ - Gesellschaft für Sport und
Jugendsozialarbeit gGmbH / Berliner
Polizei, Dir. 5 Stab 4 – Prävention und
Öffentlichkeitsarbeit**

Auf dem geplanten Infostand beabsichtigen wir Fotos aus dem Tätigkeitsbereich der Konfliktlotsen in den Bädern in Form einer Power-Point-Präsentation sowie eine kurze filmische Dokumentation der Konfliktlotsenausbildung begleitet von kurzen Statements der Projektpartner vorzustellen. Darüber hinaus werden wir die Kleidung und Ausrüstung der Konfliktlotsen ausstellen.

Kontakt:

GSJ - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH
Hanns-Braun-Str. / Friesenhaus II
14053 Berlin
Tel.: 030-3009850
Fax.: 030-30098511
E-Mail: post@gsj-berlin.de
Webseite: <http://www.gsj-berlin.de>

Haus des Jugendrechts Stuttgart

Seit dem 1. Juni 1999 wird in Stuttgart das erfolgreiche Konzept zur Bekämpfung und Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz in einer vernetzten Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt/Jugendgerichtshilfe unter einem Dach gelebt. Das Amtsgericht ist eng angebunden.

Die angestrebten Ziele, langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität, schnelles Handeln auf normwidriges Verhalten junger Menschen und die Optimierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit, wurden erreicht. Der Betroffene kennt seine Polizeibeamten, seine Jugendstaatsanwältin, seine Jugendgerichtshelferin, seine Richterin und wir unsere Pappenheimer. Wo der Beschuldigte wohnt, in seinem Umfeld, vor Ort, wird ermittelt, angeklagt, Hilfe geleistet und verhandelt.

Bewährte Elemente sind einheitliche Zuständigkeiten, das Wohnortprinzip, feste Ansprechpartner und paralleles, vernetztes, abgestimmtes und zeitnahes Handeln, welche Transparenz gegenüber Opfer und Täter schaffen. Ein individueller Maßanzug für die momentane Lebenssituation des jungen Menschen kann geschneidert werden. Die Verfahrenslaufzeiten konnten durch die neue Kooperationsstruktur mehr als halbiert werden.

Die breit gefächerte Präventionsarbeit an Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen unterstützt die Arbeit. Bundesweit wurden nach dem Stuttgarter Vorbild bereits zahlreiche weitere Häuser des Jugendrechts eingerichtet.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts

Krefelder Straße 11

70376 Stuttgart

Tel.: 0711-89905600

Fax.: 0711-89905559

E-Mail: rainer.rudat@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-stuttgart.de>

Hessisches Kultusministerium – Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen

Das im August 2007 von der Hessischen Landesregierung initiierte Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.

Die Fortbildungsangebote von GuD basieren auf Ideen der Partizipation und der Mediation. Sie sind inhaltlich aufeinander abgestimmt und werden in Teilen schulformspezifisch und auch schulintern angeboten. Praxisnähe und Umsetzbarkeit der Fortbildungsinhalte in den Schulalltag sind dabei von zentraler Bedeutung.

Durch unterschiedliche Beratungsangebote erhalten Schulen, d.h. Projektgruppen, Schulleitungen, Lehrkräfte sowie Sozialpädagogen/innen Anregungen und Unterstützung, wie vorhandene Ansätze im Themenfeld „Gewaltprävention und Demokratielernen“ in den schulischen Alltag integriert werden können, um Schulkultur weiter zu entwickeln und präventiv erfolgreich arbeiten zu können.

GuD bietet Schulen, die im interministeriellen Projekt PiT Hessen (Prävention im Team) mitarbeiten, für ihre Teams projektbegleitende Beratung und kontinuierliche Unterstützung an. In der Kooperation mit dem „Netzwerk gegen Gewalt“ wird vor allem auf regionaler Ebene inhaltlich-organisatorische Netzwerkarbeit zur Gewaltprävention vorangetrieben. Im Bereich Peer-Learning kooperiert GuD in Hessen mit dem buddy e.V.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium
c/o Landesschulamt - Stuttgarter Straße 18-24
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-38989232
Fax.: 069-38989606
E-Mail: Petra.Becker@hkm.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

**Hessisches Landeskriminalamt /
Polizei Hessen**

Das „Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ stellt sein Ausstiegsprogramm vor. Hierbei wird auf standardisierte Verfahren hinsichtlich der Regularien, der Bearbeitungsproblematik bis hin zum Ausstieg von Rechtsextremisten sowie auf die aktuellen Entwicklungen eingegangen.

Der Arbeitskreis „Sicherheit für Alle“ ist ein Gremium, bei dem sich Vertreter der Polizei und Migrantenselbstorganisationen auf Augenhöhe begegnen und über Fragen der Sicherheit austauschen. Durch Interaktion u Partizipation Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgern mit Migrationshintergrund und Polizei.

Kontakt:

Hessisches Landeskriminalamt

Hölderlinstr. 1-5

65187 Wiesbaden

E-Mail: servicestelle.hlka@polizei.hessen.de

Hessisches Ministerium der Justiz

Präsentation der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat Hessen), der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt sowie der Stiftung „Resozialisierungsfonds für Straffällige“.

Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Tätigkeiten des Landespräventionsrates Hessen und insbesondere einen Einblick in die Arbeit seiner zehn Arbeitsgruppen:

- AG I - Gewalt und Minderheiten
- AG II - Gewalt im häuslichen Bereich
- AG III - Prävention für ältere Menschen
- AG IV - Jugendkriminalität
- AG V - Ladendiebstahl
- AG VI - Praxisorientierte Erfolgskontrolle
- AG VII - Bekämpfung illegaler Graffiti
- AG VIII - Gewalt im öffentlichen Raum bei Schülerinnen und Schülern
- AG IX - Vernachlässigung von Kindern
- AG X - Sport und Prävention

Zudem wird sich die im Februar 2006 im Hessischen Ministerium für Justiz, für Integration und Europa eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt präsentieren. Die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle wird zu Gesprächen am Stand zur Verfügung stehen.

Ferner wird Gelegenheit sein, Informationen zur Tätigkeit der Stiftung „Resozialisierungsfonds für Straffällige“ zu erhalten, deren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Schuldenregulierung ehemals Straffälliger - als zentraler Bestandteil der Rückfallprävention - angesiedelt ist.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Luisenstr. 13
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-322709
Fax.: 0611-322619
E-Mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de
Webseite: <http://www.landespraeventionsrat.hessen.de>

Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. – Lions-Quest „Erwachsen werden“

Lions-Quest „Erwachsen werden“ ist ein Fortbildungsprogramm für alle Pädagogen und Multiplikatoren, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Im Mittelpunkt von Lions-Quest „Erwachsen werden“ (LQ „EW“) steht die Entwicklung und Förderung der allgemeinen Sozial- und Lebenskompetenzen von 10-14 Jährigen. Lions-Quest „EW“ wurde für SchülerInnen allgemeinbildender Schulen der Sek. I entwickelt. Es wird seit 1994 in Deutschland erfolgreich praktiziert und in Kooperation mit vielen Kultusministerien durchgeführt.

Ziel des Programms ist die psychosoziale Kompetenz junger Menschen zu entwickeln und zu stärken, sie in ihrer Fähigkeit zu fördern, ihr Leben verantwortlich in die Hand zu nehmen, sie zu befähigen, eigene Entscheidungen sicher zu treffen und umzusetzen und sie in die Lage zu versetzen, Konflikt- und Risikosituationen in ihrem Alltag erfolgreich zu begegnen, damit sie für Probleme, die gerade in der Pubertät gehäuft auftreten, positive Lösungen finden.

Pädagogen und andere Multiplikatoren werden in einem dreitägigen Einführungsseminar mit Inhalten und Zielen von Lions-Quest „EW“ vertraut gemacht, bevor sie das Programm z.B. im Unterricht einsetzen. Sie lernen dabei das Programm nicht nur in der Theorie kennen, sondern erfahren auch seine Wirkungsweise, indem sie die Inhalte u.a. durch Interaktions- und Rollenspiele, Visualisierungen etc. erproben und reflektieren.

Kontakt:

Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

Bleichstr. 3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-9915481

Fax.: 0611-9915483

E-Mail: i.vollbrandt@lions-hilfswerk.de

Webseite: <http://www.lions-quest.de>

IN VIA Kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit i.d. Erzdiözese Freiburg e.V.

IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit in der Erzdiözese Freiburg e.V. ist als Fachverband dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg angeschlossen und anerkannter freier Träger der Jugendhilfe. Seit mehr als 100 Jahren ist IN VIA in verschiedensten Arbeitsfeldern in der Erzdiözese tätig. Dazu gehören Bahnhofsmissionen, Angebote im Bereich Jugendsozialarbeit an Schulen, Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, Internationale Mädchen- und Frauentreffs sowie ein Jugendmigrationsdienst.

IN VIA verfügt über langjährige Erfahrung und Fachkompetenz in der sozialpädagogischen Arbeit mit Schülerinnen und Schülern und der Kooperation mit Schulen. Seit mehr als 40 Jahren ist der Verband im Bereich der schulbezogenen Jugendsozialarbeit tätig. Die Angebote erstrecken sich über sozialpädagogische Einzelfallhilfe und Beratung, Bildungs- und Freizeitangebote, Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe und Maßnahmen zur Berufsvorbereitung.

IN VIA in der Erzdiözese Freiburg e.V. ist derzeit an insgesamt 26 Schulen (Grund- und Werkrealschulen, Förderschulen, Realschulen und Gymnasien) Träger von Schulsozialarbeit.

Kontakt:

IN VIA Kath. Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit
i.d. Erzdiözese Freiburg e.V.

Herrenstr. 50-52

79098 Freiburg

E-Mail: ute.becker@invia-freiburg.de

Webseite: <http://www.invia-freiburg.de>

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (ISL) wurde 1996 als erster bürgerschaftlicher Verein in Baden-Württemberg gegründet und bildet eine der tragenden Säulen der Kriminalprävention im Rems-Murr-Kreis. Der Stand bietet Informationen rund um einen Teil unserer Projekte zur Kriminalprävention. Einer der Schwerpunkte liegt im Bereich der Jugendkriminalität, aber auch die Zielgruppen Kinder, Heranwachsende, Erwachsene und Senioren werden breit bedient.

Überzeugen Sie sich selbst und holen Sie sich Anregungen und Informationen zur Vereinsgründung, zu Projekten und deren Finanzierung. Darüber hinaus bieten wir die Möglichkeit am Stand unsere Präventionsfilme zu den Themen „Zivilcourage“, „Stalking“ und „Alkohol- vom Genussmittel bis zum Komasaufen“ zu sehen. Die Filme können auch gegen eine geringe Schutzgebühr erworben werden. Wir freuen uns auf Ihren Besuch an unserem Stand.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
Alter Postplatz 10
71332 Waiblingen
E-Mail: info@isl-rmk.de
Webseite: <http://www.ISL-RMK.de>

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was founded in 1994 and is the sole international organization dedicated exclusively to crime prevention and community safety.

ICPC's mission is to promote safer societies through the promotion and implementation of strategic and evidence-led programmes and initiatives which aim to reduce and prevent offending and victimization and to support international norms and standards (UN Guidelines on the prevention of crime 1995 and 2002).

ICPC aims to achieve this mission in four main ways by:

- Consolidating global knowledge and monitoring international trends on delinquency, crime and prevention;
- Producing knowledge through the development of tools and comparative analysis of specific issues, and the publication of a bi-annual International Report on crime prevention trends and perspectives;
- Promoting the exchange of information through the organization of international colloquiums, conferences, seminars, facilitated workshops and expert meetings;
- Providing technical assistance in the field, and monitoring of and consultation for various projects.

ICPC's members include a range of national, provincial and local governments from across the world, as well as a wide variety of organizations working with issues of crime prevention and community safety.

The German Congress on Crime Prevention is member of ICPC.

Kontakt:

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

E-Mail: cipc@crime-prevention-intl.org

Webseite: www.crime-prevention-intl.org

Internationaler Bund

Ein Schwerpunkt des Internationalen Bundes in Baden ist auch die Gewaltprävention mit jungen Menschen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe und in Mannheim mit drei Projekten.

Mobile Jugendarbeit im Landkreis Karlsruhe. Das heißt Aufsuchen von Jugendlichen an verschiedenen informellen Treffpunkten in Bruchsal, Bretten, Oberderdingen und Philippsburg. Unsere Aufgaben:

- Beratung
- Begleitung
- Unterstützung
- Motivation
- Prävention
- Sportliche Gruppenangebote wie z.B. Boxen, Volleyball, ...
- Täter-/Opfer-Ausgleich mit Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund
- Bodyguard

Sport, Ernährung, Bewegung, Entspannung sind wesentliche Elemente, damit Jugendliche lernen, ihren Körper zu spüren und sich damit wohlfühlen und weniger gewaltbereit sind.

Kontakt:

Internationaler Bund
Scheffelstraße 11-17
76135 Karlsruhe

Tel.: 0721-8501945

E-Mail: Benita.Sommer@internationaler-bund.de

Webseite: <http://www.internationaler-bund.de>

Jugendförderungswerk Villingen Schwenningen e.V.

Interaktives Präventionspuppentheater „Tim`s Abenteuer“. Ein Puppentheater zum Thema Mobbing, Gewalt und Diebstahl in der Grundschule. Entwickelt von Sozialpädagogen, LehrerInnen, Polizei und Betroffenen Kindern. Kooperation Jugendamt und Polizei (JuKoP) Tuttlingen.

Geeignet für Schulanfänger und Grundschüler.

Kontakt:

Jugendförderungswerk Villingen Schwenningen e.V.
Schäffnerstr.2

78078 Niedereschach

E-Mail: stupsi8@gmx.de

Webseite: <http://www.villinger-puppenbuehne.de>

Jugendstationen Gera und Jena/Saale-Holzland-Kreis

Präsentation der Jugendstationen Thüringens (Gera, Jena und Saale-Holzland-Kreis); Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach; Vorteile des Arbeitsablaufs in den Jugendstationen; statistische Erhebungen zur Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden und den strafrechtlichen Sanktionen

Kontakt:

Jugendstationen Gera und Jena/Saale-Holzland-Kreis
Weg der Freundschaft 10
07546 Gera
E-Mail: Doreen.Bergemann@stag.thueringen.de

Junge Menschen im Aufwind (JuMA), Speyer

Präsentation des Sozialpädagogischen Arbeitsprojektes
Junge Menschen im Aufwind, Speyer.

Ein Projekt für straffällig gewordene Jugendliche und junge
Erwachsene.

Kontakt:

Junge Menschen im Aufwind

Ludwigstraße 13

67346 Speyer

E-Mail: christiane.schneider@juma-speyer.de

Webseite: www.juma-speyer.de

Junges Staatstheater Karlsruhe

Grenzen und deren Überwindung durch das Finden von Wegen im aktiven Austausch – das ist Theaterpädagogik am JUNGE STAATSTHEATER KARLSRUHE. Gerne möchten wir Ihnen unser vielfältiges Angebot, das allen Menschen Zugang zum Theater ermöglichen soll vorstellen. Unser Angebot umfasst Stücke für Kinder, ab 2 Jahren bis hin zu jungen Erwachsenen. Ebenso können Vorschulgruppen in Theaterführung erleben, was rund um eine Vorstellung im Theater geschieht. Schüler*innen unserer Theaterstarter- und Enter-Partnerschulen setzen sich in praktischen Übungen mit den Inhalten und Formen von Produktionen auseinander. Jugendliche zeigen ihre Talente in der INSEL bei Freiheit: Bühne! und Pädagoginnen und Pädagogen erkunden theatrale Vermittlungsformen in den Workshops für Lehrer. Menschen jeden Alters – mit und ohne Erfahrungen – machen in unseren Volkstheatergruppen unter professioneller Anleitung selbst Theater. Im Patenschafts-Projekt Kulturlotsen haben Kinder die Chance mit einem Ehrenamtlichen an der Seite die Welt der Kultur in Karlsruhe ganz individuell zu entdecken.

Kontakt:

Staatstheater Karlsruhe

Baumeisterstr. 11

76137 Karlsruhe

Tel.: 0721-725 809 28

E-Mail: petra.wessbecher@staatstheater.karlsruhe.deWebseite: <http://www.staatstheater.karlsruhe.de>

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Die Justizvollzugsanstalt Wiesbaden präsentiert, im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa die Aspekte der Rückfallprävention unter dem Gesichtspunkt der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Holzstraße 29

65197 Wiesbaden

Tel.: 0611-4140

E-Mail: thomas-ernst.dohmen@jva-wiesbaden.justiz.hessen.de

Webseite: <http://www.jva-wiesbaden.justiz.hessen.de>

juuuport – www.juuuport.de, die Selbstschutz-Plattform von Jugendlichen für Jugendliche im Web

Auf www.juuuport.de helfen sich Jugendliche gegenseitig, wenn sie Probleme im und mit dem Web haben. Ob Cybermobbing, Abzocke oder Datenschutz, zu allen diesen Themen können auf juuuport Fragen gestellt werden: entweder öffentlich im forum oder persönlich in der Beratung per E-Mail-Formular. Beantwortet werden die Fragen der Jugendlichen von den gleichaltrigen juuuport-Scouts.

Die Scouts sind 15 bis 21 Jahre alt und beraten auf juuuport ehrenamtlich. Sie wurden von Experten aus den Bereichen Recht, Internet und Psychologie ausgebildet. Ihre Beratung ist kostenlos. Mit ihrer Arbeit setzen sich die Scouts für einen respektvollen und kompetenten Umgang im Internet ein.

Für ihr Engagement wurden die juuuport-Scouts bereits vier Mal ausgezeichnet. 2010 erhielten sie den 1. Preis im Wettbewerb „Wege ins Netz 2010“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, 2011 den „klicksafe Preis für Sicherheit im Internet“. 2013 erhielten die juuuport-Scouts den „Schutzbengel Award“ sowie eine besondere Anerkennung beim Dieter Baacke Preis.

Trägerin und Initiatorin von juuuport ist die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM). Mitförderer sind sechs weitere Landesmedienanstalten.

Kontakt:

www.juuuport.de
c/o Niedersächsische Landesmedienanstalt
Seelhorststraße 18
30175 Hannover
E-Mail: kontakt@juuuport.de
Webseite: <http://www.juuuport.de>

Katholische Bundes-Arbeitsgemein- schaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)

In der Katholischen Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe haben sich über 100 katholische Träger, Dienste und Einrichtungen zusammengeschlossen, die Hilfen für Straffällige, deren Angehörige und Opfer von Straftaten anbieten.

Die KAGS ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe innerhalb der verbandlichen Caritas. Sie geht zurück auf die Katholische Reichsarbeitsgemeinschaft für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge, die 1927 gegründet wurde.

Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern.

Unsere Straffälligenhilfestellen bieten vielfältige Hilfen an:

- Beratung für straffällig gewordene Menschen und ihre Angehörigen
- Hilfe bei der Haftentlassung
- Wohnmöglichkeiten für den Übergang, betreutes Wohnen
- Hilfen zur Erlangung und Erhaltung von Wohnung und Arbeit
- Gruppenangebote im Vollzug
- Beratung bei Suchtproblemen, Vermittlung in Therapien
- Beratung bei Schuldenproblemen, Entschuldungshilfe
- Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Helfern
- Soziale Trainingskurse
- Täter-Opfer-Ausgleich
- gemeinnützige Arbeit zur Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen
- Online-Beratung für Angehörige von Straffälligen

Kontakt:

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe
im Deutschen Caritasverband (KAGS)

Karlstrasse 40, 79104 Freiburg

Tel.: 0761-200121

Fax.: 0761-200751

E-Mail: info@kags.de

Webseite: www.kags.de

Kinder- und Jugendamt Heidelberg

„Wir helfen Kindern“ ist ein Projekt in Kooperation zwischen den städtischen Kindertageseinrichtungen des Kinder- und Jugendamtes Heidelberg, der Prävention der Polizeidirektion Heidelberg und dem Verein Sicheres Heidelberg e.V..

Ziel des Projektes ist es, sichere Anlaufstellen für Kinder in Notsituationen im Stadtteil der jeweils beteiligten Kita unter enger Beteiligung der Kinder und unter Einbezug des örtlichen Einzelhandels zu schaffen. Die Besonderheit an diesem Projekt ist, dass die Kinder selbst an der Projektentwicklung und Durchführung beteiligt werden und deren Bedürfnisse und Sichtweisen im Vordergrund stehen. „Wir helfen Kindern“ ist kein Marketing-Konzept, sondern ist eingebettet in die pädagogische Arbeit der jeweils mitwirkenden Kita und wird zum festen Bestandteil der Einrichtungskonzeption. Hierdurch finden regelmäßige Auffrischung der Kontakte und „Prüfung“ der Anlaufstellen statt, was u.a. zu einer nachhaltigen Dialogkultur im Stadtteil und zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne der Interessen von Kindern führt.

Es wurden ein einheitliches Informationsschreiben sowie ein Aufkleber mit einem einheitlichen Logo und ein Plakat für Kinder entwickelt. Dadurch entsteht ein Wiedererkennungsmerkmal für die jeweilige Anlaufstelle im Stadtteil. Eine sogenannte Kindernotfallkarte ist ebenfalls Bestandteil des Konzeptes.

Kontakt:

Kinder- und Jugendamt Heidelberg, Abt. Kindertagesstätten
Friedrich-Ebert-Platz 3

69117 Heidelberg

Tel.: 06221-5838380

Fax.: 06221-48510

E-Mail: silke.berkholz@heidelberg.de

Webseite: <http://www.heidelberg.de>

klicksafe

Die EU-Initiative klicksafe hat zur Aufgabe, Internetnutzern die kompetente und kritische Nutzung von Internet und Neuen Medien zu vermitteln und ein Bewusstsein für Chancen und Risiken dieser Angebote zu schaffen. Konkret entwickelt klicksafe hierfür Konzepte und inhaltliche Materialien u.a. für PädagogInnen, LehrerInnen und Eltern sowie für Kinder und Jugendliche. Weiterhin gehören dazu Multiplikatoren-Fortbildungen für Schule und Elternarbeit, Unterrichtsmaterialien zu spezifischen Fragestellungen (z.B. Cyber-Mobbing) und die klicksafe-Website (www.klicksafe.de), die über verschiedene Themen und aktuelle Entwicklungen rund um das Thema Internet informiert. In einer öffentlichen Kampagne, wie dem jährlichen Safer Internet Day, soll bei der Bevölkerung ein Bewusstsein über die Relevanz der Vermittlung von Internetkompetenz, geschaffen werden.

klicksafe wird gemeinsam von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz (Koordination) und der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) umgesetzt. klicksafe ist Teil des Verbundes der deutschen Partner im Safer Internet Programme der Europäischen Union, Saferinternet DE (www.saferinternet.de). Diesem gehören neben klicksafe die Internet-Hotlines internet-beschwerdestelle.de (durchgeführt von eco und FSM) und jugendschutz.net sowie das Kinder- und Jugendtelefon von Nummer gegen Kummer (Helpline) an.

Kontakt:

klicksafe
Turmstraße 10
67059 Ludwigshafen
E-Mail: info@klicksafe.de
Webseite: <http://www.klicksafe.de>

**Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.
- „Schule ohne Rassismus - Schule mit
Courage“ Landeskoordination BW**

„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ ist mit über 1.300 Schulen das größte deutsche SchülerInnenetzwerk. 1988 in Belgien entstanden und seit 1995 in Deutschland zu Hause, hat es sich zu einer lebendigen und kreativen Jugendbewegung entwickelt.

Kinder und Jugendliche haben klare Vorstellungen von der Qualität des Zusammenlebens. Sie haben Haltungen, entwickeln Wertvorstellungen, sie möchten an der Stärkung demokratischer Verhältnisse mitwirken und Verantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt übernehmen - in der Schule, der Jugendeinrichtung, aber auch im Stadtteil und in der Kommune. Kinder und Jugendliche werden aktiv, weil es sie stört, wenn Menschen z.B. aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Religion beschimpft, gemobbt oder gar körperlich bedroht werden. Sie engagieren sich, weil es die Situation erfordert und sie handeln unmittelbar, ohne zuvor ein Expertenkomitee zu Rate zu ziehen oder Fünfjahrespläne zu erstellen. Das Courage-Netzwerk bietet Schülerinnen und Schülern hier einen angemessenen Rahmen für bürgerschaftliches Engagement, für das Entwickeln von Zivilcourage, das Mitgestalten und damit für einen gesellschaftlichen Klimawechsel.

In Baden-Württemberg wird das Projekt gefördert durch die Ministerien für Integration sowie Kultus, Jugend und Sport und befindet sich in Trägerschaft des Kolping-Bildungswerkes Württemberg e.V.

Kontakt:

Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.

Theodor-Heuss-Str. 34

70174 Stuttgart

Tel.: 0711-95590317

Fax.: 0711-9561216

E-Mail: schule-ohne-rassismus@kolping-bildungswerk.de

Webseite: <http://www.schule-ohne-rassismus-bw.de>

Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsunfallprävention (KEV) beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg / Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.)

Standbezeichnung: GIB ACHT IM VERKEHR - die Verkehrssicherheitsaktion in Baden-Württemberg

Die Aktion GIB ACHT IM VERKEHR in Baden-Württemberg, an der sich neben der Polizei, Ministerien und zahlreiche Verbände beteiligen, bildet Forum und Plattform für eine auf breitem Konsens beruhende gemeinsame Verkehrspräventionsarbeit (Schirmherr: Innenminister Reinhold Gall).

Am Infostand werden von der KEV beim LKA Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Aktionspartner B.A.D.S. - Sektion Württemberg - insbesondere Mitmachangebote vorgestellt.

Schwerpunkte bilden dabei die Themen „Junge Fahrer“, „Verkehrstüchtigkeit“ und insbesondere die landesweite Radhelmkampagne „Schütze Dein BESTES.“

Mit der Kampagne „Schütze Dein BESTES.“ sollen insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene über die Folgen von Kopfverletzungen nach Unfällen mit Fahrrad, Inliner, Skateboard usw. informiert und für das Tragen von (Rad-)Helmern aus eigener Einsicht gewonnen werden.

Die Kampagne wurde initiiert und unterstützt von GIB ACHT IM VERKEHR und Prof. Dr. med. Martin U. Schuhmann, Leiter der Kinderchirurgie am Universitätsklinikum Tübingen.

Sie entstand im Rahmen des Landesbündnisses „Pro Rad“ Baden-Württemberg, bei der neben den zuständigen Ministerien viele andere Akteure des Radverkehrs eingebunden sind.

www.gib-acht-im-verkehr.de
www.schuetze-dein-bestes.de
www.bads.de/landessektionen

Kontakt:

Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsunfallprävention (KEV) beim LKA Baden-Württemberg
c/o Konrad-Adenauer-Str. 30, 72072 Tübingen
Tel.: 07071-9723090
Fax.: 07071-9723099
E-Mail: dieter.speiser@kev-bw.de
Webseite: www.gib-acht-im-verkehr.de

Koordinierungsstelle Gewaltprävention und Verein Verantwortung statt Gewalt e. V.

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Staatlichen Schulamt Weilburg blickt auf mehr als 20 Jahre Präventionsarbeit in Schulen zurück. Sie hat bisher u.a. sechs Modellversuche zur Gewaltprävention sowie ein EU-Projekt zur Verbesserung des Schule-Elternhaus-Verhältnisses durchgeführt und ist mit zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Präventionskonzepten in Hessen, Deutschland und Europa hervorgetreten. Im September 2009 hat sie im LinkLuchterhand-Verlag das Handbuch „Gewaltfreie Schule – Praxisbausteine der Gewaltprävention für eine handlungsorientierte Schulentwicklung“, Hrsg.: Hartmut Balsler, Walter Hölzer und Carlo Schulz, veröffentlicht. Eine Sonderausgabe des Handbuches ist 2011 erschienen. 2013 folgte die Herausgabe des Buches „Prävention in der Schulentwicklung – Konzepte und Umsetzung für die Schulgemeinde“ im Carl-Link Verlag, Autoren Walter Hölzer und Carlo Schulz. Stolz ist die Koordinierungsstelle auf die inzwischen hessenweit geschaltete Trouble-Line (Sorgentelefon) und die AGGAS (AG-Gegen Gewalttäter an Schulen), die in Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis ins Leben gerufen worden sind. Für die beiden Modellprojekte Trouble-Line und AGGAS hat die Koordinierungsstelle Gewaltprävention den Deutschen Kriminalpräventionspreis 2007 erhalten. Aus der Koordinierungsstelle sind auch der Verein „Verantwortung statt Gewalt e.V.“ und die gleichnamige Bürgerstiftung hervorgegangen.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Frankfurter Straße 20 - 22

35781 Weilburg

Tel.: 06471 328 232

Fax.: 0661 327670739

E-Mail: walter.hoelzer@wlb.ssa.lsa.hessen.de

Webseite: <http://www.verantwortung.de>

Kreis Lippe, Kooperationsgremium „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“

Darstellung des Kooperationsgremiums „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“

Das Kooperationsgremium „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“ hat sich 2002 nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes gegründet. An diesem Runden Tisch arbeiten alle Institutionen im Kreis Lippe zusammen, die mit dem Thema häusliche Gewalt befasst sind, also Polizei, Frauenhaus, Frauenberatungsstelle, weitere Beratungsstellen, Justiz, Jugendämter, Ärztekammer etc.

Die Geschäftsführung erfolgt über die Gleichstellungsstellen der Stadt Detmold und des Kreises Lippe.

Im Gremium wurden Standards für Betroffene und die Arbeit der beteiligten Institutionen erarbeitet. Sie werden jährlich überprüft. Es wurden zahlreiche zielgruppenspezifische Projekte durchgeführt und Publikationen herausgegeben.

Kontakt:

Kreis Lippe
Felix-Fechenbachstr. 5
32756 Detmold
E-Mail: r.pramann@kreis-lippe.de

Kriminalistik - Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Kriminalistik - Fachliteratur für die kriminalistische Wissenschaft und Praxis

Fachliteratur und fundierte Beiträge für die kriminalistische Ausbildung, Wissenschaft und Praxis zu aktuellen Themen wie: Kriminalistik, Kriminologie, Kriminaltechnik, Kriminalpolitik, Aus- und Fortbildung, Recht/Rechtsprechung, Rechtsmedizin.

Kontakt:

Kriminalistik - Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH
Im Weiher 10
69121 Heidelberg
E-Mail: judith.hamm@hjr-verlag.de
Webseite: <http://www.kriminalistik.de>

Kriminologische Masterstudiengänge der Ruhr-Universität Bochum

Die Bochumer Masterstudiengänge:

Der berufs begleitende, weiterbildende Masterstudiengang „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ schließt eine im deutschen Aus- und Fortbildungssystem vorhandene Lücke und will zur Qualifikation und Qualitätssicherung bereits bestehender Berufsfelder in den Bereichen Polizei, Strafvollzug, Bewährungs- und Gerichtshilfe, Sozialarbeit, im schulischen und außerschulischen Bereich mit dem zunehmend nötigen und geforderten kriminologischen und polizeiwissenschaftlichen Wissen beitragen.

Mit der Einführung des internationalen berufsbegleitenden Masterkurses „Criminal Justice, Governance and Police Science“, wird ein neues Angebot geschaffen, das der Weiterbildung von Berufsgruppen dient, die in Transitions- oder Post-Konflikt-Gesellschaften im Bereich von Sicherheitspolitik, Kriminalitätsbekämpfung, (internationaler) Strafverfolgung und des Menschenrechtsschutzes tätig sind und dieser von Besonderheiten geprägten beruflichen Zielgruppe (z.B. wechselnde Einsatzgebiete) entgegenkommt.

Nähere Informationen zu den Bochumer Masterstudiengängen finden Sie auf deren Homepages www.makrim.de / www.macrimgov.eu.

Kontakt:

Ruhr-Universität Bochum
Massenbergstraße 11
44787 Bochum

E-Mail: makrim@rub.de

Webseite: <http://www.makrim.de> / www.macrimgov.eu

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Zum dauerhaften Schutz unserer gesellschaftlichen Grundwerte gehört die geistig-politische Auseinandersetzung mit Extremismus jeglicher Art. Die gesetzliche Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ist der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, hierzu gehören etwa die Gleichheit aller vor dem Gesetz, freie Wahlen und der Ausschluss von Gewalt- und Willkürherrschaft.

Im Vordergrund unserer Präventionsarbeit stehen die Information und Beratung staatlicher Akteure wie Regierung, Parlament und Behörden. Darüber hinaus wenden wir uns bei der Prävention von politischem Extremismus auch an die Öffentlichkeit; hierbei arbeiten wir eng mit zivilgesellschaftlichen Akteuren – mit Verbänden, Vereinen und Bildungsträgern, aber auch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern – zusammen.

Wir geben regelmäßig Auskunft über die Aktivitäten und Absichten extremistischer Gruppierungen u. a. im Rechtsextremismus. Für die Wirtschaft stehen der Schutz vor Spionage sowie der Geheim- und Sabotageschutz im Vordergrund. Darüber hinaus teilen wir mit Ihnen gerne unsere fundierte Expertise in den Bereichen islamistischer und transnationaler Extremismus sowie Linksextremismus und darüber hinaus in Bezug auf die Scientology-Organisation.

An unserem Stand stellen wir Ihnen die Inhalte und Ziele unserer Informations- und Präventionsarbeit vor.

Kontakt:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
Taubenheimstr. 85A
70372 Stuttgart
E-Mail: info@lfvbw.bwl.de
Webseite: <http://www.verfassungsschutz-bw.de>

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. und Mobile Jugendarbeit Karlsruhe

Mobile Jugendarbeit ist in Baden-Württemberg seit den 60er Jahren entwickelt und bewährt. Sie vereint Streetwork, individuelle Hilfen, Arbeit mit Gruppen und Cliques sowie Gemeinwesenarbeit in einem Handlungskonzept. Landesweit arbeiten mehr als 130 Einrichtungen nach dem Konzept der Mobilien Jugendarbeit. Die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. besteht seit 1990 und ist Fachverband für das Arbeitsfeld. Aufgaben und Ziele der LAG sind die Förderung des fachlichen Austauschs der Einrichtungen in Baden-Württemberg, Durchführung von Fortbildungen und Fachveranstaltungen, die Weiterentwicklung der fachlichen Standards für Mobile Jugendarbeit/Streetwork, sowie die Mitarbeit und Information in Gremien sowie Lobbyarbeit für die Zielgruppen auf Landesebene.

Praxis vor Ort: Die Mobile Jugendarbeit Karlsruhe ist in der Karlsruher Innenstadt, in Oberreut, in KA-West und im Hip-Hop-kulturzentrum Combo vertreten, ist ein niedrigschwelliges Angebot und arbeitet lebenswelt- und zielgruppenorientiert. Sie wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, deren zentraler Sozialisations- und Lebensort die „Straße“ ist und an junge Menschen, die von anderen sozialen Einrichtungen nicht erreicht werden.

Informationen zu: Standards und Konzept Mobiler Jugendarbeit in BW, Praxis und Projekte in Karlsruhe.

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.

Heilbronner Str. 180

70191 Stuttgart

Tel.: 0711-1656222

E-Mail: servicestelle@lag-mobil.de

Webseite: <http://www.lag-mobil.de>

**Landesinstitut für Präventives Handeln
(LPH)**

Vorgestellt wird ein Projekt zur Risiko- und Schadensminimierung bei Suchtmittelkonsum im Bereich des sogenannten Freizeitkonsums. Drogenkonsum macht nicht vor Grenzen halt. Will man in der Szene der sogenannten Freizeitkonsumenten Risiken minimieren, bietet es sich gerade innerhalb der Großregion Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und des Großherzogtums Luxemburg an, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. MAG-Net 2 zielt u. A. darauf ab, Mitarbeitern in Gesundheitsberufen und Einrichtungen des Gesundheitswesens Grundlagen an die Hand zu geben um mit Patienten besser Gespräche über das Thema „Freizeitdrogenkonsum“ führen zu können und ggf. an weitere Beratungs- oder Behandlungsstellen zu vermitteln. Ausgestellt werden Materialien zu Substanzen und zur Schadensminimierung. Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Fortbildung von ärztlichem bzw. medizinischem Personal hinsichtlich neuer Substanzen sowie deren Verbreitung und der Zugangswege.

Umgekehrt sollen die Patienten Informationen erhalten, die ein Bewusstsein für die Risiken von Drogenkonsum und für einen risikoarmen Konsum psychoaktiver Substanzen schaffen.

Die Projektpartner des Interreg-4-A Projektes kommen aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und Belgien. Es sind Mitarbeiter staatlicher oder regionaler Stellen der Suchtprävention und Gesundheitsförderung oder beauftragte öffentliche Träger.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)
Hanspeter-Hellenthalstr. 68
66386 St. Ingbert
E-Mail: m.zimmermann@lph.saarland.de
Webseite: <http://mag-net.eu/de>

Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Geschäftsstelle „Förderprogramm Prä- vention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“

Der Zusammenhang von Jugend, Alkohol und Gewalt ist eine polizeilich gut bekannte Konstellation. Daher erschien es der Polizei Baden-Württemberg passend, die anschlussfähigen Präventionsansätze Salutogenese und Resilienzförderung als Ausgangspunkt für ein Förderprogramm zu wählen, das von der Baden-Württemberg Stiftung mit einem Betrag von 1 Millionen Euro gefördert wird. Das Programm „Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“ zielt darauf ab, Jugendliche für ein gewaltfreies Miteinander und den bewussten Umgang mit Alkohol zu gewinnen. Dazu sollen lokale Präventionsteams der Suchthilfe, der Gewaltprävention, der Sozialen Arbeit und der Polizei kooperieren, um einerseits umfassende Hilfe leisten zu können und sich andererseits dabei zu vernetzen. Das Programm wird extern evaluiert, um die Wirkungsorientierung und Nachhaltigkeit der Maßnahme zu gewährleisten. Nach einer zweitägigen Schulung mit 200 Teilnehmern bewarben sich 61 lokale Bündnisse um einen Zuschuss; die besten 26 Projektansätze werden seit 2011 mit bis zu 40.000 Euro gefördert. Die lokalen Projekte bestehen aus kombinierten Aufklärungsangeboten und Verhaltenstrainings. Sie sind zumeist jugendkulturell und gendersensitiv ausgerichtet, wobei vereinzelte Projekte auch unkonventionelle Wege erproben.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstr. 85
70372 Stuttgart
Tel.: 0711-54013458
Fax.: 0711-54013455
E-Mail: praevention@polizei.bwl.de
Webseite: <http://www.polizei-bw.de>

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Das Landeskriminalamt MV präsentiert an einem Infostand den landesweiten Schulwettbewerb „Wir in Mecklenburg-Vorpommern – fit und sicher in die Zukunft“.

„Die Jugend fördern. Unsere Zukunft gestalten.“ Unter diesem Motto laden die fünf Partner ANTENNE MV, die Gesundheitskasse AOK Nordost, der Landessportbund MV, das Landesmarketing MV und das Landeskriminalamt MV die Schulen unseres Landes seit 13 Jahren zum Mitmachen und Mitgestalten des landesweiten Schulwettbewerbes „Wir in Mecklenburg-Vorpommern – fit und sicher in die Zukunft“ ein.

Die positive Begleitung der Wertebildung der jungen Generation mit einem bewussten präventiven Verhalten ist das Hauptziel der gebündelten Initiative. Durch zeit- und altersgerechte Angebote soll die heranwachsende Generation auf eine sichere und gesundheitsbewusste Lebensgestaltung vorbereitet werden, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Um die Ziele zu verwirklichen, werden Maßnahmen der Kriminalprävention mit anderen jugendfördernden Maßnahmen wie dem Sport, der Gesundheitsförderung, der Verkehrserziehung bis hin zur Vorbereitung auf den Beruf effektiv miteinander verknüpft. Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter

www.wir-in-mv.de

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Straße 9

19067 Rampe

E-Mail: carol.stec@polmv.de

Webseite: <http://www.praevention-in-mv.de>

Landeskriminalamt Niedersachsen

Das Landeskriminalamt Niedersachsen stellt an seinem Informationsstand das Thema „Gemeinsam für ein sicheres Zuhause“ vor, wobei schwerpunktmäßig die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft anhand von Beispielen aus der Praxis präsentiert wird.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover

Tel.: 0511 - 262623203

E-Mail: d32@lka.polizei.niedersachsen.de

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz und
Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz**

Die Menschen in Rheinland-Pfalz sehen sich zunehmend professionelleren, ständig wechselnden Maschen von Betrügern und Abzockern ausgesetzt. Solche Straftaten erfolgreich zu verhüten bzw. zu verfolgen, ist gemeinsames Anliegen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz.

Kontakt:

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Valenciaplatz 1-7
55116 Mainz
E-Mail: LKA.LS3.L@polizei.rlp.de
Webseite: <http://www.polizei.rlp.de>

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Das Landeskriminalamt (LKA) nimmt gemäß des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt kriminalpolizeiliche Aufgaben auf Landesebene wahr und führt Ermittlungen in schwierigen oder besonders gelagerten kriminalpolizeilichen Einzelfällen von überregionaler Bedeutung durch. Neben der Sammlung, Auswertung und Analyse von Daten, gehört die Erstellung landesweiter Kriminalitätslagebilder und Kriminalitätsbekämpfungskonzepte sowie die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung und die kriminalpolizeiliche Beratung zu den Aufgaben des Landeskriminalamtes. Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, Dezernat 44 (Polizeiliche Kriminalprävention), initiiert, koordiniert und konzipiert landesweite Präventionsmaßnahmen.

Auf dem DPT 2014 werden insbesondere Präventionsprojekte zu den Themen Gefahren im Internet, das Medienpaket „Ich bin online“, sowie zu Sucht und Drogen, das Medienpaket „Vollrausch - verlorene Lebenszeit“, präsentiert.

Zielgruppe dieser Präventionsprojekte sind Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, Eltern, Lehrkräfte, Pädagogen und Multiplikatoren. Ziel ist die Aufklärung der Bevölkerung, die Darstellung der Erscheinungsformen und die Verhinderung von Straftaten. Neben der Medien-DVD wird zu beiden Projekten ein pädagogisch-didaktisches Begleitheft für pädagogische Fachkräfte und Multiplikatoren angeboten.

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Lübecker Str. 53-63

39124 Magdeburg

Tel.: 0391/250-2440

E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen-anhalt.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“

Dieses Zitat des italienischen Rechtsphilosophen Beccaria (1738 1794) steht für die Denk- und Arbeitsweise des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR).

Seit 1995 ist der LPR kompetenter Ansprechpartner für die Kriminalprävention in Niedersachsen. Wir verstehen Kriminalprävention als umfassende Aufgabe, die der Unterstützung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte bedarf. Im LPR sind daher rund 270 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, die durch einen ehrenamtlichen Vorstand repräsentiert werden.

Zu unseren Mitgliedern zählen kommunale Präventionsgremien, landesweit tätige nichtstaatliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Ministerien und Behörden. Die LPR-Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium ist Servicestelle für die LPR-Mitglieder und hat eine koordinierende Funktion für die Präventionsaktivitäten auf Landesebene.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte des LPR sind:

- Beratung, Förderung und Qualifizierung von Präventionsgremien und Akteuren in der kommunalen Kriminalprävention
- Konzeption und Umsetzung landesweiter Modellprojekte zur Kriminalprävention
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten
- Mitwirkung in Kooperationen / Netzwerken / Partnerschaften für Kriminalprävention

Mehr Informationen finden Sie unter www.lpr.niedersachsen.de

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Tel.: 0511 - 120 5255

Fax.: 0511 - 120 99 5255

E-Mail: info@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Der Landespräventionsrat und das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen stellen erneut gemeinsam verschiedene Präventionsprojekte vor:

Landespräventionsrat: Projekt Sichere Netzwelten

Der LPR widmet sich der Entwicklung von kurzen, eingängigen Präventionsfilmen für die Arbeit von Polizei, Schulen und anderen Trägern der Präventionsarbeit. Das Landeskriminalamt hat die fachliche Konzeption für die in Zusammenarbeit mit der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen entwickelten Filme übernommen. Sie stehen auf der Internetseite des LPR zum Download bereit und sind für jedermann im Rahmen der Kriminalprävention nutzbar.

Kölner Haus des Jugendrechts: Verfahren beschleunigen, kriminelle Karrieren beenden, Sicherheit verbessern

Im Kölner Haus des Jugendrechts stehen seit der Einrichtung im Jahr 2009 jugendliche und heranwachsende Intensivtäter/Mehrfachtatverdächtige im Fokus der dort räumlich verbundenen Akteure von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt.

Kriminologischer Dienst: Gemeinschaftsinitiative B5

Die Gemeinschaftsinitiative B5 baut ein landesweites Übergangsmanagement zur beruflichen Wiedereingliederung von (ehemaligen) Strafgefangenen auf. Dies geschieht auf Basis einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Justizministerium und der Bundesagentur für Arbeit. Vorgestellt werden Ziele und erste Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit

Kontakt:

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen
Martin Luther Platz 40
40212 Düsseldorf
E-Mail: birgit.franz@jm.nrw.de
Webseite: <http://www.lpr.nrw.de>

Landespräventionsrat Sachsen

Im Dezember 2008 erfolgte die Gründung des Landespräventionsrates im Freistaat Sachsen LPR). Beim Sächsischen Staatsministerium des Innern wurde eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet.

Wesentliche Aufgaben des LPR sind u. a

- die Koordination, Vernetzung und Ressourcenbündelung interdisziplinärer Präventionsaktivitäten,
- die Optimierung gesamtgesellschaftlicher Präventionsinitiativen auf Landesebene,
- die Beratung der Staatsregierung, der Ressorts und weiterer Träger der Präventionsarbeit, insbesondere der kommunalen Präventionsgremien,
- die Initiierung, Unterstützung und Koordinierung der kommunalen kriminalpräventiven Gremien in Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie die Koordinierung von landesweiten Fördermöglichkeiten und –programmen.

Der Landespräventionsrat präsentiert sich in einem gemeinsamen Infostand mit dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ und dem Landeskriminalamt Sachsen. Vorgestellt werden u.a. das Präventionsangebot „Sicheres Handwerk“ des Landeskriminalamtes sowie der Kriminalpräventive Rat der Stadt Chemnitz mit dem Modellprojekt „Huckepack“.

Kontakt:

Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen
Wilhelm-Buck-Straße 4
01097 Dresden
Tel.: 0351-5643090
Fax.: 0351-5643099
E-Mail: sven.forkert@smi.sachsen.de
Webseite: <http://www.lpr.sachsen.de>

Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt

Der Landespräventionsrat (LPR) Sachsen-Anhalt präsentiert zusammen mit anderen Institutionen aus Sachsen-Anhalt Präventionsaktivitäten zu unterschiedlichen Themenbereichen.

Der Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt konstituierte sich am 6. September 1999.

Das Gremium verfolgt die Zielstellung, die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention im Land und in den Kommunen zu fördern und weiter zu entwickeln. Im Vordergrund steht dabei, Bemühungen staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen und Einrichtungen, die in diesem Bereich aktiv sind, personell, institutionell und materiell miteinander zu vernetzen.

Im Mittelpunkt von Fördermaßnahmen stehen insbesondere Projekte, die mittelbar bzw. unmittelbar zur Verhinderung von Kriminalität beitragen oder gesellschaftliche Normen und Werte vermitteln helfen.

Modellprojekte, die dazu beitragen, Kinder- und Jugendkriminalität, Gewaltkriminalität einschließlich Fremdenfeindlichkeit sowie Drogenkriminalität in unserem Land zu vermeiden, haben Priorität.

Jährlich wird ein Landpräventionstag oder eine Fachtagung zu einem aktuellen Präventionsthema vom LPR durchgeführt. Zudem werden je nach Bedarf weitere Fachtagungen in Kooperation mit anderen Trägern des Landes veranstaltet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 2/Platz des 17. Juni
39112 Magdeburg

Tel.: 0391-5675304

Fax.: 0391-5675306

E-Mail: landespraeventionsrat@mi.sachsen-anhalt.de

Webseite: <http://www.lpr.sachsen-anhalt.de>

Landesprogramm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz (WOS)“ unterstützt seit 2005 lokale und regionale Projekte, die die demokratische Kultur fördern und die freiheitlich-demokratische Grundordnung stärken. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung von Projekten und Initiativen, die sich im Freistaat Sachsen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einsetzen. Das Programm ist jährlich mit derzeit 3 Mio. Euro untersetzt.

Zuwendungsfähig sind Projekte, die mit einem klaren Konzept, konkreten Handlungszielen und einer definierbaren und zu begründenden Zielgruppe eingereicht werden. Die Projekte sind sowohl in ihrem finanziellen Umfang als auch in ihrer Umsetzung sehr vielfältig: So werden beispielsweise überregional tätige Projekte wie „Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit“ mit jährlich über 100.000 Euro zur Ausbildung von Jugendlichen als Multiplikatoren in der Demokratiewerkstatt unterstützt – ebenso aber auch beispielsweise vor Ort tätige Schulfördervereine, die mit 500 Euro durch kleinere Maßnahmen zur Unterstützung des demokratischen Klimas an ihrer Schule beitragen.

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ präsentiert sich in einem gemeinsamen Infostand mit der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Sachsen und dem Präventionsangebot „Sicheres Handwerk“ des Landeskriminalamtes Sachsen.

Kontakt:

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 4
01097 Dresden

E-Mail: anja.herold-beckmann@smi.sachsen.de
Webseite: <http://www.sachsen.de>

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Passt!

Prävention ist in aller Munde. Es wird bereits viel Präventionsarbeit gemacht. Viele Präventionsprojekte werden angeboten. In den Gemeinden, in Schulen, in der Jugendarbeit steht Prävention seit Jahren auf der Agenda. Suchtprävention, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung und nun auch noch etwas mit Medien.

Immer wieder tauchen die Fragen auf

„Tun wir die richtigen Dinge richtig?“

„Wirkt das, was wir tun?“

Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald haben sich vor einiger Zeit die präventiv aktiven Institutionen auf den Weg gemacht, an einer wirksamen, nachhaltigen und passgenauen Prävention zu arbeiten.

Es wurde eine gemeinsame HANDREICHUNG ZUR PRÄVENTION erarbeitet, mit Grundsätzen und Handlungsempfehlungen zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen.

Grundsätze zur Wirksamkeit sind uns ebenso wichtig wie der differenzierte Blick auf unterschiedliche Themenbereiche der Prävention: Frühe Hilfen, Bildung, Gesundheit, Kindeswohl und Kinderschutz, Medienkompetenz, Schuldenprävention, Suchtprävention Gewalt, Gewalt und Suchtprävention im öffentlichen Raum und Infrastruktur: Wohnumfeldgestaltung. Alles Bereiche, in denen im Landkreis gearbeitet und zusammengearbeitet wird.

Die Handreichung, eine Checkliste, eine Datenbank, das Gütesiegel, gute Beispiele für eine themenübergreifende, regionale und lokale Vernetzungsstruktur sind am Stand zu finden.

Kontakt:

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Stadtstr. 2

79104 Freiburg

Tel.: 0761-21872513

Fax.: 0761-218772513

E-Mail: christoph.keim@lkbh.de

Webseite: <http://www.breisgau-hochschwarzwald.de>

Landratsamt Karlsruhe

Wegschauen ist keine Lösung

Ein Programm zur Reduktion des Suchtmittelmissbrauches bei jungen Menschen

Ziel ist es, im Lebensumfeld junger Menschen eine Kultur des Jugendschutzes und der Suchtvorbeugung auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Die Initiative „Wegschauen ist keine Lösung“ ist hierzu die Rahmeninitiative für die Akteure im Landkreis Karlsruhe.

Die Rahmenkonzeption umfasst zwischenzeitlich eine Vielzahl von Modulen, die von den anderen Trägern der Suchtprävention aktiv mitgetragen wird.

Neben dem verhaltenspräventiven Peer-to-Peer-Ansatz, den Multiplikatoren- und Vereinsschulungen, ergänzen verhältnispräventive Module im Rahmen der Landkreisinitiative „Wegschauen ist keine Lösung“ die Suchtvorbeugung und den Jugendschutz vor Ort.

Über 300 Testkäufe haben dazu beigetragen, dass sich die Verfügbarkeit von alkoholischen Produkten und Tabakwaren für junge Menschen im öffentlichen Bereich verringert hat und die Verantwortlichen sich im Einzelhandel und Gaststättenbereich erkennbar besser an das Jugendschutzgesetz halten.

Seit 2007 werden Veranstaltungen im Landkreis Karlsruhe auch von Jugendschutzteams begleitet. Über 6.000 Jugendliche wurden dabei angesprochen und Hunderte von Eltern im Nachhinein schriftlich über das Auftreten ihrer Kinder informiert. Damit verbunden sind jeweils Beratungs- und Therapieangebote. Dies hat mit ergänzenden Modulen zu einer messbaren Verbesserung der Veranstaltungskultur vor Ort beigetragen.

Kontakt:

Landratsamt Karlsruhe

Baiерheimer-Allee 2, 76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 936 7716

Fax.: 0721 936 5132

E-Mail: matthias.haug@landratsamt-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.landratsamt-karlsruhe.de> bzw. www.lebenpur.de

Landratsamt Karlsruhe

Die Familienzentren im Landkreis Karlsruhe

Es braucht ein ganzes Dorf, um Kinder zu erziehen

Familienzentren sind offene Begegnungs- und Beratungsstätten für junge Familien, Kinder, Erwachsene und Senioren. Sie fördern das soziale Miteinander in der Stadt und Gemeinde, arbeiten selbst organisiert und werden weitgehend von ehrenamtlich engagierten Menschen getragen. Familienzentren bieten Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, ihre Ideen, Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen. Bei den Aktivitäten werden die Bedürfnisse von Familien und der Dialog zwischen den Generationen und aller Nationalitäten gestärkt.

Näher Infos:

Im Landkreis Karlsruhe gibt es 22 Familienzentren. Wenn Sie sich dafür interessieren, dann schauen Sie doch mal auf unsere Internetseite <http://www.familienzentren-karlsruhe-land.de>. Dort finden Sie Adressen, Programme, Standorte und Ansprechpartner Ihres Familienzentrums vor Ort oder wenden Sie sich an das Landratsamt Karlsruhe:

Kontakt:

Landratsamt Karlsruhe

Wolfartsweierer Straße 5

76137 Karlsruhe

Tel.: 0721/936 7720

E-Mail: juergen.schwarz@landratsamt-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.familienzentren-karlsruhe-land.de/>

Landratsamt Karlsruhe - Frühe Hilfen

Frühe Hilfen im Landkreis Karlsruhe

Bei den „Frühen Hilfen“ handelt es sich um einen präventiven Spezialdienst des Jugendamtes in Kooperation mit dem Gesundheitsamt. Die Annahme der Beratung und Begleitung der Familien erfolgt auf freiwilliger Basis und ist kostenfrei.

Frühe Hilfen sind einzuordnen in die Grundidee der sozialen Frühwarnsysteme. Diese haben das Ziel, mögliche Gefahren frühzeitig zu erkennen, um negative Konsequenzen abzuwenden. Frühe Hilfen im Speziellen befassen sich mit der Situation (Entwicklung und Lebensphasen) von Kindern in den ersten drei Lebensjahren.

Ziele: Stärkung der elterlichen Ressourcen, Förderung der Erziehungs- und Beziehungskompetenz und die Verhinderung von Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder. Eine frühe Prävention wird angestrebt, um spätere Interventionen überflüssig zu machen.

Zielgruppen: Alle Eltern (Schwangere bzw. Eltern von Säuglingen und Kindern bis 3 Jahre), die einen Bedarf an Informationen, Beratung oder Unterstützung haben.

Zugangswege: Unterschiedliche, zum Teil kontinuierliche Präventionsangebote und Veranstaltungen, sowie Hausbesuche (Beratung und Begleitung zu Hause), Kooperation mit (Geburts-) Kliniken, Hebammen und niedergelassenen Ärzten und anderen Einrichtungen des Gesundheitssystems und der Familienbildung bzw. Familienzentren, in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt.

Kontakt:

Landratsamt Karlsruhe
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Tel.: 0721-9367616

E-Mail: julia.fey@landratsamt-karlsruhe.de

Webseite: http://www.landkreis-karlsruhe.de/frühe_hilfen

Lebenswertes Murgtal e.V. – Verein für Prävention und Sicherheit

Vorstellung des Niedrigseilparcours und des Präventionsprojektes „Mut statt Wut“.

Niedrigseilparcours

Der Präventionsvereins betreibt seit 2008 einen Niedrigseilparcours der 2011 erweitert wurde. Die eingesetzten Trainer sind seit 2013 nach ERCA Standards zertifiziert. Der Niedrigseilparcour ist ein handlungsorientiertes Lern- und Trainingsfeld für Groß und Klein. Mit der Teilnahme tragen wir zur Förderung, Stärkung und Erweiterung sozialer Handlungskompetenz bei. Darunter verstehen wir Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit stärken, Verantwortungsbewußtsein wecken und schulen, Vertrauen in eigene Fähigkeit und der eigenen Person entwickeln - sich selbst wahrnehmen - Grenzen erleben. Umgang mit Schwächen erkennen - Frustrationstoleranz erweitern, Mut eigene Schwächen zu erkennen.

Präventionsprojekt „Mut statt Wut“

Das ist ein kriminalpräventives Projekt für Kinder der Klassenstufen 2 und 3 und deren Eltern. Es ist ein Projekt für Kinder mit Schwächen im Sozialverhalten, hoher Gewaltbereitschaft und niedriger Frustrationstoleranz. Das Projekt hat im September 2013 begonnen. In der Gruppe lernen die Kinder neue Wege kennen mit Aggression, Gewalt, Unmut, Langeweile und Frustration umzugehen. Durch das Erarbeiten eines Puppentheaterstückes, das sich am Leben der Kinder orientiert, wird die Möglichkeit geschaffen miteinander zu kommunizieren.

Kontakt:

Lebenswertes Murgtal e.V. - Verein für Prävention und Sicherheit
Akademie Schloss Rotenfels PF 12 11 16
76560 Gaggenau
Tel.: 07225-9887150
Fax.: 07225-9887149
E-Mail: andreas.seitz@polizei.bwl.de
Webseite: www.lebenswertes-murgtal.de

MAVAND Solutions GmbH

Die MAVAND Solutions GmbH entwickelt, produziert und vertreibt Drogenschnellteste (Speichel, Wisch- und Oberflächenteste) in Verbindung mit Auswertesystemen und einem Datenbankmanagementsystem.

Kontakt:

MAVAND Solutions GmbH

Ulrichstr. 21

72116 Mössingen

Tel.: 07473/958028

E-Mail: info@mavand.com

Webseite: <http://www.mavand.com>

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Informationsstand der Leitstelle „Kriminalprävention“, des Landespräventionsrates Rheinland-Pfalz und der Stiftung Kriminalprävention Rheinland-Pfalz.

Kontakt:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

E-Mail: helmut.liesenfeld@isim.polizei.rlp.de
Webseite: <http://www.kriminalpraevention.rlp.de>

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW

Stand der kriminalpräventiven NRW-Initiative „Kurve kriegen“.

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211-8713334
Fax.: 0211-8713355
E-Mail: ppj@mik.nrw.de
Webseite: www.kurvekriegen.nrw.de

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Das Kultusministerium Baden-Württemberg stellt die schulische Präventionsarbeit, insbesondere das Präventionskonzept „stark.stärker.WIR“ für Schulen im Land vor, welches als Konsequenz aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen entwickelt wurde. Dieses gibt Schulen für ihre Präventionsarbeit einen Rahmen, der hilft, die Vielfalt der Maßnahmen, Programme und Projekte aufeinander abzustimmen und flexibel an den jeweiligen Bedarf anzupassen.

Schulische Präventionsarbeit

- zielt in erster Linie auf die Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen sowie auf eine positive Grundhaltung zum Leben (Resilienzförderung).
- umfasst die Bereiche Gewalt- und Suchtprävention sowie Gesundheitsförderung.
- muss gleichzeitig auf drei Ebenen verankert sein: schulische Ebene, Klassenebene, individuelle Ebene.
- bezieht alle am Schulleben Beteiligten ein: Schüler/innen, Lehrkräfte, Eltern.
- ist mit der Präventionsarbeit anderer Institutionen vernetzt.

Wir informieren am Infostand über die Unterstützungs- und Beratungsstruktur im Bereich der schulischen Präventionsarbeit: Das Angebot des Kontaktbüros Prävention und Kompetenzzentrums Schulpsychologie werden vorgestellt sowie die Tätigkeitsfelder der Schulpsycholog(inn)en und der Präventionsbeauftragten, die Schulen bei der Umsetzung von „stark.stärker.WIR“ begleiten.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart
E-Mail: viola.orschel@km.kv.bwl.de

Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt ist die ressortübergreifende Gewaltpräventionsinitiative der Hessischen Landesregierung. Seit 2002 werden die landesweite Vernetzung und der Informationsaustausch über aktuelle Themen gepflegt sowie landesweite Programme gefördert. 2009 wurden in allen Regionen Hessens Regionale Geschäftsstellen eingerichtet. In den Regionen erreichen wir die Akteure der Prävention und können gezielt beraten, fortbilden und vernetzen. Unter www.netzwerk-gegen-gewalt.de bieten wir mit dem Präventionsatlas Hessen eine Informationsplattform über mehr als 440 Gewaltpräventionsprojekte in Hessen. Mit der Website www.medienkompetenz-hessen.de bieten wir seit 2008 „Medienkompetenz für Erwachsene“.

An unserem Info-Stand informieren wir über das Programm PiT (Prävention im Team), die Kampagne Gewalt-Sehen-Helfen (GSH), sowie die Schwerpunktthemen des Netzwerks gegen Gewalt. Zudem soll dem Programm „Digitale Helden“ die Möglichkeit geboten werden, sich einer breiten Fachöffentlichkeit zu präsentieren.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Tel.: 0611 / 353 - 2181

Fax.: 0611 / 353 - 2109

E-Mail: ngg@hmdis.hessen.de

Webseite: <http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de>

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster

9 Themenfelder: Cyber-/Mobbing, Sozialkompetenz, Konfliktregelung, Unterrichtskonzepte, sexualisierter Gewalt vorbeugen, Familienkonflikte, Selbstbehauptung, Fortbildungen, Deeskalation; Gründung April 1999;

20 Akteure:

- akku - arbeitskreis konstruktive konfliktkultur,
- asb - arbeitskreis soziale bildung u. beratung,
- Beratungs- u. BildungsCentrum Diakonie MS,
- Krisen- u. Gewaltberatung für Jungen u. Männer Caritasverband MS,
- Deutscher Kinderschutzbund OV MS,
- DOJOTEAM - Training gegen Gewalt u. mehr,
- DRK Landesverband Westfalen-Lippe,
- Fachstelle Täter-Opfer-Ausgleich im VIP,
- Fachstelle Sekten- u. Weltanschauungsfragen Bistum MS,
- Frauen- u. Mädchensportverein,
- Haus Kloppenburg - Team Fair Streiten,
- Kinderschutzportal Westfälischen-Wilhelms-Universität,
- Koordinierungsstelle für Migration u. Interkulturelle Angelegenheiten,
- Polizeipräsidium MS - KK34/Vorbeugung,
- pro familia MS,
- Schulpsychologische Beratungsstelle Stadt MS,
- Amt für Kinder, Jugendliche u. Familien Stadt MS - Jib sowie Kinder- u. Jugendschutz,
- Gewalt Akademie Villigst Regionalgruppe MS,
- Zartbitter MS;
- Aktionswochen in Stadtteilen;
- Münsteraner Konflikttagungen für ca. 120 Multiplikatoren;
- Aktion Noteingang: 6 Akteure des Netzwerks schulen Institutionen, damit sie bedrohten Personen Schutz bieten können;
- Nachhaltigkeitspreis von UNESCO und dm 2011;
- BFDT Preisträger „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ in 2011 und 2013.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster
Waltrup 27, 48341 Altenberge

Tel.: 02505-948445

E-Mail: info@dojoteam.de

Webseite: <http://www.gewaltpraevention-muenster.de>

Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg

Das Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss des Badischen Landesverbands für soziale Rechtspflege (KdöR), des Verbands der Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V. und des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg e.V. Die 47 Mitgliedsvereine führen in unterschiedlichen Besetzungen verschiedene landesweit flächendeckende Projekte im Bereich der Straffälligenhilfe durch: Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit, Nachsorgeprojekt Chance, Eltern-Kind-Projekt Chance, Ehrenamtlichen Projekt und Qualitäts-gemeinschaft Gewaltprävention. Darüberhinaus unterhalten viele Mitgliedsvereine Anlauf- und Beratungsstellen, Betreute Wohneinrichtungen für Straffällige und führen verschiedene Arbeitsprojekte und Programme zur Gewaltprävention, wie Anti-Gewalt-Training, Anti-Aggressions-Training, Soziale Trainingskurse, Programme gegen häusliche Gewalt und Coolnesstrainings durch. Diese werden vorgestellt und durch Beispiele der praktischen Arbeit der Bezirksvereine für soziale Rechtspflege Karlsruhe, Pforzheim und Villingen-Schwenningen, des Vereins für Jugendhilfe Karlsruhe e.V. und der Sozialberatung Stuttgart e.V. untermauert.

Kontakt:

Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg
Haußmannstr. 6
70188 Stuttgart
Tel.: 07721-52060
Fax.: 07721-56020
E-Mail: horstbelz@web.de
Webseite: <http://www.nwsh-bw.de>

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ ist ein kriminalpräventives Projekt, das sich für Einbruchprävention und Brandvorbeugung einsetzt. Auf Initiative von Polizeibehörden ins Leben gerufen ist das Netzwerk „Zuhause sicher“ aus der polizeilichen Praxis für die polizeiliche Praxis konzipiert. Auf der Basis eines gemeinnützigen Vereins bringen sich zahlreiche unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche ein – dazu zählen Polizeibehörden, das Handwerk sowie Unternehmen aus Industrie und Versicherungswirtschaft. Gemeinsam bieten die aktuell über 300 Netzwerkpartner Bürgern eine Begleitung auf dem Weg zum sicheren Zuhause an – von der polizeilichen Beratung über die handwerkliche Umsetzung bis zur Präventionsplakette. Dabei zeichnet sich das Netzwerk „Zuhause sicher“ dadurch aus, dass jede Polizeibehörde das Konzept lokal vor Ort anwenden kann. Neutralität, Bürgerorientierung und Übertragbarkeit sind die Merkmale des Netzwerkes. Wirkungsweise und Resultate werden vom Europäischen Zentrum für Kriminalprävention kontinuierlich evaluierend festgehalten. Darüber hinaus ist das Netzwerk „Zuhause sicher“ inzwischen mehrfach ausgezeichnet worden u. a. mit dem Diplom des European Public Sector Award (2007) sowie als „Germany at its best“ (2012).

Kontakt:

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Daimlerweg 8

48163 Münster

Tel.: 0251-7051172

Fax.: 0251-705551172

E-Mail: carolin.hackemack@zuhause-sicher.de

Webseite: <http://www.zuhause-sicher.de>

Netzwerkarbeit für nachhaltige Gewaltprävention: Konzept MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule

Partner aus den Bereichen Schule, Kommunalverwaltung, Polizei, der Wissenschaft und Trägern der Prävention erarbeiteten das Konzept für den Mikrokosmos von Gemeinde, Kita und Schule auf der Basis der evaluierten Programme EFFEKT – Entwicklungsförderung in Familien: Eltern-Kind-Training - der Universität Erlangen-Nürnberg und Anti-Bullying des Norwegischen Psychologen und Pädagogen Prof. Dr. Dan Olweus.

Enthalten sind u.a. Hinweise zu verbindlichen Kooperationsstrukturen zu Fachstellen, zum Programmübergang von der Kita in die Schule, zur Weitergabe von Sozialdaten und zum Fallmanagement zur Früherkennung und frühzeitigem Handeln beim Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung oder psycho-sozialen Störungen.

Das Netzwerk versteht das Konzept als ein grundsätzliches Vorgehen für eine frühzeitig beginnende, aufeinander aufbauende Entwicklungsförderung und Gewaltprävention sowie als eine Plattform, um unter Berücksichtigung der Vielfalt an Interessen und Bedarfe ergänzende oder weitere evidenzbasierte Programme anbieten und die Implementation unterstützen zu können.

Der Stand, als Diskussionsportal, zeigt auch Zuständigkeit und Verantwortung der Netzwerkpartner. In einer Sonderveranstaltung, gemeinsam mit der Universität Marburg, wird im Vergleich auf Gelingensfaktoren und Grenzen eingegangen.

- Landkreis Ostprignitz-Ruppin
- Deutsches Rotes Kreuz Ostprignitz-Ruppin
- Staatliches Schulamt Perleberg
- Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg
- Institut für Psychologie der Universität Erlangen - Nürnberg
- Polizeipräsidium Land Brandenburg
- Landesinstitut für Lehrerbildung
- Unfallkasse Brandenburg

Kontakt:

Kooperationsnetzwerk zum Konzept MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule

Virchowstr. 14, 16816 Neuruppin

Tel.: 03391 - 688 6231

E-Mail: praeventionsberateropr@web.de

NEUSTART gGmbH

Mit dem 01.01.2007 betraute das Land Baden-Württemberg die NEUSTART gemeinnützige GmbH mit der Durchführung der Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des Täter-Opfer-Ausgleichs. Die 2004 gegründete NEUSTART gemeinnützige GmbH ist eine hundertprozentige Tochter des Vereins NEUSTART in Österreich, der seit über 50 Jahren justiznahe Sozialarbeit durchführt.

Das Leitbild von NEUSTART orientiert sich an drei zentralen Grundsätzen: Vergangenheit – verarbeiten, Gegenwart – bewältigen, Zukunft – sichern. Diese Prinzipien bestimmen das Selbstverständnis und Handeln der derzeit rund 450 haupt- und circa 600 ehrenamtlichen NEUSTART Mitarbeiter in Baden-Württemberg, die zirka 20.300 Klienten in der Bewährungshilfe betreuen. Im Kontext der Gerichtshilfe werden jährlich 3.500 Erhebungen durchgeführt. Zudem wird in 1.420 Fällen des Täter-Opfer-Ausgleichs interveniert. Die Mitarbeiter leisten damit einen entscheidenden Beitrag, Schutz vor Kriminalität – ihren gesellschaftlichen Folgen und Wechselwirkungen – zu gewährleisten.

Die Teilnahme am Deutschen Präventionstag soll über die Arbeit von Neustart informieren, die Angebote bekannt machen und zum Dialog einladen.

Kontakt:

NEUSTART gGmbH
Rosenbergstr. 122
70193 Stuttgart
Tel.: 0711-62769404
E-Mail: tina.riede@neustart.org
Webseite: <http://www.neustart.org>

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

White IT - alliance for children

Das Bündnis White IT hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und dessen Darstellung zu leisten. Dabei sollen technische und gesellschaftliche Vorgehensweisen ermittelt, bewertet und umgesetzt werden. Eine ganzheitliche Strategie unter Einbeziehung vorhandener Maßnahmen und Kooperationen des öffentlichen Sektors (Deutschland, EU, weltweit), der Wirtschaft, der psychosozialen Versorgung und Prävention sowie der Wissenschaft zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und dessen Darstellung - auch im Internet - wird anhand konkreter Projekte durch das Bündnis entwickelt. Diese reichen von der Prävention über die Strafverfolgung bis hin zur Hilfe für die Opfer und bedient sich zur Realisierung technischer, rechtlicher und politischer Instrumente.

Um diese Ziele des Bündnisses zu erreichen, soll insbesondere das Bewusstsein für diese Thematik in der breiten Öffentlichkeit geschaffen werden (Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern über die damit verbundenen Risiken im Internet und auch außerhalb). Insgesamt beteiligen sich neben dem Deutschen Präventionstag derzeit über 50 weitere Partner (u.a. Deutscher Kinderschutzbund, Weißer Ring e.V., Ärztekammer Niedersachsen, Microsoft, Fujitsu, Computacenter, ...) an der Realisierung dieser Ziele.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Lavesallee 6
30169 Hannover
E-Mail: anna.bartels@mi.niedersachsen.de
Webseite: <http://www.WhiteIT.de>

Oberzent-Schule Beerfelden

Mediencoachprojekt - Ein Peerprojekt für die Sekundarstufe I zum Umgang mit Neuen Medien

SchülerInnen werden von verschiedenen Projektpartnern trainiert, um ihre Medienkompetenz zu erweitern und bei Schwierigkeiten jüngeren SchülerInnen als BeraterInnen zur Verfügung zu stehen.

Kontakt:

Oberzent-Schule Beerfelden

Krähberger Weg 50

64743 Beerfelden

E-Mail: b.siefert@odenwaldkreis.de

Webseite: <http://www.oberzentschule.de>

Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH

Gewalt unter Schülern, Sachbeschädigungen in Bussen sowie an Haltestellen sind ein fast alltägliches Problem - leider auch im Odenwaldkreis.

Die führt natürlich zu Problemen zwischen Verkehrsunternehmen, dem Fahrpersonal und anderen Fahrgästen. Kurzum: die Stimmung auf dem Weg zur Schule befindet sich bereits auf dem Nullpunkt - kein ein optimaler Start in den Tag...

Seit 2004 bildet die Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Odenwald und den Odenwälder Verkehrsbetrieben freiwillige RMV-Bus&Bahnbegleiter im Odenwaldkreis aus.

Dabei handelt es sich um Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 8, die in einem mehrtägigen Fachtraining praxisnah durch einen qualifizierten Trainer zu RMV-Bus&Bahnbegleitern ausgebildet werden. Ziel ist es, körperliche Auseinandersetzungen sowie Sachbeschädigungen möglichst zu vermeiden und durch gezielte Kommunikation entsprechende Situationen erst gar nicht entstehen zu lassen. Dies erfordert ein hohes Maß an Zivilcourage!

Die Schülerinnen und Schüler lernen, Situationen richtig einzuschätzen und potentielle Gefahren zu erkennen, denn Selbstschutz hat allerhöchste Priorität.

RMV-Bus&Bahnbegleiter sind auch keine Hilfssheriffs oder haben Sonderrechte. Sie engagieren sich für ein besseres Miteinander im Bus - ein Engagement, das man den jungen Menschen nicht hoch genug anrechnen kann!

Kontakt:

Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH
Hulster Straße 2
64720 Michelstadt
E-Mail: s.reinhardt@odenwaldkreis.de
Webseite: <http://www.odewaldmobil.de>

Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven ist als letzte kommunale Behörde in der Bundesrepublik Deutschland für die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben eigenverantwortlich zuständig. Bei der Messe werden ausgesuchte kriminal- / verkehrspräventive Maßnahmen des Jahres 2013 vorgestellt. Diese Projekte dürften in Art und Ausführung wenige Vergleiche innerhalb der Bundesrepublik finden.

Im Rahmen der Einbruchsprävention wurde mit dem Projekt „Gemeinsam Wachsam“ die aufsuchende Polizeiarbeit gefördert. Die Aktion wurde von verschiedenen Medien unterstützend begleitet und hat in der Bevölkerung der Stadt Bremerhaven eine sehr hohe Zustimmung erfahren. Das Projekt wurde im bundeslandübergreifenden Einsatz (Bremen - Niedersachsen) fortgeführt und stieß dabei ebenso auf eine positive Resonanz.

Im Rahmen der Verkehrsprävention wurde das Grundkonzept „Crash Kurs“ aus NRW für die Stadt Bremerhaven neu aufgearbeitet und als „Crash Kurs Küste“ für die Zielgruppe der Jungen Erwachsenen durchgeführt. Die hierfür ausgesuchte Örtlichkeit führte bei den Teilnehmern zu einer starken Emotionalität.

Der hohe Vernetzungsgrad von Behörden und Institutionen in der Stadt Bremerhaven trägt maßgeblich zu einer erfolgreichen Präventionsarbeit der Ortspolizeibehörde bei.

Kontakt:

Ortspolizeibehörde Bremerhaven
Hinrich-Schmalfeldt-Str. 31
27576 Bremerhaven
Tel.: 0471-9531100
Fax.: 0471-9531109
E-Mail: n.laue@polizei.bremerhaven.de
Webseite: <http://polizei.bremerhaven.de>

Papilio e.V.

Papilio - Ein Programm für Kindergärten zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und zur Vorbeugung gegen die Entwicklung von Sucht und Gewalt

Papilio stärkt und fördert Kinder - und zielt dabei vor allem auf die sozial-emotionalen Kompetenzen, denn diese sind die Grundlage für das Erlernen aller anderen Fähigkeiten. Papilio reduziert damit erste Verhaltensprobleme und beugt Sucht und Gewalt im Jugendalter vor. Das ist die Basis für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben im Erwachsenenalter.

Papilio ist ein wissenschaftlich evaluiertes Programm. Seine konzeptionellen Besonderheiten sind:

- Ansatz auf drei Ebenen: ErzieherInnen, Kinder, Eltern
- Zentrale Rolle der ErzieherInnen als Multiplikatoren
- Stimmigkeit der Maßnahmen untereinander sowie gegenseitige
- Verstärkung
- Neben den Maßnahmen wirkt auch die Erziehungshaltung
- Wissenschaftliche Basis ist die entwicklungsorientierte Präventionstheorie

Kontakt:

Papilio e.V.
Ulmer Straße 94
86156 Augsburg
Tel.: 0821-44805670
Fax.: 0821-44805671
E-Mail: info@papilio.de
Webseite: www.papilio.de

PHINEO gAG

Ob ehrenamtlich engagiert oder hauptberuflich in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen zu Hause – die Präventionsprojekte wollen etwas bewegen, etwas bewirken. Aber wie kann man wirkungsorientiert planen, arbeiten und die Wirkung der Aktivitäten analysieren? Antworten gibt das KURSBUCH WIKRUNG. Leicht verständlich, anschaulich, Schritt für Schritt: Mit vielen Tipps, Illustrationen, Checklisten und anhand eines durchgängigen Praxisbeispiels soll es den Engagierten dabei helfen, Wirkungsorientierung als festen Bestandteil in ihren Alltag zu integrieren. Das Buch wurde von der gemeinnützigen PHINEO AG in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt und wird beim Präventionstag vorgestellt. Weitere Informationen sind unter www.kursbuch-wirkung.de erhältlich. Ergänzend zum Buch finden sich auf der Website zahlreiche Arbeitsvorlagen, mit denen die gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis angewendet werden können.

Kontakt:

PHINEO gAG

Anna-Louisa-Karsch-Straße 17

10178 Berlin

Tel.: 030 5200 65 112

Fax.: 030 5200 65403

E-Mail: wiebke.guelcibuk@phineo.orgWebseite: <http://www.phineo.org>

Polizei Sachsen

Das Präventionsangebot „Sicheres Handwerk“ wurde vom Landeskriminalamt Sachsen in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Dresden erarbeitet und berücksichtigt insbesondere Inhalte zur vorbeugenden Bekämpfung der Diebstahlskriminalität für sächsische Handwerksbetriebe. Deren Umsetzung soll den Handwerksbetrieben helfen, Sicherheitslücken zu erkennen sowie Möglichkeiten zur Sicherung ihres Eigentums zu finden und umzusetzen.

Allein im vergangenen Jahr registrierte die sächsische Polizei rund 18,7 Millionen Euro Schaden durch Diebstähle aus Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen sowie aus Baustellen. Der Schutz des sächsischen Handwerks ist von volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn neben den finanziellen Schäden sind auch Arbeitsplätze und die Existenz ganzer Betriebe gefährdet.

Die Präsidenten der sächsischen Handwerkskammern, die Innungsmeister sowie Vertreter interessierter Handwerksbetriebe wurden im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung durch die Initiatoren über das Angebot und Umsetzungsmöglichkeiten informiert.

Das Präventionsangebot „Sicheres Handwerk“ präsentiert sich in einem gemeinsamen Infostand mit der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Sachsen dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ sowie dem Kriminalpräventiven Rat der Stadt Chemnitz mit dem Modellprojekt „Huckepack“.

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

Tel.: 0351-855-2309

Fax.: 0351-855-2390

E-Mail: andreas.dittmann@polizei.sachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.sachsen.de>

Polizeiinspektion Schwerin

Infostand zum Projekt „ZIVICO - Schwerin zeigt Gesicht!“ Jahresgemeinschaftsprojekt der Polizeiinspektion Schwerin mit vielen Partnern in der Landeshauptstadt des Landes M-V. Präsentiert werden Plakate, die Auswertung von Fragebögen der Schweriner Bevölkerung zur Thematik: Wie sicher fühlst du dich in deiner Stadt? sowie drei Spots zum Thema Zivilcourage, die zum aktiven Handeln aufrufen (helfen ohne sich selbst zu gefährden).

Kontakt:

Polizeiinspektion Schwerin
Graf-Yorck-Str. 8
19061 Schwerin
E-Mail: heidrun.liebmann@polmv.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit zählt zu den essenziellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb informiert die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes über die unterschiedlichen Formen von Kriminalität und zeigt, wie sie verhindert werden können. Sie ist eine Institution der Innenministerkonferenz und veröffentlicht bundesweit Medien wie Faltblätter, Broschüren und Filme. Neben entsprechender Öffentlichkeitsarbeit entwickelt die Polizeiliche Kriminalprävention themen- und zielgruppenspezifische Kampagnen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u.a. um Gewaltprävention, Internetkriminalität oder Einbruchschutz. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten.

Zu den aktuellen Handlungsfeldern zählen:

- Wohnungseinbruchdiebstahl, zu dem die Polizeiliche Kriminalprävention die Initiative K-EINBRUCH mit dem „Tag des Einbruchschutzes“ ins Leben gerufen hat,
- sexueller Missbrauch von Kindern mit der Kampagne „Missbrauch verhindern!“ und
- Prävention von islamistischen Inhalten im Internet mit einem Filmpaket zur Sensibilisierung für radikale Propaganda und zur Auseinandersetzung mit dem Begriff Dschihad und seiner Bedeutung.

Weitere Informationen und unser komplettes Medienangebot finden Sie unter www.polizei-beratung.de

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
(ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Tel.: 0711/5401-2062

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

Polizeiinspektion Stralsund

Darstellung des Antigewaltprojektes „Eh Alter“, Zielgruppe sind insbesondere SchülerInnen von Förder- bzw. Sonderschulen, die bereits Gewalt in den verschiedensten Formen erlebt haben und oftmals schon mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Inhaltlich geht es um den fairen, respektvollen Umgang miteinander. In unserer sich schnell wandelnden Gesellschaft wird die Einordnung von Normen und Werten für einige Kinder/Jugendliche zunehmend schwieriger. Im Projektverlauf wird mit den folgenden Bausteinen gearbeitet:

1. ICH - Stärkung des Selbstwertgefühls, 2. DU - Kommunikation fördern, 3. WIR - Kooperation und Konfliktlösung, 4. Oberstes Gebot-Gewaltfrei!

Kontakt:

Polizeiinspektion Stralsund
Frankendamm 21
18439 Stralsund

Tel.: 0151-14163832

Fax.: 03831-245260

E-Mail: frank.frommberger@polmv.de

Polizeipräsidium Aalen - Haus der Prävention

Die Polizei im Rems-Murr-Kreis steht seit 1987 mit einer Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle dem Bürger mit Rat und Tat zur Verfügung. Seit 2007 bietet es im „Haus der Prävention“ umfassende polizeiliche kriminal- und verkehrspräventive Angebote für Einzelpersonen, Schulen, Netzwerke und für eine Vielzahl von Bevölkerungsgruppen an. Seit dem 01.01.2014 ist es Bestandteil des Referats Prävention des Polizeipräsidioms Aalen.

Drei Projekte aus den Landkreisen des PP Aalen werden als Projektpots auf dem DPT vorgestellt (Landkreis Ostalb „Netzwerk Prävention Ostalbkreis“ am 12.05.14, 15.30 h, Landkreis Schwäbisch Hall „GewaltFrei zum Erfolg – eine Präventions-Initiative für Kinder und Eltern in der Grundschule“ am 13.05.14, 12:30 h sowie Rems-Murr-Kreis: „Wir geben der Jugend eine Chance“ am 13.05.14, 13.00 h).

Darüber hinaus erhalten Sie aktuelle Informationen zum Waiblinger Modell „Einheitliches Orientierungssystem“ für Schulen und andere öffentliche Gebäude (eingetragen im Deutschen Patent- und Markenamt). Das Innenministerium BW hat die landesweite Umsetzung empfohlen und in benachbarten Bundesländern wie Bayern oder Rheinland-Pfalz gibt es erste Modellschulen.

Weitere Projekte: „Gewalt ist keine Lösung“ (Kooperation mit der Jugendfeuerwehr), „Medienscout“ (Kooperation mit Bildungswissenschaft/Wirtschaft) und „Kinder gehen, wenn Räder stehen“ (Hochschule für Gestaltung).

Kontakt:

Polizeipräsidium Aalen - Haus der Prävention
Ludwigsburger Straße 1

71332 Waiblingen

Tel.: 07151-9816292

Fax.: 07151-50285972

E-Mail: leo.keidel@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.haus-der-praevention.de>

Polizeipräsidium Bochum - Kriminalprävention

Durch die Polizei Bochum ausgebildete ehrenamtliche Seniorensicherheitsberater (SSB) machen das Seniorensicherheitsprojekt des PP Bochum bekannt u. stellen ihre Arbeit vor.

Themenschwerpunkt sind Straftaten z.N. älterer Menschen. Die SSB haben aufgrund ihres Alters und ihrer Erfahrung eine gute Akzeptanz bei den Senioren und einen vertrauensvollen Zugang zu ihnen (Peergroup im Alter). Sie erreichen Menschen, die die Polizei nicht erreichen könnte.

Die SSB finden Sie an ihrem Stand, einem weiß/blauen Pavillon, der an dem Eulenlogo zu erkennen ist.

Das LOGO der SSB ist die zwinkernde Eule mit Schatten u. Licht auf blauem Grund. Sie ist das Sinnbild für Alter u. Weisheit, für die Beschwerlichkeit u. Einsamkeit im Alter, aber auch für die Aufmunterung und die Hilfe u. die Lichtblicke durch die SSB.

Selbstverständlich gibt es bei uns Sitzgelegenheiten, wo man in Ruhe ins Gespräch kommen kann.

Hier finden Sie Informationen zum Seniorensicherheitsprojekt, aber auch Tipps zur Vorbeugung von Straftaten, vorwiegend derer z.N. älterer Menschen.

Kontakt:

Polizeipräsidium Bochum
Uhlandstr. 31 - 35
44791 Bochum

Tel.: 0234-9094050

Fax.: 0234-9094055

E-Mail: KI4.KV.Bochum@Polizei.NRW.de

Polizeipräsidium Heilbronn

Das Polizeipräsidium Heilbronn präsentiert seine neue Präventionsstruktur mit Zuständigkeit für vier Landkreise, die Zusammenarbeit mit Präventionsvereinen sowie ausgewählte Projekte zu aktuellen Themen:

IPA Twinning-light Projekt „Strengthening Capacities of the Ministry of Interior for Crime Prevention“ mit der Republik Kroatien.

Ergänzend zur Präsentation dieses Projekts im internationalen Forum, stehen die Projektteams beider Länder für vertiefende Informationen zur Verfügung.

„VollGas“ - ein wissenschaftlich evaluiertes Projekt zur Reduzierung jugendspezifischer Verkehrsunfälle.

„Helle Köpfe“ - mehr Sicherheit für radfahrende Kinder bei Dunkelheit.

Darüber hinaus gibt das Präventionsteam des Polizeipräsidiums Heilbronn Ein- und Überblicke zur weiteren aktuellen Themenfeldern der Verkehrs- und Kriminalprävention.

Kontakt:

Polizeipräsidium Heilbronn, Referat Prävention
Karlstraße 108
74076 Heilbronn

Tel.: 07131-1041042

E-Mail: heilbronn.pp.praevention@polizei.bwl.de

Polizeipräsidium Karlsruhe, Haus des Jugendrechts Pforzheim und Enzkreis - „Anti-Graffiti-Mobil“

Im Haus des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Bezirksverein für soziale Rechtspflege unter einem Dach zusammen. Die Jugendämter der Stadt Pforzheim und des Enzkreises, gehören ebenfalls dieser Kooperation an. Sie sind jedoch nicht im Haus sondern in unmittelbarer Nachbarschaft untergebracht, womit die sprichwörtlich kurzen Wege gewährleistet sind.

Dieses Konzept ermöglicht eine schnelle individuelle Reaktion auf Straftaten von Jugendlichen. Ziel ist es jugendliche Straftäter durch abgestimmte Maßnahmen möglichst wieder auf den rechten Weg zu bringen um kriminelle Karrieren frühzeitig zu stoppen.

Im Haus des Jugendrechts Pforzheim ist die Repression ganz eng mit der Prävention verbunden.

Beispielhaft ist hier das inzwischen bundesweit bekannte Anti-Graffiti Mobil hervorzuheben. Im Projekt „Anti-Graffiti-Mobil“ werden illegale Graffiti-Schmierereien schnell und für den Geschädigten kostenfrei entfernt.

Die Beseitigung erfolgt möglichst innerhalb einer Woche und wenn der Täter ermittelt wird, darf er selbst Hand anlegen - die beste Prävention und ein wirkungsvoller Täter-Opfer-Ausgleich. Auf Täterseite wird ein Bezug zu fremdem Eigentum und entstandenem Sachschaden hergestellt und dem Geschädigten wird schnell und unbürokratisch geholfen. Die Rückfallquote beträgt nahezu „Null“ Prozent.

Im Haus werden gemeinnützigen Arbeitsstunden sinnvoll koordiniert.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts Pforzheim-Enzkreis
Bahnhofstraße 26
75172 Pforzheim
Tel.: 07231-6050040
Fax.: 07231-6050059
E-Mail: hdjr.pforzheim@polizei.bwl.de

Polizeipräsidium Karlsruhe, Referat Prävention, Schutzengel Pforzheim- Enzkreis

Das Schutzengel-Projekt Pforzheim-Enzkreis „Junge Fahrer – gib Deinem Schutzengel eine Chance“ wurde im Frühjahr 2008 aufgrund vieler schwerer Verkehrsunfälle mit Beteiligung junger Fahrer (18 - 24 Jahre) ins Leben gerufen.

Obwohl der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe bei rund 8 Prozent liegt, war diese in den letzten Jahren überproportional an vielen schweren Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten oder Getöteten beteiligt. Auch die Gewaltbereitschaft ist überdurchschnittlich hoch innerhalb dieser Altersgruppe.

Das Schutzengel-Konzept beruht darauf, dass innerhalb der „peer-group“ die emotionalen Beziehungen genutzt werden um auf die jeweiligen Fahrer/Täter einzuwirken. Die Zielgruppe der 16-24-Jährigen ist fest mit ihrem Freundeskreis verbunden und die „peer group“ stellt häufig einen Familienersatz dar. Meist sind nur die Freunde/Schutzengel im Ernstfall direkt vor Ort und nur sie können daher auf den Fahrer/Täter rechtzeitig einwirken.

Die Interessenten werden in einem 4-stündigen Workshop zu „Schutzengeln“ ausgebildet und auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit vorbereitet. Hierbei wird den Schutzengeln ein Grundwissen im Bereich Alkohol, Drogen und Hauptunfallursachen im Straßenverkehr vermittelt sowie in interaktiven Trainings die soziale Kompetenz und Zivilcourage gestärkt.

Nach absolvierter Ausbildung erhalten die Schutzengel einen Ausweis und eine Urkunde.

Kontakt:

Polizeipräsidium Karlsruhe, Referat Prävention, Schutzengel Pforzheim-Enzkreis

Bahnhofstr. 13

75172 Pforzheim

Tel.: 07231/186-1270 oder -1257

E-Mail: KARLSRUHE.PP.PRAEVENTION.VERK.PF@polizei.bwl.de

Polizeipräsidium Ludwigsburg / Referat Prävention

Das Projekt „Mit Spaß und Spiel gegen Drogen und Gewalt“ berücksichtigt, dass sich das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen sehr stark an Vorbildern orientiert. Sportler, insbesondere Fußballprofis, erfüllen eine wichtige Vorbildfunktion. Vor diesem Hintergrund bringt der VfB Stuttgart gezielt diese Rolle in das Projekt ein, um das Denken und Handeln von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf Gewalt und/oder Drogenkonsum positiv zu beeinflussen.

Das Präventionsprojekt findet seit 2001 im jährlichen Wechsel in Stuttgart und den angrenzenden Landkreisen statt. Zum Projektauftritt wird ein Fußballturnier zwischen allen beteiligten Schulklassen durchgeführt.

In der Folge führen Präventionsbeamte der Polizei unter Beteiligung des VfB-Fanbeauftragten Unterrichtseinheiten zu den Themen Gewalt und/oder Drogen in den Schulklassen durch, die mit einem Torwandschießen beendet werden. Die Themenfestlegung für die Unterrichtsstunden erfolgt jeweils im Benehmen mit der Schulleitung bzw. den Klassenlehrern.

Zum Projektabschluss führen die zwei „Siegerklassen“ (Turnier und Torwandschießen) ein Finale durch und werden zu einem Bundesligaspiel eingeladen. Alle weiteren beteiligten Schulklassen erhalten Freikarten für ein Heimspiel des VfB Stuttgart II in der 3. Fußballbundesliga.

Zum fortlaufend evaluierten Projekt gibt es viele Erfahrungen und Tipps, die weitergegeben werden können.

Kontakt:

Polizeipräsidium Ludwigsburg /Referat Prävention
Hanns-Klemm-Str. 27
71034 Böblingen

Tel.: 07031-132618

Fax.: 07031-13-2649

E-Mail: Detlef.Langer@polizei.bwl.de

Prävention im Blick - im Landkreis Diepholz

Am Infostand wird das Zivilcourageprojekt „Bürgermut tut allen gut - Nachbarschaften gegen Häusliche Gewalt“ vorgestellt. Das Besondere dieses zweijährigen Zivilcourageprojekts (2011-2012) ist die direkte Ansprache der Zivilbevölkerung im ländlichen Raum. Somit richteten sich die einzelnen Maßnahmen des Projekts nicht wie üblich an Opfer oder TäterInnen Häuslicher Gewalt, vielmehr wurden durch Kontinuität der Maßnahmen und direkte Ansprache der Menschen eine allgemeine Sensibilisierung und Handlungsbefähigung zum Umgang mit Häuslicher Gewalt erreicht. Es gab somit keine Rollenzuschreibungen und keine Vorannahmen. Mit kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit wurden Haus- und WohnungsnachbarInnen, ArbeitskollegInnen, Spielplatzeltern sowie VereinskollegInnen für mehr Zivilcourage im Bereich Häuslicher Gewalt sensibilisiert. Es ging um die Schärfung der Wahrnehmung in Situationen Häuslicher Gewalt. Das Projekt ist wissenschaftlich begleitet worden und befindet sich mit seinen sehr handlungsorientierten Konzepten in der Übertragungsphase. Die Konzepte des Projekts eignen sich besonders für den ländlichen Raum, greifen die vorhandenen Strukturen auf und aktivieren die für Opfer von Häuslicher Gewalt wichtige Ressource „Nachbarn“.

Kontakt:

Landkreis Diepholz
Niedersachsenstraße 2
49356 Diepholz
Tel.: 05441-9761077
Fax.: 05441-9761774
E-Mail: buergermut@diepholz.de
Webseite: <http://www.diepholz.de>

Präventionsnetzwerk Karlsruhe

Der Infostand ist ein Gemeinschaftsstand der Mitglieder des Karlsruher Präventionsnetzwerks.

Das Netzwerk besteht aktuell aus 14 ehren- und hauptamtlichen Organisationen aus der Stadt Karlsruhe und dem Landkreis Karlsruhe. Der lose Zusammenschluss dient als Kommunikationsplattform über alle Fachbereiche und Dienststellen hinweg. Schwerpunkt des Netzwerks ist eine seit 2010 jährlich durchgeführte regionale Präventionstagung für Lehrer, Sozialpädagogen, Polizisten und weiteren ehren- und hauptamtliche Personen die Präventionsarbeit leisten. Die Fachbeiträge und Ergebnisse der Tagungen finden sich unter www.keine-gewalt-ka.de.

Kontakt:

Präventionsnetzwerk Karlsruhe

Moltkestraße 22

76133 Karlsruhe

E-Mail: r.fluhrer@stja.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.keine-gewalt-ka.de>

Projekt Chance im CJD Creglingen

Projekt Chance im CJD Creglingen wurde im Jahr 2003 gegründet, um Strafvollzug in freien Formen erstmalig in Deutschland umzusetzen. Es handelt sich um ein intensives gruppenpädagogisches Erziehungs- und Trainingsprogramm für straffällig gewordene junge Männer. Statt Inhaftierung in einer Justizvollzugsanstalt absolvieren die Jugendlichen ein speziell für sie konzipiertes, zeitlich befristetes Training. Es forciert konsequent die Verantwortungsübernahme des einzelnen Jugendlichen für sein Reden und Tun, seine Anstrengungsbereitschaft, seine Zuverlässigkeit, sein Durchhaltevermögen sowie sein prosoziales Engagement in der Gruppe. Die Arbeit basiert im Wesentlichen auf dem Ansatz der Positive Peer Culture (PPC), der Gruppenpädagogik sowie auf den Methoden der lösungsorientierten und systemischen Beratung. Zielgruppe sind junge Männer im Alter von 14 bis 21 Jahren, die zu einer Haftstrafe verurteilt wurden. Über das Angebot der Gruppenpädagogischen Intensivbetreuung im CJD Creglingen können inzwischen auch Jugendliche ohne Haftstrafe im Rahmen der Jugendhilfe an dem erfolgreichen Trainingsprogramm teilnehmen. Das Ziel von Projekt Chance ist die gelingende Reintegration der Jugendlichen in die Gesellschaft.

Kontakt:

Projekt Chance im CJD Creglingen

Frauental 53

97993 Creglingen

Tel.: 07933-700900

Fax.: 07933-7009010

E-Mail: info@cjd-creglingen.de

Webseite: <http://www.cjd-creglingen.de>

Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK)

Der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK) wurde 1990 eingerichtet, um durch Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, Institutionen und Einrichtungen zur Reduzierung der Kriminalität und ihrer Folgen in Schleswig-Holstein beizutragen, dadurch die objektive Sicherheitslage zu verbessern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.

Mit diesem Ziel entwickelt der Rat für Kriminalitätsverhütung in seinen interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen kriminalpräventive Konzepte und Präventionsvorschläge, berät die Landesregierung, informiert Behörden und gibt Impulse für neue Wege in der kriminalpräventiven Arbeit auf Ebene der Städte und Gemeinden Schleswig-Holsteins.

2009 wurde eine Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein für die inhaltliche Umsetzung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, um die Kommunen auch in ihrem Engagement gegen den Rechtsextremismus zu unterstützen.

Mit der Ergänzung durch das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung Anfang 2013 wurde die gesamtgesellschaftliche Rechtsextremismusprävention durch den Ausbau der landesweiten Beratungsstruktur noch einmal deutlich gestärkt.

Kontakt:

Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK)
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Tel.: 0431-9883156
Fax.: 0431-9883104
E-Mail: RfK-SH@im.landsh.de
Webseite: <http://www.kriminalpraevention-sh.de>

**Regiestelle TOLERANZ FÖRDERN –
KOMPETENZ STÄRKEN und Initiative
Demokratie Stärken / BIKnetz - Präven-
tionsnetz gegen Rechtsextremismus**

Bundesprogramme TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN und „Initiative Demokratie Stärken“

TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN fördert Projekte für Toleranz und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus. „Initiative Demokratie Stärken“ geht präventiv gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus vor. Beide Programme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend richten sich an Kinder, Jugendliche, Eltern, Pädagogen/-innen und Multiplikatoren/-innen.

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

www.demokratie-staerken.de

regiestelle@bafza.bund.de

Telefon: 035773–73990

BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus

BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus ist ein bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv-pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus. Das Angebot richtet sich vorwiegend an pädagogische Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie an Politik und (Fach-)Öffentlichkeit. Für Fragen zum Thema Rechtsextremismus steht Ihnen unserer Servicetelefon unter 0180/24 56 389* zur Verfügung.

Kontakt

www.biknetz.de

kontakt@biknetz.de

Twitter: [@biknetz](https://twitter.com/biknetz)

Telefon: 0180 24 56 389

Kontakt:

Regiestelle TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN
Spremlinger Str. 31

02959 Schleife

Tel.: 035773-7399114

Fax.: 035773-7399129

E-Mail: Kirsten.Penk@toleranz-foerdern.de

Webseite: <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken>

Rheinisches Präventionsinstitut gegen Gewalt

Das interdisziplinäre Institut hat folgende Aufgaben:

- Präventionsforschung für Schutzkonzepte gegen gesellschaftliche, familiäre und sexuelle Gewalt
- Expertenvorträge zu diesem Themenkreis
- Präventionsschulungen gegen gesellschaftliche, familiäre und sexuelle Gewalt
- Errichtung eines Netzwerkes mit europäischen Präventionspartnern insbesondere der Rhein-Anliegerstaaten Schweiz, Frankreich, Belgien, Luxemburg und der Niederlande

Kontakt:

Rheinisches Präventionsinstitut gegen Gewalt
Koblenzer Str.
53498 Bad Breisig
E-Mail: juergen.dohmen@hotmail.de

Schillerschule Brühl/ Baden

Wirksame Präventionsarbeit an der Schillerschule Brühl/
Baden

DAS PROJEKTFACH TrosT WURDE EVALUIERT- DIE ER-
GEBNISSE WERDEN VORGESTELLT

...in einer krankenden Gesellschaft werden schon gute Ge-
spräche als Therapieform bezeichnet?!...

An der Schillerschule wird seit 09/10 ein besonderes Schul-
fach unterrichtet:

„TrosT-EIN REDESTABRITUAL“

Wir unterrichten die Schüler/-innen im ZUHÖREN indem wir
ihnen zuhören- jedem/r Einzelnen im Kreis, so lange bis er/
sie sich verstanden fühlt. Wir treten in Beziehung ZU EIN-
ANDER. Im Eiltempo entsteht in der Gruppe ein Zugehörig-
keitsgefühl. Wir KLÄREN Probleme. Wir STÄRKEN unsere
Schüler/-innen. Wir stärken unsere Lehrer/-innen. Die Arbeit
mit dem Redestab, diese besondere Art und Weise des sich-
begegnet, wird von nahezu allen Teilnehmern/-innen als
BASAL UND WERTVOLL bezeichnet.

In den Redekreisen ist die Kommunikation geregelt. ...mit je-
der weiteren Runde im REDEKREIS entsteht ein BILD von
dem was jedes Individuum, was die Gruppe möchte... Diese
Ritual-Stunden helfen uns, u. a. einen Umgang mit unseren
eigenen WAHRNEHMUNGEN und den GEFÜHLEN Anderer
zu erlernen. KRÄFTE werden MOBILISIERT. Die Teilnahme
ist freiwillig!

Das Redestab-Ritual wurde von Herrn Trost in die Schiller-
schule transferiert. Seit 2011 wird das Projektfach TrosT von
der Päd. Hochschule Heidelberg evaluiert

Kontakt:

Schillerschule Brühl/ Baden

Ormessonstr.5

68782 Brühl

Tel.: 0176-42506824

Fax.: 06202-9782029

E-Mail: tri-tra-trost@gmx.de

Webseite: <http://www.schillerschule-bruehl.de/>

SDNA Technology GmbH

SDNA gehört zu einer Unternehmensgruppe mit Sitz in Schriesheim bei Heidelberg, die Ende 2009 begonnen hat in Deutschland hochwertige Markierungsprodukte mit künstlicher DNA (kDNA) unter den Markennamen SelectaDNA, SelectaMark und Microdust als Präventionsstrategie im Kampf gegen Diebstahl und Raubüberfällen bekannt zu machen.

Durch die Markierung mit künstlicher DNA werden Transport, Besitz und Verkauf von gestohlenen Waren - vor allem in Gebieten in denen die Polizei aktiv nach kDNA fahndet - für Straftäter viel risikoreicher. Die Markierungen werden mit Warnaufklebern und Schildern deutlich gekennzeichnet. Die Praxis aufgrund erster Auswertungen hat gezeigt, dass diese Strategie abschreckend wirkt und zu einer Reduzierung der Eigentumskriminalität führt.

Mit stetig wachsendem Zuspruch und steigender Nachfrage seitens Behörden, Vereine, Anwohnerinitiativen und Privatpersonen sowie etlichen gewerblichen Partnern werden die DNA-Sicherheitslösungen für den Hausgebrauch ebenso angeboten wie als Professional Solutions für Einzelhandel, Großgewerbe und Industrie.

Zu den Kunden von SDNA zählen u. a. die Deutsche Bahn AG, ThyssenKrupp, Vattenfall sowie tausende Privatkunden, Anwohnerinitiativen, Schulen, Kliniken, Arztpraxen, Solarparks und viele andere Gewerbetreibende. SDNA betreibt eine gesicherte Datenbank, zu der die Polizei im Rahmen von Ermittlungen Zugriff auf die Kontaktdaten der eingetragenen Eigentümer hat.

Kontakt:

SDNA Technology GmbH

Talstraße 1

69198 Schriesheim

E-Mail: info@selectadna.de

Webseite: www.selectadna.de

Seehaus e.V.

Jugendstrafvollzug in freien Formen – Das Seehaus Leonberg - Opfer und Täter im Gespräch

Seehaus e.V. bietet eine Alternative zum herkömmlichen Strafvollzug – abseits von Gefängnismauern und der negativen Beeinflussung durch andere Gefangene.

Jugendliche, die bereit sind an sich zu arbeiten, können sich vom Jugendstrafvollzug aus für das Projekt bewerben. Nach Zustimmung des Anstaltsleiters verbringen sie ihre gesamte Haftzeit im Projekt. Bis zu 7 Jugendliche wohnen mit Hauseltern und deren Kinder zusammen und erfahren so – oft zum ersten Mal „funktionierendes“ Familienleben. Gleichzeitig erwartet sie ein durchstrukturierter und harter Arbeitsalltag. Um 5:45 Uhr beginnt der Tagesablauf mit Frühsport. Bis 22:00 Uhr sind die Jugendlichen in ein konsequent durchgeplantes Erziehungsprogramm eingebunden. Hausputz, Schule, Arbeit, Täter-Opfer-Ausgleich, soziales Training und die Vermittlung christlicher Werte und Normen sind fester Bestandteil des Konzepts.

Seehaus e.V. bietet auch das Programm „Opfer und Täter im Gespräch“. In sechs Begegnungen zwischen jeweils bis zu je 6 Opfern und 6 Tätern (nicht die jeweiligen Täter) findet ein Gedankenaustausch statt. Dabei können die Opfer die Auswirkungen der Straftaten aufzeigen und ihre Leidensgeschichte erzählen und so die Folgen der Straftat aufarbeiten. Für die Täter ist es ein wertvoller Prozess, um Empathie für Opfer zu erlernen.

Kontakt:

Seehaus Leonberg

Seehaus 1

71229 Leonberg

Tel.: 07152 33123300

E-Mail: isteck@seehaus-ev.de

Webseite: www.seehaus-ev.de

Sicheres Freiburg e.V.

Der Verein „Sicheres Freiburg“ wurde 2002 auf Veranlassung des Freiburger Koordinationsrates Kommunale Kriminalprävention gegründet. Seitdem hat der Freiburger „Verein zur Förderung der Kriminalitätsverhütung“ zahlreiche Projekte angeregt und umgesetzt, insbesondere zur Gewaltprävention und zur Förderung von Zivilcourage. Präsentiert werden unter anderem das seit 2007 erfolgreich mit vielen Kooperationspartnern umgesetzte „Solidarmodell Anti-Graffiti“ und das gemeinsam mit dem Südbadischen Fußballverband realisierte Pilotprojekt „Gewalt gehört ins Abseits“ zur Gewaltprävention im Fußball. Desweiteren werden Inhalte zu den Freiburger Seniorensicherheitstagen vorgestellt.

Als Gast zeigt das Freiburger Präventionsprogramm PräRIE Etappen auf dem Weg zur Etablierung einer Kommunalen Alkoholpolitik, darunter das mehrfach ausgezeichnete Projekt „abgefahren!“ zur Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt im öffentlichen Nahverkehr.

Kontakt:

Sicheres Freiburg e.V., Verein zur Förderung der Kriminalitätsverhütung
Fehrenbachallee 12
79106 Freiburg
Tel.: 0761-2014880
E-Mail: kriminalpraevention@stadt.freiburg.de
Webseite: <http://www.sicheres-freiburg.de>

**SKM-Katholischer Verein für soziale
Dienste in der Erzdiözese Freiburg e.V.**

Der SKM - Kath. Verein für soziale Dienste in der Erzdiözese Freiburg ist die Dachorganisation von 14 örtlichen SKM-Vereinen, die als Betreuungsvereine gemäß § 1908 f BGB anerkannt sind sowie im Fachbereich der Straffälligenhilfe und der Wohnungslosenhilfe tätig sind. Der SKM ist dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg als Fachverband angeschlossen.

Der SKM schult und unterstützt Ehrenamtliche, die eine rechtliche Betreuung übernehmen wollen. An den Standorten der JVA Karlsruhe, der JVA Mannheim, JVA Offenburg und der JVA Freiburg engagiert sich der SKM mit Ehrenamtlichen in der Übernahme von Einzelbetreuungen Strafgefangener und mit Gruppenangeboten. Am Standort in Heidelberg betreibt der SKM eine Wohnungslosenhilfe.

Kontakt:

SKM-Katholischer Verein für soziale Dienste in der Erzdiözese Freiburg e.V.

Hildastr. 65, 79102 Freiburg

Tel.: 0761-37918

Fax.: 0761-37945

E-Mail: skm@skmdivfreiburg.de

Webseite: <http://www.skmdivfreiburg.de>

Stadt Esslingen in Kooperation mit dem Polizeirevier Esslingen

Projektname: Wilde Pause

Kinder und Jugendlichen leiden oftmals an Bewegungsmangel, falscher Selbsteinschätzung und einem nicht gelernten Umgang mit Aggression. Körperliche Gewalt wird oft durch Schlagen ausgelebt. Die Ursachen liegen oftmals daran, dass Kinder die niedrigste Stufe der körperlichen Auseinandersetzung „Raufen, Rangeln und Ringen“ nicht mehr gelernt und gelebt haben.

Durch das Projekt „Wilde Pause“ wird den Kindern im Kindergartenalter bis zur Klassenstufe sieben Raufen, Rangeln und Ringen in den Pausen erlaubt. Das Raufen wird durch einen Erzieher oder Lehrer Beaufsichtigt. Es findet auf einer „Raufinsel“, bestehend aus einer Weichbodenmatte und umrahmt von Turnmatten (Sicherheitszone) statt. Dadurch werden wieder spielend Grenzen erlernt. Durch dieses „Begreifen“ durch Tun erlernen Kinder sich realistischer einzuschätzen, Vorurteile und Berührungsängste werden gemindert, die Frustrationstoleranz und das Einfühlungsvermögen erhöht und Aggression niederschwellig abgebaut.

Kontakt:

Polizeirevier Esslingen
Agnespromenade 4
73728 Esslingen

Tel.: 0711/3990374

E-Mail: dieter.winter@polizei.bwl.de

Stadt Karlsruhe

An einem Strang ziehen:

Gemeinschaftsstand der Stadt Karlsruhe und Partner

Prävention ist ein wichtiges Thema für die Stadtverwaltung Karlsruhe: Viele Dienststellen arbeiten in Form von Beratungsangeboten und Projekten unter anderem daran Gewalt, Rassismus oder Drogenmissbrauch zu verhindern. Über dieses Engagement informiert die Stadt mit Partnern an einem Gemeinschaftsstand in der Schwarzwaldhalle.

Hier stellt sich etwa das Stadt- und Landkreis umspannende Präventionsnetzwerk Karlsruhe vor und auch das Landratsamt Karlsruhe ist am Gemeinschaftsstand vertreten. Außerdem informiert die Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe über ihre Bereiche Beratung, Jugendamt sowie Sozialer Dienst. So stellen das Präventionsbüro der Jugend- und Drogenberatung, die Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, der Interne Beratungsdienst, die psychologischen Fachdienste mit den Frühen Hilfen sowie der Beratungsstelle AllerleihRauh ausgewählte Schwerpunkte und Projekte vor. Und auch die Jugendgerichtshilfe und die Schulsozialarbeit informieren über ihre Arbeit.

Das Ordnungsamt stellt den kommunalen Ordnungsdienst vor und das Kulturamt informiert über die Karlsruher Wochen gegen Rassismus sowie das Kulturfestival der Kinder und Jugendlichen KIX und JUX. Das Gleichstellungsbüro bietet Informationen und Austausch unter anderem zu Angeboten für Frauen und Kinder zur Bewältigung eigener Gewalterfahrungen, zu Angeboten für Männer und Frauen, die ihr aggressives Verhalten ändern möchten, und zur Fortbildung von Fachkräften. Das Junge Staatstheater Karlsruhe stellt am Gemeinschaftsstand sein Projekt Kulturlotsen vor.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe, Hauptamt
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe

Tel.: 0721-1331583

E-Mail: anna-renate.soergel@ha.karlsruhe.de

**Stadt Karlsruhe - Gleichstellungsbüro
ZJD**

Informationen zum Projekt „Häusliche Gewalt überwinden“

Nach fast 15 Jahren der Projektarbeit zur Verbesserung der Intervention bei häuslicher Gewalt, dem Schutz der Opfer und der Prävention von Gewalt konnten wichtige Marksteine erreicht werden. Mit einem abgestimmten Handeln der verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen wurde ein funktionsfähiges System etabliert, das schrittweise weiter ausgebaut wird.

Der Infostand bietet Informationen & Austausch zu

- Angeboten für Frauen und Kinder unterschiedlicher Altersstufen zur Bewältigung eigener Gewalterfahrungen;
- Angeboten zur Beratung und Gruppenarbeit für Männer - und seit neuestem auch für Frauen - , die eigenes aggressives Verhalten ändern möchten;
- dem Konzept der Tandemberatung sowie
- verschiedenen Materialien zur (mehrsprachigen) Information & Öffentlichkeitsarbeit,
- Fortbildung von Fachkräften unterschiedlicher Bereiche und deren systematischen Einbeziehung wie beispielsweise Krankenhäuser / Fachkräfte des Gesundheitswesens und nicht zuletzt
- Präventionsarbeit.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe, „Projekt Häusliche Gewalt überwinden“
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe
Tel.: 0721-133 3062
Fax.: 0721-133 3069
E-Mail: gb@karlsruhe.de
Webseite: <http://www.karlsruhe.de/hg>

Stadt Karlsruhe - Kulturbüro

Das Kulturbüro/Kulturamt stellt zwei Veranstaltungsformate vor, die regelmäßig mit zahlreichen Partnern in Karlsruhe realisiert werden.

Die Karlsruher Wochen gegen Rassismus finden um den "Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung" am 21. März statt. Aktionen aus allen künstlerischen Sparten bieten die Möglichkeit, sich mit dem Thema der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in all ihren Ausprägungen auseinanderzusetzen. Stereotypen und Vorurteile werden hinterfragt und Handlungsoptionen präsentiert. Ziel ist eine Sensibilisierung über Gründe und Ausdrucksformen von (Alltags-)Rassismus. Die Wochen sollen Betroffenen auch ein Forum geben, um ihre Erfahrungen und Anliegen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Kulturelle Bildung vermittelt gerade jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten, um in einer komplexen und schnelllebigsten Zeit ein sinnerfülltes Leben zu führen. Sie unterstützt die Entfaltung der Persönlichkeit, regt zum eigenen Tun an und trainiert emotionale, rationale, soziale und ästhetische Fähigkeiten. KiX+JuX - Das Kulturfestival der Kinder und Jugendlichen möchte spielerisch und thematisch an Kultur herantreten und die Förderung kreativer Fähigkeiten unterstützen ... und leistet so nicht direkt und augenscheinlich, aber in kleinen Schritten einen Beitrag, der vor den vielen möglichen negativen Einflüssen in einem jungen Leben schützen kann.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe

Rathaus am Marktplatz

76124 Karlsruhe

E-Mail: elke.sieber@kultur.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de>

Stadt Karlsruhe - Ordnungs- und Bürgeramt

Karlsruhe ist eine sichere Stadt - dass dies so bleibt, dafür steht auch der Kommunale Ordnungsdienst. Durch seine Präsenz in den Straßen soll das subjektive Sicherheitsempfinden der Karlsruher Bevölkerung erhöht werden.

Seit dem 01. April 2011 sind in Karlsruhe die hauptamtlich Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) täglich auf den Straßen und Plätzen im gesamten Stadtgebiet unterwegs. Von frühmorgens bis in die späten Abend- bzw. Nachtstunden kümmern sie sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Unterstützt werden diese hauptamtlich Beschäftigten seit dem Frühjahr 2012 durch im Ehrenamt tätige Personen.

Die Aufgabenschwerpunkte des KOD liegen im Bereich der breiten Palette von Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum und im Jugendschutz.

Am Informationsstand stellen die Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes sich und ihre Aufgaben vor. Sie stehen für Fragen der Bevölkerung zur Verfügung und nehmen auch gerne Anregungen und Hinweise entgegen.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe

Kaiserallee 8

76124 Karlsruhe

Tel.: 0721-1333230

Fax.: 0721-1333229

E-Mail: polizeirecht@oa.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de/b4/buergerdienste/oa>

**Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbe-
hörde | Hauptabteilung Beratung**

Die kommunalen Beratungsstellen der Stadt Karlsruhe, vertreten durch das Präventionsbüro der Jugend- und Drogenberatung, die Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, den Internen Beratungsdienst, die psychologischen Fachdienste mit den Frühen Hilfen und der Beratungsstelle AllerleihRauh, präsentieren an ihrem Stand ausgewählte Schwerpunkte und Projekte:

Die Suchtprävention zeigt sich mit dem Projekt „Jugend-schutz Karlsruhe“ und ausgewählten Modulen und Vorgehensweisen bei unterschiedlichen Erfordernissen oder Zielgruppen.

Außerdem werden Gruppenangebote für Jugendliche zur Stärkung der sozialen Kompetenzen, Burnoutpräventionskonzepte für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Konzepte der Frühen Hilfen und Angebote zur Prävention von sexueller Gewalt vorgestellt.

Kontakt:

Hauptabteilung Beratung, Sozial und Jugendbehörde, Stadt
Karlsruhe

Kaiserstraße 64

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-1335390

E-Mail: cordula.sailer@sjb.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de/b3/soziales>

Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbe- hörde | Jugendgerichtshilfe

JUGENDGERICHTSHILFE, JUGENDHILFE IM STRAF- VERFAHREN

Die Mitwirkung im Jugendstrafverfahren ist eine gesetzliche Aufgabe des Jugendamtes (§ 52 SGB VIII, § 38 JGG).

Ein Team von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern berät und begleitet Jugendliche und Heranwachsende im gesamten Verfahren.

Die Hilfe ist vertraulich, freiwillig und kostenlos.

WIR

- INFORMIEREN über den Ablauf des Jugendstrafverfahrens.
- SPRECHEN mit den Betroffenen über die Straftat, deren Hintergründe und Auslöser.
- BERATEN über Leistungen der Jugendhilfe und erarbeiten Lösungsmöglichkeiten mit den Betroffenen.
- ENTWICKELN Vorschläge zu richterlichen Maßnahmen oder zur Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft.
- BEGLEITEN Jugendliche und Heranwachsende zur Gerichtsverhandlung.
- BERICHTEN dem Jugendgericht über Lebenslauf, soziales Umfeld, Freizeit und Zukunftspläne der Betroffenen.
- ORGANISIEREN und begleiten die von der Justiz angeordneten Weisungen und Auflagen.
- BETREUEN die Betroffenen nach Abschluss des Verfahrens im Rahmen der Jugendhilfe oder des Strafvollzugs.

Wir freuen uns, alle Interessierten an unserem Infostand zu begrüßen. Wir stellen unsere Arbeit vor, bieten zum Thema Täter-Opfer-Ausgleich zwei Filmbeiträge an und stehen für Informations- und Vernetzungsgespräche zur Verfügung.

Kontakt:

Sozial- und Jugendbehörde Karlsruhe
Kaiserstraße 64
76133 Karlsruhe

E-Mail: jugendgerichtshilfe@sjb.karlsruhe.de

Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbe- hörde | Sozialer Dienst

Schulsozialarbeit in Karlsruhe

Präsentation des Konzeptes; Darstellung von Erfahrungen;
Die Vernetzung und die Wirkungen von Schulsozialarbeit in
Karlsruhe; Die Weiterentwicklungen seit der Einführung.

Schulsozialarbeit und Kinderschutz

Darstellung der Kooperation und der Aufgaben, sowie Be-
arbeitungsstandards von Schulsozialarbeit im Kinderschutz.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde, Sozialer Dienst
Kochstr. 7

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-133-5337

Fax.: 0721-133-5389

E-Mail: Sandra.Greiner@sjb.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de/sodi>

STEP – Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung e.V.

Zur Erreichung und Förderung seines Zwecks stellt sich der Verein insbesondere folgende Aufgaben:

- Die materielle und immaterielle Unterstützung (Bekanntmachung, Planung, Organisation, Durchführung) von Projekten bundesweit zur Förderung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Hilfe des STEP Programms in Schulen (Elternkurse und Lehrerfortbildungen), Kitas/Tagespflege (Elternkurse und Weiterbildungen für Erzieher/innen bzw. Tagespflegepersonen), Institutionen der Erziehungshilfe (Elternkurse und Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte) oder andere gemeinnützige Bildungseinrichtungen.
- Finanzielle Unterstützung für Eltern, die zum Personenkreis des § 53 Nr. 2 AO gehören und die an einem STEP Elternkurs teilnehmen möchten, und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage die Kosten nicht tragen können.
- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der STEP Weiterbildungen für Eltern und Pädagogen in Deutschland.
- Qualitätssicherung im Trainernetzwerk der deutschen STEP Kursleiter/innen durch Supervision.

Kontakt:

STEP - Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung e.V.
Kreuzbergstr. 84
40489 Düsseldorf
Tel.: 0211-4089888
E-Mail: buero@instep-online.de
Webseite: <http://www.instep-online.de>

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen wurde 2001 als Stiftung bürgerlichen Rechts von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet. Sie gewährt Opfern von Straftaten außerhalb gesetzlicher Ansprüche und über die Leistungen anderer Opferhilfeeinrichtungen hinaus materielle Hilfen und fördert die Opferhilfe auch als gesamt gesellschaftliche Aufgabe.

Die 11 Opferhilfebüros in Niedersachsen leisten mit hauptamtlichen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung, Betreuung und Beratung der Opfer.

Die Opferhelferinnen und Opferhelfer:

- leisten Krisenintervention
- begleiten Opferzeuginnen und -zeugen zu ihrer Zeugenaussage im Strafprozess
- begleiten zu Behörden, Ärztinnen und Ärzten, Anwältinnen und Anwälten oder zur Polizei
- unterstützen bei Anträgen
- vermitteln bei Bedarf weitergehende Hilfe und Beratung wie z. B. Traumaberatung oder Traumatherapie

Alle Hilfemöglichkeiten der Opferhilfebüros können auch von Opfern in Anspruch genommen werden, die keine Strafanzeige erstattet haben! Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, auf freiwilliger Basis und auf Wunsch anonym. Hausbesuche oder Beratungen an neutralen Orten sind möglich.

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen kann auch finanziell unterstützen.

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Richard-Wagner-Platz 1

26135 Oldenburg

Tel.: 0441-220-1111

Fax.: 0441-220-1211

E-Mail: opferhilfe@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe.niedersachsen.de>

Stiftung Pro Kind

Im Modellprojekt Pro Kind wurden in Niedersachsen, Bremen und Sachsen ein Hausbesuchsprogramm für finanziell und sozial belastete Schwangere erprobt. Speziell ausgebildete Familienbegleiterinnen besuchten die Familien von der Schwangerschaft bis zum 2. Geburtstag des Kindes. Eine Begleitforschung mit Kontrollgruppendesign evaluierte das Modellprojekt.

Die praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Ergebnisse sind in die Neuentwicklung von Materialien und Angeboten für die Frühen Hilfen in Deutschland eingeflossen:

Das Hausbesuchsprogramm Pro Kind

FELIKS- ein handlungsorientiertes Modul zur Stärkung der Eltern-Kind-Interaktion

NEST-Arbeitshilfen für die Frühen Hilfen. Es entsteht in Kooperation mit dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen.

Die Pro Kind Akademie bietet Qualifizierungs-Workshops und Beratung zur Qualitätsentwicklung im Bereich der Frühen Hilfen an.

Am Stand können Sie sich über die Neuentwicklungen und Angebote informieren.

Kontakt:

Stiftung Pro Kind

Lützerodestr. 9

30161 Hannover

E-Mail: kristin.adamaszek@stiftung-pro-kind.de

Webseite: <http://www.stiftung-pro-kind.de>

Täter-Opfer-Ausgleich im Justizvollzug und LAG TOA Baden-Württemberg

Das Projekt TOA im Justizvollzug schafft bei schweren und schwersten Delikten für Opfer und Täter sowie deren jeweiligen Angehörigen die Möglichkeit zu klärender Kommunikation und soweit möglich zur Wiedergutmachung.

Das Projekt ist finanziert aus Mitteln des Justizministeriums Baden-Württemberg und wird koordiniert durch den Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft TOA. Kooperationspartner ist das Netzwerk Straffälligenhilfe Baden-Württemberg und der Landesverband des Weissen Rings. Durch das Projekt sollen Standards für ein dauerhaftes Angebot in Baden-Württemberg erarbeitet werden.

Am Infostand sind Infomaterialien über das Projekt, die LAG TOA sowie Veröffentlichungen zum TOA im Justizvollzug sowie die Einbeziehung von Angehörigen in den Mediationsprozess (Wiedergutmachungskonferenzen, Friedenszirkel) erhältlich.

Kontakt:

Projekt TOA im Justizvollzug - LAG TOA Baden-Württemberg
Wilhelmstr. 3

70182 Stuttgart

Tel.: 0711-21655382

E-Mail: info@toa-bw.de

Webseite: <http://www.toa-bw.de>

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Die theaterpädagogische werkstatt gGmbH (tpw) entwickelt seit 1994 Präventionsprogramme zu den Themen sexueller Missbrauch, Sucht, Gewalt, Rechtsradikalismus, Zivilcourage und allgemeine Erziehungsfragen. Mit über 160 Mitarbeitern ist die tpw bundesweit und über die Grenzen Deutschlands hinweg bekannt. Bereits in unserem ersten Programm „Mein Körper gehört mir!“ haben wir das Thema sexuelle Gewalt aufgegriffen. Ein Grund für die herausragende Stellung der tpw im Bereich Präventionstheater liegt in der intensiven Zusammenarbeit mit Spezialisten der unterschiedlichen Fachgebiete. So können Erkenntnisse der Präventions- und Therapiearbeit bei der Aufnahme neuer Themen und Darstellungsformen Berücksichtigung finden.

Aktuelle Präventionsprogramme:

Nein-Gefühle: Die große Nein-Tonne, letztes Kindergartenjahr, 1. u. 2. Klasse

Sexuelle Gewalt: „Mein Körper gehört mir!“, 3. u. 4. Klasse

Sucht + Cybermobbing: „Natürlich bin ich stark!“, 6. - 8. Klasse

Gewalt: Große Klappe - stumme Schreie, ab 5. Klasse

Rechte Gewalt: Krampf. „rechtsradical - chic sie weg!“, ab 7. Klasse

Sexuelle Gewalt: „Ich werde es sagen!“, ab 9. Klasse

Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen: EinTritt ins Glück, ab 7. Klasse

Zivilcourage: „Dreist!“ – Theater im Bus, ab 7. Klasse

Erziehung: „Eltern sein – ein Kinderspiel!?!“, für Eltern mit Kindern im Kindergartenalter

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15 - 17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541-5805463-0

Fax.: 0541-5805463-33

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

Triple P Deutschland GmbH

Liebend gern erziehen mit Triple P

Das Positive Erziehungsprogramm ist ein wissenschaftlich fundierter und präventiv ausgerichteter Ansatz mit dem Ziel, die elterliche Beziehung- und Erziehungskompetenz zu stärken, um so die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Prävalenz und Inzidenz von emotionalen und Verhaltensauffälligkeiten können bei Kindern so effektiv gesenkt werden.

Der Mehrebenen-Ansatz umfasst verschiedene Angebote in unterschiedlichen Intensitäten und Modalitäten (Einzel, Gruppe, Selbsthilfe). Triple P gibt es für Eltern von Kindern bis 12 Jahren und für Eltern von Jugendlichen. Die Selbstregulation elterlichen Erziehungshandelns und das Prinzip der minimalen Intervention sind zentrale Konzepte des Ansatzes. Der multidisziplinäre und gemeindenahe Fokus ermöglicht eine große Breitenwirksamkeit und erlaubt niedrigschwellige, nicht stigmatisierende Angebote überall dort, wo Eltern sich mit ihren Fragen zur Erziehung hinwenden. Die Wirksamkeit der verschiedenen Angebote von Triple P wurde in mehr als hundert Studien belegt.

Kontakt:

Triple P Deutschland GmbH
Nordstr. 22
48149 Münster
Tel.: 0251-518941
Fax.: 0251-20079200
E-Mail: busza@triplep.de
Webseite: <http://www.triplep.de>

Unfallkasse Baden-Württemberg

Die Unfallkasse Baden-Württemberg ist Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die Kommunen und das Land Baden-Württemberg. Alle Beschäftigten und Angestellten bei einer kommunalen oder staatlichen Einrichtung zählen zu unseren Versicherten, ebenso wie Kindergartenkinder, Schüler und Studierende im Bereich der Schülerunfallversicherung.

Es ist - neben Rehabilitation und Entschädigung - unsere gesetzliche Aufgabe, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten und für eine wirksame erste Hilfe zu sorgen.

Die Abteilung Prävention ist im Bereich der Unfallverhütung auf einem breiten Themenfeld tätig, angefangen von der Gewalt- und Verkehrsprävention in Kindergärten und Schulen, über Konzepte zur Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bis hin zur Vermeidung von Übergriffen am Arbeitsplatz in öffentlichen kommunalen Einrichtungen wie z.B. in Bürgerbüros oder Sozialämtern.

Vorstellung von Handlungshilfen der UKBW:

DVD Sichere Schule - den offenen Raum bewahren, Gewaltprävention und Krisenintervention

DVD Mobbing-Prävention-Zivilcourage, Arbeitsmaterialien für Lehrer und Pädagogen

Handlungsleitfaden zur Prävention von Übergriffen in öffentlichen Einrichtungen

Handlungsleitfaden nach Übergriffssituationen

Kontakt:

Unfallkasse Baden-Württemberg

Waldhornplatz 1

76131 Karlsruhe

Tel.: 0721-6098-0

E-Mail: info@ukbw.de

Webseite: <http://www.ukbw.de>

Universität Erlangen - EFFEKT

EFFEKT steht für „EntwicklungsFörderung in Familien: Eltern- und KinderTraining“ und setzt sich aus einem behavioralen Eltern- und sozial-kognitiven Kindertrainings zusammen. Die Kurse können sowohl einzeln als auch in Kombination angewendet werden.

Die Kindertrainings („IKPL“ für Vorschüler und „TIP“ für Grundschüler) fördern die soziale Kompetenz und bewirken damit die Reduktion von Problemverhalten. Im Elterntaining „Förderung der Erziehungskompetenz“ lernen Eltern u.a. die Grundregeln positiver Erziehung und wie sie mit schwierigen Erziehungssituationen umgehen können. Die Wirksamkeit der Trainings ist wissenschaftlich nachgewiesen.

EFFEKT-E richtet sich an emotional belastete Familien.

Die Universität Erlangen bietet für Mitarbeiter in sozialen Berufen Fortbildungen in den Trainings an. Jeder Teilnehmer erhält nach erfolgreichem Abschluss ein Zertifikat, das ihn zur eigenständigen Durchführung der Präventionskurse berechtigt.

Kontakt:

Universität Erlangen

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Tel.: 09131/8522795

E-Mail: antje.klindworth-mohr@fau.de

Webseite: <http://www.oeffekt-training.de>

Verein Programm Klasse2000 e. V.

Klasse2000 – Stark und gesund in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit am weitesten verbreitete Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Im Schuljahr 2012/13 beteiligten sich über 18.300 Klassen mit mehr als 420.000 Kindern aus allen Bundesländern daran.

Klasse2000 begleitet die Kinder mit der Symbolfigur KLA-RO vier Jahre in der Grundschule. Das Programm fördert Gesundheits- und Lebenskompetenzen: Ernährung, Bewegung, Entspannung, Probleme und Konflikte lösen, Nein Sagen zu Tabak und Alkohol.

Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Stunden durch und erhalten dafür ausführliches und praxiserprobtes Unterrichtsmaterial. Weitere zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Schuljahr gestalten die Klasse2000-Gesundheitsförderer. Ihre Stunden sind Höhepunkte im Schulalltag, zumal die Gesundheitsförderer besonderes Material mitbringen (z.B. Atemtrainer, Gefühlbuch, Stethoskope, Igelball für Entspannungsübungen, etc).

Positive Wirkungen des Programms auf den Konsum von Tabak und Alkohol, auf Gesundheitswissen und –bewusstsein und ein positives Klassenklima konnten durch eine Längsschnittstudie belegt werden.

Klasse2000 wird über Spenden finanziert, meist in Form von Patenschaften für einzelne Schulklassen (200 € pro Klasse und Schuljahr).

Verein Programm Klasse2000 e.V., Feldgasse 37, 90489 Nürnberg, Tel. 09 11/89 12 10

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e. V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: 0911-891210

Fax.: 0911-8912130

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

**Verein zur Förderung der Methode
Puppenspiel in der Kriminal- und
Verkehrsprävention e. V. (VPKV)**

„Die Faszination, die vom Puppenspiel ausgeht, trifft uns alle deswegen so tief, weil Wünsche und Phantasie, Gefühle und Vorstellungen nirgendwo sonst so unmittelbar angesprochen werden.“ Das Puppenspiel ist eine wissenschaftlich anerkannte Präventionsmethode in der Kriminal- und Verkehrsprävention. Bundesweit wird das Figurentheater überwiegend von Polizeibeamtinnen und -beamten eingesetzt. Diese Kolleginnen und Kollegen haben sich im „Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e. V.“ (VPKV) zusammengeschlossen. Der VPKV hat sich die Förderung, die Fortbildung und die Qualitätssicherung im polizeilichen Puppenspiel zur Aufgabe gestellt. Er arbeitet ausschließlich ehrenamtlich und ist als gemeinnützig anerkannt. Nach wissenschaftl. Untersuchungen ist die Nachhaltigkeit des Puppenspiels zur Lernzielvermittlung besonders hoch. Bis zu 90 % der Zuschauer kann sich nach einem Jahr noch an das Puppenstück erinnern. Bei vielen hat sich das Puppenpiel ein Leben lang eingebrannt. Kein anderes Medium ist derart nachhaltig. Dies stellt aber an den Spieler oder die Spielerin sowie an die Spielstücke ganz besondere Ansprüche. Hierzu gehört eine fundierte Ausbildung genauso wie ein bedarfsorientiertes Fortbildungsprogramm. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, steht bei uns die Qualität der Arbeit mit an vorderster Stelle.

Kontakt:

Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der
Kriminal- und Verkehrsprävention e. V. (VPKV)
Fauviller Ring 49
53501 Graftschaft
Tel.: 0151-11267633
E-Mail: michael.meyer@vpkv.de
Webseite: <http://www.vpkv.de>

Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK)

Für die Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) ist die Präventionsarbeit ein ganz wichtiges Thema. Im vergangenen Jahr hat das Verkehrsunternehmen deshalb einen Kurzfilm veröffentlicht, der Jugendlichen eindrücklich aufzeigen soll, wie gefährlich es ist, mit lauter Musik auf den Ohren im Straßenverkehr unterwegs zu sein.

Im Sommer folgte auf den Kurzfilm eine Aktion an den Haltestellen, die von der Öffentlichkeit äußerst positiv wahrgenommen wurde. Die VBK stellten an den Gleisüberquerungen an ausgewählten Haltestellen lebensgroße Pappfiguren auf. Die drei verschiedenen Motive zeigten Jugendliche, die abgelenkt von lauter Musik oder dem Handy in der Hand, völlig gedankenlos die Gleise queren und dabei nicht auf den Bahnverkehr achten. Was dabei im schlimmsten Fall passieren kann, zeigt die auf den Boden aufgesprühte Körperumrisszeichnung der Figuren. Die VBK wollen mit den Figuren, die in einer Art Wanderausstellung immer wieder an neuen Standorten auftauchen werden, bewusst provozieren und Jugendliche anregen, über ihr Verhalten nachzudenken.

Bereits seit zehn Jahren ist der Karlsruher Verkehrsverbund zusammen mit der Polizei auch in der Präventionsarbeit für Schüler der fünften Klassen aktiv. Erst kürzlich wurde für junge Fahrgäste eine Infobroschüre aufgelegt, die aufzeigt, wie man sich auf der Fahrt mit Straßenbahn und Bus richtig verhält und damit selbst schützt.

Kontakt:

Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK)

Tullastraße 71

76131 Karlsruhe

E-Mail: info@vbk.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.kvv.de>, www.vbk.info

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS, der seit mehr als 35 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark. Der WEISSE RING zählt etwa 52.000 Mitglieder. Rund 3.000 Ehrenamtliche aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand, persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen und engagieren sich aktiv in der Prävention von Kriminalität.

Kriminalprävention ist neben der Opferbetreuung ein Satzungsziel des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Denn Kriminalprävention ist der beste Opferschutz! Durch die Erfahrungen aus der Opferhilfe kann der WEISSE RING, wie keine andere Organisation, die Interessen der Opfer und den Opferschutz in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Kriminalprävention einbringen.

Der WEISSE RING setzt sich mit überregionalen und lokalen Projekten für die Kriminalprävention ein. Mehr Informationen zu den einzelnen Projekten erhalten sie am Stand des WEISSEN RINGS.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-830324

E-Mail: rau.anna@weisser-ring.deWebseite: <http://www.weisser-ring.de>

Zartbitter e. V.

Zartbitter e.V., Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen, bietet als Spezialberatungsstelle eine Vielfalt unterschiedlichster Präventions- und Interventionsangebote zum Problembereich sexualisierte Gewalt an.

1. "Ganz Schön Blöd!" Präventionstheater für Grundschule Klasse 1-4, Tourtheater gegen Angstmache, Mobbing und sexuelle Übergriffe an Mädchen und Jungen.
2. click it! 2 - Präventionstheaterstück gegen Cybermobbing und sexuelle Gewalt im Netz. Für die Klassen 5-8 und für die Elternarbeit geeignet.
3. "Bei uns (doch) nicht!" Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen. Präventionstheaterstück für Mütter, Väter und pädagogische Fachkräfte.
4. "Fair ist cool". Geschlechtsspezifischer Präventionsworkshop zur praktischen Hilfe und Unterstützung bei Mobbing und sexuellen Übergriffen. Klassen 1.-6.

Weitere Angebote:

Informationsmaterialien: Plakate, Broschüren, Leporellos, Comics, CD's, Kinder- und Fachbücher

Fachtagungen mit wechselnden Schwerpunktthemen wie z.B.:

- Sichere Orte schaffen, Schutz vor sexueller Gewalt i.d. Jugendarbeit
- Umgang mit der Vermutung sexuellen Missbrauchs in Institutionen
- Sexuell grenzverletzendes Verhalten durch Kinder im Vor- und Grundschulalter etc.

Alle Informationen unter www.zartbitter.de

Kontakt:

Zartbitter e. V.

Sachsenring 2-4

50677 Köln

Tel.: 0221-312055

E-Mail: booking@zartbitter.de

Webseite: www.zartbitter.de

Zusammenhalt durch Teilhabe

Zusammenhalt durch Teilhabe: Demokratie an der Basis fördern. Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe/ZdT“ des Bundesministeriums des Innern fördert in ländlichen und strukturschwachen Gegenden eine selbstbewusste, lebendige und demokratische Gemeinwesenkultur. Das Programm ZdT unterstützt gezielt Vereine und Initiativen, die regional verankert sind. Bestehende Strukturen sollen auf- und ausgebaut werden, Verbände können auch nach ihren Projekten darauf zurückgreifen. Sie können eigene Berater/-innen gegen Extremismus ausbilden und zukunftssträchtige Methoden entwickeln, mehr Menschen für ein Ehrenamt zu begeistern. Der Förderschwerpunkt von „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ist Ostdeutschland. In der zweiten Programmphase werden darüber hinaus einige erprobte Projektkonzepte auf ausgewählte Trägerstrukturen in den westdeutschen Bundesländern übertragen und verschiedene Qualifizierungsmöglichkeiten bundesweit angeboten. Das Bundesministerium des Innern hat die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ betraut. Auf dem Präventionstag finden Sie uns am Stand der Bundeszentrale für politische Bildung.

Kontakt:

Zusammenhalt durch Teilhabe

Friedrichstraße 50

10117 Berlin

E-Mail: daniel.peiffer@bpb.deWebseite: <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/>

„Zentrale Beratungsstellen“ der freien Straffälligenhilfe mit Förderung durch das Justizministerium NRW

Die vom Justizministerium NRW geförderten Projekte „Zentrale Beratungsstellen“ in der Straffälligenhilfe werden über die praktische Arbeit innerhalb und außerhalb der Justizvollzugsanstalten berichten und über die Angebote der Beratungsstellen und die Vernetzung im Land NRW informieren. Die Standbetreuung wird gewährleistet von der Sprecherin der Zentralen Beratungsstellen, Frau Heike Clephas (Chance e.V. Münster) und von Martin Czarnojan (Straffälligenhilfe Aachen).

Das Ziel der Zentralen Beratungsstellen ist es, von Haft bedrohte, inhaftierte, haftentlassene Menschen sowie deren Angehörige durch entsprechende Unterstützungsangebote in die Gesellschaft zu integrieren. Die Freie Straffälligenhilfe ist dabei eine sinnvolle Ergänzung und notwendige Alternative zu den Diensten der Justiz. Das kreative Potential der Beratungsstellen ermöglicht die flexible, rasche Anpassung an sich verändernde Bedingungen und bietet ein vielseitiges professionelles Angebot. Durch die intensive Nutzung träge-reigener Ressourcen entstehen innovative Arbeitsansätze und Projekte.

Die Zentralen Beratungsstellen (Aachen, Bielefeld, Düsseldorf, Essen, Hagen, Gelsenkirchen, Köln und Münster) sind in einem Facharbeitskreis zusammengeschlossen. Auf ihre Initiierung ist eine Arbeitsgruppe zum Thema „Übergangsmangement zur Integration Inhaftierter“ gegründet worden. Diese arbeitet aktiv an einer Umsetzung.

Kontakt:

Durch das Justizministerium NRW geförderte Zentrale
Beratungsstellen/co Straffälligenhilfe Aachen
Vaalser Straße 108, 52074 Aachen
Tel.: 0241-34343
Fax.: 0241-37058
E-Mail: martin.czarnojan@sha-aachen.de
Webseite: <http://www.sha-aachen.de>

Sonderausstellungen

Ausstellende Institutionen	Seite
WohnHaft Schönbornstr. 32 Justizvollzug & Gesellschaft	664
Designwettbewerb Menschenhandel/Sklaverei im 21. Jahrhundert	665
Fotos im Gleisbett - Beste Freundin	666
Warnsignale häuslicher Gewalt - erkennen und handeln	667
Zielgruppengerechte Vermittlung von Antikorruption - Länderbeispiel Indonesien	668
Märchen helfen heilen	669
Kreativ im Knast - Knastkultur	670
Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK)	671
Fotos zum Projekt: Juvenile-In-Justice	672

WohnHaft Schönbornstr. 32
Justizvollzug & Gesellschaft

Ein-Blick in die Arbeit der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Wie sieht der Alltag eines Inhaftierten aus ? Welche Behandlungs- und Freizeitangebote gibt es ? Wie werden Gefangene auf ihre Entlassung vorbereitet ?

Welchen Beitrag kann die Gesellschaft dabei leisten ?

Wer sind die Kooperationspartner der Vollzugsanstalten ?
Wer leistet Betreuung nach der Haft ?

Kontakt:

Bezirksverein f. soziale Rechtspflege Bruchsal K.d.ö.R.
Schönbornstr. 30a

76646 Bruchsal

Tel.: 07251-788290

Fax.: 07251-788297

E-Mail: wolfgang.stoehr@bezirksverein-bruchsal.de

Webseite: <http://www.bezirksverein-bruchsal.de>

Designwettbewerb Menschenhandel/ Sklaverei im 21. Jahrhundert

Die Stiftung hat zusammen mit der Design Factory International in Hamburg bereits dreimal einen Posterwettbewerb durchgeführt, Studenten sollten mit Hilfe kommunikativer Elemente auf das Thema Menschenhandel und moderner Sklaverei in Deutschland hinweisen. Darüber hinaus gab es eine Vorlesung zu sozialem Marketing und ein Partnerprojekt in Serbien.

Insgesamt resultiert nun eine Ausstellung mit rund 120 Motiven, die an verschiedenen Orten in Hamburg und Hannover präsentiert wurde. Im November 2013 hat die broken hearts stiftung hierfür einen Kommunikationspreis (Kompass) des Bundesverband Deutscher Stiftungen gewonnen.

Diese Ausstellung zeigt auf eindrückliche Weise die Relevanz dieses Themas in der heutigen Zeit und für Deutschland auf. Es geht um Prävention und Aufklärung der deutschen Bevölkerung. Mit dem dritten Wettbewerb versucht die Stiftung zudem die Konzeption eines Meldesystems für Verdachtsfälle umzusetzen. In Karlsruhe werden jetzt Teile davon gezeigt.

Kontakt:

broken hearts stiftung
c/o concave consulting, PF 100120
30891 Wedemark
Tel.: 05130-5845524
Fax.: 05130-5845530
E-Mail: info@brokenhearts.eu
Webseite: <http://www.brokenhearts.eu>

Fotos im Gleisbett - Beste Freundin

„Fotos im Gleisbett – Beste Freundin“

Martin Voigt (LMU-München) in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei

Im Mai 2011 kam es in der Nähe von Memmingen zu einem tödlichen Unfall als zwei befreundete Mädchen – 13 und 16 Jahre – von einem Zug erfasst wurden. Bei einem vergleichbaren Fall in Lünen 2013 starben zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren. Martin Voigt konnte beide Zugunfälle auf das Motiv „Fotos im Gleisbett – Beste Freundin“ zurückführen und der Bundespolizei die jugendkulturellen Hintergründe erklären:

Seit dem Aufkommen der bei Schülern beliebten Online-Netzwerke werden an Klassengemeinschaften und speziell an Mädchenfreundschaften neue soziale Anforderungen gestellt. Für die Selbstdarstellung auf Facebook ist es unerlässlich, aussagekräftige Fotos hochzuladen. Besonders Mädchen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren fallen durch ihre Inszenierung auf. Zusammen mit der besten Freundin machen sie immer wieder neue Freundschaftsfotos, die sie ihren Mitschülern auf Facebook präsentieren. Eines der Freundschaftsmotive mit Kultfaktor zeigt den Mädchentypus ‚beste Freundin‘ Arm in Arm, händchenhaltend oder küssend auf Bahngleisen. Gezielt werden Schienen als Szenerie ausgewählt.

Am Stand „Fotos im Gleisbett – Beste Freundin“ können anhand zahlreicher Bildbelege sämtliche Aspekte zu diesem gefährlichen Foto-Trend und geeignete Präventionsmaßnahmen besprochen werden.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Tel.: 0331-97997-0

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Warnsignale häuslicher Gewalt - erkennen und handeln

Gewalt in der Partnerschaft entsteht nicht von heute auf morgen. Meist ist es ein schleichender Prozess, der fast unmerklich mit scheinbaren Kleinigkeiten beginnt. Gerade deswegen werden erste Signale viel zu oft übersehen. Dabei bietet das frühzeitige Erkennen von Gefährdung die Möglichkeit, Eskalation von Gewalt zu verhindern, Gewaltpotenzial mit professioneller Hilfe abzubauen und gleichberechtigte Partnerschaften zu fördern.

Die Ausstellung „Warnsignale häuslicher Gewalt“ zeigt anhand von 15 Roll-ups, in sechs Sprachen, Szenen möglicher Gefährdungen sowie das Erleben und den inneren Dialog einer Frau, die sich bereits in der Verstrickung durch Selbstzweifel und Hoffnung befindet – Empfindungen und Gedanken, die ganz charakteristisch mit der Erfahrung von Gewalt innerhalb einer Beziehung verbunden sind.

Die eindrucksvollen Bilder motivieren über die eigenen Vorstellungen von Partnerschaft nachzudenken und sensibilisieren für Zeichen, die auf eine entstehende Gewaltdynamik hindeuten. Die „Warnsignale“ sprechen jugendliche bis alte Menschen beiderlei Geschlechts an, über Gefahren und Gelingen von Partnerschaft nachzudenken und sich darüber auszutauschen.

Kontakt:

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen
NRW e.V.

Planckstr. 66a, 45147 Essen

Tel.: 0201-74947895

Fax.: 0201-74947897

E-Mail: mail@frauenberatungsstellen-nrw.de

Webseite: <http://www.frauenberatungsstellen-nrw.de>

Zielgruppengerechte Vermittlung von Antikorruption - Länderbeispiel Indonesien

Seit 2006 wird die indonesische Antikorruptionsbehörde Komisi Pemberantasan Korupsi KPK im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unterstützt. Die GIZ unterstützt als Bundesunternehmen die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Das Unternehmen hat Büros in über 130 Ländern und arbeitet eng mit deutscher Praxis, Wissenschaft aber auch der Politik zusammen. Die KPK wurde 2002 gegründet und zählt weltweit zu den erfolgreichsten Antikorruptionsbehörden. Gemeinsam haben GIZ und die KPK Instrumente zur Prävention von Korruption entwickelt, welche die Zielgruppe direkt ansprechen: Privatsektor, Verwaltung als auch Universitäten und Schulen. Selbst die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen dazu. Es handelt sich um Comicfilme, Comics, Plakate, Maskottchen, Online Plattformen, Radio- und Video-Online Stationen, die in anschaulicher und kreativer Weise das Thema Korruption aufnehmen und es zielgruppengerecht vermitteln. Zusätzlich finden und fanden immer wieder Wettbewerbe zu dem Thema statt. Hierbei sind interessante Kunstwerke entstanden, die Dramatik als auch Bedeutung des Themas für die indonesische Bevölkerung widerspiegeln. Die Ausstellung gibt einen Einblick in diese Instrumente und soll auch zur Nachahmung animieren.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft Internationaler Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Dag Hammarskjöld Weg 1-5

65760 Eschborn

E-Mail: johanna.wysluch@giz.de

Webseite: <http://www.giz.de/themen/de/35412.htm>

Märchen helfen heilen

in einer Photoausstellung wird die Arbeit des Vereins Lichtmädchen e.V.

„Märchen helfen heilen“ vorgestellt und dokumentiert. In 14 Städten bundesweit werden über diesen Verein kostenlose Präventionstheaterprojekte und Projektwochen für Kitas und Schulen in sozialen Brennpunktgebieten angeboten.

Die Ausstellung zeigt einige Beispiele aus der Praxis und bietet die Möglichkeit zu Gespräch und Austausch mit Beteiligten.

Kontakt:

Galli Präventionstheater und Lichtmädchen e.V.
Oranienburgerstr. 32 / In den Heckmannhöfen
10117 Berlin

Tel.: 030-27596971

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

Kreativ im Knast - Knastkultur

Hinter den Mauern.....finden sich viele verschiedene kulturelle Angebote.

Musik-, Kunst-, Literatur- und Theaterprojekte werden im Strafvollzug in Nordrhein- Westfalen, aber auch bundesweit, in großer Anzahl den Inhaftierten und teilweise auch der Öffentlichkeit angeboten.

Die Inhaftierten erlernen hierbei den Umgang und die Wirkung von Kultur und können dabei selber ihre Kreativität erproben. Viele Inhaftierte bekommen so erstmals Zugang zu künstlerischen Aktivitäten, wie malen und zeichnen, erfahren ihre eigenen musikalischen Fähigkeiten oder stehen selber als Schauspieler auf der Bühne. Dies ist wichtig, um einen neuen Erfahrungsraum zu schaffen und diesen zu erproben.

Für ausgewählte Veranstaltungen in den Justizvollzugsanstalten besteht die Möglichkeit Tickets direkt zu reservieren.

Mit einer kleinen Kunstausstellung von Kunstwerken, der Inhaftierten möchten wir auf die die Internetseite www.knastkultur.de aufmerksam machen.

Kontakt:

Justizministerium Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Tel.: 05221-885613

Fax.: 05221-885302

E-Mail: nicole.sonnenbaum@jva-herford.nrw.de

Webseite: <http://www.knastkultur.de>

Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK)

Die Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK), initiiert von der Polizeiinspektion Goslar, der Goslarschen Zeitung, dem Cineplex-Kino, Photogeno und dem WEISSEN RING, macht bundesweit mit Aktionsplakaten, Postkarten, Filmen, Kinospots, Zeitungsanzeigen und Vorträgen „Mut zur Zivilcourage“. Über 100 Personen u. Teams standen vor der Photogenokamera von Heike Göttert; u.a. Dr. Joachim Gauck, SPD-Chef Sigmar Gabriel, Ministerpräsident Stephan Weil, die Schauspieler Ralf Moeller, Axel Prahl, Jan Fedder, Heinz Hoenig, Sänger Tony Marshall, Johannes Oerding, Heino, die Sportlerinnen Regina Halmich, Bibiana Steinhaus, Dr. Riem Hussein, Martina Müller, Pablo Thiam, der Buchautor Fadi Saad, der Porsche- Betriebsratsvorsitzende Uwe Hück, Comedian Dennie Klose um Gesicht für Zivilcourage zu zeigen und mit ihren Statements die Kultur des Hinsehens, Handelns und Helfens zu stärken. Bei den vielerorts initiierten „Tagen der Zivilcourage“ steht die Botschaft „helfen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen und die Polizei unter 110 anzurufen“, im Mittelpunkt. Die ausgestellten Plakate sowie die kostenlosen Aktionsmaterialien (DVD/Postkarten) zur GZK sollen allen Besuchern des DPT 2014 Mut machen, eigene Veranstaltungen vor Ort, z.B. mit dem WEISSEN RING und der Polizei, zu initiieren.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.zivilcourage-goslar.de

Günter Koschig Projektleiter

Kontakt:

Polizeiinspektion Goslar/WEISSER RING
Heinrich-Pieper-Str. 1
38640 Goslar

E-Mail: guenter.koschig@polizei.niedersachsen.de
Webseite: www.zivilcourage-goslar.de

Fotos zum Projekt: Juvenile-In-Justice

Sonderausstellung

Richard Ross: „Juvenile in Justice“, USA 2012

Auswahl von 12 + 3 Großfotografien aus dem Gesamtwerk „Juvenile in Justice“, wurde 2012 mit dem „Best News and Documentary Photography Award“ der American Society of Magazine Editors für die im „Harpers's Magazine veröffentlichte Fotoauswahl ausgezeichnet.

Die Bilder öffnen die Augen für die Lebenswelt amerikanischer Jugendlicher in freiheitsentziehenden Maßnahmen. Das Gesamtwerk von fast 150 Bildern ist im Laufe von 5 Jahren durch den Besuch von über 1000 Jugendlichen in über 300 verschiedenen Institutionen in 31 Bundesstaaten der USA durch finanzielle Unterstützung der Annie E. Casey-Foundation entstanden, einer der Stiftungen, die die Reformbestrebungen in der amerikanischen Jugendjustiz mit unterstützt. Die Bilder der Wanderausstellung und das gleichnamige Begleitbuch haben sich als großartiger Katalysator für soziale u. politische Veränderungen zur Verbesserung der Situation dieser Jugendlichen erwiesen.

Zusammen mit den Lebensgeschichten, die diese jungen Menschen Richard Ross erzählt haben, geben die Bilder diesen Jugendlichen, aus mittellosen Familien stammend, die in machtlosen Gemeinwesen leben, eine Stimme.

Richard Ross war einer der Hauptredner bei der Jahrestagung der Amerikanischen Vereinigung der Jugend- u. Familienrichter 2013.

Das Buch zur Ausstellung ist während des Kongresses erhältlich.

Eröffnung der Ausstellung durch Richard Ross:

Montag, 12. Mai 2014 um 13:00 Uhr.

Kontakt:

Richard Ross, University of California, Santa Barbara
142 Santa Rosa Place
Santa Barbara, CA 93109, USA
Webseite: <http://richardross.net/>

Posterpräsentationen

	Seite
Bergische Universität Wuppertal	674
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	675
Couragiert-Magazin	676
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.	677
gegen-missbrauch e. V.	678
Goethe-Universität Frankfurt / Main	679
Kelly-Insel e. V.	680
Kinderbüro / Frühe Hilfen Karlsruhe	681
Klinik Wollmarshöhe*	682
Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)	683, 684
Landespräventionsrat Niedersachsen	685, 686
Netzwerk SpokK – Sport genießen – mit klarem Kopf!	687
Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissen- schaften / Landespräventionsrat Niedersachsen	688
Polizei NRW, PP Essen	689
SRH Hochschule Heidelberg	690
Universität Bremen	691
www.theaterallan.de*	692

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

Bergische Universität Wuppertal

EU-Projekt HARMONISE – Sicherheit durch
Resilienz städtischer Infrastrukturen

Das (theoretische) Konzept der Resilienz ist in der europäischen Sicherheitsforschung seit längerem en vogue. Im Rahmen des Projektes HARMONISE wird nun der Versuch unternommen ein ganzheitlich ausgerichtetes Konzept urbaner Resilienz zu entwerfen und zugleich durch Fallstudien in mehreren Städten Europas zu erproben. Das Projekt zielt dabei besonders auf die Verbesserung der Sicherheit von städtischen Infrastrukturen (wie Verkehrswegen, Energieversorgungsnetzen, Kommunikationsleitungen etc.). Das Projekt wird von der Europäischen Kommission mit rund 3,5 Mio. Euro gefördert und läuft über drei Jahre.

Im Zuge des ersten Arbeitspaketes wurde der Frage nachgegangen, inwieweit das theoretische Konzept der Resilienz bereits Eingang in die Praxis von Stadtplanern, Katastrophenschützern, Polizei- und Rettungskräften gefunden hat. Darüber hinaus wurde untersucht, wo einer Übertragung des Konzeptes in die Praxis ein möglicher Mehrwert für Sicherheit zugesprochen wird und wo nicht. Hierzu wurden Experteninterviews in sechs europäischen Ländern durchgeführt. Das Poster informiert über die Ergebnisse dieser Expertenbefragung. Dabei werden die Einschätzungen aus den verschiedenen Ländern miteinander kontrastiert. Das Poster informiert über das Potential und zugleich über die Grenzen des Konzeptes der Resilienz aus Sicht von Praktikern.

Kontakt:

Bergische Universität Wuppertal
Wtec-Gebäude 3, Gaußstrasse 20
42119 Wuppertal

Tel.: 0202-31713285

Fax.: 0202-31713281

E-Mail: dominic.kudlacek@uni-wuppertal.de

Webseite: <http://harmonise.eu/>

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

„Wir für uns“ - Erfolgreiche Schulentwicklung durch
Peer-Learning und Gewaltprävention

Das vorliegende Programm „Wir für uns – Eine Schule mit Identität ist eine Schule mit Zukunft“ stellt ein bereits erfolgreich erprobtes Projekt für Schulen vor, das Peer-Learning und Methoden der Gewaltprävention zu einem ganzheitlichen Konzept einer Schulentwicklung verbindet („Schulentwicklung ist die beste Gewaltprävention“). Am Ende steht eine Schule mit einem neuen Wir-Gefühl. Es ist ein Beispiel dafür, was Kinder zu leisten in der Lage sind. Es wird seit einigen Jahren in der Grundschule Schwärzeseesee in einem sozialen Brennpunkt in Eberswalde (bei Berlin) modellhaft erprobt und Elemente davon auch an anderen Schulen im Land Brandenburg umgesetzt. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt des Projektes Boxenstopp des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. und des Kontaktlandes Eberswalde der Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg und der Schule. Über das Programm wurde an der Uni Potsdam (Prof. Wilfried Schubarth) in den Jahren 2012 und 2013 eine Evaluation durchgeführt.

Kontakt:

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Residenzstraße 90

13409 Berlin

Tel.: 0151-12629512

Fax.: 030-666331032

E-Mail: schanzenbaecher@boxenstopp.org

Webseite: <http://www.boxenstopp.org>

Couragiert-Magazin

couragiert - Magazin für demokratisches Handeln
und Zivilcourage

Das Couragiert-Magazin ist kompetenter Ratgeber für die tägliche Arbeit von Verbänden, NGOs, Bildungsträgern, Vereinen und Kultureinrichtungen. Ausgewiesene Fachleute vermitteln Hilfreiches zu bürgerschaftlichem Engagement und informieren über Methoden und Inhalte der politischen Bildungsarbeit. Das fachübergreifende Medium für demokratisches Handeln und Zivilcourage bietet Ideen, neue Impulse und vor allem praxisnahe Tipps und Erfahrungsberichte, die Engagement unterstützen und mit denen man Problemen selbstbewusst begegnen kann.

Kontakt:

Couragiert-Magazin

Lange Straße 43

01796 Pirna

Tel.: 03501-460880

E-Mail: t.waurig@couragiert-magazin.de

Webseite: <http://www.couragiert-magazin.de>

**Freikirche der Siebenten-Tags-
Adventisten K.d.ö.R.****ENDITNOW-Prävention gegen Missbrauch und
Gewalt**

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten präsentiert gemeinsam mit der Entwicklungshilfeorganisation ADRA International das Projekt „ENDITNOW“. Im Oktober 2009 wurde diese Aufklärungskampagne weltweit ins Leben gerufen, um auf das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ aufmerksam zu machen und dagegen einzutreten. Jeder Einzelne ist dazu aufgefordert, hinzuschauen, das Schweigen zu brechen, Lösungswege für dieses weltweite Problem zu suchen und sich für die Beendigung von Gewalt einzusetzen. Siebenten-Tags-Adventisten sind sich der Würde und des Wertes eines jeden Menschen bewusst und verurteilen jegliche Art von körperlichem, seelischem und sexuellem Missbrauch. Es wurde eine Arbeitshilfe für die kirchliche Jugendarbeit entwickelt sowie ein Fachbeirat ins Leben gerufen, der sich mit sexuellem Missbrauch innerhalb der Kirche auseinandersetzt. Nähere Informationen finden Sie unter www.enditnow.de, www.sexueller-gewalt-begegnen.de

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.
Senefelderstr. 15
73760 Ostfildern
E-Mail: Angelika.Pfaller@adventisten.de
Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

gegen-missbrauch e.V.

Wir werden laut!

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Landwacht 12

37075 Göttingen

Tel.: 0551-50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Goethe-Universität Frankfurt/Main

Praxisforschung zur polizeilichen Kriminalprävention

Das dreijährige ethnographische Forschungsvorhaben CO-DISP (Concepts for the Development of Intelligence, Security and Prevention) fragt nach der Generierung und Zirkulation von Wissen im Zuge der präventiven polizeilichen Arbeit. Uns interessiert, wie mit Prävention befasste Polizeibeamte Sozialräume erschließen, relevante Personen kontaktieren, Beziehungen pflegen, Berichte anfertigen...

Uns interessiert außerdem, wie das Wissen in der Polizeiorganisation genutzt wird. Die Praxisforschung kann, im engen Austausch mit den Beforschten, die Professionalisierung, Qualifizierung und Integration von polizeilicher Prävention befördern.

Kontakt:

Goethe-Universität Frankfurt/Main Sitz: Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt- Universität zu Berlin
Mohrenstr. 40-41
10117 Berlin

Tel.: 030-209370855

E-Mail: doerte.negnal@hu-berlin.de

Webseite: <http://www.codisp.de>

Kelly-Insel e.V.

Kinder sicher unterwegs - Medienpaket mit Film-DVD
und Handbuch

Der Kinderschutzverein Kelly-Insel hat zusammen mit der Polizei das Medienpaket „Kinder sicher unterwegs“ zum sicheren Schulweg erstellt. Das Plakat bewirbt den Film, der mittlerweile auch mit Untertiteln für Hörgeschädigte erweitert wurde. Zielgruppe sind Lehrkräfte und Pädagogen, das Medienpaket ist für den schulischen Einsatz gedacht.

Kontakt:

Kelly-Insel e.V.

Rathausplatz 1

70794 Filderstadt

Tel.: 07158-904514

E-Mail: mejzlik@kelly-insel.de

Webseite: <http://www.kelly-insel.de>

Kinderbüro / Frühe Hilfen

Poster über Zugangswege zur Frühen Prävention /
Frühe Hilfen

Auf einem Poster werden die verschiedenen Bausteine der Frühen Hilfen in Karlsruhe dargestellt, gleichzeitig die aus den erhobenen Daten gesammelten Infos, über welche Zugangswege die hilfeschuchenden Familien zu dem jeweiligen Spezialangebot der Frühen Hilfen gelangen. Soziodemografische Daten, sowie die Hilfebedarfe der Familien werden ebenfalls dargestellt.

Kontakt:

Kinderbüro / Frühe Hilfen

Kaiserstr. 99

76137 Karlsruhe

Tel.: 0721-1335114

E-Mail: frauke.zahradnik@sjb.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/kinderbue>

Klinik Wollmarshöhe

Burn on, Homo sapiens! - Essays über die Menschen

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum kein Tag vergeht, an dem nicht von Burn-out oder anderen Stressfolgeerkrankungen die Rede ist? Immerzu wird der erschöpfte Mensch, die erschöpfte Gesellschaft oder der erschöpfte Planet thematisiert und die Angst vor Krankheit, Jobverlust und Krisen ist mehr und mehr präsent. Hat die enge Fokussierung der modernen Gesellschaften auf Wirtschaftswachstum, Konsum und Komfort Homo sapiens so unselbstständig gemacht und ihn von sich selbst entfremden lassen? Dabei ist er doch der anpassungsfähigste „Affe“ auf der Welt, wie seine Entwicklungsgeschichte sowie die Hirn- und Systemforschung bestätigen. Können wir also unsere verlorenen Basis- und Bewältigungskompetenzen und damit Könnensoptimismus zurückgewinnen? Mit der Wiederbelebung natürlicher, artgerechter Erfahrungsräume in unseren Gesellschaften sowie erfahrungsgeprägter Persönlichkeits- und Wissensbildung wird uns das gelingen! Die Essays über die Menschen beschreiben unser unzureichendes Anpassungsverhalten und Möglichkeiten, dem raschen Biotopwandel zu begegnen.

Burn on, Homo sapiens!

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Autor: Prof. Dr. Kilian Mehl ist Mediziner, Psychotherapeut und Coach. Er leitet seit 1993 die auf Psychosomatik spezialisierte Fachklinik Wollmarshöhe, der auch ein Institut für Erfahrungslernen und ein Seminarzentrum angegliedert sind. Schwerpunkt in Methodik und Forschung ist in der Therapie von Stressfolgeerkrankungen und in der Lehre bei Persönlichkeits-, Team- und Prozessentwicklung das Genesen und Lernen über neue Erfahrungen.

Kontakt:

Klinik Wollmarshöhe GmbH - Fachkrankenhaus für
Psychosomatische Medizin
Wollmarshofen 14
88285 Bodnegg
Tel.: 07520 927-0
E-Mail: info@wollmarshoehe.de
Webseite: <http://www.wollmarshoehe.de>

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)

Diagnose psychoaktiver Beeinflussung als Basis der Intervention i.S. von Suchtprävention

Das Poster zeigt ein pädagogisches Verfahren zur subjektiven, strukturierten Verdachtsgewinnung, bezogen auf substanzbedingte psychoaktive Beeinflussung.

Hierbei wird Kommunikation von speziell geschulten Anwendern als Basis der Intervention i.S. sekundärer Suchtprävention eingesetzt. Die Fortbildung mit Beiträgen aus unterschiedlichen Fachrichtungen umfasst mindestens drei Tage.

Ziel ist die Klassifizierung einer durch psychoaktive Substanzen beeinflussten Person.

Die Beschreibung des Grades der Beeinflussung ergibt sich aus der subjektiv geprägten Beobachtung des Probanden beim Erstkontakt. Trotz hoher Ausbildungsstandards ist diese menschlichen Fehlleistungen ausgesetzt.

Zur Objektivierung der getroffenen Feststellungen könnte ein computergestützter Test dienen. Die Evaluation dieses Verfahrens, welches die Vigilanz misst, wird beschrieben.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln
Hanspeter-Hellenthal-Str. 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-5013866
Fax.: 0681-5013869
E-Mail: hj.maurer@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.lph.saarland.de>

**Landesinstitut für Präventives Handeln
(LPH)**

KomPass – Kompetenzportal zur Prävention v Krisen
an Schulen

Ziel des vom BMBF und ESF der EU geförderten Kooperationsprojektes ist die Entwicklung und nachhaltige Implementierung eines bundesweiten Internet-Portals mit anwendungsorientierten Informationen sowie e-Learning-Angeboten zum Thema „Schulische Krisenintervention und Prävention von zielgerichteter Gewalt an Schulen“ (z.B. Amok). Neben wissenschaftlich fundierten Lerninhalten, praxisrelevanten Übungen und praktischen Werkzeugen wird der Austausch zwischen den Zielgruppen (v.a. Berufspädagogen, Lehrpersonal, Schulpsychologen) im Fokus stehen. Das Portal wird in verschiedenen Bundesländern getestet und mithilfe eines elaborierten Evaluierungsdesigns mehrfachen Qualitätssicherungszyklen unterzogen.

Im Projektspot wird die didaktische Umsetzung wissenschaftlicher Kenntnisse in ein nutzerorientiertes e-Learning-Angebot eingehend beleuchtet: Wie können digitale Inhalte dargestellt und unterstützt werden, so dass sowohl Interesse für das Thema geweckt und Austausch zwischen den Zielgruppen angeregt wird, als auch ein optimales Lernergebnis und Praxistransfer erzielt werden kann? Des Weiteren wird das Untersuchungsdesign zur Messung und Optimierung der Wirksamkeit dieser Entwicklungsmaßnahme vorgestellt. Dabei werden ausgewählte erste Evaluierungsergebnisse zur Zufriedenheit mit dem Portal, sowie zum kognitiven Lernen und zur Einstellungsänderung durch das e-Learning-Angebot präsentiert

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)
Hanspeter-Hellenthal-Strasse 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-5013864
E-Mail: n.nagel@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.saarland.de/lph.htm>

Landespräventionsrat Niedersachsen

Gewaltprävention und Opferschutz im Landespräventionsrat Niedersachsen

Das Poster gibt einen kompakten Überblick über die Umsetzung von zwei landesweiten Projekten in Niedersachsen: über den Landesaktionsplan zu Gewalt in Partnerschaften und die Opferschutzkonzeption. Beide Projekte sind ressortübergreifend konzipiert, ihre Umsetzung und Weiterentwicklung werden vom Landespräventionsrat koordiniert.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen - Koordinierungsstelle
Häusliche Gewalt

Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1205253

Fax.: 0511-1205272

E-Mail: andrea.buskotte@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Landespräventionsrat Niedersachsen

Wissenstransfer in der Kriminalprävention:
Das Beccaria-Portal

Das weltweite Wissen im kriminalpräventiven Handlungsfeld ist umfangreich und vielfältig. Das englischsprachige Portal des Landespräventionsrats Niedersachsen will den fachlichen Austausch in der Kriminologie und der Kriminalprävention befördern und zur Wissensvermehrung beitragen.

Das webbasierte Beccaria-Portal (www.beccariaportal.org) bündelt dezentral verstreute Informationen aus der internationalen Praxis und der Wissenschaft und macht sie für alle Interessierten nutzbar. Hier findet man tägliche Presseberichte, News, Konferenzen, Leitlinien, Links, Qualifizierungsprogramme und Experten. Auch in der Kriminalprävention lohnt es sich, den Blick über den „Tellerrand“ hinaus auf andere Länder „schweifen zu lassen“.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

E-Mail: anja.meyer@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Netzwerk SpokK – Sport genießen – mit klarem Kopf!

„Flasche oder Vorbild? - Du bist entscheidend!“
SpokK-Sport genießen mit klarem Kopf!

„Flasche oder Vorbild? – Du bist entscheidend!“ ist eine Plakataktion an allen Sportstätten in Detmold und in den Sporthallen des Kreises Lippe. Es wurden drei Plakate zu verschiedenen Sportarten entwickelt, die in beabsichtigt provozierender Form auf das Problem des Alkoholkonsums im Umfeld des Sport hinweisen. Vereinsverantwortliche, Trainer und Betreuer aber auch Zuschauer sollen sich ihrer Rolle als Vorbilder bewusst werden und einen verantwortlichen Umgang mit der Alltagsdroge Alkohol vorleben. Sie sind entscheidend dafür, wie Kinder und Jugendliche Alkoholkonsum erleben. Sie können entscheiden wie Kinder und Jugendliche sie erleben, als Flasche oder Vorbild!

Die Plakate wurden den Vereinen im Anschluss an einen Vortrag von Prof. Brettschneider, Uni Paderborn, vorgestellt. Durch die Plakate soll in den Vereinen die Diskussion über das Thema Alkoholkonsum angeregt werden. Vereine, die sich dem Thema stellen wollen, bietet das Netzwerk „SpokK – Sport genießen – mit klarem Kopf!“ Hilfestellung durch Fortbildungsangebote und Coaching.

SpokK ist ein Netzwerk aus Sportverband Detmold, Fachstelle für Suchtprävention Lippe, Jugendamt der Stadt Detmold und Kreispolizeibehörde Detmold.

Plakatgestaltung: flowmedia Detmold.

Kontakt:

Netzwerk SpokK – Sport genießen – mit klarem Kopf!

Sofienstrasse 65

32756 Detmold

Tel.: 0521 545 2550

E-Mail: h.stiegmann@vfl-hiddesen.de

Webseite: <http://www.flasche-oder-Vorbild.de>

**Ostfalia - Hochschule für angewandte
Wissenschaften / Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit:
Kriminologie & Kriminalprävention“

Seit 2011 gibt es als spezielle (Kriminal-)Präventionsausbildung den Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Kriminologie & Kriminalprävention“. Dieser Studiengang vermittelt kriminologisches und kriminalpräventives Wissen. Das Konzept hierfür ist aus dem „Beccaria-Projekt: Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen hervorgegangen. Angeboten wird der Masterstudiengang jeweils zum Wintersemester an der Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fakultät Soziale Arbeit) in Wolfenbüttel. Das Poster bildet das Profil des Studienganges ab, die Basis- und Schwerpunktmodule.

Kontakt:

Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften

Am Exer 6

38302 Wolfenbüttel

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas

Telefon: 05331-939 37220

e-mail: u-i.haas@ostfalia.de

LfbA Ass. jur. Stefanie Hälig

Telefon: 05331 - 939 37320

e-mail: ste.haelig@ostfalia.de

Kontakt:

Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften

Am Exer 6

38302 Wolfenbüttel

E-Mail: ste.haelig@ostfalia.de

Polizei NRW, PP Essen

kriminalpräventives Kindermusical „Schlamperjan“

Zielgruppe:6-10Jahre.

Thema Mobbing, Abzocke, Einschüchterung, Gewalt, Lösungen.

Seit 3 Jahren Bestandteil des Antigewaltprogramms an Schulen, Mitwirkung der Jugendkontaktbeamten/Bezirksbeamten im Einzugsbereich der Schulen unter aktiver Einbeziehung des Publikums, Vor-u. Nachbesprechung im Unterricht.

Gesungen und gespielt hauptsächlich von Kindern, auch die Band.

Insgesamt 18 Mitwirkende. Eigeninitiative, Unterstützung der Eltern und der Schulen. Benefizaufführungen zugunsten polizeilicher Opferschutzorganisationen. Teilnahme am Landespolizeitag NRW am13.7.2013 in Dortmund.

Links:www.lokalkompass.de/essen-nord/ratgeber/musical-mal-anders-gegen-mobbing-und-abzocke-d126635.html

www.psvmh.de Ungewöhnliche Spendenaktion zu Gunsten der Polizeistiftung David + Goliath

www.derwesten.de/zeusmedienwelten/zeus/fuer-schueler/zeus-regional/essen/die-schleichende-angst-der-naechste-zu-sein-id6668410.html

www.lokalkompass.de/essen-nord/kultur/musical-schlamperjan-in-der-zollvereinschule-d228667.html

Kontakt:

Polizei NRW

Worringstraße 24

45289 Essen

E-Mail: elke-pop@arcor.de

SRH Hochschule Heidelberg

Masterstudiengang Rechtspsychologie – Chancen
und Handwerkszeug einer jungen Fachdisziplin

Der neu entwickelte Masterstudiengang Rechtspsychologie an der SRH Hochschule Heidelberg eröffnet dank eines innovativen kompetenz- und praxisorientierten Studienmodells (CORE-Prinzip) und diagnostischen Ausbildungsschwerpunkten die Chance neuer Arbeitsschwerpunkte und der Erschließung interdisziplinärer Schnittstellen. Der neue Studiengang vermittelt durch die Fokussierung auf diagnostische Kompetenzen gezielt das benötigte Handwerkszeug zur Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Präventionsmaßnahmen.

Forschungs- und Anwendungsbereiche der präventiven Rechtspsychologie beschränken sich nicht mehr nur auf die klassischen Bereiche der tertiären Prävention, wie Rückfallprognosen und Behandlungsprogramme für Straftäter. Es ergeben sich zunehmend Aufgaben im Bereich der primären und sekundären Prävention. Hier können beispielsweise auf Ebene der indizierten Prävention „Delinquenzkarrieren“ ebenso wie frühe Opfererfahrungen im Sinne einer Früherkennung verhindert werden. Ein maßgeblicher Nutzen dürfte sich auch für den schulischen Kontext ergeben. Darüber hinaus findet die Rechtspsychologie auch im Bereich der situativen und universellen Prävention Anwendung, beispielsweise durch Projekte mit „Tatgeneigten“ oder Opferschutzmaßnahmen. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse können wiederum die Grundlage für weiterführende Präventionsforschung bilden.

Kontakt:

SRH Hochschule Heidelberg

Maria-Probst-Straße 3, Raum 1.37, 69123 Heidelberg

Tel.: 06221 8223 199

Fax.: 06221 8223 219

E-Mail: niels.habermann@hochschule-heidelberg.de

Webseite: <http://www.hochschule-heidelberg.de-CSCO-3h--de/studium/mas>

Universität Bremen

Wissenschaftlich fundierte Präventionsprogramme
des Bremer Präventionsforums

Das Zentrum für Klinische Psychologie und Rehabilitation (ZKPR) der Universität Bremen bietet seit 2007 erstmals in Deutschland ein entwicklungsorientiertes System von Präventionsprogrammen zur Förderung der sozial-emotionalen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an. Die Präventionsprogramme decken sämtliche Altersgruppen vom Kindergarten bis zum Schulabschluss ab. Mit dem entwicklungsorientierten System von Präventionsprogrammen möchten wir Kinder und Jugendliche bei einem kompetenten Umgang mit eigenen Gefühlen und den Gefühlen anderer unterstützen. Es ermöglicht ihnen gute Beziehungen zu Gleichaltrigen und zu Erwachsenen zu gestalten. Sozial-emotionale Kompetenzen können in hohem Maße zu einem friedlichen Miteinander beitragen. Sie sind eine Hilfe dabei, tägliche Anforderungen zu bewältigen und tragen zum Aufbau von Selbstwirksamkeit und einem positivem Selbstwert bei.

Als Universität verknüpfen wir in unserer Forschungsarbeit die Praxis mit der Wissenschaft. Die schulbasierten Präventionsprogramme des Bremer Präventionsforums (<http://www.zkpr.uni-bremen.de/praeventionsforum/>) sollen in diesem Poster übersichtlich kurz präsentiert werden, um interessierte Anwender zu ermuntern, den Kontakt mit der Universität Bremen zu suchen.

Kontakt:

Universität Bremen

Grazer Str. 6

28359 Bremen

E-Mail: m.laakmann@uni-bremen.de

Webseite: <http://www.zkpr.uni-bremen.de/>

www.theaterallan.de

„Hallo Oma, ich brauch Geld...“

Interaktives Theaterstück (Forum-Theater) für die Zielgruppe Senioren mit praktischer Darstellung von Betrugsvorgängen. Die Zahl der über 60jährigen Menschen nimmt jährlich zu. Zudem verfügen Senioren zum Teil über ein erhebliches Geldvermögen. Diese lukrativen Ziele stehen daher besonders im Fokus von Kriminellen.

Das Theaterprojekt, welches Interaktionen mit dem Publikum fordert und fördert und von polizeilichen Experten begleitet wird, gibt dem Publikum umfassende Informationen. Gleichzeitig ist es ein unterhaltsamer Theaterbesuch. Somit können Inhalte besonders eindrucksvoll und lebendig vermittelt werden.

Es wurde von Allan Mathiasch konzipiert und ausgearbeitet. Er hat sich mit Experten aus verschiedenen Bereichen zusammengeschlossen, um Senioren dabei zu unterstützen, nicht Opfer von Betrügern zu werden. Das Fachwissen der Polizei, die theaterpädagogische Erfahrung der Theaterpädagogen/Schauspieler sowie die politische Unterstützung der Landeshauptstadt Stuttgart haben es ermöglicht, ein Theaterprojekt für Senioren zum Schutz vor Betrugsdelikten zu initiieren. Nach einer ersten Auftrittsserie in allen Stuttgarter Stadtbezirken (im Jahr 2012) kann das Stück nun bundesweit gebucht werden.

Ab 2014 zusätzlich: „Der ungebetene Gast“ zu den Themen Computerkriminalität und Einbruch!

Veranstalter sind jeweils Kommunen in Zusammenarbeit mit der Polizei (Präventionsbeamte).

Kontakt:

theaterallan - Allan Mathiasch
Solitudeallee 61
71636 Ludwigsburg
Tel.: 0170 653 9181
E-Mail: allan@theaterallan.de
Webseite: <http://www.theaterallan.de>

Campus und Aktionen

	Seite
ADFC Kreisverband Karlsruhe	694
ALK	695
AOK Mittlerer Oberrhein	696
Beratungsraum Rollende Räder	697
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA)	698
Dienstfahrzeuge des Ordnungsamts der Stadt Karlsruhe	699
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Karlsruhe e.V.	700
Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg	701
Ernährungszentrum im Landkreis Karlsruhe	702
Gesundheitszentrum am Ostring	703
Greenpeace	704
Gruppe Karlsruher Apotheker e.V.	705
IDAG	706
Inclusionbikes	707
Kinder-, Jugend- und Familienbüro Rheinstetten	708
Polizeipräsidium Karlsruhe	709
Polizeipräsidium Ludwigsburg	710
Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe	711
Seniorenbüro/Pflegestützpunkt der Stadt Karlsruhe	712
Stadt Karlsruhe, Branddirektion	713
Städtisches Klinikum	714
Trimedica	715
Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe	716
Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen Bad Urach e.V.	717
Vereinsinitiative Gesundheitssport e.V.	718
Werkraum Karlsruhe e.V. / Stiftung Hänsel + Gretel / Sozial- und Jugendbehörde Karlsruhe / Präventionsnetzwerk Kein Täter werden	719

ADFC Kreisverband Karlsruhe

Der ADFC Karlsruhe – Engagement rund ums Fahrrad

Wir vertreten die Interessen der Radfahrer und Radfahrerinnen: Dafür mischen wir uns mit Initiativen in die Verkehrspolitik ein und sorgen mit Aktionen und Infoständen für mehr Öffentlichkeit. Wir setzen uns für bessere und sichere Radwege und -routen ein.

Im ADFC Fahrradbüro bieten wir einen umfassenden Service für Mitglieder und Alltagsradler an. Als Verbraucherschutzorganisation haben wir ein waches Auge auf den Fahrradmarkt und beraten in unserem Fahrradbüro unabhängig beim Fahrradkauf. Wir codieren Fahrräder, organisieren Reparaturkurse und informieren, wie man sicher im Alltag Rad fährt.

Als Umweltfreunde setzen wir uns für eine ökologische Verkehrsmittelwahl ein und werben dafür, dass das Auto im Urlaub, Alltag oder auf dem Weg zur Arbeit stehen bleiben.

Um immer mehr Menschen für das Fahrrad zu begeistern, veranstalten wir geführte Feierabend-, Tages- und Mehrtagestouren sowie Stadterkundungs- und Neubürgertouren in unterschiedlichen Leistungsniveaus. Im Fahrradbüro informieren wir über Radreisen und beraten bei der Vorbereitung des Radurlaubs und der Auswahl der Radroute.

Öffnungszeiten des ADFC-Fahrradbüros im Umweltzentrum:

Mittwoch: 17:00 – 20:00 Uhr

Donnerstag: 16:00 – 19:00 Uhr

Kontakt:

ADFC Kreisverband Karlsruhe

Kronenstr. 9

76133 Karlsruhe

E-Mail: karlsruhe@adfc-bw.de

Webseite: <http://www.adfc-bw.de/karlsruhe>

ALK

Für alle die mehr wissen wollen - allergiecheck.de

Der frühe Beginn des Pollenfluges treibt Allergieklienten deutlich früher in die Arztpraxen. Dabei tauchen häufig dieselben Fragen auf:

- Wie erkenne ich eine Allergie?
- Welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es?
- Welche Therapie eignet sich für mich?

Allgemeinverständliche Informationen rund um das komplexe Thema Allergien können Sie schon vor dem Arztbesuch einholen unter www.allergiecheck.de. Darüber hinaus finden Sie praktische

Hilfestellungen für Allergiker und deren Angehörige, Informationen zum aktuellen Pollenflug sowie Hinweise zur Wahl des geeigneten Urlaubsziels. Besuchen Sie uns:

www.allergiecheck.de

Kontakt:

ALK

Webseite: www.allergiecheck.de

AOK Mittlerer Oberrhein

AOK Mittlerer Oberrhein, Deutscher Diabetikerbund, Vereininitiative Gesundheitssport e.V., Rundum gesund Apotheke
Karlsruher Aktionsplan Diabetes

Etwa jeder achte Deutsche ist an Diabetes Mellitus erkrankt. Jede dritte Familie ist direkt betroffen. Allein in Karlsruhe leben ca. 30.000 Menschen mit Diabetes, Tendenz stark steigend.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Bewegung die Prävention und Therapie der Erkrankung positiv beeinflusst. Ein Großteil der Menschen mit Diabetes könnte bei regelmäßiger Alltagsbewegung und adäquater Ernährung ohne Medikation auskommen.

Die Karlsruher Initiative: „Diabetes in Aktion – Medikament Bewegung“ möchte durch Aufklärung, Information und Motivation Diabetiker bei einer Lebensstiländerung unterstützen.

Wir möchten die Betroffenen, aber auch potentielle Diabetiker ermuntern, Bewegung als integralen Bestandteil ihres Lebens zu entdecken und neue wie vorhandene Angebote stärker zu nutzen.

Eine Vernetzung aller Akteure rund um den Diabetes ist notwendig, um den betroffenen Diabetikern den Zugang zu Bewegungsangeboten uneingeschränkt möglich zu machen. Die Akteure verpflichten sich, die Umsetzung des Karlsruher Aktionsplans Diabetes entsprechend ihrer Möglichkeiten nach Kräften zu unterstützen.

Karlsruhe etabliert sich als Vorreiter bei der Umsetzung der UNO Resolution bzgl. eines Nationalen Diabetes Plans und des Landesbeirats.

Kontakt:

AOK Mittlerer Oberrhein

Kriegsstr. 41

76133 Karlsruhe

E-Mail: sabine.himmelstein@bw.aok.de

Webseite: <http://www.aok.de>

Beratungsraum Rollende Räder

Die Ernährungspyramide kann uns allen helfen, eine bessere Entscheidung für eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu treffen. Dazu befinden sich an der Basis der Pyramide die Lebensmittel, die mengenmäßig zu bevorzugen sind, wogegen an der Spitze sich diejenigen Lebensmittel befinden, die in geringerer Menge gegessen werden dürfen. Aufgeteilt in acht Lebensmittelgruppen.

Was machen Sie, wenn Sie aufgrund ihrer Körperbehinderung – Querschnittslähmung – Multiples Sklerose – Schlaganfall – oder Parkinson ihr Essverhalten verändern sollten?

Wie groß ist eine Portion?

Wie viel esse ich?

Wo esse ich?

Was esse ich?

Wann esse ich?

Mit einem Spiel der Ernährungspyramide können Sie sich ihre eigene Pyramide aufbauen und dabei versuchen, ihre eigenen Mahlzeiten zusammenzustellen. Sie können dabei für sich entscheiden, ob Sie lieber ein spannendes Ratespiel spielen wollen, oder ein Memo- Spiel oder sogar mit einem Puzzle einen besseren Einblick in die Ernährungspyramide bekommen wollen. Viel Spaß und Erfolg dabei.

Der „Beratungsraum Rollende Räder“ steht jedem offen, der sich gerne fortbewegt, auf seine ausgewogene Ernährung achtet, oder barrierefreie Umbauten im Wohn- oder Autobereich plant. Der Schwerpunkt meiner Beratung liegt bei Übergewichtigen, Diabetikern, Schlaganfallpatienten und Rollstuhlfahrern.

Kontakt:

Beratungsraum Rollende Räder

Hardtstr. 37a Bau 2

76185 Karlsruhe

E-Mail: me@rollende-raeder.de

Webseite: <http://www.rollende-raeder.de>

Szenencollagen zu „Trau dich! Ein starkes Stück über Gefühle, Grenzen und Vertrauen.“ Bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs“**Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**

„Trau dich! Ein starkes Stück über Gefühle, Grenzen und Vertrauen“ heißt das Theaterstück im Rahmen der bundesweiten Initiative „Trau dich!“ zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) für 8-12jährige Mädchen und Jungen umgesetzt wird. Die Kompanie Kopfstand hat im Auftrag der BZgA gemeinsam mit Kindern und Fachinstitutionen eine multimediale Theatercollage entwickelt, die Kinder am Bühnengeschehen beteiligt und sie motiviert, Grenzen zu setzen und sich bei Grenzüberschreitungen jemandem anzuvertrauen. Dargestellt werden die Erfahrungen aus dem Entwicklungsprozess, beispielhafte Szenen aus dem Theaterstück sowie die Interaktion mit den Kindern im Publikum.

Die Präsentationen finden zu folgenden Zeiten statt:

Montag, 12. Mai 2014

10:00-11:00 Uhr

12:30-13:30 Uhr

16:00-17:00 Uhr

Dienstag, 13. Mai 2014

09:00-10:00 Uhr

11:00-12:00 Uhr

13:30-14:30 Uhr

Zwischen den Präsentationen ist „Open House“.

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ostmerheimer Str.220

51109 Köln

Tel.: 0221 - 8992321

Fax.: 0221 - 8992363

E-Mail: stefanie.amann@bzga.deWebseite: <http://www.bzga.de>

Dienstfahrzeuge des Ordnungsamts der Stadt Karlsruhe

Im Bereich der Ausstellungsfläche auf dem Festplatz präsentiert das Ordnungs- und Bürgeramt spezielle Dienst- bzw. Einsatzfahrzeuge. Zu besichtigen sein wird ein Fahrzeug, das von den Amtstierärzten benutzt wird, ein Geschwindigkeitsmessfahrzeug des Gemeindlichen Vollzugsdienstes sowie ein Einsatzfahrzeug des Kommunalen Ordnungsdienstes.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe

Kaiserallee 8

76124 Karlsruhe

E-Mail: polizeirecht@oa.karlsruhe.deWebseite: <http://www.karlsruhe.de>

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Karlsruhe e.V.

Fit im Alter durch das DRK-Bewegungsprogramm

Bewegungsprogramme sind ein wichtiges Angebot für die wachsende Zahl von Menschen, die mit Erkrankungen aktiv sein wollen oder die trotz Einschränkungen etwas für ihre Gesundheit tun wollen, z.B. Senioren oder chronisch Kranke. Ihr Ziel sollte sein, Problemen vorzubeugen durch gezielte und konsequent durchgeführte Übungen für Gelenke, Rücken oder den ganzen Bewegungsapparat. Darüber hinaus finden Sie hier eine Gemeinschaft in lockerer Runde - mit Bewegung, Sport und Spaß!

Bei unseren Bewegungsprogrammen kann jeder ab 55 Jahren mitmachen, sofern keine gesundheitlichen Einschränkungen der Ausübung entgegen stehen. Fragen Sie Ihren Arzt.

Geselliges Tanzen

- Spielerisch werden Schritte zur Musik erlernt
- Vom Volkstanz über Discofox bis zum Sitztanz, alles wird an die individuellen Wünsche angepasst

Senioren gymnastik

- Wohldosierte Übungen, angepasst an die körperlichen Eigenschaften der Teilnehmer/Innen, aktivieren Körper und Geist
- Zum Programm gehören Übungen mit kleinen Geräten (z. B. Kirschkerne säcke oder Doppelklöppel) ebenso wie Partnerübungen.

Es sind Kostenbefreiung oder Ermäßigungen für DRK-Mitglieder möglich.

Weitere Angebote am Infostand: Körperfettmessung sowie die Vorstellung der Angebote für Senioren, wie Hausnotruf, Essen auf Rädern, Hauswirtschaftliche Versorgung, Reisen, Wohnraumberatung und Krankentransport.

Kontakt:

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Karlsruhe e.V.

Ettlinger Str. 13

76137 Karlsruhe

E-Mail: soziales@drk-karlsruhe.de

Webseite: www.drk-karlsruhe.de/angebote/senioren

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

Betsi ist ein Präventionsprogramm der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg und dient der Erhaltung Ihrer Gesundheit und Ihrer Arbeitsfähigkeit. Es kombiniert einen einwöchigen, stationären Aufenthalt in einer Rehaklinik mit ambulanten Therapieeinheiten am Wohn- oder Beschäftigungsort.

Betsi setzt bei der frühzeitigen Förderung gesunder Lebens- und Arbeitsstrategien an. Wir wollen, dass Sie lange ein aktives Leben führen können. Das gesundheitsfördernde Verhalten, das Sie bei Betsi erlernen, wird langfristig in Ihrem privaten und beruflichen Alltag integriert. Daher führen wir einen Teil der Schulungen berufsbegleitend durch. Sie vermeiden auf Dauer lange Krankheitszeiten und ein frühes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Betsi ist für alle Berufstätige entwickelt worden, die durch gesundheitliche Beschwerden Probleme am Arbeitsplatz haben.

Treffen folgende Faktoren mindestens teilweise auf Sie zu?

- zu wenig Bewegung
- Probleme mit Gewicht und Ernährung
- Rückenschmerzen
- Bluthochdruck
- Diabetes Mellitus
- ungünstige Arbeitsbedingungen (z. B. Stress durch Schichtarbeit, Arbeitsdichte, Lärm, Kälte, Hitze, Steh- oder Sitzhaltung)

Betsi findet in Rehakliniken und ambulanten Reha- oder Trainingszentren statt. Die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg wählt zusammen mit Ihnen die in Frage kommenden Einrichtungen aus.

Kontakt:

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg
Gartenstr. 105
76135 Karlsruhe
Tel.: 0721-825-0
Webseite: www.deutsche-rentenversicherung.de

Ernährungszentrum im Landkreis Karlsruhe

Angebot des Ernährungszentrums an den Gesundheitstagen am 12./13. Mai 2014

Informationsstand zu dem Thema „Dschungel der Getränke“

Das Ernährungszentrum stellt die Vielzahl moderner Getränke vor, informiert über deren Inhaltsstoffe wie zum Beispiel Zucker, Aromen, Farbstoffe und bewertet diese aus Sicht einer gesunden Ernährung.

Des Weiteren informieren wir über die Angebote des Ernährungszentrums und über das Programm „Bewusste Kinderernährung“ BeKi.

Ein Geschmackstest und ein Getränkequiz animieren zum Mitmachen, es werden interessante Preise ausgelobt.

Kontakt:

Ernährungszentrum im Landkreis Karlsruhe

Am Viehmarkt 1

76646 Bruchsal

E-Mail: renate.papst@landratsamt-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.landkreis-karlsruhe.de>

Gesundheitszentrum am Ostring

Gesundheitszentrum am Ostring – Präventionsanbieter im Gesundheitsbereich

Wir sind eine physiotherapeutische Praxis für Therapie und Prävention. Neben den krankengymnastischen Behandlungen sind wir auf Prävention im Bewegungsbereich spezialisiert. Wir bieten sowohl spezielle Kurse in Zusammenarbeit mit bestimmten Kassen an (AOK, mhplus) als auch offene Kurse, die von allen gesetzlichen Krankenkassen anerkannt sind. Standardisierte Rückenprogramme mit Geräten oder Gymnastikangebote wie Pilates helfen nachweislich Beschwerden vorzubeugen. Ergänzende Kursangebote aus dem Bereich der Entspannung und Ernährung finden nach Ankündigung statt.

Oft ist jedoch ein individuelles, auf die jeweilige Person zugeschnittenes Bewegungsprogramm, mit und ohne Geräte, unter Einbeziehung von computergestützten Analysen und neuesten sportwissenschaftlichen Erkenntnissen sinnvoll. Hier sind wir ein kompetenter Ansprechpartner. Patienten und Kunden heben die individuelle Betreuung hervor, die sich durch eine differenzierte Übungsauswahl bis hin zur Geräteeinstellung nach Bedarf zeigt. Sportlich ambitionierte Kunden finden bei uns einen funktionellen Ausgleich zu Ihrer eigenen Sportart. Kunden mit geringer Bewegungserfahrung ermöglichen wir einen positiven Start in persönlich betreute und gesundheitsfördernde Bewegungsprogramme.

Kontakt:

Gesundheitszentrum am Ostring

Rintheimerstr. 90

76131 Karlsruhe

E-Mail: henrichsb@t-online.de

Webseite: <http://www.gesundheitszentrum-ostring.de>

Greenpeace

Greenpeace Karlsruhe ist eine von etwa 100 Ortsgruppen, die in Deutschland globalen Umweltschutz auf lokaler Ebene umsetzen. Wir sind eine bunte Mischung von Leuten aller Altersklassen, die gemeinsam und kreativ zusammenarbeiten. Gerade dies macht unser Engagement abwechslungsreich, spannend und erfolgreich. Recherche, Aufklärung und Aktionen sind die Kernelemente unserer Tätigkeiten. Als Richtlinie dienen dabei die Grundsätze von Greenpeace: Gewaltfreiheit, Überparteilichkeit und Internationalität.

Ohne die Ehrenamtlichen vor Ort wäre die Arbeit von Greenpeace in Deutschland kaum vorstellbar. Auch wir in Karlsruhe suchen immer engagierte Menschen, die sich mit uns gemeinsam für den Umweltschutz einsetzen wollen. Wir arbeiten zu Themen wie Atomkraft, Klima, Konsum, Landwirtschaft, Meere und Wald.

Gerne würden wir eine Gruppe aufbauen, die Menschen Ü 50 anspricht. Kommen Sie einfach vorbei:

Das Einsteigertreffen findet am ersten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt. Hier stellen wir die Gruppe und unsere Arbeit vor und vermitteln Interessierten einen Eindruck von der ehrenamtlichen Arbeit bei Greenpeace. Die regelmäßigen Treffen der Gruppe finden immer donnerstags ab 19:30 Uhr ebenfalls in unsrem Büro in der Steinstrasse 23 (Gewerbehof) statt. Sie sind herzlich willkommen!

Kontakt:

Greenpeace

Steinstr. 23

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721 377771

E-Mail: info@karlsruhe.greenpeace.de

Gruppe Karlsruher Apotheker e.V.

Die Besucher des Karlsruher Gesundheitstags: "Fit bleiben - keine Frage des Alters" können auf dem Informationsstand der Gruppe Karlsruher Apotheker e.V. mit einem einfachen und schnellen Test ihre Lungenfunktion überprüfen, ihre Fitness prüfen und ihr eigenes Gesundheitsbewusstsein schärfen.

Nach dem Motto: „Pusten Sie mal...“ geht es hier nicht etwa um eine Alkoholprobe sondern um einen einfachen Test, der über die Leistungsfähigkeit Ihrer Lungen Aufschluss gibt. Durch möglichst kräftiges Blasen in ein kleines Messgerät wird das maximal ausgeblasene Luftvolumen während einer Sekunde gemessen.

Das Ergebnis wird als absoluter persönlicher Wert und im Vergleich zu einem Sollwert angezeigt, der von Alter und Geschlecht abhängt. Liegt der Messwert unter 80% vom Soll ist dies ein Hinweis auf eine mögliche Minderfunktion der Lunge, die von einem Arzt abgeklärt werden soll.

Es werden unerkannte Schwächen der Lungenfunktion aufgedeckt und die Möglichkeit aufgezeigt, die Medikation bei einer bestehenden Lungenkrankheit zu optimieren.

Kontakt:

Gruppe Karlsruher Apotheker
Nürnbergerstr. 7-9
76199 Karlsruhe
E-Mail: info@apo-ka.de
Webseite: <http://www.apo-ka.de>

IDAG

Institut für präventive Diagnostik, Aktivitäts- und Gesundheitsförderung

Hervorgegangen aus einer universitären Forschungsgruppe entstand im Jahr 1990 das Institut für präventive Diagnostik, Aktivitäts- und Gesundheitsförderung (IDAG) mit dem Ziel, wissenschaftlich fundierte und in der betrieblichen Praxis erprobte Konzepte zu Prävention und Gesundheitsförderung nachhaltig umzusetzen.

Das Team sowie die Kooperationspartner von IDAG setzen sich aus Experten unterschiedlicher Fachbereiche (Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Psychologie, Demographie, Ernährungswissenschaft, Sportwissenschaft, Physiotherapie und Kommunikation etc.) zusammen.

Die Leistungen von IDAG zielen auf den Aufbau und die Entwicklung eines strategisch ausgerichteten Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) ab. Unternehmen werden hierbei individuell und bedarfsorientiert unterstützt, ein selbstbestimmtes, ganzheitliches sowie nachhaltiges Konzept zur Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter umzusetzen.

Auf dem Gesundheitstag bietet Ihnen IDAG an, den Alterssimulationsanzug GERT auszuprobieren. Wie fühlt es sich an, wenn die Gelenke steif sind, alles viel schwerer zu bewegen ist und man nur noch eingeschränkte Sicht hat? Sie erhalten nach dieser Erfahrung fundierte Tipps, wie Sie die Veränderungen und Einschränkungen des Alters noch lange hinauszögern können.

Kontakt:

IDAG

Unterreut 8

76135 Karlsruhe

E-Mail: info@idag-gmbh.de

Webseite: <http://www.idag-gmbh.de>

Inclusionbikes

Häufig ist es der Fall, dass sich ein Interessent auf der Suche nach einem geeigneten Therapie- oder Spezialfahrrad durch einen dichten Dschungel an Modellen, Herstellern und Vermittlern kämpfen muss.

Die wichtigsten Fragen, wie z. Bsp.

- Welcher Typ Rad ist der Richtige?
- Welche Ausstattung ist von Nöten?
- Welche Kosten kommen auf mich zu?
- Habe ich ein Anrecht auf Kostenerstattung?

Durch meine jahrelangen Vertriebs Erfahrungen in diesem Bereich habe ich einen sehr klaren Blick auf den Markt entwickelt und dieses Wissen in mein Portfolio einfließen lassen. Qualität und Flexibilität waren hierbei die grundlegenden Kriterien der Zusammenstellung.

flexibel • mobil • unabhängig

Drei kleine Worte mit großer Bedeutung:

Flexibel:

Ich stelle mich auf Ihre Wünsche und Vorstellungen ein und passe die Räder genau auf Ihre Bedürfnisse an.

Mobil:

Ich komme gerne zu Ihnen nach Hause, um die Beratung und Probefahrt vor Ort durchzuführen.

Unabhängig:

Durch das vorhandene Fachwissen muss ich mich nicht an einen einzelnen Hersteller binden – somit kann ich Sie objektiv beraten.

Kontakt:

Inclusionbikes

Delawarestr. 10

76149 Karlsruhe

E-Mail: inclusionbikes@t-online.de

Webseite: <http://www.inclusionbikes.de>

Kinder-, Jugend- und Familienbüro Rheinstetten

Für die Kinder und Jugendlichen in Rheinstetten stehen zwei Teams mit folgenden Einrichtungen und Angeboten zur Verfügung:

- Jugendhaus: Musikveranstaltungen und weitere, wechselnde offene Angebote.
- Mobile Jugendarbeit: Unser MoJa-Team ist auf den Straßen und Plätzen in Rheinstetten unterwegs. Das Team ist Ansprechpartner für Jugendliche und bietet Beratung und Begleitung in allen Lebenslagen.
- KrokoMobil: Das Spielmobil der Stadt fährt von März bis November durch die Rheinstettener Stadtteile und lädt zum Spielen ein, im Winter in einer Turnhalle.
- Das Ferienprogramm: 6 Wochen in den Sommerferien volle Action mit zahlreichen Angeboten von Vereinen und Gruppen, Organisationen, Firmen sowie der Stadt Rheinstetten. Karlsruher Kinderpass wird berücksichtigt.
- Stadtranderholung: 6 Wochen in den Sommerferien bieten wir für die Kids kurzweilige Tage mit Spiel, Spaß und Freude. Karlsruher Kinderpass wird berücksichtigt.
- Jugendgemeinderat: Beeinflusst kommunalpolitische Entscheidungen aus Sicht der Jugendlichen. Er besteht aus 9 gewählten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren.
- Informationen für Jugendliche, Eltern und in der Jugendarbeit Tätige im Kinder Jugend & Familien Büro.
- Schulsozialarbeit: An allen weiterführenden Schulen in Rheinstetten (WRS Schwarzwaldschule, Realschule und Walahfrid-Strabo-Gymnasium) findet Schulsozialarbeit statt. Die Schülerinnen und Schüler stehen mit ihren Stärken, Ideen und Anliegen im Mittelpunkt der Schulsozialarbeit. Sie erfahren Unterstützung in Einzelberatung, aber auch in Form von themenspezifischen Projekten zur Gestaltung ihrer Berufs- und Lebenswegplanung. Die Schulsozialarbeit steht im Sozialraum Schule auch Eltern und Lehrer/innen mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Verfügung.

Kontakt:

Kinder-, Jugend- und Familienbüro Rheinstetten
Hauptstraße 2
76287 Rheinstetten
Webseite: www.rheinstetten.de/jugend

“Rund um die Radfahrsicherheit“ und „Kinder als Mitfahrer im PKW“

Polizeipräsidium Karlsruhe

1. „Rund um die Radfahrsicherheit“

Beratungen über die

- aktive Sicherheit für Radfahrer durch richtiges Verhalten im öffentlichen Straßenverkehr
- passive Sicherheit der Radfahrer, insbesondere zu Beleuchtungseinrichtungen und der Empfehlung zum Tragen eines Radfahrhelms mit Exponaten
- Diebstahlsicherungen mit Exponaten

2. „Kinder als Mitfahrer im PKW“

- Beratungen über die Insassensicherung für Kinder im PKW mit Exponaten.

Kontakt:

Polizeipräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 31-33

76131 Karlsruhe

E-Mail: Wilfried.Fritsch@polizei.bwl.de

Pedelec-Parcours für Seniorinnen und Senioren

Polizeipräsidium Ludwigsburg

Seniorinnen und Senioren sind nicht nur die aktuell begehrteste Zielgruppe der Werbung, sondern sie rücken durch den demographischen Wandels als aktive Verkehrsteilnehmer immer mehr in den Fokus der Verkehrsunfallprävention. Für das Polizeipräsidium Ludwigsburg Anlass, sich intensiv mit den Mobilitätsformen dieser Personengruppe zu befassen. Dabei wurde deutlich, dass vor allem das Pedelec immer größere Beliebtheit erlangt. Es kommt dem Mobilitätsbedürfnis älterer Menschen sehr entgegen, ist aber in seiner Handhabung und seinen Eigenschaften – Anfahren, Bremsen, Geschwindigkeit – nur bedingt mit dem klassischen Fahrrad vergleichbar. Der unvorbereitete Umgang birgt nicht unerhebliche Unfallrisiken und die Nutzung des mit elektrischem Antrieb unterstützten Zweirads bedarf der Übung und Sensibilisierung hinsichtlich der Besonderheiten. Die Polizei hat ein umfassendes Konzept für ein zielgruppenorientiertes Sicherheitstraining erarbeitet, das nicht nur praxiserprobt ist, sondern auch 2012 in Baden-Württemberg mit einem Landes-Verkehrspräventionspreis ausgezeichnet wurde. Das fortgeschriebene Programm beinhaltet neben Theorie und Praxis weitere Module zur Diebstahlsicherung und zu Fahrradhelmen sowie Hinweisen zur Medikamenteneinwirkung. Damit können die Seniorinnen und Senioren informativ und fahrpraktisch an den verkehrssicheren Umgang mit Pedelecs herangeführt werden.

Kontakt:

Polizeipräsidium Ludwigsburg

Friedrich-Ebert-Straße 30

71638 Ludwigsburg

Tel.: 07141/18-2420

E-Mail: Martin.Lutz@polizei.bwl.de

Streetballturnier / Sportmobil / Projekt- vorstellung „Boxen gegen Gewalt“

Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe

Am Gesundheitstag ist das Sportmobil des Schul- und Sportamtes an beiden Tagen auf dem Festplatz und bietet mit seinen zahlreichen ausgefallenen Fahrgeräten für jedes Alter spannende Fortbewegungsmöglichkeiten.

Nachmittags wird ein Streetbasketball-Turnier für Jugendliche unter dem Motto „My Way - Fair Play“ ausgetragen. Dieses Turnier ist Teil einer gemeinsamen Initiative der Polizei Karlsruhe und dem Projekt „Sport auf der Strasse“ (Schul- und Sportamt) zur Gewaltprävention. Dabei wird „drei gegen drei“ auf einen Korb gespielt, mit maximal zwei Ersatzspielerinnen oder Ersatzspielern. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Ausschreibung wird rechtzeitig an alle Schulen und Jugendhäuser verschickt bzw. wird im Internet unter <http://www.karlsruhe.de/b3/freizeit/sport/> veröffentlicht.

Besucherinnen und Besucher können sich über Bewegungsangebote der Karlsruher Sportvereine sowie die Angebote der beiden Programme „Sport auf der Straße“ und „Integration mit Sport“ des Schul- und Sportamtes informieren.

Diese bieten im ganzen Stadtgebiet ein vielfältiges Angebot verschiedener Sportarten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene an. Die Teilnahme ist kostenlos und eine Anmeldung ist nicht erforderlich. <http://www.karlsruhe.de/b3/freizeit/sport/Sportprojekte/sportauf.de>

Kontakt:

Schul- und Sportamt der Stadt Karlsruhe
Blumenstr. 2a
76133 Karlsruhe

E-Mail: christine.hagg@sus.karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de>

Seniorenbüro/Pflegestützpunkt der Stadt Karlsruhe

Aktiv älter werden

Das Seniorenbüro/Pflegestützpunkt mit Seniorenfachberatung der Stadt Karlsruhe lädt am 12. und 13. Mai zur Diskussion um Fitness und Altern ein. Ein Kurz-Fitnessstest für alle ab 60 Jahren ist möglich. Infomaterial zu den vielfältigen Angeboten für die ältere Generation steht zur Verfügung. Schauen Sie vorbei.

Kraft und Ausdauer sind entscheidende Faktoren, um die Selbständigkeit bis ins hohe Alter zu erhalten. Soziale Aktivität, Bewegung und Teilhabe bestimmen den Grad der Lebenszufriedenheit. Gemeinschaftliche Aktivitäten, Miteinander, Unterstützung und Hilfe dann, wenn sie notwendig werden, sind weitere Voraussetzungen für das Wohlbefinden in jedem Lebensalter.

Das Seniorenbüro/Pflegestützpunkt mit Seniorenfachberatung der Stadt Karlsruhe ist eine Informations- und Beratungsstelle rund um das Thema Altern. Ob es um Fragen nach kulturellen, sozialen oder sportlichen Aktivitäten oder um Bildungsangebote geht, hier finden Sie Antworten. Wenn Unterstützung bei der Hausarbeit, Pflegehilfe oder die Entscheidung zur richtigen Wohnform im Focus stehen, beraten wir Sie.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen über Fragen, Vorurteile, Erkenntnisse und Möglichkeiten aktiv zu sein und zu bleiben, in jedem Alter.

Kontakt:

Seniorenbüro/Pflegestützpunkt mit Seniorenfachberatung,
Stadt Karlsruhe
Markgrafenstr. 14
76131 Karlsruhe
E-Mail: seniorenbuero@sjb.karlsruhe.de
Webseite: <http://www.karlsruhe.de>

Führungsfahrzeug (ELW 2) der Stadt Karlsruhe

Stadt Karlsruhe, Branddirektion

Das Führungsfahrzeug kommt als Einsatzleitwagen der Feuerwehr Karlsruhe bei Großeinsätzen im Stadtgebiet zum Einsatz. Darüber hinaus ist das Fahrzeug in das Landeskonzept der Mobilien Führungsunterstützung (MoFüSt) eingebunden und für Großschadenslagen auf Landes- und Bundesebene vorgesehen. Es wird zudem als mobiles Führungs- und Lagezentrum der Stadt bei Großveranstaltungen und sonstigen Lagen mit erhöhtem Koordinierungsbedarf eingesetzt.

Als Basis für das Führungsfahrzeug wurde ein doppelstöckiger Reisebus verwendet, der zu diesem Zweck völlig umgestaltet wurde. In der unteren Ebene sind die Arbeitsplätze der Fernmelder sowie der Technikraum untergebracht. In der oberen Ebene bietet das Fahrzeug Platz für einen Führungsstab mit mehreren Fachberatern. Das Führungsfahrzeug verfügt über eine Vielzahl an Kommunikationsmittel (Funk, Telefon, Fax, Internet) und kann auch Fernsehsender empfangen. Für die Kommunikation innerhalb des Stabes und zu den Fernmeldern steht ein EDV-Netzwerk zur Verfügung. Das Führungsfahrzeug ist klimatisiert und mit einem Notstromaggregat auch für einen autarken Betrieb ausgelegt.

Das Fahrzeug ist in dieser Form einzigartig in Deutschland. Eine Kopie kommt bei der zivilen Verteidigung in Moskau zum Einsatz.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe
Ritterstraße 48
76137 Karlsruhe

E-Mail: bd@karlsruhe.de

Webseite: <http://www.karlsruhe.de/b4/buergerdienste/feuerwehr.de>

Städtisches Klinikum

Das Städtische Klinikum Karlsruhe ist als Haus der Maximalversorgung für die Region „Mittlerer Oberrhein“ ausgewiesen und Lehrkrankenhaus der Universität Freiburg. Über 4.300 Mitarbeiter stellen hier Tag für Tag und rund um die Uhr die Versorgung von über 60.000 stationären und über 170.000 ambulanten Patienten jährlich sicher. Mit 22 medizinischen Fachabteilungen, 4 Instituten, einer Blutspendezentrale, einer Zentralen Notaufnahme sowie einer Kindernotaufnahme steht den Bürgern der Stadt Karlsruhe und der Region ein umfangreiches Angebot an Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung. Nahezu alle medizinischen Fachrichtungen sind im Klinikum vertreten.

Allen Mitarbeitern liegt es am Herzen, das Klinikum umfassend in das Leben und die Wahrnehmung der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung eingebunden zu sehen - für kranke und für gesunde Menschen.

Der Gesundheitstag bietet die Chance, sich zu aktuellen medizinischen Themen mit Ärzten und Pflegekräften des Klinikums auszutauschen. Im Fokus stehen die Themen Bluthochdruck, Schlaganfall, Magen- und Darmerkrankungen sowie Wiederbelebensmaßnahmen durch Laien. Im Gespräch besteht die Möglichkeit, potentielle Gesundheitsrisiken zu erkennen, ihnen entgegenzuwirken oder sie zu behandeln. In praktischen Übungen ist ferner erlernbar, wie man unter Berücksichtigung weniger Grundsätze als Laie Leben retten kann.

Kontakt:

Städtisches Klinikum Karlsruhe

Moltkestr. 90

76133 Karlsruhe

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@klinikum-karlsruhe.deWebseite: <http://www.klinikum-karlsruhe.com>

Trimedid

Square Stepping Exercise ist ein vielseitig einsetzbares Übungsprogramm zur Verbesserung von Beinkraft, Koordination, Balance, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit. SSE erinnert an ein Kinderspiel, das in Varianten weltweit gespielt wird. Es unterscheidet sich vom Kinderspiel dadurch, dass es systematisch aufgebaut, standardisiert und evaluiert wurde. SSE wurde von japanischen Gerontologen und Geriatern entwickelt. Im mobilisierenden Training älterer Menschen konnte seine Wirksamkeit nachgewiesen werden.

Prävention bei kardiovaskulärem Risikoprofil wie z.B.:

Bluthochdruck, Übergewicht, Diabetes mellitus, Hypercholesterinämie und Bewegungsmangel.

Pulsgesteuertes Ausdauertraining mittels Fahrradergometer, Gymnastik (Kräftigung, Mobilisation, Atmung, Entspannung), Gerätegestütztes Muskeltraining und Outdooraktivitäten (Terraintraining, Nordic Walking)

Für viele Frauen ist der Beckenboden ein eher unbekanntes Körpergebiet. Doch wussten Sie, dass der Beckenboden mit verantwortlich ist für unser Körpergefühl, unsere Haltung, unsere Figur und somit auch für unser inneres und äußeres Erscheinungsbild? Bei vielen Frauen – auch schon bei ganz jungen – ist der Beckenboden zu schwach. Häufig kommt es zu einer Senkung der Blase/Gebärmutter oder Scheide. So ist Inkontinenz – unfreiwilliger Harn- oder Stuhlabgang – eines der Hauptsymptome eines kraftlosen Beckenbodens.

Kontakt:

TRIMEDIC

Ohiostr. 4

76149 Karlsruhe

E-Mail: info@trimedid.deWebseite: <http://www.trimedid.de>

Gesundheitstag „Fit bleiben - keine Frage des Alters“

Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe

„Erster Karlsruher Gesundheitstag „Fit bleiben ist keine Frage des Alters“

Gesundheitliche Prävention ist ein wichtiger Faktor in unserer älter werdenden Gesellschaft. Die Kommunale Gesundheitsförderung der Stadt Karlsruhe bietet Ihnen beim ersten Karlsruher Gesundheitstag an, sich zu aktuellen Gesundheitsthemen zu informieren. Wenn Sie aktiv werden wollen, finden Sie bei uns Anregungen.

Möglichst lange ein selbständiges Leben führen und sich dabei fit fühlen, das ist wohl der Wunsch aller. Jeder kann selber dazu beitragen, dass es nicht beim Wünschen bleibt. Maßvolle regelmäßige Bewegung und eine abwechslungsreiche Ernährung sind eine wichtige Grundlage. Eigentlich weiß das ja jeder, aber oft fehlt es an der Umsetzung. Hier können unsere Gesundheitstests einen Anstoß geben. Wenn Sie Ihre Werte kennen, wissen Sie, was sie vielleicht ändern sollten. Oder was Sie alles schon richtig machen!

Am ersten Karlsruher Gesundheitstag finden Sie viele Angebote unter dem Motto „Fit bleiben - keine Frage des Alters“. Testen Sie Ihre Kraft und körperliche Beweglichkeit mit sportwissenschaftlichen Tests, überprüfen Sie Ihr Risiko an Diabetes zu erkranken, informieren Sie sich über die Erste Hilfe bei einem Schlaganfall. Sie können mit den Übungsleitern unserer Sportvereine eine Runde im Zoologischen Stadtgarten drehen und gleich ausprobieren, ob Nordic Walking ein Sport für Sie wäre.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz
Markgrafenstr. 14
76131 Karlsruhe
E-Mail: anke.kelber@ua.karlsruhe.de
Webseite: <http://www.karlsruhe.de>

BEATSTOMPER - Rhythmus und Performance

Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen Bad Urach e.V.

Seit 2006 richtet sich BEATSTOMPER mit seinen Aktivitäten an sozial benachteiligte und straffällig gewordene Jugendliche. Zugänge erfolgen insbesondere über richterliche Weisungen nach § 10 JGG sowie über Direktkontakte. Seit April 2013 hat der Gründer und Leiter des Projekts seine Rhythmus- und Performanceaktivitäten mit Mitteln aus dem Förderprogramm des Bundesministeriums „Kultur macht stark“ in Bad Urach weiter intensiviert.

In der zweimal wöchentlich stattfindenden dreistündigen Probenpraxis wird mit zielgruppenorientierten Methoden aus der Musik- und Tanzpädagogik gearbeitet. Ein weiteres Nachmittagsangebot wendet sich an jüngere Kinder und Jugendliche und verschafft den erfahrenen Teilnehmern die Möglichkeit zur Verantwortungsübernahme in der betreuten Anleitung. Alltagsbegleitende Maßnahmen unterstützen die Jugendlichen in der Lebensbewältigung. Der Besuch von Kulturveranstaltungen erweitert das kulturelle Spektrum. Das Projekt ist langfristig angelegt und wurde wissenschaftlich untersucht. Im Zentrum der künstlerischen Praxis steht die kreative Verwendung von Alltagsmaterialien zur Klangzeugung. Aus Holztransportkisten, Fässern und diversen Schrottmaterialien werden von den Jugendlichen eigene Klangobjekte entwickelt, gebaut und gestaltet. Planung und Durchführung von Aufführungen gehören von Beginn an zu der prozess-produktorientierten Arbeitsweise.

Kontakt:

Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen Bad Urach e.V.

Spitalstr. 6-9, 72574 Bad Urach

Tel.: 0170-7224444

Fax.: 07125-144644

E-Mail: info@beatstomper.de

Webseite: <http://www.beatstomper.de>

Vereinsinitiative Gesundheitssport e.V.

Schnuppern Sie bei uns herein – wir freuen uns auf Sie!!

Die Vereinsinitiative Gesundheitssport e.V. ist ein Zusammenschluss Karlsruher Sportvereine. Die Vereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Karlsruher Bürgern und Bürgerinnen ein breitgefächertes und flächendeckendes Gesundheitssportangebot anzubieten - unabhängig davon, ob jemand Mitglied eines Sportvereins ist oder nicht. Unsere Präventionsangebote gliedern sich in Entspannung und Stressbewältigung, Muskel-Skelettsystem, Herz-Kreislauf-Training, Allgemeine Prävention und Aqua-Kurse. Die Rehabilitation ist unterteilt in die Bereiche Herzsport, Diabetessport, Gefäßsport, Lungensport, Neurosport, Orthopädie, Osteoporosesport, Sport nach Krebs und Behindertensport.

Das Gesundheitssportprogramm 2014 liegt in den Karlsruher Rathäusern, bei vielen Internisten, Orthopäden, Apotheken und zahlreichen Allgemeinmedizinerinnen aus. Auf der Internetseite www.gesundheitssport-karlsruhe.de gibt es weiterführende Informationen.

Unsere Bewegungsangebote am Gesundheitstag: Nordic Walking, Zumba, Pilates. Probieren Sie alles einfach aus!

Außerdem können Sie bei uns Ihren Blutzuckerspiegel vor und nach der Bewegung messen lassen und feststellen, wie einfach es ist, mit ein wenig Sport einer Diabeteserkrankung vorzubeugen.

Kontakt:

Vereinsinitiative Gesundheitssport e.V.

Westmarkstr. 3

76227 Karlsruhe

E-Mail: marusic@gesundheitssport-karlsruhe.de

Webseite: <http://www.gesundheitssport-karlsruhe.de>

Werkraum Karlsruhe e.V. / Stiftung Hänsel + Gretel / Sozial- und Jugendbe- hörde Karlsruhe / Präventionsnetzwerk Kein Täter werden

Werkraum Karlsruhe e.V. wird im Werkraum-Bus auf dem Außengelände des Kongresszentrums an beiden Tagen analog zu den thematischen Schwerpunkten der Vorträge von Prof. Klaus M. Beier „Kein Täter werden“ und dem Vortrag von Dr. Susanne Heynen und Prof. Dr. Friederike Eyssel, „Evaluationsergebnisse des Stückes „Am Ende Der Angst““, theatrale und filmische Ausschnitte und Trailer zeigen. Darüber hinaus informieren kurze Theater- und Filmsequenzen über einzelne Inhalte der Studie „Forschung im vertrauten Feld“, (Hg.) Susanne Heynen, Frauke Zahradnik und über weitere Präventionsprojekte des Vereins Werkraum Karlsruhe e.V. (in Kooperation mit der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe und der Stiftung Hänsel + Gretel.)

Der Verein Werkraum Karlsruhe e.V. bewegt sich interdisziplinär in den Bereichen Theater, Film und Soziales und verbindet Themen wie Genres zu individuellen Projekten. Es entstehen Theaterstücke, Spiel- und Dokumentarfilme, theaterpädagogische und medienpädagogische Projekte. Der Verein versteht sich als Initiator, Bindeglied und Vermittler von Kunst und Kultur. Die soziale Anbindung der Projekte und deren gesellschaftliche Relevanz sind bei der Auswahl der Projekte ausschlaggebend. Bei Werkraum Karlsruhe sind professionelle Theater-, Film- und Musikschaffende, Laien, Menschen mit und ohne Handicap, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und jeden Alters aktiv. Der Verein fühlt sich dem Gedanken der Inklusion verpflichtet. Der Verein ist Träger der freien Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendbildung. Ziel ist es Theater und Medienkunst zu gestalten, welche in divergierenden Gesellschaftsräumen vermittelnd wirkt und insbesondere jungen Menschen die Möglichkeit gibt, eigene Lebensvorstellungen zum Ausdruck zu bringen.

Kontakt:

Werkraum Karlsruhe e.V.
Marienstraße 11, 76137 Karlsruhe
Tel: 0721 56841030
E-Mail: info@werkraum-karlsruhe.de
Webseite: <http://www.werkraum-karlsruhe.de>

Begleitveranstaltungen

	Seite
21. DVS-Stiftungstag	722
Alumnitreffen der Beccaria-Fachkräfte Kriminalprävention	723
Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien	724
Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK	725
Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)	726
Planungsgespräch zur 3. Trägerkonferenz „Grüne Liste Prävention“	727
Pressefrühstück	728
Sitzung des Programmbeirates des 19. Deutschen Präventionstages	729
Jahresversammlung des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS)	730

21. DVS-Stiftungstag

Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

Interne Veranstaltung

Alumnitreffen der Beccaria-Fachkräfte Kriminalprävention

Das jährliche Alumnitreffen auf dem DPT richtet sich an alle ehemalige Absolventinnen und Absolventen sowie aktive Teilnehmende des Beccaria-Qualifizierungsprogramms Kriminalprävention (2008-2014). In diesem Jahr gibt es einen eigenen Stand der „Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention“. Dieser Beccaria-Fachkräfte-Stand dient als Alumnitreffpunkt der Beccarianer und befindet sich in der Stadthalle (Ebene 0, Standnummer 5). Er soll den Austausch, das jahrgangsübergreifende Kennenlernen und das Vernetzen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Beccaria Qualifizierungsprogramms (2008-2014) ermöglichen.

Seit 2008 bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) das Beccaria-Qualifizierungsprogramm an. Diese interdisziplinäre und ganzheitliche Präventionsausbildung wird derzeit das siebte Mal durchgeführt

Im Rahmen des Beccaria-Qualifizierungsprogramms sind im Zeitraum von 2008 - 2013 über 150 Fachkräfte der Kriminalprävention zertifiziert worden. Diese Experten der Kriminalprävention zeichnen ihre Professionalität aus. Sie verfügen über wissenschaftlich fundiertes und anwendungsbezogenes Wissen im Bereich der Kriminalprävention. „Beccaria Fachkraft Kriminalprävention“ ist eine beim Deutschen Patent- und Markenamt eingetragene Marke.

Die Stiftung Kriminalprävention in Münster zeichnete 2013 das Beccaria-Programm des Landespräventionsrats Niedersachsen (LPR) mit dem „Meilenstein der Kriminalprävention“ aus. Mit dem ausgelobten Preis der Stiftung sind zehn zweckgebundene Stipendien für eine kostenfreie Teilnahme am „Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention“ verbunden.

Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventions- gremien

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte sowie der anderen landesweiten Gremien der Kriminalprävention treffen sich traditionell am Vortrag des jährlichen Deutschen Präventionstages zu einem internen Arbeitstreffen.

Interne Veranstaltung

Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK

Anlässlich des 19. DPTs treffen sich die am Kongress teilnehmenden Mitglieder der AG Kripo und des UA FEK zu einem gemeinsamen Informationsaustausch. In den beiden Gremien der polizeilichen Bund-Länder-Zusammenarbeit sind die Leiter der Landeskriminalämter sowie des Bundeskriminalamtes und die ranghöchsten Polizeivollzugsbeamten auf Länderebene sowie Vertreter des Bundes versammelt.

Die Mitglieder sind nach der Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zu einem informellen Gedankenaustausch zu Präventions- und anderen Themen eingeladen. Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner und Frau Dr. Wiebke Steffen, die Verfasserin des Gutachtens zum 19. DPT, stoßen zu dieser Runde dazu und stehen als Gesprächspartner den leitenden Beamten zur Verfügung.

Dreh- und Angelpunkt der Gespräche werden auch hier das Schwerpunktthema des Präventionstags sein „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ sowie ein mehrjähriger Präventionsschwerpunkt des ProPK, die Prävention des Wohnungseinbruchdiebstahls.

Interne Veranstaltung

Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)

Am Montag, den 12. Mai, findet um 12:30 Uhr die Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) statt. DEFUS wurde vor vier Jahren im Rahmen des 15. Deutschen Präventionstages in Berlin als nationaler Zusammenschluss deutscher Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) gegründet. Mitglieder sind die Städte Augsburg, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leer, Mannheim, München, Stuttgart sowie der Landespräventionsrat Niedersachsen und der Deutsche Präventionstag. Mitgliederversammlungen finden in der Regel zweimal jährlich statt.

Nähere Informationen zur Struktur und zu aktuellen Projekten erhalten Sie an unserem Infostand sowie im Internet unter: www.defus.org.

Interne Veranstaltung

Planungsgespräch für die 3. Trägerkonferenz „Grüne Liste Prävention“

Eingeladen sind die Programmträger und –Verantwortlichen der in der „Grünen Liste Prävention“ des LPR empfohlenen Programme. Thema ist die Vorbereitung der 3. Trägerkonferenz der „Grünen Liste Prävention“ in der zweiten Jahreshälfte 2014. Das Planungsgespräch ist nicht öffentlich.

12. Mai 2014 von 09:30 bis 10:30 Uhr, Raum 1.27

Pressefrühstück

Alle Vertreterinnen und Vertreter der Presse sind herzlich eingeladen zu unserem Pressefrühstück

am 12. Mai 2014, 9:45 bis 10:30 Uhr

Pressezentrum der Stadthalle

Festplatz 4, 76137 Karlsruhe.

Noch vor der Eröffnungsveranstaltung erhalten Sie die neuesten Informationen rund um den Deutschen Präventionstag, näheres zum Kongressprogramm und zum diesjährigen Schwerpunktthema „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“

Ihre Gesprächspartner sind:

- Manuela Schwesig, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (angefragt)
- Reinhold Gall, Innenminister des Landes Baden-Württemberg
- Dr. Frank Mentrup Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
- Erich Marks, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe
- Dr. Wiebke Steffen, Gutachterin des Deutschen Präventionstages

Bitte akkreditieren Sie sich unter www.praeventionstag.de.

Sitzung des Programmbeirates des 19. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse.

Mitglieder des Programmbeirates des 19. Deutschen Präventionstages sind:

- **Heike Bartsch**, Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- **Stefan Daniel**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn
- **Renate Engels**, Leiterin des DBH-Bildungswerks, Köln
- **Belinda Hoffmann**, Innenministerium Baden-Württemberg
- **Wolfram Jäger**, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe
- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**, Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe, Tübingen
- **Erich Marks**, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover
- **Andreas Mayer**, Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stuttgart
- **Jürgen Mutz**, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln
- **Anna Rau**, Koordinatorin im Fachbereich Prävention des WEISSER RING e. V., Mainz
- **Karla Schmitz**, Leiterin der DPT-Geschäftsstelle, Hannover
- **Norbert Seitz**, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Berlin
- **Dr. Wiebke Steffen**, Wissenschaftliche Beraterin und Gutachterin des Deutschen Präventionstages, Heiligenberg

Jahresversammlung des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS)

Efus ist ein Zusammenschluss von 250 europäischen Städten, Gemeinden und Regionen aus 17 Ländern, um gemeinsam die lokale Präventionsarbeit zu stärken und ihr auf nationaler und europäischer Ebene Gehör zu verschaffen.

Die 27. Efus-Jahresversammlung findet im Rahmen des 19. Deutschen Präventionstages statt. Themen sind die Fortschritte im Rahmen der Strategie 2013-2016, der Rückblick auf die Aktivitäten des Forums und seiner Mitglieder des vergangenen Jahres und die Vorausschau und Diskussion zukünftiger Aktivitäten. Hierunter fallen insbesondere die von der europäischen Kommission geförderten Efus-Projekte zu den Themen Sicherheit und Tourismus, Methoden der evidenzbasierten Sicherheitsarbeit, Polizei und Bevölkerung, Radikalisierung sowie Ethik und Effizienz von Überwachungstechnologien. In diesen europäischen Projekten tauschen sich Efus Mitgliedsstädte untereinander und mit Experten aus und führen lokale Pilotprojekte durch.

Der Jahresversammlung aller Mitglieder geht von 14:00-15:00 Uhr ein Treffen des Efus Vorstandes voraus. Im Rahmen der Jahresversammlung wird anschließend wie jedes Jahr ein Drittel der Mitglieder des Efus Vorstandes neu gewählt.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (Efus) organisiert am Dienstag den 13. Mai 2014 mit dem deutschen Forum (DEFUS) und dem DPT im Rahmen des diesjährigen internationalen Forums Vortrags- und Diskussionsrunden zum Thema „Europa und Prävention: Positionen und Bedürfnisse der lokalen Akteure und Entscheidungsträger“ zu denen alle DPT Teilnehmer herzlich eingeladen sind.

Weitere Informationen zu Efus und den Veranstaltungen im Rahmen des 19. DPT erhalten Sie an unserem Infostand und im Internet unter www.efus.eu.

**Montag, 12. Mai 2014, 15:00-18:00 Uhr
(Interne Veranstaltung)**

Bühne

	Seite
Pfoten weg!	732
Das kleine Zebra - die etwas andere Verkehrserziehung	733
Eins auf die Fresse Stück um die „alltägliche“ Gewalt - von Rainer Hachfeld	734
RATTENKLATSCHEN - Theaterprojekt gegen Gewalt und für mehr Mitgefühl	735
CABUWAZI Kinder- und Jugendzirkus	736
Streetdance-Gruppe M.O.B. Showcrew	737
ROMEO ADDED JULIA	738
Mein Körper ist mein Freund II	739
Püppchen - Prävention zum Thema Essstörungen , unterst. von AOK, Caritas, Landratsamt Aalen	740
Gemeinsam stark	741
Frosch mich! Ein Jugendmusical von Johannes Galli	742

Pfoten weg!

Konstanzer Puppenbühne

ab 4 Jahre

Pfoten weg! Ist ein Figurentheaterstück, das Kinder stärkt, sich gegen unangenehme Nähe eines Menschen zu wehren und „NEIN!“ zu sagen.

Bei Katzens steht Besuch ins Haus. Eine angenehme Abwechslung, sollte man meinen. Doch Onkel Burschi und Tante Herzi gehören zu denjenigen Zeitgenossen, denen man besser aus dem Weg gehen sollte. Die Katzenkinder Salome, Tom und Lotte jedenfalls fühlen sich gar nicht wohl bei dem Gedanken, wieder einmal krakenartige Umarmungen und feuchte Schlabberküsse aushalten zu müssen.

Durch die Ratschläge ihrer Freunde Igel, Hase und Wildschwein – und nicht zuletzt mit Hilfe der wunderbaren Katzenfee – lernen sie jedoch, stark zu werden und sich zu wehren.

Die spannende Geschichte zwischen Garten und Spielplatz bindet die kleinen Zuschauer eng ins Geschehen ein, denn auch das Publikum soll dazu beitragen, den drei Geschwistern aus ihrer schwierigen Lage zu helfen. So werden spielerisch Lösungsmöglichkeiten zu diesem heiklen Problem vermittelt.

Spielerisch wird Kindern vermittelt, dass

- sie zwischen angenehmen und unangenehmen Gefühlen unterscheiden können;
- sie ihren eigenen Gefühlen vertrauen sollen;
- es wichtig ist, offen über Gefühle zu sprechen;
- sie „Nein!“ sagen dürfen;
- es gute und schlechte Geheimnisse gibt;
- sie gezielt Hilfe und Unterstützung einfordern dürfen.

Kontakt:

Konstanzer Puppenbühne
Obstgarten 10, 78465 Konstanz
Tel.: 07531 958096
E-Mail: info@irmi-wette.de
Webseite: <http://www.irmi-wette.de>

Das kleine Zebra - die etwas andere Verkehrserziehung

Landeskriminalamt Baden-Württemberg - Zentralstelle Prävention. Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsunfallprävention (KEV)

ab 4 Jahre

Das verkehrspädagogische (Mitmach-)Theaterangebot der Aktion GIB ACHT IM VERKEHR von Polizei und Unfallkasse Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe NewLimes e.V., Mannheim.

Die Erstklässler müssen ab der Einschulung auch die Herausforderungen auf dem Schulweg meistern. Der Straßenverkehr, Zebrastreifen, Ampelsituationen und das jugendliche Alter – die Unerfahrenheit – alles muss in Einklang gebracht werden. Das „kleine Zebra“ vermittelt den Kindern auf spielerische Weise das richtige Verhalten im Straßenverkehr.

Inhalt: Das kleine Zebra kommt aus Afrika und ist im Zirkus Pimperlilli zusammen mit seinen Zebraeltern die Attraktion. Allerdings hat es sich verlaufen und findet seinen Zirkus nicht mehr. Da kommt ein Polizist, den das Zebra natürlich auch nicht kennt, und bietet seine Hilfe an. Auf witzige Art lernt das Zebra mit Unterstützung der Kinder und der Polizistin bzw. des Polizisten das richtige Verhalten auf dem Gehweg, Zebrastreifen, an der Ampel usw.

Durch eigenes Fehlverhalten fordert das Zebra die Kinder auf, einzugreifen und zu korrigieren. Im Verlauf der Geschichte lernen die Kinder gemeinsam mit dem kleinen Zebra die Lieder „Links, rechts, links!“ und „Rote, grüne Ampelmännchen!“ und helfen schließlich dem kleinen Zebra zurück zum Zirkus Pimperlilli.

Mehr unter www.das-kleine-zebra.de

Kontakt:

LKA Baden-Württemberg - Zentralstelle Prävention -
Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsunfallprävention (KEV)

Konrad-Adenauer-Str. 30, 72072 Tübingen

Tel.: 0711 5401 2014

Fax.: 07071-9723099

E-Mail: dieter.speiser@kev-bw.de

Webseite: www.gib-acht-im-verkehr.de

Eins auf die Fresse

Stück um die „alltägliche“ Gewalt - von Rainer Hachfeld

Sandkorn-Theater

ab 13 Jahre

Das Stück handelt von Gewalt auf dem Schulhof und familiären und schulischen Hintergründen. Die Geschichte beginnt am Grab des Schülers Matze, der Selbstmord begangen hat.

Die Motive dieses Selbstmords scheinen zunächst rätselhaft, bis ein neuer Schüler in die Klasse kommt.

Vier Jugendliche, Lucky, Minnie, Sven und Lana geraten dabei in exemplarische Konfliktsituationen; es geht ums Abziehen, ums Abzocken, um Erpressung und Mobbing, ums Wegschauen, Mitmachen und schließlich um Liebe und Verteidigung.

Es spielen: Karin Arndt-Hauck, Michelle Brubach, Katharina Roczyn, Hans Peter Dörig, Markus Kern, Walter Roth und Christian Theil.

„Die gelungene Mischung aus brisantem Stoff und theatralischem Vergnügen regt sicherlich viele Diskussionen in den Schulklassen an und bietet den idealen Einstieg in Unterrichtseinheiten zum Thema Gewalt.

Die jungen Menschen werden für Gewaltbereitschaft und -anwendung im täglichen Umgang miteinander sensibilisiert und angeregt, ihre eigene Einstellung zu Gewalt kritisch zu hinterfragen. (...)“.

(Quelle: schule-bw.de)

Kontakt:

Sandkorn-Theater

Kaiserallee 11

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-848984

E-Mail: s.lackner@sandkorn-theater.de

Webseite: www.sandkorn-theater.de

**RATTENKLATSCHEN - Theaterprojekt
gegen Gewalt und für mehr Mitgefühl****Spiel & Theaterwerkstatt Ostalb e.V.**

ab 13 Jahre

Die schwangere Lehrerin Saskia findet in der Schulpause eine halbtote Ratte zwischen den beiden Hälften ihres Frühstücksbrötchens. Als die Schülerin Bea in den Klassenraum zurückkommt, verdächtigt sie Bea, hinter dem Streich zu stecken. Zwischen den beiden entwickelt sich ein spannender Dialog, in dem das Verhalten beider auf eine harte Probe gestellt wird.

Stück für Stück entfalten sich Wahrheiten, die viele Fragen aufwerfen. Hat Bea etwas mit dem schweren Autounfall von Saskias Freund zu tun? Immer stärker bröckeln die Fassaden der beiden Figuren, deren Leben sich normalerweise in verschiedenen Welten abspielen.

Esther Rölz hat mit Rattenklatschen einen einfühlsamen Dialog geschaffen, der sich subtil zwischen den Grenzen von Distanz und Nähe, Vertrauen und Verrat bewegt.

„Rattenklatschen“ wurde 2008 mit dem dm-Autorenpreis ausgezeichnet.

Projektziele:

- Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt
- Bewusstwerdung von Unsicherheit als häufiger Ursache für Aggression und Gewalt
- Fördern von Empathiefähigkeit
- Schaffen eines positiven, vertrauensvollen Klimas in den Klassen

Kontakt:

Spiel & Theaterwerkstatt Ostalb e.V.

Bischof-Fischer-Str. 43 a

73430 Aalen

Tel.: 07361-61688

E-Mail: spiel-und-theaterwerkstatt@t-online.deWebseite: <http://www.theaterwerkstatt.org>

CABUWAZI Kinder- und Jugendzirkus**CABUWAZI**

7 bis 13 Jahre

CABUWAZI ist Europas größter Kinder- und Jugendzirkus und eine beliebte, kostenlose Freizeitstätte mit 5 Zirkus-Zelt-Standorten in Berlin.

Im Programm des Deutschen Präventionstags gibt es eine atemberaubende Akrobatik-Show zu erleben, auf dem Boden und in der Luft!

15 Berliner Kinder und Jugendliche sausen auf Einrädern über die Bühne, springen Flickflacks und Salti in rotierenden Seilen und jonglieren bis zu 7 Bälle gleichzeitig in nur 2 Händen.

Magische Momente und rasante Tempi werden die Zuschauer verblüffen und zum Staunen bringen!

Zu weinen gibt's natürlich auch etwas, aber nur vor Freude ...
Manege frei!!!

Kontakt:

CABUWAZI

Bouchestr. 75, 12435 Berlin

Tel.: 030-60962848

Fax.: 030-60962850

E-Mail: springling@cabuwazi.de

Webseite: www.cabuwazi.de

Streetdance-Gruppe M.O.B. Showcrew**M.O.B. Showcrew**

Für Jugendliche

Der Zweck von M.O.B. Showcrew ist, Jugendlichen eine Alternative zur Freizeitgestaltung zu geben und dadurch zu helfen, Emotionen (Aggressionen, Wut) auf andere Art und Weise auszudrücken, fit zu bleiben bzw. zu werden.

Außerdem erweckt man dadurch das Interesse zu den verschiedenen Tanzrichtungen, was sich positiv auf das alltägliche Leben auswirkt. Durch die Möglichkeit, bei Auftritten mitzuwirken, bekommen die Kinder und Jugendlichen mehr Selbstbewusstsein und haben es leichter, soziale Kontakte zu knüpfen.

Ich denke, dass Tanzen mehr ist als nur eine Sportart; tanzen ist wie eine zweite Welt, in die man sich flüchten kann, in der man glücklich ist und alles hat, was man will.

Durch das Tanzen kommen Gefühle in einem hervor, die man sonst nicht hat oder haben kann. Man findet zu sich, zu seinem Kern .. seiner Seele ...man tanzt, worüber man nicht sprechen kann und Schweigen einen zerreißen würde. Es hält alle kleinen zersplitterten Teile der Seele zusammen in der Hoffnung, niemals aufhören zu müssen.

Kontakt:

M.O.B. Showcrew

Hauptstr. 15

74918 Angelbachtal

Tel.: 0176-10240840

E-Mail: mob.mask@gmail.comWebseite: mob2013.jimdo.com

ROMEO ADDED JULIA

Das Unternehmen Dominique Berg präsentiert Intelligente Unterhaltung. Theater – Prävention – Bildung attraktiv & innovativ in mobilen Theaterstätten vereint. Die erfolgreiche Produktion „Romeo added Julia“ behandelt die Themen Soziale Netzwerke, Internetkriminalität, Datenschutz und begeisterte bisher mehr als 520 Schulen bundesweit.

ab 12 Jahre

Inhalt: Julia hat gerade ihr Abi gemacht und ist zum Studium nach Berlin

gezogen. Alle neuen, spannenden Eindrücke teilt sie mit ihren Freunden

im Netz. Da trifft sie Romeo, ein neues Mitglied der Community. Über ihre schicksalhaften Namen kommen sie ins Gespräch. Es entsteht eine Freundschaft, aus der später vermeintliche Liebe wird. Doch Romeo ist nicht, wer

er scheint. Aber wer erfährt das schon? Jeder macht sich doch beliebter und erfolgreicher. Julia merkt von alledem nichts. Nach einer gemeinsamen Mobbingattacke ist klar, wir gehören zusammen. Julia versendet private Fotos, schmeißt die Uni, bricht mit den Eltern und verliert sich im Sog des Internets. Alles scheint perfekt, bis Romeo vor ihrer Tür steht...

Doch statt des erwarteten Kusses: Realität und ein Verbrechen. Am nächsten Tag erstellt Romeo, der jetzt Otto heißt, ein neues Profil im Netz.

Julia ist seitdem verschwunden.

In Zeiten, in denen SchülerInnen in diversen Netzwerken ihren Lebensmittelpunkt sehen und überhaupt nicht die Reichweite ihrer Informationsweitergabe überschauen können, bietet das Theaterstück „Romeo added Julia“ einen spannenden Diskussionseinstieg. Präventionsarbeit am Puls der Zeit durch intelligentes Theater und individuelle Nachbereitung auf Augenhöhe.

Kontakt:

Das Unternehmen Dominique Berg

Orionstr. 39, 12435 Berlin

Tel.: 030-2006697

Fax.: 030-92368853

E-Mail: info@dominiqueberg.de

Webseite: <http://www.DominiqueBerg.de>

Mein Körper ist mein Freund II

Theater EUKITEA gGmbH

12 bis 16 Jahre

Ein Theaterstück für junge Menschen von 12 bis 16 Jahren zum Thema Grenzverletzungen und Missbrauch unter Jugendlichen.

Bereits 2001 entwickelte Theater EUKITEA das präventive Theaterprojekt „Mein Körper ist mein Freund“ für Kinder von 6-10 Jahren zu den Themen Grenzverletzungen im Alltag und sexuelle Gewalt gegen Kinder. Begleitet wird das Theaterstück von einer Lehrerfortbildung, einem Elternabend und einer Nachbereitungsphase im Unterricht. Es wurde bundesweit über 700 mal aufgeführt.

Nun widmen wir uns in „Mein Körper ist mein Freund II“ (AT) der Altersgruppe der Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren. Während MKimF von Übergriffen von Erwachsenen auf Kinder handelt, geht es in MKimF II um die Beziehung zwischen Jugendlichen. Mit dem Ende der Kindheit und dem Aufbruch in die Pubertät beginnt ein ungeheuer spannender neuer Lebensabschnitt: der Körper wandelt sich, die Geschlechtsmerkmale bilden sich aus, Gefühle wie Verliebtheit und Lust, das Bedürfnis nach Nähe und Distanz, nach Zärtlichkeit und Sex erwachen.

„Mein Körper ist mein Freund II“ ist ein Theaterstück für junge Menschen, das die Fragen und Befindlichkeiten der ZuschauerInnen ernst nimmt und sie bestärkt, sich verantwortungsvoll und achtsam zu begegnen. Mädchen und Jungen werden ermutigt, „NEIN“ zu sagen in bedrängenden Lebenssituationen, die eigenen Grenzen, Wünsche und Bedürfnisse zu erkennen und zu wahren.

Kontakt:

Theater EUKITEA gGmbH
Lindenstraße 18 b, 86420 Diedorf
Tel.: 08238 - 9647430
Fax.: 08238 - 964743-99
E-Mail: info@eukitea.de
Webseite: <http://www.eukitea.de>

**Püppchen - Prävention zum Thema
Essstörungen , unterst. von AOK,
Caritas, Landratsamt Aalen****Freies Ensemble SakramO 3D**

ab 10 Jahre

Das Stück Püppchen erzählt spannend und sensibel die Geschichte von Lena und Shirin, die ohne davon zu wissen, einen ähnlichen Weg gewählt haben, mit ihren Problemen umzugehen.

Lena soll zu Hause funktionieren und ihre überlasteten Eltern unterstützen. Keiner fragt sie, was sie möchte und deshalb findet sie: „Mein Leben ist zum Kotzen“. Und das ist, was sie tut.

Ihre Schulfreundin Shirin hat in letzter Zeit „ganz schön abgenommen“ wie Lena findet. Shirin ist nicht nur super gut in der Schule und megasportlich, sie engagiert sich für die Klasse und hat was auf dem Kasten. „Nur noch 2 Kilo abnehmen, wo ist denn da das Problem?“ Sie merkt nicht, wie sich ihre Wahrnehmung verändert in einer Welt, in der sie niemand mehr zu verstehen scheint.

Auch Torsten, der immer zufällig auf dem Sportplatz ist, wenn Shirin trainiert, bemerkt die Veränderung. „Schade, vorher war sie so witzig! Na ja: Die Biene Maja war auch lustiger als sie noch mehr Kilos auf den Rippen hatte“

Simon sieht das ganz anders: Heut hat nur Erfolg, wer nen Ferrari fährt und Muskeln ohne Ende hat, die haben doch das Sagen! Torsten: Jeder kann was, das ihn einzigartig macht!

Das Stück sowie die dazugehörige theaterpädagogische Nachbereitung soll das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen stärken.

Auf der Spur von: Wer bin ich? Was will ich? Wo sind meine Stärken? Was macht mich aus?

Kontakt:

Freies Ensemble SakramO 3D

Silcherstrasse 19

73430 Aalen

Tel.: 0172-6196579

E-Mail: sarahnf@gmx.net

Webseite: www.püppchen.info

Gemeinsam stark

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

ohne Altersbeschränkung

Das Projekt ist dem Bereich der Circuspädagogik zuzuordnen. Circuspädagogische Angebote ermöglichen Lernprozesse besonders im Bereich sozialer Kompetenz. Sozialverhalten ist hier nicht nur Ziel, sondern Voraussetzung und integraler Bestandteil des Projekts.

Akrobatik ist traditionell Bestandteil von Zirkusvorstellungen - dabei kann sie kreativer und integrativer Bestandteil des Sportunterrichts, der Vereinsarbeit oder der Freizeitgestaltung sein. Das Erlebnis, Teil einer menschlichen Pyramide zu sein, bedeutet mehr als nur Spaß zu haben...

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen einen Einblick in die Kunst der Akrobatik und lernen dabei

- Verantwortung für sich und andere zu übernehmen
- Vertrauen zu schenken und anzunehmen
- Angst zu überwinden
- Grenzen zu erkennen
- Teamfähigkeit und Gemeinschaftssinn zu stärken
- Körper- und Bewegungserfahrungen zu machen
- ein positives Selbstbild zu entwickeln

Methode: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in verschiedenen Gruppen in statischer Akrobatik angeleitet, menschliche Pyramiden zu bauen und mit dynamischen Bewegungsformen zu verknüpfen. Über anfangs vertrauensbildende Übungen werden komplexere Aufstellungen entwickelt, die letztendlich zu selbständig gesicherten, lebendigen Pyramiden führen.

Durchgeführt wird das Projekt von einer Sportpädagogin und Assistentin mit Ausbildung in Äquilibristik.

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Wallstr. 28, 71364 Winnenden

Tel.: 07195-589570

Fax.: 07195-589571

E-Mail: info@aktionsbuendnis-amoklauf.de

Webseite: www.aktionsbuendnis-amoklaufwinnenden.de

Frosch mich! Ein Jugendmusical von Johannes Galli

Galli Präventionstheater Berlin

ab 12 Jahre

Witzig, geistvoll, frech - das Märchen „Der Froschkönig“ genial inszeniert mit eigens komponiertem Soundtrack & mitreißenden Songs. Aktuell, lebensnah & dicht an der Erlebenswelt junger Menschen in der Pubertät, ist dieses Stück ein pädagogisch wertvoller Beitrag rund um die Fragen des Erwachsenwerdens.

Es geht um die Themen: Umgang mit Angst, Verantwortung übernehmen, zu seinem Wort stehen, Integration, Erwachsenwerden, Umgang mit Fragen zu männlich/weiblich....

Besonders geeignet, um die Kommunikation in der Klasse, zwischen Schülern & Lehrern/ Eltern zu verbessern sowie das Bewusstsein für Integration und Achtsamkeit im sozialen Umgang miteinander zu fördern.

Begleitend bieten wir ein pädagogisch erprobtes Programm von Workshops und Projektangeboten für Schüler, bis hin zur Fortbildung für Lehrer an.

Bewährt: Zur Eröffnung von Jugendtagungen und Messen, zum Einstieg in Schulprojektstage & Workshops, als Highlight auf Schulfesten, zum fächer-übergreifenden Einsatz in den Bereichen: Deutsch, Ethik, Kunst, Musik und Darstellendes Spiel.

Alle Theaterstücke und Trainings des Galli Präventionstheaters sind deutschlandweit und innerhalb Europas buchbar!

Es spielen: Sina Haarmann & Florian Korty, Autor: Johannes Galli

Musik: Johannes Galli & Michael Summ
Unterrichtsmaterial über www.galli-verlag.de

Kontakt:

Galli Präventionstheater Berlin
Oranienburgerstr. 32 / In den Heckmannhöfen
10115 Berlin

Tel.: 0049- 30-27596971

Fax.: 0049-30-27596972

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

Filmforum

	Seite
Täter-Opfer-Ausgleich bei Neustart	744
Demokratielernen in der Schule: Klassenrat in Grundschule und Förderstufe	745
The Making of... a real serious Game	746
OTHELLO - aus: DIE WERFT - Kulturelle Arbeit und Integration Straffälliger	747
Märchen helfen heilen	748
Theater und Training für das Leben	749
„Stand up for your rights“	750
„My Jihad“ - Ein Film über den Streit um einen Begriff und den Kampf um Gerechtigkeit	751
Kurzfilmserie zum Thema „Sichere Netzwelten“	752
„Verklickt“	753

Täter-Opfer-Ausgleich bei Neustart

NEUSTART gGmbH

Der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ist die Anwendung von Mediation im Bereich des Strafrechts. Er ermöglicht nach einer Straftat eine faire Lösung außerhalb des Gerichtssaals und berücksichtigt sowohl die Interessen, Anliegen und Erwartungen des Opfers (materielle und/oder ideelle Schadenswiedergutmachung) als auch des Beschuldigten (Vermeidung eines Verfahrens bzw. einer Verurteilung und Vorstrafe). Unter professioneller Anleitung durch einen unparteiischen Dritten („Konfliktregler“) werden Konfliktlösungen zwischen Täter/Beschuldigtem und Opfer/Geschädigtem entwickelt.

Grundvoraussetzung für den Täter-Opfer-Ausgleich ist das Vorliegen einer Straftat, die zur Anzeige gebracht wurde: Die Teilnehmer wählen demnach nicht selbst dieses Mittel zum Ausgleichsversuch, vielmehr erteilt die ermittelnde Staatsanwaltschaft oder das Gericht NEUSTART einen Vermittlungsauftrag.

Für den Beschuldigten stellt dieses Angebot die einzige Möglichkeit dar, ein Gerichtsverfahren mit drohender Verurteilung abzuwenden.

Der Täter-Opfer-Ausgleich ist in jeder Phase des Ermittlungs- oder Strafverfahrens möglich. Der Auftrag für einen Täter-Opfer-Ausgleich muss von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht erteilt werden.

Der Film zeigt verkürzt und beispielhaft dargestellt den Ablauf eines Ausgleichsgesprächs.

Kontakt:

NEUSTART gGmbH

Rosenbergstr. 122

70193 Stuttgart

Tel.: 0711-62769404

E-Mail: tina.riede@neustart.org

Webseite: <http://www.neustart.org>

Demokratielernen in der Schule: Klassenrat in Grundschule und Förderstufe

Hessisches Kultusministerium – Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen

Der „Klassenrat“ ist besonders geeignet als Instrument zur Vermittlung demokratischer Strukturen an Schule. Er findet in Form einer regelmäßig stattfindenden Besprechung einer Schulklasse statt, die nach festgelegten Regeln funktioniert und dem Erlernen konstruktiver Konfliktkultur dient. Eine gute Kommunikation fördert die Klassenkultur und das Lernklima.

Zwei hessische Schulen (Albert-Schweitzer-Schule, Grundschule in Langen und Freiherr-vom-Stein-Schule, Kooperative Geamtschule in Immenhausen) boten zwei Kamerateams die Möglichkeit, bei ihnen je einen Film über die Arbeit mit dem Klassenrat zu drehen. Entstanden sind zwei authentische Darstellungen, die zeigen, wie Klassenrat gelingt, wie Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Lehrkräften erfolgreich ihre Probleme lösen, wie sich Demokratie in der Schule praktisch gestaltet.

Ist Klassenrat bereits im 1. Schuljahr machbar? Welche Lehrerhaltung braucht es? Wie werden Kinderrechte in der Schule praktiziert? Und was haben Kinder, Lehrkräfte, Schulen und auch Eltern davon?

Solche Fragen werden mit den hier vorgestellten Berichten aus der Praxis beantwortet und diese Antworten machen Mut, sich selber auf den Weg zu machen.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium
c/o Landesschulamt - Stuttgarter Straße 18-24
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-38989-232
Fax.: 069-38989-232
E-Mail: Petra.Becker@hkm.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

The Making of... a real serious Game

Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.

„The Making of...“ ist die Filmdokumentation zur Entwicklung des Aufbauspiels „Change City“ für Browser, PC, MacOS, Android- sowie iOS-Geräte. SchülerInnen ab 12 Jahren setzen sich mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinander, lernen Ursachen zu erkennen und Handlungsstrategien zu entwickeln. Es wird möglich, Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung mit gesellschaftlichen Bedingungen in Beziehung zu setzen. Die Spielerin/der Spieler ist SchülerIn in „Change City“, einer kleinen Stadt, deren gesellschaftliches Leben zu gestalten ist. Dabei sieht sie/er sich mit einer zunächst nur unscharf wahrzunehmenden, aber wachsenden Negativressource konfrontiert, dem „Mief“ als Synonym für Symptome gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Mit diesem „Mief“ gilt es sich auseinanderzusetzen und mit qualifizierten Maßnahmen für seine Reduzierung zu sorgen. Die Errichtung von Gebäuden generiert Erfahrungspunkte, der Einsatz von gezielten Maßnahmen und die Übernahme von Verantwortung realisieren Ehrenamtspunkte, wissensbasierte Minigames schaffen Knowing-Punkte...

Die Entwicklung des Games wählt Partizipatives Design als Medium, um Expertenwissen und zielgruppenspezifische Bedürfnisse miteinander zu verknüpfen. Ein theaterpädagogisches Angebot verbindet die virtuelle mit der realen Welt.

Dabei ist „Change City“ nicht nur, aber besonders für die Nutzung im schulischen Kontext geeignet.

Kontakt:

Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.

Theodor-Heuss-Str. 34

70174 Stuttgart

Tel.: 0711 - 95590317

Fax.: 0711 - 9561216

E-Mail: schule-ohne-rassismus@kolping-bildungswerk.de

Webseite: <http://www.schule-ohne-rassismus-bw.de>

**OTHELLO - aus: DIE WERFT - Kulturelle
Arbeit und Integration Straffälliger****Förderverein JVA Holzstraße e.V.**

In der JVA Wiesbaden ist aus einer ehemaligen Lagerhalle die erste Studiobühne im Strafvollzug entstanden. Als erstes Stück wurde Shakespeares Drama um Eifersucht, Verrat und Rassismus aufgeführt: Was macht einen erfolgreichen, scheinbar selbstbewussten Mann so schwach, dass eine banale Intrige ausreicht, um Liebe in Mordgier zu verwandeln? Diese Frage stellt sich ganz offenbar für Straffällige in ganz besonderer Brisanz, sofern andere oder diese sich selbst als ‚harte Jungs‘ sehen.

Für jeden Teilnehmer wird sehr schnell klar. Es geht hier für jeden nicht um irgendwelche pädagogischen Fakes, sondern um ernsthaftes Arbeiten mit den dort üblichen Konsequenzen. Im Erfolgsfall dann eben den verdienten Beifall:

„Die jungen Männer (...) sind ernst bei der Sache. Zwischen ihrem eigenen Leben und dem Shakespeare'schen Drama erkennen sie viele Parallelen. ‚Ich habe selbst Erfahrung mit Rasissmus gemacht‘, sagt der Darsteller des dunkelhäutigen Othello. Auch er hat afrikanische Wurzeln. ‚Als Schwarzer wächst man damit auf.‘ Sein Spielpartner pflichtet ihm bei: ‚Mir fiel es anfangs schwer, Dinge zu sagen wie: du schwarze Kreatur. Es war komisch, meine Rolle mit Ekel und Hass zu spielen.‘ (...) ‚Manipulation ist auch ein großes Thema im Stück und im richtigen Leben‘, sagt der Darsteller des Intriganten Jago.“ (FR, v. 29.05.2013)

Der Film ist ein Mitschnitt der Aufführung.

Kontakt:

Förderverein JVA Holzstraße e.V.

Holzstraße 29

65197 Wiesbaden

Tel.: 0171-5565035

E-Mail: lutzklein@t-online.de

Webseite: www.foerderverein-jva-holzstrass.de

Märchen helfen heilen

Lichtmädchen e.V. Berlin

Dieser Film führt ein in die lebendige Präventionsarbeit an Kindergärten und Grundschulen des Vereins „Lichtmädchen e.V. - Märchen helfen heilen“, der in 14 Städten bundesweit eigene Standorte hat.

Auf Grundlage der Galli Methode werden in Kitas und Schulen Theaterworkshops und Projektstage angeboten. Unter dem Motto „Zum Lernen auf die Bühne“ sind die Kinder eingeladen, im Spiel ihr kreatives Potential zu entfalten, den bewußten Rollenwechsel zu üben und ungeahnte Talente zu entfalten. Im Spiel miteinander erleben Sie Integration, Mitgefühl, soziales Miteinander und ihr Selbstbewußtsein zu stärken.

Methodisch bereiten ausgewählte Übungen zu Bewegung, Körperausdruck, Stimme und Sprache auf das Spiel auf der Bühne vor. In eigens entwickelten Tanzmeditationen (Tiere, Märchenfiguren, Schmetterling, Clown) können die Kinder den bewussten Rollenwechsel spielerisch üben und Neues ausprobieren. Höhepunkt ist das Spiel auf der Bühne, wo die Märchen oder kleine Geschichten spontan gespielt werden.

Mit wenig Aufwand ist es möglich, mit den Kindern eine kleine Aufführung zum Abschluss eines Workshops vorzubereiten, denn im Mittelpunkt steht die Spielfreude und dass jedes Kind sich als Teil einer Gruppe wertvoll und geachtet fühlt.

„Wir sind Freunde“ steht oft als Erfahrung am Ende eines Projektes.

Der Film zeigt Beispiele aus der Praxis mit Kindern verschiedener Altersstufen

Kontakt:

Galli Präventionstheater & Training und Lichtmädchen e.V.
Oranienburgerstr. 32 / In den Heckmannhöfen
10115 Berlin

Tel.: 030-27596971

Fax.: 030-27596972

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

Theater und Training für das Leben

Galli Präventionstheater Berlin

Act it out! Auf die Bühne, das Leben zu üben!

Seit fast 30 Jahren arbeitet das Galli Präventionstheater in Deutschland und Europa im Auftrag und in Kooperation mit der Polizei, Schulämtern, namhaften Gesundheitskassen, Schulen und Kitas. Johannes Galli hat maßgeschneidert, stets nahe am Zeitgeist und im Dialog mit den Betroffenen, Theaterstücke geschrieben und eine Trainingsmethode entwickelt, die maßgeblich an der Entwicklung der Präventionsarbeit an Schulen beteiligt ist.

Der Film dokumentiert lebendig und anregend die bunte Vielfalt des Galli Präventionstheaters in der Praxis anhand von verschiedenen Beispielen: Von der Theaterraufführung, Proben, Theaterworkshops bis hin zur Vorstellung eines Theaterprojektes zum Thema kreative Konfliktlösung an einer Berliner Schule ... -

Der Film bietet dem Zuschauer einen Blick in die faszinierende Welt der Möglichkeiten und Chancen, die die Bühne in der Präventionsarbeit bietet.

Themen: Selbstbewusstsein stärken, Sozialverhalten üben, gemeinsam eine Vision finden, durch einen Prozess gemeinsam gehen, Verantwortung, Integration, Respekt und Achtsamkeit. Umgang mit den Themen Sucht, Gewalt, Mobbing ...

Alle Projekte des Galli Präventionstheaters sind in Deutschland und Europa zu buchen!

Begleitend gibt es ein pädagogisch wertvolles Angebot von Arbeitsmaterialien, direkt über www.galli-verlag.de

Kontakt:

Galli Präventionstheater Berlin
Oranienburgerstr. 32 / In den Heckmannhöfen
10115 Berlin

Tel.: 0049-30-27596971

Fax.: 0049-30-27596972

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

„Stand up for your rights“**Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**

Mitredden! - „Stand up for your Rights. Über Islamfeindschaft, salafistische Propaganda und das Engagement junger Muslime“

Der Film zeigt, an welchen Bedürfnissen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Salafisten ansetzen, um sie zu ideologisieren und wie man Jugendliche dafür sensibilisieren und in die Lage bringen kann, dieser Ansprache zu begegnen und in ihrem Alltag eigene Wege zu finden.

Im ersten Kapitel greift der Film Diskriminierungserfahrungen junger Muslime auf und kritisiert Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft. Dabei wird auch die Medienberichterstattung über Islam und Muslime in Deutschland diskutiert. Das zweite Kapitel stellt die Ideologie des Salafismus vor, wie sie vor allem im Internet artikuliert wird. Es wird gezeigt, wie Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen in salafistischer Propaganda extrem zugespitzt werden. So entsteht ein Bild, wonach Muslime sich in Deutschland und weltweit einer Übermacht von Feinden gegenüber sehen, derer sie sich erwehren müssten - durch Rückzug auf einen „wahren“ Islam und notfalls auch mit Gewalt. Das dritte Kapitel zeigt Jugendlichen Alternativen und Möglichkeiten auf, wie sie sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen und sich auch gegen Islamfeindlichkeit behaupten können.

Ein Kooperationsprojekt der Polizeilichen Kriminalprävention mit ufuq.de/Berlin und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

„My Jihad“ - Ein Film über den Streit um einen Begriff und den Kampf um Gerechtigkeit

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Der Film sensibilisiert Jugendliche für die Argumentationsmuster von Dschihadisten und entzaubert den Mythos vom heldenhaften und gerechten „Befreiungskampf“ im Krieg oder durch Terroranschläge. Er stellt dem militanten ein alternatives „humanitäres“ Verständnis des Dschihad-Begriffs gegenüber. Der Film erzählt die Geschichte des Aussteigers Hanif Qadir, der dem Ruf der Dschihadisten in ein Ausbildungslager nach Afghanistan gefolgt ist - aus Empathie mit den Opfern des Krieges und aufgrund seines Wunsches nach Gerechtigkeit. Was er dort sah, ließ ihn jedoch umkehren und umdenken.

Ausgehend von Bildern aktueller Kriege und Konflikte wird das von Dschihadisten zur Legitimation von Gewalt entworfene Bedrohungsszenario („Feinde des Islam“ vs. „Muslime als Opfer“) hinterfragt. Im zweiten Kapitel erklären verschiedene Protagonisten, Journalisten, Lehrer, Theologen und Jugendliche, was sie unter Dschihad verstehen und dass es dabei für sie weniger um einen gewaltsamen Kampf als um das Bemühen geht, ein „guter Mensch“ zu sein. Ziel ist es, muslimische Jugendliche gegenüber dschihadistischen Appellen sprachfähig und ihnen ein lebensweltnahes und „humanitäres“ Dschihadverständnis bekannt zu machen. Gleichzeitig lernen Nichtmuslime den Begriff Dschihad einmal anders kennen als in vielen Medienberichten.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

**Kurzfilmserie zum Thema
„Sichere Netzwelten“****Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen**

Mehrere 2-3 minütige Filmspots der LPR-Arbeitsgruppe „Prävention von Internet- und Computerkriminalität“. Dabei handelt es sich um bisher 19 Spots von jeweils ca. 2 bis 3 minütiger Länge, die unter dem Obertitel „Sichere Netzwelten“ zusammengefasst sind. Grundidee ist ein Baukastensystem im Rahmen dessen eigenständige Geschichten im problem-behafteten Umgang mit dem Internet erzählt werden können.

Bisher erstellte Szenarien:

- „Alltagsfalle Passwort“ (sämtliche Daten von PC sind verloren; Facebook- und andere -Accounts sind gehackt)
- Smartphone-Fallen für Jugendliche (z.B. Trojaner, die als harmlose Spiele-App getarnt sind, spionieren Handy-Daten aus)
- Angriff auf ‚sichere‘ Netzwerke gegenüber Geschäftsleuten (Trojaner gelangt über USB-Maus ins sichere Netzwerk)
- E-Mail-Sicherheit (mittels gefälschter E-Mail wird betrogen und die Buchung einer Reise vorgetäuscht)
- Hotspot (Datenausspähung und Erpressung durch angeblich seriösen Hotspot)
- Mobiles Internet, Account-Takeover, Datenklau (Ausspähen von Daten), Online-Banking, Daten sicher löschen, Online Apotheke, - Internetbekanntschaften, - Videos Online, sowie ein eigenständiger Themenblock Cybermobbing mit 4 Filmen.

Diese Beiträge werden von einem Film-Team zusammen mit dem Institut für Internet-Sicherheit der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen im Auftrag des LPR erstellt. Die Kurzfilmserie wird ständig fortgeschrieben und weiterentwickelt. Sämtliche Filme sind mit einer Creative-Commons-Lizenz zur Nutzung freigegeben.

Kontakt:

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Völklinger Str. 49

40221 Düsseldorf

E-Mail: Peter.Vahrenhorst@polizei.nrw.de

„Verklickt“**Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**

Neue Medien, neue Gefahren - doch wie bringt man jungen Menschen einen sicherheitsbewussten Umgang mit Internet, Smartphone und Co. näher? Die Polizeiliche Kriminalprävention setzt auf das Medium Film: „Verklickt“, ein Spielfilm für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren, soll junge User nicht nur auf der rationalen, sondern auch auf der emotionalen Ebene ansprechen, die Probleme des digitalen Alltags vor Augen führen und ihnen Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Film ist Teil eines neuen Medienpakets der Polizei. Im Vortrag werden der Film und das Begleitheft präsentiert und Einsatzmöglichkeiten bei der Zielgruppe beleuchtet. Vorgestellt werden auch weitere präventive Ansätze, die einen sicherheitsbewussten Umgang mit digitalen Medien fördern sollen.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
(ProPK)

Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

DPT-Universität

Inhaltsverzeichnis zu den Veranstaltungen der DPT-Universität

	Seite
Was man mit Spielen lernen kann und was nicht ... und warum das so ist Prof. Dr. Dr. Klaus Peter Jantke	756
„fit & mobil“ - Neue Ansätze in der Verkehrs- und Mobilitätssicherheit Prof. Dr. Günter Dörr, Hans-Jürgen Maurer, Aline Hollenbach	758
Einsatz digitaler Spiele „Serious Games“ in der Extremismusprävention an Schulen Alexej Boris, Martin Länge, Timo Strohmeier	760



Prof. Dr. Dr. Klaus Peter Jantke

Fraunhofer Institut für digitale Medientechnologie - IDMT

Prof. Dr. rer. nat. Dr. sc. nat. Klaus Peter Jantke

Klaus Peter Jantke wurde in Berlin geboren und hat an der Humboldt-Universität Mathematik studiert. Er erhielt sein Diplom 1975, wurde 1979 mit summa cum laude promoviert und verteidigte im Jahr 1984 seine Dissertation B.

Jantke erhielt für seine Diplomarbeit 1975 den Weierstrass-Preis und für seine Dissertation 1979 den Humboldt-Preis. Im Alter von 35 Jahren erhielt er 1987 den Ruf als Ordentlicher Professor an die TH Leipzig. Nach der deutschen Wiedervereinigung war Jantke erster frei gewählter Direktor seines Fachbereichs und Dekan der Fakultät.

Klaus Peter Jantke war tätig als Gastwissenschaftler in Stirling, Schottland, in Berkeley, CA, USA, und in Numazu, Japan. Auch an der Kuwait University und an der Hokkaido University Sapporo, Japan, war er Professor. In Deutschland hat Jantke an Universitäten in Berlin, Cottbus, Darmstadt, Ilmenau, Leipzig und Saarbrücken gelehrt.

Als die Fraunhofer-Gesellschaft 2007 die Einrichtung der Abteilung Kindermedien am Institut für Digitale Medientechnologie beschlossen hat, wurde Klaus Peter Jantke mit dem Aufbau der Abteilung in Erfurt beauftragt, die er seit Anfang 2008 leitet.

Jantke hat eigene digitale Spiele entwickelt und betreut Dissertationen, in denen

Computerspiele entwickelt werden und ihre Wirkung erforscht wird. Die Abteilung macht Projekte mit Schulklassen und veranstaltet jährlich eine Talent School „Medien & Technologie“ für Schüler von 14 bis 18 Jahren..

Was man mit Spielen lernen kann und was nicht ... und warum das so ist

Spiele sind toll, weil sie Spaß machen. Lernen kann auch Spaß machen, aber nicht immer. Was ist da zu tun? Kann man sich bei der Entwicklung von Spielen noch mehr Mühe geben, so dass man alles mit Spielen lernen kann? Gibt es irgendwann für alles Lernspiele?

Damit man solche Fragen beantworten kann und, vor allem, damit man herausfindet, wie man richtig gute Spiele zum Lernen macht, muss man ein wenig wissenschaftlich arbeiten. Davon berichtet dieser Vortrag.

Zuerst wird wissenschaftlich erklärt, was Spielen ist und was die wichtigsten Eigenschaften von Spielen sind, die man auf Computern, Konsolen, Tablets und Smart Phones spielen kann.

Daraus kann man ein paar wichtige Erkenntnisse ableiten, auch darüber, warum es Eltern, Lehrer und Politiker so schwer haben zu verstehen, was und wie die Kinder und Jugendlichen spielen.

Danach wird untersucht, wie man lernt und was man davon in digitalen Spielen einbauen kann. Dabei muss man genau untersuchen, was es heißt, dass etwas „virtuell“ ist. Dann stellt man eine Beziehung her zwischen dem Realen und dem Virtuellen in digitalen Spielen. Das Reale in digitalen Spielen ist das, was man lernen kann. Was man nicht macht, das kann man auch nicht lernen. Das Virtuelle ist sozusagen die Verpackung des Realen. Durch die Gestaltung des Virtuellen – das machen die Spiele-Entwickler – wird bestimmt, wie gut ein Spiel wirkt und auf wen es überhaupt wirken kann.



Prof. Dr. Günter Dörr

Landesinstitut für Präventives Handeln im Saarland

Förderschullehrer, Psychologe, Direktor des Landesinstituts für Präventives Handeln im Saarland

- 1992 Professor für allg. Pädagogik, Schwerpunkt Medienpädagogik, Pädagogische Hochschule Weingarten
- Entwicklung und Evaluation multimedialer Lernumgebungen und Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz bei LehrerInnen.
- 2009 Leitung Landesinstitut für Präventives Handeln
- Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprogrammen im Bereich Pädagogische Prävention, Kriminalprävention sowie Gesundheitsförderung
- Wirksamkeitserforschung verschiedenster Präventionsmaßnahmen.



Hans-Jürgen Maurer

Landesinstitut für Präventives Handeln im Saarland

Erster Polizeihauptkommissar, Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Landesbeauftragter für Drogenerkennung/Suchtprävention

- Entwicklung einer wissenschaftlich evaluierten Methode zur Erkennung des Konsums psychoaktiver Substanzen beim Erstkontakt
- Implementierung dieser Methode in Betrieben, im schulischen Bereich und im operativen Polizeidienst.
- Nachweismethoden für den Konsum psychoaktiver Substanzen



Aline Hollenbach

Landesinstitut für Präventives Handeln im Saarland

Polizeikommissarin, Dipl.- Verwaltungswirtin (FH)

- Entwicklung von Präventionskonzepten und Fortbildungsmodulen für Multiplikatoren im Bereich Verkehrs- und Mobilitätserziehung.
- Mitarbeit bei der Entwicklung einer wissenschaftlich evaluierten Methode zum Erkennen des Missbrauchs psychoaktiver Substanzen und Implementierung dieser.
- Unterstützung Projekt „Vigilanztest“

„fit & mobil“ - Neue Ansätze in der Verkehrs- und Mobilitätssicherheit

Moderne Ansätze in der Verkehrsprävention werden am Beispiel verschiedener Initiativen und Projekte dargestellt. Die Vortragenden verfügen über vielfältige mehrjährige Praxiserfahrungen im Saarland.

Für den Bereich Verkehrs- und Mobilitätserziehung werden am Landesinstitut für Präventives Handeln Programme entwickelt und fortentwickelt, die im Rahmen eines Stufenplanes i.S.v. Präventionsketten angeboten werden.

Ziel des Gesamtkonzeptes ist es, Schadensereignisse im Zusammenhang mit Mobilität zu verhindern. Dies wird durch die Vermittlung bestimmter Einstellungen und Verhaltensweisen erreicht, die zu mehr Verkehrs- und Mobilitätssicherheit führen.

Die Inhalte der Präventionskette Verkehrs- und Mobilitätserziehung im Saarland richten sich an Zielgruppen beginnend im Kindergartenalter bis zur Altersgruppe der „Jungen Fahrer“ (18-24 Jahre). Die Struktur der Präventionsketten wird aktuell getragen von den Programmen:

- „Wir fahren Bus – aber sicher!“
- „Mit dem Bus zur Schule aber sicher“
- „Hier macht der Bus Schule“
- „Radfahrausbildung“
- „RoadSense“
- „SAARBOB“
- „Verkehrssicherheit jetzt!“
- Forschungsprojekt „Vigilanztest“

Einsatz digitaler Spiele „Serious Games“ in der Extremismusprävention an Schulen

Alexej Boris, Martin Länge, Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Timo Strohmeier, Kastanie Eins – Agentur für Kommunikation und Serious Games,

CHANGE CITY - das Onlinespiel gegen Menschenfeindlichkeit
Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Landeskoordination Baden-Württemberg) in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg

„Menschenfeindliche Einstellungen, rassistische Überzeugungen und diskriminierende Ansichten breiten sich scheinbar unaufhaltsam in deiner Stadt aus, der ‚Mief‘ wächst. Du möchtest dabei nicht einfach nur zusehen, sondern Dich aktiv gegen Diskriminierung aller Art engagieren, obwohl viele Hindernisse und Herausforderungen auf Dich warten. Zeig Courage im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit in deiner Stadt und sei auf viele aufregende, unerwartete Aufgaben gespannt... Nimmst Du die Herausforderung an?“

Mit diesem Spiel soll das Selbstverständnis der Schülerinnen und Schüler sich aktiv gegen Diskriminierungen zu engagieren, sensibel zu sein und Zivilcourage zu zeigen geweckt werden. Es zeigt auf spielerische und spannende Art und Weise, was mit Mut und Engagement erreicht werden kann. Der Theaterschauspieler und Kabarettist Alexej Boris wird an diesem Tag sowohl als virtuelle Spielfigur als auch realer Begleiter in der Präventionsarbeit durch das Tutorial führen.

Um **9:30 Uhr | 10:30 Uhr | 11:30 Uhr und 13:30 Uhr** hast Du die Möglichkeit, als eine/r der Ersten das Spiel zu spielen und dich aktiv in die Optimierung einzubringen.

Um **14:30 Uhr** sind alle Pädagoginnen und Pädagogen eingeladen, durch Test und Feedback zur Evaluation der Spieleidee beizutragen.

Referentinnen und Referenten

Irmela Abrell	433
Kristin Adamaszek	377,388
Stefanie Amann	184
Alexander Bähr	420
Dr. Tillmann Bartsch	400
Jörg Bässmann	196
Markus Beck	409
Doris Becker	274
Rainer Becker	466
Anna Beckers	457
Prof. Dr. Andreas Beelmann	168, 234
Udo Behrendes	222
Prof. Dr. Dr. Klaus Michael Beier	164
Clemens Beisel	443
Horst Belz	416
Necati Benli	230
Christoph Birkel	362
Dr. Ursula Bischoff	288
Dennis Blauert	426, 461
Katharina Blauert	400
Dr. Paula Bleckmann	300
Dr. Michael Bleicher	431
Nils Böckler	471
Klaus Michael Böhm	172
Alexej Boris	760
Karin-Anne Böttcher	434
Regina Bossert	417
Dirk Brandau	425

Michael Breitschwerdt	383
Andrea Bruhn	430
Daniel Brumund	419
Beate Bube	318
Günther Bubenitschek	194
Frank Buchheit	260, 489
Uwe Buchholz	443
Tina Budavari	232
Cornelia Christiansen	432
Jutta Croll	306
Dr. Miriam Damrow	453
Viktorija Darkashly	448
Helmut Dirschnr	441
Prof. Dr. Günter Dörr	758
Arne Dreißigacker	400
Ralf Eck	268
Prof. Dr. Manuel Eisner	153, 166
Sven Enger	405
Frau Engmann	423
Prof. Dr. Friederike Eyssel	212
Carlo Fabian	226
Stefanie Ferdinand	192
Christiane Firnges	184
Prof. Dr. Dean L. Fixsen	258
Gerd Frick	432
Dr. Helmut Fünfsinn	248
Reinhold Gall	152
Dr. Nora Gaupp	290

Shanta Ghosh-Broderius	427
Uli Gilles	338, 449
Andrea Glück	415
Michaela Goecke	190
Frank Goldberg	462
Prof. Dr. Thomas Görgen	204
Prof. Dr. Christian Grafl	43, 182
Susanne Gremmler	210
Reiner Greulich	192
Frederick Groeger-Roth	234
Uwe Grohmann	473
Stephan Grün-Fischer	383
Ingolf Grunwald	474
Petra Guder	358
Nathalie Guzy	362
Karl Häberle	451, 460
Prof. Dr. Niels Habermann	252
Michael Hahn	380
Hannah Hartenberg	238
Melissa Hathaway	348
Prof. Dr. Rita Haverkamp	362
Jürgen Hedderich	445
Robert Heidrich	458
Elisabeth Helming	282
Zara-Marlene Helms	456
Lisa Hempel	216
Tim Henning	469
Prof. Dr. Dieter Hermann	246

Dr. Susanne Heynen	212
Wolfram Hilpert	296
Belinda Hoffmann	44, 316, 729
Jutta Hoffmann	458
Rainer Hoffmann	420
Till Hoffmann	380
Thomas Hoffmann	454
Silvija Höger	330
Tamara Högler	344
Dr. Sebastian Höhn	268
Aline Hollenbach	758
Bernd Holthusen	284
Dr. Sabrina Hoops	284
Christian Horn	188
Christiane Howe	421
Dr. Dina Hummelsheim	362
Daniela Hunold	222
Maurice Illi	270
Michael Isselmann	206
Mario Jansen	210
Prof. Dr. Dr. Klaus Jantke	302, 756
Wiebke Janßen	456
Dr. Magdolna Jávorszkiné Molnár	266
Dr. Stefan Jeck	452
Kai Jendrian	332
Ulrike Jensen	474
Dr. Harrie Jonkman	256
Nadine Käser	226

Wolfgang Kahl	234
Oliver Kaiser	370
Sabine Kaldun	206
Ruža Karlovic	260
Manuel Kaus	444
Leo Keidel	475
Pina Keller	470
Dr. Kerstin Kern	414
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	43, 44, 153, 387, 729
Dr. Stefan Kersting	202
Stephan Kessler	342
Eva Kiefer	188
Antje Kleuker	440
Gerhard Klotter	310
Frank König	288
Sylvia Kolbe	441
Sandra Kotlenga	204
Benjamin Kraus	204
Erik Krempel	268
Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	174
Henrike Krüsmann	455, 491
Daniela Kundt	368
Prof. Dr. Dr. Helmut Kury	250
Hartmuth Kurzhals	418
Mirjam Laakmann	399
Elena Lamby	401
Sabine Lang	477
Martin Länge	760

Martin Langebach	298
Karsten Lauber	438
Dr. Cheonhyun Lee	214
Dr. Seung-Hyun Lee	264
Uwe Leest	334
Martina Liebe	286
Walter Liedtke	440
Christine Liermann	234
Regina Linda	383
Susanne Linz	450, 484
Waltraud Lorenz	383
Prof. Dr. Dr. Friedrich Lösel	383
Dr. Anastasiia Lukash	413
Johannes Maaser	383
Dierk Marckwardt	198
Erich Marks	43, 44, 152, 234, 387, 729
Patricia M. Martin	354
Dr. Kati Masuhr	411
Christel Matysiak	473
Hans-Jürgen Maurer	758
Heidrun Mayer	228
Gisela Mayer	180
Andreas Mayer	44, 170, 729
Christine Mayer-Brandt	472
Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger	387, 388
Jana Meier	428
Dr. Frank Mentrup	8, 152
Jochen Merkle	436

Jürgen Merwald	414
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak	413
Nadine Nagel	437
Dr. Janine Neuhaus	467, 470
Patrick Neumann	216
Ulf Neumann	424
Antje Niewisch-Lennartz	176
Lina-Maraïke Nitz	471
Sabine Nowak	204
Petra Oberbeck	402
Dr. Dietrich Oberwittler	222, 362
Sybille Oetliker	240
Viola Orschel	451
Hark-Mo Daniel Park	214
Dr. Seong-Hoon Park	264
Monica Perez-Olea	272
Dr. Elke Persohn	439
Heike Pohlmann	473
Dr. Daniela Pollich	202
Prof. Dr. Elisabeth Pott	190
Regina Pramann	410
Julian Pritsch	362
Jan Raabe	298
Doreen Radelow	407
Helmolt Rademacher	478
Andreas Rapp	431
Peter Reckling	366
Martina Reinhardt	286

Dr. Birgit Reißig	290
Birgitta Rennefeld	464
Andreas Renner	320, 322
Angelika Ribler	404
Tina Riede	476
Prof. Dr. Peter Rieker	286
Klaus Robatsch	447
Claudia Rohde	322
Richard Ross	356, 672
Prof. Dr. Dieter Rössner	178
Viktoria Roth	471
Helmut Sailer	442
Rita Salgmann	186, 286
Alexandra Sann	280
Dr. Stefan Schanzenbächer	406
Martin Schatz	312
Prof. Dr. Herbert Scheithauer	228
Rüdiger Schilling	320
Dr. Volkhard Schindler	198
Hansjörg Schlechter	182
Wolfgang Schlupp-Hauck	408
Jürgen Schmatz	230
Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke	459
Mario Schu	446
Diana Schubert	445
Prof. Dr. Martin U. Schuhmann	224
Jan Schultheiß	399
Detlev Schürmann	206

Dr. Tillmann Schulze	240
Anina Schwarzenbach	222
Tanja Schwarzer	445
Manuela Schwesig	152
Carina Seidl	284, 463
Daniel Seitz	304
Walter Sieveke	456
Petra Söchting	232
Sebastian Sperber	268
Christine Spies	429
Walter Stauer	294
Dr. Wiebke Steffen	43, 44, 47, 153, 387, 729
Stephan Stengel	412
Michaela Stiegler	468
Frank Dieter Stolt	220
Stefan Streitl	402
Timo Strohmeier	760
David E. Stucki	352
Uwe Stürmer	316
Dr. Norbert Taubken	242
Dr. Jakob Tetens	426, 461
Tim Tjettmers	469
Jörg Konrad Unkrig	473
Peter Vahrenhorst	346
Donald van der Laan	244
Gabriele van Stephaudt	464
Tobias Vogel	244
Jörg Völker	332

Thomas Vollmer	200
Stephan Volp	372
Prof. Dr. Yvette Völschow	456
Hajo von Gottberg	306
Julia von Weiler	340
Gerd Wagner	403
Daniel Wagner	204
Prof. Dr. Ulrich Wagner	383
Maria Walsh	465
Mario Watz	458
Jutta Wedemann	435
Dr. Melanie Wegel	194
Melanie Wehner	411
Manuela Weise	405
Berthold Weiß	442
Dr. Björn Weiße	218
Wolfgang Welp-Eggert	422
Christa Wenzelburger	415
Sabine Wenz	272
Detlef Werner	314
Christian Wild	478
Franz Horst Wimmer	236
Wolfgang Wirth	364
Matthias Wolf	242
Dr. Ohle Wrogemann	402
Johanna Beate Wysluch	274
Dr. Jeongsook Yoon	262
Dr. Frauke Zahradnik	208

Prof. Dr. Andreas Zick	471
Jörg Ziercke	326
Eva Zimmermann	288
Dr. Herbert O. Zinell	328
Peter Zoche	362

Veranstaltungsorte

Stadthalle

- Check-In
- Kongressbegleitende Ausstellung
- Vorträge und Projektslots
- Bühne
- DPT-Universität
- Sonderveranstaltungen
- Essen & Trinken

- Raum Brandenburg
- Clubraum
- Friedrich-Weinbrenner-Saal
- Forum 1 und 2
- Pressezentrum
- Konferenzräume 2.05, 2.08
- Seminarräume 2.06, 2.07, 2.09, 2.10
- Hans-Thoma-Saal
- Alfred-Mombert-Saal
- Johann-Peter-Hebel-Saal
- Räume 1.23, 1.26, 1.27, 1.28, 1.31, 1.32, 1.33, 1.34

Konzerthaus

- Postersessions
- Vorträge
- Sonderausstellungen
- Sonderveranstaltungen

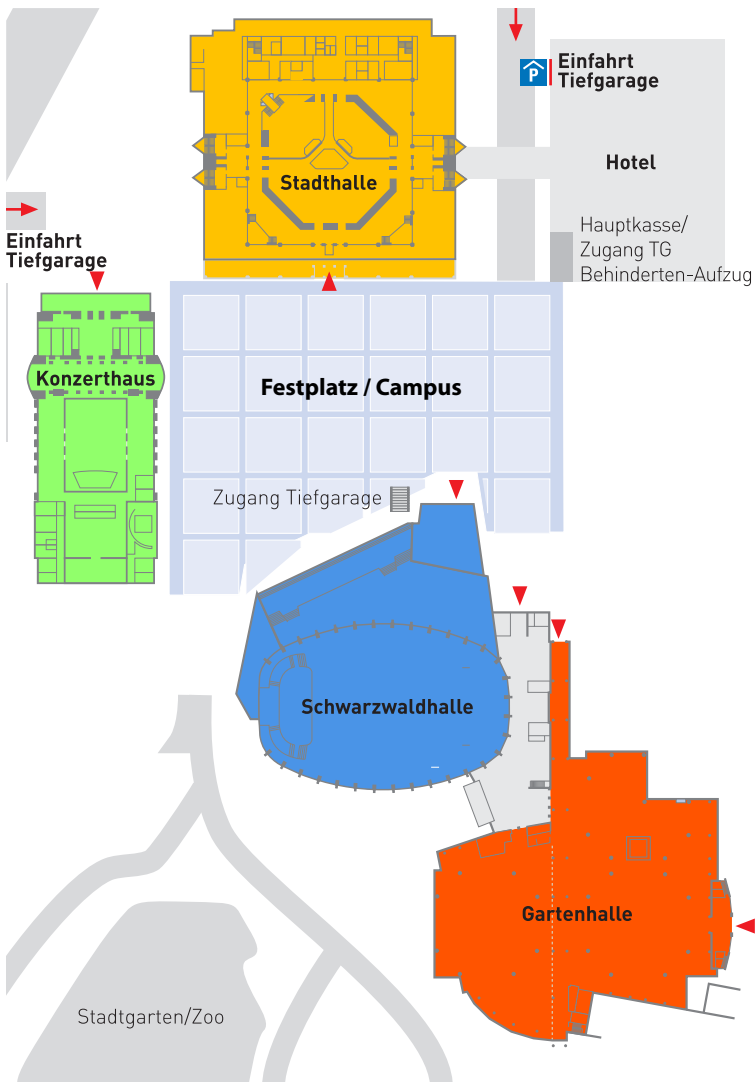
- Foyers 1 und 2
- Foyers Ost und West
- Kleiner Saal
- Seminarräume 1, 2, 3

Schwarzwaldhalle

- Check-In
- Kongresseröffnung
- Karlsruher Forum für Cybersicherheit
- Karlsruher Gemeinschaftsstand
- Abschlussplenum

Gartenhalle

- Abendveranstaltung



19. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Veranstalter: DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH
im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Gastgebende Veranstaltungspartner



gefördert von



Ständige Veranstaltungspartner



Kooperationspartner und Sponsoren



Medienpartnerschaft und Logos der gastgebenden Veranstaltungspartner

